

4°

Bot.

103^a

(1826)



A m t s - B l a t t

der



II.

Königlich Preussischen Regierung

zu

Merseburg.

1826.

Merseburg,
gedruckt bei Franz Neubach.

15337

A m t s = B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

1. Stück.

Merseburg, den 7. Januar 1826.

Allgemeine Gesefsammlung.

- Das 21ste Stück der allgemeinen Gesefsammlung enthält unter
- Nr. 978. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 26. November 1825, bezüglich auf das der Kreisordnung für die Kur- und Neumark vom 17. August d. J. beigefügte Verzeichniß der zum Kreistage berechtigten städtischen Abgeordneten.
 - Nr. 979. Tarif, nach welchem das Wege- und Brückengeld für Benutzung des Camminer Fahrdamms im Regierungsbezirk Frankfurt erhoben werden soll. Vom 30. November 1825.
 - Nr. 980. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 10. December 1825, wegen der Verwaltungs-Ansprüche an das diesseitige Gebiet von Erfurt und Blankenheim aus den Zeiten der Fremdherrschaft bis zum 1. November 1815.

Verordnung der Königl. Regierung.

Die zeitlich zu häufig und ohne dringende Gründe an uns durch die Herren Superintendenten gelangten Gesuche der Eltern schulpflichtiger Kinder, um Zulassung derselben zu der Confirmation vor Ende des schulpflichtigen Alters, bestimmen uns, hiermit nochmals nachstehende Vorschriften in Erinnerung zu bringen und einzuführen:

Nr. 1.
Die Zulassung der Recthmenen zur Confirmation betr.

- 1) Die Gesuche um veniam aetatis dürfen von den Predigern, welche den Recthmenen-Unterricht erteilen, nur in dem Falle angenommen werden, wenn
 - a) die Kinder in Hinsicht auf Religions- und andere Schulfenntnisse entschiedene Tüchtigkeit erlangt haben, nach der Bestimmung des Allgem. Landrechts Th. II. Tit. 12. §. 46., und wenn

- h) die Eltern denselben nicht im Stande sind, sie bis zur gesetzlichen Zeit der nächsten Confirmation zu unterhalten und zur Schule zu schicken.
- 2) Kinder, welche erst nach dem 30. September des laufenden Jahres volljährig werden, sind in der Regel, und nur mit Ausnahme der dringendsten Fälle, zur Confirmation des nächsten Jahres zu verweisen.
- 3) Die, den Katechumenen-Unterricht besorgenden Prediger haben die Verzeichnisse der Schulkinder, für welche sie um veniam actatis nachsuchen, genau nach der vorgeschriebenen tabellarischen Form abzufassen und bei ihrem Epheorus spätestens zwei Monate vor Ostern einzureichen. Auf verspätete oder nachträglich einzelne Gesuche wird in der Regel keine Rücksicht genommen werden.

Hiernach haben die Herren Prediger sowohl, als die Eltern und Versorger der zur Entlassung aus den Schulen herantretenden Parochumenen, sich zu achten.

Merseburg, den 20. December 1825.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Verordnungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Nr. 2. Den Untergerichten unseres Departements wird hierdurch bekannt gemacht, daß nach einer Bestimmung des Königl. General-Directoriums der Steuern vom 28. October c., in den Fällen des Stempeltarifs sub voce „Erkenntnisse“ Ab., wo auch bei nach Gelde schätzbaren Sachen dennoch der Erkenntnißstempel von 5 bis 20 Thaler anzuwenden, dieses nur dann eintritt, wenn der Gegenstand selbst über 500 Thaler beträgt; wogegen bei geringern Objecten der Stempel die durch die Höhe des Gegenstandes gerechtfertigte Höhe nicht überschreiten darf.

Raumburg, den 20. December 1825.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Nr. 3. Die Liste der überjährigen Prozesse, deren Einsendung den Untergerichten unseres Departements durch die Verordnung vom 28. Januar d. J. (S. 65. des Amtsblattes der Königl. Regierung zu Merseburg d. d. 1825) zur Pflicht gemacht worden, muß schlechterdings bereits den 1. oder 2. December hier eintreffen.

Um daher die Untergerichte in den Stand zu setzen, diesen Termin pünktlich innehalten zu können, werden dieselben hierdurch ermächtigt, diese Liste nicht erst Ende Novembers, sondern schon mit dem 20. November jeden Jahres abzuschließen.

Diejenigen Untergerichte, welche nunmehr den obigen Termin nicht innehalten, haben es sich selbst beizumessen, wenn gegen dieselben unnachlässiglich mit Strafauflagen verfahren werden muß.

Naumburg, den 25. December 1825.

Königl. Preuß. Oberlandes-Gericht von Sachsen.

Daß die Ortschaften Zeisdorf und Langenrode, so wie das einzelne, zum Dorfe Nr. 4.
Garnbach gehörige, der Königl. Jurisdiction unterworfenen Haus, auf den Antrag Die Aus-
diction über
der betreffenden Einwohner, mit Genehmigung des Herrn Justiz-Ministers Excellenz, Zeisdorf, Langenrode 1c.
bere.
vom 1. Januar künftigen Jahres an, wieder der Jurisdiction und resp. dem Bezirke
des Königl. Gerichtsamtes Wiehe zugewiesen worden sind, wird hierdurch zur allge-
meinen Kenntniß gebracht.

Naumburg, den 30. December 1825.

Königl. Preuß. Oberlandes-Gericht von Sachsen.

B e k a n n t m a c h u n g.

Zufolge Bestimmung des Königl. Finanz-Ministeriums, wird das Haupt-Zoll- Nr. 5.
Amt zu Zeitz mit dem 1. Januar 1826 aufgehoben, und daselbst nur ein Neben-Zoll- Die Aufhe-
bung des
Haupt-Zoll-
Amtes zu Zeitz
bere.
Amt l. Classe bestehen bleiben, welches jedoch die Befugniß hat, die Ausgangsabgabe von
unbeschränkt zu erheben, und dessen Erhebungsbefugniß für die Eingangsabgabe von
den höher als mit 3 Thlr. belasteten Gegenständen bis zu 100 Thlr. erweitert wird.
Die kurze Durchfuhrstraße von Pegau über Zeitz nach Vera und umgekehrt, bleibt
wie bisher bestehen; indeß wird die Abfertigung künftig auf den beiden Grenz-Zoll-
Aemtern zu Proßen und Giebelroth, mittelst Begleitscheine, Expedition und Waaren-
verschluß, erfolgen, wobei aber die Waaren auf derselben Art bleiben, und eine Um-
ladung innerhalb Landes nicht Statt finden darf.

Dagegen wird die bisherige Durchfuhrstraße für das aus Böhmen, Baiern 1c.
e eingehende und nach Magdeburg oder weiterhin zum unmittelbaren Durchgang be-
stimmte Fuhrwerk mit dem 1. Januar k. J. aufgehoben, und der Eingangs- resp.
Ausgangs-Punct bei dem umgekehrten tractus nach dem Haupt-Zoll-Amt zu lösen
mit dem Ansageposten zu Klein-Werben verlegt.

Indem ich diese Anordnungen zur allg. meinen Kenntniß bringe, fordere ich zu-
gleich sämtliche Zoll- und Steuer-Beamten auf, sich darnach überall genau zu richten.

Magdeburg, den 22. December 1825.

Königliches Provinzial-Steuer-Director,
Sach.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Von dem Königl. Consistorial-Assessor, Herrn Graßmann in Stettin, ist unlängst erschienen:

Anleitung zu Denk- und Sprechübungen, als der naturgemäßen Grundlage für den gesammten Unterricht, besonders aber für den ersten Sprachunterricht in Volksschulen. Berlin, bei Reimer, 1825. (Verkaufspreis 1 Thlr. 7½ Sgr.)

Diese Schrift enthält Vieles, was von jedem Elementarlehrer unmittelbar bei dem Unterrichte benützt und angewendet werden kann; überhaupt aber wird sie den Schullehrern dazu nützen, daß sie sich über den Zusammenhang der Verhältnisse des ersten Unterrichtes und deren Anfangs- und Zielpunct genauer orientiren. Wir empfehlen daher dieselbe, erhaltenem Auftrage gemäß, sowohl den einzelnen Schullehrern, als auch zum Ankaufe für die Ephoral-Schulbibliotheken und zur Berücksichtigung in den Schullehrer-Conferenzen. Bei etwaniger Benutzung für den Unterricht gehört zu ihr noch des Verfassers Fibel, oder erstes Übungsbuch für Kinder, Berlin, bei Reimer, worin derselbe Stoff, welchen obige Schrift darbietet, zur ersten Leseübung für Kinder im Auszuge dargestellt ist.

Merseburg, den 25. December 1825.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Aus D. Harls Archiv für die-gesammte Staatswissenschaft, Gesetzgebung und Staatsverwaltung, ist neuerlich dessen

Entwurf eines rationellen und allgemeinen Armen-Versorgungs-Systems bei Wilmanns zu Frankfurt a. M. 1825 besonders abgedruckt worden und im Buchhandel für 15 Sgr. zu haben. Dieses Buch enthält die Grundsätze einer zweckmäßigen Armen-Versorgung, setzt vorzüglich die zwar bekannte, aber immer noch wenig angewendete, Wahrheit: daß ohne Armen-Erziehungs- und Arbeits- oder Beschäftigungs-Anstalten keine ihrem Zwecke entsprechende Armen-Polizei gehandhabt werden kann, auf das bündigste auseinander und zeigt, wie diese Anstalten einzurichten sind. Wir empfehlen den Polizei-Behörden unsers Verwaltungs-Bezirks den Ankauf dieser nützlichen Schrift, welcher in Städten für die Commune, und wie hiermit gestattet wird, auf Kosten der Kammerlei gesehen kann.

Merseburg, den 23. December 1825.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Wir wünschen, davon unterrichtet zu sein, ob der vormalige Regierungs-Conducteur Wüning aus Breslau sich im hiesigen Regierungs-Bezirk aufhält, und forderst daher diejenige local-Polizei-Behörde, in deren Bezirk der Aufenthalt desselben etwa Statt findet, hierdurch auf, uns davon sofort Anzeige zu erstatten.

Merseburg, den 20. December 1825.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

B e k a n n t m a c h u n g .

Das General-Post-Amt hat einen

„Post-Meilenzeiger für den Preussischen Staat“

ausarbeiten lassen, welcher die Entfernungen von einer jeden inländischen Post-Station nach allen im Umkreise derselben befindlichen in- und ausländischen Post-Anstalten und Stationen genau angiebt.

Die wirklich vermessenen Entfernungen sind von den unvermessenen durch eine besondere Colonne getrennt, die unvermessenen aber, auf den Grund der von den Post- und Orts-Behörden gemeinschaftlich vorgenommenen Ermittlungen, möglichst genau festgestellt worden.

Dieser Meilenzeiger wird, vom ersten Januar künftigen Jahres an, bei Berechnung des Personengeldes der ordinären Fahr-Posten, der Personen-Posten und Schnell-Posten, desgleichen bei Erhebung des Extrapost-, Courier- und Estafetten-Geldes, zum Grunde gelegt.

Sauber gebundene Exemplare dieses Meilenzeigers sind durch sämtliche Preussische Post-Anstalten zu beziehen.

Der Preis eines Exemplars ist für Berlin und alle inländische Orte auf 20 Sgr. festgesetzt.

Etwanige Veränderungen durch Vermessung von Entfernungen, welche es jetzt noch nicht sind u., werden von Zeit zu Zeit öffentlich bekannt gemacht, auch wird jährlich davon ein Nachtrag zu dem Meilenzeiger geliefert werden, damit die Besitzer desselben solche resp. nachtragen und dieses Werk immer richtig halten können.

Berlin, den 7. December 1825.

G e n e r a l - P o s t - A m t .

v. Nagler.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

Von den vollständig aufgestellten und nach allen drei Rubriken des Hypothekensbuchs abgeschlossenen Hypothekentabellen sind nun folgende speciel superrevidirt:

- I. über sämtliche geschlossene Güter des Dorfes Sandersdorf,
- II. über sämtliche geschlossene Güter des Dorfes Niemeck,
beide im Gerichtsamts-Bezirk Bitterfeld;
- III. über das Allodialfreigut Böckeritz und die Herrmannsche Wassermühle
zu Böckeritz,
desselben Gerichtsamts-Bezirks;
- IV. über sämtliche geschlossene Güter des Dorfes Hochossig,
- V. über sämtliche geschlossene Güter des Dorfes Schladiß bei Kömlich,
beide im Gerichtsamts-Bezirk Delitzsch;
- VI. über das amtsässige Rittergut Börnigal,
im Gerichtsamte für den hiesigen Landbezirk;
- VII. über das Allodialgut Rothe-Mark vor Wittenberg;
- VIII. über die in den Marken der Nr. I., II., IV. und V. genannten Dörfer
liegenden, zu auswärtigen Gütern gehörenden Pertinentien.

Wir machen solches, in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 5. April, Preuß. Gesetzsammlung 1824 pag. 78, mit dem Beifügen bekannt, daß die Tabellen in dem Zeitraume vom 1. Januar bis letzten Februar künftigen Jahres in unserer Hypotheken-Registratur zum Behufe der Anbringung gegründeter Erinnerungen eingesehen werden können, späterhin dergleichen aber nicht mehr Statt finden.

Wittenberg, den 16. December 1825.

Königliches Land-Vericht.

D. Drescher.

Ueber das Dorf und die Flur Kreyschau im Weiskensfelder Polizeikreise sind die Hypothekentabellen, welche sämtliche drei Rubriken in sich fassen, fertig geworden. Wir machen dieß den Interessenten bekannt und fordern sie auf, vom 1. Januar bis ult. Februar 1826 dieselben in der Expedition des unterzeichneten Justitiarii zu Weiskensfeld einzusehen, und ihre etwaigen Erinnerungen dagegen anzubringen, indem, nach Ablauf dieses Termins, keine Erinnerungen mehr beachtet werden können.

Kreyschau, den 12. December 1825.

Das Patrimonial-Vericht daselbst.

Eichapfel, Just.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

2. Stück.

Merseburg, den 14. Januar 1826.

B e k a n n t m a c h u n g.

Die Departements des Kriegs-Ministerii bedienen sich unter den, in ihrem Namen erfolgenden Ausfertigungen der Bezeichnung:

„Krieges-Ministerium. Allgemeines Kriegs-Departement“

oder:

„Krieges-Ministerium. Militair-Deconomie-Departement.“

Nr. 6.

Die Adresse
an d. Kriegs-
Ministerium
betr.

Es erhellet sich nun gar häufig, daß Empfänger von dergestalt unterzeichneten Verfügungen blos die voranstehende Hälfte der Firma festhalten, dagegen die nachfolgende ganz fallen lassen, und demgemäß dann ihre ferneren Anträge an das Kriegs-Ministerium richten, während sie sich doch vielmehr unmittelbar an das concurrirende Departement hätten wenden sollen. Auf solche Weise wird das vorgestellte Ziel der Vereinfachung des Geschäftsganges verfehlt, und mindestens Aufenthalt hervorgerufen.

Dies ist ein großer Uebelstand, und da die möglichste Befelrigung desselben sehr zu wünschen bleibt; so werden alle diejenigen, welche mit den Departements des Kriegs-Ministerii in Schriftwechsel stehen oder zu treten veranlaßt sind, hierdurch noch ganz besonders auf gehörige Beachtung der jedesmaligen Firma aufmerksam gemacht, damit sie künftig nicht übersehen mögen, von welchem Departement des Kriegs-Ministerii die Ausfertigung erfolgt ist, sondern mit steter Rücksicht darauf jede Eingabe an das betreffende Departement, wohin selbige gehört, ohne weiteres einreichen können.

Stettin, den 20. December 1826.

Ministerium des Innern. Erste Abtheilung.

Verstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß des Publicums gebracht.

Merseburg, den 8. Januar 1826.

Königlich Preussische Regierung.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nr. 7.

Die Einlieferung der Urkunden über aufgehobene Klöster an das Provinzial-Archiv in Magdeburg betr.

Von des Herrn Staats-Ministers von Klemm Excellenz, sind wir unter andern aufgefordert, die über aufgehobene Klöster im hiesigen Regierungs-Bezirk aufzufindenden Urkunden zum Provinzial-Archiv in Magdeburg einzureichen. Sämmtliche Administratoren milder Stiftungen, Stadt-Magistrate, Prediger, Beamte, und wem sonst eine Kenntniß von dergleichen Urkunden beizubringen, werden hierdurch angewiesen, dem betreffenden landrätlichen Amte die erforderlichen Notizen deßfalls binnen 4 Wochen mitzutheilen und ihnen wo möglich die Urkunde selbst vorzulegen.

Die Herren Landräthe aber werden hierdurch beauftragt, die etwa säumigen, ihnen untergeordneten Behörden oder Personen zur Folgeleistung anzuhalten, die ihnen zukommenden Notizen zu sammeln und durch gehaltene Rückfragen so viel als möglich zu vervollständigen: dann aber die Consignation der in Ihrem Kreise aufzufindenden derartigen Urkunden, oder, in deren Ermangelung, einen Vacat-Schein bis zum 1. März 1826 anhero einzureichen.

Merseburg, den 30. December 1825.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 8.

Die Entlassungsfähigkeit der Diensthörten betr.

Es wird hierdurch die Vorschrift der Gesinde-Ordnung vom 8. November 1810 §. 9 bis 12, nach welcher die Dienstherrschaften verpflichtet sind, sich von den angehenden Diensthörten den Entlassungsschein der vorigen Herrschaft vorzeigen zu lassen, widerholt in Erinnerung gebracht, da noch immer die Erfahrung lehrt, daß dieser Vorschrift nicht aller Orten gebührend genügt wird. Gleichzeitig wird hierbei darauf aufmerksam gemacht, daß die Unterlassung der gedachten Obliegenheit mit einer Polizei-Strafe von Ein bis Zehn Thalern, und wenn zwar ein Entlassungsschein erteilt, aber der erforderliche Stempel von Fünf Silbergroschen dazu nicht verwendet worden ist, der Mangel des letztern, mit einer Strafe von mindestens Einem Thaler geahndet werden muß.

Merseburg, den 30. December 1825.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

Durch den Erlass des Militair-Deconomie-Departements des Königl. Kriegs-Ministerii vom 22. December d. J., sind die Durchschnitte-Martini-Marktpreise des Jahres 1825 auf

Nr. 9.
Die Durchschnitts-Martini-Marktpreise betr.

— Thlr. 12 Egr. 9 Pf. pro Scheffel Hafer,
— „ 23 „ 6 „ „ Centner Heu, und
3 „ 15 „ — „ „ Scheck Stroß,

für unsern Regierungs-Bezirk festgestellt worden.

Wir bringen dieß hierdurch zur öffentlichen Kenntniß und haben die Herren Landräthe im Laufe des Jahres 1826 nach diesen Sätzen die Vergütungen für die, an durchmarschirende vaterländische Truppen verabreichte Fourage, zu liquidiren.

Merseburg, den 31. December 1825.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nach Vorschrift der Gesinde-Ordnung vom 8. November 1810 §. 10., müssen Leute, die bisher noch nicht gedient zu haben angegeben, durch ein Zeugniß ihrer Obrigkeit darthun, daß, bei ihrer Annehmung als Gesinde, kein Bedenken obwalte. Zu einem solchen Zeugniß ist, nach der Bestimmung des Königl. Finanz-Ministeriums vom 18. December 1822, in der Regel der gewöhnliche Attesten-Stempel von 15 Egr. zu verwenden; jedoch können jene Atteste, in allen Fällen, gratis ausgestellt werden, wo der Dienstsuchende, der noch nicht gedient hat, zur Einrichtung des 15 Silbergroschen-Stempels unvermögend ist.

Nr. 10.
Den Gewerbetreibenden zu dem Zeugniß wegen des ersten Eintritts in den Gesindedienst betr.

Hienach haben sich die Behörden für die Zukunft genau zu achten.
Merseburg, den 31. December 1825.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Dem Handelsreibenden Publicum wird hierdurch eröffnet, daß, nach einer öffentlichen Bekanntmachung des Kaiserlich Russischen Finanz-Ministeriums, die nachstehend verzeichneten Gegenstände bis zum $\frac{1}{15}$. März d. J. durch die Zollämter Posten und Fuhrgeld auf der Preussischen Landgrenze gegen den dabei besonders bestimmten Zoll nach Rußland eingeführt werden können. Diese Gegenstände und der dafür zu erlegende Zoll sind:

Nr. 11.
Den Ausgang verschiedener Producte aus den Preussischen Staaten über die Russische Landes-Grenze betr.

vom Pfunde
in Silber

Flanell, schwarzer — Rub. 25 Cop.
Kamlot, Etamine, Nips, Bom, glatte schwarz — „ 50 „

vom Pfunde
in Silber

Merino's und wollene Caschemirs, wie auch Barege, einfarbig, schwarz und schwarzer Kattin	1 Kub. — Cop,
Casimir und Drap de Dames, schwarze und dergleichen Tücher (°) ohne Bordure	1 . — .
Paplin, schwarzer	1 . — .
Krepp, schwarzer, weißer und von verschiedenen Farben zum Umsärben	2 . — .
Weisse und schwarze Glanz-Handschuhe für Manns-Personen	1 . — .

Merseburg, den 2. Januar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 12. Das Königl. Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten hat uns, im Einverständnisse mit dem Königl. General-Post-Amte, unterm 3. December v. J. eröffnet: daß bei Sendungen von Hypotheken-Instrumenten, welche Kirchen, Schulen und milden Stiftungen gehören, wenn solche die Portofreiheit genießen sollen, die Rubrik: Instrumente zur Sicherheits-Prüfung; Kirchen, oder Schul- und milde Stiftungs-Angelegenheiten betreffend, gebraucht werden muß.

Wir bringen solches zur öffentlichen Kenntniß und haben in unserm Regierungs-Bezirk die betreffenden Behörden nach dieser Vorschrift zu verfahren.

Merseburg, den 3. Januar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 13. Da nach §. 6. der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 21. December 1824 (Gesetz-Sammlung Nr. 904. und Amts-Blatt pro 1825, Stück 1. Nr. 4.) sich die Zwangspflicht zur Entrichtung der Hälfte des Abgaben-Betroges in Cassen-Anweisungen, lediglich nach der wirklichen Einzahlung, nicht aber nach dem Betrage der Soll-Zahlung zu bestimmen hat, in der Masse, daß bei jeder Einzahlung, wenn solche 2 Thlr. oder darüber beträgt, die Entrichtung der Hälfte in Cassen-Anweisungen eintreten muß; so folgt aus dieser Bestimmung von selbst, daß auch

(°) Zufolge einer spätern Erläuterung des Kaiserlich Russischen Finanz-Minister's, sind Tuche (Draps), so wie Doppelcasimire in die Einfuhr-Erlaubniß nicht mit einbegriffen.

solche Steuerpflichtige, welche monatlich nur 2 Thlr., oder jährlich gerechnet nur 12 Thlr. bis mit 25 Thlr. zu entrichten haben, in den Fall kommen können, die Hälfte der Abgabe in Cassen-Anweisungen entrichten zu müssen, wenn sie nämlich die Steuer und Abgabe auf mehrere Monate vorausbezahlen, oder einen in Rückstand gelassenen Betrag für mehrere Monate auf einmal zahlen und dann die wirklich auf einmal geleistete Einzahlung 2 Thlr. und darüber beträgt. Zur Verichtigung bemerkbar gewordener irriger Ansichten wird solches zur Nachachtung der Steuer- und Abgabepflichtigen, so wie der Königlichen Cassen und Hebebehörden hierdurch bekannt gemacht.

Merseburg, den 7. Januar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Im Großherzogthume Toscana wird, nach einer Benachrichtigung des Kb. Nr. 14.
nigligen Ministerii des Innern, weder Abschoß- noch Abzugsgeld erhoben und es Die Abschoß-
kann daher solches von dem aus den diesseitigen Staaten dahin ausgehenden Ver- freiheit gegen
mögen ebenfalls nicht erhoben werden. das Großherz-

Merseburg, den 9. Januar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

In dem Patente vom 4. Mai 1820, §. 10. A. 8., ist die Competenz der Gerichts- Nr. 16.
ämter, bei Untersuchungen der Contraventionen gegen die Zoll- und Steuer-Gesetze Die Competenz der Ge-
nur auf die Fälle beschränkt, wenn die gesetzliche Strafe nicht über 10 Thlr. Geldbuße richts-Aemter
beträgt. Wenn nun im Stempelgesetze vom 7. März 1822, §. 30. 31., gesagt wird, in Zoll- und
daß die Behörden, in sofern sie überhaupt befugt sind, Strafen zu erkennen, oder Steuer-Contr-
durch Resolute festzusetzen, sie auch verpflichtet sind, die geordneten Stempelstrafen in aventions-
Anwendung zu bringen und einzuziehen, und daß bei Stempelstrafesoluten und den Untersuchun-
dagegen zu ergreifenden Recursen, oder Provocationen, auf richterliches Vehör und gen betr.
Entscheidung das bei Zoll- und Verbrauchssteuer-Sachen vorgeschriebene Verfahren
Anwendung finden soll, so ist durch ein Rescript der Königlichen Ministerien der Ju-
stiz und Finanzen vom 25. October c. erläutert, daß jene Bestimmung des Patents
vom 4. Mai 1820, nur auf wirkliche richterliche Untersuchungen, mithin auf den Fall,
wenn z. B. bei einem Gerichtsamte wegen einer Stempelstrafe von 10 Thalern auf
richterliche Untersuchung und Erkenntniß provocirt wird, zu beziehen sei, wogegen
alle Behörden, die überhaupt auf Strafe erkennen dürfen, Stempelstrafen, ohne

alle Rücksicht auf deren Betrag, durch vorläufige Straßdecree festzusetzen befugt sind.

Naumburg, den 28. December 1825.

Königl. Preuß. Oberlandes-Gericht von Sachsen.

B e k a n n t m a c h u n g.

Nr. 16. Das bisherige Haupt-Zoll-Amt Straßburg, Regierungs-Bezirks Potsdam, wird vom 1. Januar 1826 an, aufgehoben, in ein Neben-Zoll-Amt 1. mit den gewöhnlichen Abfertigungs-Befugnissen verwandelt und dem Haupt-Zoll-Amte zu Oransee zugetheilt.

Indem ich Vorstehendes zur öffentlichen Kenntniß bringe, weise ich die Haupt-Zoll-Kemter hierdurch an, forthern keine Begleitscheine mehr auf Straßburg auszufertigen.

Magdeburg, den 30. December 1825.

Königl. Provinzial-Steuer-Director,
Sach.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Nach der Amtsjubelfeier des Cantor und Schulmeister Schütze zu Dubro im Jahr 1822, gab der Superintendent zu Herzberg, M. Weise, eine Denkschrift auf dieselbe heraus. Aus dem Ertrage dieser Schrift, deren Verkaufspreis auf 4 gute Groschen gesetzt war, ist ein Capital bis jetzt von Einhundert Fünf und Zwanzig Thälern erwachsen, welches der Superintendent, M. Weise, der Schule zu Dubro zu dem Zwecke geschenkt hat, daß dessen Zinsen zunächst zum Capitale geschlagen werden, bis dieses auf 200 Thlr. gebracht ist, alsdann aber theils zu Schulbüchern für arme und gute Kinder, theils zu Erhöhung der Besoldung des Orts-Schullehrers verwendet werden sollen.

Wir bringen diese wohlthätige Stiftung hierdurch zur allgemeinen Kenntniß. Wer geneigt ist, den Zweck derselben durch Ankauf der noch übrigen Exemplare oben genannter Schrift zu beschleunigen, kann dergleichen auf frankirte Briefe und gegen Einsendung des Geldbetrags an den Herausgeber, oder an den Regierungs- und Schulrath Weiß alhier, erhalten.

Merseburg, den 25. December 1825.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Die Gemeinde zu Schkölen, Parochie Schkeißen, Ephorie Merseburg, hat die seit ihr noch bei ihr bestandene Wandelschule abgestellt, und aus eigenen Mitteln ein neues, zweckmäßig eingerichtetes Schulhaus erbaut.

Merseburg, den 29. December 1825.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

B e k a n n t m a c h u n g.

Des Königs Majestät haben durch die im 21. Stück der Gesetz-Sammlung vom laufenden Jahre publicirte Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 10. d. M. zur Erledigung der Verwaltungen. Ansprüche, welche aus der Zeit der Fremdherrschaft bis zum 1. November 1815 an das Preuß. Gebiet Erfurt und an den Preuß. Antheil an der Herrschaft Blankenhayn gemacht sind, oder gemacht werden können, festzusetzen geruht:

- 1) daß alle diejenigen, welche dergleichen noch unbefriedigte Verwaltungen. Ansprüche an die obgedachten Obviertstelle zu haben vermehren, binnen einer viermonatlichen Frist ihre Forderung bei der Königl. Regierung zu Erfurt anmelden und begründen sollen, damit von der Beschaffenheit ihrer Ansprüche Kenntniß genommen und demnächst bestimmt werde, wie solche nach Maßgabe des zu ihrer Befriedigung vorhandenen Fonds zu behandeln und zu berichtigen sind;
- 2) daß die diesfälligen Ansprüche, welche binnen dieser Frist bei der Königl. Regierung zu Erfurt nicht angezeigt worden, sie mögen früher schon bei einer Behörde angemeldet worden sein, oder nicht, zu präcludiren und zur Liquidation und Befriedigung nicht weiter zuzulassen sind;
- 3) daß für solche Forderungen, welche zwar in der geordneten Frist angemeldet, aber nicht mit den erforderlichen Beweismitteln belegt worden, die Königl. Regierung eine verhältnißmäßige Nachfrist zur Beibringung der Justifications setzen und nach deren fruchtlosem Ablauf gleichfalls die Präclusion eintreten soll; und
- 4) daß die Ausführung der unterzeichneten Ministerial-Befehle überlassen bleibe.

In Gemäßheit dieser Allerhöchsten Bestimmung werden daher alle diejenigen, welche in Beziehung auf das Preußische Gebiet Erfurt und den Preußischen Antheil an der Herrschaft Blankenhayn noch unbefriedigte Ansprüche an die Verwaltung aus der Zeit bis zum 1. November 1815 zu haben vermehren, hierdurch aufgefodert, ihre Forderung — sie mögen bei irgend einer Behörde bereits angemeldet sein oder nicht — spätestens bis zum 15. Mai des künftigen Jahres 1826 bei der Königl. Regierung zu Erfurt, unter Beifügung der Justifications-Documente, oder der Bemerkung, warum und wann später sie erst beigesügt werden können? — anzumelden,

widrigenfalls alle bis dahin der genannten Königl. Regierung nicht angemeldete Forderungen ohne Weiteres für präcludirt und ungültig werden erachtet werden.

Zur Vorbeugung etwa möglicher Zweifel, so wie zur Abwendung nutzloser Reclamationen, wird noch Folgendes bemerkt:

- 1) Unter den bei diesem liquidations-Verfahren zu berücksichtigenden Verwaltungs-Rückständen werden diejenigen unbefriedigten Ansprüche an die Verwaltungs-Behörden und die, solche vertretende Königl. Regierung aus der Zeit der Fremdherrschaft bis zum 1. November 1815 verstanden, welche nach den Grundsätzen der Fremdherrschaft aus laufenden Landes-Einkünften im gewöhnlichen Verwaltungs-Wege hätten befriedigt werden sollen und nicht früher oder später bereits abgemacht sind. Es bleiben auch alle, die verbrieft Capital-, Staats- und Provinzial-Schuld betreffende Ansprüche bei diesem liquidations-Verfahren ausgeschlossen, und gehören von diesen nur die Zinsen aus der fremdherrlichen Zeit zu demselben.
- 2) Nach der Natur der Sache und nach anderweiter ausdrücklicher Königl. Vorschrift, ist es ein wesentliches Erforderniß bei den zuzulassenden Ansprüchen, daß die ausdrückliche Zahlungs-Verpflichtung der vormaligen Verwaltung nachgewiesen werde, und es sind daher alle Reclamationen, denen das nothwendige Fundament der ausgesprochenen Zahlungs-Verpflichtung fehlt, zurückzuweisen.
- 3) Die wirklich vorschriftsmäßig erfolgte Anmeldung bei der Königl. Regierung zu Erfurt, gewährt noch keinen Anspruch an sich, vielmehr ist die Zeit, so wie die Art und das Maaß der Verlichtigung, nach vorbemerkter Allerhöchster Bestimmung, von näherer Uebersicht der liquiden Ansprüche, so wie von den zur Befriedigung zunächst bestimmten Rest-Einnahmen, aus der Zeit, welche dieß liquidations-Verfahren umfaßt, abhängig, und die liquidation vorläufig nur zur Erulung des Gesamtbetrages der dießfälligen liquiden Forderungen angeordnet, an welche sich demnächst die weiteren Bestimmungen wegen der Zahlung selbst anschließen werden.

Berlin, den 27. December 1825.

Königl. Immediat-Commission für die abgesonderte
Rest-Verwaltung.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

Von den vollständig aufgestellten und nach allen drei Rubriken des Hypothekenbuchs abgeschlossenen Hypothekentabellen sind nun folgende speciel superrevidirt:

- I. über sämtliche geschlossene Güter des Dorfes Sandersdorf,

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

4. Stück.

Merseburg, den 28. Januar 1826.

Allgemeine Gesessammlung.

Das 1ste Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält unter

Nr. 981. Instruction für die Ober-Präsidenten. Vom 31. December 1825.

Nr. 982. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 31. December 1825, betreffend eine Abänderung in der bisherigen Organisation der Provinzial-Verwaltungs-Behörden.

B e k a n n t m a c h u n g .

Die Unwahrheit der in dem litterarischen Conversations-Blatte vom 15. December d. J. enthaltenen Behauptung:

daß die von demselben, in Ansehung der Thronfolge im Russischen Reiche, verbreitete Nachricht in einem Königl. Preussischen Kalender enthalten, mithin kein Zweifel an deren Richtigkeit erlaubt sei, ist bereits in öffentlichen Blättern gerügt worden.

Da der einzige, allgemein bekannte, unter Autorität der Königl. Kalender-Deputation für das Jahr 1825 herausgegebene historisch-genealogische Kalender offenbar das Gegentheil jener Behauptung enthält, so kann die Anzeige des litterarischen Wochenblatts nur als eine geffentlichliche Falschheit betrachtet werden, wie sich dieses Blatt derentschon öfter schuldig gemacht, weshalb dessen Debit in den diesseitigen Staaten hierdurch allgemein untersagt wird.

Berlin, den 31. December 1825.

Ministerium des Innern.

(gez.) v. Schumann.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

(gez.) v. Bernstorff.

Nr. 22.

Verbot des
Debits des
litterarischen
Conversations-
Blattes
betr.

Vorstehende Bekanntmachung der Königl. Ministerien des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß des Publicums gebracht.

Merseburg, den 15. Januar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

B e k a n n t m a c h u n g .

Nr. 23.

Das Hypo-
theken- u. Ein-
richtungswes-
sen betr.

Das über das Hypotheken-Einrichtungswesen von des Herrn Justiz-Ministers Excellenz folgendergestalt erlassene Rescript:

Um die mit der Regulirung des Hypothekenwesens der walgenden Grundstücke beauftragten Gerichtsämter möglichst zu erleichtern und zugleich einem Theile der Interessenten das Geschäft weniger weitläufig und kostbar zu machen, bestimmt der Justiz-Minister, nach Eingang des Berichts des Königl. Oberlandesgerichts vom 18. November c., hierdurch:

- 1) daß damit nur alsdann zu verfahren, wenn von den Besitzern der Grundstücke oder von hypothekarischen Gläubigern darauf angetragen wird, bei den übrigen walgenden Grundstücken aber die Regulirung des Hypothekenwesens vor der Hand auszusetzen;
- 2) daß an solchen Orten, wo außer dem Gerichtsamt auch ein Landgericht seinen Sitz hat, dem letztern die Fortführung des Geschäfts, insofern die Hypotheken-Regulirung von einem Interessenten verlangt wird, zu übertragen.

Hiernach hat das Königl. Oberlandesgericht das Erforderliche zu verfügen. Die von demselben in dem Bericht vom 2. September c. gemachten Vorschläge werden bei Revision der Hypothekengesetze in Erwägung gezogen werden.

Berlin, den 25. December 1825.

Der Justiz-Minister,

(gez.) Graf v. Dänkelmann.

An

das Königl. Ober-Landes-Gericht
zu Raumburg.

wird den Königl. Landgerichten und Gerichtsämtern unsers Bezirks andern-
zur Nachachtung bekannt gemacht.

Raumburg, den 15. Januar 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

Das Gesetz wegen Besteuerung der inländischen Getränke-Fabrikation v. 1819, Nr. 24.
vom 8. Februar 1819, bestimmt §. 50:

Steuer: Der:
gütung be:
treffend.

Vergütung der Gefälle bei Versendungen in's Ausland findet in der Regel nicht Statt. Erfordern jedoch örtliche Verhältnisse zur Erhaltung des Handelsverkehrs im Großen, solche Vergütungen, so sollen diese Verhältnisse berücksichtigt und besondere Bestimmungen deshalb ertheilt werden.

Hiernach ist bisher, in Betreff der Vergütung auf die erlegte Fabrikations-Steuer vom inländischen Branntwein, da, wo dessen Absatz nach dem Auslande von einiger Bedeutung war, das Nähere im Einzelnen angeordnet worden. Damit jedoch ein Jeder, dem daran gelegen, mit den, wegen der gedachten Vergütung, bestehenden Vorschriften sich bekannt machen könne, werden solche, mit Seiner Königlichen Majestät Genehmigung, hiedurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

- 1) Für das Quart des im Inlande gefertigten Branntweins soll, wenn er unmittelbar von dem Brennerei-Inhaber nach dem Auslande abgesetzt wird, bei einer Alkohol-Stärke von mindestens Fünf und Dreißig Grad nach Fאלles, eine Steuer-Vergütung nach folgenden Sätzen gewährt werden, als: bei einer Stärke

von Fünf und Dreißig bis Neun und Dreißig Grad	Neun Pfennige,
von Vierzig bis Vier und Vierzig Grad	Zehn Pfennige,
von Fünf und Vierzig bis Neun und Vierzig Grad	Elf Pfennige,
von Fünfzig bis Vier und Fünfzig Grad	Ein Silbergroschen,
von Fünf und Fünfzig bis Neun und Fünfzig Grad	Ein Silbergroschen Einen Pfennig,
von Sechzig bis Vier und Sechzig Grad	Ein Silbergroschen Zwei Pfennige,
von Fünf und Sechzig bis Neun und Sechzig Grad	Ein Silbergroschen Drei Pfennige,
von Siebenzig bis Vier und Siebenzig Grad	Ein Silbergroschen Vier Pfennige,
von Fünf und Siebenzig bis Neun und Siebenzig Grad	Ein Silbergroschen Fünf Pfennige,
von Achtzig und Ein und Achtzig Grad	Ein Silbergroschen Sieben Pfennige,
von Zwei und Achtzig und Drei und Achtzig Grad	Ein Silbergroschen Acht Pfennige,

von Vier und Achtzig und Fünf und
Achtzig Grad Ein Silbergroschen Neun Pfennige,
von Sechs und Achtzig und Sieben und
Achtzig Grad Ein Silbergroschen Zehn Pfennige,
von Acht und Achtzig und Neun und
Achtzig Grad Ein Silbergroschen Elf Pfennige,
von Neunzig Grad und darüber . . . Zwei Silbergroschen.

- 2) Nur diejenigen Brennerel.-Inhaber haben Anspruch auf die vorstehende Vergütung, welche die Maischsteuer nach dem vollen Sage von Ein und einem halben Silbergroschen für 20 Quart Maischraum entrichten, und mindestens nach Verhältniß einer Production von Ein Hundert Eimern Branntwein zu 50 Grad Stärke jährlich steuern.
- 3) Befuß der Ausfuhr-Vergütung erhält der Brennerei-Besitzer von dem Königlichen Provinzial-Steuer-Director, oder in den Provinzen, wo die Steuer-Verwaltung noch mit den Regierungen verbunden ist, von der betreffenden Regieruugs-Abtheilung einen für eine bestimmte Frist geltenden Zusage-Schein, worin die Punkte, über welche der Ausgang des Branntweins erfolgt, bestimmt sind. Im Falle mehrerer oder über verschiedene Ausgangspuncte eintretenden Versendungen, können von dem Haupt-Amte, in dessen Bezirk die Brennerei liegt, beglaubigte Abschriften des Zusage-Scheins in der erforderlichen Anzahl erteilt werden.
- 4) Die Ausfuhr darf in der Regel nur über ein Haupt-Zollamt geschehen. Jede Versendung wird mit dem Zusage-Schein, oder einer beglaubten Abschrift desselben, bei demjenigen Haupt-Amte, welches die Fabrikations-Steuer erhoben hat, zur Revision gestellt. Diese ist speciell auf Stärke und Menge des Branntweins zu richten, und der Befund, so wie die zu bewirkende Versiegelung an Spund und Zapfen der Gebinde, nebst deren Zahl und Nummer, und demnächst der unter Begleitung wirklich erfolgte Ausgang, werden auf dem Zusage-Schein amtlich vermerkt, sofern der Ausgang bei dem nämlichen Haupt-Amte geschieht.
- 5) Wenn dagegen der Ausgang in einem andern Haupt-Amts-Bezirk erfolgt, so wird von dem Haupt-Amte, in dessen Bezirk die Brennerei liegt, das Resultat der Revision und die Versiegelung auf dem Zusage-Schein vermerkt, mit welchem der Branntwein, binnen einer zu bestimmenden Frist, an das Ausgangs-Amt geht. Bei diesem wird die specielle Revision wiederholt, und wenn sie, nach unverletzt befundenen Siegeln, mit dem Resultate der ersten Revision übereinstimmt, soles auf dem Zusage-Schein attestirt, imgleichen der wirkliche Ausgang bescheinigt, und der mit diesen Vermerken versehene Zusage-Schein an das Haupt-Amt abgeliefert, welches denselben alsbald demjenigen Haupt-

Ämte zurücksendet, in dessen Bezirke die Fabrications-Steuer erhoben worden.

- 6) Von dem letztgedachten Haupt-Ämte wird, auf den Grund und unter Beifügung der Zusage-Scheine, die Vergütungs-Verechnung aufgestellt, und in doppelter Ausfertigung an den Königlichen Provinzial-Steuer-Director oder an die Regierungs-Abtheilung zur Anweisung eingereicht.
- 7) Eine Steuer-Vergütung findet jedoch nur bei Versendungen, die mindestens Einen Eimer Branntwein enthalten, Statt.
- 8) Der Betrag der einem Brenneret-Inhaber zugebilligten Ausführ-Vergütung kann in einem Jahre nicht über zwei Dritteile der von ihm entrichteten Branntweinsteuer betragen, wobei, nach Maassgabe der Umstände, der am Anfange des Jahres vorhandene Branntwein-Bestand mit in billige Rücksicht gezogen werden soll.
- 9) Eine erwiesene Defraudation der Fabrications-Steuer, oder eine heimliche Wiedereinbringung des zur Ausführung declarirten Branntweins, zieht, außer der gesetzlichen Bestrafung, den Verlust des Anspruchs auf Steuer-Vergütung für die Zukunft nach sich.

Berlin, den 26. December 1825.

Der Finanz-Minister,
(gez.) v. Mos.

Vorstehende Bestimmungen werden hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Magdeburg, den 13. Januar 1826.

Königl. Provinzial-Steuer-Director,
Sach.

Um den Brenneret-Inhabern, welche nicht zum alsbaldigen Absatz des erzeugten Branntweins Gelegenheit haben, und deshalb die Anlegung von Vorräthen selbst fabricirten Branntweins, zur bequemern und längern Aufbewahrung des Ueberflusses an Getreide und Kartoffeln, beabsichtigen, solches zu erleichtern, haben des Königs Majestät, mittelst Cabinets-Ordre vom 13. d. M., folgende Bestimmungen zu genehmigen geruht:

Nr. 25.
Kreditirung
der Brannt-
weinsteuer
betr.

§. 1.

Brenneret-Inhaber, welche jährlich über 600 Tblr. an Branntwein-Steuer entrichten, können, so lange sie ein Lager von mindestens 50 Eimern selbst fabricirten Branntweins, nicht unter 50° Tralles, vorräthig haben, einen Credit

auf die zu entrichtende Maltschsteuer vom 1. October des einen, bis zum letzten September des nachfolgenden Jahres bewilligt erhalten.

§. 2.

Wer die Credit-Bewilligung in Anspruch nimmt, wisset der Steuer-Behörde den nach §. 1. erforderlichen Lagerbestand nach.

§. 3.

Gleich bei dem Antrage auf Credit und vor der Bewilligung desselben, muß der Steuerpflichtige auf Höhe des zu creditirenden Steuer-Betrages der Steuer-Behörde Sicherheit leisten. Die Sicherheitsleistung kann geschehen durch Deposition einer gleich großen Summe in Staats-Papieren nach dem Nennwerthe, Ausstellung eines acceptirten Wechsels auf sichere inländische Handlungshäuser, oder auf andere annehmbare Weise, doch nur in der Maasse, daß, wenn die Steuer in dem Zahlungs-Termine nicht baar entrichtet wird, das Unterpfand gleich realisirt werden kann. Auch kann die Sicherheits-Leistung dadurch geschehen, daß ein der creditirten Steuer im Geldwerthe gleichkommendes Branntwein-Quantum unter sichern Mitverschluß der Steuer-Behörde gesetzt und ihr ein Faustpfand darauf im gesetzlichen Sinne eingeräumt wird. In diesem Falle hat der Steuerpflichtige den Keller, in welchem der Branntwein ohne Vermischung mit andern Vorräthen in geachteten, von der Steuer-Behörde bezeichneten Fässern, sicher niedergelegt werden kann, anzuweisen, und sich den anzuordnenden Control-Maassregeln zu unterwerfen.

§. 4.

Auch wo das Lager nicht unter Mitverschluß der Steuer-Behörde steht, kann solche durch einen Ober-Bramten von Zeit zu Zeit Ueberzeugung nehmen, daß eine der Credit-Summe von 3 Ehlr. 3-f. Egr. pro Eimer entsprechende Eimerzahl an Branntwein sich wirklich im Besitze des Brennerei-Inhabers befindet, und für das Fehlende binnen 4 Wochen die Steuer-Entrichtung verlangt werden.

§. 5.

Wenn dagegen im Laufe der Credit-Bewilligung der Lagerbestand sich so erhöht, daß ein größerer Credit, wie Anfangs verlangt und sicher gestellt worden, gegeben werden kann, dann steht dem Brennerei-Inhaber frei, solchen zu nehmen; nur muß alsdann auch die Sicherheit nach den in §. 3. enthaltenen Grundsätzen erhöht werden, wenn es verlangt wird.

§. 6.

Vor Ablauf des Monats September oder dem Zeitpunkt, mit welchem die Credit-Bewilligung abläuft, wird mit dem Steuerpflichtigen abgerechnet, und die creditirte Steuer, ohne Rücksicht auf den noch vorhandenen Lagerbestand,

berichtigt. Eine Uebertragung der alsdann noch vorhandenen Lagerbestände in die von da ab laufende neue Credit-Periode wird nicht gestattet. Dagegen soll dem Steuerpflichtigen von der zu entrichtenden Steuer für jeden Elmer, den er von seinem Lager, Behufs der zu bewirkenden Ausfuhr, in eine öffentliche Niederlage einer Packhof-Stadt bringt, die für den ausgeführten inländischen Brantwein, nach Maafgabe seiner Stärke, bewilligte Steuer-Vergütung abgeschrieben werden und unerhoben bleiben.

Auf den solchergestalt zum Packhof gebrachten Brantwein finden sodann die allgemeinen Vorschriften der Zoll-Ordnung wegen des Packhof-Lagers Anwendung.

§. 7.

Wer den hierin enthaltenen Bestimmungen zuwider handelt, oder die aufgestellten Bedingungen nicht erfüllt, dem ist die Steuer-Verwaltung befugt, die Credit-Bewilligung für immer zu entziehen.

Berlin, den 27. December 1825.

Der Finanz-Minister,
(gez.) v. Mos.

Vorstehende Bestimmungen werden hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Magdeburg, den 12. Januar 1826.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director,
Sach.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nach Vorschrift des §. 21. im Hausir-Regulativ vom 28. April 1824, Nr. 26, soll der Gewerbsbetrieb im Umherziehen innerhalb des Grenz-Controll-Bezirks, jedesmal von einer, im Gewerbschein besonders auszudrückenden Erlaubniß abhängig sein. Damit nun das Publicum wissen möge, für welche zum Handel zulässige Gegenstände diese Erlaubniß nur allein erteilt werden kann, und welche Controll-Maafregeln auch dann noch beim Umherziehen mit denselben eintreten, so bringen wir, im Einverständnis mit dem Königl. Provinzial-Steuer-Director zu Magdeburg, nachstehende Bestimmungen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, und wollen deren genaueste Befolgung, sowohl von den dabei beteiligten Unterbehörden, als von den Gewerbetreibenden selbst, gewärtigen.

§. 1.

Der umherziehende Gewerbsbetrieb im Grenzbezirk zerfällt, nach Maafgabe der Gegenstände, in drei Abtheilungen.

Den umher-
ziehenden Ge-
werbsbetrieb
im Grenz-
Controll-Be-
zirk betr.

§. 2.

Zur ersten Abtheilung gehören:

- a) das Umherreisen mit Muster-Charten, um Waaren-Bestellungen zu suchen;
- b) das Gewerbe umherziehender Musiker und die übrigen, §. 18. des Hausir-Regulativs vom 28. April 1824 bezeichneten Gewerbe, welche blos Schauausstellungen zum Organlande haben;
- c) der Handel mit Getraide, Sämereien und allen in der ersten Abtheilung der Erhebungs-Rolle vom 19. November 1824 benannten Lebensmitteln, namentlich Eier, frische Fische und Krebse, frische Gartengewächse, Geflügel, kleines Wildpret aller Art, Hefen oder Wärme, Milch und frisches Obst; ferner
- d) die Gewerbe der Scheerenschleifer, der Topfbinder, der Kesselflicker, der Sammler von Asche, Harz und Schwämmen, so wie der Händler mit letztgenannten Gegenständen. Die in dieser Abtheilung bezeichneten Gewerbe sind keiner Controлле von Seiten der Steuer-Officianten unterworfen. Sie können also, vermöge der im Gewerbescheine ausgedrückten Erlaubniß, auch in den Grenzbezirken unter denselben Bedingungen, wie an andern Orten, betrieben werden.

§. 3.

Zur zweiten Abtheilung gehört der Handel im Umherziehen, mit

- a) irdenen Pfeifen; b) Borsten; c) Fellen; d) Häuten; e) Honig; f) Wachs; g) Wallrat; h) Glas, (gemeines); i) Kalk; k) Gyps; l) Steinkohlen; m) Gypsfiguren; n) Hanf; o) Kopfsaaren; p) Zheer; q) Wagenschmiere; r) Schnürleimen; s) Wast- und Strohmatten; t) Schleifsteinen und Schiefertafeln; v) Bettfedern; w) groben Holzwaaren, als: Korbflechtten und allen rohen oder blos gehobelten Holzwaaren und Werkzeugen von Holz; x) groben Bürstenbinderwaaren; y) Knochen- und Leder-Abfällen; z) Wachsfiguren; aa) Sieben, Hecheln und Mäusfallen; bb) Schreibfedern; cc) Filzschuhen; dd) Holzkohlen; ee) papiernen Schachteln; ff) Flach; gg) gemeinen Töpferwaaren, Illusen, Schmelztiegeln; hh) Lumpen; ii) Vieh und Pferde; kk) Kupferstichen; ll) Landcharten; mm) optischen Instrumenten; nn) Barometern und Thermometern; oo) gemeinen Seiler- und Hanfwaaren; pp) gestrickten Strümpfen.

Personen, welche mit diesen Waaren, vermöge der im Gewerbeschein erhaltenen Erlaubniß, im Grenzbezirk hausiren wollen, haben sich sogleich bei ihrem Eintritt in denselben bei dem nächsten Steuer- und Zoll-Amte mit einem Legitimations-Scheine zu versehen, in welchem die Gattung und Menge der Waaren, der Weg, welchen sie nehmen wollen und die Zeit des Aufenthaltes bemerkt wird. Mit diesem Legitimations-Scheine haben sie sich demnach über den Trans-

port der Waaren bei jedem zur Nachfrage befugten Beamten oder Gendarme auszuweisen, und die im §. 3. der Zoll-Ordnung bestimmten Transportstunden genau einzuhalten.

§. 4.

Die Händler mit Vieh und Pferden, irdenen Pfeifen, Lumpen, Borsten, Häuten, Fellen, Kopfhaaren, optischen Instrumenten, Barometern und Thermometern und gefrickten Strümpfen, müssen überdies die Gegenstände ihres Handels, welche sie bei sich führen, nebst dem legitimations-Scheine, bei jedem Zoll- oder Steuer-Amte im Grenzbezirke zur Ansicht stellen, damit dieses Amt sich von der Uebereinstimmung überzeuge und die Menge des Vorhandenen auf dem legitimations-Scheine bemerke. Die Lumpensammler, Händler mit Borsten, Häuten, Fellen und Kopfhaaren, haben sich bei dieser Meldung, im Fall des Minderbefundes gegen den Inhalt des legitimations-Scheines, über den Abgang gehörig auszuweisen.

§. 5.

In die dritte Abtheilung gehört der Handel im Umherziehen mit:

- a) Wolle; b) Schuhen; c) Leder; d) Fleisch; e) Garn, Zwirn und Band von Leinen; f) Leinwand, Zwillich und Drilllich, gebleicht und ungebleicht, einfarbig und bunt, auch leinenen gewirkten Strümpfen; g) Garn aus Wolle; h) groben Blech- und Eisenwaaren aus geschmiedetem Eisen, Eisenblech, Stahl und Eisendrath, die nicht zu den kurzen Waaren gehören; i) Lichtern und Seife; k) Papier; l) Fayance, Steingut, weißem Porzellan; m) Regen- und Sonnenschirmen; n) groben Kupferwaaren, die nicht zu den kurzen Waaren gehören. Bei dem Handel mit diesen Gegenständen im Grenz-Controllbezirk haben die Gewerbetreibenden nicht nur die oben im §. 3. enthaltenen Vorschriften zu befolgen, sondern es müssen auch die Waaren vor dem Eintritt in den Grenzbezirk durch ein Zoll- oder Steuer-Amt in vollständig sichern Blei- oder Siegelverschluß gelegt werden. Sie dürfen ferner im Grenzbezirk nur in solchen verschlossenen Paketen geführt und diese Pakete nur durch ein Zoll-Amt eröffnet und zerlegt, alsdann aber durch dieses Amt für den Weiter-Transport auf's neue unter Siegel- oder Bleiverschluß gestellt werden. Für die Verbletung hat der Hausirer die gesetzliche Gebühr zu zahlen, und zur Verriegelung das Material zu liefern.

§. 6.

Mit allen andern, als den vorhin in den §§. 3. und 5. bezeichneten Gegenständen, insbesondere mit den im Gewerbesteuer-gesetz vom 30. Mai 1820, §. 38, vom Hausirhandel überhaupt ausgeschlossenen Waaren und mit den groben kurzen Waaren, ist der Hausirhandel im Grenzbezirk unbedingt untersagt.

§. 7.

Wer die §. 3. 4. und 5. vorgeschriebenen Steuer - Controll - Maaßregeln nicht gehörig erfüllt, verfällt, nach §. 17. und 123. der Zoll - Ordnung, entweder in die §. 111. et seq. ibid. bestimmten Strafen, oder, wenn der im §. 124. nachgelassene Beweis geführt wird, in die dort angedrohte Ordnungsstrafe von Einem bis Zehn Thalern.

§. 8.

Die mit der Ausführung des Gesetzes vom 30. Mai 1820 beauftragten Land- und Stadträthlichen Behörden haben für die allgemeine Bekanntwerdung dieser Vorschriften Sorge zu tragen, besonders aber alle diejenigen, welche Gewerbe im Umherziehen betreiben wollen und einen Gewerbeschein dazu nachsuchen, von Amtswegen darauf zu verweisen.

Merseburg, den 7. Januar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 27: In dem Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Potsdam findet sich nachstehende Anzeige abgedruckt, die wir, ihrer Gemeinnützigkeit wegen, hier einzurücken lassen:

Von allen bis jetzt bekannt gewordenen Kaffee - Surrogaten haben die Saamenkörner des schwedischen Kaffees, *Astragalus baeticus* L., mit Recht den meisten Beifall gefunden. Diese Pflanze wächst in Spanien und im südlichen Frankreich wild. In letzterm, besonders im Departement der Rhonemündungen, doch auch in der ganzen Provence, wurden seit längerer Zeit die gerösteten Saamen derselben häufig als Kaffee - Surrogat gebraucht. Der jetzige König von Schweden ließ von daher eine Quantität Saamen kommen und übergab ihn der Ackerbau - Academie zu Stockholm, welche die Cultur der Pflanze so ausbreitete, daß jetzt die Saamen derselben in Schweden nicht blos den Echorien, sondern größtentheils den indischen Kaffee ersetzen, weshalb auch dieses Surrogat den Namen: „schwedischer Kaffee“ erhalten hat.

Allen neuern Erfahrungen und Versuchen zufolge, gedeiht diese nützliche Pflanze fast überall und wächst in jedem Boden. Aber je besser der Boden ist, um so größer ist der Ertrag. Weniger gut gedeiht die Pflanze im schweren Kleiboden und im reinen Sande, am besten in dem mit Stallmist gut gedüngten trockenen Mittelboden, der, frei von Hecken und anderer Umzäunung, der Sonne vorzüglich ausgesetzt ist.

Die Ausfaat der Pflanze geschieht im Frühjahr. Namentlich ist die Zeit der ersten Kirchenblüthe am geeignetsten. Zwei Tage vor dem Ausäen weicht man die Schoten in Wasser ein; sie öffnen sich dadurch und man kann den

Saamen bequemer herausnehmen. Dieser wird nun in Reihen, ungefähr wie die Zuckerböden, gesät, so daß die Reihen 12 bis 15 Zoll von einander entfernt sind und nach dem Aufgehen jede Pflanze einen Raum von 12 Zoll Quadrat einnimmt. Es ist dabei anzurathen, in ein Loch zwei Bohnen zu legen, damit die Pflanze sich kräftiger ausbilde und dem niederbeugenden Winde widerstehe; das Zusammenlegen von mehr als zwei Bohnen vermindert aber den Ertrag. Dagegen ist es nothwendig und am besten, gleich nach der Saat den Boden, wie bei Gartenerbsen, mit dünnem Reißigholze zu bestecken, das den untern Sprossen zum Anhalt dient, bei dem schnellen Wachsthum der Pflanze aber und der Schwere der reichlichen Frucht vor dem Niederbeugen sichert, da letzteres nicht nur die Reife und das Austrocknen der untern Schoten hindert, sondern auch nicht selten das Vermothen derselben am Boden zur Folge hat. Einiger Regen vor und nach der Aussaat befördert das Aufgehen und Gedeihen der Pflanze ungemein und sie geht dann in wenigen Tagen auf. Bei Mangel an Regen muß man mit Begießen zu Hülfe kommen. Besonders wird das Begießen mit Mistjauche für zuträglich gehalten.

Im Juni fängt die Pflanze an zu blühen und blühet fort bis zum August.

Die Erndte fängt im August an und dauert fort bis zum Anfange des Octobers. Es darf aber nicht eher geerntet werden, als bis die Schoten anfangen trocken und gelb zu werden. Die untere Frucht reift gemeinlich zuerst, und kann, weil sie bei regnichter Witterung leicht auswächst, nur schotenweise gesammelt werden. Im Allgemeinen geschieht die Erndte durch Ausziehen und Trocknen der Staude. Die zum Gebrauch bestimmten Bohnen werden dann in ihren Schoten gedörrt, weil der erhöhte Wärmegrad das Aufspringen der letztern erleichtert, und lassen sich dann, in einen Sack gefüllt, mittelst eines Stöckes leicht ausdreschen.

Der Gutsbesitzer, Herr Nathusius, in Althaldensleben bei Magdeburg, der sich hauptsächlich um die Cultur des *Astragalus baclicus* verdient gemacht hat, und bei welchem die Bohnen in Quantitäten zu erhalten sind, läßt die Schoten in einer Darranstalt auf Kacheln trocknen und dann dreschen. Das Trocknen kann auch in einem Backofen geschehen.

Nur darf man ja nicht versäumen, die Schoten, so wie sie von der Darre oder aus dem Ofen kommen, sofort zu dreschen, denn sonst ziehen sie gleich wieder Feuchtigkeit aus der Luft an, und die Körner sind dann nicht mehr durch Dreschen aus den Schoten zu bringen.

Die zur Wiederausfaat bestimmten Bohnen dürfen aber nicht mit gedörrt werden, weil sie dadurch ihre Keimkraft verlieren würden. Sie sind deshalb nur an der Luft zu trocknen und durch Dreschen oder Ausklemmen zu enthülsen.

Von den gedörrten Bohnen geben nun zwei Drittheile mit einem Drittheile indischen Kaffee ein Getränk, welches sich von dem aus reinem indischen

Kaffee bereiteten nicht unterscheiden. Es läßt sich aber ein weit größeres Verhältniß anwenden, und selbst fünf Theile Astragalus und ein Theil indischer Kaffee geben noch ein Getränk, welches sich durch Reinheit und Aehnlichkeit mit dem Kaffee besonders auszeichnet. Ein Haupterforderniß ist aber dabei, daß der Astragalus mit dem indischen Kaffee zusammen gebrannt wird. Zuerst wird letzterer in der Kaffeetrommel so lange geröstet, bis sich der Kaffeegeruch zeigt. Alsdann schüttet man den Astragalus in die nämliche Trommel dazu und röstet beides zusammen, bis beides schwarzbraun wird, oder die Farbe annimmt, welche der gebrannte Kaffee haben muß. Es wird hierauf beides noch einmal vermengt, dann gemahlen und wie der gewöhnliche Kaffee zubereitet, doch ohne Zusatz von Eichorien, der dem Kaffee einen Nebengeschmack giebt. Verbrennen der Bohnen bis zur gänzlichen Verkohlung verdirbt aber den Geschmack derselben.

Merseburg, den 15. Januar 1826.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 28.
Pensionsbeiträge betr.

Damit die, durch die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 31. August v. J. angeordneten Pensionsbeiträge, welche von den Besoldungen in Abzug gebracht werden, in den Rechnungen übersehen und gehörig controllirt werden können, ist es nothwendig:

- 1) daß der Besoldungstitel der Rechnungen mit einer besondern, hinter der Summe der wirklichen Ausgabe einzuschaltenden Colonne versehen werde, in welcher bei den einzelnen, nach ihrem Betrage voll zu verausgabenden Besoldungen ic. die zurückbehaltenen fortlaufenden Pensionsabzüge nachgewiesen werden müssen;
- 2) daß, wenn Besoldungen an neu eingetretene Beamte zum erstenmale, oder Besoldungs-Zulagen an ältere, gezahlt worden, und also die Besoldung oder resp. Zulage für den ersten Monat zum Pensions-Fonds, dem Reglement gemäß, hat zurückbehalten werden müssen, solche in einer zweiten, hinter der vorgedachten einzuschaltenden Colonne nachgewiesen werde;
- 3) ist der summarische Betrag beider vorgedachten Gattungen von Abzügen für den Pensions-Fonds mit der Anweisung derjenigen Cassé, an welche die Ablieferung, den deßhalb ergangenen Bestimmungen gemäß, geschehen, zu belegen; so wie denn
- 4) bei denjenigen Cassen, an welche, der getroffenen Anordnung zufolge, von andern Cassen Abzüge für den Pensions-Fonds zur weitem Abführung abgeliefert worden, solche in deren Rechnungen unter einem beson-

den Titel und event., nach Maassgabe der vorstehenden Bemerkungen sub 1 und 2, in zwei besondern Colonnen in Einnahme und mit den Quittungen derjenigen Casse, an welche die weitere Ablieferung geschehen, bei der Regierungs-Haupt-Cassen-Rechnung also, mit den Quittungen der General-Staats-Casse belegt, in Ausgabe zu berechnen sind;

- 5) ist es erforderlich, daß in allen Fällen, wo die Pensionsabzüge von Besoldungsbeträgen eines und desselben Beamten, welche sich in verschiedenen Rechnungen verausgabt finden, nach dem Gesamtbetrage derselben in einer Rechnung in Ansatz kommen, bei dieser die Richtigkeit des Betrages, wovon der Pensionsabzug mit berechnet ist, von der vorgesetzten Behörde bescheinigt, auch bemerkt werde, in welchen Rechnungen die einzelnen Besoldungstheile verausgabt sind, und daß dagegen in den letztern bemerkt werde, daß, und in welcher Rechnung der Pensionsabzug von den verausgabten Besoldungsbeträgen mit berechnet ist.

Merseburg, den 21. Januar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Es wird hiermit bekannt gemacht, daß, nach dem Ableben des Königl. Preuß. legations-Secretairs Koster, der jetzige Geheime legations-Canzlei-Secretair Mencke zu Hamburg, zum dortigen Preussischen Schiffahrts-Aufscher bestellt worden, und daß alle nach Hamburg fahrenden Preuß. Stromschiffer sich nicht blos gleich nach ihrer Ankunft daselbst, sondern auch vor ihrem Abgange von Hamburg, bei dem 2c. Mencke zu ihrer Abfertigung zu melden haben.

Nr. 29.
Preussischer
Schiffahrts-
Aufscher in
Hamburg.

Merseburg, den 15. Januar 1826.

Königlich Preussische Regierung.

Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Wir haben die interimistische Verwaltung der durch den Tod des Rentbeamten Geyer erledigten Rentämter Eckartsberga und Naumburg, dem Amtmeister a. D., Herrn von Döring, übertragen, welcher diese Verwaltung fernerhin, und bis zu anderweiter Anordnung, von Naumburg aus führen wird, und machen dieß nicht allein den Zins- und Dienstpflichtigen der genannten beiden Ämter, sondern einem Jeden, der ein Interesse dabei hat, hierdurch bekannt.

Merseburg, den 8. Januar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

B e k a n n t m a c h u n g .

Zur Beseitigung oft bemerkter Unvollständigkeit, mache ich den Haupt-Zoll- und Steuer-Ämtern der Provinz Sachsen zu ihrer Nachachtung bekannt, daß ich künftig nur von solchen Pensions-Nachweisungen Gebrauch machen kann, welchen über die Dienstzeit des betreffenden Beamten resp. im Militair und Civil und über sein Lebensalter genügende Bescheinigungen beigelegt sind.

Magdeburg, den 20. Januar 1826.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director,
E d.

B e k a n n t m a c h u n g .

Da ich von dem Mexikanischen General-Consul, Herrn von Gorostiza zu Brüssel, beauftragt worden bin, für die nach Mexiko bestimmten Preussischen Handels-Güter in den Provinzen des Preussischen Staats, von der Weser bis zur östlichen Grenze, Ursprungs-Zeugnisse auszufertigen, auch sonst innerhalb dieses Bezirks vorkommende Geschäfte, welche auf den Handel mit Mexiko Bezug haben, zu besorgen, und Se. Excellenz der Herr Minister des Innern und des Handels mich autorisirt hat, diesen Auftrag anzunehmen, so verfehle ich nicht, das handelnde Publicum hiervon mit dem Ersuchen in Kenntniß zu setzen, sich in Fällen, welche Handels-Geschäfte mit Mexiko betreffen, an mich zu wenden.

Stettin, den 30. December 1825.

(gez.) E. Ebert,

Königl. Rechnungs-Rath und Dirigent des hiesigen
Königl. Comptoirs der Seehandlungs-Societät.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß des Publicums gebracht.

Merseburg, den 20. Januar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

B e k a n n t m a c h u n g

wegen Verpachtung des Domainen-Amtes Przydworsz im
Eulmer Kreise.

Das im Eulmer Kreise belegene Königliche Domainen-Amt Przydworsz soll, Höherer Anordnung gemäß, von Trinitatis 1826 auf 18 Jahre bis Trinitatis 1844, im Wege der Submission verpachtet werden.

Die Aerende-Gegenstände sind:

- 1) das Vorwerk Pryhdworsz,
- 2) " " Sittno,
- 3) die Benutzung des Brau- und Brandhauses,
- 3) die Fischerei,
- 4) der Kreuzverlag in den zwangspflichtigen Stellen, gegen Kündigung, und
- 6) die unbeständigen und Mühlen-Gefälle, gegen Kündigung.

Das Amt Pryhdworsz liegt in einer fruchtbaren Gegend, 5 Meilen von Culm, 4 Meilen von Graudenz und der Weichsel, und 8 Meilen von Marienwerder.

Der Absatz der Producte geschieht vornehmlich nach Graudenz.

An Flächen-Inhalt hat

- 1) das Vorwerk Pryhdworsz:

1336 Morgen	61 Ruthen	Magdeburg. Acker,
61 "	147 "	" " Gärten, incl. 35 M. 77 R. Gärten für die Deputanten,
234 "	60 "	" " Wiesen,
628 "	63 "	" " Bruch und hohe Hütung,
604 "	116 "	" " Gewässer,
915 "	149 "	" " Hof und Baustellen und Unland,

Summa 5781 Morgen 56 Ruthen Magdeburg.;

- 2) das Vorwerk Sittno:

863 Morgen	67 Ruthen	Magdeburg. Acker,
34 "	170 "	" " Gärten, worunter 22 M. 152 R. Gärten für die Deputanten,
540 "	176 "	" " Wiesen,
500 "	177 "	" " Hütung,
64 "	158 "	" " Gewässer,
110 "	130 "	" " Hof und Baustellen und Unland,

Summa 1715 Morgen 158 Ruthen Magdeburg.

Der Boden ist gut und zum Theil auch zum Weizenbau geeignet. Der Heugewinn ist hinreichend. Die Pachtliebhhaber werden eingeladen, sich an Ort und Stelle von den Verhältnissen zu unterrichten und ihre Submission bis zum

Anstellungen im Kirchen- und Schulwesen vom 1. Juli bis zum letzten December 1825.

I. Als Prediger sind angestellt:

1) In der Ephorie Artern.

Der bisherige Pfarrer zu Gonna, Johann Friedrich Wollweber, als Pfarrer zu Gehofen.

2) In der Ephorie Cönnern.

Der bisherige Pfarrer in Naundorf, Friedrich Christian Schween, als Pfarrer zu Laublingen. Der bisherige Pfarrer zu Wennungen, Johann George Ferdinand Hopfe, als Pfarrer zu Löbzin. Der bisherige Rector und Hülfsprediger zu Leiskau, Carl Wilhelm Albert Friedrich Wingen, als Pfarrer zu Streng-Naundorf.

3) In der Ephorie Eckartsberga.

Der bisherige Candidat des Predigtamts, Carl Heinrich Schröter, als Hülfsprediger zu Rehehausen. Der bisherige Pfarrsubstitut zu Obhausen-Petri, M. Carl August Breyther, als Pfarrer zu Klosterhäfeler.

4) In der Ephorie Eilenburg.

Der bisherige Candidat des Predigtamts, Johann Gottlob Hauptmann, als Pfarrer der Stadtkirche zu Eilenburg.

5) In der Ephorie Ermsleben.

Der bisherige Pfarrer zu Hayn, Hans Carl Gophus Friedrich, als Pfarrer zu Dankerode.

6) In der Ephorie Freiburg.

Der bisherige Pfarrer zu Döcklitz, M. Carl Liebrecht Tränkner, als Pfarrer zu Schnellroda. Der Candidat des Predigtamts, Carl Traugott Schubert, als Pfarrer zu Wennungen.

7) In der Ephorie Gerbstädt.

Der Candidat des Predigtamts, Johann Friedrich Eduard Ludwig, als Pfarrer zu Kottelsdorf. Der bisherige Pfarrer zu Seeburg, Christian Adam Ferdinand Hönert, als Pfarrer zu Weesenstädt. Der bisherige Pfarrer zu Weesenstädt, Friedrich Otto Heine, als Pfarrer zu Seeburg.

8) In der Ephorie Heldrungen.

Der bisherige Schulrath, Friedrich Ferdinand Hofmeyer, als Pfarrer und Superintendent zu Heldrungen.

9) In der Ephorie Jessen.

Der Candidat des Predigtamts, Johann Heinrich Wilhelm Artus, als Pfarrer in Dausschen. Der bisherige Pfarrer zu Wiederau, M. August Wilhelm Thieme, als Pfarrer und Superintendent zu Jessen. Der Candidat des Predigtamts, Johann George Voß, als Pfarrer zu Idben. Der bisherige Pfarrvicarius zu Schmiedeberg, Carl Friedrich Förster, als Pfarrer zu Zwerthau.

10) In der Ephorie Remberg.

Der bisherige Diaconus in Remberg, Johann Gottfried Gossrau, als Pfarrer zu Kabis.

11) In der Ephorie Liebenwerda.

Der bisherige Pfarrer zu Arensnestla, Johann August Thielemann, als Pfarrer zu Wiederau.

12) In der Ephorie Merseburg.

Der bisherige Adjunctus ministerii an der Schloß- und Domkirche zu Merseburg, Gustav Wilhelm Eylau, als Diaconus an dieser Kirche. Der Candidat des Predigtamts, Johann Gottfried Schindler, als Diaconus zu Schaaffstädt. Der bisherige Pfarrsubstitut zu Röcken, Friedrich Wilhelm Wegel, als Pfarrer daselbst.

13) In der Ephorie Querfurth.

Der Candidat des Predigtamts, Friedrich August Daume, als Diaconus zu Querfurth. Der bisherige Pfarrer zu Klosterhäseler, Johann Andreas Wittig, als Pfarrer zu Obhausen-Petri. Der Candidat des Predigtamts, Carl Gottlob Meckert, als Pfarrer zu Döcklitz.

14) In der Ephorie Sangerhausen.

Der Candidat des Predigtamts, Gustav Bernhard Trinius, als Pfarrer zu Gonna. Der Candidat des Predigtamts, Johann Gottlieb Kottenhahn, als Pfarrsubstitut zu Rietznordhausen.

15) In der Ephorie Schraplau.

Der Candidat des Predigtamts, Carl Ferdinand Braun, als Pfarrer zu Stedten.

16) In der Ephorie Wittenberg.

Der bisherige zweite Diaconus und Professor der Theologie zu Wittenberg, D. Heinrich Leopold Heubner, als Archidiaconus daselbst. Der Candi-

dat des Predigtamts, M. George August Seyler, als zweiter Diaconus an der Pfarrkirche zu Wittenberg.

17) In der Ephorie Zeig.

Der Candidat des Predigtamts, Carl Gustav Flemming, als Pfarrer zu Nehmsdorf. Der Candidat des Predigtamts, Friedrich Adolph Huch, als ordinirter Catechet in Zeig. Der bisherige Pfarrer zu Großcorde-
tha, Carl Friedrich Edelstein Burkhart, als Pfarrer in Zipsendorf.

II. Als Schullehrer sind angestellt:

1) In der Ephorie Artern.

Der Schulamts-Candidat, Carl Kirchner, als Schulmeister zu Kathari-
nenriedh.

2) In der Ephorie Blatterfeld.

Der bisherige Kinderlehrer zu Petersroda, Johann Gottlieb Pommer, als
Schulmeister zu Sausfeldh.

3) In der Ephorie Cönnern.

Der bisherige Hilfslehrer am Schullehrer-Seminar zu Weisensfels, August
Heinrich Lüben, als Schulmeister im Altdorf Alleben.

4) In der Ephorie Eckartsberga.

Der bisherige Waisenhauslehrer zu Merseburg, Johann Gottlob Jahn, als
Schulmeister zu Braunsroda.

5) In der Ephorie Eilenburg.

Der bisherige Conrector an der Stadtschule zu Eilenburg, Carl Geißler, als
Rector an dieser Schule. Der bisherige Hilfslehrer an der Mädchen-
schule zu Eilenburg, Carl Ernst Pabst, als Conrector an der Stadt-
schule daselbst.

6) In der Ephorie Freiburg.

Der bisherige Schulvicar zu Schleierode, Friedrich Mant, als Schulmeister
daselbst. Der bisherige Kinderlehrer zu Kleinschorlopp, Friedrich Wil-
helm Leonhard, als Schulmeister zu Kleinwangen. Der bisherige Hilfs-
lehrer an der Schule zu Quersurth, Gottlob Ehrhardt, als Schulmeister
zu Weischüg.

7) In der Ephorie Gerbstädt.

Der Schulamts-Candidat, Johann Eckardt, als Schul-Substitut zu Mü-
lerdorf.

8) In der Ephorie Gräfenhaynchen.

Der Schulamts - Candidat, Carl Friedrich Lauche, als Schul - Substitut zu Zschornewitz.

9) In der ersten Ephorie Halle.

Der bisherige Schulmeister zu Rabewell, Christoph Carl Müller, als Schulmeister zu Wörmlich. Der bisherige Schulmeister zu Büschdorf, Gottfried Conrad Weidlich, als Schulmeister zu Rabewell. Der bisherige Schulmeister zu Braunsroda, Christian Gottlob Hoffmann, als Schulmeister zu Nietleben. Der bisherige Schulmeister zu Katharinenrieth, Johann Christian Friedrich Lippe, als Schulmeister zu Büschdorf. Der bisherige Chor - Präfect zu Kalbe, Johann Carl Wachtel, als Schullehrer auf dem Kohlenwerke bei Langenbogen.

10) In der zweiten Ephorie Halle.

Der Schulamts - Candidat, Carl Friedrich Engelmann, als Schul - Substitut zu Rüthen. Der bisherige Catechet zu Eismannsdorf, Wilhelm August Brügger, als Schul - Substitut zu Möglich.

11) In der Ephorie Jessen.

Der bisherige Schul - Substitut zu Grabo, Johann Gottschalk Jost, als Schulmeister zu Grabo.

12) In der Ephorie Kemberg.

Der bisherige Cantor und zweite Lehrer an der Knabenschule in Kemberg, Johann Gottfried Herrmann, als Rector und Organist daselbst. Der bisherige Catechet zu Werchluga, Johann Gottlob Jänicke, als Schulmeister zu Jamsdorf. Der Schulamts - Candidat, Johann Gottlob Quilitzsch, als Cantor und zweiter Lehrer an der Knabenschule zu Kemberg.

13) In der Ephorie Merseburg.

Der Schulamts - Candidat, Carl Friedrich Neumann, als Substitut zu Neuenchen. Der bisherige Kinderlehrer zu Großlehna, Johann Gottfried Süße, als Schul - Substitut zu Schleitau. Der bisherige Seminarist zu Weiskensfeld, Johann Heinrich Adolph Jäger, als Schullehrer am Waisenhaus zu Merseburg.

(Die Fortsetzung folgt.)

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

5. Stück.

Merseburg, den 4. Februar 1826.

Verordnungen der Königl. Regierung.

In Beziehung auf unsere Verfügungen vom 12. Februar 1823 (Amtsblatt Nr. 50. 1823. S. 50.) und vom 25. Januar 1824 (Amtsbl. 1824. S. 50.) machen wir den Behörden und Beamten unsers Verwaltungs-Bereichs, welche in den Fall kommen, Berichte in Pensions-Angelegenheiten an uns zu erstatten, hierdurch noch folgende Punkte zur genauesten Nachachtung bei Behandlung von Pensions-Anträgen bekannt:

- 1) Officianten, welche mit Vorbehalt des Widerrufs oder Kündigung angestellt sind, haben in der Regel keinen Anspruch auf Pension; wenn jedoch dergleichen Stellen versorgungsberechtigten Militair-Personen übertragen gewesen sind, so muß bei deren Ausscheiden aus dem Dienste der Betrag der früher von ihnen bezogenen Militair-Pension angezeigt werden;
- 2) das in den einzureichenden Pensions-Vorschlags-Nachweisungen angegebene lebens- und Dienst-Alter der zu pensionirenden Beamten muß, von jezt an, jedesmal besonders bescheinigt sein;
- 3) Jahre einer freiwilligen Dienstlosigkeit, oder, in welchen der Beamte, in andern als unmittelbaren Staats-Diensten gestanden hat, müssen besonders bemerkt werden;
- 4) wenn das Pensions-Gesuch durch physische Dienstunfähigkeit begründet wird, ist zu bemerken: ob der zu Pensionirende nicht noch ein anderes Amt zu bekleiden fähig ist? Auch ist
- 5) bei denjenigen Beamten, welche vorher im Militair gestanden haben, die Dauer ihres vor dem Feinde geleisteten Militair-Dienstes besonders zu bemerken. Diese muß aber, wenn sie berücksichtigungsfähig sein soll, von der competenten Militair-Behörde sogleich bei der Verabschiedung aus

dem Militair bescheinigt und in dem Abschiede selbst ausdrücklich und deutlich angegeben sein.

Merseburg, den 18. Januar 1826.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 31. Daß für die Dauer der nächstkommennden Beschälzeit, nachfolgende Beschäl-Stationen unter denselben Bedingungen wie in den vergangenen Jahren, mit Königl. landbeschälern besetzt werden, als:

- 1) die Station Ober-Köbblingen mit 4 Beschälern
- 2) " " Schloß-Heldringen " 2 "

welche den 11. Februar c. von Merseburg aus dahin abgehen werden, ferner:
- 3) die Station Gradiß mit 4 Beschälern
- 4) " " Döhlen " 3 "
- 5) " " Nepitz " 4 "
- 6) " " Bleefern " 5 "
- 7) " " Rafitz " 4 "
- 8) " " Preßsch " 4 "
- 9) " " Kropfschädel " 3 "
- 10) " " Elsdorf " 3 "
- 11) " " Seyda " 3 "
- 12) " " Schweinitz " 3 "
- 13) " " Naundorf b. Schlieben " 3 "
- 14) " " Cosdorf " 3 "
- 15) " " Schwemmlitz " 3 "

welche den 1. März d. J. von Gradiß aus nach diesen Stationen abgehen, so wie

- 16) in Merseburg 2 Beschäl-Stationen verbleiben werden; bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, und wird der Gebrauch dieser Beschäl-Stationen, so wie die Beachtung der einen sichern Erfolg bedingenden Rücksichten empfohlen.

Merseburg, den 25. Januar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Da der für das Jahr 1825, nach der Verordnung vom 27. December 1824, Nr. 32, im ersten Stücke des Amtsblattes vom vorigen Jahre, den Unterthanen im hiesigen Regierungsbezirke bewilligte Erlaß der Cavallerie-Verpflegungs- und Rations- und Portions-Gelder, mit dem 31. December des abgelaufenen Jahres seine Endschafft erreicht hat; so werden die sämmtlichen Kreis-Amts-, gutherrlichen und Communal-Steuer-Einnehmer hierauf aufmerksam gemacht, mit der Anweisung; für die pünctliche Einziehung der vom 1. Januar d. J. an wieder fällig werdenden Cavallerie- und Rations- und Portions-Gelder Sorge zu tragen.

Den Erlaß der Cavallerie-Verpflegung u. c. Gelder betr.

Die Königl. Landräthe haben übrigens darauf zu sehen, daß alle steuerpflichtige Individuen hiervon Kenntniß erlangen, damit sie sich nicht durch Zahlungsweigerung Execution zuziehen.

Merseburg, den 25. Januar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Anstellungen im Kirchen- und Schulwesen

vom 1. Juli bis zum letzten December 1825.

(Beschluß.)

14) In der Ephorie Sangerhausen.

Der bisherige Seminarist zu Weisensfels, Friedrich Wilhelm Böhme, als Schulmeister zu Netzenstädt. Der bisherige Cantor-Substitut an der Stadtschule zu Sangerhausen, Adam Wilhelm Beyer, als Cantor und dritter Lehrer an dieser Schule. Der Schulamts-Candidat, Christian Friedrich Hesse, als Cantor und zweiter Lehrer an der Schule zu Oberböblingen.

15) In der Ephorie Schlieben.

Der Studiosus der Theologie, August Müller, als Rector an der Stadtschule zu Schlieben.

16) In der Ephorie Torgau.

Der Schulamts-Candidat, Johann Friedrich Weber, als Hilfslehrer an der Schule zu Zichenberg. Der bisherige Schulmeister zu Dorag, Friedrich August Krause, als Schulmeister zu Sarpdorf.

17) In der Ephorie Weisensfels.

Der bisherige Cantor zu Taucha bei Leipzig, August Theodor Biegler, als Cantor und zweiter Lehrer an der Stadtschule zu Weisensfels.

18) In der Ephorie Wittenberg.

Der bisherige Hülfslehrer an der Schule zu Friedrichsstadt, Friedrich Moritz Gottlob Schulze, als Schulmeister zu Friedrichsstadt.

19) In der Ephorie Zeitz.

Der bisherige Schulmeister zu Großjehna, Johann Gottfried Brunke, als Schulmeister zu Haynsburg. Der bisherige Kinderlehrer zu Gröben, Johann Gottlob Rudolph, als Schulmeister in Großjehna.

Merseburg, den 10. Januar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

B e k a n n t m a c h u n g

zur Verpachtung der Königl. Domaine Grumbowkainen durch
licitation.

Die im Departement der unterzeichneten Regierung im Pilsnenschen Kreise belegene Domaine Grumbowkainen wird von Trinitatis 1826 ab, durch licitation zur anderweiten Verpachtung auf Zwölf Jahre, also bis Trinitatis 1838, ausgebauten.

Der licitations-Termin ist auf

den 15. März 1826

im hiesigen Regierungs-Gebäude vor dem Regierungsrath Schwind anberaumt. Zum Gebot wird jeder Pachtlustige, welcher im Termine selbst, die unten stipulirte Caution niederlegt, zureichenden Qualifications- und Vermögens-Nachweis führt, und sich bis zur Entscheidung des Königl. Finanz-Ministeriums, welchem die Zuschlagserteilung allein vorbehalten ist, an sein in der licitation abgegebenes Gebot gebunden hält, gern zugelassen werden.

Die Pachtpercontien bestehen in dem Vorwerk Grumbowkainen mit dem Nebenvorwerk Milchbude; in dem Vorwerk Giraltschen mit dem Nebenvorwerk Jägerswalde; in der Brau- und Brennerei und dem Getränkeverlage mehrerer zwangspflichtigen Debitsstellen.

Das Vorwerk Grumbowkainen enthält, incl. Milchbude und der dabei gelegenen Wiesen und Weide-Terrains,

an Acker	1095 M.	21	AK. Preuß. Maß,
„ Feldwiesen	257 „	125	„ „
„ jährlichen Wiesen	556 „	—	„ „

Latus 1806 M. 146 AK. Preuß. Maß,

Transport 1866 M. 146 M. Preuß. Maaß,					
an Roggärten	65	"	166	"	"
" Garten	46	"	154	"	"
" Weiden	1512	"	10	"	"
Plantagen, Wegen, Gräben, Teiche,					
" Hof und Baustellen zc.	156	"	111	"	"

Summa 3628 M. 47 M. Preuß. Maaß.

Das Vorwerk Girschtischken mit seinem Nebenvorwerk Jägerwalde enthält:

an Acker 957 M. 140 M. Preuß. Maaß,					
" Feldwiesen	354	"	—	"	"
" jährlichen Wiesen	586	"	150	"	"
" Weiden	695	"	110	"	"
auch eine mit Holz bewachsene Fläche von 90 Morgen,					
" Rogg- und Kälbergärten	91	"	45	"	"
" Garten	29	"	174	"	"
" Hof und Baustellen, Gräben, Was- ferbehälter, Wegen, Plantagen und Unland	129	"	94	"	"

Summa 2844 M. 111 M. Preuß. Maaß.

Die Domaine liegt in der fruchtbarsten Gegend des Departements, eine Meile von Piskallen, fünf Meilen von Gumbinnen und Ragnit, 6 Meilen von Tilsit und 8 Meilen von Insterburg.

Die Acker beider Vorwerke bestehen größtentheils aus strengem fruchtba-
ren Lehmboden, der geringere Theil aus Lehm und Sand gemischt.

Die Feldwiesen sind nicht besonders, bei Girschtischken aber ihrer niedrigen
Lage wegen ergiebiger.

Von den jährlichen Wiesen sind bei Grumbkowkallen circa 90 Morgen
zweischnitteig, die übrigen Flächen sind weniger ergiebig, weil es ihnen jetzt noch
größtentheils an zureichendem Wasserabfluß fehlt.

Die Weiden bei Grumbkowkallen liegen theils flach und haben strengen
Boden.

Die Weiden bei Girschtischken haben theils Lehm, theils Wiesengrund. Zur
Cultivirung dieser sämmtlichen Weideflächen ist bis jetzt nichts geschehen.

Die Flur von Grumbkowkallen ist zum Bau jeder Getreidegattung vorzüg-
lich geeignet. Die von Girschtischken eignet sich nicht eben so zum Weizen- und
Gerstenbau.

Auf Grumbkowfalten ist ein herrschaftliches Wohnhaus mit einem nicht unbedeutenden Lust- und Obstgarten.

Königl. Inventarium ist, außer dem kupfernen und hölzernen Bray- und Brenngeräthe, den Feuerlöschgeräthen, auf den Vorwerken nicht vorhanden.

Die unabänderlichen Pachtbedingungen, die Flur-Pläne und Vermessungs-Nachrichten werden jedem Pachtlustigen in der Registratur der unterzeichneten Abtheilung vom Ober-Registrator Eutorius auf Verlangen zur Einsicht vorgelegt werden. Wer die Güter selbst und den Zustand der Gebäude in Augenschein zu nehmen wünscht, kann sich dieserhalb an den Domänen-Inspektanten Vehr in Piskallen wenden.

Da die Vorwerke Grumbkowfalten und Milchbude und die Vorwerke Giraltschen und Jägerswalde eine halbe Meile aus einander liegen, jedes der beiden Hauptvorwerke mit seinem Anwesen schon eine bedeutende Wirtschaftsbildet, werden Gebote sowohl für den ganzen Complexus der Domäne angenommen, als auch besonders für Grumbkowfalten, incl. Milchbude, so wie für Giraltschen, incl. Jägerswalde.

Die in depositalmäßig sichern Documenten, in geldwerthen Papieren oder in baarem Gelde, für die Erfüllung der Pachtsumme und den contractlichen Verpflichtungen vorweg niederzulegende Caution ist für den ganzen Wirtschafts-Complexus auf 2000 Thlr. festgesetzt, für Grumbkowfalten und Milchbude auf 1000 Thlr., für Giraltschen und Jägerswalde auf 1000 Thlr.

Um den Pachtbewerbern die wirtschaftliche Einrichtung zu erleichtern, sollen von dem für die zwölf Jahre jährlich abgegebenen Pachtgebot, die beiden ersten Jahre, also pro 1826 bis 1828, nur $\frac{1}{2}$, für die beiden folgenden Jahre, also pro 1828 bis 1830, nur $\frac{1}{4}$ gezahlt und darnach der Contract ausgefertigt werden.

Gumbinnen, den 10. Januar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

Die Hypotheken-Tabellen des Patrimonial-Gerichts Altscherbisch mit Beuidig sind beendigt, und liegen für die Interessenten bis alt. März d. J. in der Expedition des unterzeichneten Justitiars zu Schkeuditz, zur Einsicht vor. Es wird dieß hierdurch mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß spätere Erinnerungen dagegen nicht beachtet werden können.

Altscherbisch, den 26. Januar 1826.

Das Patrimonial-Gericht.

Erdmann.

Da nunmehr die Hypotheken-Tabellen der Dörfer Hilmersdorf und Prosmarke, Schweiniger Kreises, angefertigt sind, so wird solches, in Gemäßheit des §. 10. der Allerhöchsten Verordnung vom 16. Juni 1810, mit dem Eröffnen hierdurch bekannt gemacht, daß solche Tabellen vom 12. Februar bis 12. April d. J. in dem hiesigen Geschäftslocal eingesehen und die nach §. 8. der allegirten Verordnung zulässigen Erinnerungen angebracht werden können.

Sonnenwalde, den 27. Januar 1816.

Mund,

Justitiar zu Hilmersdorf und Prosmark.

Personal-Veränderungen,

welche im Jahre 1815 im Niedersächsisch-Thüringischen Ober-Berg-Amte Districte Statt gefunden haben.

1) Bei dem Ober-Berg-Amte selbst

ist der Ober-Berg-Revisor Kirchhof pensionirt worden und in dessen Stelle der Berg-Revisor Adhrig eingerückt; zum zweiten Revisor ist der zeither auf Wartegeld gestandene Buchhalter Grillo interimistisch bestellt worden. Die durch den Abgang des ersten Registrators leihzeitig erledigte Stelle, ist dem Registrator Nehmiz, mit dem Prädicate eines Ober-Berg-Amtes-Secretars, übertragen worden.

2) Bei dem Salz-Amte zu Dürrenberg

in die Stelle des in Ruhestand versetzten Salinen-Cassen-Rendanten Schulze, ist der zeitherige Materialien-Rendant Porse, so wie in die Stelle des letztern, der bisherige Buchhalter Schrickel eingerückt. Der Posten eines Buchhalters ist dem bisher bei der Berg- und Hütten-Verwaltung zu Wefensleben angestellt gewesenem Schichtmeister Scherertz übertragen worden.

3) Bei der Berg- und Hütten-Verwaltung zu Wefensleben

ist die durch die Versetzung des 10. Scherertz nach Dürrenberg erledigte Stelle eines Schichtmeisters, dem Assistenten Freyberg verliehen worden.

4) Beim Henneberg-Neustädtschen Berg-Amte zu Suhl

ist der Bergmeister Spangenberg pensionirt, dessen Stelle aber nicht wieder besetzt worden.

5) Beim Mannsfeldischen Berg-Amte zu Elsteden

ist der bisherige Vice-Geschworene Volze, zum wirklichen Geschworenen ernannt worden.

6) Bei der Salinen-Verwaltung zu Halle
ist der Registrator Supprian pensionirt, dessen Stelle aber noch nicht wieder
besetzt worden.

Halle, den 12. Januar 1826.

Königl. Preuß. Niedersächf. Thüring. Ober-Berg-Amt.

Dienstanstellungen und Beförderungen.

Der bisherige Land- und Stadtgerichts-Assessor Voigt, zu Calbe an der
Saale, ist im Bezirk der General-Commission der Provinz Sachsen als Kreis-
Justiz-Commissarius zu Halle angestellt, und

der Deconomie-Commissions-Gehülfe Schulze, zum Deconomie-Commis-
sarius, mit der Anweisung seines Wohnorts in Gardelegen, ernannt.

Stendal, den 16. Januar 1826.

Königl. General-Commission der Provinz Sachsen.

B e k a n n t m a c h u n g .

Die alphabetischen Sachregister zum Amtsblatte der Königl.
Regierung hier, pro 1825, sind bereits, 2½ Bogen stark, erschie-
nen. Alle resp. Amtsblatts-Abonnements-Interessenten werden
ersucht, den Bedarf derselben bei der zunächst gelegenen Königl.
Postbehörde gefälligst bestellen zu wollen. Auch sind noch dergl.
Register für verschiedene frühere Jahrgänge um den gewöhnli-
chen Preis von 5 Egr. pro Exemplar zu haben.

Merseburg, den 30. Januar 1826.

Die Redaction des Amtsblatts der Königl. Regierung.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

6. Stück.

Merseburg, den 11. Februar 1826.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Bei der erfolgten Auflösung der bisherigen Ephorie Sachsenburg, vormals Nr. 33. Weißenfee, sind die angrenzenden Ephorien Artern, Eckartsberga, Heldringen und Sangerhausen zweckmäßiger abgegränzt worden. Hiernach gehören von nun an

Die Abgränzung d. Ephorien Artern, Eckartsberga, Heldringen und Sangerhausen betr.

1) zu der Ephorie Artern:

die Parochien Allerstädt, Artern, Bottenborn, Catharinenrieth, Gehofen, Nauß im Thal, Reimsdorf, Rieteburg, Dorf Rosleben, Schönsfeld, Schönewerda und Weigstädt;

2) zu der Ephorie Eckartsberga:

welche ganz in ihrem bisherigen Umfange fortbesteht, kömmt nur Saubach, dessen Filial Steinburg schon früher hierher gehörte;

3) zu der Ephorie Heldringen:

die Parochien Altenbeichlingen, Biltzingsleben, Bretleben, Büchel, Burgwenden, Cannewurf, Cölleda, Egleben, Griefstädt, Gorsleben, Großmonra, Haras, Hauterode, Heldringen, Hemleben, Leubingen, Oberheldringen, Sachsenburg, Schillingstädt, Schloßbeichlingen und Städtin;

4) die Ephorie Sangerhausen

dauert ganz in ihrem bisherigen Bestande fort, nur daß ihr das bisher zu Artern gehörige Mutterkirchdorf Wornstädt zugelegt und dagegen Schönewerda verliert, das zu Artern geschlagen ist.

Bei der durch diese Abgränzung herbeigeführten Trennung einzelner Parochien von ihren zeitlichen Ephorien, bleibt indeß die Verbindung der Pro-

diger dieser Parochien mit den Special-Prediger-Wittwen-Cassen ihrer bisherigen Ephorien unverändert.

Merseburg, den 19. Januar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 34. An denjenigen Orten, wo das Lanten in der Weihnachts- und Neujahrsnacht hergebracht ist, mag dasselbe zwar noch ferner beibehalten werden, jedoch kann der zeitlich an mehreren Orten damit verbunden gewesene nächtliche Unfug durchaus nicht mehr geduldet werden. Die Herren Landräthe und Orts-Polizei-Behörden haben darauf zu sehen, daß in den Wirthshäusern über die gesellschaftliche Zeit die Leute nicht zusammen bleiben, in den Dörfern kein Lärm gemacht werde, und das an einigen Orten übliche Schießen, bei Vermeidung der im Allgemeinen landrechte Th. 2. Tit. 20. §. 745. festgesetzten Strafe, unterbleibe und in der Kirche während dem Lanten alles ruhig zugehe.

Merseburg, den 21. Januar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 55. Mit Bezugnahme auf die im Amtsblatte Jahrgang 1821, 29. St. Nr. 125 Seite 316 und 317 abgedruckte Bekanntmachung vom 27. Juli 1821 wegen Erhebung der gezogenen niedrigsten Prämien auf die 30 Millionen in Staatsschuldscheinen bei der hiesigen Regierungs-Hauptcasse, wird dem Publicum hierdurch eröffnet, daß mit Beobachtung der damals gegebenen Vorschriften, nun die Prämien von 86½ Thlr., welche in der nun beendigten zehnten, als planmäßig letzten Ziehung herausgekommen sind, in dem Zeitraume vom 15. März bis Ende Juni d. J. bei der hiesigen Regierungs-Hauptcasse, gegen Abgabe der gezogenen Prämien-scheine und gleichzeitige Vorzeigung der dazu gehörigen Staatsschuldscheine, in Empfang genommen werden können. Die resp. Herren Landräthe sind mit der Ziehungsliste versehen.

Merseburg, den 28. Januar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

B e k a n n t m a c h u n g.

Von der am 5. Januar 1825 angefangenen Achten Ziehung der Prämien auf Staatsschuldsscheine, sind die auf folgende Nummern gefallenen Prämien, nämlich:

= zu 155 Rthlr. =

1	9,954	7	55,141	13	57,954	19	185,565	25	262,729
2	10,654	8	37,120	14	101,559	20	189,218	26	264,055
3	10,670	9	38,660	15	109,262	21	216,145	27	266,268
4	15,086	10	40,222	16	111,516	22	216,556	28	288,901
5	17,250	11	40,346	17	154,000	23	218,641	29	290,416
6	21,026	12	57,931	18	144,424	24	262,114		

= zu 18 Rthlr. =

1	2,407	21	12,251	41	21,995	61	44,101	81	68,576
2	2,709	22	12,254	42	22,551	62	48,100	82	72,449
5	3,700	23	13,167	43	22,544	63	48,956	83	75,972
4	4,307	24	13,413	44	22,545	64	49,424	84	74,905
5	4,805	25	14,548	45	23,516	65	51,794	85	76,966
6	5,138	26	16,692	46	23,543	66	52,769	86	80,500
7	5,151	27	17,407	47	25,202	67	52,873	87	80,704
8	5,154	28	17,657	48	34,146	68	53,455	88	81,254
9	6,097	29	18,101	49	35,558	69	55,884	89	82,327
10	6,685	30	18,102	50	35,914	70	56,573	90	82,797
11	7,556	31	18,247	51	57,553	71	56,401	91	85,549
12	7,382	32	18,560	52	57,382	72	57,922	92	84,246
13	8,015	33	21,050	53	57,819	73	57,925	93	84,497
14	8,059	34	21,044	54	58,598	74	57,950	94	85,465
15	8,475	35	21,414	55	58,695	75	57,950	95	85,849
16	8,763	36	21,514	56	42,665	76	64,126	96	86,466
17	8,972	37	21,667	57	45,152	77	65,276	97	86,870
18	9,085	38	21,668	58	43,510	78	65,572	98	87,811
19	10,295	39	21,714	59	45,585	79	67,109	99	87,945
20	11,594	40	21,852	60	43,839	80	67,290	100	92,347

F o r t s e t z u n g.

101	92,558	126	129,351	150	176,161	174	218,008	198	236,944
102	93,457	127	130,476	151	176,164	175	218,670	199	245,151
103	96,838	128	134,281	152	176,431	176	219,032	200	248,585
104	102,286	129	134,795	153	184,123	177	219,054	201	252,130
105	102,382	130	137,715	154	184,960	178	220,479	202	252,504
106	103,774	131	140,839	155	185,069	179	221,476	203	260,645
107	104,107	132	141,799	156	185,359	180	222,115	204	261,023
108	104,306	133	141,853	157	185,362	181	222,151	205	262,689
109	104,904	134	142,871	158	189,390	182	222,987	206	262,815
110	108,276	135	154,723	159	189,398	183	223,859	207	263,267
111	110,197	136	154,856	160	189,602	184	224,687	208	264,028
112	111,203	137	156,158	161	200,282	185	228,179	209	267,162
113	116,239	138	156,311	162	201,105	186	228,945	210	274,828
114	116,408	139	156,374	163	201,194	187	231,021	211	275,530
115	122,473	140	160,256	164	203,209	188	231,023	212	275,531
116	123,793	141	161,515	165	205,476	189	231,258	213	277,196
117	124,474	142	163,502	166	205,479	190	231,516	214	279,302
118	124,655	143	163,801	167	206,808	191	231,968	215	280,561
119	125,236	144	169,671	168	214,612	192	231,986	216	283,111
120	125,243	145	171,060	169	214,674	193	234,410	217	288,863
121	126,490	146	172,112	170	216,327	194	235,231	218	290,627
122	126,554	147	174,948	171	216,944	195	236,370	219	290,647
123	127,489	148	175,857	172	217,739	196	236,942	220	291,491
124	128,786	149	175,953	173	217,742	197	236,943	221	292,739
125	129,130								

bis zum 3. d. M. bei der Staatsschuldchein-Prämien-Vertheilungs-Casse weder erhoben, noch zur Erhebung angemeldet, mithin, der Bekanntmachung vom 24. August 1820 und dem Inhalt der Prämiencheine gemäß, präcludirt, und der Betrag derselben von 7,893 Rthlr. nach Abzug des Coursewerts der dem Prämienfonds von den 29 Prämien zu 155 Rthlr. zu gewährenden 2,900 Rthlr. Staatsschuldcheine von 8q pCt. und der Zinsen von diesen Staatsschuldcheinen vom Jahre 1825 von zusammen. 2,697 Rthlr. mit 5,196 Rthlr.

zu wohlthätigen Zwecken verwendet worden, welches hierdurch zur Kenntniß der Prämienchein-Inhaber gebracht wird, mit der Aufforderung, die Prämien, deren Erhebung durch die Zahlungen bei den Reglerungs-Haupt-Cassen und im Auslande sehr erleichtert ist, künftigh nach Maassgabe der mit den hiesigen Zeitungen versendeten und ausserdem ausgegebenen Ziehungslisten in den dazu bestimmten Fristen einzuziehen, um dem mit der Präclution verbundenen Nachtheil auszuweichen.

Berlin, den 4. Januar 1826.

**Königl. Immediat-Commission zur Vertheilung von Prämien
auf Staatsschuldcheine.**

B e k a n n t m a c h u n g .

Des Königs Majestät haben durch die im 21. Stück der Gesetz-Sammlung vom laufenden Jahre publicirte Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 10. d. M. zur Erledigung der Verwaltungs-Ansprüche, welche aus der Zeit der Fremdherrschaft bis zum 1. November 1815 an das Preuß. Gebiet Erfurt und an den Preuß. Antheil an der Herrschaft Blankenhayn gemacht sind, oder gemacht werden können, festzusetzen geruht:

- 1) daß alle diejenigen, welche dergleichen noch unbefriedigte Verwaltungs-Ansprüche an die ebengedachten Gebietstheile zu haben vermehren, binnen einer viermonatlichen Frist ihre Forderung bei der Königl. Regierung zu Erfurt anmelden und begründen sollen, damit von der Beschaffenheit ihrer Ansprüche Kenntniß genommen und demnächst bestimmt werde, wie solche nach Maassgabe des zu ihrer Befriedigung vorhandenen Fonds zu behandeln und zu berichtigen sind;
- 2) daß die dießfälligen Ansprüche, welche binnen dieser Frist bei der Königl. Regierung zu Erfurt nicht angezeigt worden, sie mögen früher schon bei einer Behörde angemeldet worden sein, oder nicht, zu präcludiren und zur liquidation und Befriedigung nicht weiter zuzulassen sind;
- 3) daß für solche Forderungen, welche zwar in der geordneten Frist angemeldet, aber nicht mit den erforderlichen Beweisstücken belegt worden, die Königl. Regierung eine verhältnißmäßige Nachfrist zur Vorbringung der Justificationen festsetzen und nach deren fruchtlosem Ablauf gleichfalls die Präclution eintreten soll; und
- 4) daß die Ausführung der unterzeichneten Ministerial-Behörde überlassen bleibe.

In Gemäßheit dieser Allerhöchsten Bestimmung werden daher alle diejenigen, welche in Beziehung auf das Preussische Gebiet Erfurt und den Preussischen Antheil an der Herrschaft Blankenhayn noch unbefriedigte Ansprüche an die Verwaltung aus-

der Zeit bis zum 1. November 1813 zu haben vermeinen, hierdurch aufgefordert, ihre Forderungen — sie mögen bei irgend einer Behörde bereits angemeldet sein oder nicht — spätestens bis zum 15. Mai des künftigen Jahres 1826 bei der Königl. Regierung zu Erfurt, unter Beifügung der Justifications-Documente, oder der Bemerkung, warum und wann später sie erst beigelegt werden können? — anzumelden, widrigenfalls alle bis dahin der genannten Königl. Regierung nicht angemeldete Forderungen ohne Weiteres für präcludirt und ungültig werden erachtet werden.

Zur Vorbeugung etwa möglicher Zweifel, so wie zur Abwendung nutzloser Reclamationen, wird noch Folgendes bemerkt:

- 1) Unter den bei diesem liquidations-Verfahren zu berücksichtigenden Verwaltungs-Rückständen werden diejenigen unbefriedigten Ansprüche an die Verwaltungs-Behörden und die, solche vertretende Königl. Regierung aus der Zeit der Fremdherrschaft bis zum 1. November 1813 verstanden, welche nach den Grundsätzen der Fremdherrschaft aus laufenden Landes-Einkünften im gewöhnlichen Verwaltungs-Wege hätten befriedigt werden sollen und nicht früher oder später bereits abgemacht sind. Es bleiben auch alle, die verbriefte Capital-, Staats- und Provinzial-Schuld betreffende Ansprüche bei diesem liquidations-Verfahren ausgeschlossen, und gehören von diesen nur die Zinsen aus der fremdherrenlichen Zeit zu demselben.
- 2) Nach der Natur der Sache und nach anderweiter ausdrücklicher Königl. Vorschrift, ist es ein wesentliches Erforderniß bei den zugelassenden Ansprüchen, daß die ausdrückliche Zahlungs-Verpflichtung der vormaligen Verwaltung nachgewiesen werde, und es sind daher alle Reclamationen, denen das notwendige Fundament der ausgesprochenen Zahlungs-Verpflichtung fehlt, zurückzuweisen.
- 3) Die wirklich vorschriftsmäßig erfolgte Anmeldung bei der Königl. Regierung zu Erfurt, gewährt noch keinen Anspruch an sich, vielmehr ist die Zeit, so wie die Art und das Maas der Verichtigung, nach vorbemerfter Allerhöchster Bestimmung, von näherer Uebersicht der liquiden Ansprüche, so wie von den zur Befriedigung zunächst bestimmten Rest-Einnahmen, aus der Zeit, welche dieß liquidations-Verfahren umfaßt, abhängig, und die liquidation vorläufig nur zur Erulung des Gesamtbetrages der dießfälligen liquiden Forderungen angeordnet, an welche sich demnächst die weitem Bestimmungen wegen der Zahlung selbst anschließen werden.

Berlin, den 27. December 1825.

Königl. Immediat-Commission für die abgesonderte
Rest-Verwaltung.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Der Regierungs-Calculatur-Assistent, Ludwig Wilhelm Ferdinand Hübner in Erfurt, ist unter dem 5. December pr. zum Depositäl- und Salarien-Cassen-Rendanten bei dem Land-Gerichte hieselbst, an des abgegangenen Rendanten Abel Stelle;

der bisherige Land-Gerichts-Canzlei-Inspector zu Eisleben, Georg Erdmann Zink, ist unter dem 29. December pr. zum Depositäl- und Salarien-Cassen-Rendanten bei dem Land-Gerichte zu Torgau, an des verstorbenen Klinckschiff Stelle;

der an das Land-Gericht zu Wittenberg deputirte Ober-Landes-Gerichts-Assessor, Anton Heinrich Gottlieb Zeitsch, und der bei dem hiesigen Land-Gerichte beschäftigte Ober-Landes-Gerichts-Assessor, Friedrich Ludwig Adolph Wilhelm Belig, sind unter dem 31. v. M. u. J. zu Land-Gerichts-Räthen in Erfurt ernannt.

Der Candidat der Rechte, Carl Gustav Diege, ist am 23. December pr.;

der Candidat der Rechte, Eduard August Dehr, ist unter dem 25. Januar c.; und

der Candidat der Rechte, Adalbert Wilhelm Heydenreich, ist den 27. Januar c. zum Aufcultator bestellt.

Der invalide Quartiermeister, Carl Marschall, ist an des auf sein Ansuchen entlassenen Steinemann Stelle, zum Boten und Executor bei dem Gerichts-Amte zu Remberg unter dem 6. Januar c. bestellt.

Naumburg, den 31. Januar 1826.

M a r k t p r e i s u n g

der

im Monate Januar 1826

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestanden
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,
ingeleichen der Rauch-Fourage.

Benennung der Marktplätze.	G e t r e i d e.								H ü l s e n f r ü c h t e.						R a u c h f u t t e r.														
	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer		Hirse		Erbſen		Linſen		Kartoffeln	Heu	Stroh												
	der Preußiſche Eſſel								der Preußiſche Eſſel						Edl.	à Cent.	à Schock												
	℥	ſ	g	℥	ſ	g	℥	ſ	g	℥	ſ	g	℥	ſ	g	℥	ſ	g											
1 Merſeburg	1	2	9	—	18	2	—	16	3	—	10	3	—	25	—	1	—	25	—	2	15	—							
2 Halle	1	1	10	—	20	—	—	17	—	—	12	2	4	10	—	1	5	—	—	15	—	5	—						
3 Naumburg	1	4	3	—	19	8	—	16	—	—	11	1	2	6	—	1	10	—	2	2	—	22	—	1	—	8	5	25	
4 Torgau	1	5	—	—	22	6	—	17	6	—	13	9	3	—	—	1	10	—	4	—	—	10	—	22	6	5	—	—	
5 Bittenberg	1	3	9	—	21	7	—	19	2	—	15	2	—	122	6	2	27	6	—	17	6	—	—	—	—	—	3	20	
6 Gisleben	1	—	—	—	20	4	—	16	11	—	14	1	4	—	—	1	10	—	1	10	—	18	9	—	25	—	4	—	—
7 Zeitz	1	7	6	—	21	3	—	16	3	—	12	6	3	7	6	1	7	6	1	7	6	—	20	—	27	6	5	15	—
8 Querſurth	1	—	4	—	17	6	—	15	—	—	10	4	5	20	—	1	—	—	—	—	—	15	—	20	—	2	15	—	—

Merseburg, den 7. Februar 1826.

Königlich Preussische Regierung.
Erte Abtheilung.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

7. Stück.

Merseburg, den 18. Februar 1826.

B e k a n n t m a c h u n g e n.

Auf Ihren gemeinschaftlichen Bericht vom 28. October c. über die Nothwendigkeit einer allgemeinen Strafbestimmung für die unterlassene Meldung der Kriegs- Reserve- und Landwehr-Mannschaften, bei Aufenthalts-Veränderungen, setze Ich hiermit fest, daß dergleichen unterlassene Meldung auf die Anzeige der betreffenden Landwehr-Bataillons-Commandeure, mit einer, durch die Civil-Behörde festzusetzenden und sofort zu vollziehenden Disciplinarstrafe von zwei Thalern, oder im Unvermögensfall von dreitägigem, in der Heimath zu erleidenden Gefängniß geahndet und diese nur bei ganz besondern Milderungs-Gründen auf eintägiges Gefängniß gemildert werden soll. Von dem Vollzug der Strafe ist die Militair-Behörde in Kenntniß zu setzen. Die Strafe findet sowohl auf die unterlassene Meldung bei der Ankunft in die Heimath, nach erfolgter Entlassung vom stehenden Heere, als auch bei jedem folgenden Aufenthaltswechsel Anwendung, ohne Unterschied, ob der Compagnie-Bezirk verlassen wird, oder nicht; die Meldung aber kann sowohl mündlich als schriftlich geschehen. Ich beauftrage Sie, diese Bestimmung bekannt machen und mit Rücksicht auf die Verfassung der Provinzial-Behörden, zur Ausführung bringen zu lassen.

Nr. 36.
Strafbestimmung für die unterlassene Meldung der Kriegsreserve u. Landwehr.

Potsdam, den 21. December 1825.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

An

die Staats-Minister v. Schummann und v. Hake.

Indem wir den Inhalt vorstehender, in Folge der Bestimmung des §. 40. der Instruction für die Landwehr-Inspecteurs vom 10. December 1816, wegen Bestrafung der in dem allegirten §. nurgedachter Instruction bezeichneten Contraventions-Fälle ergangenen Allerhöchsten Cabinets-Ordre hierdurch zur öffentlichen

Kenntniß bringen, werden die Herren Landräthe unsers Verwaltungs-Bezirks zugleich angewiesen, in vorkommenden derartigen Contraventions-Fällen für die Festsetzung und Vollstreckung der obbestimmten Strafen gehörig Sorge zu tragen.

Merseburg, den 8. Februar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 37.
Das Königl.
Pathe: Ge-
schen: von
50 Thlr. betr.

Es ist seither häufig bemerkt worden, daß Aelteren von sieben und mehr Söhnen, den ihnen durch die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 26. April 1816 eingeräumten Anspruch auf ein Königlich-patrongeschenk von 50 Thlr. sehr verspätet, oft wohl gar erst nach einer Reihe von Jahren geltend machen. — Da, abgesehen von den dadurch bei der Ermittlung der gesetzlichen Zulässigkeit des Anspruches selbst entstehenden, sich mit der Zeit nur noch vermehrenden Weirungen und Verwickelungen, die Gestattung einer solchen Verzögerung nicht in der Absicht des Gesetzes liegt, letzteres vielmehr voraussetzt: daß jeder zu der obigen Prämie Berechtigte, nach seiner dormaligen Lage den Anspruch gleich bei der Geburt des zu beschenkenden Sohnes, oder doch bald nachher anmelden werde; so wird, um den Gang dieser Unterstützungs-Angelegenheit auf den ursprünglichen wohlwollenden Zweck jener Allerhöchsten Bestimmung zurückzuführen, hierdurch Folgendes festgesetzt:

- 1) Alle diejenigen, denen nach dem Tage der öffentlichen Bekanntmachung durch die Amtsblätter, ein siebenster oder jüngerer, zur Besenkung geeigneter Sohn geboren werden sollte, müssen den dießfälligen Anspruch auf die Prämie von 50 Thlr. innerhalb eines Jahres, vom Tage der Geburt des zu beschenkenden Sohnes an gerechnet, bei der Behörde anmelden, widrigenfalls der Anspruch für diesen Sohn als erloschen zu betrachten ist.
- 2) Diejenigen, welche jetzt schon einen Anspruch auf jene Prämie zu haben glauben, denselben aber bis jetzt noch nicht geltend gemacht haben, müssen selbigen, wenn der zur Besenkung geeignete Sohn schon über ein Jahr alt sein sollte, innerhalb drei Monaten anmelden, widrigenfalls das Anrecht auf die Prämie für diesen Sohn ebenfalls nicht weiter zu berücksichtigen ist.

Auf das Königl. Pathegeschenk von 100 Thlr. finden selbige aber selbstredend keine Anwenbung, da die Bewilligung, da die Bewilligung auf andern Grundsätzen beruht, und durch die Bedingungen, an welche es geknüpft ist, die Präclusion des dießfälligen Anspruches, für den Fall einer Versäumniß, schon in der Sache selbst begründet ist.

Berlin, den 30. Januar 1826.

An
die Königl. Regierung zu Merseburg.

Der Finanz-Minister,
(gez.) v. Moß.

Vorstehendes Hohe Ministerial-Rescript wird hierdurch, mit Beziehung auf die frühere Bekanntmachung vom 9. April 1825, Nr. 71. im 15ten Stück des vorjährigen Amtsblatts, Seite 46, zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 8. Februar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen.

Bei den großen Kosten, welche erforderlich sind, die hiesige Domkirche in baulichen Würden zu erhalten und herzustellen, haben des Königs Majestät dazu aus Allerhöchsth Ihrer Chacoulle Sechszigtausend Thaler anweisen zu lassen und dabei zu erklären geruhet, daß dieses alte ehrwürdige Gebäude nicht verfallen dürfe. Ich fühle mich verpflichtet, diesen neuen Beweis der Allerhöchsten Huld hiermit zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Magdeburg, den 12. Februar 1826.

Der Geheime Staats-Minister
v. Klemig.

Des Königs Majestät haben dem General-Superintendenten und Consistorialrath, Herrn D. Westermeyer in Magdeburg, die Würde eines evangelischen Bischofs beizulegen geruhet; welches hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Magdeburg, den 10. Februar 1826.

Der Geheime Staats-Minister
v. Klemig.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Die Königl. Hohen Ministerien der Geistlichen-, Unterrichts- und Medic. Nr. 38. nal-Angelegenheiten und des Innern haben, auf den Antrag der Königl. Regierung zu Posen, sich bewogen gefunden, mittelst Rescripts vom 29. December v. J., zum Wiederaufbau der evangelischen Kirche zu Neustadt-Fraustadt, die im Jahre 1801 ein Raub der Flammen wurde und aus Mangel an Mitteln von der kleinen Gemeinde bis jetzt nicht wieder hergestellt werden konnte, eine evangelische Haus- und Kirchen-Collecte in der ganzen Monarchie zur Unterstützung der Gemeinde bei diesem Bau zu bewilligen.

Evangelische
Haus- und
Kirchen-colle-
cte für den Kir-
chenbau in
Neustadt-
Fraustadt be-
treffend.

Solches bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, und weisen die evangelischen Herren Prediger an, die Kirchencollecte an einem hiezu passenden Sonntage, in der gewöhnlichen Art, zu veranstalten und die beigesteuerten Gelder sodann an die Herren Superintenden ten einzuschicken, welche, wenn aus der ganzen Diöcese die Gelder eingegangen, solche mittelst specieller Verzeichnisse und doppelter Liefer scheine, wovon einer an uns einzusenden ist, mit Angabe des Zweckes der Collecte, der hiesigen Haupt-Institut-Casse übermachen werden.

Wegen der Hauscollecte verweisen wir die betreffenden Behörden auf die Bekanntmachung vom 5. Januar 1819 Nr. 24. des Amtsblatts vom Jahre 1819, und sind die aufkommen den Beträge ebenfalls mittelst specieller Verzeichnisse und doppelter Lieferscheine hier in der Art einzusenden; wie es wegen der Kirchencollectengelder angeordnet ist.

Gehen auf die eine oder andere Weise keine Beiträge ein, so ist ein Vacatschein einzureichen, und zwar einer an uns und einer an die genannte Kasse.

Uebrigens muß die Haus- und Kirchen-Collecte am 1. Juli d. J. geschlossen sein, und werden die Herren Superintenden ten und die sämtlichen Behörden des Regierungs-Bezirks dafür sorgen, daß bis zu diesem Termine die Einkün dungen sowohl der Gelder, als etwaigen Vacatscheine erfolgt ist.

Mierseburg, den 9. Februar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 59.

Reglement.
No. medicini-
schen Staats-
prüfungen be-
treffend.

Es ist unterm 1. December v. J., in Folge der von des Königs Majestät mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 28. Juni v. J. erlassenen Bestim mungen über die, dem jetzigen Bedürfnisse entsprechende Classification des Heil-
personals und über den Nachweis seiner Qualification,

ein Reglement für die Staatsprüfung der Medicinal-Personen in den Königl. Preussischen Landen,

von dem Königl. Hohen Ministerio der Geistlichen, Unterrichts- und Medici-
nal-Angelegenheiten erlassen. Wir bringen hierdurch die Erscheinung dieses Re-
glements, welches in der Deckerschen Hofbuchdruckerei zu Berlin zu erhalten ist,
zur Allgemeinen Kenntniß und machen zugleich zur Nachachtung der dabel inter-
essirten Medicinal-Personen auf nachfolgende Bestimmungen desselben aufmerk-
sam:

- a) daß den Königl. Medicinal-Collegien in den Provinzen die Prüfung der-
jenigen ärztlichen Individuen obliege, welche sich dazu bei den Königl.
Regierungen zu melden haben, und die Approbation
- a) als Chirurgen 2ter Classe,

- l) als Geburtshelfer,
 - c) als Apotheker 2ter Classe,
 - d) als forensische Wundärzte,
 - e) als Zahnärzte,
- erlangen wollen;
- 2) daß, um zur Prüfung als Geburtshelfer zugelassen zu werden, der Prüfungs-Candidat nachweisen müsse, daß er
- a) schon zu der einen oder andern Classe des Heilpersonals als Arzt oder Wundarzt gehöre und die Approbation erhalten, oder wenigstens mit Erfolg die diesfällige Prüfung bestanden habe, und die Approbation erwarten könne, und
 - b) einen vollständigen Cursus der Geburtshülfe zurückgelegt und wenigstens zwei Geburten selbst gehoben habe;
- 3) daß die Prüfungen von den Königl. Medicinal-Collegien das ganze Jahr hindurch Statt finden;
- 4) daß die höhern Staats-Prüfungen in Berlin mit dem Monat November anfangen und ununterbrochen bis zur Beendigung aller Prüfungsabschnitte für sämtliche, der Prüfungs-Commission überwiesene Candidaten fort dauern;
- 5) daß zur Prüfung aus der Staats-Arzneikunde, Behufs einer zu erlangenden Anstellung als Physicus, nur promovirte und vorzugsweise die ausgezeichnetesten Ärzte zugelassen werden, und daß vor der Admission dazu der Prüfungs-Candidat
- a) die Approbation als practischer Arzt oder als Arzt und Wundarzt bereits erworben, und
 - b) die Prüfung aus der Geburtshülfe bestanden haben müsse;
- 6) daß die Prüfung der Hebammen-Schülerinnen, Behufs ihrer Approbation, am Ende eines jeden Hebammen-lehr-Cursus und wo möglich im locale des Königl. Hebammen-lehr-Instituts vorgenommen werden solle.
- Merseburg, den 6. Februar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Von dem Königl. Ministerio der Geistlichen-, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten, sind für 1824 nachstehenden Medicinal-Personen Impfsprämien bewilliget worden, als:

1)	dem Dr. medicinae Ehrhardt in Eilenburg	25	Thlr.
2)	„ „ Weber in Preßsch	20	„
3)	„ medicinae Practicus Thomä in Zahna	25	„
4)	„ Wundarzt Beyer in Ortrand	25	„
5)	„ Dr. Schmidt in Ubigau	25	„
6)	„ Wundarzt Brunnemann in Zeitz	25	„
7)	„ Kreischirurg Ohlmann in Hettstädt	20	„

zusammen 165 Thlr.

welche Impfsprämien dieselben von der hiesigen Regierungs- Hauptcasse gegen Ein-
sendung der Quittung in Empfang nehmen können.

Merseburg, den 7. Februar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

V e r z e i c h n i s s

der 1824 im Regierungs-Bezirk Vaccinirten.

Es sind im Jahre 1824 von den Medicinal- Personen und einigen zur
Schußblättern- Impfung autorisirten Nichtärzten im Regierungs-Bezirk vaccinirt:

1)	Im Kreise Merseburg	552
2)	„ „ Halle	732
3)	„ „ Naumburg	564
4)	„ „ Delitzsch	932
5)	„ „ Bitterfeld	1196
6)	„ „ Wittenberg	1566
7)	„ „ Torgau	1014
8)	„ „ Liebenwerda	1077
9)	„ „ Schweinitz	1219
10)	„ „ Weißenfels	801
11)	„ „ Zeitz	587
12)	„ „ Eckartsberga	983
13)	„ „ Sangerhausen	853
14)	„ „ Querfurt	535
15)	„ Mansfelder Seekreise	500
16)	„ „ Gebirgskreise	502
17)	„ Saalkreise	748

zusammen 14151

wobei zu bemerken ist, daß gegen das Jahr 1823, im Jahre 1824, 2598 Individuen mehr geimpft worden sind.

Merseburg, den 9. Februar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

B e k a n n t m a c h u n g ,

die Verpachtung der Chaussée-Gefälle bei den Barrieren
Weißensels, Leuna, Schkopau und Ammendorf betr.

Es sollen die, auf der Straße von Weißensels bis Halle, in dem dreijährigen Zeitraume vom 1. Juli 1826 bis ult. Juni 1829 aufkommenden Chaussée-Gefälle im Wege des Meistgebots verpachtet werden, und es ist dazu ein Bietungs-Termin auf den

16. März dieses Jahres

angesezt, welcher in einem Local der unterzeichneten Regierung hier, von Vormittags 11 Uhr an, bis Nachmittags 2 Uhr, abgehalten werden soll, wozu daher Bietungslustige hierdurch eingeladen werden. Der definitive Zuschlag zu dem gethanen Meistgebote bleibt der Höhern Behörde vorbehalten; und licitanten, die hier, hinsichtlich ihrer sittlichen Qualification und ihrer Vermögensumstände, persönlich nicht bekannt sind, haben sich deshalb im Termine gehörig auszuweisen, auch vorläufig sogleich eine Caution von Fünfhundert Thalern in verzinslichen Staats-Papieren zu bestellen. Die Pachtbedingungen können in unserer Registratur eingesehen, auch von uns, gegen die Copialien, in Abschrift erlangt werden.

Merseburg, den 15. Februar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

R i s i c o
 der aufgerufenen und der königlichen Controlle der Staats-Papiere
 als mortificirt nachgewiesenen

O t t a v i a n o 1 8 5 5.

S t a a t s - S c h u l d - S c h e i n e.

Des Documents				Datum	
No.	Litt.	Ursch.-Sorte.	Betrag.	Stück.	Egr.
16,063.	A.	Courant.	1,000	"	vom 30. December 1854.
20,790.	A.	Courant.	500	"	

Berlin, den 31. December 1855.

Königliche Controlle der Staats-Papiere.

Extra-Blatt

zum

Siebenten Stück des Amtsblatts

der

Königlichen Regierung.

Merseburg, den 22. Februar 1826.

Bekanntmachung.

Nachstehende ehemals Sächsische, jetzt Preussische verloosbare, im Leipziger Neujahrs-Markte des Jahres 1764 ausgestellt, auf jeden Inhaber lautende und Johann Christian Polich, zu Buchshain im Königreiche Sachsen, gehörige Steuer-Credit-Cassen-Scheine:

Litt. A. Nr. 2216. auf Eintausend Thaler Conventions-Geld,

und

Litt. B. Nr. 2043. und Nr. 3314., jeder auf Fünfhundert Thaler Conventions-Geld lautend,

soßen, und zwar jeder

mit dem Talon pro Michael 1811, und

mit den beiden Coupons pro Ostern und Michael 1814,

im Jahre 1815 durch fremdes Militair geraube worden sein, und nunmehr, auf Antrag des Inhabers, Wechs der Amortisation, öffentlich aufgegeben werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche sowohl auf die gedachten Scheine, als auf die bezeichneten Talons und Coupons, aus irgend einem Grunde Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich mit diesem Anspruche in dem Zeitraume von jezt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, am 13. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuss. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuss. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

B e k a n n t m a c h u n g.

Nachstehende ehemals Sächsishe, jetzt Preussische verloosbare, im leipziger Neujahrs-Markte 1764 ausgestellte, auf jeden Inhaber gerichtete, und Frau Sophie Dorothee vermittelten Verthold, gebornen Kaufmann, zu Bischofsmerda im Königreiche Sachsen, gehörige Steuer-Credit-Cassen-Scheine Litt. D. Nr. 4189. und 5757., jeder auf die Summe von Einhundert Thalern Conventions-Geld lautend, sollen, und zwar jeder nebst dazu gehörigem Talon pro Michael 1811 und mit 4 Coupons auf die Zeit von Ostern 1815 bis mit Michael 1814, im Jahre 1815 durch Feuer vernichtet worden sein, und nunmehr, auf Antrag der Inhaberin, Behufs der Amortisation, öffentlich aufgeboren werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hiermit bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche sowohl auf gedachte beide Steuer-Scheine, als auf die zu jedem derselben gehörenden und angeblich mit verlorenen Talons und Coupons aus irgend einem Grunde Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich in dem Zeitraume von jetzt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, am 15. Februar 1826.

Im Auftrage des Königl. Preuss. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuss. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Drenn.

B e k a n n t m a c h u n g.

Der ehemals Sächsishe, jetzt Preussische verloosbare, im leipziger Neujahrs-Markte 1764 ausgestellte, mit Litt. C. und Nr. 5.88. bezeichnete, auf die Summe von Zweihundert Thalern Conventions-Geld, so wie auf jeden Inhaber lautende, und den Erben der verstorbenen vermittelten Frau Diaconus Gulich zu Bischofsmerda gehörige Steuer-Credit-Cassen-Schein, soll, nebst dem dazu gehörigen Talon pro Michael 1811 und 3 Coupons auf die Termine Michael 1815 und Ostern und Michael 1814, im Jahre 1815 zu Bischofsmerda durch Feuer vernichtet worden sein, und nunmehr auf Antrag der Inhaber, Behufs der Amortisation, öffentlich aufgeboren werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche auf gedachten Steuer-Schein, so wie auf den mit verlorenen Talon und die vorerwähnten Coupons aus irgend einem Grunde einen

Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich in dem Zeitraume von jetzt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, am 15. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Wrenn.

B e k a n n t m a c h u n g.

Der ehemals Sächsishe, jetzt Preussische verloosbare, im leipziger Neujahrs-Markte des Jahres 1764 ausgestellte, mit Litt. C. und Nr. 5468. bezeichnete, auf die Summe von Zweihundert Thalern Conventions-Geld, so wie auf jeden Inhaber lautende, und dem Fünfhüfner Johann Traugott Striegler zu Ibanitz im Königreiche Sachsen gehörige Steuer-Credit-Cassen-Schein, soll, nebst dem dazu gehörigen Talon pro Michael 1817 und mit dem Coupon pro Michael 1820, im Jahre 1820 durch Feuer vernichtet worden sein, und nunmehr, auf Antrag des Inhabers, Behufs der Amortisation, öffentlich aufgegeben werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hierdurch öffentlich bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche sowohl auf gedachten Schein als auf den bemerkten Talon und Coupon aus irgend einem Grunde einen Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich in dem Zeitraume von jetzt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, am 13. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Wrenn.

B e k a n n t m a c h u n g.

Der ehemals Sächsishe, jetzt Preussische verloosbare, im leipziger Neujahrs-Markte 1764 ausgestellte, mit Litt. B. und Nr. 5058. bezeichnete, auf die Summe von Fünfhundert Thalern Conventions-Geld, so wie auf jeden Inhaber lautende, und der Kirche zu Klingenthal bei Waldheim im Königreiche Sachsen gehörige Steuer-Credit-Cassen-Schein, soll im Jahre 1819 durch Diebstahl

entwendet worden sein, und nunmehr, auf Antrag der Kirchen-Inspection, Behufs der Amortisation, öffentlich aufgeboden werden.

Nach Vorschrift der Gesetze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche auf gedachten Steuer-Schein aus irgend einem Grunde einen Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich in dem Zeitraume von jetzt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, am 13. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

B e k a n n t m a c h u n g.

Der ehemals Sächsishe, jetzt Preussische verloosbare, im leipziger Neu-jahrs-Markte 1764 ausgestellte, mit Litt. C. und Nr. 1973. bezeichnete, auf die Summe von Zweihundert Thalern Conventions-Geld, so wie auf jeden Inhaber lautende, und der Kirche zu Lauterbach bei Stolpen im Königreiche Sachsen gehörige Steuer-Credit-Cassen-Schein, soll im Jahre 1813 durch fremdes Militair geraubt worden sein, und nunmehr, auf Antrag der Kirchen-Inspection, Behufs der Amortisation, öffentlich aufgeboden werden.

Nach Vorschrift der Gesetze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche auf gedachten Steuer-Schein aus irgend einem Grunde einen Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich in dem Zeitraume von jetzt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, am 13. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

B e k a n n t m a c h u n g.

Der ehemals Sächsishe, jetzt Preussische verloosbare, im leipziger Neu-jahrs-Markte 1764 ausgestellte, mit Litt. C. und Nr. 4707. bezeichnete, auf die Summe von Zweihundert Thalern Conventions-Geld, so wie auf jeden Inhaber

lautende, und dem Bürger Jacob Gottlob Franke zu Detrand gehörige Steuer-Eredit-Cassen-Schein, soll im Jahre 1813 zu Krebs im Königreiche Sachsen durch fremdes Militair vernichtet worden sein, und nunmehr, auf Antrag des Inhabers, Befuß der Amortisation, öffentlich aufgeboden werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche auf gedachten Steuer-Schein aus irgend einem Grunde einen Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich in dem Zeitraume von jezt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, am 13. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

B e k a n n t m a c h u n g.

Der ehemals Sächsische, jezt Preussische verloosbare, im leipziger Neu-jahrs-Markte des Jahres 1764 ausgestellte, mit Litt. B. und Nr. 3003, bezeichnete, auf die Summe von Fünfhundert Thalern Conventions-Geld, so wie auf jeden Inhaber lautende, und Marien Elisabeth verehel. Puhlmann, geb. Paulin, zu Ziecko im Herzoglich Anhalt-Bernburgschen Amte Coswig, soll im Jahre 1813 durch fremdes Militair vernichtet worden sein, und nunmehr auf Antrag des Inhabers, Befuß der Amortisation, öffentlich aufgeboden werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche auf gedachten Steuer-Schein aus irgend einem Grunde einen Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich in dem Zeitraume von jezt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, am 13. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn,

B e k a n n t m a c h u n g.

Der ehemals Sächsische, jezt Preussische verloosbare, im leipziger Neu-jahrs-Markte 1764 ausgestellte, mit Litt. C. und Nr. 8495, bezeichnete, auf

die Summe von Zweihundert Thalern Conventions-Geld, so wie auf jeden Inhaber lautende, und Frau Johannen Amalien von Elterlein, zu Drebach im Königl. Sachsen, gehörige Steuer-Credit-Cassen-Schein, soll im Mai 1823 durch Feuer vernichtet worden sein, und nunmehr auf Antrag der Inhaberin, Behufs der Amortisation, öffentlich aufgeboden werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche auf vorgedachten vernichteten Steuer-Schein aus irgend einem Grunde einen Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich in dem Zeitraume von jezt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, am 13. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

B e k a n n t m a c h u n g.

Der ehemals Sächsische, jezt Preussische verloosbare, im leipzigier Neujahrs-Markte 1761 ausgestellte, mit Litt. C. und Nr. 1671. bezeichnute, auf die Summe von Zweihundert Thalern Conventions-Geld, so wie auf jeden Inhaber lautende, und der Kirche zu Lachstedt im Groß-Herzogthume Weimar, gehörige Steuer-Credit-Cassen-Schein, soll im Monat Mai 1823 durch Diebstahl mittheilst Einbruchs verloren gegangen sein, und nunmehr auf Antrag der Groß-Herzoglichen Kirchen-Commission zu Lachstedt, Behufs der Amortisation, öffentlich aufgeboden werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hiermit bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche auf gedachten entwendeten Steuerschein aus irgend einem Grunde einen Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich in dem Zeitraume von jezt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, am 13. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

B e k a n n t m a c h u n g.

Der ehemals Sächsishe, jetzt Preussische verlosbar gewesene, im Leipziger Neujaars-Markte des Jahres 1764 ausgestellte, und mit Litt. B. und Nr. 621. bezeichnete, auf die Summe von Fünfhundert Thalern Conventions-Geld, so wie auf jeden Inhaber lautende, jedoch bereits Michael 1809 ausgelosete, und den Erben des verstorbenen Kaufmanns und Theilhabers der Handlung Lippold und Schumann, Ernst August Schumann zu Leipzig, zugehörige Steuer-Credit-Cassen-Schein, soll im Jahre 1805 auf unbekannte Weise verloren gegangen sein, und nunmehr, auf Antrag der Inhaber, Wapufs der Amortisation, öffentlich aufgeboten werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche auf gedachten Steuer-Credit-Cassen-Schein aus irgend einem Grunde Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich mit diesem Anspruche in dem Zeitraume von jetzt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, am 15. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuss. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuss. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brönn.

B e k a n n t m a c h u n g.

Der ehemals Sächsishe, jetzt Preussische verlosbare, im Leipziger Neujaars-Markte des Jahres 1764 ausgestellte, mit Litt. B. und Nr. 1408. bezeichnete, auf die Summe von Fünfhundert Thalern Conventions-Geld, so wie auf jeden Inhaber lautende, und der vermittelten Pastor Walter, vormals zu Förder-Versdorf im Königreiche Sachsen, zugehörige Steuer-Credit-Cassen-Schein, soll im Jahre 1799 nebst dem dazu gehörigen Talon pro Michael 1796 und Coupon pro Michael 1799 durch Feuer vernichtet worden sein, und nunmehr auf Antrag der Inhaberin, Wapufs der Amortisation, öffentlich aufgeboten werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche sowohl auf den gedachten Schein, als den dazu gehörigen vorbezeichneten Talon und Coupon, aus irgend einem Grunde Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich mit diesem Anspruche in dem Zeit-

raume von jetzt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, am 15. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

B e k a n n t m a c h u n g.

Der ehemals Sächsische; jetzt Preussische verloosbare, im leipziger Neu-jahrs-Markte des Jahres 1764 ausgestellte, mit Litt. A. und Nr. 11570 be-zeichnete, auf die Summe von Eintausend Thalern Conventions-Geld, so wie auf jeden Inhaber lautende, und dem Anspanner Johann Gottlob Zeibig zu Kaufha bei Pirna angehörige Steuer-Credit-Cassen-Schein soll im Jahre 1815 durch Brand vernichtet worden sein, und nunmehr auf Antrag des Inhabers, Behufs der Amortisation, öffentlich ausgebaut werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche auf gedachten Steuer-Schein aus irgend einem Grunde Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich mit diesem Ansprüche in dem Zeitraume von jetzt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Com-missarius zu melden.

Merseburg, am 15. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

B e k a n n t m a c h u n g.

Der ehemals Sächsische, jetzt Preussische verloosbare, im leipziger Neu-jahrs-Markte des Jahres 1764 ausgestellte, mit Litt. C. und Nr. 6350. be-zeichnete, auf die Summe von Zweihundert Thalern Conventionsgeld lautende, dem Fleischtsteuer-Einnnehmer Herrn Bachmann zu Leipzig angehörige Steuer-Credit-Cassen-Schein, soll, nebst dazu gehörigem Talon pro Michael 1808 und den drei Coupons pro Michael 1810, Ostern und Michael 1811, im Jahre 1810 durch Diebstahl entwendet worden sein, und nunmehr auf Antrag des Inhabers, Behufs der Amortisation, öffentlich ausgebaut werden.

Nach Vorschrift der Gesetze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche sowohl auf gedachten Schein, als den dazu gehörigen vorbezeichneten Talon, so wie auf erwähnte 3 Coupons, aus irgend einem Grunde Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich mit diesem Ansprüche in dem Zeitraume von jetzt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, am 13. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

B e k a n n t m a c h u n g .

Der ehemals Sächsishe, jetzt Preussische verlosbar gewesene, im Leipziger Neujahrs-Markte 1764 ausgestellte, mit Litt. C. und Nr. 5355. bezeichnete, auf die Summe von Zweihundert Thalern Conventions-Geld, so wie auf jeden Inhaber lautende, jedoch bereits Ostern 1803 ausgelosete und der Königl. Sächsischen Rentkammer zu Dresden gehörige Steuer-Credit-Cassen-Schein, soll im Jahre 1797 bei dem Amte Dahme, in dessen Gewahrsam sich der Schein damals befand, bei Gelegenheit, als der dasige Amts-Depositencassen beraubt worden, mit entwendet worden sein; und nunmehr auf Antrag der Königl. Sächs. Behörde, Beßuß der Amortisation, öffentlich angeboten werden.

Nach Vorschrift der Gesetze wird daher solches hiermit bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche auf vorgedachten Schein aus irgend einem Grunde Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich mit diesem Ansprüche in dem Zeitraume von jetzt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, am 13. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr. v. Brenn.

B e k a n n t m a c h u n g.

Der ehemals Sächsishe, jetzt Preussische verloosbare, im leipziger Neu-
jahrs-Markte des Jahres 1764 ausgestellte, mit Litt. B. Nr. 7208. bezeichnete,
auf die Summe von Fünfhundert Thalern Conventions-Geld, so wie auf jeden
Inhaber lautende, und der Kirche zu Zenden angehörige Steuer-Eredit-Cas-
sen-Schein, ist im Jahre 1815 durch fremdes Militair vernichtet worden, und
soll nunmehr, Behufs der Amortisation, öffentlich aufgeboten werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht,
und werden diejenigen, welche aus irgend einem rechtlichen Grunde auf den
vorbeschriebenen Steuer-Eredit-Cassen-Schein Anspruch zu haben vermeynen,
aufgefordert, sich mit diesem Ansprüche in dem Zeitraume von jetzt bis mit Mi-
chael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, am 15. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

B e k a n n t m a c h u n g.

Der ehemals Sächsishe, jetzt Preussische verloosbare, im leipziger Neu-
jahrs-Markte 1764 ausgestellte, mit Litt. C. und Nr. 6551. bezeichnete, auf
die Summe von Zweihundert Thalern Conventions-Geld, so wie auf jeden In-
haber lautende, und der Commun lauter bei Schwarzenberg im Erzgebirge an-
gehörige Steuer-Eredit-Cassen-Schein, soll im Jahre 1824, nebst dazu gehö-
rigem Talon, auf unbekannte Weise verloren gegangen sein, und nunmehr auf
Antrag der Inhaber, Behufs der Amortisation, öffentlich aufgeboten werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht,
und werden diejenigen, welche auf gedachten verlorenen Steuer-Schein und Ta-
lon aus irgend einem Grunde Anspruch zu haben vermeynen, aufgefordert, diesen
Anspruch in dem Zeitraume von jetzt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeich-
neten Commissarius anzumelden.

Merseburg, am 14. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

B e k a n n t m a c h u n g.

Der ehemals Sächsishe, jetzt Preussische verloosbare, im leipziger Neu-jahrs-Markte 1764 ausgestellte, mit Litt. C. und Nr. 6852. bezeichnete, auf die Summe von Zweihundert Thalern Conventions-Geld, so wie auf jeden Inhaber lautende, und Frau Charlotte verwittwete von Mehrhoff, geborne von Gablenz, zu Dresden, gegenwärtig angehörige Steuer-Credit-Cassen-Schein, soll bereits im Jahre 1784 von der Vorbesitzerin, der verwittweten Frau Oberst von Gablenz, geborne von Brandenstein, auf Hermisdorf im Königreiche Sachsen, auf unbekannte Weise, und ohne daß wegen dieses Verlusts damals bei der Steuer-Credit-Cassen-Behörde Anzeige geschehen, verloren worden sein, und nunmehr auf Antrag der dormaligen Inhaberin, Behufs der Amortisation, öffentlich aufgeboten werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hiermit bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche auf gedachten Steuer-Schein aus irgend einem Grunde einen Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, diesen Anspruch in dem Zeitraume von jetzt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius anzumelden.

Merseburg, am 13. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Drenn.

B e k a n n t m a c h u n g.

Nachstehende ehemals Sächsishe, jetzt Preussische verloosbare, Neujahr 1766 zu Dresden ausgestellte, auf jeden Inhaber gerichtete und der Kirche zu Goldbach im Königreiche Sachsen angehörige Kammer-Credit-Cassen-Scheine:

Litt. B. Nr. 270. über Fünfhundert Thaler Conventions-Geld, und

Litt. C. Nr. 332. und 1673., jeder auf Einhundert Thaler Conventions-Geld lautend,

sollen, und zwar der Schein Litt. B. Nr. 270. ohne Talons und Coupons, von den Scheinen Litt. C. Nr. 332. und 1673. aber jeder mit dem Talon pro Neu-jahr 1811 und mit zwei Coupons pro Ostern und Michael 1813, im Jahre 1813 zu Bischofsmerda durch Brand vernichtet worden sein, und nunmehr auf Antrag der Kirchen-Inspection, Behufs der Amortisation, öffentlich aufgeboten werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hiermit bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche sowohl auf die genannten drei Scheine selbst, als auf die vernichteten Talons und Coupons von den Scheinen Litt. C. Nr. 332. und 1673. aus irgend einem Grunde Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, diesen Anspruch in dem Zeitraume von jezt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius anzumelden.

Merseburg, am 14. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

B e k a n n t m a c h u n g.

Der ehemals Sächsische, jezt Preussische verloosbare, Neujahr 1766 zu Dresden ausgestellte, mit Litt. B. und Nr. 252. bezeichnete, auf die Summe von Fünfhundert Thalern Conventions-Geld, so wie auf jeden Inhaber lautende, und Herrn Johann Gottfried Traugott Lindners Erben zu Dresden angehörige Kammer-Credit-Cassen-Schein, soll, nebst dem dazu gehörigen Talon pro Neujahr 1799, vor längerer Zeit auf unbekannte Weise verloren gegangen sein, und nunmehr auf Antrag gedachter Erben, Behufs der Amortisation, öffentlich angeboten werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hiermit bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche auf vorermeldeten Schein, so wie auf den dazu gehörigen, mit abhanden gekommenen Talon aus irgend einem Grunde Anspruch zu haben vermehren, aufgefordert, diesen Anspruch in dem Zeitraume von jezt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius anzumelden.

Merseburg, am 14. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

8. Stück.

Merseburg, den 25. Februar 1826.

B e k a n n t m a c h u n g.

Der ehemals Sächsische, jetzt Preussische verloosbare, Neujahr 1786 zu Dresden ausgestellte, mit Litt. C. und Nr. 1979. bezeichnete, auf die Summe von Einhundert Thälern, so wie auf jeden Inhaber lautende, und Frau Sophien Dorotheen verwittweten Berthold, gebornen Kaufmann, zu Bischofswerda, angehörige Kammer-Credit-Cassen-Schein, soll, nebst dem Talon pro Neujahr 1811 und mit zwei Coupons pro Ostern und Michael 1813, im Jahre 1813 durch Feuer vernichtet worden sein, und nunmehr auf Antrag der Inhaberin, Behufs der Amortisation, öffentlich ausgedoten werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hiermit bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche sowohl auf gedachten vernichteten Schein selbst, als auf den erwähnten Talon, so wie auf die beiden Coupons aus irgend einem Grunde Anspruch zu haben vermeinen, aufgefodert, diesen Anspruch in dem Zeitraume von jetzt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius anzumelden.

Merseburg, am 14. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuss. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuss. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

B e k a n n t m a c h u n g.

Die ehemals Sächsische, jetzt Preussische verloosbar gewesene, Neujahr 1786 zu Dresden ausgestellte, mit Litt. D. und Nr. 372. bezeichnete, auf die Summe

von Fünfzig Thalern Conventions-Geld, so wie auf jeden Inhaber lautende, bereits Michael 1804 ausgelosete, und dem Gutsbesitzer Johann Christoph Frömmel zu Friedrichsthal bei Radeberg im Königreiche Sachsen, gehörige Kammer-Credit-Cassen-Schein, soll, nach der bei der Königl. Sächs. Landes-Regierung unterm 5. Mai 1806 von dem Inhaber gegebenen Anzeige, entwendet und verbrannt worden sein, und nunmehr in Folge dießfälligen Antrags, Befuß der Amortisation, öffentlich ausgebaut werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hiermit bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche auf gedachten vernichteten Schein aus irgend einem Grunde Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, diesen Anspruch in dem Zeitraume von jezt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius anzumelden.

Merseburg, am 14. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

B e k a n n t m a c h u n g .

Die vormalß Sächsische, jezt Preussische verloosbare, unterm 22. Septem-ber 1814 zu Dresden ausgestellte, mit Litt. F. und Nr. 1969. bezeichnete, auf die Summe von Einhundert Thalern Conventions-Geld, so wie auf jeden Inhaber lautende, und dem Erbrichter Carl Friedrich Seifert zu Cunnersdorf im Königreiche Sachsen angehörige Central-Steuer-Obligation, soll, nebst dazu gehörigem Talon und den fünf Coupons, auf die Zeit von Ostern 1816 bis mit Ostern 1818 durch das am 4. September 1815 im Erbgerichte zu Cunnersdorf ausgebrochene Feuer vernichtet worden sein, und nunmehr auf Antrag des Inhabers, Befuß der Amortisation, öffentlich ausgebaut werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche sowohl auf gedachte vernichtete Central-Steuer-Obligation, als auf den mit verlorenen Talon, so wie auf die vorangezeigten fünf Coupons, aus irgend einem Grunde Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, diesen Anspruch in dem Zeitraume von jezt bis mit Michael 1828 bei dem unterzeichneten Commissarius anzumelden.

Uebrigens wird die, wegen der erwähnten vernichteten Obligation, bereits unterm 17. Mai 1821 erlassene Bekanntmachung hierdurch für ungültig erklärt.
Merseburg, am 15. Februar 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuss. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,
der Königl. Preuss. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Drenn.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Mit Genehmigung des Königl. Consistorii der Provinz Sachsen zu Magdeburg sind zu den diesjährigen, bei dem Schullehrer-Seminar in Weissenfels abzuhaltenden Prüfungen, folgende Tage bestimmt worden:

- a) den 16. März, die Prüfung der Seminarfschule, Vormittags von 8—12, Nachmittags von 2—4 Uhr;
- b) den 17. März, die allgemeine Jahresprüfung der Seminaristen, Vormittags von 8—12 Uhr;
- c) an demselben Tage, Nachmittags von 2—4 Uhr, die Prüfung der Freischule;
- d) den 18. März, die Prüfung derer, welche wünschen, in das Seminar aufgenommen zu werden.

(Diese finden sich auf dem Seminare ein, an dem genannten Tage, früh 8 Uhr. Sie haben mitzubringen: 1) ein Taufzeugniß; 2) ein Gesundheits- und Impfzeugniß; 3) ein Zeugniß ihrer Lehrer über ihre Anlagen, ihren Fleiß, ihre Fortschritte und ihr bisheriges Verhalten. — Diese Zeugnisse sind stempelfrei. — Wer das 16te Jahr noch nicht vollendet hat, kann zu der Prüfung nicht zugelassen werden. — Demen, welche in Folge der Prüfung aufgenommen werden können, wird die Zeit ihres Eintritts alsdann bekannt gemacht werden.)

- e) den 20., und sofern es nöthig ist, den 21. März, gemeinschaftliche Wahlfähigkeits-Prüfung der abgehenden Seminaristen und der sonst dazu sich Meldenden.

(Zu diesen gehören diejenigen, welche in den Neben-Seminaren zu Zeiß und Eisleben ihren Cursus beendet, oder sonst hinlängliche Vorbereitung zum Elementar-Schullehrer-Stande erhalten haben; desgleichen diejenigen Kinderlehrer, welche noch kein Wahlfähigkeitszeugniß besitzen, sofern sie seit dem Jahre 1823 ihre erste Anstellung erhalten haben, oder sonst wünschen die Wahlfähigkeitsprüfung noch zu bestehen. — Diese melden sich am 19. März, Abends 6 Uhr, bei dem Seminar-director D. Harnisch, und bringen ein Taufzeugniß und Atteste ihrer

Mr. 40.
Die bei dem
Seminare in
Weissenfels
gegen Osten
d. J. abzuhal-
tenden Prüf-
ungen betr.

bisherigen Lehrer oder Schul-Inspectoren über ihre Geschicklichkeit, ihren Fleiß und ihr Verhalten mit.)

Wir machen dieß zur Kenntnißnahme und Nachachtung denen, welche dabei interessiert sind, hiermit bekannt. Merseburg, den 17. Februar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 41.

Präclustiv-
Termin für
den Umtausch
der Tresor- u.
Thalerscheine
und Sächsis-
schen Cassen-
billetts Litt. A.
gegen Cassen-
Anweisungen.

Der nach der Allerhöchsten Königlichen Cabinets-Ordre vom 21. Decem-
ber 1821, Befehl-Sammlung Nr. 904., durch unsere, in den Amtsblättern und
anderen in- und ausländischen Zeitungen enthaltene Publicanda vom 15. Januar,
14. Mai und 2. Juli 1825, wegen des Umtausches der Tresor- und Thaler-
Scheine und Sächsischen Cassen-Billetts Litt. A. gegen Cassen-Anweisungen,
angesezte Präclustiv-Termin läuft mit Ende d. M. ab, und es ist hierdurch
die Annahme der Tresor- und Thaler-Scheine, ingleichen Sächsischen Cassen-
Billetts Litt. A. bei allen landesherrlichen Cassen der Monarchie nur bis incl.
letzten Februar c. nachgegeben.

In Folge dieser Allerhöchsten Bestimmung und jener Bekanntmachungen
finden wir uns bei dem nahe bevorstehenden Ablaufe dieser Präclustivfrist veran-
laßt, die Königl. Regierung hierdurch aufzufordern:

- 1) Ihre Unter-Behöden und resp. Special-Cassen anzuweisen, am letzten
des laufenden Monats alle bei ihr etwa noch vorhandenen Tresor- und
Thaler-Scheine und Sächsischen Cassen-Billetts Litt. A. an die Regie-
rungs-Hauptcasse einzusenden, und sie zugleich auf den Verlust auf-
merksam zu machen, welcher bei der Nichtbefolgung dieser Vorschrift
für sie unausbleiblich ist, hiernächst
- 2) Ihrer Haupt-Casse aufzugeben, nach dem 8. März c. von den Special-
Cassen dergleichen Papiere nicht weiter anzunehmen, und die etwa bis
zu diesem Tage eingehenden oder bei ihr etwa noch vorhandenen Tresor-
und Thaler-Scheine und Sächsischen Cassen-Billetts Litt. A. an dem-
selben Tage an die Controle der Staatspapiere abzusenden.

Berlin, den 7. Februar 1826.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

An
die Königliche Regierung zu Merseburg.

Vorstehende Verfügung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht,
und ins besondere sämmtlichen Cassen-Beamten zur Nachachtung empfohlen.
Merseburg, den 22. Februar 1826.

Königlich Preussische Regierung.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

9. Stück.

Merseburg, den 4. März 1826.

Allgemeine Gesefsammlung.

Das 9te Stück der allgemeinen Gesefsammlung enthält unter

- Nr. 983. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 22. Januar 1826, wegen des Gnaden- und Sterbe-Quartals für die Hinterbliebenen der Communal-Beamten;
- Nr. 984. Verordnung, wegen Aufhebung der in dem biesseits der Elbe gelegenen Theile des Herzogthums Magdeburg noch bestehenden Geschlechts-Vormundschaft. Vom 22. Januar 1826;
- Nr. 985. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 27. Januar 1826, in Beziehung auf die Zulässigkeit des Personal-Arrests der, wegen Schulden belangten, auf Pension oder Wartegeld stehenden Civil-Beamten und Militair-Personen;
- Nr. 986. Tarif, nach welchem das Steinpflastergeld in der Stadt Blottho, Regierungs-Bezirks Minden, erhoben werden soll. Vom 28. Januar 1826;
- Nr. 987. Tarif des Brück- und Dammgeldes, auch Brücken-Aufzugsgeldes zu Frankfurt a. d. O. Vom 5. Februar 1826; und
- Nr. 988. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 11. Februar 1826, wegen Ernennung des Herrn Fürsten von Anhalt-Cöthen-Pless, und des Grafen zu Stolberg-Wernigerode, zu Mitgliedern des Staatsraths.

Verordnung der Königl. Regierung.

In Folge der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 31. December v. J., Nr. 42.
betreffend eine Abänderung in der bisherigen Organisation der Provinzial-Ver- Die Abgabe
mehrere

Schul-Justi-
rute an das
Provincial-
Schul-Colle-
gium zu
Magdeburg
betr.

waltungs-Behörden, sind nachstehende Schul-Institute aus der Verwaltung der hiesigen Regierung geschieden und an das Provinzial-Schul-Collegium zu Magdeburg übergegangen, als:

- 1) die Landesschule Pforta,
- 2) die Klosterschule Rosleben,
- 3) das Gymnasium zu Merseburg,
- 4) das Gymnasium zu Eisleben,
- 5) die Stifterschule zu Zeitz,
- 6) die Domschule zu Naumburg,
- 7) das Lyceum zu Torgau,
- 8) das Lyceum zu Wittenberg,
- 9) das Schullehrer-Seminar zu Weißenfels,
- 10) die kleinern Seminare zu Zeitz, Eisleben und Zipsendorf,
- 11) die Verwaltung der Stipendien-Fonds, so weit solche sich bei vor-
stehenden Anstalten befinden und dazu gehören,
- 12) die Verwaltung der Fonds der Procuratur Meissen.

Wir setzen die Administratoren und Vorsteher gedachter Schul-Institute, so wie sämtliche Behörden, die mit diesen Instituten in geschäftlicher Berührung stehen, namentlich auch die Aeltern und Vormünder, die für resp. ihre Kinder und Pflegebefohlene dessfalls etwas zu suchen und anzubringen haben, von dieser Abänderung in der Verwaltung hierdurch mit dem Bemerken in Kenntniß:

daß sie von nun an in allen Beziehungen, Hinsicht der vorgenannten Schul-Institute, sich an das Königl. Provinzial-Schul-Collegium zu Magdeburg,

zu wenden haben, an welches auch bereits alle Acten, diese Institute betreffend, von uns abgegeben worden sind.

Merseburg, den 22. Februar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

B e k a n n t m a c h u n g.

Nr. 45. Es ist Allerhöchsten Orts bestimmt worden, daß eine Erhebung an Brück-
Das Brück.geld für die Benutzung der Brücke über die Mulde auf der neuen Chaussee,
geld bei Diez zwischen Wittenberg und Halle bei Bitterfeld, neben dem Chausseegelde nicht
ersfeld betr. ferner Statt haben soll.

Der Brückgeld-Einnehmer ist daher auch bereits angewiesen, gedachtes Brückgeld nicht weiter zu erheben; welches hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Magdeburg, den 16. Februar 1826.

Königlicher Provincial-Steuer-Director,
Sach.

Be k a n n t m a c h u n g e n.

Von den im nachstehenden Verzeichnisse aufgeführten Grundstücken unsers Bezirks sind die Hypotheken-Tabellen, welche sämmtliche 5 Rubriken in sich fassen, fertig geworden; dieß machen wir, in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 5. April 1824, Gesetz-Sammlung de anno 1824 pag. 78, den Interessenten bekannt, und fordern sie auf, gedachte Tabellen vom 15. März bis 15. Mai c. in unserer Hypotheken-Registratur einzusehen und ihre etwaigen Erinnerungen dagegen anzubringen, unter der Verwarnung, daß nach Ablauf dieses Termins keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Torgau, den 14. Februar 1826.

Königl. Preuß. Land-Gericht.
Ränge.

Ver z e i c h n i s s.

I. Im Gerichts-Amts-Bezirke Ortrand:

sämmtliche geschlossene Grundstücke der Stadt Ortrand, mit Ausnahme einiger Gemeinde-Grundstücke, des Wohnhauses des Gottlieb Lindner Nr. 16. und der Kellerscheune des Gottfried Fiegel Nr. 266.

II. Im Gerichts-Amts-Bezirke Annaburg:

sämmtliche geschlossene Grundstücke des Dorfes Rosenfeld, mit Ausnahme der Gemeinde-Grundstücke.

III. Im Gerichts-Amts-Bezirke Schilbau:

sämmtliche geschlossene Grundstücke des Dorfes Melpitz, mit Ausnahme der Gemeinde-Grundstücke und des Hufenguts sub Nr. 3.

IV. Im Gerichts-Amts-Bezirke Mühlberg:

sämmtliche geschlossene Grundstücke in folgenden Dörfern:

- 1) Altenav,
 - 2) Langenrietsh,
 - 3) Burredorf,
 - 4) Eardorf, mit Ausnahme des 2 1/2 Hufenguts des Johann Christian Schirmeister Nr. 4;
 - 5) Etella, mit Ausnahme des 1 1/2 Hufenguts Nr. 2, der Elb-Schiffmühle des Johann Gottlieb Beck, und der Gemeinde-Grundstücke;
 - 6) Cosßdorf, mit Ausnahme der Gemeinde-Grundstücke;
 - 7) Lehdorf, mit Ausnahme der Gemeinde-Grundstücke und des Wohnhauses des Johann David Böller Nr. 14;
 - 8) Blumberg, mit Ausnahme der Gemeinde-Grundstücke und der Schmiede-Nahrung des Heinrich Winkelmann Nr. 55.
-

Das Hypothekenbuch des Patrimonial-Gerichtes Ermlitz ist fertig. Es wird dieses hierdurch bekannt gemacht mit dem Bemerken, daß der Erwerb neuer Hypothekenrechte nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichtsordnung und der Hypothekenordnung zu beurtheilen ist.

Ermlitz, den 16. Februar 1826.

D a s P a t r i m o n i a l - G e r i c h t .

Erdmann.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Dem Bau-Conducteur Haupt ist die Verwaltung der, durch die erfolgte Anstellung des hiesigen Bau-Inspectors Briesen als Regierungs- und Bau-Rath bei der Königlichen Regierung zu Münster, erledigten hiesigen land-Bau-Inspector-Stelle interimistisch übertragen worden.

Merseburg, den 17. Februar 1826.

Der bisherige Justiz-Commissarius Knoll zu Neuenhellingen ist auf sein Ansuchen unterm 10. Januar c. von dem Amte eines Justiz-Commissarius entlassen worden.

Raumburg, den 17. Februar 1826.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

10. Stück.

Merseburg, den 11. März 1826.

C a b i n e t s - O r d r .

Ich genehmige die, mit Ihrem Vericht vom 26. d. M. eingegangene, hierbei zurückerfolgende Uebereinkunft über die Porto-Moderation der Correspondenz, Geld- und Paquet-Sendungen der in KeiB und Glied stehenden Soldaten, bis zum Feldwebel und Wachtmeister aufwärts, in Friedenszeiten, und überlasse Ihnen, solche zur Ausführung zu bringen.

Berlin, den 30. December 1825.

(gef.) Friedrich Wilhelm.

An

den Krieges-Minister v. Hake und den
General-Postmeister v. Nagler.

U e b e r e i n k u n f t .

Zwischen dem Königlichen Krieges-Ministerium und dem Königlichen General-Post-Amte, sind wegen Porto-Moderation für die Beförderung der Briefe, Paquete und Gelder der Soldaten an ihre Angehörigen in der Heimath, und von den letzteren an Erstere mit den Posten in Friedenszeiten, nachstehende Verwaltungs-Grundsätze verabredet und von beiden Behörden angenommen worden.

§. 1.

Porto-Moderation sollen genießen:

- a) die Briefe,
- b) die Paquet-Sendungen und
- c) die Geld-Sendungen

Allgemeiner
Grundsatz der
Porto-Mo-
deration.

der in Keß und Glied stehenden Soldaten der Linie, der Landwehrstämme, Garnison-Truppen und Invaliden, Gensdarmen und Festungs-Untersoldaten, bis zum Feldwebel und Wachtmeister einschließlich aufwärts, an ihre Angehörigen und von denselben. Es sollen auch in diese Kategorie gerechnet werden, die Compagnie- und Escadrons-Chirurgen, die Büchsenmacher, Kürschmiede, Feldküster, Regiments-Sattler, Kasernen- und Brückenknechte.

§. 2.

Ausnahme
von der Portos-
Moderation.

Von dieser Begünstigung sind jedoch ausgeschlossen die Brief-, Paquet- und Geldsendungen derjenigen einjährigen Freiwilligen, welche über den Etat vorhanden sind, und sich aus eigenen Mitteln equipiren und verpflegen.

§. 3.

Portosatz für
Briefe.

Der Portosatz für einen einfachen Soldaten-Brief soll im Inlande nicht zwei Silbergroschen übersteigen.

Für Briefe, welche bis zum Bestimmungs-Orte weniger als 2 Egr. zu entrichten haben, wird nur das tarifmäßige Porto bezahlt.

Das Gewicht eines einfachen Soldaten-Briefes wird auf Ein Loth festgesetzt, für Briefe bis incl. Zwei Loth schwer wird nur das doppelte Briefporto des obigen Satzes erhoben, bei Briefen über zwei Loth schwer, tritt die gesetzliche Progression ein.

§. 4.

Portosatz für
Paquete.

Für Paquete mit Wäsche und anderen Bedürfnissen an die im §. 1. bezeichneten Individuen, welche die Angehörigen übersenden, oder von den erstern an letztere versandt werden, wird bei einem Gewichte bis incl. 6 Pfund, das doppelte Briefporto erhoben, welches jedoch ebenfalls dahin moderirt wird, daß dasselbe nicht Vier Silbergroschen übersteigen soll, und daß, wenn das tarifmäßige doppelte Briefporto für Paquete bis 6 Pfund weniger als 4 Egr. beträgt, der mindere Satz erhoben wird.

Bei Paqueten, die mehr als 6 Pfund wiegen, wird vom Mehrgewichte das Paquetporto nach dem Regulativ vom 18. December v. J. von 5 zu 5 Meilen mit 3 Pfennigen pro Pfund erhoben.

§. 5.

Porto f. Geld-
send.

Für Geldsendungen an die im vorstehenden §. bezeichneten Empfänger wird erhoben:

- a) bei Summen bis incl. 2 Thlr. das im §. 3. bemerkte einfache Brief-Porto von 2 Egr.,
- b) bei Summen über 2 Thlr. bis incl. 10 Thlr. das doppelte Brief-Porto von 4 Egr.,

c) bei Summen über 10 Thlr. bis incl. 20 Thlr. das dreifache Brief-Porto von 6 Sgr., und

d) bei Summen über 20 Thlr. das tarifmäßige Porto.

Für die Sendungen bis incl. 2 Thlr. wird ein Gratis-Einlieferungsschein erteilt, für die Beträge über 2 Thlr. aber wird das gesetzmäßige Scheingeld entrichtet. Diese Porto- und Scheingeld-Moderation sollen auch diejenigen Geld-Sendungen genießen, welche von den bei der Fahne und auf Königl. Urlaub befindlichen, in §. 1. näher bezeichneten Individuen, als Stolz-Geübten an die Divisions-Prediger geschehen.

§. 6.

Die Gehalts-Sendungen der Militair-Behörden an die von Garnison- und Invaliden-Compagnien Beurlaubten, genießen volle Portofreiheit.

§. 7.

Alle Briefe und Adressen, welche von den mehrerwähnten Individuen bis zum Feldwebel und Wachmeister aufwärts, der Post zur Beförderung übergeben werden sollen, und nach den obigen Grundsätzen auf die Porto-Moderation Anspruch haben, sind auf der Adresse, und zwar oben linker Hand mit den Worten

Bezeichnung und Stempelung der Soldatenbriefe u. Adressen.

Soldaten-Brief

und auf der Rückseite mit dem dazu besonders vorgeschriebenen Stempel zu versehen.

§. 8.

Die Briefe werden von den Soldaten resp. an den Compagnie-Feldwebel und Escadrons-Wachmeister abgegeben, der sie zu sammeln, für die Stempelung zu sorgen und sie demnächst den ersten jeden Monats der Post-Anstalt des Orts zur Beförderung zu überliefern hat. In bringenden, gehörig beschleunigten Fällen können die auf diese Art gestempelten Soldaten-Briefe auch zu jeder andern Zeit zur Beförderung an das Post-Amt überliefert werden.

§. 9.

Die Post-Anstalten sind verpflichtet, diese Briefe und Adressen, gleich denen der andern Correspondenten, in den Postkarten mit dem Beisatz „Soldaten-Brief“ namentlich einzutragen, damit jeder Militair-Person der wirkliche Abgang der zur Beförderung abgegebenen Briefe etc. vom Post-Amte nachgewiesen werden kann.

Eintragung der Soldatenbriefe etc. in die Postkarten.

§. 10.

Bei Soldaten-Briefen etc., für welche auf diese Porto-Moderation nicht Anspruch gemacht wird, bedarf es auch der Stempelung nicht, vielmehr können solche zu jeder Zeit ungestempelt zur Post gegeben werden.

Verzichtleistung auf Porto-Moderation.

§. 11.

Briefe 2c. an
die Soldaten. Die Briefe und die Adressen zu den Paquet. und Geld-Sendungen von den Angehörigen derjenigen in Reih und Glied stehenden Soldaten 2c., welchen die Porto-Moderation zusteht, sind ebenfalls mit den Worten:

„Soldaten-Brief“

zu bezeichnen, und von den Communal-Behörden

- a) auf dem Lande von den Schulzen oder Gemeinde-Vorstehern mit dem Gemeinde-Stempel, und
- b) in den Städten von einer Magistrats-Person mit dem Stadt-Siegel zu stempeln.

Vergleichen Briefe sind von den Stadt-Bewohnern immer den 15., und von den Land-Bewohnern zwischen dem 10. und 15. jeden Monats, in dringenden, gehörig bescheinigten Fällen aber auch zu jeder andern Zeit zur Post zu geben.

§. 12.

Bestellungs-
Gebühren.

Für die Briefe und Adressen, welche als Soldaten-Briefe an die Soldaten eingehen, und durch die Briefträger an die zur Empfangnahme derselben bestimmten Militair-Personen bestellt werden, soll die Hälfte des gesetzmäßigen Bestell-Geldes von resp. 6 Pfennigen und 1. Sgr., mithin nur resp. 3 Pfennige und 6 Pfennige entrichtet werden. Es bleibt jedoch den betreffenden Truppentheilen überlassen, eine Militair-Person zu bestimmen, welche Briefe und Adressen auf den Post-Anstalten in Empfang nimmt, in welchen Fällen kein Bestell-Geld entrichtet wird.

§. 13.

Packkammer-
geld.

Die freie Lagerungs-Frist für die Paquete und Gelder an die mehrgebachten Empfänger wird auf die Dauer von 5 Tagen nach der Bestellung der Adresse bestimmt. Nach dieser Frist tritt die gesetzliche Bestimmung wegen Erhebung des Packkammer-Geldes ein.

§. 14.

Verhütung d.
Mißbräuche.

Daß die vorgeschriebene Bezeichnung und Stempelung der Soldaten-Briefe zur Begründung der Porto-Moderation nicht genügt und weiter ausgedehnt wird, als hier nachgegeben worden ist, darüber haben die betreffenden Militair-, Post- und Communal-Behörden zu wachen.

§. 15.

Estrafe f. den
Mißbrauch.

Bei entdecktem Mißbrauche zahlt der betreffende Contravenient die gesetzliche Strafe nach dem taxmäßigen und nicht nach dem Moderations-Satze zur Post-, Straf- und Armen-Casse, welche verurtheilte Strafe bei den Militair-Personen auf die befallige Anzeigle der Post-Anstalten bei der betreffenden Militair-

Behörde in eine militairische Strafe verwandelt wird. Dieses kann weder auf Militair-Personen, die zu obiger Moderation nicht berechtigt sind, noch auf andere Post-Contraventionen ausgedehnt werden.

§. 16.

Für unbestellbare Briefe u. wird das Porto und das Bestell-Geld nieder- geschlagen, und wenn dasselbe bereits von andern Militair-Personen vorschuss- weise zur Post-Casse bezahlt worden ist, an diese gegen Quittung restituirt, zu welchem Zwecke dergleichen Briefe nur mittelst Verzeichnisses an die Orts-Post-Anstalt zurück gegeben werden dürfen. Diese Briefe müssen sich jedoch in ganz unverletztem Zustande befinden, widrigenfalls die Zurücknahme des Briefes gegen Restitution des Porto nicht erfolgen kann.

Niederschlagung des in-
erzöglichen Por-
to.

§. 17.

Ueber die Behandlung und Beförderung der Correspondenz-, Paquet- und Geld-Sendungen der Militair-Personen mit den ordinären und Feldposten im mobilen Zustande der Armee, sollen besondere Bestimmungen, mit Rücksicht auf möglichste Erleichterung und Sicherstellung des Post-Verkehrs für die Armee, verabrechet und bekannt gemacht werden.

§. 18.

Die Post-Anstalten, Militair- und Communal-Behörden, haben sich vom 1. Januar 1826 ab, nach den vorstehenden Bestimmungen überall genau zu richten, jedes an seinem Theile das Post-Interesse gehörig wahrzunehmen, und vorkommende Differenzen, welche durch eine gegenseitige Verständigung nicht ausgeglichen werden können, dem unterzeichneten Krieges-Ministerio und General-Post-Amte resp. zur Entscheidung vorzulegen.

Schluss.

Gegeben Berlin, den 26. December 1825.

Krieges-Ministerium.

General-Post-Amt.

(gez.) v. Hake.

(gez.) v. Ragler.

B e k a n n t m a c h u n g.

Zwischen dem Krieges-Ministerio und dem General-Postamte ist unterm 26. December v. J. über die Porto-Ermäßigung der Correspondenz-, Geld- und Paquet-Sendungen der in Reihe und Glied stehenden Soldaten bis zum Feldwebel und Wachmeister aufwärts, an ihre Angehörigen in der Heimath, und von den letzteren an erstere mit den Posten in Friedenszeiten, eine Uebereinkunft getroffen worden, welche mittelst Cabinets-Ordre vom 30. December 1825 die Allerhöchste Königliche Genehmigung erhalten hat.

Diese Uebereinkunft wird vorstehend mit der Bemerkung zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die im §. 18. auf den 1. Januar c. festgesetzte Ausführung erst mit dem 1. März d. J. beginnt.

Sämmtliche Provinzial- und Communal-Behörden werden zugleich angewiesen, den Inhalt des Uebereinkommens genau zu beachten; insbesondere aber letztere, die Vorschriften der §§. 11., 14., 15. und 18. pünktlich zu befolgen.

Berlin, den 2. Februar 1826.

Der Minister des Innern,
v. Schuckmann.

Der Kriegs-Minister,
v. Hake.

Der General-Postmeister,
v. Nagler.

B e k a n n t m a c h u n g .

Die durch das Ableben des Consistorial-Raths und Professors D. Knapp erledigte Stelle eines Censors der theologischen Schriften für Halle, ist dem zeitherigen Stellvertreter desselben, Herrn Ober-Consistorial-Rath und Kanzler D. Niemeyer, übertragen, und zu dessen Stellvertreter hlnwiederum der Herr Professor D. Water ernannt worden; welches hierdurch bekannt gemacht wird.

Magdeburg, den 20. Februar 1826.

Der Geheime Staats-Minister,
v. Klewig.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nr. 44.
Die Confirmation der
Katechumenen in den
Grenz-Parochien betr.

Von dem Königl. Sächsischen Kirchenrathe und Ober-Consistorio zu Dresden sind, auf unser Ersuchen, die Pfarrer in sämmtlichen, an das Herzogthum Sachsen grenzenden, jenseitigen Parochieen angewiesen worden, daß von ihnen kein zu einem dieseitigen Kirchspiele gehöriger Katechumene confirmirt oder zu dem erstmaligen Genuße des heiligen Abendmahls zugelassen werden dürfe, wofern er nicht von dem betreffenden dieseitigen Pfarrer die, durch die hier in Betreff der Confirmations-Fähigkeit bestehenden Geseze bedingte Genehmigung dazu schriftlich erhalten habe.

Indem wir dieß hierdurch zur allgemeinen Kenntniß bringen, weisen wir zugleich die Pfarrer in den zum Herzogthume Sachsen gehörigen, mit dem Königl. Sachsen grenzenden Parochieen an, in Ansehung der zu jenseitigen Kirchspielen gehörigen Katechumenen ein gleiches Verfahren zu beobachten, und keinen derselben ohne schriftliche Genehmigung des jenseitigen Predigers zur Confirmation oder zum ersten Genuße des heil. Abendmahls zuzulassen.

Die Herren Superintendenten haben darauf zu achten, daß dieser Vorschrift überall nachgegangen werde.

Merseburg, den 24. Februar 1826.

Königlich Preussische Regierung.

Da die Straßenbau-Dienst-Surrogatgelder bisher hier bei den Commu-
cations-Abgaben etatsmäßig gewesen sind, und die Verwaltung der letztern, be-
sage unserer Bekanntmachung im vorjährigen Amtsblatte vom 9. November vori-
gen Jahres S. 417., an den Königl. Provinzial-Steuer-Director, Herrn Gehei-
men Finanzrath Sack zu Magdeburg, vom 1. Januar dieses Jahres ab überge-
gangen ist; so werden die Kantämter hiedurch veranlaßt, die pro 1826 fälligen
Straßenbau-Dienst-Surrogatgelder an diejenige Haupt-Zollamts-Casse einzulie-
fern, an welche sie deßhalb von dem Herrn 1c. Sack werden gewiesen werden.

Nr. 45.
Die Abliefe-
rung d. Stra-
ßenbausurro-
gatgelder an
die Provinz-
zial-Steuer-
Casse z. Mag-
deburg betr.

Merseburg, den 27. Februar 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Auf den Grund einer von der Königl. Ober-Bau-Deputation vorgenomme-
nen Prüfung, hat das Königl. Hohe Ministerium des Innern, mittelst Rescripts
vom 5. d. M., den Inhalt des Eisleber Scheffels auf 3993 Preussische Kubik-
Zoll oder 20⁵/₁₆ Preussische Meßen festgesetzt. Wenn nicht die größte Ge-
nauigkeit erfordert wird, so stimmen 13 Preussische Scheffel mit 10 Eisleber
Scheffeln überein, oder Ein Eisleber Scheffel hält beinahe 20¹/₃ Preussische
Meßen. Indem wir dieß zur Kenntniß des Publicums bringen, bemerken wir,
daß diese Verhältnisse, Behufs der Auseinandersetzung bei gegenseitigen Rechten
und Pflichten, Anwendung finden sollen.

Nr. 46.
Den Eisleber
Scheffel betr.

Merseburg, den 28. Februar 1826.

Königlich Preussische Regierung.

Mehrere der Herren Superintendenten haben, wahrscheinlich auf eine, frü-
her vorzüglich in dem ehemaligen Wittenberger Consistorial-Bezirk bestandene Pflichten der
Observanz oder auf §. 351. und §. 386. Th. II. Tit. 11. des Allgemeinen Land-
rechts gestützt, den ihnen von Privat-Patronen zu erledigten Pfarrstellen präsen-
tirten Candidaten und Predigern ohne Weiteres die Kanzel zur Probepredigt er-
öffnet und sodann die Vocirten an uns zur Bestätigung in der neuen Stelle erst
präsentirt.

Nr. 47.
Herrn Super-
intendenten.
bei zur Exer-
citur Kom-
missionen

Pfarrstellen,
Privat-Pa-
tronats.

Sowohl das uns zustehende Oberaufsichtsrecht, als auch mehrere Hohe Ministerial-Bestimmungen machen es notwendig, daß wir nicht nur von der Erledigung der Pfarrstellen sogleich unter Beilegung des speciellen Einkommen-Verzeichnisses in Kenntniß gesetzt werden, sondern auch die Probepredigt nicht eher gehalten wird, als bis wir die Genehmigung dazu erteilt haben. Die Herren Superintendenten werden daher angewiesen, auch die Erledigung der von Privat-Patronen zu besetzenden Pfarrstellen sogleich uns anzuzeigen, und den designirten Nachfolgern erst nach der von uns eingeholten Genehmigung die Kanzel zur Probepredigt zu eröffnen.

Es wird noch erinnert, daß die Schullehrer; wie es bisher gewöhnlich war, erst nach abgelegter Probe, zur Prüfung an uns präsentirt werden.

Merseburg, den 7. März 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen-
und Schulwesen.

B e k a n n t m a c h u n g.

Da wir Höhern Orts von Einreichung der vierteljährlichen Uebersichten der in den Cassen des hiesseitigen Regierungs-Bezirktes befindlichen Scheide-Münze entbunden worden sind; so ist die Einsendung der desfalligen Nachweisungen von Seiten der Special-Cassen an uns auch nicht weiter erforderlich, welches wir hierdurch zur Kenntniß der betreffenden Cassen gelangen lassen.

Merseburg, den 26. Februar 1826.

Königliche Regierungs-Haupt-Casse.

P e r s o n a l - C h r o n i k.

Der Bau-Conducteur Henke ist zum Wege-Bau-Conducteur bei hiesiger Königl. Regierung, an die Stelle des hiesigen pensionirten Chaussee-Inspectors Krause, ernannt worden.

Merseburg, den 3. März 1826.

Extra-Blatt

zum

Zehnten Stück des Amtsblatts

der

Königlichen Regierung.

Merseburg, den 13. März 1826.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Da seit einiger Zeit die Fuhrleute vor den an der Chaussee gelegenen Gast- Nr. 48.
höfen, Wirths- und Schenkhäusern, mit ihrem Geschirre auf der Chaussee selbst Die Abgel.
stille halten, die Wagen auf der Chaussee ausgespannt stehen lassen, oder wohl lang einiger
gar auf selbiger ihrem Zugvieh das Futter vorlegen, dadurch aber nicht nur eine bei Wirths-
Verunreinigung der Straße herbeigeführt wird, sondern oftmals auch eine gänz- häusern in
liche Sperrung der Passage entsteht; so werden hierdurch sowohl die betreffen- der Nähe der
den Gast- und Schenkwirthe, welche hierunter die bei ihnen einsprechenden Fuhr- Chaussee vor-
leute zu vertreten haben, als auch sämtliche Reisende und Geschirrführer, ernst- kommenden
lich gewarnt, jenes Ungebüßniß sich nicht ferner zu Schulden kommen zu las- Mißbräuche
sen; widrigenfalls sie, für jeden Contraventionsfall, in Gemäßheit der allgemei- best.
nen Strafbestimmungen vom 29. Mai 1822 §. 3. (Amtsbl. vom Jahre 1822
S. 223.), in eine Geldstrafe von Ein bis Fünf Thalern werden genommen
werden.

Die betreffenden Bau- und Polizei-Beamten werden angewiesen, auf der-
gleichen Ungebüßnisse Aufsicht zu führen, und die Contravenienten deßhalb zur
Bestrafung zu ziehen.

Merseburg, den 7. Februar 1826.

Königlich Preussische Regierung.

In der Verordnung, wegen der nach dem Edicte vom 1. Juli 1823 vorbe- Nr. 49.
haltenen Bestimmungen für die Kur- und Neumark und Niederlausitz, vom Die Enclaven
17. August v. J. der Kur- und



Neumark und
Niederlausitz
in ständischer
Beziehung
betr.

(Gesessammlung Stück 17. Nr. 963. Seite 193. und 194.)

ist Art. I. bestimmt, daß ein jeder der drei Provinzial-Bezirke, die den ständischen Verband bilden, in der im Jahre 1806 stattgehabten Vegränzung angenommen werden soll, mit alleinigem Ausschlusse der Enclaven, welche, sofern sie nicht speciell ausgenommen, bei denen Landestheilen verbleiben sollen, zu denen die neue Verwaltungs-Eintheilung sie gelegt habe; hingegen zur Niederlausitz die von der Mark, von Schlesien und vom Herzogthume Sachsen in administrativer Hinsicht dahin gelegten Districte und Ortschaften nicht gerechnet werden.

Zufolge einer Bestimmung des Königl. Höhen Geheimen Staats-Ministeriums vom 4. Februar c., ist die gedachte Festsetzung Art. I. 4. dahin zu ver-
setzen:

daß die in der Niederlausitz enclavirten und in administrativer Hinsicht zu derselben gelegten Ortschaften von der Mark, von Schlesien und vom Herzogthume Sachsen zwar eine bisher in ständischer Beziehung — mithin in allen auf die Provinzial-Landtage und die Communal-Landtage Bezug habenden Angelegenheiten, — jedoch die Kreistage ausgenommen, zur Niederlausitz nicht gerechnet; dagegen aber auch die etwa in andern Landestheilen enclavirten Orte der Niederlausitz in eben dieser Beziehung und nur wiederum mit Ausnahme der Kreistage zur Niederlausitz gerechnet werden sollen.

Diese Bestimmung bringen wir, Höherer Anordnung zu Folge, hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Merseburg, den 1. März 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 50.
Die Vess- und Orts-
ung d' Com-
munications-
Wege betr.

Bei der eingetretenen günstigen Witterung wird den Herren Land-Räthen unterm 21. April 1825 Seite 169 des vorjährigen Amtsblatts, erlassene Verfügung, wegen Instandsetzung der Communications-Wege, hiermit in Erinnerung gebracht.

Die Herren Land-Räthe fordern wir zugleich auf, die Straßen und Wege in den Ihnen anvertrauten Kreisen von Zeit zu Zeit selbst zu bereisen, und die zur Abhülfe der wahrgenommenen Mängel erforderlichen Anordnungen unverzüglich zu treffen, oder wenn die dazu erforderlichen Geldmittel aus Königlichen Cassen zu zahlen sind, deßhalb sofort an uns zu berichten.

Merseburg, den 6. März 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Ueber die monatlichen Zeitungsberichte enthält die Verordnung vom 19. Januar im Amtsblatt vom Jahre 1818 entsprechende Vorschriften; und über den am 1. jeden Monats zu bewirkenden Eingang der vom abgelaufenen Monate zusammengestellten Zeitungsberichte, bestimmt die Verordnung vom 2. Februar im Amtsblatt vom Jahre 1821, daß der spätere Eingang der Zeitungsberichte mit Einziehung einer Ordnungsstrafe von Einem Thaler durch Postvorschuß geahndet werden würde.

Nr. 51.
Die monatlichen Zeitungsberichte betr.

Wir sehen uns veranlaßt, beide Verordnungen in Erinnerung zu bringen, und werden von denjenigen Behörden, deren Zeitungsberichte später als zum 1. der betreffenden Monate hier eingehen, ohne weiteres Einen Thaler Ordnungsstrafe durch Postvorschuß einziehen lassen.

Merseburg, den 7. März 1826.

Königlich Preussische Regierung.

Um alle Zweifel über die diesjährige Feier des Mariä-Verkündigungs-Festes zu beseitigen, wird hierdurch auf Veranlassung des Königl. Ministeriums der Geistlichen-, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten in Erinnerung gebracht, daß dasselbe, nach der in dem neunten General-Artikel der alten Sächsischen Kirchenordnung vom Jahre 1580 enthaltenen Bestimmung, auf den Sonntag Palmatum zu verlegen ist.

Nr. 52.
Die diesjährige Feier des Mariä-Verkündigungs-Festes betr.

Merseburg, den 12. März 1826.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Ein Rescript des Herrn Justiz-Ministers vom 29. Januar c. enthält unter andern folgende Bestimmungen:

Nr. 53.
Die Benutzung zweifelhafter Rechtsfragen in der Revision bei der letzten Betr.

- 1) da öfter erhebliche und bei der legislation zu benutzende Rechts-Controversen in judicando zur Sprache gekommen sein können, ohne daß der Fall der Abänderung zweier conformen Erkenntnisse durch ein Revisions-Erkenntnis vorhanden ist, so sollen alle diese ins Revisorium gediehenen Fälle, deren sich die betreffenden richterlichen Personen erinnern, oder die mittelst einer Durchsicht der Acten, oder Relationen, oder Falls

Präjudicatenbücher existiren, aus diesen auszumitteln sind, mit der Ueberschrift:

„zur Benützung bei der Revision der Gesetze“

ganz kurz, dem Rubro, dato des Revisions-Erkenntnisses und den zur Sprache gekommenen Rechts-Controversen nach, dem Herrn Justiz-Minister unmittelbar angezeigt werden, damit alsdann die Tribunals-Relationen nachgesehen werden können;

- 2) wenn den Gerichten fortan in judicando oder decernendo zweifelhafte Rechtsfragen, Lücken und Widersprüche in der Gesetzgebung, oder solche Materien vorkommen, welche eine Abänderung der darüber geltenden Bestimmungen wünschen lassen, so sollen solche ganz kurz, ohne ausführliche Entwicklung der Motive, ebenfalls mit der Ueberschrift:

„zur Benützung bei der Revision der Gesetzgebung“

an den Herrn Justiz-Minister unmittelbar einberichtet werden.

Dies wird sämmtlichen Untergerichten unseres Departements zur Nachricht und Befolgung hierdurch bekannt gemacht.

Naumburg, den 28. Februar 1826.

Königl. Preuß. Ober-landes-Gericht von Sachsen.

Am t s . B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

11. Stück.

Merseburg, den 18. März 1826.

Verordnung der Königl. Regierung.

Nach bei uns eingegangenen Anzeigen und den darauf gegründeten Untersuchungen hat sich ergeben, daß einzelnen Polizeibehörden unsers Regierungs-Bezirks falsche Pässe unter der Unterschrift: Nr. 54.
Das Ausstellen falscher Pässe betr.

- 1) des Fürstlich Braunschweigischen Kreis-Verichts zu Scheppensstedt;
- 2) des Königlich Hannoverschen Amtes Bienenburg, und
- 3) des Magistrats der Stadt Kuhl,

besonders von Handwerksburschen vorgelegt, und auf den Grund derselben anderweite Pässe ausgestellt worden sind. Wir machen die Polizeibehörden unsers Regierungs-Bezirks darauf aufmerksam, um ihr besonderes Augenmerk hierauf um so mehr zu richten, als die Pässe so ausgestellt sind, daß nur bei vollständiger Aufmerksamkeit die Unrichtigkeit und hauptsächlich zum Theil bei genauer Vergleichung der Siegel sich ergiebt, daß solche in eine andere Masse von einem andern Siegel ab- und sodann unter den falschen Paß gedruckt worden sind.

Merseburg, den 11. März 1826.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

Die Central-Direction der allgemeinen Wittwen-Versorgungs-Anstalt macht den sämmtlichen Interessenten derselben hierdurch bekannt, daß sie vom Schlusse des nächsten Receptions-Termins pro 1. April 1826, also vom 1. Juni c. an gerechnet, das Agio für diejenigen Beitrags-Posten, welche ihrer Eringsfähigkeit wegen nicht in ganzen und halben Friedrichsd'or gezahlt werden können,

auf zwölf und ein halb Procent herabgesetzt hat, und daß daher nach diesem Satze die zum Termine den 1. October 1826 und ferner fälligen Beitragsposten der gedachten Art zu berichtigen sind.

Es bleibt übrigens vorbehalten, bei künftiger Aenderung des jetzigen Gold-Courses auch das gegen ärtig bestimmte Agio von 12½ Procent resp. wieder zu erhöhen oder noch weiter herabzusetzen.

Berlin, den 31. Januar 1826.

General-Direction der Königl. Preuß. allgemeinen Wittwen-
Versorgungs-Anstalt.

Die General-Direction der Königl. Preuß. allgemeinen Wittwen-Versorgungs-Anstalt macht hierdurch bekannt, daß die General-Wittwen-Casse im bevorstehenden Zahlungs-Termine folgende Zahlungen leisten wird:

- 1) die sämmtlichen Antrittsgelder an alle bis zum 1. April d. J. ausgeschiedene (nicht excludirte) Interessenten, gegen Zurückgabe der von den vollständig legitimirten Empfängern gerichtlich quitiirten Original-Receptions-Scheine;
- 2) die den 1. April 1826 pränumerando fällig werdenden halbjährigen Pensionen, gegen die vorschriftsmäßigen, nicht früher als den 1. April d. J. auszustellenden Quittungen, welche mit der Wittwen-Nummer zu bezeugen, gerichtlich zu beglaubigen und mit dem geschlichen Werthstempel zu versehen sind; auch muß die Summe mit Buchstaben ausgeschrieben und der Wohnort der Wittve angegeben werden;
- 3) sämmtliche noch unerhobene rückständige Pensionen, wegen deren wir auf unsere früheren Bekanntmachungen Bezug nehmen.

Die Zahlung der currenten Pensionen nimmt mit dem 4. April, die der Rest-Pensionen und der Antrittsgelder mit dem 18. April d. J. auf der General-Wittwen-Casse (Mollenmarkt Nr. 3.) ihren Anfang; jedoch wird hierbei ganz ausdrücklich bemerkt, daß mit der Zahlung durchaus nicht länger, als bis Ende April, und zwar täglich, Sonnabends ausgenommen, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, fortgeföhren werden kann, und werden Alle, welche sich später melden, ab- und auf den nächsten Termin verwiesen werden.

Die Absendung der Pensionen mit der Post kann, in Gemäßheit unserer Bekanntmachung vom 27. Juli 1819, nicht ferner statt finden, und bleibt es den Wittwen außerhalb Berlin, welche ihre Pension nicht durch die Haupt-Institute oder die hiesigen verschiedenen Cassen beziehen, abzulassen, solche entweder durch den ihnen zunächst wohnenden Commissarius, oder einen in Berlin selbst gewählten Mandatarus, oder auch durch einen der beiden hiesigen Agenten der An-

kalt — Hofrath Behrendt, in der Oberwallstraße Nr. 3., und General-Landschafts-Agenten Reichert, Franzbische Straße Nr. 30. wohnhaft — erheben zu lassen.

Eben so werden die Interessenten, welche nicht berechtigt sind, ihre Beiträge an die Institute-Cassen zu zahlen, wohlthun, selbige auf einem dieser Wege an die General-Wittwen-Casse abzuführen.

Uebrigens müssen sämtliche Beiträge unausbleiblich im Laufe dieses Monats hier eingehehen, und ist die General-Wittwen-Casse angewiesen, nach dem 1. April c. keine Beiträge ohne die geordnete Strafe des Dupli, welche unter keinem Vorwande erlassen werden kann, weiter anzunehmen.

Berlin, den 1. März 1826.

General-Direction der Königl. Preuß. allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt.

Personal-Chronik.

Der D. Dohlfhoff zu Magdeburg ist zum Assessor des Königl. Medicinal-Collegiums der Provinz Sachsen ernannt worden.

Merseburg, den 28. Februar 1826.

Daß der zeitliche Justiz-Commissar beim Landgerichte zu Halle, Vortsch, seinem Wunsche gemäß, als Stadtrichter zu Oderburg angestellt; und an dessen Stelle der Stadtrichter zu Oderburg, Friedrich Wilhelm Wille, zum Justiz-Commissar beim Landgerichte zu Halle ernannt worden ist; wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Naumburg, den 21. Februar 1826.

Der bisherige Interimistische Ober-Landes-Gerichts-Vote und Executor zu Wittenberg, Samuel Herold, ist an des pensionirten Vohne Stelle zum 3ten Voten- und Executor bei dem Land-Gerichte zu Eisleben unter dem 20. Januar c., und der invalide Feldwebel, Johann Gottfried Werner, ist unter dem 3. Februar c. zum Gefangenwärter bei dem Inquisitoriate zu Eilenburg und zwar zunächst bei dessen Abtheilung zu Wittenberg bestellt.

Naumburg, den 24. Februar 1826.

M a r k t r e i f u n g

d e r

im Monate Februar 1826

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Beytrags bestan-
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürf-
nisse, ingleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e.				H ü l s e n f r ü c h t e.			R a u c h f u t t e r.		
	Weizen	Koggen	Gerste	Hafer	Hirse	Erbſen	Linſen	Kartof- ſeln	Heu	Stroh
	der Preussische Scheffel				der Preussische Scheffel			Schfl.	à Cent.	à Schock
	℥/ſa. 3.	℥/ſa. 3.	℥/ſa. 3.	℥/ſa. 3.	℥/ſa. 3.	℥/ſa. 3.	℥/ſa. 3.	℥/ſa. 3.	℥/ſa. 3.	℥/ſa. 3.
1 Merseburg	1 5 —	18 5	15 2	10 8	—	25 —	1 15 —	1 —	25 —	2 15 —
2 Halle	1 1 5	20 —	16 —	11 10	4 10 —	1 5 —	2 5 —	15 —	1 —	5 —
5 Naumburg	1 2 2	18 6	14 5	11 —	2 6 —	1 10 —	2 2 —	22 —	27 4	5 11 —
4 Torgau	1 5 —	23 9	17 6	15 9	3 —	1 10 —	4 —	10 —	22 6	5 —
5 Wittenberg	1 4 4½	20 11 ½	19 1	12 11 ¾	—	1 21 8	2 15 —	17 6	—	5 10 —
6 Eisleben	— 28 9	18 9	16 8	14 1	4 —	1 10 —	1 10 —	18 9	24 4½	5 28 9
7 Zeitz	1 7 6	20 8	15 8	11 5	3 7 6	1 7 6	1 7 6	20 —	27 6	5 5 —
8 Quersurth	— 27 6	17 6	15 9	10 —	5 20 —	1 —	1 —	15 —	20 —	2 15 —

Merseburg, den 4. März 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

12. Stück.

Merseburg, den 25. März 1826.

B e k a n n t m a c h u n g.

Die Zahlung der, zu Ostern d. J. fälligen Zinsen und Capitalien von Nr. 55. Königl. Preuß. Central-Steuer-Obligationen, wird durch das Handlungshaus Die Zahlung Herrn Frege und Comp. zu Leipzig bewirkt werden, die Zahlung selbst aber der Zinsen u. mit dem Eintritt der bevorstehenden Oster-Messe den Anfang nehmen, und es Capitalien haben daher diejenigen, welche Central-Steuer-Obligationen besitzen, davon die von Central- Zinsen und resp. Capitalien zur gesetzten Zeit bei genanntem Handlungshause Steuer-Obliga- zu erheben. tionen u.

Demnächst ist zur Erleichterung für die Inhaber Königl. Preuß. Steuer- und Kammer-Credit-Cassen-Scheine die Einrichtung getroffen worden, daß auch von diesen Scheinen sowohl die Zinsen, als die Capitalien für den diesjährigen Ostertermin, während der Messe, ebenfalls bei dem Handlungshause Herrn Frege und Comp. zu Leipzig erhoben werden können, und bleibt es den Scheins-Inhabern überlassen, sich in Ansehung dieser Zinsen und Capitalien entweder an genanntes Handlungshaus, oder an die Königl. Haupt-Instituten- und Communal-Casse zu Merseburg zu wenden, indem gleichzeitig auch letztere in der bisherigen Maaße Zinsen und Capitalien sowohl von Steuer- als Kammer-Credit-Cassen-Scheinen zahlen wird.

Uebrigens haben die jetzigen Conjunctionen die Nothwendigkeit herbeigeführt, vorgedachte sämtliche Zins- und Capitals-Zahlungen, soweit sie für den Termin Ostern d. J. geschehen müssen, in Preussischem Courant zahlen zu lassen. Durch diese Zahlungs-Mobilität sollen aber die Gläubiger in ihren Berechtigungen nicht im Mindesten gekränkt werden, indem für das Courant ein angemessener Cours bestimmt werden soll. Da die Zahlungen in Courant nach dem täglichen Cours, große Verwickelungen und Schwierigkeiten für das diesfällige Rechnungswesen zur Folge haben würden; so soll für jene Zahlungen ein

besonderer feststehender Cours ermittelt, und solcher den ersten Meßtag in der Wöchterwoche in der leipziger Zeitung öffentlich bekannt gemacht werden.

Auf diejenigen Zinszahlungen aber, welche bei der Steuer- und Kammer-Credit-Cassen-Schuld noch für den Termin Michael v. J. oder für noch frühere Termine geleistet werden müssen, hat vorerwähnte veränderte Einrichtung in Ansehung der Münzsorte keinen Einfluß, indem die Zahlung dieser Rückstände in Conventionsgelde geschehen wird.

Endlich ist noch zu bemerken, daß die Zahlungen, welche das Handlungs-paus Herr Frege und Comp. zu Leipzig leisten wird, ohne Abzug geschehen und mithin den Scheins-Inhabern keine Kosten verursachen werden.

Merseburg, den 20. März 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

Nr. 56. Nach Vorschrift der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 31. December 1825 (Gesetzsammlung v. J. 1826 St. 1. Nr. 982.) ist die hiesige Königl. Regle-Abänderung in der Orga-nisation der hiesigen Königl. Regierung in drei Abtheilungen getheilt worden, nämlich:

- 1) in die Abtheilung des Innern;
- 2) in die Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen, und
- 3) in die Abtheilung der Finanzen.

Die Abtheilung des Innern bearbeitet, außer den Gegenständen der Gewerbe- und Bau-Polizei, welche die Regierungs-Instruction vom 23. October 1817 §. 3. Nr. 2. lit. a b c und Nr. 4. bezeichnet, auch die Verwaltung der Einkünfte von den Kunststraßen, und alle Gegenstände, welche bisher von der ersten Regierungs-Abtheilung bearbeitet wurden, mit alleiniger Ausnahme der Kirchen- und Schul-Sachen, welche an die Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen übergehen, soweit sie nicht, in der angezogenen Allerhöchsten Cabinets-Ordre, dem Königl. Consistorio und dem Provinzial-Schul-Collegio zu Magdeburg vorbehalten sind.

Die Abtheilung der Finanzen umfaßt die Verwaltung der directen Steuern sowohl, als der Domainen und Forsten. Zu ihrem Wirkungskreise gehört ferner die landesherrliche Jagd- und Forst-Polizei, und die Verwaltung der Regalien, welche bisher mit der Domainen- und Forst-Verwaltung verbunden waren.

Die allgemeine Cassen-Verwaltung wird von dem Cassen-Rathe der kaiserlichen Königl. Regierung, unter der speciellen Leitung des Präsidenten, bearbeitet.

Diese veränderte Einrichtung wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, und insbesondere den sämtlichen nachgeordneten Behörden zur Beachtung bekannt gemacht.

Merseburg, am 6. März 1826.

Königlich Preussische Regierung.

Da, in Folge der Bestimmungen der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom Nr. 57. 31. December 1825 (Gesetzsammlung v. J. 1826 S. 5.), unter andern auch die Bearbeitung aller derjenigen Geschäfts-Gegenstände, welche sich auf das Calender-Stempelwesen und auf die Maassregeln zum Schutze des Salz-Monopols des Staats beziehen, an den Königl. Provinzial-Steuer-Director, Herrn Geheimen Finanz-Rath Sack zu Magdeburg, übergegangen ist; so machen wir dieß den Behörden, Beamten und dem dabei interessirten Publicum hierdurch mit der Anweisung bekannt, alle in Calender-Stempelsachen und Salz-Conscriptions-Angelegenheiten zu formirende Anträge, von jetzt an, nicht mehr hieher an uns, sondern an den Herrn v. Sack nach Magdeburg gelangen zu lassen.

Die Controle des Salzverbrauchs betr.

Merseburg, den 17. März 1826.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung der Finanzen.

Bei der Benutzung von Lehm- und Sandgruben sind im hiesigen Regierungs-Bezirk durch unvorsichtiges Fortgraben in die Tiefe, ohne die überragende Decke des Erdreichs abzulösen, in den lezt verfloßnen 7 Jahren zusammen 82 Menschen durch Verschüttung ums Leben gekommen.

Nr. 58.
Vorchriften wegen Benutzung d. Lehm- und Sandgruben, zur Vermeidung von Unglücksfällen.

Diese Unglücksfälle hätten bei gehöriger Aufsicht der Orts-Polizei-Behörden sogleich verhütet werden können.

Wir sehen uns daher veranlaßt, um ähnliche Unglücksfälle zu verhüten, hiedurch zu verordnen:

- 1) daß von Polizeiwegen überall die vorhandenen Lehm- und Sandgruben sofort und spätestens binnen 8 Tagen in Augenschein genommen, die überragenden Erdtheile abgestochen und künftig darauf gehalten werden soll, daß jeder, der die Anlage neuer Erd-, Lehm- oder Sandgruben beabsichtigt, verpflichtet ist, der Orts-Polizei-Behörde davon Anzeige zu machen, deren Genehmigung einzuholen und die von derselben zu erteilende Anweisung zu befolgen;

- 2) die Gruben dürfen nur in einer Entfernung von mindestens zwei Ruthen von befahrenen Wegen angelegt und müssen außerdem mit einer Barriere versehen werden;
- 3) der Abraum muß 6 bis 12 Fuß vom Rande der Grube fortgeschafft werden, um das Nachschließen desselben zu verhüten, weshalb auch, wenn um den Rand der Grube gefahren wird, die Wagen eine gleiche Entfernung von demselben beobachten müssen.

Jeder, der diesen Vorschriften zuwider handelt, wird, wenn auch kein Unglück aus der Verahsäumung entsteht, nach Befinden der Umstände mit einer angemessenen Polizeistrafe belegt.

Die Herren Landräthe haben in dieser Beziehung die Orts-Polizei-Behörden unter besondere Aufsicht zu nehmen und die Gensdarmen anzuweisen, bei ihren Ausrichtungen die Befolgung dieser polizeilichen Anordnung zu kontrolliren.

Merseburg, den 8. März 1826.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 59: In Folge der in der Instruction für die Königl. Ober-Rechnungs-Kammer vom 18. December 1824 §. 20. Allerhöchst erteilten Vorschriften über den Nachweis der bei den Behörden und den ihnen untergeordneten Cassen bereits vorhandenen und fernerhin aus öffentlichen Geldern neu anzukaufenden Utensilien und Geräthschaften, Bücher und Landcharten, hat die Königl. Ober-Rechnungs-Kammer mittelst Circular-Versfügung vom 27. Januar d. J. folgende nähere Bestimmungen erlassen:

- 1) Zur Verminderung der Schreiberei und zur Erleichterung für die Rechnungsführer sollen von jezt ab, der Regel nach, weder die über die Dienst- und Cassen-Utensilien und Geräthschaften, einschließlich der zu den ersten etwa gehörenden Bücher und Landcharten, zu führenden Inventarien selbst, noch die Ab- und Zugangs-Nachweisungen, den Rechnungen beigefügt werden, und bleibt deren Einforderung nur für einzelne Fälle vorbehalten, wo sich bei Revision der Rechnungen besondere Veranlassung dazu finden sollte. Dagegen muß
- 2) nicht nur bei den Rechnungen derjenigen Cassen, welche die Verwendung der zu Unterhaltung ihrer Utensilien und Geräthschaften und der Utensilien ic. ihrer vorgesetzten Behörde ausgesetzten Fonds nachzuweisen haben, sondern auch bei allen übrigen Cassen, Magazinen ic., deren Utensilien ic. aus dem Fonds einer andern Cassen unterhalten werden, durch eine Bescheinigung ihrer vorgesetzten Behörde dargethan werden:

daß die Inventarien ordnungsmäßig geführt, die gehörig geprüften Zugänge darin nachgetragen, die Abgänge als unvermeidlich nachgewiesen und die vorhanden sein sollenden Inventariensücke wirklich vorgefunden worden sind.

- 3) Unter jeder Liquidation oder Quittung über den Geldbetrag für angeschaffte, den Inventarien hinzutretende Utensilien und Geräthschaften, muß von demjenigen Beamten, welcher mit der Führung des Inventarli beauftragt ist, bescheinigt sein:

daß die angeschafften Gegenstände in das Inventarium und auf welcher Seite und unter welcher Nummer desselben eingetragen worden sind.

- 4) Findet die ebengedachte Bestimmung sub 3. zwar auch auf die Liquidationen der Geldbeträge für alle andere, als die zu den Dienst-Utensilien und Geräthschaften gehörende Inventariensücke, mithin auch auf die zu Kunst- und andern Sammlungen ic. gehörigen Gegenstände Anwendung; hinsichtlich der Führung der Inventarien von allen andern Gegenständen, als dem gewöhnlichen Dienst- und Cassen-Utensilien und Geräthschaften, einschließlich der dazu gehörigen Bücher und Landkarten, so wie in Ansehung der Einsendung oder resp. Nichteinsendung dieser Inventarien mit dem Rechnungen, behält es aber bei den dießfälligen bisherigen Anordnungen bis dahin sein Bemenden, daß deshalb nach Verschiedenheit der einzelnen Institute besondere Bestimmungen, insofern sie noch nöthig erachtet werden, ergehen.

Indem wir diese Bestimmungen zur Kenntniß der davon betroffenen Cassen-Beamten, Cassen-Curatoren und Behörden bringen, fordern wir dieselben auf, sich pünktlich darnach zu achten, und bemerken noch, daß die hier erteilten Vorschriften nicht allein auf die der Supercorrection der Königl. Ober-Rechnungskammer unterworfenen, sondern auch auf die von uns allein zu prüfenden und zu dechargirenden Rechnungen Anwendung finden.

Merseburg, den 28. März 1826.

Königlich Preussische Regierung.

Verordnung des Königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Die Königliche Regierung zu Merseburg und das Königliche Ober-Landes-Gericht zu Raumburg macht hierdurch zur Nachricht bekannt, daß die bisher zwischen dem Königlichen Fiskus und dem von Hoyerischen Patrimonial-Gerichte

Nr. 61.
Die Civil- u.
Polizeige-
richtsbe-
recht

zweier
Grundstücke
zu Kölsch
betr.

zu Kölsch gemeinschaftlich besessene Civil- und Polizei-Gerichtsbarkeit über die zu Kölsch belegene, dem August Lebrecht Karl gehörige sogenannte kleine Schenke nebst Zubehör, an Wohnhause, Scheune, Ställen, Garten, sammt Gehöft und Brennereigebäude, mittelst des, unter dem 16. September 1825 geschlossenen und von den Hohen Ministerien der Justiz und des Innern unterm 20. Januar d. J. bestätigten Vertrags, ganz dem gedachten von Hopperschen Patrimonial-Gerichte zu Kölsch, dagegen von dem letztern, mittelst eben dieses Vertrags, die Civil- und Polizei-Gerichtsbarkeit über das ebendasselbst belegene Ernst Lippsche, jetzt Mengelsche Gut, dem Königlichen Fisco allein überlassen und abgetreten worden, und soweit es die Civil-Gerichtsbarkeit betrifft, an das Königliche Land-Gericht zu Wittenberg und Gerichts-Amt zu Bitterfeld, die Polizei-Gerichtsbarkeit aber an das landrätliche Amt daselbst übergegangen ist.

Merseburg und Naumburg, den 10. Februar 1826.

Königliche Regierung.

Königl. Ober-Landes-Gericht.

B e k a n n t m a c h u n g .

Nr. 61.
Die Erweiterung
des
Grenzbezirks
vom Haupt-
Zoll-Amt
Lügen betr.

Der Herr General-Director der Steuern hat unterm 24. v. M. die Erweiterung des Grenz-Bezirks vom Haupt-Zoll-Amt Lügen, und zwar in der Umgegend von Zeiß dergestalt bestimmt, daß von jezt an die Binnenlinie von dem Dorfe Jaucha in den Fahrweg nach Muttschau und Döbris läuft — welche Dörfer in den Grenz-Bezirk eingeschlossen werden; — von Döbris läuft sie in den Fahrweg, der nach Wornitz führt, jedoch nur bis zum Flossgraben; von hier längs dem Flossgraben bei der Döschwitz-Mühle und den Dörfern Altsdorf, Aue vorbei bis nach Kranau, wo der Flossgraben von der Naumburg-Zeitzer Chaussee durchschnitten wird; — von Kranau längs der Naumburg-Zeitzer Chaussee über Döschwitz bis Weinewitz, von wo sie ebenfalls mit der gedachten Chaussee aber das Dorf Pressch bis zum Städtchen Erdßen geht.

Sämmtliche, zwischen dieser neuen Binnenlinie und der Grenzlinie belegene Ortschaften — also auch die Stadt Zeiß — gehören hiernach, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an, zum Grenz-Bezirk und finden daher auch auf diese Ortschaften und deren Bewohner alle diejenigen Vorschriften volle Anwendung, welche die Zoll-Ordnung vom 26. Mai 1818 und die Allerhöchste Verordnung vom 19. November 1824 für den Grenz-Bezirk bestimmen.

Magdeburg, den 9. März 1826

Königlicher Provinzial-Steuer-Director,
Sach.

B e k a n n t m a c h u n g.

Des Königs Majestät haben durch die im 21. Stück der Gesefz-Sammlung vom laufenden Jahre publicirte Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 10. d. M. zur Erledigung der Verwaltungs-Ansprüche, welche aus der Zeit der Fremdherrschaft bis zum 2. November 1813 an das Preuß. Gebiet Erfurt und an den Preuß. Antheil an der Herrschaft Blankenhayn gemacht sind, oder gemacht werden können, festzusetzen geruht:

- 1) daß alle diejenigen, welche verglichen noch unbefriedigte Verwaltungs-Ansprüche an die ebengedachten Gebietscheile zu haben vermaßen, binnen einer viermonatlichen Frist ihre Forderung bei der Königl. Regierung zu Erfurt anmelden und begründen sollen, damit von der Beschaffenheit ihrer Ansprüche Kenntniß genommen und demnächst bestimmt werde, wie solche nach Raafgabe des zu ihrer Befriedigung vorhandenen Fonds zu behandeln und zu berichtigen sind;
- 2) daß die dießfälligen Ansprüche, welche binnen dieser Frist bei der Königl. Regierung zu Erfurt nicht angezeigt worden, sie mögen früher schon bei einer Behörde angemeldet worden sein, oder nicht, zu präcludiren und zur Liquidation und Befriedigung nicht weiter zuzulassen sind;
- 3) daß für solche Forderungen, welche zwar in der geordneten Frist angemeldet, aber nicht mit den erforderlichen Beweismücken belegt worden, die Königl. Regierung eine verhältnißmäßige Nachfrist zur Beibringung der Justificationsstücke festsetzen und nach deren fruchtlosem Ablauf gleichfalls die Präclusion eintreten soll; und
- 4) daß die Ausführung der unterzeichneten Ministerial-Behörde überlassen bleibe.

In Gemäßheit dieser Allerhöchsten Bestimmung werden daher alle diejenigen, welche in Beziehung auf das Preussische Gebiet Erfurt und den Preussischen Antheil an der Herrschaft Blankenhayn noch unbefriedigte Ansprüche an die Verwaltung aus der Zeit bis zum 2. November 1813 zu haben vermaßen, hierdurch aufgefordert, ihre Forderungen — sie mögen bei irgend einer Behörde bereits angemeldet sein oder nicht — spätestens bis zum 15. Mai des künftigen Jahres 1826 bei der Königl. Regierung zu Erfurt, unter Beifügung der Justifications-Documente, oder der Bemerkung, warum und wann später sie erst beigelegt werden können? — anzumelden, widrigenfalls alle bis dahin der genannten Königl. Regierung nicht angemeldete Forderungen ohne Weiteres für präcludirt und ungültig werden erachtet werden.

Zur Vorbeugung etwa möglicher Zweifel, so wie zur Abwendung nutzloser Reclamationen, wird noch Folgendes bemerkt:

- 1) Unter den bei diesem Liquidations-Verfahren zu berücksichtigenden Verwaltungs-Rückständen werden diejenigen unbefriedigten Ansprüche an die Verwaltungs-Behörden und die, solche vertretende Königl. Regierung aus der

Zeit der Fremdherrschaft bis zum 1. November 1813 verstanden, welche nach den Grundsätzen der Fremdherrschaft aus laufenden Landes-Einkünften im gewöhnlichen Verwaltungs-Wege hätten befelebigt werden sollen und nicht früher oder später bereits abgemacht sind. Es bleiben auch alle, die verbriefte Capital-, Staats- und Provinzial-Schuld betreffende Ansprüche bei diesem liquidations-Verfahren ausgeschlossen, und gehören von diesen nur die Zinsen aus der fremdherrlichen Zeit zu demselben.

- 2) Nach der Natur der Sache und nach anderwelter ausdrücklicher königlicher Vorschrift, ist es ein wesentliches Erforderniß bei den zugulassenden Ansprüchen, daß die ausdrückliche Zahlungs-Verpflichtung der vormaligen Verwaltung nachgewiesen werde, und es sind daher alle Reclamationen, denen das notwendige Fundament der ausgesprochenen Zahlungs-Verpflichtung fehlt, zurückzuweisen.
- 3) Die wirklich vorchriftsmäßig erfolgte Anmeldung bei der königl. Regierung zu Erfurt, gewährt noch keinen Anspruch an sich, vielmehr ist die Zeit, so wie die Art und das Maaß der Berichtigung, nach vorbemerkter Allerhöchster Bestimmung, von näherer Uebersicht der liquiden Ansprüche, so wie von den zur Befriedigung zunächst bestimmten Rest-Einnahmen, aus der Zeit, welche die liquidations-Verfahren umfaßt, abhängig, und die liquidation vorläufig nur zur Erutrung des Gesamtbetrages der bleibfälligen liquiden Forderungen angeordnet, an welche sich demnächst die weitem Bestimmungen wegen der Zahlung selbst anschließen werden.

Berlin, den 27. December 1825.

Königl. Immediat-Commission für die abgesonderte
Rest-Verwaltung.

Personal-Chronik.

Der Candidat der Feldmefskunst, Friedrich August Becker, zu Pölsfeld, ist zum Regierungs-Conducteur ernannt worden.

Merseburg, den 14. März 1826.

Berichtigung. Extrabl. z. 10. St. d. Amtsbl. a. c., S. 93., Zeile 14. von oben, ist statt: „war eine bisher in sändischer Beziehung“ zu lesen: „war wie bisher“ — desgl. Amtsbl. St. 9., S. 88., Z. 6. von oben, lese man: „Stehla“ statt: „Stella“.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

13. Stück.

Merseburg, den 1. April 1826.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 26. Febr. d. J. zu bestimmen geruhet, daß es bei den Allerhöchsten Befehlen vom 13. December 1817 und 14. März 1818, welche Bälle und andere Lustbarkeiten nur an den Vorabenden der großen Kirchenseste ausschließen, verbleiben soll, jedoch mit der Ausdehnung für den Charfreitag und den allgemeinen Buß- und Bettag, daß nemlich auch an den Abenden dieser beiden Feiertage keine Bälle und sonstige Lustbarkeiten ähnlicher Art gestattet werden sollen. Dieß wird zur Nachachtung hierdurch bekannt gemacht; auch werden alle Polizeibehörden angewiesen, auf die Befolgung dieser Vorschriften streng zu halten.

Merseburg, den 21. März 1826.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Von der Königl. Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden sind im Jahre 1824 folgende Staats-Schuld-Verschreibungen für den Amortisations-Fonds eingekauft, und den 14. Januar d. J. bei dem Königl. Kammer-Gericht wahrlich niedergelegt worden:

- 1) 38 Stück Obligationen à 1000 fl. Holländisch der bei dem Handlungshause Wittwe Heberfeld et Serrurier in Amsterdam 1809 négocierten Anleihe;
- 2) 500 Stück Obligationen aus der Englischen Anleihe vom 31. März 1818 im Gesamtbetrage von 80,200 livres Sterling;

Nr. 62.
Verbot der
Lustbarkeiten
an den Vor-
abenden des
Charfreitags
und des all-
gem. Buß- u.
Bettags.
Nr. 63.
Die gerichtliche
Niederlegung
der im
Jahre 1824
für den Amortisations-
Fonds eingekauften Staats-
Schuld-Verschreibungen
den.

- 3) 50 Stück alte Kurmärkische landschaftliche Obligationen im Gesamtbetrage von

42,801 Thlr. 20 Sgr. incl. 17,201 Thlr. 20 Sgr. Gold;

- 4) 62 Stück Domainen-Pfandbriefe im Gesamtbetrage von

62,000 Thlr.

und zwar à 5 pC. 32,000 Thlr.

à 4 pC. 30,000 .

Summa 62,000 Thlr.;

- 5) 4,566 Stück Staats-Schuld-Scheine im Gesamtbetrage von

1,411,475 Thlr.;

- 6) 121 Stück sogenannte Kurmärkische Obligationen im Gesamtbetrage von

124,035 Thlr. incl. 14,430 Thlr. Gold;

- 7) 43 Stück Neumärkische Interims-Scheine im Gesamtbetrage von

31,415 Thlr.;

- 8) 1,232 Stück Provinzial-Staats-Schuld-Documente im Gesamtbetrage von

455,910 Thlr. 24 Sgr. 4 Pf. incl. 5,186 Thlr. Gold;

Alle diese eben aufgeführten Staats-Schuld-Documente betragen hiernach:

2,127,657 Thlr. 14. Sgr. 4 Pf. incl. 36,822 Thlr. 20 Sgr. Gold;

38,000 Gulden Holländisch;

80,200 livres Sterling.

Vorstehendes bringen wir mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß ein Exemplar der vollständigen Bekanntmachung der Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden vom 1. Februar d. J. in den landrätblichen Büreaus zu Naumburg und Halle zu Jedermanns Einsicht bereit liegt.

Merseburg, den 25. März 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Zum Besten der Wittwen und resp. Kinder der Geistlichen und Schullehrer in Jörbig, so wie des Katechismus-Predigers zu Delitzsch, deegl. zu Gunsten des letztern, so wie des Schullehrers in der Vorstadt und Cantors an der

Marienkirche zu Delitzsch, und endlich zum Besten von 12 Armen an letzterm Orte, hat die am 29. Januar d. J. daselbst verstorbene, verwitwete Frau Justizamtmannin Wendler, legatē von resp. 1000 Thlr. — 500 Thlr. — 100 Thlr. — 100 Thlr. und 500 Thlr. ausgesetzt.

Wir stehen nicht an, mit dankbarem Anerkennniß des Verdienstes, welches sich die Verstorbene dadurch um Wittwen, Waisen und Unterstützungsbedürftige erworben hat, solches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Merseburg, den 15. März 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

V e l o b u n g.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 17. v. M. uns anzubefehlen geruht, öffentlich bekannt zu machen, wie Allerhöchst Dieselben aus unserm Berichte mit Wohlgefallen die guten Erfolge der in Halle bestehenden beiden Institute zur Unterbringung armer und verwahrloseter Kinder, so wie zur Erziehung und Bildung dieser Kinder zu brauchbaren und guten Staatsbürgern, welche von der Tüchtigkeit und den Bemühungen der Vorsteher zeugten, ansehen hätten, und uns aufgetragen, denselben, welchen das Gedeihen dieser Institute zuzuschreiben ist, das verdiente Lob auch öffentlich zu ertheilen.

Wir entledigen uns dieses Allerhöchsten Auftrages hierdurch sehr gern, und danken den Vorstehern dieser Institute für ihre sich bereits im Erfolge so wohlthätig gezeigten Bemühungen.

Merseburg, den 1. März 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g,

das Beitrags-Ausschreiben zur Magdeburger Städte-Feuer-Societät betreffend.

Der Fonds der Magdeburger Städte-Feuer-Societät ist, wie die beiliegende Berechnung zu A. pag. 117. ergiebt, nicht nur erschöpft, sondern es hat schon zur Befriedigung der Abgebrannten ein bedeutender Vorschuß geleistet werden müssen. Die Bildung eines neuen Fonds ist daher nothwendig und deshalb ein

anderweites Ausschreiben auf die Interessenten dieser Societät mit 3 Egr. 9 Pf. von Hundert Thaler des Einfaß-Capitals beschloffen worden.

Indem die Interessenten der Magdeburger Städte-Feuer-Societät hiervon in Kenntniß gesetzt werden, erhalten die Magistrate sämmtlicher bei der gedachten Societät interessirten Städte hiermit die Anweisung, auf den Grund der anliegenden Hauptrepartition, die gewöhnliche Subrepartition der Beiteidage schlenigst zu veranlassen, demnächst aber die letzten von den Interessenten einzuziehen und binnen längstens 4 Wochen, bei Vermeidung mit Kosten verknüpfter Versügungen, unter der vorschriftsmäßigen portofreien Rubrik, an die Haupt-Casse der Magdeburger Städte-Feuer-Societät unter der Adresse des Königl. Provinzial-Steuer-Rendanten, Herrn Ribbeck, einzusenden.

Die betreffenden Herren Landräthe haben auf die Befolgung dieser den Magistraten Ihrer Kreise vorstehend und früher schon erteilten Vorschriften genau zu halten, und besonders darauf zu sehen, daß nicht mehr als der durch die anliegende Bekanntmachung ausgeschriebene Beitrag von den Societäts-Interessenten erhoben wird.

Magdeburg, den 6. März 1826.

Königl. Regierung. Erste Abtheilung.

B e k a n n t m a c h u n g .

Nachdem die Hypothekenbücher des Patrimonial-Gerichts zu Großsch, sowohl über die geschlossenen Güter und Häuser der Ortschaften:

Großsch, Wölpern, Gostemitz, Böhen, Jesewitz, Weltewitz und Gordemitz, als über die, zum Ritztergute Großsch gehörigen walzenden Grundstücke, vollendet worden; so wird solches, in Gemäßheit des Hypotheken-Einrichtungsgesetzes vom 16. Juni 1820, mit der Bemerkung öffentlich bekannt gemacht, daß von dieser Bekanntmachung an, der Erwerb neuer Hypothekentrechte lediglich nach dem Allgemeinen Landrechte, der Gerichts-Ordnung und der Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist.

Großsch, am 15. März 1826.

Das Adelig landwüßsche Patrimonial-Gericht.

Seyffarth, Justitiar.

A.

R a c h w e i s u n g

der vom 21. September 1825 bis 15. Februar 1826 bei der
Magdeburger Städte-Feuer-Societäts-Casse vorgekommenen
Einnahmen und Ausgaben.

laufende Nr.	E i n n a h m e.				Betrag.		
		Thlr.	Sg.	Pf.	Thlr.	Sg.	Pf.
	Bestand am 21. September 1825 .	—	—	—	1571	7	11
	Auf das Ausschreiben vom 26. März 1824 war Rest .	—	16	11			
	Hierauf ist eingegangen .	—	—	—			
	Bleibt Rest .	—	16	11			
	Auf das Ausschreiben vom 17. Mai 1817 ist Rest .		50	6	1		
	Hierauf ist eingegangen .	—	—	—			
	Bleibt Rest .	50	6	1			
	Auf das Ausschreiben vom 19. Octo- ber, 1824 war Rest .	—	15	9			
	Hierauf ist eingekommen .	—	—	—			
	Bleibt Rest .	—	15	9			
	Auf das Ausschreiben vom 17. Fe- bruar 1825 war Rest .	58	5	3			
	Hierauf ist eingegangen .	5	27	9	5	27	9
	Bleibt Rest .	53	7	6			
	Auf das Ausschreiben vom 3. October 1825 soll einkommen .	28165	29	7			
	Hierauf ist eingegangen .	28035	9	7	28055	9	7
	Bleibt Rest .	130	20	—			
	An extraordinairn Einnahmen und Zurückzahlungen .	—	—	—	9	10	—
	Die ganze Einnahme beträgt mithin	—	—	—	29619	25	3

Laufend. Nr.	A u s g a b e.	Betrag.
		Th'r. E'g. Pf.
	Die hiervon bestrittenen Ausgaben sind folgende:	
	Tit. 1. An Brand-Entschädigungen, Prämien, Tarations- und Revisions-Gebühren.	
1.	Wegen des am 7. August 1829 zu Seehausen a. d. M. Statt gehaltenen Feuers, Verfügung vom 23. August 1825	100 15 7
2.	Wegen der am 19. Juni 1824 hier abgebrannten ehemals Schöneck-, jetzt Kunschen Schiffmühle, Verfügung vom 9. October 1825	751 15 —
3.	Wegen des am 20. October 1824 zu Calbe a. d. S. ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 20. October 1825	95 25 2
4.	Wegen des am 5. April 1825 zu Groß-Wanzleben Statt gehaltenen Feuers, Verfügung vom 12. November 1825	587 28 10
5.	Wegen des am 25. Februar 1825 in der Neustadt ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 6. November 1825	40 16 6
6.	Wegen des am 10. August 1825 zu Gardelegen ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 9. December 1825	847 2 9
7.	Wegen des am 1. Juli 1824 zu Burg ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 5. Januar 1826	654 19 —
8.	Wegen der am 1. März 1825 in der Neustadt abgebrannten Michaelschen Windmühle, Verfügung vom 16. Januar 1826	455 9 2
9.	Wegen der am 10. Juni 1825 abgebrannten Gebäude daselbst, Verfügung vom 14. Januar 1826	1884 7 6
10.	Wegen des am 4. Juni 1825 zu Bieslar ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 6. Januar 1826	288 24 1
	zu übertragen .	5686 13 7

laufende Nr.	A u s g a b e.	Betrag.		
		Thlr.	Sh.	Pf.
	Uebertrag .	5636	15	7
11.	Wegen des am 19. Mai 1825 zu Eönnern ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 30. August 1825	27	15	—
12.	Wegen des am 14. August 1825 im Neuendorffschen Hirtenhause bei Eisleben ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 31. October 1825	72	5	—
13.	Wegen des am 24. November 1824 zu Seehausen a. d. M. ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 31. October 1825	776	22	2
14.	Wegen des am 9. Juli 1825 in Burg ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 4. November 1825	412	5	—
15.	Wegen des am 12. December 1824 zu Seehausen a. d. M. ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 31. October 1825	283	18	5
16.	Wegen des am 26. März 1825 zu Burg Statt gehaltenen Feuers	794	27	—
17.	Wegen des am 6. Juni 1825 in Debitzfelde ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 4. November 1825 und 2. Februar 1826	1571	4	9
18.	Wegen des am 15. Mai 1825 zu Burg ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 17. November 1825 und 22. December 1825	987	1	10
19.	Wegen des am 25. September 1825 zu Genthlin ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 24. November 1825 und 4. Januar 1826	1256	9	7
20.	Wegen des am 25. October 1824 daselbst ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 24. November 1825	33	—	—
21.	Wegen des am 10. October 1825 zu Stendal ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 31. October 1825 und 1. Februar 1826	540	—	—
22.	Wegen des am 24. Mai 1825 zu Burg ausgebroche-			
	zu übertragen .	12441	2	2

Laufende Nr.	A u s g a b e.	Betrag.		
		Thlr.	Sg.	Pl.
	Uebertrag .	12441	2	2
	chenen Feuers, Verfügung vom 17. November 1825	552	13	4
25.	Wegen des am 4. December 1824 zu Seehausen ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 31. October 1825	9	7	6
24.	Wegen des am 8. August 1825 zu Burg ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 17. November 1825	56	17	9
25.	Wegen des daselbst am 9. Juli 1825 ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 20. November 1825	410	10	—
26.	Wegen des am 12. Juni 1825 in Deblsfelde ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 26. November 1825	5468	16	5
27.	Wegen des hier am 15. October 1824 ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 5. December 1825	3858	—	—
28.	Wegen des am 12. Juli 1825 zu Seehausen a. d. M. ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 14. December 1825	815	—	—
29.	Wegen des am 21. September 1825 zu Burg ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 14. December 1825	1700	—	—
30.	Wegen des am 25. September 1825 zu Genthin Statt gehaltenen Feuers, Verfügung vom 14. December 1825	968	—	—
31.	Wegen des am 29. September 1825 zu Calbe a. d. M. ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 24. December 1825	24	—	—
32.	Wegen des am 1. Juli 1824 daselbst Statt gehaltenen Feuers, Verfügung vom 24. Januar 1826	27	17	6
33.	Wegen des am 24. Mai 1825 zu Burg ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 31. December 1825	500	—	—
	zu übertragen .	26828	24	8

laufende Nr.	A u s g a b e.	Betrag.		
		Thlr.	Sh.	Pr.
	Uebertrag .	26828	24	8
34.	Wegen des am 29. Mai 1825 hier ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 6. Januar 1826	187	21	1
35.	Wegen des am 16. October 1825 zu Seehausen a. d. M. ausgebrochenen Feuers, Verfügung vom 10. Januar 1826	1000	—	—
36.	Wegen des eben daselbst am 23. October 1825 aus- gebrochenen Feuers, Verfügung vom 21. No- vember 1825	28	17	—
	Summa Tit. I. .	28045	2	9
Tit. II.	An Verpflegungs-Kosten .	177	27	6
» III.	An Erhebungs-Gebühren der Ortsbehör- den, Verwaltungs-Kosten und andern Aus- gaben .	2463	5	6
	Summa der Ausgaben .	30686	5	9
	Hiermit verglichen die Einnahmen .	29619	25	3
	Ergiebt sich ein Vorschuß von .	1066	10	6

Magdeburg, den 16. Februar 1826.

Haupt-Casse der Magdeburgschen Städte-Feuer-Societät.

B.
N a c h w e i s u n g
der

Brandversicherungs-Summen von den zur Magdeburger-Städte-
Feuer-Societät associirten Städten und wieviel der zu leistende
Beitrag von $\frac{1}{8}$ pC. des Einsag-Capitals zum Ausschreiben vom
6. März 1826 beträgt.

Nr.	N a m e n der associirten Städte und Gebäude.	Assicura- tionbetrag.	Zu leistender Beitrag à 3 gr. 9 pf. v. 100 Thlr Einsag-Capital			Summa der Beiträge.		
			Thlr.	Thlr.	Gr. Pf.	Thlr.	Gr.	Pf.
	I. Im Bezirke der Königl. Re- gierung zu Magdeburg.							
1	Magdeburg mit Friedrichsstadt	87009 17	10876	4	5			
2	Die Neustadt . . .	857650	1072	1	11			
3	„ Eudenburg . . .	162350	202	28	2			
4	Aken . . .	207950	259	28	2			
5	Arneburg . . .	122900	153	18	9			
6	Arndsee . . .	151225	189	—	11			
7	Burg . . .	1950100	2437	18	9			
8	Bismark . . .	87475	109	10	4			
9	Calbe a. d. S. . .	552275	690	10	4			
10	Calbe a. d. M. . .	88775	110	29	1			
11	Egeln mit Altemark . . .	171850	214	24	5			
12	Frohse . . .	95840	119	24	—			
13	Gardelegen . . .	620640	775	24	—			
14	Görzke . . .	93925	117	12	2			
15	Genthin . . .	386175	482	21	7			
16	Hadmersleben . . .	119670	149	17	3			
17	Jerichow . . .	118200	147	22	6			
18	Joburg . . .	180515	225	19	4			
19	Möckern . . .	155250	191	16	11			
20	Neuhaldensleben . . .	465645	582	1	8			
21	Osternburg . . .	188125	235	4	8			
	Latus	15475452	19344	9	4			

Nr.	N a m e n der afficiirten Städte und Gebäude.	Assicura- tionsbetrag. Thlr.	Zu leistender Beitrag à 3 gr. 9 pf. v. 100 Thlr Einsatz-Capital			Summa der Beiträge.		
			Thlr.	Gr	Pf.	Thlr.	Gr	Pf.
	Transport	15175152	19342	9	4			
22	Debisfelde . . .	147810	184	22	11			
23	Salzwedel . . .	1004325	1255	12	2			
24	Sandau . . .	195800	244	22	6			
25	Groß-Salze . . .	198305	247	26	5			
26	Seehausen am Aland . . .	307700	384	18	9			
27	Seehausen bei Wanzleben . . .	242400	303	—	—			
28	Schönebeck incl. Saline . . .	553545	691	27	11			
29	Colonie bei Schönebeck, Salze und Große . . .	78905	98	18	11			
30	Staßfurt . . .	152500	190	18	9			
31	Stendal . . .	664925	831	4	8			
32	Tangermünde . . .	433200	544	—	—			
33	Wanzleben . . .	216700	270	26	3			
34	Wolmirstedt . . .	397355	496	20	10			
35	Werben . . .	165200	206	15	—			
36	Ziesar . . .	215325	306	19	8			
	Summa	20481447	25601	24	1	25601	24	1
II. Im Bezirk der Königl. Re- gierung zu Merseburg.								
1	Alsleben . . .	72250	90	9	5			
2	Cönnern . . .	57720	72	4	6			
3	Eisleben . . .	221450	276	24	5			
4	Gerbstedt . . .	95150	118	28	1			
5	Hettstedt . . .	125025	155	23	5			
6	Leimbach . . .	39175	48	29	1			
7	Iddejün . . .	66075	82	17	10			
8	Mansfeld . . .	96050	120	1	10			
	Latus	770895	963	18	7			

Nr.	N a m e n der associirten Städte und Gebäude.	Assurances- tionsbetrag.	Zu leistender Beitrag à 5 Sgr. 9 Pf. v. 100 Thlr Einsatz-Capital			Summa der Beiträge.		
		Thlr.	Thlr.	Sg.	Pf.	Thlr.	Sg.	Pf.
	Transport	770895	963	18	7			
9	Schraplau	67545	84	12	11			
10	Wettin mit dazu gehörigen Marken und den reformirten Pfarr- und Schulgebäuden daselbst	105795	132	7	4			
		1900	2	11	3			
11	Halle incl. Neumarkt und Glaucha	1570060	1712	17	3			
	Summa	2316195	2895	7	4	2895	7	4
Wiederholung.								
1.	Im Bezirk der Königl. Regierung zu Magdeburg	20481447	25601	24	1	25601	24	1
11.	Im Bezirk der Königl. Regierung zu Merseburg	2516195	2895	7	4	2895	7	4
	Summa	22797642	28497	1	5	28497	1	5

Magdeburg, den 6. März 1828.

Königl. Regierung. Erste Abtheilung.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

14. Stück.

Merseburg, den 8. April 1826.

B e k a n n t m a c h u n g.

Bei der am heutigen Tage in Merseburg Statt gefundenen 16ten Verlosung der Central-Steuer-Obligationen, sind die nachstehend sub B verzeichn. Die bei der 16ten Verlosung der Central-Steuer-Obligationen gezogenen Nummern gezogen worden.

Die Realisirung der gezogenen Scheine wird Michael d. J. zu Leipzig geschehen, und das weiter Erforderliche noch vor Eintritt des Zahlungs-Termins öffentlich bekannt gemacht werden.

Merseburg, den 4. April 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuss. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuss. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.



N a c h w e i s u n g

der, bei der am 4. April 1826 Statt gehaltenen 16ten Ziehung der Central-Steuer-Obligationen gezogenen Nummern.

Litt. A. à 3000 Thlr.

Nr. 18, 28, 108, 149, und 159.

Litt. B. à 2000 Zflr.

Nr. 1. 49. 50. 56. 137. 190. und 202.

Litt. C. à 1000 Zflr.

Nr. 4. 7. 23. 101. 226. 274. 317. 380. 382. 384. 407. 417. und 456.

Litt. D. à 500 Zflr.

Nr. 4. 7. 31. 122. 140. 153. 233. 272. 391. 418. 470. 489. 512. 565. 607. 619. 625. 639. 644. 656. 704. 735. 741. 779. 788. 943. 994. 1005. 1010. 1059. 1078. 1083. 1104. 1124. und 1127.

Litt. E. à 200 Zflr.

Nr. 11. 38. 44. 46. 47. 75. 86. 154. 158. 182. 185. 218. 239. 246. 276. 290. 480. 494. 518. 610. 622. 631. 691. 704. 764. 767. 781. 806. 849. 850. 910. 918. 1043. 1065. 1124. 1145. 1168. 1171. 1252. 1319. 1320. 1382. 1427. 1431. 1464. 1465. 1496. 1597. 1650. 1663. 1674. 1678. 1711. 1720. 1787. 1892. 1914. 1981. 1982. 1995. 1999. 2052. 2059. 2083. 2085. 2104. 2128. 2137. 2143. 2219. 2230. 2246. 2287. 2305. 2364. 2371. 2427. 2501. 2543. 2565. 2592. 2629. 2691. 2721. 2748. 2817. 2819. 2856. 2891. 2918. 2982. 2983. 3018. 3027. 3080. 3152. 3145. 3172. 3241. 3323. 3357. 3360. 3362. 3408. 3409. 3521. 3549. 3598. 3644. 3690. 3714. 3737. 3824. 3855. 3890. 3908. 3922. 3924. 3943. 4025. 4120. 4133. 4146. und 4156.

Litt. F. à 100 Zflr.

Nr. 6. 44. 140. 153. 193. 238. 321. 359. 393. 408. 413. 441. 445. 481. 484. 516. 521. 561. 565. 690. 711. 764. 819. 872. 974. 1003. 1024. 1052. 1080. 1113. 1144. 1226. 1250. 1277. 1294. 1362. 1381. 1442. 1443. 1485. 1515. 1594. 1599. 1608. 1632. 1642. 1674. 1680. 1686. 1688. 1700. 1728. 1764. 1804. 1841. 1884. 1888. 1942. 1990. 2055. 2084. 2096. 2140. 2153. 2223. 2224. 2235. 2244. 2291. 2407. 2478. 2488. 2508. 2516. 2539. 2553. 2647. 2725. 2757. 2797. 2825. 2826. 2843. 2849. 2945. 2986. 2997. 3012. 3045. 3095. 3099. 3102. 3117. 3122. 3136. 3174. 3201. 3313. 3340. 3404. 3408. 3452. 3457. 3474. 3486. 3562. 3614. 3696. 3707. 3757. 3789. 3795. 3796. 3827. 3843. 3845. 3870. 3879. 3959. 3997. 4039. 4043. 4053. 4105. 4201. 4266. 4314. 4326. 4398. 4403. 4416.

Verordnung der Königl. Regierung.

Nach einem Rescript des Königl. Ministerii der Geistlichen-, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 6. d. M., hat Abschnitt 4. der Circular-Befugung vom 16. April v. J. wegen der Maassregeln zur Unterdrückung der bössartigen und ansteckenden Klauenseuche unter den Schaafsheerden (Amtsblatt Nr. 109. v. J., folgende nähere Bestimmung und Ausdehnung erhalten:

Nr. 65.
Maassregeln
zur Unterdrückung d. bössartigen und ansteckenden Klauenseuche betr.

„Koppelweiden aber müssen mit den von der bössartigen Klauenseuche befallenen Schaafsheerden entweder ganz vermieden werden, oder wenn solches, besonders bei gemeinschaftlichen Waldhütungen, mit Erhaltung der kranken Heerde nicht verträglich sein sollte; so muß der Landrath des Kreises nach vorstehenden Vorschriften (Abschnitt 3.) und mit gehöriger Berücksichtigung des Weidebedarfs der Gemeinheit. Interessenten, die Hutungsgrenzen zwischen diesen Interessenten dergestalt reguliren, daß die kranke Heerde in gehöriger Entfernung von den gesunden weiden kann.“

Es ist hienach künftighin der vierte Abschnitt der gedachten Circular-Befugung in Anwendung zu bringen.

Merseburg, den 29. März 1826.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Verordnung des königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Die Untergerichte unseres Departements benachrichtigen wir, in Folge einer uns gewordenen Bestimmung des Königl. Justiz-Ministerii vom 11. März c., hierdurch, daß die kirchlichen Akte, welche bei Einrichtung und Regulirung des Hypothekenwesens nöthig werden, mit dem gewöhnlichen gesetzlichen Stempel versehen sein müssen.

Nr. 66.
Die kirchlichen Akte, welche bei Einrichtung des Hypothekenwesens betr.

Raumburg, den 25. März 1826.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

B e k a n n t m a c h u n g .

Von den vollständig aufgestellten und nach allen drei Rubriken des Hypothekenbuchs abgeschlossenen Hypothekentabellen sind nun folgende wiederum speciell superrevidirt:

I. Ueber sämmtliche Häuser in der Stadt Wittenberg, mit Ausnahme der Kirchen- und Schulgebäude und folgender Hausbesitzungen:

- 1) des Strubelschen Nr. 33.;
- 2) des sonst Gladnerschen sub Nr. 306.;
- 3) des Voigtschen sub Nr. 343., 426. und 427.;
- 4) des Schwarzeschen sub Nr. 397. und 398.;
- 5) des Zeughauses sub Nr. 452., und.
- 6) des Möbluschen sub Nr. 524. bis 526.

II. Ueber sämmtliche geschlossene Besitzungen in der Vorstadt Klein-Wittenberg und folgende, in deren Nähe befindliche Grundstücke:

- 1) die Kathzlegelei;
- 2) die Nischkesche Schiffmühle;
- 3) die Scharfseiterel, und
- 4) den sogenannten Baumgarten.

III. Ueber sämmtliche geschlossene Güter des Dorfs Ipfen, im Bezirke des hiesigen Gerichts-Amtes für den Landbezirk.

IV. Ueber die Hertelsche Papiermühle bei Rudersdorf, desselben Gerichts-Amtesbezirks.

V. Ueber sämmtliche geschlossene Güter des Dorfs Kleinzerbst, im Gerichts-Amtesbezirke Preßsch.

VI. Ueber sämmtliche geschlossene Güter des Dorfs Beyersdorf, im Gerichts-Amtesbezirke Bittersfeld.

VII. Ueber sämmtliche geschlossene Güter des Dorfs Zscherndorf, mit Ausnahme des Schulzeschen Guts Nr. 12. desselben Gerichts-Amtesbezirks.

Wir machen solches, in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinets-Ordnung vom 5. April 1824, Gesessammlung 1824 pag. 78., mit dem Beifügen bekannt, daß die Tabellen in dem Zeitraume vom 15. April bis 15. Juni d. J. in unserer Hypotheken-Registratur zum Behuf der Anbringung gegründeter Erinnerungen eingesehen werden können, späterhin vergleichen aber nicht mehr stattfinden.

Wittenberg, den 31. März 1826.

Königl. Preuss. Land-Gericht.
D. Trescher.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

15. Stück.

Merseburg, den 15. April 1826.

Allgemeine Gesefsammlung.

Das 15te Stück der allgemeinen Gesefsammlung enthält unter

- Nr. 989. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 18. Januar 1826, wegen Wiederherstellung der Adelsrechte in den am linken Rheinufer belegenen Preussischen Provinzen.
- Nr. 990. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 25. Februar 1826, daß zur Tilgung der Staatsschuldsscheine die Verloosung derselben nicht weiter statt haben soll.
- Nr. 991. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 25. Februar 1826, betreffend die Errichtung der Familien-Fideicommissen in den Rheinprovinzen.
- Nr. 992. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 19. März 1826, wegen Herabsetzung des Porto für Gold und Sendungen von Werthstücken, und zu bewilligender Porto-Restitutionen bei kaufmännischen Geld- und Packetsendungen.

B e k a n n t m a c h u n g.

Um die, durch die Allerhöchste Cabinetsordre vom 28. December 1824 über einige nähere, die Censur betreffende Bestimmungen unter No. 5. erneuerte Anordnung, wonach jeder inländische Verleger von Druckschriften schuldig ist, ein Exemplar von jedem seiner Verlags-Artikel an die große Königl. Bibliothek zu Berlin abzuliefern, zu einer regelmäßigen Ausführung zu bringen, hat das Königl. Ministerium der Geistlichen-, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten folgende nähere Festsetzungen hierüber für nöthig erachtet:

Nr. 67.
Die Abgabe der Freieigenen Exemplare von den erscheinenden Druckschriften an die Bibliothek betreffend.

- 1) Es kann zwar keinem Zweifel unterworfen sein, daß, wenn ein inländischer Schriftsteller Selbstverleger einer von ihm verfaßten Schrift ist, er selbst auch für richtige Ablieferung des an die große Königl. Bibliothek zu Berlin abzugebenden Frei-Exemplars einstehen und dafür Sorge tragen muß. Nicht minder ist er aber hierzu verpflichtet, wenn er auch nicht selbst die Druckkosten des Werks getragen hat, sondern diese von einem Andern bestritten sind. Ist der Selbstverleger einer Schrift ein Auswärtiger, so muß der inländische Buchdrucker, welcher dieselbe gedruckt hat, für die richtige Ablieferung des Frei-Exemplars sorgen.
- 2) Erscheint ein Werk in verschiedenen Ausgaben, z. B. auf Druck- und Schreibe-, oder Belin-Papier, ohne Kupfer und Karten, oder mit schwarzen oder illuminierten Kupfern und Karten, so muß immer ein Exemplar der besten und vollständigsten Ausgabe an die Königl. Bibliothek in Berlin unentgeltlich abgeliefert werden; Pracht- und Präsent-Exemplare, auf dickem und steifem Papiere jedoch ausgenommen.
- 3) Die Termine der Ablieferungen sind 4 Wochen nach Beendigung jeder Oster- und Michaelis-Messe. Alsdann ist jeder Verleger, oder wer sonst für die Ablieferung zu sorgen hat, verpflichtet, von jedem seiner jedesmaligen neuen Verlags-Artikel ein Exemplar an die Königl. Bibliothek in Berlin einzusenden, und die bei derselben angestellten Bibliothekare sind berechtigt, darauf zu dringen.
- 4) Sollte ein Verpflichteter einmal diese Termine innezuhalten verhindern sein, so muß er die Ablieferung der Frei-Exemplare seiner sämtlichen im Laufe des Jahres gedruckten Verlags-Artikel spätestens am Schusse des Jahres — falls dieselbe nicht früher von den Bibliothekaren verlangt sein sollte — bewerkstelligen. Wenn ein Buchhändler im Laufe des ganzen Jahres nichts verlegt hat, so muß er dieß ebenfalls am Jahreschlusse der Königl. Bibliothek zu Berlin ausdrücklich und schriftlich anzeigen.
- 5) Jeder Verleger ist verbunden, ein Verzeichniß seiner Verlags-Artikel, welche er der Königl. Bibliothek in Berlin übersendet, denselben in duplo beizulegen, wovon er das eine Exemplar zurück erhält, um sich in einem streitigen Falle damit auszuweisen, das andere aber bei den Acten der Königl. Bibliothek aufbewahrt wird.

Das Königl. Ministerium der Geistlichen-, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten hegt zu den Verlegern von Druckschriften in der hiesigen Provinz das Vertrauen, daß sie durch pünktliche Befolgung dieser Bestimmungen die Königl. Bibliothek zu Berlin, als die Central-Bibliothek des Staats, mit den Producten der typographischen Industrie desselben in gehöriger Vollständigkeit auszustatten sich beeifern und eine Ehre darin setzen werden, zu deren

Ausbildung zu einem wahrhaft nationalen Institut das Ihrige beitragen zu können.

Indem die vorstehenden Festsetzungen hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden, wird zugleich bestimmt, daß selbige auch in Beziehung auf das, von den Verlegern in der hiesigen Provinz an die Bibliothek der vereinigten Friedrichs-Universität zu Halle abzuliefernde Freieremplar von jedem ihrer Verlagsartikel, als gültig zu betrachten und genau zu befolgen sind.

Um die Ablieferung der Freieremplare an die Bibliotheken gehörig controliren zu können, ist es notwendig, daß die Buchdrucker und überhaupt alle diejenigen, die ein Manuscript zur Censur einreichen, den künftigen Verleger genau angeben, worauf daher hiermit noch besonders aufmerksam gemacht wird.

Uebrigens versteht es sich von selbst, daß es bei der angeordneten Abgabe des Freieremplars an den Censor verbleibt.

Magdeburg, den 25. März 1826.

Der Geheime Staats-Minister
v. K le w i z.

B e k a n n t m a c h u n g.

Bei der am heutigen Tage in Merseburg stattgehabten neunten Verloosung der auf die Krone Preußen übergegangenen, ehemals Königl. Sächs. Kammer-Credit-Cassen-Scheine, sind folgende Nummern gezogen worden, als:

von Litt. B. à 500 Thlr. Nr. 540, 590, und 661.

„ „ C. à 100 Thlr. Nr. 140, 388, 439, 576, 1157, 1525, 1448, 2267, 2329, 2439, 2682, 2755, 2864, 2974, und 5195.

„ „ D. à 50 Thlr. Nr. 39, und 676.

„ „ Aa. à 1000 Thlr. Nr. 228, 255, 439, 554, 574, 1291, 1518, 1605, 2203, 2211, 2316, und 3010.

und wird die Zahlung der Capitalien zu Michael d. J. bei der hiesigen Haupt-Instituten- und Communal-Casse erfolgen.

Außerdem sollen im gedachten Termin von den bis jetzt noch nicht zur Zahlung ausgefesten unzinbaren Kammer-Credit-Cassen-Scheinen Litt. E. à 25 Thlr. die Scheine von Nr. 4903, bis mit 5456, bei der obgenannten Cassé durch Baarzahlung eingelöst werden.

Die Inhaber der angegebenen verloosten und resp. zur Zahlung ausgefesten Scheine haben sich daher bei Eintritt des Zahlungs-Termins bei der Königl.

Nr. 68.

Die bei der neunten Verloosung der Kammer-Credit-Cassen-Scheine gezogenen Nummern bet.

Haupt-Instituten- und Communal-Casse hier zu melden, und die Capitalien, gegen Zurückgabe der betreffenden Scheine und der dazu gehörigen Talons und Coupons, in Empfang zu nehmen.

Merseburg, am 7. April 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nr. 69. Das Königl. Ministerium der Geistlichen-, Unterrichts- und Medicinal-An-
Die dem Can-
tor Heinreich
in Adendorf
bewilligte
Confraternis-
tats-Collecte
betr.
gelegenheiten hat, mittelst Rescripts vom 17. Februar d. J., dem Cantor und
Schullehrer Heinreich zu Adendorf, im landrätthlichen Kreise Neuhaldensleben,
Regierungsbezirk Magdeburg, welcher in einer am 9. November v. J. daselbst
statt gehaltenen Feuersbrunst sein ganzes Vermögen eingebüßt hat, und dadurch mit
seiner Familie in eine sehr traurige Lage versetzt ist, eine Confraternitäts-Col-
lecte in der Provinz Sachsen bewilliget. Sämmtliche Schullehrer in dem hiesi-
gen Regierungsbezirke fordern wir daher hierdurch auf, ihre milden-Beisteuern zu
dieser Collecte an die ihnen vorgesetzten Superintendenten baldigst abzugeben.
Den Herren Superintendenten aber ertheilen wir den Auftrag, die in Empfang
genommenen Beiträge zu dieser Collecte, mit beigefügter Specification der Con-
tribuenten, ohnsehlbar vor Ende Mai d. J., unter der gewöhnlichen portofreien
Rubrik, an unsere Haupt-Instituten- und Communal-Casse abzusüßgren.

Merseburg, den 5. April 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen-
und Schulwesen.

Nr. 70. Nach einem Rescripte des Königl. Ministerii des Innern und der Polizei
Reisepässe in
fremd. Sprac-
se betr.
vom 6. März d. J., soll es zwar bei der bisherigen Bestimmung, daß die in
fremder Sprache abgefaßten ausländischen Reisepässe nicht als gültige Docu-
mente zu Reisen innerhalb der Preussischen Staaten angesehen werden können,
verbleiben, allein es sollen die ausländischen Pässe den Reisenden belassen wer-
den, und es nunmehr ausreichend sein, wenn die Grenz-Polizei-Behörden
oder insofern diese der ausländischen Sprache nicht mächtig sein sollten, die vor-
gesetzten Behörden derselben, jene in fremder Sprache abgefaßten Pässe mit
einem die Stelle des neuen Eingangs-Passes vertretenden Vermerk versehen.

Den mit fremden Pässen versehenen Courieren dürfen übrigens in keiner Beziehung wegen Fortsetzung ihrer Reise Hindernisse gemacht werden.

Wir bringen diese Ministerial-Bestimmung hierdurch zur Kenntniß der Polizei-Behörden unsers Regierungs-Bezirks und haben sich selbige darnach zu achten.

Merseburg, den 6. April 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Nach dem Lehnsmantate vom Jahre 1764, Tit. I. §. 15. Tit. 5. §. 4., ist Nr. 71, auch bei Allodialgütern, bei welchen die Lehnsebefolgung vorbehalten worden, die Die zur Sur-
zur Suchung und Empfangung der Lehn festgesetzte Frist von 1 Jahr, 6 Wo- dung u. Em-
chen, 3 Tagen für den Fall der Besitzveränderungen durch Verhandlungen unter pfangung der
den lebendigen von Zeit der erfolgten Confirmation dieser Verhandlung zu berech- Lehn festge-
nen gewesen. Diese Confirmation ist in Folge des Gesetzes vom 23. April 1821 setzte Frist be-
§. 2. weggefallen, und es ist daher die Frage entstanden, von welcher Zeit an treff-
nunmehr die obige Frist gerechnet werden soll?

Um allen delfalligen Zweifeln zu begegnen, wird daher hierdurch bekannt gemacht, daß diese Frist von der Zeit des Abschlusses des Vertrags an berech-
net werden soll, indem seit Aufhebung der Nothwendigkeit einer Confirmation der Vertrag schon durch den Abschluß dieselben rechtlichen Folgen erhält, welche vor-
her von der Confirmation abhängig gewesen sind.

Hernach wird in allen künftigen Fällen verfahren werden, wogegen wegen der vor dieser Bekanntmachung abgeschlossenen Verträge die Sächsische Jahresfrist zur Beilehung, sofern nicht bereits in einzelnen Sachen von der Lehn- Curie eine andere Frist bestimmt worden, von dem Tage dieser Bekanntmachung an berechnet werden wird.

Raumburg, den 22. März 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht und Lehn- Curie.

Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Es soll die Lieferung des Bedarfs an Schreibmaterialien bei der hiesigen Königl. Regierung aufs Neue verbunden werden. Der ohngefähre Bedarf an Papieren für ein Jahr, besteht in folgenden Quantitäten, als:

- 1) 41 Ries feines Kanzlei- oder Berichts-Papier;
- 2) 310 Ries gutes Mundir-Papier;
- 3) 207 Ries Concept-Papier;
- 4) 18 Ries Doppel- oder Actendeckel-Papier;
- 5) 46 Ries Real-Packpapier;
- 6) 28 Ries kleines Pack- oder ordinaires Concept-Papier;
- 7) 5 Ries Register- oder Tabellen-Papier, Medlan-Format.

Wir haben für diese verschiedenen Papier-Sorten folgende Preise als das Maximum angenommen, als:

ad 1) Berichts-Papier, das Ries	5	Thlr.	18	Sgr.	6	Pf.
„ 2) Mundir-Papier, das Ries	2	„	20	„	—	„
„ 3) Concept-Papier, das Ries	1	„	25	„	—	„
„ 4) Actendeckel-Papier, das Ries	4	„	25	„	—	„
„ 5) Real-Packpapier, und zwar:						
eine stärkere Sorte, à Ries	5	„	20	„	—	„
eine schwächere Sorte, à Ries	4	„	5	„	—	„
„ 6) Ordinaire Concept-Papier, à Ries	1	„	15	„	—	„
„ 7) Register-Papier, à Ries	5	„	10	„	—	„

Die Lieferung der Papiere tritt erst mit dem Jahre 1827 ein, und werden alle Unternehmungslustige hierdurch aufgefordert, auf dem Wege der Soumission ihre Gebote in der Art abzugeben, daß sie die Papiersorten, worauf die Preise (à Ries) deutlich zu schreiben, versiegelt und portofrei, unter der Adresse:

An Seine Königl. Preuß. Regierung zu Merseburg (zu Händen des Hofraths Kömer)

bis zum 15. Mai d. J. einsenden, als an welchem Tage, Mittags um 12 Uhr, die Soumissionen in Gegenwart des betreffenden Departements-Raths werden geöffnet, und die eingesendeten Papierproben an sich und sodann in Hinsicht der Preiswürdigkeit werden geprüft werden.

Wir bemerken, daß bei der Ablieferung der Papiere angenommen wird, daß solche ohne Bindebücher bewirkt wird.

Nie demjenigen, welcher die besten Papiere für die billigsten Preise zu liefern verspricht, wird — jedoch mit Vorbehalt der uns freistehenden Auswahl unter den Mindestfordernden — auf ein Jahr contractirt werden; jedoch dergestalt, daß, wenn von Einem der contrahirenden Theile nicht drei volle Monate vor Ablauf des Contracts die Kündigung geschieht, der Contract stillschweigend auf ein ferneres Jahr verlängert sein soll. Die Kosten der Contracts-Ausfertigung übernimmt der Lieferant allein.

An das in den Soumissionen abgegebene Gebot ist Jedermann vier Wochen gebunden, und erhält Derselbe bis zum 1. Juni d. J. keinen Bescheid, so ist dieß als ein Zeichen anzusehen, daß wir ein Engagement wegen der Papierlieferung mit ihm einzugehen nicht für angemessen gefunden haben.

Merseburg, den 52 April 1826.

Königlich Preussische Regierung.

Personal-Chronik.

Am 16. d. M. starb der Pastor und Superintendent zu Eilenburg, Dr. Friedrich August Ludwig Niesche. Die interimistische Verwaltung der Ephoral-Geschäfte ist dem Archidiaconus Wörkel in Eilenburg heut von uns übertragen worden.

Merseburg, den 25. März 1826.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen,

Der bisherige Landgerichts - Registratur - Assistent Christian Friedrich Harbe zu Eisleben ist unter dem 30. Januar c. an des verstorbenen Wille Stelle zum Landgerichts - Registrator ebendasselbst ernannt.

Der Justiz - Amtmann Johann Christian Gottfried Schuster in Seeburg ist mittelst der von des Königs Majestät vollzogenen Bestallung vom 4. März c. zum Justizrath ernannt.

Naumburg, den 31. März 1826.

N a c h w e i s u n g

der

im Monate März 1826

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestan-
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürf-
nisse, ingeleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e.				H ü l s e n f r ü c h t e.			R a u c h f u t t e r.		
	Weizen	Koggen	Gerste	Hafer	Hirse	Erbfen	Linfen	Kartof- feln	Heu	Stroh
	der Preussische Scheffel				der Preussische Scheffel			Schfl.	à Cent.	à Schock
	℞/sa. 3.	℞/sa. 3.	℞/sa. 3.	℞/sa. 3.	℞/sa. 3.	℞/sa. 3.	℞/sa. 3.	℞/sa. 3.	℞/sa. 3.	℞/sa. 3.
1 Merseburg	1 1	— 17 5	— 14 9	— 10 —	— — —	— 25 —	1 12 6	1 — —	— 25 —	2 15 —
2 Halle	— 28 9	— 18 9	— 15 —	— 11 6	4 5 —	1 7 6	1 15 —	— 15 —	1 — —	4 12 —
3 Torgau	1 5 —	— 23 9	— 17 6	— 15 9	5 — —	1 10 —	4 — —	— 10 —	— 22 6	5 — —
4 Naumburg	— 29 —	— 16 1	— 15 8	— 10 8	2 — —	1 8 —	2 — —	1 — —	— 28 4	5 18 4
5 Bittenberg	1 5 —	— 20 8	— 18 9	— 14 3	— — —	1 25 2	2 10 —	— 17 6	— — —	5 10 —
6 Eisleben	— 26 3	— 17 10	— 15 —	— 15 2	4 — —	1 10 —	1 10 —	— 18 9	— 20 —	5 10 —
7 Zeitz	1 6 5	— 19 6	— 13 9	— 10 8	3 5 —	1 6 5	1 6 3	— 20 —	— 27 6	5 — —
8 Querfurth	— 27 6	— 16 11	— 15 2	— 10 —	3 20 —	1 — —	1 — —	— 15 —	— 20 —	2 15 —

Merseburg, den 4. April 1826.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

16. Stück.

Merseburg, den 22. April 1826.

B e k a n n t m a c h u n g.

Bei der am heutigen Tage in Merseburg Statt gehaltenen g. Verloosung der vormals Königlich Sächsischen, auf die Krone Preußen übergegangenen Steuer-Credit-Cassen-Scheine, sind folgende Nummern gezogen worden, als:

1) von Litt. A. à 1000 Rthlr.

Nr. 408. 600. 2346. 3033. 3806. 4643. 5373. 6828. 8381. 8651. 10709. 11601. 12815. 13481. 13631. 13934. und 14001.

2) von Litt. B. à 500 Rthlr.

Nr. 59. 1620. 3138. 3883. 4810. 5146. 5786. 6018. 6138. und 6414.

3) von Litt. C. à 200 Rthlr.

Nr. 298. 1062. 1339. 2074. 2517. 3054. 4104. 4937. 5115. 6859. und 8837.

4) von Litt. D. à 100 Rthlr.

Nr. 1668. 2003. 2142. 2532. 3040. 4072. und 4995.

und wird die Zahlung dieser Capital-Beträge zu Michaelis d. jetzigen Jahres bei der hiesigen Königl. Haupt-Instituten- und Communal-Casse erfolgen.

Die Inhaber der unter obigen Nummern ausgelosten Steuer-Credit-Cassen-Scheine haben sich daher, bei Eintritt des gedachten Zahlungs-Termins, bei der genannten Casse hier zu melden, und die Baarzahlung der d. e. s. f. l. l. g. Capital-Beträge, gegen Rückgabe der betreffenden Scheine, nebst dazu gehörigen Talons und Coupons, zu gewärtigen.

Merseburg, am 11. April 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nr. 72.
Die Anträge
d. Stipendien
bei der Gewerbeschule
in Berlin. btr.

Dem Publico wird hiermit bekannt gemacht, daß am 1. October dieses Jahres bei dem Königl. Gewerbe-Institut zu Berlin ein neuer Lehrgang beginnt. Diejenigen Individuen, welche Ansprüche auf das bei dieser Gewerbeschule stattfindende Stipendium machen, müssen ihren diesfälligen Antrag bei dem betreffenden Herrn Landrath ihres Kreises einreichen. Diese Anträge haben die Königl. Landräthe unfehlbar bis zum 1. Juli d. J. bei uns, begutachtet, mit Berücksichtigung der in unserer Circular-Verfügung vom 22. März 1822 II. No. 7782 gegebenen Vorschriften, einzusenden.

Merseburg, am 5. April 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 73.
Die Wahlfähigkeitsprüfungen an-
gehender Schul-
lehrer betr.

In Folge der Bekanntmachung vom 17. Februar d. J. (Stück 8. Nr. 40. des diesjährigen Amtsblatts), sind die gewöhnlichen Wahlfähigkeitsprüfungen in Weissenfels am 20. und 21. März gehalten worden. Es hatten sich dazu überhaupt 65, theils Seminaristen, theils außer den Seminarien vorbereitete, theils auch Kinderlehrer, die noch nicht geprüft waren oder um eine zweite Prüfung nachsuchten, eingefunden.

Das Zeugniß

- 1) der Wahlfähigkeit für eine Hauptschul- oder Schulmeister-Stelle haben folgende 27 erhalten:

Ehr. Sam. Fr. Böhm, auslauchstädt, Kinderlehrer in Dörckewitz, Ephorie Merseburg;

Joh. Karl Fr. Brauer, aus Obfschütz, im Weissenfeller Kreise, bisher Seminarist in Weissenfels;

Karl August Ginther, aus Thalendorf bei Quersfurt, bisher Schüler in Quersfurt;

Joh. Gottfr. Dickethier, aus Gröbzt, Quersfurter Kreis, Seminarist in Weissenfels;

Friedr. Ehrhardt Hilliger, aus Durchwehna, Witterfelder Kreis, Schulsehülfe in Düben;

Karl Fr. Görigsch, aus Pörsen, Weissenfeller Kreis, Seminarist in Weissenfels;

Karl Gottfr. Horst, aus Pratau bei Wittenberg, vorher Lceist in Wittenberg, jetzt Hauslehrer in Schaffstädt;

Ehr. Ernst Ferd. Kloss, aus Tagewerben bei Weissenfels, Seminarist in Weissenfels;

Joh. Benjamin Körner, aus Köpzig, Merseburger Kreis, jetzt in Blancha bei Halle;

Fr. Wlth. Rienast, aus Malitzschendorf, Schweinitzer Kreis, vorbereitet in Herzberg;

Joh. Andreas Lust, aus Schwittersdorf, Mansfelder Seekreis, Kinderlehrer in Großlehna bei Lützen;

Fr. Aug. Bernhardt Neufel, aus Hirschrode, Eckartsbergaer Kreis, Seminarist in Weiffensels;

Joh. Friedr. Mohr, aus Halle, Schulgehilfe in Beesen bei Halle;

Joh. Gottlob Dertel, aus Ossig, Zeitzer Kreis, Seminarist in Zeitz;

J. Fr. Ernst Osterloh, aus Keinsdorf, bisher Schüler in Sangerhausen;

Karl Aug. Penkert, aus Sangerhausen, Schüler ebendasselbst;

Karl Heinr. Kexper, aus Zeitz, Seminarist daselbst;

Fr. Aug. Richter, aus Rosenfeld, Torgauer Kreis, Kinderlehrer in Stehla bei Liebenwerda;

Joh. Karl Schulze, aus Schaffstädt, Schüler und Schulgehilfe in Quersfurt;

Joh. Franz Schulze, aus Weßendorf, Quersfurter Kreis, jetzt Hauslehrer in Freiburg;

Karl Gottlob Todt, aus Thalwinkel, Quersfurter Kreis, Seminarist in Weiffensels;

Christ. Bernhard Voigt, aus Laucha, Quersfurter Kreis, Seminarist in Weiffensels;

Gustav August Voigt, aus Leisling bei Weiffensels, Seminarist in Weiffensels;

Joh. Friedr. Vorberg, aus Börsch, Zeitzer Kreis, Seminarist in Zeitz;

Christ. Friedr. Werner, aus Dubeleben im Saalkreise, jetzt Hauslehrer in Krositz;

Joh. Friedr. Winger, aus Böberitz, Bitterfelder Kreis, Kinderlehrer in Serbitz, Delitzscher Kreis;

Friedr. Aug. Zeidler, aus Zeitz, Seminarist daselbst.

a) Für wahlfähig zu einer Nebenschulstelle (Katecheten- oder Hülfslehrerstelle) sind folgende 35 erklärt worden:

Joh. Gottlob Bauer, aus Wolfen, Bitterfelder Kreis, Schulgehilfe in Lößnitz, Delitzscher Kreis;

Sam. Gottvertrau Besser, aus Naundorf am Petersberge, Kinderlehrer in Torna im Saalkreise;

Christ. Friedr. Bietlig, aus Domsdorf, Liebenwerdaer Kreis, vorbereitet in Langnaundorf, ebendaselbst;

Joh. Gottlob Blüthner, aus Wetterzeube, Zeitzer Kreis, vorbereitet in Pötenitz, Zeitzer Kreis;

Christian Böhme, aus Bäschdorf bei Halle, Kinderlehrer in Reusen;

Leopold Gustav Borges, aus Eisleben, vorbereitet daselbst;

Joh. Gottlieb Böttcher, aus Delschau, Torgauer Kreis, vorbereitet in Arien;

Friedr. Gottfr. Brauer, aus Löberitz, Bitterfelder Kreis, Kinderlehrer in Löbersdorf bei Jörbig;

Ehr. Karl Brundisch, aus Präsen bei Elsterwerda, Kinderlehrer in Wainsdorf, Liebenwerdaer Kreis;

Joh. Karl Aug. Burggraf, aus Karsdorf, Quersfurter Kreis, bisher Schüler in Quersfurt;

Joh. Friedr. Eichardt, aus Groß-Corbeta bei Weissenfels, Kinderlehrer in Hohenrode, Delitzscher Kreis;

J. Fr. Wilh. Gallrein, aus Hohen-im Saalkreise, Kinderlehrer in Planena, ebendaselbst;

Ehr. Gottfr. George, aus Hohenleipisch, Kreis Liebenwerda, Kinderlehrer in Roßstein, ebendaselbst;

Ehr. Gottlob Grunike, aus Plennschütz, Weissenfeller Kreis, Seminarist in Weissenfels;

Joh. Gottfr. Hensel, aus Bernsdorf, Schweinitzer Kreis, vorbereitet in Arnstesta, ebendaselbst;

Joh. Gottfr. Hennig, aus Margdorf, Kreis Liebenwerda, vorbereitet in Schmerkindorf, ebendaselbst;

K. Friedr. Hedwig Hesse, aus Mertendorf bei Naumburg, Seminarist in Weissenfels;

Joh. Aug. Kirchner, aus Sangerhausen, Schüler daselbst;

Joh. Karl Kluge, aus Nadel bei Herzberg, vorbereitet in Duckau, Herzberger Kreis;

Joh. Christian König, aus Thalheim, Bitterfelder Kreis, Schulgehilfe in Löberitz, ebendaselbst;

Joh. Gottlieb Krenzel, aus Deutersitz, Liebenwerdaer Kreis, Kinderlehrer in Deutersitz;

Wilhelm Kühne, aus Trebnitz, vorbereitet in Eisleben;

J. Christoph Friedr. Lange, aus Niederreßen, Kinderlehrer in Rahlwinfel, Kreis Eckartsberga;

Joh. Gottlieb Langsch, aus Döllingen, vorbereitet in Hohenleipisch, Liebenwerdaer Kreis;

Christian Müller, aus Großröben, Schweiniger Kreis, vorbereitet in Kleinröben;

Joh. Traugott Mylius, aus Dörstewitz, Kinderlehrer in Wüstenhuthsch, Merseburger Kreis;

Christoph Ehrensfr. Plaz, aus Staritz, Torgauer Kreis, vorbereitet in Zabelitz;

Joh. Gottfried Reibert, aus Trebitz am Petersberge, Kinderlehrer in Zeitz;

Friedr. Wilhelm Robusch, aus Oberheldrungen, Kinderlehrer in Kalbitz, Kreis Eckartsberga;

Friedrich Wilhelm Schulze, aus Grabo, Kinderlehrer in Premsdorf, Schweiniger Kreis;

Wilhelm Ferd. Schüke, aus Großhyna, Kinderlehrer in Kiebus, Delitzscher Kreis;

Karl Friedr. Seyfert, aus Schorgula, Kinderlehrer in Gledau, Weissenfeller Kreis;

Joh. Christian Schöffner, aus Rödgen, Witterfelder Kreis, Hauslehrer in Möst, ebendaselbst;

Leberecht Paul Voigt, aus Artern, Seminarist in Weissenfels;

Karl Leberecht Wolf, aus Dresta bei Eisterwerda, Kinderlehrer in Zeitz im Königreiche Sachsen.

Den übrigen dreien hat, wegen allzubürstiger Vorbereitung, kein Wahlsfähigkeitszeugniß erteilt werden können.

Im allgemeinen ist zwar bei denen, welche kein Seminar besucht haben, der auf ihre Vorbereitung verwendete größere Fleiß bemerkbar gewesen; doch muß die Bemerkung wiederholt werden, daß die meisten unter ihnen, und besonders diejenigen, welche bei Landschulen vorbereitet worden, an musikalischen Kenntnissen, an Sprachbildung, an Einsicht in das Schul- und Unterrichtswesen, auch zum Theil an sogenannten gemeinnützlichen Kenntnissen zurückgeblieben haben. Man vergleiche übrigens die Bekanntmachungen in diesen Blättern, Jahrgang 1825, Stück 17. und 47.

Wegen künftiger Einrichtung der Wahlsfähigkeitsprüfungen wird zu seiner Zeit das Erforderliche bekannt gemacht werden.

Merseburg, den 7. April 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

B e k a n n t m a c h u n g ,
die Einrichtung des Hypothekenwesens in dem Königl. Preuß.
Herzogthume Sachsen betr.

Von den in dem nachstehenden Verzeichnisse aufgeführten eremten Gütern des Königl. Preuß. Herzogthums Sachsen sind die Hypotheken-Tabellen, welche sämmtliche drei Rubriken in sich fassen, fertig geworden, und können während des Zeitraums vom 1. Mai bis letzten Juni d. J. in unserem Hypotheken-Archive von den Interessenten eingesehen werden.

Wie fordern dieselben mit dem Andeuten dazu auf, daß nach Ablauf des gedachten zweimonatlichen Zeitraums keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Naumburg, den 7. April 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

V e r z e i c h n i s s .

Delitzscher Kreis:

Berg vor Ellenburg, vormal's das Müllersche Gut genannt; Rosenfeld.

Eckartsbergaer Kreis:

Brettleben nebst Oberheldbrungen; Auerstädt; Alt-Weichlingen, der Schieferhof; Leublingen, das Gut; Cannewurf, das von Wendelebensche Gut genannt.

Längensalzaer Kreis:

Bothenheilingen, vormal's das Eppriansche Gut genannt; Kirchheilingen, das von Schierbrandsche Gut.

Querfurter Kreis:

Lodersleben, die Oberschäferlei; Burgscheldungen; Kirchscheldungen; Albersroda; Marktröhlitz; Crumpa.

Sangerhäuser Kreis:

Die bei dem Harraschen Gute zu Gehofen befindlichen sogenannten Oberheldbrungen Zinsen; Gehofen, das Trebrasche Gut genannt; Gehofen, das Harrasche Gut genannt.

Weissenfeer Kreis:

Die zu Großballhausen neben dem Bruche belegenen, vormal's zu dem grünen Hofe daseibst gehörig gewesenenen sieben Hufen Allodial-Länderei.

Wittenberger Kreis:

Bahmo; die Wollersheim'schen Pächte.

Weißenfelfer Kreis:

Mödlitz.

Ziegenrücker Kreis:

Wernburg; das zu dem Weimarschen Gute Lausa gehörige Stück Holz,
der Mühlberg genannt.

Zeitzer Kreis:

Egoldsbann und Rönderitz.

B e k a n n t m a c h u n g.

Von den vollständig aufgestellten und nach allen drei Rubriken des Hypothekenbuchs abgeschlossenen Hypothekentabellen sind nun folgende wiederum speciell superrevidirt:

I. Ueber sämmtliche Häuser in der Stadt Wittenberg, mit Ausnahme der Kirchen- und Schulgebäude und folgender Hausbesitzungen:

- 1) des Strubelschen Nr. 33.;
- 2) des sonst Gladnerschen sub Nr. 306.;
- 3) des Voigtschen sub Nr. 343., 426. und 427.;
- 4) des Schwarzeschen sub Nr. 397. und 398.;
- 5) des Zeughauses sub Nr. 452., und
- 6) des Möbiusschen sub Nr. 524. bis 526.

II. Ueber sämmtliche geschlossene Besitzungen in der Vorstadt Klein-Wittenberg und folgende, in deren Nähe befindliche Grundstücke:

- 1) die Rathsziegelei;
- 2) die Nischkesche Schiffmühle;
- 3) die Scharfrichterei, und
- 4) den sogenannten Baumgarten.

III. Ueber sämmtliche geschlossene Güter des Dorfs Thießen, im Bezirke des hiesigen Gerichts-Amtes für den Landbezirk.

IV. Ueber die Hertelsche Papiermühle bei Rudersdorf, desselben Gerichts-Amtesbezirks.

V. Ueber sämmtliche geschlossene Güter des Dorfs Kleinzersdorf, im Gerichts-Amtesbezirke Preßsch.

VI. Ueber sämmtliche geschlossene Güter des Dorfs Beyersdorf, im Gerichts-Amtesbezirke Wittersfelz.

VII. Ueber sämmtliche geschlossene Güter des Dorfs Zscherndorf, mit Ausnahme des Schuljeschen Guts Nr. 12. desselben Gerichts-Amtsbezirks.

Wir machen solches, in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 5. April 1824, Gesetzsammlung 1824 pag. 78., mit dem Beifügen bekannt, daß die Tabellen in dem Zeitraume vom 15. April bis 15. Juni d. J. in unsrer Hypotheken-Registratur zum Behuf der Anbringung gegründeter Erinnerungen eingesehen werden können, späterhin dergleichen aber nicht mehr stattfinden.

Wittenberg, den 31. März 1826.

Königl. Preuß. Land-Gericht.
D. Trescher.

Personal-Chronik.

Der bisherige Candidat des Predigtamts, Dr. Carl Friedrich Möller, ist als Pfarrer zu Batlin und Zwiesigko, Ephorie Jessen, und der Candidat des Predigtamts, Johann Christian Carl Schauer, als Pfarrer in Zorbau, Ephorie Zeitz, angestellt worden.

Merseburg, den 8. April 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen-
und Schulwesen.

Extra-Blatt

zum

Sechszehnten Stück des Amtsblatts

der

Königlichen Regierung.

Merseburg, den 26. April 1826.

Bekanntmachung,

die Errichtung einer besondern Prüfungs-Commission für die zum einjährigen Militair-Dienst sich meldenden Freiwilligen betreffend.

Die Königlichen Hohen Ministerien des Innern und des Krieges haben sich dahin geeinigt, die bereits in den Rhein-Provinzen und Westphalen, so wie in Berlin bestehende Einrichtung besonderer Prüfungs-Commissionen für die Freiwilligen zum einjährigen Militair-Dienst auch in den übrigen Provinzen der Monarchie eintreten zu lassen und wir sind in Folge dessen beauftragt worden, sowohl die bereits unter dem 21. Januar 1822 für die in den vorgedachten Provinzen und in Berlin schon bestehenden Departements-Prüfungs-Commissionen erlassene Instruction, als auch die in Verfolg derselben von den gedachten Hohen Ministerien ergangenen weiteren Festsetzungen zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Demgemäß wird Folgendes bekannt gemacht:

A. Die Instruction vom 21. Januar 1822 setzt fest:

§. 1. Die Prüfungs-Commission ist die Behörde, welche sich mit Untersuchung der Ansprüche derjenigen jungen Männer zu beschäftigen hat, die ihre Militair-Dienstpflicht nach der Vergünstigung des Gesetzes vom 3. September 1814 §. 5., 7., 9., 16. mit Einem Dienstjahr lösen wollen. Begriff.

§. 2. Ihr Zweck ist, den Bestimmungen des Gesetzes richtige Anwendung zu versichern, mithin auf der einen Seite den Chefs der oft entfernt stehenden Truppentheile von dem Anspruch der sich zum einjährigen Dienst meldenden jungen Leute durch das Attest der Commission Ueberzeugung zu ge-

ben, und sie in der Annahme solcher Leute sicher zu stellen und auf der andern Seite, das Interesse der übrigen Dienstpflichtigen in der Hinsicht zu wahren, daß nicht zum Nachtheil derselben bei der Bestellung des jährlichen Ersatzes, junge Leute zum einjährigen Dienst zugelassen werden, welche gesetzlich nicht Anspruch darauf haben, mithin auf diesem Wege, mittelst eines überall gleichmäßigen Verfahrens nach vereinten Ansichten und durch Entfernung der Schwierigkeiten in Beurtheilung einzelner Fälle — das mehrseitige Interesse bei dieser Angelegenheit möglichst sicher zu stellen.

Organisation
der Commission
und ihre
Mitglieder.

§. 3. Die Commission ist daher gemischt und besteht an dem Sitze einer jeden Regierung für deren Bezirk

- a) aus Mitgliedern von den Militair-Behörden, als Repräsentanten der Truppentheile;
- b) aus Mitgliedern der Civil-Verwaltungs-Behörden, als Repräsentanten der Verwaltung und der Verwalteten.

§. 4. Sie soll jederseits aus zwei, also aus vier ordentlichen und so vielen außerordentlichen Mitgliedern besetzt sein, als nothwendig ist, Candidaten aus den verschiedenen Classen des Wissens, der Kunst oder der Gewerbe zu prüfen.

Die ordentlichen Mitglieder sollen bestehen:

- a) Militairischer Seits aus zwei Stabs-Officieren;
- b) aus zwei Rätthen des Regierungs-Collegii, worunter ein Rath von der Geistlichen- und Schulverwaltung.

Die außerordentlichen Mitglieder sollen bestehen aus sachverständigen Männern:

- a) des Kaufmanns- und Fabrikanten-Standes;
- b) der Landwirtschaft;
- c) des Standes der Künstler und kunstgerechten Arbeiter.

Es soll der Commission ein Militair-Ober-Arzt beigeordnet werden, welcher die körperliche Brauchbarkeit der Freiwilligen untersucht und über den Befund Atteste auszustellen hat.

In Ermangelung eines Militair-Ober-Arztes soll der Regierungs-Medicinal-Rath oder der Kreis-Physicus die Geschäfte des erstern wahrnehmen.

Die Ernennung der Mitglieder gehet resp. von dem General-Commando und von der Regierung aus.

§. 5. Wenn es sich trifft, daß an einem Departements-Haupt-Ort nur ein Stabs-Officier garnisonirt, so kann die Stelle des zweiten Stabs-Officiers einem Officier geringern Grades übertragen werden, dessen Wahl und Ernennung ebenfalls von dem Königl. General-Commando ausgehet.

§. 6. Die solchergestalt organisirte Commission steht unter sich in einem collegialischen Verhältniß. Die Meinung keines Mitgliedes bei getheilten Stimmen ist vorgeltend, keine soll den Ausschlag geben. Kann man sich nicht vereinigen so wird die Sache mittelst Berichts dem Königl. General-Commando und dem Königl. Ober-Präsidium der Provinz zur gemeinschaftlichen Entscheidung vorgelegt.

§. 7. Es ist nicht erforderlich, daß die außerordentlichen Mitglieder der Commission jeder Prüfung beizuhören, sondern es ist, zur Vermeidung von Zeitverschwendung, hinreichend, daß davon nur diejenigen erscheinen, welche nach dem Verhältniß ihrer Wissenschaft oder Kunst zur Beurtheilung der vorliegenden Fälle nöthig sind. Sie werden jedesmal von dem Militair-Departements-Rath der Regierung im Namen der Commission zur Abhaltung der Prüfung eingeladen.

§. 8. Die Commission soll sich zur Wahrnehmung ihrer Geschäfte viertel. Geschäftszeit. jährlich an dem ein für allemal festzusetzenden Tage versammeln.

§. 9. Gegenstand der Arbeiten dieser Commission ist nach dem ad 1. fest. Geschäftsge- gesetzten Begriff zuerst gegenstand.

die geselligen Ansprüche der zum freiwilligen einjährigen Militair-Dienst sich meldenden Jünglinge zu prüfen, nach dem Resultate der Prüfung derselben den Anspruch auf Zulassung zum einjährigen Dienst zuzuerkennen oder abzuspochen.

§. 10. Anspruch zum Eintritt ins stehende Heer als Freiwillige auf ein. Anspruch zum jährige Dienstzeit haben nur solche junge Leute, die sich den Wissenschaften oder einjährigen Künsten und einer höhern Ausbildung widmen, und bereits einen solchen Grad von wissenschaftlicher oder künstlerischer Bildung erworben haben, der ihre Militair- Fähigkeit zu einer höhern Ausbildung bekundet und die Erreichung des Zwecks, Dienst. um dessenwillen ihnen der Staat diese Begünstigung angedeihen läßt, sichert. Die Anmeldung kann aber erst nach vollendetem 17. Jahre und muß vor erreichtem 20. Lebensjahre erfolgen.

Wer sich nicht vor dem 20. Jahre meldet, kann die Begünstigung des einjährigen Dienstes nicht weiter in Anspruch nehmen.

§. 11. Um diesen Anspruch zu untersuchen, soll die Prüfung sein

Untersuchung derselben.

a) personell,

b) wissenschaftlich.

§. 12. Zur personellen Prüfung gehört die Untersuchung der persönlichen 2. Personelle Verhältnisse der sich meldenden jungen Leute, nach Vorschrift der §§. 9. 12. und 14. der Instruction vom 19. Mai 1816 und nach den darin ad 12 a. b. c. d. Prüfung. vorgeschriebenen Attesten.

Die Commission ist verpflichtet, die Glaubhaftigkeit dieser Atteste, wenn

sie es nöthig findet, auf jedem Wege zu prüfen. Alle Behörden sind schuldig, ihr darin behülflich zu seyn.

Die körperliche Diensttauglichkeit muß gleichfalls geprüft werden, damit nicht Leute, welche außer Stande sind, die Anstrengungen des Militär-Dienstes zu ertragen, den Truppentheilen zugewiesen werden.

Ergiebt sich, daß der junge Mann zum Dienst tauglich ist, so stellt der Arzt darüber ein Attest aus. Findet sich, daß derselbe für jetzt zum Dienst nicht brauchbar ist, so bleibt die Final-Bestimmung über seine Annahme vorbehalten.

Erklärt der Arzt das betreffende Individuum für gänzlich unbrauchbar zum Militär-Dienst, so ist dasselbe der Departements-Ersatz-Commission zur definitiven Entscheidung über sein Militär-Verhältniß zu überweisen.

b. Wissens-
schaftl. Prü-
fung u. Aus-
nahmen da-
von.

§. 13. Steht die persönliche Prüfung zu Gunsten des zu prüfenden Individuums fest, so wird zur Prüfung im Wissen geschritten.

Die Qualification in wissenschaftlicher Beziehung kann entweder durch Atteste oder durch mündliche Prüfung nachgewiesen werden.

Den Nachweis durch Atteste können nur führen:

- a) Die auf einer königlichen oder fremden Universität mit Erlaubniß derselbiger Behörden studierenden Jünglinge, wenn sie mit dem Zeugniß der Reife Nr. I. und II. versehen sind, welche die Verfügung des Ministerli der Geistlichen vom 28. September 1818 näher bestimmt.
- b) Die Schüler auf königlichen Gymnasien aus den 3 ersten Klassen, wenn sie durch ein Zeugniß der Schuldirection beweisen, daß sie nach einer mit ihnen vorgenommenen Prüfung in allen Zweigen des Schul-Unterrichts einen solchen Grad wissenschaftlicher Vorbereitung bekundet haben, der erwarten läßt, daß sie mit Nutzen den Wissenschaften sich widmen werden.
- c) Die Candidaten des katholischen geistlichen Standes, welche von den bei den bischöflichen Seminarien zu etablirenden Prüfungs-Commissionen ein Attest ihrer Fähigkeit zur Aufnahme in das Priester-Seminarium erhalten haben.
- d) Die Schulamts-Candidaten, welche von den zu ihrer Prüfung bestehenden Commissionen ein Zeugniß ihrer Fähigkeit zum Elementar-Schulamt aufweisen können.

Die Commissionen müssen diese Atteste einer genauen Prüfung unterwerfen, es bleibt denselben überlassen, sich den Umständen nach von der Richtigkeit der Atteste durch eine mündliche Prüfung der Freiwilligen näher zu überzeugen.

Alle übrige junge Leute, die nicht zu den Kategorien a. bis d. gehören, müssen unbedingt mündlich von der Commission geprüft werden.

Es findet keine Dispensation von der persönlichen Bestellung vor der Commission statt.

§. 14. Der Zweck der Prüfung geht dahin, zu ermitteln, ob der junge Mann den §. 10. erwähnten bedingten Grad der wissenschaftlichen Bildung erlangt hat. Gegenstände der Prüfung.

Unter diesem bedingten Grade der Bildung wird eine solche wissenschaftliche Vorbereitung verstanden, welche das betreffende Individuum rücksichtlich aller Zweige des Schul-Unterrichts zum Eintritt in die erste Abtheilung der dritten Klasse eines Gymnasii fähig macht.

Die Commissionen können jedoch nach den Umständen in einzelnen besondern Fällen, z. B. bei Künstlern, Deconomen, Kaufleuten u., die eine wirkliche allgemeine höhere wissenschaftliche Ausbildung haben, von dem Nachweise der Kenntniß der lateinischen und griechischen Sprache dispensiren.

Unter Gymnasien werden nur solche höhere Schulen verstanden, von welchen die jungen Leute aus der ersten Klasse mit dem vorschristsmäßigen Zeugnisse der Reife nach der Universität abgehen.

Kunstgerechte oder mechanische Arbeiter haben im Allgemeinen keinen Anspruch auf den Eintritt als Freiwillige; diese Begünstigung wird indeß denjenigen einzelnen kunstgerechten oder mechanischen Arbeitern gestattet, welche zu ihren Fertigkeiten besonders zugezogen werden und sich durch ein örtliches Gewerbs-Verhältniß zu einer besondern Berücksichtigung eignen, und wo es zugleich ohne den größten Nachtheil für die zweckmäßige Erhaltung des Geschäfts-Betriebes der betreffenden Fabrik-Anstalt nicht möglich ist, die Stelle solcher Arbeiter durch andere zu ersetzen.

In Ansehung der gedachten Arbeiter bedarf es in den vorausgesetzten Fällen keines Nachweises der wissenschaftlichen Ausbildung. Diese Individuen werden nicht ihrer Persönlichkeit wegen, sondern lediglich zum Besten der Fabriken, in denen sie beschäftigt sind, und immer nur dann, wenn die örtlichen Gewerbs-Verhältnisse solches wirklich erfordern, begünstigt.

Die Departements-Prüfungs-Commissionen dürfen keinem kunstgerechten oder mechanischen Arbeiter die Begünstigung des einjährigen Dienstes zugestehen, bevor sie nicht das Gutachten der Kreis-Ersatz-Commission eingeholt haben.

§. 15. Wer in dieser Prüfung wohl bestanden, oder als kunstgerechter Arbeiter erhebliche Gründe zur Berücksichtigung seines Gesuchs zur ausnahmsweisen Zulassung als Freiwilliger nachgewiesen hat und zum Militär-Dienst körperlich brauchbar ist, erhält ein nach einem besondern Schema auszufertigendes Attest, dahin: Folgen der Prüfung.

daß er sowohl nach persönlichen Verhältnissen, als in wissenschaftlicher Bildung und vorzüglich in den zu nennenden Theilen des Wissens für

qualificirt befunden oder wegen der anzugebenden Ursachen die Zulässigkeit anerkannt worden ist, seine Militairpflicht in der Königl. Preussischen Armee mit einem einjährigen Dienst ablösen zu können.

§. 16. Dieses Attest wird von der ganzen Commission unterschrieben, besiegelt und dem Geprüften zum Gebrauch behänblgt.

Diesem Atteste muß eine beglaubte Abschrift des ärztlichen Zeugnisses über die Diensttauglichkeit des Freiwilligen beigelegt werden.

§. 17. Wer in der Prüfung nicht bestanden hat, wird sogleich mündlich beschieden, in beiden Fällen aber wird noch in terminis eine Verhandlung über die Statt gehabte Prüfung und deren Resultat aufgenommen und von der Commission unterschrieben.

§. 18. Die Militair-Mitglieder der Commission überreichen dem Landwehr-Brigade-Commandeur, so wie die Civil-Mitglieder der Königl. Regierung jährlich eine Nachweisung von den geprüften Individuen und berichten über den Fortgang ihrer Operationen. Die Regierungen werden die Landräthe, als Civil-Vorstände der Kreis-Ersatz-Commissionen, von den Verhandlungen, soweit solche die betreffenden Kreise berühren, in Kenntniß setzen.

§. 19. Die Commission führt ihr Geschäft unter dem Titel:

„Departements-Commission zur Prüfung der Freiwilligen zum einjährigen Militair-Dienst.“

§. 20. Die Anmeldungen zum einjährigen freiwilligen Dienste müssen in der Regel bei der Prüfungs-Commission derjenigen Regierungs-Departements erfolgen, in welchem die betreffenden Individuen ihren gesetzlichen Wohnort haben. Letztere können nur in einzelnen besonderen Fällen ausnahmsweise auf ihr specielles Ansuchen mittelst ordentlicher Correspondenz an eine andere bestimmte Prüfungs-Commission verwiesen werden.

Junge Leute, die zwar ihren gesetzlichen Wohnort nicht in den Rhein-Provinzen und Westphalen haben, jedoch zu andern Regierungs-Departements des Preussischen Staats gehören und sich in jenen Provinzen auf längere Zeit, z. B. auf den Gymnasien, auf der Universität, oder in einer Fabrik oder Handlung, aufhalten, können sich ebenfalls, jedoch nur bei der Prüfungs-Commission des Departements, in welchem ihr Aufenthaltsort liegt, zur Prüfung melden.

Wer das §. 15. und 16. erwähnte Attest erhalten hat, kann den Antritt seines Militair-Dienstes, wenn seine Verhältnisse ihm dieses wünschenswerth machen, bis zum vollendeten 25. Jahre aufschieben und bei jedem Truppentheile eintreten. Den Truppentheilen bleibt jedoch die Befugniß vorbehalten, in den Fällen, wo sie einen Freiwilligen, des von dem Arzte der Prüfungs-Commission ausgestellten Attestes ungeachtet, nicht für diensttauglich halten, die Einstellung abzulehnen. Die Truppentheile haben in solchen Fällen das nemliche

Geschäfts-
form.

Verfahren zu beobachten, welches im Allgemeinen wegen der Ausmusterung der Ersatzmannschaften vorgeschrieben worden ist, damit von den Departements-Ersatz-Commissionen über das Militair-Verhältniß der Freiwilligen definitiv entschieden werden kann.

Wer ohne einen speciellen und zureichenden Entschuldigungs-Grund nicht vor zurückgelegtem 25. Jahre den Militair-Dienst antritt, wird der Begünstigung des einjährigen Dienstes verlustig und muß sofort zum dreijährigen Dienste bei den Japnen eingestellt werden.

§. 21. Die in dem vorstehenden §. bemerkten Anmeldungen müssen durch die Eltern oder Vormünder, oder durch die betreffenden jungen Leute schriftlich erfolgen. Die §. 12, der Instruction zur Prüfung der Freiwilligen vom 19. Mai 1816 vorgeschriebenen Atteste oder zugleich auch die §. 13. erwähnten Zeugnisse sind den deßfalligen Eingaben beizufügen. Die Vizepräsidenten werden darauf nach den Umständen von der Prüfungs-Commission beschieden werden.

§. 22. Der Militair-Departements-Rath der Regierung eröffnet die eingehenden Correspondenzen und macht davon dem ersten Mitgliede militairischer Seite oder dessen Stellvertreter im Orte selbst br. manu Mittheilung.

Kommt es nicht auf einen Beschluß aller Mitglieder an, so besorgt der Militair-Departements-Rath der Regierung, wenn er mit dem Militair-Repräsentanten einig ist, das Nöthige, und in der nächsten Sitzung wird von dem, was geschehen, allen Mitgliedern Nachricht gegeben.

Die abgehende Correspondenz wird von einem Militair- und Civil-Commissarius unterschrieben.

§. 23. Zur Besorgung der Tabellariſchen-, Expeditions-, Kanzlei- und Registratur-Angelegenheiten und zu dem damit verbundenen Schreibwerk, soll der Commission ein geübter Beamte aus dem subalternen Personal der Regierung beigegeben werden.

§. 24. Die Sitzungen der Commission werden in dem Geschäfts-locale der Regierung abgehalten, die auch die Bureau-Bedürfnisse zu dem Geschäfte verabsolgen läßt.

§. 25. Die Mitglieder der Commissionen haben für ihre Geschäfts-Verrichtungen auf keine Diäten Anspruch.

§. 26. Alle Ausfertigungen etc. erfolgen kostenfrei, so daß unter keinem Vorwande für eine auf die Prüfung und Annahme der Freiwilligen Bezug habende Verhandlung unter irgend einem Vorwande Kosten oder Gebühren gefordert oder angenommen werden dürfen.

Berlin, den 21. Januar 1822.

Der Minister des Innern,
(gez.) von Schuckmann.

Der Krieges-Minister,
(gez.) von Hake.

B. Folgende nachträgliche Bestimmungen sind hiernächst noch von dem Königl. Ministerio des Innern im Einverständniß mit dem Königl. Krieges-Ministerio unter dem 25. December v. J. erlassen worden und zwar:

ad §. 8. der Instruction:

Den Commissionen ist gestattet, in den Fällen, wo sich zu dem einen oder andern der anzusehenden vierteljährlichen Prüfungs-Termine nur wenige Individuen melden, solche auf den nächsten Termin zu verweisen und so mitunter einen Termin auszuweichen.

ad §. 12. der Instruction:

Diejenigen Freiwilligen, welche ein Attest ihres Hausarztes, oder des Kreis-Physicus, über ihre Tüchtigkeit zum Militair-Dienst beibringen, sind von der durch diesen §. bestimmten ärztlichen Untersuchung bei der Prüfungs-Commission ausgenommen.

Wegen derjenigen Freiwilligen, welche von den Prüfungs-Commissionen als unbrauchbar zum Dienst den Departements-Ersatz-Commissionen zur definitiven Entscheidung über ihr Militair-Verhältniß überwiesen worden sind, und inzwischen das 20ste Jahr erreicht haben, soll von den Departements-Ersatz-Commissionen bei ihrem nächsten Zusammentritt sogleich nach Maassgabe der obwaltenden Verhältnisse entschieden, Hinsichts derer aber, die das 20ste Jahr noch nicht erreicht haben, der nähern Beurtheilung der Departements-Ersatz-Commissionen nach Lage der vorhandenen Umstände überlassen werden: ob sie über dergleichen Individuen definitiv entscheiden, oder die definitive Entscheidung bis dahin, daß die Individuen das gesetzliche Alter erreichen, noch aussetzen wollen. Eben so soll es von der nähern Beurtheilung des Landwehr-Brigade-Commandeurs und Regierungs-Departements-Nachß, als permanenten Mitgliedern der Departements-Ersatz-Commission, abhängig bleiben, ob sie in einzelnen Fällen ausnahmsweise schon vor dem jährlichen Zusammentritt der Commission entscheiden, oder die Entscheidung, wie es in der Regel geschehen muß, bis zu diesem Zeitpuncte aussetzen wollen.

ad §. 15. der Instruction:

In denjenigen Fällen, wo die körperliche Diensttauglichkeit und wissenschaftliche Bildung der Freiwilligen durch Atteste unbezweifelt dargethan ist, soll es in Beziehung auf die Schlußbestimmung dieses §. der Vereinigung der Königl. Ober-Präsidenten mit den Königl. General-Commandos überlassen bleiben, dergleichen Freiwillige von der persönlichen Bestellung vor der Prüfungs-Commission zu dispensiren. Diese Dispensation findet daher, was die persönliche Bestellung Behufs der wissenschaftlichen Qualification betrifft, nur auf diejenigen Freiwilligen Anwendung, die nach vorerwähntem §. a. b. c. und d. ihre wissenschaftliche Ausbildung durch Atteste nachweisen dürfen, wohingegen es Hinsichts der übrigen Freiwilligen, die unbedingt mündlich zu

prüfen sind, bei der persönlichen Bestellung vor der Prüfungs-Commission verbleibt.

ad §. 20. der Instruction:

Bei der Schlussbestimmung dieses §., wornach diejenigen Freiwilligen, welche vor zurückgelegtem 25ten Jahre den einjährigen Militärdienst noch nicht angetreten haben, dieser Begünstigung verlustig gehen, behält es zwar sein Bewenden, es kann jedoch in dem Falle eine Ausnahme Statt finden, wo ein zu reichender Entschuldigungsgrund wegen des unterbliebenen frühern Dienst-Antritts angeführt wird. Als solcher soll aber nur die nachgewiesene Unmöglichkeit, diesen letzten Termin einhalten zu können, z. B. eine, dem Dienstpflichtigen gerade zu dieser Zeit zugestoßene Krankheit, die ihn verhindert, das Zimmer zu verlassen, oder eine Verhaftung zc. angenommen und nur in einem solchen glaubhaft nachgewiesenen Unmöglichkeitsfalle der spätere Eintritt ausnahmsweise zugestanden werden. In solchen Fällen soll aber die Entscheidung nicht den Provinzial-Behöörden überlassen werden, sondern es müssen letztere darüber an die Ministerien des Innern und des Krieges berichten, welche sich über jeden einzelnen Fall dieser Art nach den Statt findenden Umständen einigen werden.

Die zu errichtenden Prüfungs-Commissionen haben die Befugniß, in einzelnen, durch die zu große Entfernung der Wohnorte der sich zum Eintritt als einjährige Freiwillige meldenden Individuen von den Sigen der Commissionen begründeten Fällen, wo die persönliche Bestellung der Freiwilligen instructionsmäßig nothwendig ist, die persönliche Prüfung solcher jungen Leute den Kreis-Ersag-Commissionen, jedoch unter Vorbehalt der demnächstigen Entscheidung der Departements-Prüfungs-Commissionen, zu übertragen.

In sofern die Kreis-Ersag-Commissionen nicht gerade zusammengetreten sind, können die permanenten Mitglieder derselben, mithin der landweh'r-Bataillons-Commandeur des betreffenden Bezirks und der Kreis-Landrath, in den vorgedachten einzelnen Fällen dieserhalb von der Departements-Prüfungs-Commission requirirt und resp. beauftragt, und es kann ihnen auch die Heranziehung eines qualificirten Schulmanns, Behufs der schulwissenschaftlichen Prüfungen, ohne daß jedoch daraus für die Staats-Casse besondere Kosten entstehen dürfen, gestattet werden.

Die erforderliche ärztliche Prüfung wird alsdann Seitens des landweh'r-Bataillons-Commandeurs, wenn die Kreis-Ersag-Commission auch nicht gerade zusammengetreten ist, durch den ihm untergebenen Bataillons-Arzt veranlaßt und demzufolge das Erforderliche von dem königlichen Krieges-Ministerio specieell angeordnet werden.

Zugleich machen wir hierbei noch mit bekannt, daß

- 1) zu ordentlichen Mitgliedern der Prüfungs-Commission im hiesigen Regierungs-Bezirk,

a) Seitens des Militärs:

der Herr Obrist-Lieutenant und Commandeur des 2ten Bataillons
51sten Infanterie-Regiments, von Kesteloort, und

der Herr Major und Commandeur des Füßiller-Bataillons 32sten
Infanterie-Regiments, von Rasmmer;

b) Seitens des Civils aber:

der Herr Regierungs- und Militair-Departements-Rath Schulz,
und der Herr Regierungs- und Schul-Rath Weiß,
ernannt worden sind;

- 2) die Prüfungen in den Monaten März, Juni, September und December,
und zwar an dem ersten Montage eines jeden dieser Monate, und
wenn auf solchen ein Festtag fallen sollte, an dem nächsten, oder nach
dem Kalender am zweiten Montage der genannten Monate Statt
finden werden;

- 3) alle diejenigen jungen Leute, welche auf die Begünstigung des einjährigen
Dienstes Anspruch zu haben glauben, sich unfehlbar wenigstens 4 Wo-
chen vor dem nächsten Prüfungs-Termine und daher resp. vor dem
1. Februar, dem 1. Mai, dem 1. August und dem 1. November, an
die Commission zu wenden und ihren schriftlichen Gesuchen, in Gemäß-
heit obiger Instruction, noch mit beizufügen haben:

a) ihren Geburtschein;

b) den Erlaubnißschein ihrer Eltern oder Vormünder;

c) das Zeugniß des Gymnasiums, oder der Lehrer, über den wissenschaft-
lichen Unterricht, im Sinne des §. 10., und zugleich Bescheinigun-
gen über den dabei bewiesenen Fleiß und sittliche Führung;

d) ihre Erklärung darüber, in welcher Art sie ihre eigene Equipirung zu
beschaffen gedenken;

e) ein Attest ihres Haus-Arztes, oder des Kreis-Physicus, über ihre
Tüchtigkeit zum Militair-Dienst;

f) die künftgerechten Arbeiter aber noch überdies ein Zeugniß der Kreis-
Ersatz-Commission über die einen Anspruch auf die Begünstigung des
einjährigen Dienstes begründende Wichtigkeit ihrer Profession, und

- 4) alle beifällige Anträge, Gesuche und sonstige, auf diesen Gegenstand Be-
zug habende Correspondenzen, nach Anleitung des §. 22. der Instruction

und zwar portofrei an den Herrn Regierungs-Rath Schulz zu adressiren sind.

Merseburg, am 17. April 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g.

Zur Beförderung der Wittwen- und Waisen-Cassen für Schullehrer giebt der Seminar-Director, D. Harnisch in Weissenfels, im Verlage des Buchhändlers Anton zu Halle, eine Zeitschrift für Volksschullehrer heraus, wovon jährlich ein Band in zwei Hefen erscheint. Da sich die Theilnahme an diesem Unternehmen dadurch ausgesprochen, daß gleich nach dem Erscheinen des ersten Bandes die Auflage von 1500 Exemplaren vergriffen gewesen ist, und der Absatz derselben, da von jedem einzelnen Exemplare 15 Sgr. für eine Wittwen-Casse bestimmt sind, nahe an 600 Thlr. eingebracht hat, der zweite Jahrgang aber eine gleiche Summe für gedachten Zweck abzuwerfen verspricht: so finde ich mich, zur Beförderung dieses rühmlichen und gemeinnützigen Unternehmens, veranlaßt, auf die gedachte Zeitschrift des D. Harnisch und ihren Zweck, die Herren Geistlichen und Schullehrer der Provinz Sachsen besonders aufmerksam zu machen, und deren Mitwirkung zur Verbreitung derselben in Anspruch zu nehmen.

Magdeburg, den 30. März 1826.

Der Geheime Staats-Minister
v. Klewig.

Verordnung der Königl. Regierung.

Durch die Verfügung vom 30. September 1821 im 38. Stück des hiesigen Nr. 74. Amtsblatts d. a. 1821 Seite 360. ist bereits angeordnet, daß diejenigen Personen, welche Agentchaften für ausländische Brandversicherungs-Anstalten übernehmen, sich bei der Polizei-Behörde ihres Wohnorts und auf dem Lande beim Landrathe des Kreises melden und Genehmigung nachsuchen, sich auch zugleich verpflichten sollen, von jeder bei ihnen angemeldeten Versicherung der Polizeibehörde Nachricht zu geben, damit diese nach Befinden der Umstände das Erforderliche veranlassen könne. Diese Verfügung wird hiermit, im Verfolge einer Anordnung des Königl. Ministerii des Innern, auch auf die Agentchaften für inländische Privat-Brandversicherungs-Anstalten dergestalt ausgedehnt, daß Jeder, welcher von einer Brand-Assicuranz des In- oder Auslandes, oder von de-

Feuer-Ver-
sicherungen in
Privat-Assi-
curanz-An-
stalten betru-

ren Bevollmächtigten, künſtig den Auftrag, Verſicherungen für dieſelbe zu verhandeln, übernimmt, ſolches der Polizei-Behörde, unter welcher er ſeinen geſetzlichen Wohnſitz hat, ſofort und innerhalb acht Tagen von Zeit des erhaltenen Auftrages anzeige, auch die übernommene Geſchäftsführung vermittelt des öffentlichen Anzeigers zum Regierungs-Amtsblatte zur öffentlichen Kenntniß bringe. Eben ſo haben auch diejenigen, welche bereits gegenwärtig Geſchäfte dieſer Art führen, eine gleiche Anzeige bei der Orts-Polizei-Behörde und im öffentlichen Anzeiger, ſoweit es nicht bereits geſchehen iſt, binnen 14 Tagen zu bewerkſtelligen; ſämmtliche Agenten aber werden hiermit zugleich verbindlich gemacht, von jeder, nach Publication dieſer Verordnung bei ihnen angemeldeten Verſicherung der Polizei-Behörde des Verſicherungſuchenden, worunter auf dem Lande der Landrath verſtanden wird, detaillirte, d. i. die einzelnen verſicherten Gegenſtände und die Verſicherungssummen enthaltende, Nachricht zu geben. Unterlaſſungen dieſer Vorſchriften werden hiedurch für jeden einzelnen Contraventions-Fall mit 20 Thlr. Strafe verpönt und ſämmtliche Polizei-Behörden zugleich angewieſen, nicht nur dergleichen Agentſchaften bloß völlig ſichern und rechtlichen Männern zu geſtatten, ſondern auch, ſobald ſie begründete Veranlaſſung zum Verdacht haben, daß eine Aſſecuranz geſetzwidrig über den gemeinen Werth beabſichtigt werde, das Erforderliche, um dieſer Geſetzwidrigkeit zu ſteuern, ſogleich zu veranlaſſen.

Merſeburg, den 11. April 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Die Wittve des Amtmanns Schmidt iſt aus der Pacht der Domaine Schlabeback ganz ausgeſchieden und leztere, mit Zuſtimmung des Königlichen Finanz-Miniſterii, dem bisherigen Mitpächter, Lieutenant Schmidt, allein überlaſſen worden.

Merſeburg, am 11. April 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung der Finanzen.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

17. Stück.

Merseburg, den 29. April 1826.

Allgemeine Gesefsammlung.

Das 4te Stück der allgemeinen Gesefsammlung enthält unter

- Nr. 993. Tarif zur Erhebung des Fährgeldes für die Fähranstalt zu Kle-
liegebrücke im Frankfurter Regierungsbezirk. Vom 21. März
1826.
- Nr. 994. Brückgeld-Tarif für Kufrore. Vom 29. März 1826.
- Nr. 995. Declaration der Verordnung vom 8. Januar 1816, über die ehe-
liche Gütergemeinschaft, in Bezug auf deren Anwendbarkeit in der
Grafschaft Werben und dem ehemaligen Stifte Elten. Vom
31. März 1826.
- Nr. 996. Publicandum, betreffend das Verbot des Nachdrucks und resp.
Handels mit auswärts veranstalteten Nachdrucken der von Gö-
tischen Werke. Vom 7. April 1826.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Es hat sich ergeben, daß einzelne Polizei-Behörden in unserm Regierungs-
Bezirk gegen, aus dem Zuchthause zu Lichtenburg entlassene Züchtlinge, oder
aus der Corrections-Anstalt zu Zeitz entlassene Corrigenden, wenn ihnen solche
überwiesen werden, nicht das gehörige Verfahren beobachten, daher wir denn
uns hierdurch veranlaßt finden, folgende allgemeine Bestimmungen zur Defol-
gung zu erlassen.

Nr. 75.
Bestimmun-
gen über das
Verfahren bei
Entlassung
der Züchtlin-
ge oder Cor-
rigenden etc.

Die Direction der Strafanstalt zu Lichtenburg und die Inspection der Corrections-Anstalt zu Zeitz sind von uns angewiesen, zeitig vor Entlassung von Individuen die Polizei-Behörden derjenigen Communen, welche solche aufzunehmen haben, davon zu benachrichtigen.

Hat die Polizei-Behörde einen gegründeten Widerspruch gegen die Aufnahme, so ist unter Anzeige der Gründe sofort an uns zu berichten, indem nach Ablauf der Strafzeit die Entlassung des Züchtlings, oder Corrigenden, in der Regel nicht aufgehalten werden kann.

Trifft ein solches Individuum zur bestimmten Zeit nicht ein, so hat die betreffende Polizei-Behörde resp. die Direction der Strafanstalt zu Lichtenburg, oder die Inspection der Corrections-Anstalt zu Zeitz, davon in Kenntniß zu setzen, damit diese Behörden nähere Nachforschungen anstellen und dafür sorgen können, daß das betreffende Individuum an den Bestimmungsort gebracht werde.

Sofort als die Polizei-Behörde Nachricht von dem Eintreffen eines Züchtlings, oder Corrigenden, erhält, muß dieselbe dafür sorgen, daß das betreffende Individuum beim Eintreffen Gelegenheit erhält, sich seinen Unterhalt verschaffen zu können. Ist der entlassene Züchtling, oder Corrigend, ein Handwerker, so ist dahin zu wirken, daß er sein Handwerk fortsetzen könne. Ist dieß nicht der Fall, oder wird es bei einem Handwerker nicht möglich, daß ihm Gelegenheit zur Fortsetzung des Handwerks verschafft werden kann, so muß die Polizei-Behörde suchen, ein solches Individuum bei Privat-Personen in den Dienst zu bringen, oder sich bemühen, ihm seinen Unterhalt durch Arbeiten in landwirthschaftlichen, Manufacturen, Fabriken, bei Wegeverbesserungen und andern gemeinnützlichen Arbeiten, oder sonst als Tagelöhner gegen Tagelohn zu verschaffen.

Kann alles dieß nicht gleich erfolgen, so hat die Polizei-Behörde an uns zu berichten, zugleich aber genau nachzuweisen, welche Maaßregeln sie zu Befolgung unserer vorstehenden Anordnungen getroffen hat. Auch liegt ihr ob, bis unsere Entlassung erfolgt, dafür zu sorgen, daß das betreffende Individuum nicht durch Mangel an Obdach und an den nöthwendigsten Lebensbedürfnissen zu neuen Vergehungen verleitet werde.

Außerdem ist ein solcher entlassener Züchtling, oder Corrigend, unter polizeiliche Aufsicht zu stellen, damit die öffentliche und Privat-Sicherheit durch ihn nicht gefährdet und jeder deshalb besorglichen Gefahr vorgebeugt werde.

Während der Dauer der polizeilichen Aufsicht darf sich ein solches Individuum, ohne Vorwissen und Genehmigung der Polizei-Behörde, von seinem Aufenthaltsorte nicht entfernen, und nach einem andern Orte ziehen oder reisen;

diese Erlaubniß wird nur aus dringenden Ursachen, oder wenn an dem andern Orte eine bestimmte Erwerbsgelegenheit nachgewiesen werden kann, ertheilt, in welchen Fällen aber auch die Polizei-Behörde des betreffenden Orts von der Ankunft und den Verhältnissen eines solchen Individui genau zu unterrichten ist, damit von letzterer die Aufsicht über dasselbe fortgesetzt werden könne.

Die polizeiliche Aufsicht über ein solches Individuum kann vorläufig auf ein Jahr beschränkt werden, jedoch ist diese Aufsicht auch drüber hinaus und so lange, als es nöthig wird, fortzusetzen, sobald das Individuum durch neue Veranlassungen sich des Zutrauens unwerth macht, oder andere polizeiliche Gründe hinzutreten.

Zeigt sich ein solches Individuum als arbeitsscheu und giebt davon hinlängliche Beweise, so ist an uns einzuberichten, und wird die Aufnahme in die Corrections-Anstalt, nach den Umständen, von uns alsdann angeordnet werden.

Wir erwarten, daß die Polizei-Behörden in unserm Regierungs-Bezirk sich obige Bestimmungen zur Richtschnur dienen lassen und solche genau befolgen werden, veranlassen aber die Herren Landräthe zugleich, hierauf sorgfältig zu wachen, und nicht allein Ordnungsstrafen gegen die Polizei-Behörden, welche dagegen gehandelt haben, zu verfügen, sondern auch durch eine besondere Anzeige dergleichen Verstöße zu unserer Kenntniß zu bringen. Auch werden wir bei den polizeilichen Revisions-Reisen des Departements-Raths unsers Collegii kontrolliren lassen, ob diese Vorschriften durch die Polizei-Behörden überall befolgt werden.

Merseburg, den 20. April 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem Publicum wird, mit Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 21. v. M., Nr. 13. des Amtsblattes, 1826, zur Nachricht und den Polizei-Behörden zur Nachachtung hierdurch bekannt gemacht, daß des Königs Majestät die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 26. Februar d. J. unterm 20. v. M. mittelst anderweiter Cabinets-Ordre dahin zu modificiren geruht haben:

„daß an den Orten, wo es bisher üblich und hergebracht gewesen, an den ersten Feiertagen des Weihnachts-, Oster- und Pfingst-Festes, Schauspiel-Vorstellungen, Bälle und ähnliche Lustbarkeiten nicht Statt finden zu lassen, es ferner bei dieser Ordnung und Gewohnheit bleiben, und die in der Ordre vom 26. Februar für den Charfreitag und den allgemainen Buß- und Bettag enthaltene Bestimmung dahin ausgedehnt wer-

Nr. 76.

Verbot des
öffentl. Lustbar-
keiten an den
ersten Feiert-
agen des
Weihnachts-,
Oster- und
Pfingstfestes
m. s. w. betr.

den soll, daß auch an dem Tage des Festes zum Andenken an die Verstorbenen keine der erwähnten oder ähnliche Lustbarkeiten Statt finden dürfen.“

Merseburg, den 22. April 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Personal-Chronik.

Der bisherige Prediger zu Wolferoda und Bischoffroda, Ephorie Mannsfeld, Martin Karl Klemis, ist als Prediger nach Groß- und Klein-Braunsroda, im Herzogthume Braunschweig, versetzt.

Merseburg, den 20. April 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen-
und Schulwesen.

Dem Domorganisten Wilhelm Schneider hieselbst ist das Prädicat als Musik-Director Höhern Orts ertheilt worden.

Merseburg, den 24. April 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen-
und Schulwesen.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

19. Stück.

Merseburg, den 13. Mai 1826.

B e k a n n t m a c h u n g.

Es ist zur Anzeige gekommen, daß die Vorschriften der Censur-Verordnung vom 18. October 1819 und der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 28. December 1824, wegen Abgabe der Freieremplare von den censirten Schriften an die Herren Censoren und Verichtigung der Censurgebühren, von den Verlegern und Buchdruckern noch immer nicht prompt und regelmäßig befolgt werden.

Die Herren Landräthe werden daher hierdurch aufgefordert, die Verleger und Buchdrucker in ihren Kreisen auf die genaue Befolgung jener Vorschriften aufmerksam zu machen und sie dahin anzuweisen, daß sie nicht nur die noch nicht abgegebenen Freieremplare unverzüglich an die betreffenden Herren Censoren abliefern und die noch unberichtigten Censurgebühren abführen, sondern auch in Zukunft ihren desfallsigen Verpflichtungen pünctlicher, als bisher geschehen ist, nachkommen.

Magdeburg, den 22. April 1826.

Der Geheime Staats-Minister
v. Kewitz.

B e k a n n t m a c h u n g.

Nachstehende ehemals Sächsische, jetzt Preussische verloszbare, im Leipziger Neujahrsmarkt 1764 ausgestellte, auf jeden Inhaber lautende, und den Erben des verstorbenen Einwohners George Merbig zu Gombitz bei Dresden, angehörige Steuer-Credit-Cassen-Scheine:

Litt. B. Nr. 2770. über Fünfhundert Thaler, und

Litt. C. Nr. 3420: über Zweihundert Thaler Capital in Conventions-Gelde, sollen im Jahre 1813, und zwar jeder mit dem Talon pro Michael 1812 und mit den Coupons pro Ostern und Michael 1814, von feindlichem Militair geraubt worden sein, und nunmehr auf Antrag der Inhaber, Behufs der Amortisation, öffentlich ausgetobten werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche aus irgend einem rechtlichen Grunde auf vorbeschriebene Steuer-Credit-Cassen-Scheine, so wie auf die dazu gehörigen und mit verloren gegangenen Talons und Coupons Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich mit diesem Anspruche in dem Zeitraume von jezt bis mit Ostern 1829 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, den 27. April 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

Verordnung der Königl. Regierung.

Nr. 78.

Die Heranziehung der Handwerks-
gesellen und
Handwerks-
burschen zum
Militair-
Dienst betr.

Zur Bestätigung der, über die im §. 10. der Instruction vom 13. April v. J. enthaltenen Bestimmungen wegen Heranziehung der Handwerksgefelln und Handwerksburschen zum Militair-Dienst, entstandenen Zweifel, haben die Königl. Höhn Ministerien des Innern und des Krieges sich über folgende nachträgliche Festsetzungen in Bezug auf den vorgedachten §. vereinigt. Als Regel wird festgestellt, daß die Handwerksgefelln, Lehrlinge u. s. w., welche nach Anfertigung der Aushebungs-Listen ihren Wohnsitz verändert haben, da zur Erfüllung ihrer Militair-Dienstpflicht herangezogen werden, wo sie sich zur Musterungszeit befinden und sonach in die Aushebungs-Listen ihres neuen Wohnorts nachträglich aufgenommen werden. Was dagegen die auf Wanderung sich befindenden Handwerksburschen betrifft, so bleiben diese, der bessern Controle wegen, während der Zeit ihrer gehörig begründeten Wanderung an den Orten militairpflichtig, wo ihre Eltern und Vormünder wohnen und wo sie demnach in die Stammrollen eingetragen sind. Sie werden mithin auch dort zur Erfüllung ihrer Dienstpflicht herangezogen.

Jeder Handwerksbursche wird hierbei als auf der Wanderung sich befindend angesehen, welcher mit einem, ihm von der competenten Behörde er-

ertheilten Wanderpässe seine Heimath oder den Ort, wo er sein Gewerbe erlernte, verlassen hat, und es macht alsdann während der Dauer dieses ihm ertheilten Wanderpasses keinen Unterschied, ob derselbe von einem Orte zum andern reiset, oder irgendwo auf einige Zeit in Arbeit getreten ist.

Ein solches Individuum ist demnach während des ihm durch den Wanderpaß bewilligten Wanderzeit von keiner Ersatz- Behörde zum Militair- Dienst anzustellen, jedoch nach dem Ablauf der Wanderzeit von der Ersatz- Commission desjenigen Kreises, wo es sein eigentliches Domicil hat, nach Maßgabe seiner allgemeinen Verpflichtung zum Militair- Dienst in Anspruch zu nehmen, und falls es hierunter seiner Verpflichtung nicht genügt, als ein entwichener Militairpflichtiger zu behandeln. Behufs der Controle dieser Leute, wegen Erfüllung ihrer Dienstpflicht, wird zugleich hierdurch die allgemeine Verfügung getroffen, daß diejenigen Wanderpässe, welche für Handwerker bestimmt sind, die ihre Militair- Pflicht im stehenden Heere noch nicht erfüllt haben, sobald die Wanderzeit in eine Periode fällt, wo die Handwerker das 20ste Jahr ihres Alters schon erreicht, oder das 25ste Jahr noch nicht zurückgelegt haben, von den Polizei- Behörden nur mit Genehmigung der permanenten Mitglieder der Kreis- Ersatz- Commissionen ausgefertigt und nur dann als gültig angesehen werden dürfen, wenn sie mit dem Visa der letztern versehen sind.

In Folge dessen sind diejenigen Handwerker des militairpflichtigen Alters vom schon erreichten 20sten Jahre an bis noch nicht zurückgelegten 25ten Jahre, deren Wanderpässe etwa nicht jenes Visa haben, oder die sich nach Ablauf der ihnen bewilligten Wanderzeit noch auf der Wanderschaft betreffen lassen, nicht als wandernde Handwerker anzusehen, die einstweilig von der Einstellung befreit wären, sondern sie sind in solchen Fällen an den Orten, wo sie angetroffen werden, zum Dienste heranzuziehen.

Zu bemerken ist jedoch, daß Wanderpässe für solche Leute, die das 20ste Jahr noch nicht erreicht haben, sobald deren Wanderzeit nicht über die gewöhnliche Musterungs- Periode der Ersatzpflichtigen desjenigen Jahres hinausgeht, in welchem sie ihr 20stes Jahr erfüllen und gesetzlich zum ersten Male zur Ersatzaushebung concurriren, auch nicht das vorgebachte Visa bedürfen, sondern ohne Zustimmung der Commissionen ertheilt werden können. Sobald dergleichen Leute aber 20 Jahr alt geworden sind, oder die Zeit der ihnen bewilligten Wanderschaft überschreiten, kommen die obigen Bestimmungen für die sich zwischen dem 20ten und 25ten Jahre befindenden wandernden Handwerker, deren Pässe kein Visa haben, ebenfalls für sie zur Anwendung.

Indem wir nun vorstehende Anordnungen hierdurch zur allgemeinen Kenntniß bringen, weisen wir die Ortsbehörden zugleich hiermit an:

- 1) nicht nur alle sich auch nur temporair an einem Orte aufhaltenden Handwerksgefelln, Lehrlinge u. s. w. in der Commune ihres Aufenthaltsorts in die Aushebungs- Listen mit aufzunehmen, sondern auch

- 2) alle dergleichen Individuen, welche in der Zwischenzeit, zwischen der Aufnahme jener Listen und der Musterung, noch ihren Aufenthalt in der Commune nehmen, in deren Aushebungs-Listen nachzutragen; imgleichen
- 3) in den Fällen, wo, nach den obigen Anordnungen, bei der Ertheilung eines Wanderpasses, dessen Visirung Seitens der Kreis-Ersatz-Commission erforderlich ist, solchen hierzu an den Kreis-Landrath gehörig einzureichen.

Die Herren Landräthe unseres Verwaltungs-Bezirks werden übrigens, rücksichtlich ihrer Concurrenz bei Ausführung vorstehender Bestimmungen, auf die darüber bereits unter dem 5. Februar d. J. an sie besonders ergangene Verfügung verwiesen.

Merseburg, den 21. April 1826.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

E r g e b n i s s

der Haupt-Civil-Bevölkerungs-Tabelle vom Regierungs-Bezirk
Merseburg pro 1825.

Geboren sind 11791 männlichen und 10992 weiblichen Geschlechts	überhaupt 22783
Gestorben sind 7519 männlichen und 6662 weiblichen Geschlechts	überhaupt 13981

Mith. mehr geb. sind 4472 männlichen und 4330 weiblichen Geschlechts	überhaupt 8802
--	----------------

Im Jahre 1824 sind 21753 geboren und 13387 gestorben,
mithin Ueberschuß 8366

folglich ist die Bevölkerung in den beiden letzten Jahren vermehrt um 17068

Todtgeboren sind: in den Städten, einschließlich 52 unehelichen, 528; auf dem Lande, einschließlich 66 unehelichen, 637; überhaupt 985.

Diese Zahl verhält sich zu der Anzahl der Gebornen:

in den Städten = 328 : 7866 = 1 : 25

auf dem Lande = 637 : 14917 = 1 : 25

Uneheliche Kinder sind geboren: in den Städten 895, auf dem Lande 1511, überhaupt 2406; unter 22783 also Eins unter 10; in den Städten Eins unter 9. Im Stadtkreise Halle sind unter 900 — 156 uneheliche oder unter 7 ehelichen Kindern Ein uneheliches. Im Seekreise Mansfeld kamen die wenigsten vor, unter 1259 waren nur 93 oder unter 16 nur Eins.

Zwillings-Geburten hatten statt:

im Stadtkreise Halle	11
„ Kreise Naumburg	6
„ Saalkreise	17
„ Gebirgskreise Mansfeld	7
„ Seekreise Mansfeld	6
„ Kreise Wittenberg	31
„ „ Bitterfeld	6
„ „ Delitzsch	2
„ „ Torgau	17
„ „ Merseburg	8
„ „ Schweinitz	16
„ „ Liebenwerda	18
„ „ Zeitz	6
„ „ Weissenfels	18
„ „ Eckartsberga	20
„ „ Quersfurth	14
„ „ Sangerhausen	21

überhaupt . 224

Dreiflings-Geburten }
 Mißgeburten } keine.

Getrauet sind: in den Städten 1578, auf dem Lande 3472, überhaupt 5050 Paare.

Unter den Getraueten befinden sich 49 Männer über 60 Jahren, wovon 5 mit Frauen unter 30 Jahren, 15 mit Frauen über 30 und unter 45 Jahren und 29 mit Frauen über 45 Jahren, getrauet sind.

Verstorben sind:

a) dem Alter nach:

vor vollendetem 1. Jahre	3828
nach dem 1. und vor vollendetem 14. Jahre	2655
„ „ 14. „ „ „ 30. „	775
„ „ 30. „ „ „ 45. „	981

nach dem 45. und vor vollendetem 60. Jahre . .	1461
„ „ 60. „ „ „ 80. „ . .	2800
„ „ 80. „ „ „ 90. „ . .	462
über 90 Jahre	34

b) den Krankheiten und andern Todesarten nach:

- 1) an Altersschwäche und Entkräftung 1896, die meisten in dem Deltzfelder, Mansfelder See- und Weißenfelder Kreise;
- 2) durch Selbstmord 55 männliche und 17 weibliche, in dem Merseburger und Weißenfelder Kreise kamen die meisten vor;
- 3) durch allerlei Unglücksfälle 217, in den Städten 66, auf dem Lande 151;
- 4) bei der Geburt und im Kindbette 216, in den Städten 67, auf dem Lande 149, in den Kreisen Bitterfeld und Weißenfels die meisten;
- 5) durch die Pocken 5, im Saalkreise 1, im Torgauer Kreise 1, und im Quersfurter Kreise 3;
- 6) durch die Wasserscheu, niemand;
- 7) durch innere hitzige Krankheiten 1464 männliche und 1254 weibliche, überhaupt 2718; die meisten in den Kreisen Wittenberg und Sangerhausen;
- 8) durch innere langwierige Krankheiten 2707 männliche und 2484 weibliche, überhaupt 5191;
- 9) durch schnell tödtliche Krankheiten, Blut-, Stic- und Schlagflüsse, 702 in den Städten, 859 auf dem Lande, überhaupt 1561;
- 10) an äußern Krankheiten und Schäden 151 männliche und 141 weibliche, überhaupt 292;
- 11) an unbestimmten Krankheiten 828.

Merseburg, den 1. Mai 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g .

Der Herr General-Major Kühle v. Kiliensfern zu Berlin hat

- 1) einen Duodez-Schulatlas in 35 Blättern;
 - 2) eine Geschichts-Karte zum Schulgebrauch in 8 Blättern,
- herausgegeben. Der erstere kostet 2 Thlr., jedes einzelne Blatt 2 Sgr. 6 Pf.; die Geschichtskarte 1 Thlr., jedes einzelne Blatt 5 Sgr.

Wir machen auf diese nützlichen und wohlfeilen Werke aufmerksam, und empfehlen den Herren Rectoren oder Directoren der gelehrten Schulen und Seminarien deren angemessene Verbreitung.

Magdeburg, den 11. April 1826.

Königl. Consistorium der Provinz Sachsen.

B e k a n n t m a c h u n g,

die Erhebung der Valuta von ausgelooften Staats-Schuld-Scheinen betreffend.

Da die Verloofung der Staats-Schuld-Scheine, in Befolge Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 25. Februar 1826,

Gesetz-Sammlung Nr. 990.,

eingestellt ist: so sieht sich die unterzeichnete Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden veranlaßt, das Publicum darauf aufmerksam zu machen, daß noch 2619 Stück bereits ausgelooftete Staats-Schuld-Scheine im Nominal-Betrage von 383,625 Thlr. circuliren, deren Valuta nicht abgehoben ist, obgleich die Aufforderungen zur Empfangnahme derselben in der Staats-Zeitung Nr. 250. Jahrgang 1824, Nr. 82. 195. und 205. Jahrgang 1825, in den übrigen hiesigen Zeitungen, in den hiesigen Intelligenz-Blättern und in den Amts-Blättern sämtlicher Provinzen unterm 9. October 1824, 19. März, 16. und 31. August 1825 ergangen sind.

Da eine solche Versäumung die Rechnungs-Legung erschwert, so werden die Inhaber jener ausgelooften Apoints hiermit erinnert, den Betrag derselben, gegen Zurückgabe des betreffenden Staats-Schuld-Scheins und der dazu gehörigen Coupons über Zinsen seit der Verfallzeit, bei der Controle der Staats-Papiere, Nr. 50. Tauben-Strasse, in Empfang zu nehmen, indem nach der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 15. Mai 1824,

Gesetz-Sammlung Nr. 867.,

jeder, der die zeitige Abholung des Geldes unterläßt, dadurch die Zinsen seit der Verfallzeit verliert, und, insofern dieselben auf die darüber sprechenden Coupons bereits ausgezahlt sind, durch Abrechnung erstatten muß.

Berlin, den 19. April 1826.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Nachweisung

der

im Monate April 1826

auf den größten Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestan-
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürf-
nisse, ingleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	Getreide.				Hülsefrüchte.			Rauchfutter.		
	Weizen	Koggen	Gerste	Hafer	Hirse	Erbsen	Linsen	Kartoffeln	Heu	Stroh
	der preussische Scheffel				der preussische Scheffel			schl.	à Cent.	à Schock
	℥ s. d.	℥ s. d.	℥ s. d.	℥ s. d.	℥ s. d.	℥ s. d.	℥ s. d.	℥ s. d.	℥ s. d.	℥ s. d.
1 Merseburg	1 1 9	— 16 11	— 14 6	— 10 —	— — —	— 25 —	1 12 6	1 — —	— 25 —	2 15 —
2 Halle	— 28 9	— 18 —	— 14 3	— 11 3	4 15 —	1 10 —	2 — —	— 15 —	— 24 —	4 16 —
3 Naumburg	1 — —	— 16 4	— 14 —	— 11 —	2 4 —	1 6 —	1 25 —	1 4 —	— 25 —	5 22 4
4 Torgau	1 5 —	— 22 6	— 17 6	— 13 9	5 — —	1 10 —	4 — —	— 10 —	— 22 6	5 — —
5 Birtenberg	1 5 6	— 21 3	— 19 —	— 14 2	— — —	1 25 2	2 20 —	— 17 6	— — —	3 27 8
6 Eisleben	— 26 3	— 18 9	— 15 —	— 13 2	4 — —	1 10 —	1 10 —	— 16 —	— 20 —	2 28 2
7 Zeitz	1 3 9	— 18 9	— 15 9	— 10 8	3 2 6	1 5 9	1 3 9	— 15 —	— 22 6	5 — —
8 Querfurt	— 27 6	— 15 —	— 12 6	— 10 —	3 20 —	1 — —	1 — —	— 15 —	— 20 —	2 15 —

Merseburg, den 5. Mai 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

20. Stück.

Merseburg, den 20. Mai 1826.

B e k a n n t m a c h u n g.

Nachstehendes Rescript des Herrn Justiz-Ministers:

Es kommt in einzelnen Provinzen immer häufiger der Fall vor, daß bedeutende Verbrechen von Personen verübt werden, die noch im frühen jugendlichen Alter stehen. Diese traurige Erscheinung macht Maaßregeln nothwendig, theils um den Quellen solcher Verbrechen auf die Spur zu kommen, und diese zu verstopfen, theils um Veranstaltungen zur Verbesserung der früh Verirrten zu treffen. Das Königl. Ministerium der Geistlichen-, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten hat deßhalb, um sich zunächst über den Umfang und die Beschaffenheit des Uebels genauere Kenntniß zu verschaffen, sämmtliche Regierungen zur Einsendung specieller Nachweisungen über die in ihren Bezirken ermittelten jungen Verbrecher angewiesen.

Nr. 79.
Maaßregeln
bei Verbre-
chen jugendli-
cher Personen
betr.

Mit Bezugnahme auf diese Anordnung, wird dem Königl. Ober-Landes-Gericht aufgegeben: bei jeder gegen einen Unmündigen eingeleiteten Criminal-Untersuchung, der betreffenden Regierung sofort Nachricht von den Personal-Verhältnissen des Angeeschuldigten, der gegen ihn vorhandenen Anschuldigung, und den Lehrern, bei welchen er Unterricht genossen hat, nach Abfassung des ersten Erkenntnisses aber Abschrift desselben mitzutheilen, oder durch die betreffenden Gerichte mittheilen zu lassen und letztere hiernach anzuweisen, auch darauf, daß dieser Vorschrift nachgekommen werde, mit Nachdruck zu halten.

Berlin, den 6. März 1826.

Der Justiz-Minister,

(gez.) Graf v. Dandellmann.

An
das Königl. Ober-Landes-Gericht
zu Raumburg.

wird hierdurch den Untergerichten unseres Departements mit der Anweisung bekannt gemacht, in dergleichen Fällen von den fraglichen Verhältnissen des angeschuldigten Unmündigen Nachricht der betreffenden Königl. Regierung mitzutheilen, auch in den an selbige einzureichenden Gefangen-Listen zu bemerken, ob und an welchem Tage solches geschehen sei.

Naumburg, den 5. Mai 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nr. 80.

Da nach der jetzigen Etats-Einrichtung außer den fortdauernden Besoldungen auch die zum Ausserbe-Etat gehörigen persönlichen Zulagen und extraordinairnen Besoldungen, so wie die davon zu berechnenden Abzüge zum Pensions-Fonds, bei dem Besoldungs-Titel rechnungsmäßig nachgewiesen werden müssen: so ist, damit dieß überall auf die kürzeste und übersichtlichste Weise und auch gleichmäßig geschehe, von der Königl. Ober-Rechnungs-Kammer ein Rechnungs-Schema zur Richtschnur erteilt worden. Wir theilen dasselbe, in Gemäßheit einer Verfügung der gedachten Höhern Behörde vom 17. März d. J., sämtlichen Cassen unsers Verwaltungs-Bereichs, welche Besoldungen zu verrechnen haben, nachstehend (pag. 181 — 184.) unter der Anweisung mit, darnach die Besoldungs-Ausgaben in den Rechnungen vom Jahre 1826 ab, genau und vollständig nachzuweisen.

Merseburg, den 10. Mai 1826.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 81.
Evangelische
Kirchen + Col-
lete betr.

Des Königs Majestät haben, auf den Antrag der Haupt-Bibel-Gesellschaft in Berlin, eine jährliche Kirchen-Collecte zur Verbreitung der Bibel in allen evangelischen Kirchen der Monarchie zu bewilligen geruht. Vom Jahre 1827 ab, soll dieselbe jedesmal am Himmelfahrtsfeste in der gewöhnlichen Art gesammelt werden; für dieses Jahr aber an einem schicklichen Sonntage bis Ende Juni d. J. stattfinden.

Solches bringen wir zur öffentlichen Kenntniß und weisen die evangelischen Herren Prediger an, diese Collecte für dieses Jahr an einem hierzu passenden Sonntage bis Ende Juni d. J., vom Jahre 1827 ab aber, jedesmal am Himmelfahrtsfeste in der gewöhnlichen Art zu veranstalten und die belgesteuerten Gelder sodann binnen spätestens 14 Tagen nach erfolgter Collecte, an die Herren Superintendenden einzusenden, welche, wenn aus der ganzen Diöcese die

Gelder eingegangen, solche nebst specieller Verzeichnisse und doppelter Lieferscheine, wovon eines an uns einzusenden ist, mit Angabe des Zwecks der Collecte, der hiesigen Haupt-Instituten- und Communal-Casse, für dieses Jahr spätestens bis zum 1. August, und vom Jahre 1827 ab jedesmal bis zum 1. Juli übermachen werden.

Gehen keine Beiträge ein, so ist ein Vacatschein einzureichen, und zwar einer an uns und einer an die genannte Casse.

Uebrigens muß die Collecte jedesmal bis zum 1. Juli geschlossen sein, da für die Herren Superintenden ten sorgen werden.

Merseburg, den 10. Mai 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

B e k a n n t m a c h u n g.

Des Königs Majestät haben, durch eine Cabinets-Ordre vom 14. April Nr. 82. d. J., die Herstellung des Haupt-Zoll-Amtes zu Zeitz und die Wiedereröffnung der dasigen Haupt-Zoll-Straße bestimmt, die mit dem 1. Juni d. J. eintreten wird.

Dem Haupt-Zoll-Amte zu Zeitz wird, von gleicher Zeit an, der Ober-Zoll-Inspector Vidal vorgefetzt sein.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Magdeburg, den 9. Mai 1826.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director,
Sach.

B e k a n n t m a c h u n g.

Des Königs Majestät haben, durch eine Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 20. December v. J., zu bestimmen geruht:

daß das Recht zur Erhebung rückständiger Zinsen von provinziellen Staats-Schulden, ohne Anwendung der besonderen Vorschrift des §. XVII. des Gesetzes vom 17. Januar 1820 (Gesetz-Sammlung Nr. 577.), wegen vierjähriger Verjährung unerhoben gebliebener Zinsen, nur durch Verjährung nach den allgemeinen Landes-Gesetzen verloren gehen soll, Insofern dergleichen Zinsen nicht etwa gegen Coupons, die ausdrücklich auf jene Vorschrift verweisen, von deren Inhabern erhoben werden können.

Die unterzeichnete Haupt-Verwaltung, welche mit der obern Leitung des gedachten provinziellen Staatsschulden-Wesens beauftragt ist, findet sich verpflichtet, hiervon sämtliche Gläubiger provinzieller Staats-Schulden, über deren Behandlung, Verzinsung und Tilgung durch die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 2. November 1822 (Gesetz-Sammlung Nr. 766.) gesetzlich entschieden worden ist, zu unterrichten. Sie fordert zugleich diejenigen Interessenten, denen die Auszahlung ihrer seit mehr als 4 Jahren fällig gewordenen Zinsen in Beziehung auf jene Vorschrift bisher verweigert sein möchte, hiermit auf, solche bei den betreffenden Regierungs-Haupt-Cassen baldigst zu erheben.

Uebrigens hat nunmehr die Anordnung getroffen werden müssen, daß alle bei den Regierungs-Haupt-Cassen seit länger als 4 Jahren vergebens zur Auszahlung bereit gehaltenen Verzinsungs-Bestände mit dem Ablaufe dieses Jahres und fernerhin am Schlusse jedes Jahres hieher an die Staats-Schulden-Tilgungs-Casse eingeleistet werden, und alsdann von den Gläubigern nur bei dieser Casse, gegen eine auf dieselbe auszustellende und von der betreffenden Königl. Regierung mit der nöthigen Bescheinigung und Anweisung zu begleitende Quittung, erhoben werden können. Demnach muß jeder provinzielle Staats-Gläubiger die Erhebung fällig gewordener Zinsen bei der zur Zahlung derselben ursprünglich verpflichteten Casse nicht über 4 Jahre versäumen, wenn er es vermeiden will, sich deshalb an die Staats-Schulden-Tilgungs-Casse verweisen zu lassen.

Berlin, den 20. April 1826.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

B e k a n n t m a c h u n g .

Nach einer, von der Königl. Ober-Rechnungs-Kammer für die Rechnungslegung bei unserer Casse ergangenen anderweitigen Anordnung vom 3. d. M., bedarf es nicht mehr der Mittheilung der commissarischen und sachverständigen Kostenrechnungen an die Casse als Belag, daher es denn auch künftig und von jetzt ab, nicht mehr der Einreichung zweier Exemplare dieser Kostenrechnungen bedarf, sondern diese Kostenrechnungen künftighin nur in Einem Exemplare eingereicht werden dürfen.

Dagegen ist nach der vorgedachten Verfügung der Königl. Ober-Rechnungs-Kammer, von jetzt ab, erforderlich, daß in einer besondern, vor die Auslagen-Colonne zu stellenden Colonne, der Betrag der in Rechnung zu bringenden Diätentage angegeben und am Schluß der Rechnung summiert ist, so daß sich daraus die Richtigkeit der in Rechnung gebrachten Diäten-Quoten durch Vergleichung mit den angelegten Tagen übersehen und entnehmen läßt.

Nach diesen beiden Massgaben wird unsere, durch die Amtsblätter bekannte gemachte Verfügung vom 8. October v. J. abgeändert und ergänzt, und die Kostenrechnungen erhalten darnach fortan folgendes Formular:

Nr.	Bl. der Acten.	N a m e des Commissars und der Sache.	Zahl der Arbeits- und Reise- Tage.	Auslagen incl. Protocoll- führer- Gebühren.	G e b ü h r e n für			
					die Casse.		den Commissar.	
					Zblr.	Eq. pf.	Zblr.	Eq. pf.
1	1	Reise	$\frac{7}{8}$	— 8 —	—	6 —	1 —	—
2	—	Termin	1	— 20 —	—	15 —	2 15	—
10	Am Schluß.	Häusliche Arbeiten .	1 $\frac{1}{2}$	— — —	—	22 6	5 22	6
			//	2 $\frac{1}{2}$	— — —	1 15 6	7 7	6

Die sämmtlichen, in unserm Auftrage beschäftigten Herren Commissarien werden hiermit angewiesen, ihre einzureichenden Kostenrechnungen hiernach genau einzurichten.

Berlin, den 22. April 1826.

Königliche General-Commission für die Kurmark Brandenburg
und für Sachsen.

B e k a n n t m a c h u n g

das wegen der Ansprüche an die vormal's Westphälischen Departements der Elbe, der Saale und des Harzes einzuleitende Liquidations-Verfahren betreffend.

Des Königs Majestät haben, durch die Nr. 5. Stück der diesjährigen Gesetzsammlung publicirte Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 4. v. M., zur Erledigung der Ansprüche, welche an die ehemaligen Königl. Westphälischen Departements der Elbe, der Saale und des Harzes und die während der Fremdherr-

schaft bestandenen Departemental-Fonds dieser Landestheile gemacht worden sind, oder gemacht werden können, festzusetzen geruhet:

- 1) daß alle diejenigen, welche dergleichen noch unbefriedigte Ansprüche an die gedachten Departemental-Fonds zu haben vermeinen, binnen einer viermonatlichen Frist ihre Forderungen bei dem Königl. Ober-Präsidium der Provinz Sachsen anmelden und begründen sollen, damit von der Natur und Beschaffenheit ihrer Forderungen Kenntniß genommen, und demnächst bestimmt werde, wie solche nach Maaßgabe der zu ihrer Befriedigung vorhandenen Fonds zu behandeln und zu berichtigen sind;
- 2) daß die desfalligen Ansprüche, welche innerhalb dieser Frist bei dem Königl. Ober-Präsidium der Provinz Sachsen nicht angezeigt werden, sie mögen früher bei irgend einer Behörde bereits angemeldet sein oder nicht, zu präcludiren und zur liquidation und Befriedigung nicht weiter zuzulassen sind;
- 3) daß für solche Forderungen, welche in der angeordneten Frist zwar angemeldet, aber nicht mit den erforderlichen Beweisstücken belegt werden, das Königl. Ober-Präsidium eine nach den jedesmaligen Umständen abzumessende Nachfrist zur Vorbringung der Justifications-Documente festsetzen und nach deren fruchtlosem Ablauf ebenfalls die Präclusion eintreten, und
- 4) daß die unterzeichnete Ministerial-Behörde die vorgedachten Allerhöchsten Bestimmungen zur Ausführung bringen soll.

Demgemäß werden alle diejenigen, welche an die ehemals Westphälischen Departements der Elbe, der Saale und des Harzes, und die während der Fremdherrschaft bestandenen Departemental-Fonds dieser Landestheile, Ansprüche zu haben vermeinen, hierdurch aufgefordert, ihre Forderungen, sie mögen bei irgend einer Behörde bereits angemeldet worden sein oder nicht, spätestens bis zum 1. October dieses Jahres bei dem Königl. Ober-Präsidium der Provinz Sachsen — in Magdeburg —, unter Beifügung der Justifications-Documente oder der Bemerkung, warum und wann später sie erst beigefügt werden können, anzumelden, widrigenfalls alle bis dahin dem genannten Königl. Ober-Präsidium nicht angezeigten Forderungen ohne Weiteres für präcludirt und ungültig werden erachtet werden.

Zur Vorbeugung etwa möglicher Zweifel und zur Abwendung nutzloser Reclamationen, wird noch Folgendes bemerkt:

- 1) Bei dem in Rede stehenden liquidations-Verfahren kommen nur solche Ansprüche für Lieferungen und Leistungen zur Berücksichtigung, welche verfassungsmäßig den vormals Westphälischen Departements der Elbe, der Saale und des Harzes oblagen, und aus deren, durch Zulags-Centimen auf die Grund-, Personen- und Patent-Steuer gebildeten Departemental-Fonds, zu berichtigen gewesen wären.

- 2) Alle Vergütungs- Forderungen für die als allgemeine Kriegslast anzusehenden Militair- Einquartierungs-, Transport- und Verpflegungs- Kosten, insoweit nicht ein förmlicher Contract zu Grunde liegt, werden bei diesem liquidations- Verfahren gänzlich ausgeschlossen.
- 3) Eben so bleiben ausgeschlossen alle solche Ansprüche, welche speciell aus Lieferungen und Leistungen an die jetzt zu andern Landes- Hoheiten gehörigen Bestandtheile der vormaligen Departements der Elbe, der Saale und des Harzes erweislich entspringen.
- 4) Die vorschristsmäßig erfolgte Anmeldung bei dem Königl. Ober-Präsidium der Provinz Sachsen gewährt noch keinen Anspruch an sich, vielmehr ist die Berichtigung der Forderungen, die Zeit, das Maaß und die Art derselben von näherer Uebersicht der liquiden Ansprüche und den zur Befriedigung derselben bestimmten Fonds abhängig, und die liquidation vorläufig nur zur Erörterung des Gesamtbetrags der dießfälligen liquiden Forderungen angeordnet, an welche sich demnächst die weitem Bestimmungen wegen der Zahlung selbst anschließen werden.

Berlin, den 2. Mai 1826.

Immediat-Commission für die abgesonderte Rest-Verwaltung:

B e k a n n t m a c h u n g,

den dießjährigen Remonte-Ankauf in Sachsen betreffend.

Der seit mehreren Jahren bestandene Remonte-Ankauf in der Provinz Sachsen wird auch in diesem Jahre, zu der sonst gewöhnlichen Zeit, durch eine Militair-Commission statt finden, und es sind hierzu nachstehende Ortschaften als Marktplätze bestimmt worden, nemlich:

den 7. September in Wiehe,
„ 8. „ „ Querfurt,
„ 11. „ „ Eilenburg,
„ 13. „ „ Cosßdorf,
„ 15. „ „ Preßsch,

wo die erkauften Pferde nach erfolgter Abnahme, wie gewöhnlich, gleich baar bezahlt werden.

Die Bedingungen bei diesem Remonte-Ankauf sind schon so vielfältig und nur noch im vorigen Jahre so detaillirt bekannt gemacht worden, daß ich es für überflüssig halte, selbige fernerhin zu erwähnen, und ich erlaube mir nur daher das Ansuchen: daß sich die resp. Herren Pferdezüchter dasjenige, was in

der vorjährigen Bekanntmachung über die Fütterungsart der jungen Pferde gesagt worden, in das Gedächtniß zurückrufen, und demgemäß verfahren mögen.

Nach Höherer Verfügung müssen von jetzt ab die Quittungen über die erhaltene Bezahlung der verkauften Remonte-Pferde auf Stempelpapier ausgefertigt, und der geschliche Betrag dafür von den Verkäufern entrichtet werden, welches ich hierdurch bekannt zu machen nicht unterlasse, mit dem Bemerken: daß solcher bei der Bezahlung sogleich einbehalten, und der Werthstempel von der Ankaufs-Commission alsdann auf einmal gelöst und berichtet werden wird.

Berlin, den 24. April 1826.

Der General-Major und Remonte-Inspecteur,
(gez.) Beier.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 6. Mai 1826.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g.

Das Hypothekenbuch des Patrimonial-Gerichts Altscherbis ist fertig, und wird solches mit dem Bedeuten hierdurch öffentlich bekannt gemacht, daß nunmehr der Erwerb neuer Hypothekenrechte lediglich nach den Vorschriften des Allg. Landrechts, der Allg. Gerichts-Ordnung und der Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist.

Altscherbis, den 18. April 1826.

D a s P a t r i m o n i a l - G e r i c h t.
Erdmann.

Rechnungs-Schema

für

den Befoldungs-Titel.

Coll.-Ausgabe nach dem Etat pro 18..				Wirkliche Coll.-Ausgabe pro 18..				Lau- fende Nr.	Benennung der Ausgaben und Empfänger.
überhaupt.	incl. pers. ſont. Zulag. u. extraord. Beſold. für Rechn. der Außerord. Etats.	2.	3.	Zugang.	Abgang.	überhaupt.	incl. pers. ſont. Zulag. u. extraord. Beſold. für Rechn. der Außerord. Etats.		
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
Zbl. fg. pf.	Zbl. fg. pf.	Zbl. fg. pf.	Zbl. fg. pf.	Zbl. fg. pf.	Zbl. fg. pf.	Zbl. fg. pf.	Zbl. fg. pf.		
3000	500	—	—	—	—	3000	500	1	N. N.
2000	—	—	—	—	—	2000	—	2	N. N.
2200	105	—	—	10	—	2190	105	3	N. N.
									Gehalt 1090 Thlr.
									Rationne ſtatt der etatsmäßigen 110 Tha- ler von den pag. . . nachgewieſenen 10000 Thaler zu 1 pCt. 100 „
900	100	—	—	600	—	300	33 10	4	N. N. 225 Thlr. der N. N. 75 „
600	—	100	—	—	—	700	—	5	N. N.
800	200	—	—	600	—	200	50	6	N. N.
—	—	300	—	—	—	300	—	7	Der Abzug zum Penſions-Fonds ſit von den im Etat vor der Linie angeſetzten, in der N. N. Rechnung zur Ausgabe kommenden 80 Thlr. mit berechnet.
200	—	—	—	—	—	100	—	8	N. N.
1100	1100	—	—	550	—	550	550	9	N. N.
17700	12005	400	1760	5510	1238 10	—	—		Summa . . .
<p>Bemerkung. Da die Etats die Reſoldura in 5 Column., nämlich: a) die fort-dauernd. Beſoldung; b) die perſon. Zulagen u. extraord. Beſold.; c) die Hauptſummen, enthalten, ſo ſollten ſie gründlich in gleich. Art auch in den Rechen-ung, als Coll.-Ausg., nachgewieſen werden. Zur Abklär. u. Vergleich-ung der Rechnungs-legung ſind indeſſen für die letztere eine die-ſe 2 Column., als zum Nachweiſe der Coll.-Ausgabe dienend, angeworben worden.</p>									
<p>Nach Abrechnung der extraordinairn Beſoldungen u. mit beträgt die Ausgabe an ſortlaufenden Beſoldungen B a l a n c e. Nach dem Etat haben für das Jahr 18.. voraus- ſetzt werden ſollen Nach den Columnen 10 und 11 ſind pro 18.. wirk- lich ausgegeben Nicht in weſen und nach Abzug der, in den Columnen 14 und 15 aufgeführten, in die folgende Rechnung zu über- tragenden Ausgabe: Reſte von ſind für das Jahr 18.. eſtirt worden . . .</p>									

Allgemeine Bemerkungen.

(zu vorstehendem Schema gehörig)

1) In Ansehung der beiden Colonnen 10. und 11. für die Ist-Ausgabe an Besoldungen gilt, rücksichtlich der Abweichung vom Etats-Schema, die Bemerkung unter den Colonnen 1. und 2. für die Soll-Ausgabe. Demzufolge muß aber auch die in der Colonne 11. sich ergebende Summe an persönlichen Zulagen 10. in der Colonne 10. von der, an Besoldungen überhaupt gezahlten Summe, stets, wie umstehend geschieht, in Abzug gebracht werden, da sie nur für Rechnung des Aussterbe-Etats gezahlt und besonders vergütet wird. Kassen, welche Ueberschüsse abzuführen haben, dürfen sie mithin in ihren Rechnungen auch nicht davon in Abzug bringen, sondern rechnen sie darauf, mittelst Quittungs-Wechsel, als baar abgeführt an.

2) Die Quittungen werden über den Besoldungs-Betrag, mit Einschluß der davon in Abzug gekommenen, in den Colonnen 12. und 13. nachgewiesenen Beiträge zum Pensions-Fonds, von den Besoldungs-Empfängern ausgestellt. Zu den Quittungen darf das dauernde Einkommen von den persönlichen Zulagen nicht getrennt, und eben so wenig dürfen die letztern in den Quittungen nachrichtlich bemerkt werden.

Wegen der nach den besonders vollzogenen Aussterbe-Etats zu legenden Rechnungen werden besondere Bestimmungen erfolgen.

Personal-Chronik.

Der zeitliche hiesige Regierungs-Referendarius, Herr Klinckhardt, ist zum Assessor bei der hiesigen Königl. Regierung ernannt worden.

Merseburg, den 10. Mai 1826.

Berichtigung. In mehreren Exemplaren des Amtsblatts 1826, Stück 19, Seite 166, Verordn. Nr. 78, Zeile 1, lese man: Zur Beseitigung, statt: Befähigung.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

21. Stück.

Merseburg, den 27. Mai 1826.

B e k a n n t m a c h u n g.

Des Königs Majestät haben die Verschönerung des Schloßgartens in Merseburg und die Instandsetzung der beiden Gewächshäuser darin zu genehmigen, und die dazu veranschlagten Kosten zu bewilligen geruht.

Je werthet dieser schön belegene Garten schon immer allen Bewohnern der Stadt Merseburg und der ganzen Umgegend war; desto mehr wird ihnen nunmehr der Genuß durch dieses Merkmal des Königl. Wohlwollens erhöht werden.

Magdeburg, den 28. April 1826.

Der Geheime Staats-Minister,
v. Klemig.

B e k a n n t m a c h u n g.

Nachstehendes Justiz-Ministerial-Rescript:

„Nach dem Antrage des Königlichen Ministeriums der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten wird, mit Aufhebung der Verfügung vom 5. Juni 1818,

von Kampf Jahrbücher, 11ter Band, Seite 247,

hierdurch festgesetzt, daß die Gerichte in allen Fällen, in denen es auf eine Communication mit der obern Medicinal-Vehörde ankommt, sich nicht mehr an die Regierung, sondern an das Medicinal-Collegium der Provinz zu wenden haben.

Nr. 83.

Die Fälle des-
treffend, in
welchen sich
die Gerichte,
statt an die
K. Regierungen,
an das
Medicinal-
Collegium der
Provinz zu
wenden ha-
ben.

Hienach hat sich das Königl. Ober-Landes-Gericht nicht allein selbst zu achien, sondern auch die demselben untergeordneten Gerichte anzuweisen.

Berlin, den 21. April 1826.

Der Justiz-Minister,
(gez.) Graf v. Dandellmann."

An
das Königl. Ober-Landes-Gericht
zu Raumburg.

wird hierdurch den Untergerichten unseres Departements zur Nachricht und Beachtung bekannt gemacht.

Raumburg, den 10. Mai 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

B e k a n n t m a c h u n g.

Nr. 84. Um eines Theils den Mißverständnissen abzuhelpen, welche häufig bei Anwendung der in dem §. 55. des Stempelgesetzes vom 7. März 1822, dem Finanz-Ministerio überlassenen Bestimmungen, wegen Anordnung verschiedener Gattungen des Stempelpapiers und ihres Gebrauchs, Statt gefunden haben, andern Theils dem Zwecke näher zu treten, für welchen diese Anordnung erfolgt ist, setze ich hierdurch fest:

- 1) Stempelbogen, deren Werth den Betrag von Ein Hundert Thalern übersteigt, werden ohne Unterschied, für welchen Zweck sie bestimmt sind, in der durch den §. 58. des Stempelgesetzes vorgeschriebenen Form ausgefertigt; die nachfolgenden Bestimmungen betreffen daher den Gebrauch des Stempelpapiers zum Betrage von Ein Hundert Thalern und darunter.
- 2) Das mit dem Borussia-Stempel bezeichnete Papier ist lediglich bestimmt:
 - a) zu der Ausfertigung des Haupt-Exemplars (in den Landestheilen, wo die Französische Gesandtschaft zur Anwendung kommt, zu der Minure) der Verträge über die Veräußerung von Immobilien, mithin der Erbpacht- und Erbzins-Verträge, der Kauf-, Tausch- und Schenkungs-Verträge über Immobilien und der Leihrenten-Verträge, durch welche Leihrenten gegen Ueberlassung von Immobilien constituiert werden. Es macht bei den Schenkungs-Verträgen keinen Unterschied, ob der Tariffatz nur ein Procent, oder nach dem Grade der Verwandtschaft des Beschenkten zu dem Schenkgeber, ein höherer Procent-Satz ist, wo-

gegen bei Leibrenten-Verträgen, bei denen die Leibrente durch Ueberlassung anderer Gegenstände als Immobilien erkaufte wird, der Borussia-Stempel nicht anzuwenden ist, obgleich der Tariffatz auch bei ihnen ein Procent des Capitalwerths der Leibrente beträgt. Der Gebrauch des Borussia-Stempels findet daher nicht Statt,

aa) in den landestheilen, wo der Procent-Stempel zu der Minute des Vertrages verwendet werden muß, zu dessen etwaigen Ausfertigungen,

bb) überall zu den Neben-Exemplaren, beglaubten Abschriften, Duplicaten;

b) zu dem Acten-Exemplar des Adjudications-Bescheides in Subhastations-Proceß, bei den, der Subhastations-Ordnung vom 1. August 1822 gemäß, eingeleiteten Subhastationen aber zu dem licitations-Protocoll, in welchem der Zuschlag erteilt ist.

Für die den Interessenten zu erteilenden Ausfertigungen der Adjudications-Bescheide und licitations-Protocolle ist, da zu ihnen überall nicht der Procent-Stempel, sondern der gewöhnliche Ausfertigungs-Stempel zu verwenden ist, das gewöhnliche Stempelpapier bestimmt.

3) Das mit der Inschrift: „Proceß-Stempel“ versehene Stempelpapier ist ganz allein für gerichtliche Prozesse, mit Ausnahme der Subhastations-Processe, bestimmt, und zwar:

a) bei den Processen, welche durch Erkenntniß beendet worden, für das Acten-Exemplar des Erkenntnisses;

b) bei Processen, welche ohne Erkenntniß durch Vergleich, oder Entsagung beendet werden, für den Stempelbogen, wodurch der für die Statt gefundenen Verhandlungen nachliquidirte Stempelbetrag zu den Acten cassirt wird.

Zu Ausfertigungen, beglaubten Abschriften, im Laufe eines Processes oder Credit-Verfahrens vorkommenden Quittungsstempeln u. s. w. darf daher das mit der Inschrift: „Proceß-Stempel“ versehene Stempelpapier nicht angewendet werden.

4) Das mit dem Helm-Stempel versehene Stempelpapier muß zu allen stempelpflichtigen Verhandlungen verwendet werden, für welche nicht im Vorstehenden der Gebrauch einer andern Gattung des Stempelpapiers ausdrücklich angeordnet ist.

Diese Bestimmungen sind durch die Amtsblätter bekannt zu machen, und es ist in allen Fällen, wo nicht darnach verfahren worden, unnachlässig die An-

wendung der in dem §. 55. des Stempelgesetzes angedrohten Strafe zu veranlassen, wonach auch die Stempel-Fiscale anzuweisen sind.

Berlin, den 29. April 1826.

Der Finanz-Minister,
(gez.) von Moß.

Vorstehende Bestimmung Sr. Excellenz des Herrn Finanz-Ministers wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Magdeburg, den 16. Mai 1826.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director,
Sack.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nr. 85. Das Königl. Hohe Ministerium der Geistlichen-, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten hat, auf den Antrag der Königl. Regierung zu Erfurt, genehmigt, daß zum Wiederaufbau der im Jahre 1824 abgebrannten Pfarrwohnung und der dazu gehörigen Wirthschafts-Gebäude zu Bindersleben, eine Col-
lecte in den evangelischen Kirchen der Provinz Sachsen, Behufs Unterstützung der Gemeinde bei diesen Bauten, veranstaltet werde.

Wir weisen die evangelischen Herren Prediger an, in der gewöhnlichen Art die Kirchencollekte an einem passenden Sonntage zu veranstalten, und die Steuer an die Herren Superintenden ten einzusenden. Letztere haben dann mittelst Spectal-Nachweisung und unter Angabe des Zwecks, das Eingegangene an die Haupt-Instituten-Casse hieselbst einzusenden, an uns aber das Duplicat des Hieserscheins einzureichen. Sollten keine Beiträge erfolgen, so ist ein Vacatschein und zwar einer an uns und einer an die genannte Casse einzusenden.

Mit dem 1. Juli c. wird diese Kirchen-Collekte als geschlossen betrachtet.

Merseburg, den 18. Mai 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 86. Die für die diesseitige Provinz durch die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 30. November 1824, bei Ablösungen von Domanal-Prästationen nachgelassene Begünstigung, daß alle kleine Domanal-Renten bis zum Jahres-Betrage von einem Thaler einschließ lich, desgleichen die bei größern Beträgen über volle Tha-

ler überschießenden Groschen und Pfennige zum 15fachen Betrage, oder zu 6 $\frac{1}{2}$ pCt. abgelöst werden können, so wie daß bei Naturalien, wo nach Vorstehendem die Ablösung zum 15fachen Betrage zulässig ist, die Werths-Berechnung nur nach zwei Dritttheilen der Durchschnitts-Preise der letzten 14 Jahre, mit Abzug der zwei theuersten und zwei wohlfeilsten Jahre erfolgen soll, wird nach einer anderweiten Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 12. April d. J. nur noch bis zum Schlusse des laufenden Jahres statt finden, und sollen sodann die gesetzlichen Ablösungssätze wieder lediglich zur Anwendung kommen.

Indem wir dieß hierdurch zur Kenntniß der dabel interessirten Abgabepflichtigen bringen, fordern wir selbige zugleich auf, die gegebene Frist zur Ablösung der kleinen Domainial-Renten, da diese offenbar zu ihrem Vortheile gereicht, zu benutzen. Die betreffenden Receptur-Behörden aber weisen wir an, nicht nur vom künftigen Jahre ab die Ablösungs-Berechnungen nach vorstehender Bestimmung aufzustellen, sondern auch so viel möglich darauf hinzuwirken, daß die Unterthanen von der nachgelassenen Vergünstigung noch Gebrauch machen.

Merseburg, den 19. Mai 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung der Finanzen.

Auf den Antrag der Königl. Regierung zu Posen, ist von den Königl. Hohen Ministerien der Geistlichen. u. Angelegenheiten und des Innern, zum Wiederaufbau der in der Stadt Schmiegel abgebrannten evangelischen Kirche, Behufs Unterstützung der in dem kurzen Zeitraume von 7 Jahren zweimal durch Feuerschaden hart betroffenen Gemeinde, eine evangelische Kirchen- und Haus-Collecte in der ganzen Monarchie bewilligt worden.

Die Herren Prediger werden angewiesen, die Kirchen-Collecte an einem passenden Sonntage in der gewöhnlichen Art anzustellen; das Eingegangene an ihre vorgesetzten Herren Superintendenten einzusenden, und haben letztere, unter Angabe des Zwecks der Collecte, die gesammelten Gelder, mittelst specieller Zeichnisse und doppelter Lieferscheine, wovon der eine an uns, der andere an die Haupt-Instituten-Casse hieselbst zu richten ist, an diese Cassé einzuschicken.

Die Haus-Collecte ist in den Städten von einer Raths-Deputation und einigen angesehenen Bürgern, in den Dörfern aber von dem Richter oder Schulzen und Schöppen zu veranstalten, und sind die gesammelten Gelder von den Behörden der Städte an die Haupt-Instituten-Casse hier mittelst Lieferscheins einzusenden, die auf den Dörfern gesammelten Beiträge aber von den Ortsvorstehern an die vorgesetzten Obrigkeiten abzugeben und von diesen an die Herren Landräthe des Kreises einzuliefern, welche sie sodann aus dem ganzen Kreise an die gedachte Cassé, mittelst specieller Nachweisungen und Lieferscheine, einzu-

Nr. 87.

Evangelische
Haus- u. Kir-
chen-Collecte
zum Wieder-
aufbau der in
der Stadt
Schmiegel
abgebrann-
ten evangel.
Kirche betr.

senden und ein Duplicat des Lieferscheins, gleich den Stadträthen, an uns einzureichen haben.

Wo keine Beiträge eingegangen sind, da ist ein Vacatschein auszustellen, und von den Ortsvorstehern an die vorgesetzten Behörden, und von diesen an die Herren Landräthe, endlich von diesen und den Stadträthen an die Haupt-Instituten-Casse einzusenden, an uns aber gleichfalls das Duplicat einzureichen.

Mit dem 1. August d. J. wird die Kirchen- und Haus-Collecte für geschlossen erachtet.

Merseburg, den 22. Mai 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen-
und Schulwesen.

B e k a n n t m a c h u n g,

die Petri-Paul-Messe zu Naumburg betreffend.

Dem handeltreibenden Publicum mache ich hinsichtlich des Anfangs der diesjährigen Petri-Paul-Messe zu Naumburg bekannt, daß das Auspacken der Waaren mit dem 16. Juni, der Groß- und Kleinhandel aber jetzt gleichzeitig mit dem 20. desselben Monats beginnt. Der Steuer-Kabatt von 53½ pCt. auf ausländische, zur Messe kommende Waaren wird übrigens in der bisherigen Art auch ferner bewilligt.

Magdeburg, den 14. Mai 1826.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director,
Sach.

B e k a n n t m a c h u n g,

die bei der Feuerpolizei-Einrichtung vorgekommenen Personal-
Veränderungen betreffend.

Hinsichtlich der Feuerpolizei-Bezirkseinrichtung des hiesigen Regierungs-Bezirks sind seit der letzten Bekanntmachung vom 29. Mai 1825, im 26sten Stücke des Regierungs-Amtsblatts, Jahrg. 1825, Seite 293, folgende Veränderungen angezeigt worden, welche hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

I. Im Bitterfelder Kreise.

Bei dem 5ten Bezirke ist an die Stelle des abgegangenen Feuerpolizei-Commissars, Herrn Amtsinpector Schmidt in Düben, der Pächter der Domainen Schwemfal, Herr Major Reimann, getreten.

II. Im Querfurter Kreise.

Bei dem 7ten Bezirke ist an die Stelle des abgegangenen Commissars, Herrn Amtmann Koch zu Gleina, dessen bisheriger Stellvertreter, der Förster, Herr Ballhausen zu Schleberode, und für diesen, der Revierröfster, Herr Schönert zu Gleina, zum Stellvertreter ernannt worden.

III. Im Mannsfelder Gebirgskreise.

Bei dem 4ten Bezirke ist für den zum Bürgermeister in Ermöben gewählten Rittergutsbesitzer, Herrn Hartrott daselbst, der Rittmeister außer Diensten, Herr von Döttinghau zu Pausfelde, anderweit als Feuerpolizei-Commissar bestellt worden.

IV. Im Stadtkreise Halle.

Bei dem 3ten Bezirke ist an die Stelle des von Passendorf weggezogenen Feuerpolizei-Commissars, Amtsverwalter Herrn Schulze, dessen bisheriger Stellvertreter, der Schulze, Herr Fuß zu Passendorf, als Feuerpolizei-Commissar, und zu dessen Stellvertreter der Schöppe, Herr Michaelis daselbst, ernannt worden; ferner im 4ten Districte für den mit Tode abgegangenen 2ten Stellvertreter, den Schulzen Kramer zu Böllberg, der jetzige Schulze daselbst, Herr Naumann, als dessen Nachfolger bestätigt worden.

Merseburg, den 8. Mai 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Personal-Chronik.

Der bisherige Diaconus an der St. Wenzels-Kirche zu Naumburg, Johann Friedrich Jahr, ist als Archidiaconus an derselben Kirche befördert worden.

Merseburg, den 11. Mai 1826.

Der bisherige Pfarrer zu Rahnsdorf, Christian Wilhelm Contius, ist als Pastor in Brehna, Ephorie Bitterfeld, angestellt.

Merseburg, den 13. Mai 1826.

Der bisherige Pfarrer zu Sachsenburg, M. Karl Christian Schundenius, ist als Pfarrer zu Spöden und Prußendorf, Ephorie Delitzsch, angestellt.
Merseburg, den 18. Mai 1826.

- 1) Der Lieutenant Heinrich Tobias Dankworth ist unter dem 25. März c. zum Botenmeister bei dem Landgerichte zu Wittenberg, an des versetzten Huch Stelle, ernannt;
 - 2) der Gerichts-Amtmann Christian Gottlob Fleischhauer in Heringen ist unter dem 31. März c. in gleicher Eigenschaft nach Jessen, an des verstorbenen Golz Stelle, versetzt;
 - 3) die Candidaten der Rechte, Friedrich August Werner, Herrmann Wolfgang von Holleuffer und Georg Friedrich Berling, sind unter dem 14. April c. zu Auscultatoren bestellt;
 - 4) der Candidat der Rechte, Carl Edmund Lepsius, ist den 25. April c., und
 - 5) der Candidat der Rechte, Friedrich Erasmus Baron von Rechenberg, den 28. April c. zum Auscultator angenommen.
- Raumburg, den 29. April 1826.
-

A m t s , B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

22. Stück.

Merseburg, den 3. Junius 1826.

Allgemeine Gesessammlung.

Das 6te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält unter

- Nr. 999. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 2. April 1826, betreffend die Beschlagnahme des Vermögens der Deserteure in den Provinzen, woselbst das Allgemeine Landrecht keine Gesesestraft hat.
- Nr. 1000. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 29. April 1826, betreffend die Gültigkeit der Allgemeinen Gesindeordnung vom 8. November 1810 in dem Culm. und Michelsauschen Kreise.
- Nr. 1001. Publicandum, das den Hinterbliebenen des Dichters von Schiller erteilte Privilegium betreffend. Vom 29. April 1826.
- Nr. 1002. Publicandum, das der Wittve des Legationsraths Richter zu Vagrecht und dessen Kindern erteilte Privilegium betreffend. Vom 29. April 1826.
- Nr. 1003. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 10. Mai 1826, betreffend die Declaration der Allgemeinen Gerichtsordnung Theil 1. Tit. 15. §. 7., wegen des Verfahrens in der Revisions-Instanz.
- Nr. 1004. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 20. Mai 1826, durch welche die Sechandlung bei Veräußerung verpfändeter Wolle von gerichtlicher Einwirkung entbunden, auch bei Beleihungen der Wolle Stempelfreiheit bewilligt wird.
-

Bekanntmachung der Königl. Regierung.

N a c h r i c h t

von der Anlage und Einrichtung des Fürstlich Pücklerschen
Hermannsbades bei Muskau.

Die Einwohner von Muskau, einem Städtchen in der zum liegnischer Regierungsbereich gehörigen Königl. Preussischen Oberlausitz, und seiner nahen Umgegend, hegen schon längst zu den bei ersterer gelegenen Eisenquellen ein Vertrauen bei verschiedenen Krankheiten. Der Eigenthümer von beiden, des Fürsten von Pückler-Muskau Durchlaucht, fand sich dadurch bewogen, seit drei Jahren bei den Muskauischen Heilquellen, wovon sich die Badequelle, nach der vom Geheimen Obermedicinalrath D. Hermbstädt vorgenommenen genauen chemischen Analyse, durch ein eigenthümlich günstiges Verhältniß ihrer Bestandtheile auszeichnet, alle die Einrichtungen ins Leben treten zu lassen, welche Badegäste zur Bequemlichkeit, Erholung und Zerstreuung bedürfen. Da sich bei den Quellen auch ein heilsamer Moorschlamm vorfand, so wurden zu dem zweckmäßigen Gebrauch desselben Schlammäder angelegt, zugleich aber noch ein Russisches Dampf- und ein Schwefelräucherungsbad. Wer sich von der Beschaffenheit der Muskauischen Mineralquellen, den Anlagen bei denselben und ihrer heilsamen Wirkung, sofern diese nach den Bestandtheilen zu erwarten oder durch einzelne Erfahrungen bereits bestätigt ist, näher zu unterrichten wünscht, kann es genügend in folgenden beiden Schriften: Das Hermannsbad bei Muskau. Sorau, Julien, 1825; mit fünf lithographischen Abbildungen. — D. Harthausen, über die Heilkraft des Mineralwassers, besonders des Moor- oder Badeschlammes bei Muskau, mit einem Vorworte vom General-Staabsarzt D. Rust. Berlin, 1826, Reimer.

Merseburg, den 29. Mai 1826.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g,

die zur diesjährigen Petri-Paul-Messe in Raumburg über
Lügen eingehenden Güter betreffend.

Um das zur diesjährigen Petri-Paul-Messe in Raumburg über das Hauptzoll-Amt zu Lügen eingehende Meßfuhrwerk möglichst schnell abzufertigen, soll in den Fällen, wo keine specielle Revision der Ladungen verlangt wird, auch diesmal eine Begleitung derselben von Lügen nach Raumburg und zwar vom 12. bis 26. Juni statt finden.

Die Güter müssen bei dem Haupt-Zoll-Amte zu Lützen jedesmal am Tage vorher bis Abends um 6 Uhr eintreffen, und in der Eingangs-Declaration vollständig nach Colli-Zahl, Inhalt und Gewicht angemeldet werden.

Magdeburg, den 25. Mai 1826.

Königlicher Provincial-Steuer-Director,
Sach.

B e k a n n t m a c h u n g,

das Einreichen der Gesuche und Anträge bei öffentlichen Behörden in unfrankirten Schreiben betreffend.

Es ist öfters bei uns vorgekommen, daß Partheien oder andere Personen, welche sich mit Vorstellungen an uns gewandt haben, solche unfrankirt mit der Post hieher eingesandt haben. Da uns kein Fonds zu Gebote steht, aus welchem solche Porto-Auslagen von uns bestritten werden könnten, es aber auch überhaupt außer allem Geschäfts-Gebrauch ist, daß Privat-Personen ihre Gesuche und Anträge bei öffentlichen Behörden in unfrankirten Schreiben einreichen, so haben wir die Veranstaltung getroffen, daß in allen Fällen, wo dergleichen Gesuche und Vorstellungen unfrankirt hier eingehe, dem Einsender mit der umgehenden Post die Adresse unter Wieder-Einziehung der bei uns dadurch entstandenen Porto-Auslage mittelst Postvorschusses br. m. von unserer Registratur auf seine alleinigen Kosten eingezogen werden wird.

Wir machen dieß zur Achtung für alle diejenigen, welche dieß angeht, hierdurch bekannt, indem sie die im Unterlassungsfalle ihnen entstehenden mehreren Kosten lediglich sich selbst beizumessen haben werden. Hierbei bringen wir auch den von uns beschäftigten Herren Commissarien die schon früher in dieser Beziehung ergangene Verfügung wiederum in Erinnerung, daß sie jedesmal, wenn sie Acten oder Berichte in portopflichtigen Fällen bei uns einreichen, dieß unter frankirter Adresse thun müssen, widrigenfalls auch von ihnen die entstandene Porto-Auslage mittelst Post-Vorschusses sofort wieder eingezogen, und die dadurch entstehenden mehreren Kosten von ihren Personen werden eingefordert werden.

Auch für den Fall machen wir Ihnen dieß zur Pflicht, wenn sie Acten mit ihrer Schlußrechnung bei uns einzureichen haben, in welche sie die für die Einsendung entstehende Porto-Auslage, Ihrem Betrage nach, da ihnen solcher im Voraus nicht bekannt sein kann, nicht aufzunehmen vermögen.

Für diesen Fall erhalten sie hiermit die Anweisung, die Position selbst in die Kosten-Rechnung mit einzutragen, die Stelle für den Betrag aber in der Geld-Colonne der Auslagen offen zu lassen, indem wir alsdann den aus der

Adresse sich ergebenden Porto-Betrag bei der Festsetzung der Kosten-Rechnung nachträglich hier bei uns eintragen lassen und auf diese Weise zur Erstattung für sie bringen werden.

Berlin, den 29. April 1826.

Königliche General-Commission für die Kurmark Brandenburg
und für Sachsen.

B e k a n n t m a c h u n g
wegen Anstellung von Kreis-Thierärzten.

Es sind für den hiesigen Regierungs-Bezirk fünf Kreis-Thierarzt-Stellen mit einem Gehalte von 150 Thalern Höhern Orts fundirt worden.

Wie fordern demnach diejenigen, welche sich als Thierärzte zweiter Classe zu legitimiren vermögen, hierdurch auf, sich zur Anstellung zu melden, und bemerken dabei ausdrücklich, daß Anträge ohne beigeflossene Qualifications- und Approbations-Atteste nicht berücksichtigt werden können.

Gumbinnen, den 16. April 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur Kenntniß des Publicums gebracht.

Merseburg, den 28. Mai 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Am 13. d. M. ist der bisherige Diaconus zu Heldrungen, M. Karl Wilhelm Radisch, in seinem 74sten Lebensjahre und 48sten Dienstjahre gestorben.

Merseburg, den 25. Mai 1826.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

23. Stück.

Merseburg, den 10. Junius 1826.

Allgemeine Gesessammlung:

Das 7te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält unter:

- Nr. 1005. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 29. Mai 1826, wegen Aufhebung der General-Controle der Finanzen und Einrichtung einer Staats-Buchhalterei.
- Nr. 1006. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 20. Mai 1826, betreffend die Aufhebung der Geschlechts-Vormundschaft in dem zur Kurmark gehörigen Lucenwaldeschen Kreise.

B e k a n n t m a c h u n g.

Das unterzeichnete Ministerium hat in Erfahrung gebracht, daß man hin **Nr. 88.** und wieder von der irrigen Ansicht ausgeht: der Beitritt zur Union sei als ein **Den Beitritt** Conversionswechsel zu betrachten, aus welchem, nach Festsetzung des §. 303. Tit. 12. **zur Union** Th. II. des Allgem. Landrechts, der Austritt aus der bisherigen Parochialverbin- **betr.** dung folge.

Um den Mißverständnissen und Streitigkeiten vorzubeugen, die sich aus dieser Meinung entwickeln, findet sich das Ministerium veranlaßt, hierdurch den Grundsatz in Erinnerung zu bringen, daß die Annahme der Union keinesweges als eine Conversionsveränderung anzusehen sei, und mithin der Beitritt zu ihr auch kein Ausscheiden aus dem bisherigen Parochialverbande begründe. Wo in Folge der eingeführten Union eine neue Parochialeintheilung beabsichtigt wird,

da muß dieß durch ein förmliches Uebereinkommen der betreffenden Parochianen und unter Leitung und Zustimmung der Behörden bewirkt werden.

Berlin, den 2. Mai 1826.

Ministerium der Geistlichen-, Unterrichts- und Medicinal-
Angelegenheiten.

(gez.) Freiherr v. Altenstein.

Obige Verfügung wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Magdeburg, den 24. Mai 1826.

Königl. Consistorium und Provinzial-Schul-Collegium.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nr. 89.
Den Woll-
markt in
Magdeburg
betr.

Zufolge der dießfalls ergangenen Allerhöchsten Bestimmungen, wird die Königl. Seehandlung ein Wolldepot und ein Darlehn- und Verpfändungs-Geschäft für den bevorstehenden Wollmarkt zu Magdeburg einrichten, um denjenigen, welche ihre Wolle nicht verkaufen können und wollen, bis zu 60 Procent der Marktpreise Vorschüsse zu machen. Es wird hiernächst von den Wollproducenten, welche deponiren, abhängen, ob sie ihre Wolle bis zum 1. November dieses Jahres zurücknehmen, resp. selbst darüber disponiren, oder der Königl. Seehandlung zu deren Verbrauch in's Ausland Auftrag geben wollen. Dem erhaltenen Auftrage gemäß, bringen wir vorsehende Allerhöchste Bestimmung zur allgemeinen Kenntniß des Publicums.

Merseburg, den 2. Junius 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 90.
Taxe für Me-
dicinal-Per-
sonen betr.

In Ansehung der Taxe für die Medicinal-Personen vom 21. Junius 1815 ist durch ein Rescript des Königl. Ministerii der Geistlichen-, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten, Folgendes nachträglich festgesetzt:

- 1) ad Nr. 26. Tit. I. der Taxe. Für die bloße Besichtigung einer Leiche ist dem Arzte ein bis zwei Thaler zu fordern zu gestatten;
- 2) ad Nr. 1. und 74. Tit. II. Von dem Sage, welchen die Taxe dem Wund-
ärzte für Verbände in der Wohnung des Kranken aussetzt, stehen demselben, nach Analogie der Ministerial-Verfügung vom 18. Februar 1824

(Amteblatt Nr. 48. g. J.), zwei Deltscheit zu, wenn er diese Manual-Hülfe in seiner Wohnung vornimmt;

- 3) für Ausfertigung eines Krankheits-Attestes kann der Wundarzt 10 bis 20 Ego. liquidiren;
- 4) für die Reposition und den ersten Verband eines gebrochenen Ober- und Unterarms dürfen 2 bis 4 Thaler in Ansatz gebracht, und
- 5) für die Section einer Leiche, wenn Privat-Personen dieselbe verlangen, 2 bis 4 Thaler angerechnet werden;
- 6) den Thierärzten zweiter Classe oder den Kreisthierärzten stehen für Abwartung eines gerichtlichen Termins, für das Verschreiben eines Receptis in eigener Wohnung 20. dieselben Sätze zu, welche die Medicinal-Taxe in gleichen Verhältnissen den Wundärzten dafür aussetzt.

Merseburg, den 5. Junius 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Bekanntmachung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

In Folge unserer Bekanntmachung vom 28. Februar dieses Jahres, haben bereits mehrere Untergerichte und einzelne Untergerichts-Justizbeamten zweifelhafte Rechtsfragen, Lücken und Widersprüche in der Gesetzgebung zur Sprache gebracht und gutachtliche Vorschläge für die Revision der Gesetzgebung eingebracht. Die Benützung dieser Arbeiten wird jedoch, nach dem dießfälligen Re-scripte des Herrn Justiz-Ministers vom 10^{ten} d. M., dadurch sehr erschwert, daß die Bemerkungen nicht nach den einzelnen Titeln der Gesetzbücher von einander getrennt sind. Diese Trennung wird daher den Untergerichten und Justizbeamten unseres Departements, welche dergleichen Vorschläge einsenden, dringend hierdurch empfohlen.

Raumburg, den 26. Mai 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

N a c h r e i f u n g

D E R

im Monate Mai 1826

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks be-
 kannten Durchschnitts Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürf-
 nisse, ingleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e .								H ü l f e n f r ü c h t e .						R a u c h f u t t e r .												
	Weizen		Koggen		Gerste		Hafer		Gerse		Erbſen		Linsen		Kartoffeln	Heu	Stroh										
	der Preußiſche Eſſel								der Preußiſche Eſſel						Schfl.	à Cent.	à Schock										
	℥	ſa.	3.	℥	ſa.	3.	℥	ſa.	3.	℥	ſa.	3.	℥	ſa.	3.	℥	ſa.	3.									
1 Merſeburg	1	1	8	—	17	7	—	15	2	—	11	5	—	—	26	3	1	10	—	25	—	2	15				
2 Halle	1	5	9	—	20	8	—	15	8	—	12	6	4	20	—	1	10	—	2	6	—	15	—	5	—		
3 Naumburg	1	1	5	—	19	1	—	14	1	—	12	—	5	—	1	12	—	2	—	1	8	—	26	—	5	19	
4 Torgau	1	5	9	—	25	9	—	17	6	—	15	9	5	—	1	10	—	4	—	10	—	20	—	5	—		
5 Wittenberg	1	5	1	—	23	7	—	20	—	—	15	2	—	—	1	20	—	2	20	—	17	6	—	5	29		
6 Cisleben	1	—	—	—	20	10	—	15	6	—	14	7	4	—	1	10	—	2	10	—	15	—	21	5	5	5	
7 Zeitz	1	5	—	—	22	—	—	15	—	—	12	6	2	25	—	1	5	—	1	5	—	15	—	20	—	4	22
8 Quersurth	—	29	6	—	17	6	—	14	6	—	12	6	5	20	—	1	1	5	—	1	1	5	—	15	—	2	15

Merseburg, den 5. Juni 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

U m t z = B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

24. Stück.

Merseburg, den 17. Junius 1826.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Die Herren Superintendenten haben ihre Gesuche um Urlaub theils bei Nr. 91: dem Königl. Consistorio der Provinz Sachsen in Magdeburg, theils bei uns eingereicht. Um hierin eine Gleichförmigkeit zu beobachten, sind wir mit der genannten Behörde dahin übereingekommen, daß zunächst bei uns dieser Urlaub nachgesucht und innerhalb der durch die Geschäftsanweisung vom 31. December v. J. bestimmten Grenzen auch von uns erteilt werde, wovon wir dann nach Befinden der Umstände das Königl. Consistorium in Kenntniß setzen werden.

Die Herren Superintendenten werden daher veranlaßt, in vorkommenden Fällen nach obiger Bestimmung sich zu achten.

Merseburg, den 9. Junius 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Es ist bei den Königl. Höfen Ministerien des Innern und des Kriegs zur Anfrage gekommen: Nr. 92.

ob die Anmeldung zum einjährigen freiwilligen Militair-Dienste vor vollendetem 19ten Jahre geschehen müsse oder auch noch innerhalb des 20sten Lebensjahres angenommen werden könne?

und darauf von gedachten Königl. Höfen Ministerien festgesetzt worden, daß diese Anmeldungen jedesmal vor dem ersten August des Jahres, in welchem die Alters-Classe, zu der die betreffenden Individuen gehören, zum ersten Male zur Erfass-Aushebung concurrirt, erfolgen sollen, bis zu jenem Schluß-

Den Zeitpunkte der Anmeldung zum einjährigen freiwilligen Militair-Dienste betreffend.

Termine aber allgemein von der Prüfungs-Commission angenommen werden können. Indem wir dieß hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen, bemerken wir zugleich, daß alle dergleichen Anmeldungen bei der, in Gemäßheit unserer Bekanntmachung vom 17. April d. J. (dießjähriges Amtsblatt pag. 145.), hier niedergelegten Prüfungs-Commission erfolgen müssen und diejenigen Militairpflichtigen, welche sich von jezt ab bei solcher nicht vor gedachtem Zeitpuncte melden, die Begünstigung des einjährigen Dienstes nicht weiter in Anspruch nehmen können.

Merseburg, den 13. Junius 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

V e r z e i c h n i s s

der im Jahre 1825 approbirten Medicinal-Personen.

I. Practische Wundärzte:

- 1) Carl Ludwig Hamhann, als ausübender Wundarzt zweiter Classe, zu Halle, approbirt den 29. Julius 1825;
- 2) Carl Ulrich, als Wundarzt in einer kleinen Stadt oder auf dem Lande, zu Brehna im Bitterfelder Kreise, approbirt den 10. Januar 1825;
- 3) Friedrich Wiegand, als ausübender Wundarzt in einer kleinen Stadt oder auf dem Lande, zu Pretzin im Torgauer Kreise, approbirt den 20. Januar 1825;
- 4) Johann Gottlob Kresse, als Wundarzt in einer kleinen Stadt oder auf dem Lande, zu Zeitz in demselben Kreise, approbirt den 10. Januar 1825;
- 5) Friedrich August Rathmann, als Wundarzt in einer kleinen Stadt, zu Delitzsch in demselben Kreise, approbirt den 2. Julius 1825.

II. Apotheker:

- 1) Gottfried Benjamin Reifig, zu Schloßheldrungen im Eckartsbergaer Kreise, als Apotheker in einer kleinen Stadt, approbirt den 11. Januar 1825;
- 2) August Gebhardt, zu Löbejün im Saalkreise, als Apotheker in einer kleinen Stadt, approbirt den 24. Januar 1825;
- 3) Franz August Struwe, zu Schraplau im Mannsfelder Seekreise, als Apotheker in einer kleinen Stadt, approbirt den 24. Januar 1825;
- 4) Friedrich Carl Gottlob Häßler, zu Eisleben in demselben Kreise, als Apotheker in einer kleinen Stadt, approbirt den 25. Julius 1825;

- 5) Johann Friedrich Ferdinand Müller, zu Schaffstädt im Merseburger Kreise, als Apotheker in einer kleinen Stadt, approbirt den 25. Julius 1825;
- 6) Johann Friedrich Gottbold Schieb, zu Merseburg, als Apotheker in einer kleinen Stadt, approbirt den 6. October 1825.

III. Geburtshelfer:

- 1) der practische Arzt und Operateur, D. Carl Ernst Friedrich Wartsch, zu Lützen im Merseburger Kreise, approbirt den 3. Februar 1825;
- 2) der practische Arzt, D. Ernst August Gieseke, zu Schmiedeberg im Wittenberger Kreise, approbirt den 13. Januar 1825;
- 3) der practische Wundarzt, Wilhelm Ferdinand Riethe, zu Wittenberg, approbirt den 13. Januar 1825;
- 4) der practische Wundarzt, Carl Ulrich, zu Drebna im Bitterfelder Kreise, approbirt den 13. Januar 1825;
- 5) der practische Arzt und Operateur, D. Friedrich Wilhelm Köppe, zu Belgern im Torgauer Kreise, approbirt den 15. Julius 1825;
- 6) der practische Arzt, D. Moriz Adolph Eduard Pocar, zu Wittenberg, approbirt den 21. December 1825.

IV. Thierärzte:

der Thierarzt, Wilhelm Damiß, zu Wittenberg, als Kreisethierarzt für den Wittenberger und Bitterfelder Kreis, approbirt den 10. März 1825.

(Der Beschluß folgt.)

B e k a n n t m a c h u n g.

Daß die Hypotheken-Tabellen über die Immobilien des Patrimonial-Gerichts über Wainsdorf fertig sind und zur Einsicht der Interessenten vom 1. Julius bis 1. September dieses Jahres in der Gerichts-Expedition des unterzeichneten Justitiars zu Mühlberg bereit liegen, solches wird mit dem Bemerken hiermit öffentlich bekannt gemacht, daß nach Ablauf dieser Frist keine Erinnerungen dagegen weiter Statt finden.

Haus Merzdorf, den 6. Junius 1826.

Das von Weißenbachsche Patrimonial-Gericht über Wainsdorf.

Schred.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Der bisherige Diaconus zu Brehna, Carl Friedrich Große, ist als Pfarrer zu Großosterhausen mit Kleinosterhausen und Sittichenbach, Ephorie Quersurth, angestellt.

Merseburg, den 2. Junius 1826.

Der bisherige Archidiaconus zu Remberg, August Ferdinand Winkler, ist als Pfarrer zu Rahnsdorf mit Werkjahne, angestellt worden.

Merseburg, den 8. Junius 1826.

- 1) Der Oberlandes-Gerichts-Referendar, Christoph Friedrich Wilhelm Günther, ist unter dem 27. April c. zum Gerichts-Amtmann in Heringen, an des versetzten Fleischhauer Stelle, ernannt;
- 2) der Candidat der Rechte, Anton Geißler, ist den 6. Mai c.; der Candidat der Rechte, Wilhelm Ferdinand Casar, den 9. Mai c., und der Candidat der Rechte, Friedrich Herrmann Leonhard, den 12. Mai c. zum Auscultator bestellt;
- 3) der bei dem Stadgerichte zu Potsdam bisher beschäftigte Assessor, Adolph Heinrich Carl Müller, ist unter dem 18. d. M. als Assessor zu dem Landgerichte in Wittenberg versetzt.

Raumburg, den 30. Mai 1826.

Der Gutsbesitzer Kühne zu Thal bei Eilenburg ist von der General-Commission für die Kurmark Brandenburg und für Sachsen als Kreis-Doniteur gewählt und dazu ein- für allemal vereidigt worden.

Berlin, den 17. Mai 1826.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

25. Stück.

Merseburg, den 23. Junius 1826.

B e k a n n t m a c h u n g.

Nachstehendes Rescript des Herrn Justiz-Ministers Excellenz vom 21. vorigen Nr. 93.
und 5. dieses Monats: Die als Au-

Aus den Beschwerden der Gerichte hat der Justiz-Minister erfahren, daß die als Auscultatoren angestellten Rechtscandidaten der Regel nach ohne alle Kenntniß von dem practischen Theile der Rechtswissenschaft und den vaterländischen Gesetzen, namentlich der Gerichts-Ordnung und des Landrechts, in den Dienst treten, und ihre Bildung für den Dienst, so wie die Bekanntmachung mit den Landesgesetzen, ganz von dem Dienste als Auscultatoren erwarten. Diese Verhältnisse gereichen den Gerichten, bei welchen die Candidaten als Auscultatoren angestellt werden, eben so sehr zur Beschwerde, als sie den Candidaten selbst Nachtheil bringen, und ihre Bildung zum Referendar verzögern. Es ist daher notwendig, daß die Rechtscandidaten sich schon vor dem Eintritt in den Dienst mit dem allgemeinen Landrecht und der Gerichts-Ordnung bekannt machen, und es wird dem Königl. Oberlandesgericht zur Pflicht gemacht, bei den Prüfungen der Candidaten pro Auscultatura sich davon zu unterrichten, ob dieselben auch schon mit dem vaterländischen Rechte und mit der Gerichts-Ordnung bekannt sind, und es ist das Resultat in das Examinations-Protocoll einzutragen. Nach der von dem Königl. Ministerium der Unterrichts-Angelegenheiten dem Justiz-Minister erteilten Auskunft, haben bisher schon die Candidaten Gelegenheit gehabt, sich durch die von Zeit zu Zeit auf den Preussischen Universitäten gehaltenen Vorlesungen über das vaterländische Recht, Kenntnisse desselben zu erwerben, und es läßt sich daher auch voraussetzen, daß die Rechtscandidaten auch eine Prüfung über die Kenntniß desselben bestehen können. Indes will der Justiz-Minister zur Zeit die Anstellung der Candidaten als Auscultato-

sculatoren
angestellen,
den Rechts-
candidaten
betreffend.

ren noch nicht von dem günstigen Resultat ihrer Prüfung über das Landrecht und die Gerichts-Ordnung abhängig machen, und es können die Gerichte die Unbekannthschaft mit dem Landrechte und der Gerichts-Ordnung jetzt noch übersehen, wenn der Candidat selbst noch nicht Collegia über das vaterländische Recht gehört hat. Dieß kann aber nur so lange geschehen, als die Candidaten selbst noch nicht von der Anordnung, daß sie sich mit dem vaterländischen Rechte schon auf der Universität bekannt machen müssen, in Kenntniß gesetzt werden, und Zeit gehabt haben, das Versäumte nachzuholen. In dieser Hinsicht ist das Königl. Ministerium der Unterrichts-Angelegenheiten von dieser Bestimmung in Kenntniß gesetzt, und da dieses für die Bekanntmachung derselben sorgen und dahin wirken wird, daß auf den Universitäten von Michaelis d. J. ab, regelmäßig Collegia über das Preuß. Landrecht und die Gerichts-Ordnung gelesen werden; so bestimmt der Justiz-Minister, daß vom 1. Januar 1828 an, kein Candidat zum Auscultator-Examen zugelassen werden soll, welcher nicht durch seine Universitäts-Zeugnisse nachweise, Collegia über vaterländisches Recht gehört zu haben, und im Examen belegt, daß er dasselbe mit Nutzen studirt habe. Das Königliche Oberlandesgericht wird aber zugleich angewiesen, dahin zu sehen, daß die Candidaten durch das Studium des Landrechts und der Gerichts-Ordnung nicht verleitet werden, die Collegia zu versäumen, welche die Kenntniß des römischen, canonischen und des deutschen Privatrechts, Criminal-, lehn-, Staats- und Natur-Rechts gewähren und zur gelehrten und gründlichen Bildung des Juristen unumgänglich nothwendig sind. Es ist deshalb bei der Prüfung der Candidaten auch ferner auf die genaue Bekannthschaft mit diesen Rechten und der Geschichte des Rechts und der Verfassungen zu sehen.

Berlin, den 21. Mai 1826.

Der Justiz-Minister,

(gez.) Graf v. Dänkelmann.

In

Ein Königl. Ober-Landes-Gericht
zu Raumburg.

wird hierdurch öffentlich bekannt gemacht.

Raumburg, den 9. Juni 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Bekanntmachung.

Der ehemals Sächsischen, jetzt Preussische, verloosbare, im leipziger Neujahrs-
markte des Jahres 1764 ausgestellte, mit Litt. C. und Nr. 5056. bezeichnete,
auch auf die Summe von Zweihundert Thalern Conventions-Geld, so wie auf
jeden Inhaber lautende, und dem Kirchen-Aerario zu Geußnitz im Zeißer Kreise
angehörige Steuer-Credit-Cassen-Schein, soll bereits vor längerer Zeit, ohne
daß diese angegeben werden kann, auf unbekannte Weise, jedoch ohne Talon und
Coupons, verloren gegangen sein, und jetzt auf Antrag der Kirchen-Inspection
zu Geußnitz, Behufs der Amortisation, öffentlich aufgeboten werden.

Nach Vorschrift der Gesetze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht,
und werden diejenigen, welche auf gedachten Steuer-Schein aus irgend einem
Grunde Anspruch zu haben vermeynen, aufgefordert, sich in dem Zeitraume von
jetzt bis mit Ostern 1829 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, am 14. Junius 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung.
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

Verordnung der Königl. Regierung.

Sämmtliche resp. vormalige und noch fungirende Accise-, Steuer-, Post-, Nr. 94.
Rent-, Domainen-, Justiz-, Bloß- und andere Beamte, welche zur Königl. Aufforderung
Sächsischen Rentkammer: in Dresden baare und von Preußen zur Vertretung zur Erhebung
übernommene Cautionen bestellt haben, werden hierdurch aufgefordert, alle rück- v. Cautionen
ständigen Zinsen davon unfehlbar bis zu Michaelis d. J. bei unserer Hauptcasse, Zinsen betr.
unter Einreichung der nöthigen Quittungen und Vorzeigung des Interims-Recog-
nitionscheins, zu erheben.

Hierbei wird denselben nochmals eröffnet, daß die Zinsen von solchen Cau-
tionen in der Regel am 1. April und 1. October erhoben werden sollen, und daß,
wenn die Abhebung am Oster-Termine nicht erfolgt ist, sie doch jedenfalls am
Michaelis-Termine mit erfolgen muß; die Quittungen können also entweder ein
halbes Jahr oder ein ganzes Jahr, und zwar den Zeitraum von Michaelis bis
zu Michaelis umfassen, aber nicht den Zeitraum von Ostern bis zu Ostern.
Alle Quittungen müssen genau den Zeitraum bezeichnen, für welchen die Zinsen
empfangen werden; sie sind stempelpflichtig, sobald die quittirte Summe 50 Thlr.
und darüber beträgt.

Diejenigen Cautionairs oder deren Erben, welche der vorstehenden Verfügung nicht nachkommen und in der Erhebung ihrer Cautionszinsen nachlässig sind, haben sich die nachtheiligen Folgen davon selbst zuzuschreiben.

Sollte der eine oder der andere Cautionair ungewiß sein, ob die Zinsen von seiner Caution zahlbar oder nicht zahlbar sind, so hat er deshalb schriftlich bei uns anzufragen. Diese Anfrage ist stempelfrei.

Merseburg, den 8. Junius 1826.

Königl. Preuß. Regierung. Cassen-Verwaltung.

B e k a n n t m a c h u n g .

Nach unserm Publicando vom 29. November v. J., war das Handlungshaus Reichenbach et Comp. in Leipzig beauftragt, die Zinsen von den außerhalb Landes coursirenden Staats-Schuld-Scheinen zu zahlen. Wir haben indessen Veranlassung gehabt, diesen Auftrag zurückzunehmen, und solchen dem Handlungshause Frege et Comp. in Leipzig zu erteilen; wovon wir das Publicum hierdurch mit dem Bemerken benachrichtigen, daß das letztgenannte Handlungshaus ganz in derselben Art, wie das erwähnte Publicandum besagt, nicht nur die den 1. Julius d. J. fällig werdenden, sondern auch die ferneren Zinsen von Staats-Schuld-Scheinen, gegen Einlieferung der betreffenden Zins-Coupons, in Leipzig zahlt, und Zins-Coupons von Staats-Schuld-Scheinen, deren Realisation allein in Leipzig gewünscht wird, in der bisherigen Art mit einem rothen Stempel versieht.

Berlin, den 28. Mai 1826.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Durch Allerhöchste Cabinets-Ordres, haben Se. Majestät der König den bisherigen Regierungs-Rath v. Krosigk zum Ober-Regierungs-Rath und Dirigenten der Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen, desgleichen den bisherigen Regierungs-Rath D. Vessel zum Ober-Regierungs-Rath und Dirigenten der Finanz-Abtheilung; ferner den Regierungs-Assessor Hanewald und den Rechnungs-Rath Bümel zu Regierungs-Räthen bei der Königl. Regierung hieselbst zu ernennen geruht.

Von der Königl. Regierung zu Erfurt wurden der Regierungs-Rath Fleischhauer und von der Königl. Regierung zu Magdeburg der Regierungs-Rath Schönwald, in gleicher Eigenschaft zur Königl. Regierung hieselbst versetzt.

Merseburg, den 20. Junius 1826.

A m t s : B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

26. Stück.

Merseburg, den 1. Julius 1826.

B e k a n n t m a c h u n g.

Seit der Bekanntmachung vom 12. Februar d. J., wornach des Königs Majestät zur Erhaltung und Herstellung der hiesigen Dom-Kirche 60,000 Thaler aus Allerhöchst Ihrer Chatouille anweisen zu lassen geruhet haben,

ist Sr. Königl. Majestät der nähere Plan zur Ausführung dieses Reparatur-Waues vorgelegt und dessen Vertheilung auf 9 Jahre vorgeschlagen.

Des Königs Majestät haben hierauf in Gnaden geruhet, den ganzen Plan, welcher auf die Kosten-Summe von 204,000 Thalern abschließt, und die Vertheilung der Arbeiten auf 9 Jahre im Allgemeinen zu genehmigen.

In tiefster Dankbarkeit werden die ganze Provinz und diese Stadt, so wie die evangelische Kirche diese Allerhöchste Huld des Allergnädigsten Königs annehmen und verehren.

Magdeburg, den 21. Junius 1826.

Der Geheime Staats-Minister
v. Kewitz.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Lauchstädt verdankt seinen frühern Ruf als Badeort dem großen Halle'schen Arzte Friedrich Hoffmann. Die dortigen Eisenquellen, von ihm als sehr wirksam empfohlen, erfreuten sich bald des besondern landesherrlichen Schutzes, so daß es ihnen nicht an den wesentlichen Anlagen fehlte, durch die der Gebrauch derselben erleichtert und gefördert wird. Sie verdienen auch diese Vorsorge wegen ihrer bald anerkannten Wirksamkeit, denn sie sind reich an kohlensaurem Eisen. Eine Badewanne mittlerer Größe, mit dem lauchstädter Mineralwasser gefüllt, enthält 2 1/2 Quentchen dieses feinen Eisensalzes, welches unstreitig leichter

von den einsaugenden Gefäßen aufgenommen wird, als das schwefelsaure Eisen, das man in neuern Zeiten ohne zureichenden Grund als einen vorzüglichen Bestandtheil der Eisenquellen hervorzuheben bemüht ist. Ein sehr zweckmäßig angelegter Douche-Apparat hat seit 1780 sich als höchst wirksam bei allgemeinen Lähmungen und Schwächen einzelner Theile vollkommen bewährt. Nicht nur der vorige Badearzt, D. Koch, hat in seiner prunklosen Darstellung der Heilsamkeit des lauchstädt. Bades hierüber beachtungswerthe Beobachtungen zusammengestellt, sondern auch der jetzige, der Medicinalrath D. Senckelsen, hat Gelegenheit gehabt, ihre Zahl ansehnlich zu vermehren. Die meisten betreffen glückliche Heilungen nicht allein in Fällen, wo örtliche Schwäche und Steifheit in den Gliedmaßen nach Gicht und Rheumatismen zurückgeblieben war, sondern auch in solchen, wo allgemeine Schwäche nach Schlagflüssen und anhaltenden Krämpfen entstand oder eine beschränkte Thätigkeit in innern Organen zu hartnäckigen Hypochondrien, Blurflüssen und Blennorrhöen Gelegenheit gegeben hatte. Die glücklichen Erfolge der Douche- und Bädakuren zu lauchstädt haben noch immer dessen Quellen die landesherrliche Vorforge erhalten. Die Badegäste finden theils in ihren Quartieren die nöthigen Einrichtungen zu Bädern, theils in einem neu erbauten Badehause, das acht bequeme Zimmer mit Zinkbadewannen enthält. Die Lage lauchstädes in einer fruchtbaren gesunden Ebene ist, wie allgemein bekannt ist, seinen Badegästen sehr günstig. Die Nähe der Städte Leipzig, Halle, Merseburg, Naumburg und Freiburg verschafft ihnen zugleich die Befriedigung aller Bedürfnisse, welche sie nach der Natur ihrer Leiden fordern und suchen dürfen.

Merseburg, den 22. Junius 1826.

Königlich Preussische Regierung.

Wir haben, auf den Grund eingezogener Ephoral-Berichte, nachstehende tabellarische Uebersicht über die bei den Communal-Schulen des hiesigen Regierungs-Bezirks, innerhalb der 10 Jahre von 1816 bis 1825, bewirkten äußeren Verbesserungen anfertigen lassen, und bringen dieselbe hiermit zur öffentlichen Kenntniß, in der Hoffnung, daß die Resultate den Lesern erfreulich sein, und sie in der Ueberzeugung, daß die Behörden auch für Verbesserung des Innern beim Schulwesen nach Kräften fortwirken, befestigen werden.

Die Unterstützungen, welche den einzelnen Schulen, sowohl durch die Communen, als auch durch einzelne Freunde und Beförderer des Guten zu Theil worden sind, haben in das tabellarische Verzeichniß nicht namentlich aufgenommen werden können. Wir sagen dafür den Veberrn allen den verdienten Dank.

Merseburg, den 21. Junius 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

N a c h w e i s u n g

der

verbesserten Einrichtungen bei den Communal-Schulen

des

Regierungs-Bezirks Merseburg

in

den 36en Jahren von 1816 bis 1855.

Kaufende Nummer.	Ephorie.	1. Zahl der Pfarreien.	2. Wie viel neue Schulstellen errichtet?	3. Wie viel Wandel. Schulen fuirt worden?	4. Wie viel unconfirmirte Schulstellen in confirmirte verwandelt?	5. Wie viel Karteseten. Schulen zu Schulmeister. Schulen erhoben?	6. Wie viel Schulhäuser neu gebaut und eingerichtet?	7. Wie viel Schulhäuser wesentlich verbessert?	8. Wie viel Schullehrer in ihren Einkünften verbessert?	9. In wie viel Schulen neue Lehr- oder Lehrbücher oder andere Lehrmittel angeschafft?
1	Artern	12	2	—	—	—	3	3	7	21
2	Bitterfeld . .	18	1	—	—	—	5	2	22	6
3	Elbden	2	—	—	—	—	1	—	3	6
4	Eönnern . . .	19	2	—	—	—	4	9	15	17
5	Delitzsch . . .	56	—	7	—	—	8	2	4	80
6	Eckartsberga .	24	—	4	—	1	8	9	22	32
7	Eilenburg . .	23	1	2	—	5	8	5	15	52
	Latus	154	6	13	—	6	37	30	88	214

10. Wie viel Schullehrer = Cons- ferenzen besetzen?	11. Wie viel Gesangsvereine unter den Lehrern besetzen?	12. Wie viel kirchliche Sängers- Chöre besetzen?	13. Wie viel Les- und Bibliotheken für die Schullehrer besetzen?	14. Wie viel Gesynoden unter den Schullehrern besetzen?	15. Wie viel Schulklassen in der Eparchie?			Bemerkungen.
					Nicht confirmirte.	Confirmirte.	Summa.	
2	—	15	1	1	5	19	22	Wandelschulen, die nur bei nicht- confirmirten Schulklassen Statt finden können, aber bei weitem nicht überall Statt finden, giebt es hier nicht.
1	5	8	1	2	10	34	44	Es giebt nur noch drei Wandels- schulen in dieser Eparchie.
1	—	2	1	1	—	6	6	
2	1	23	2	5	3	37	40	Keine Wandelschulen.
—	—	91	—	1	47	44	91	Die Zahl in der 9. Rubrik ist nur als ungefähre Summe angege- ben.
6	—	18	1	1	14	30	44	
1	5	20	1	1	21	43	64	
15	7	175	7	10	98	213	311	

Laufende Nummer.	Ephorie.	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
		Zahl der Pfarochien.	Wie viel neue Schulstellen errichtet?	Wie viel Wandel = Schulen fuxirt worden?	Wie viel unconfirmirte Schuls tellen in confirmirte verwandelt?	Wie viel Katecheten = Schuls ten in Schulfmeifter = Schuls ten erhoben?	Wie viel Schulhäuser neu ge= baut und eingerichtet?	Wie viel Schulhäuser wesent= lich verbessert?	Wie viel Schullehrer in ihren Einkünften verbessert?	In wie viel Schulen neue Lehr= oder Lehrbücher oder andere Lehrmittel angeschafft?
8	Transport	154	6	15	—	6	57	30	88	214
	Eisleben . . .	18	7	—	—	—	3	8	12	25
9	Erfsterwerda .	10	1	1	—	—	5	4	5	22
10	Ermisleben . .	6	—	—	—	—	1	4	2	12
11	Freiburg . . .	44	—	8	1	1	11	1	30	63
12	Verbstädt . . .	16	—	—	—	—	5	1	4	16
13	Gräfenhainchen	3	—	—	—	—	4	—	11	11
14	Erste Hallische	16	1	1	—	—	5	4	24	10
	Latus	247	15	23	1	7	67	52	176	578

10. Wie viel Schulzöcher = Con- ferenzen besetzen?	11. Wie viel Gesangsvereine unter den Lehren besetzen?	12. Wie viel kirchliche Sängers- Chöre besetzen?	13. Wie viel Kasse-Büchereien für die Schulzöcher besetzen?	14. Wie viel Lesestellen unter den Schulzöchern besetzen?	15. Wie viel Schulstellen in der Epheorie?			Bemerkungen.
					Nicht confirmirte.	Confirmirte.	Summa.	
13	7	175	7	10	98	215	311	Keine Wanderschulen.
—	2	27	2	1	3	34	57	
4	2	14	2	1	14	15	29	
—	—	6	—	1	—	11	11	
7	—	54	1	1	13	62	75	
1	2	16	—	1	12	19	31	Bei einigen Nebenschulen sind blei- bende Vocale miersweise beschafft worden.
3	1	1	1	1	—	11	11	
1	3	26	1	1	7	26	33	
29	17	319	14	17	147	391	538	

Kaufende Nummer.	Ephorie.	1. Zahl der Parochien.	2. Wie viel neue Schulkstellen errichtet?	3. Wie viel Wandel - Schulen stirnt worden?	4. Wie viel unconfirmirte Schuls- stellen in confirmirte ver- wandelt?	5. Wie viel Katechetes - Schu- len zu Schulmeister - Schu- len erhoben?	6. Wie viel Schulhäuser neu ge- bant und eingerichtet?	7. Wie viel Schulhäuser wesente- lich verbessert?	8. Wie viel Schullehrer in ihren Einkünften verbessert?	9. In wie viel Schulen neue Lehr- er oder Gesellen oder andere Mittel angekauft?
15	Transport Zweite Hallesche	247 22	15 9	25 2	1 7	7 —	67 3	52 7	176 7	578 16
16	Reformirte Su- perintendentur zu Halle . .	2	1	—	—	—	—	—	1	—
17	Helldringen . .	25	—	—	1	—	12	11	10	28
18	Herzberg . . .	15	—	—	5	5	5	9	22	31
19	Neßten	15	1	—	—	5	3	6	25	19
20	Kelbra	15	—	—	—	—	1	—	6	23
21	Kernberg . . .	12	—	—	—	1	2	3	2	17
	Latus	551	26	25	12	16	95	88	247	512

10. Wie viel Schullehrer = Con- ferenzen besuchen?	11. Wie viel Gesangsvereine unter den Lehrern besuchen?	12. Wie viel kirchliche Sängers- Chöre besuchen?	13. Wie viel Leses-Bibliotheken für die Schullehrer besuchen?	14. Wie viel Leseskreise unter den Schullehrern besuchen?	15. Wie viel Schulstellen in der Ephorie?			Bemerkungen.
					Nicht confirmirt.	Confirmirt.	Summa.	
29 4	17 1	319 18	14 1	17 2	147 18	391 40	538 58	
—	—	—	—	—	—	—	—	
2	2	30	3	2	2	32	34	
3	1	19	1	1	10	21	31	
2	—	14	1	2	8	37	45	
2	—	4	—	1	—	23	23	
1	2	11	1	1	5	27	32	Keine Wanderschulen.
43	23	415	21	26	190	571	761	

Laufende Nummer.	Ephorie.	1. Zahl der Pfarochien.	2. Wie viel neue Schulsstellen errichtet?	3. Wie viel Wandel: Schulen fiirt worden?	4. Wie viel unconfirmirte Schulsstellen in confirmirte verwandelt?	5. Wie viel Katecheten: Schulslen in Schulmeister: Schulslen erhoben?	6. Wie viel Schulhäuser neu gebaut und eingerichtet?	7. Wie viel Schulhäuser wesentlich verbessert?	8. Wie viel Schullehrer in ihren Einkünften verbessert?	9. In wie viel Schulen neue Lehrer oder Lehrbücher oder andere Lehrmittel angeschafft?
22	Transport Liebenwerda .	351 9	26 1	25 —	12 2	16 —	93 5	88 4	247 8	512 37
23	Mansfeld . .	18	1	1	—	—	11	4	5	17
24	Merseburg . .	57	6	9	1	1	16	14	10	78
25	Geistl. Inspection Schul-Pforta . . .	1	—	—	—	—	—	—	—	2
26	Quersfurth . .	12	1	—	—	—	—	3	—	2
27	Sangerhausen	29	1	—	—	—	10	2	20	40
28	Schlieben . .	8	—	—	—	—	3	7	1	11
	Latus	485	36	35	15	17	138	122	291	699

10. Wie viel Schullehrer, Con- ferenzen besitzen?	11. Wie viel Gesangsvereine unter den Lehrern besitzen?	12. Wie viel kirchliche Chöre besitzen?	13. Wie viel Les- und Bibelschulen für die Schullehrer besitzen?	14. Wie viel Lesesirkel unter den Schullehrern besitzen?	15. Wie viel Schulfstellen in der Eparchie?			Bemerkungen.
					Nicht confirmirt.	Confirmirt.	Summa.	
43	23	415	21	26	190	571	761	
1	4	14	1	1	22	15	37	Keine Wanderschulen.
1	—	28	—	1	—	30	30	
12	5	65	6	7	14	78	92	
—	—	1	—	1	1	1	2	Keine Wanderschule.
—	—	6	—	1	3	20	23	
3	2	17	1	6	1	44	45	
—	—	3	1	1	7	15	22	
60	34	549	30	44	238	774	1012	

Laufende Nummer.	Ephorie.	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
		Zahl der Parochien.	Wie viel neue Schulsellen errichtet?	Wie viel Wandel: Schulen fixirt worden?	Wie viel unconfirmirte Schulsellen in confirmirte verwandelt?	Wie viel Katcheten: Schulsellen in Schulmeister: Schulsellen erhoben?	Wie viel Schulhäuser neu gebaut und eingerichtet?	Wie viel Schulhäuser merkentlich verbessert?	Wie viel Schullehrer in ihren Einkünften verbessert?	In wie viel Schulen neue Lehr- oder Lehrbücher oder andere Lehrmittel angeschafft?
29	Transport Schraplau . .	485 9	36 —	35 —	15 —	17 —	138 3	122 3	291 1	699 3
30	Seyda	6	—	2	—	—	1	5	1	12
31	Torgau	43	12	1	1	—	14	8	24	82
32	Weißenfels . .	52	5	4	—	—	9	12	15	65
53	Wittenberg . .	8	2	—	—	—	7	2	14	20
34	Zahna	10	1	—	—	—	1	2	4	21
35	Raumburg-Beiß	52	1	4	1	1	11	11	24	43
	Summa	665	57	46	17	18	184	163	374	943

Merseburg, den 21. Junius 1826.

10.	11.	12.	13.	14.	15.			Bemerkungen!
Wie viel Schullehrer = Conferenzen besuchen?	Wie viel Gesangsvereine unter den Lehrern besuchen?	Wie viel kirchliche Sängers Chöre besuchen?	Wie viel Les- und Bibliotheken für die Schullehrer besuchen?	Wie viel Leszirkel unter den Schullehrern besuchen?	Wie viel Schulstellen in der Eparchie?			
					Nicht confirmirte.	Confirmirte.	Summa.	
60	34	549	30	44	258	77 1/2	1012	
—	—	10	—	1	1	16	17	
1	1	3	1	1	4	8	12	
—	—	43	—	—	16	72	88	Schullehrer = Conferenzen sind in der ganzen Eparchie angeordnet. Wandelschulen giebt es nicht mehr.
13	7	59	1	3	31	66	97	
16	2	6	2	8	1	24	25	
—	—	1	1	1	6	15	21	
2	—	18	4	9	19	62	81	
92	44	629	39	67	316	1037	1353	

Bekanntmachung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Sämmtliche Untergerichte unseres Departements werden auf das, durch die Königl. Provinzial-Steuer-Direction zu Magdeburg, am 6. Mai 1826 in dem Amtsblatt bekannt gemachte Rescript des Königl. Finanz-Ministerii vom 29. April c., wegen des Gebrauchs der verschiedenen Arten des Stempelpapiers, hiermit verwiesen, und zugleich darauf aufmerksam gemacht, daß Ausfertigungen der Judications-Beschelde nicht eher zu erteilen sind, als bis der taxmäßige Procentstempel wirklich zu den Acten cassirt worden.

Raumburg, den 6. Junius 1826.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

V e r z e i c h n i s s

der im Jahre 1825 approbirten Medicinal-Personen.

(Beschluss.)

V. Hebammen:

- 1) Johanne Volgt für Erdeborn im Mannsfelder Seckreise, approbirt den 18. März 1825;
- 2) Christiane Friederike Kirchner für Steuden in demselben Kreise, approbirt den 18. März 1825;
- 3) Auguste Elisabeth Windler für die Stadt Torgau, approbirt den 18. März 1825;
- 4) Johanne Elisabeth Welzel für Meuro, Scholis, Reinharz, Sackewitz und Gommlo im Wittenberger Kreise, approbirt den 18. März 1825;
- 5) Marie Elisabeth Keil für Kropfschloß, Jahmo und Webbin in demselben Kreise, approbirt den 18. März 1825;
- 6) Johanne Rosine Schulz für die Stadt Zeitz, approbirt den 18. März 1825;
- 7) Johanne Henriette Eberlein für die Stadt Zeitz, approbirt den 18. März 1825;
- 8) Johanne Sophie Lehmann für Beersdorf, Lügkewitz, Profen und Predel im Zeitzer Kreise, approbirt den 13. September 1825;
- 9) Caroline Erdmuth Lehmann für die Stadt Eilenburg im Dellischter Kreise, approbirt den 18. März 1825;

- 10) Johanne Rosine Gerber zu Zweibendorf in demselben Kreise, zugleich mit für die Ortschaften Droyßig, Peissen, Stennewiß, Naundorf, Dölbau und Rodwiß, approbirt den 5. Februar 1825;
- 11) Charlotte Burgmann für Rostenburg und Garsena im Saalkreise, approbirt den 18. März 1825;
- 12) Christiane Rosine Hoffmann für Kolßsch im Bitterfelder Kreise, approbirt den 1. November 1825;
- 13) Johanne Sophie Amalie März für Niemed in demselben Kreise, approbirt den 1. November 1825;
- 14) Dorothee Auguste Karbaum für die Stadt Halle, approbirt den 20. August 1825;
- 15) Dorothee verehelichte Grenjauffeyer Köppe für die Stadt Halle, approbirt den 20. August 1825;
- 16) Johanne Friederike Peters für die Stadt Halle, approbirt den 20. August 1825;
- 17) Johanne Sophie Wend für die Stadt Mühlberg im liebenwerdacker Kreise, approbirt den 20. August 1825;
- 18) Marie Dorothee Schlieben für Saathayn, Stolzenthayn und Brösen in demselben Kreise, approbirt den 20. August 1825;
- 19) Caroline Köring für Naumburg, approbirt den 6. Februar 1825;
- 20) Rosine Bamberg für den Bezirk Schellßig und Großjena im Naumburger Kreise, approbirt den 24. December 1825;
- 21) Marie Nebelung in Windhausen, zugleich für Ellseda im Sangerhäuser Kreise, approbirt den 25. März 1825;
- 22) Dorothee Eleonore Liebau für Nicolausrieth in demselben Kreise, approbirt den 18. März 1825;
- 23) Marie Christiane Näder für Kelbra in demselben Kreise, approbirt den 25. März 1825;
- 24) Marie Elisabeth Schönlein für Sangerhausen in demselben Kreise, approbirt den 25. März 1825;
- 25) Marie Dorothee Kalbe für Riesa in demselben Kreise, approbirt den 25. März 1825;
- 26) Johanne Marie Schmidt für Bretleben im Eckartsbergaer Kreise, approbirt den 25. März 1825;
- 27) Marie Dorothee Fuhrmann für Egleben in demselben Kreise, approbirt den 25. März 1825;

28) Eve Marie Firmer für Vorleben in demselben Kreise, approbirt den 16. Junius 1825;

29) Sophie Heickroth für Lauchstädt im Merseburger Kreise, approbirt den 20. August 1825.

Merseburg, den 6. Junius 1826.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g.

Mittelsst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 19. Februar d. J., ist die Bestimmung des Kosten-Reglements vom 20. Junius 1817, in Gemeinheits-Theilungs- und Regulirungs-Sachen dahin näher erläutert und ausgedehnt, daß von demjenigen, der bei entstehenden Streitigkeiten ein Recht behauptet, der gegen den vom Commissarius entworfenen Plan, oder Recesß, Widerspruch erhebt, der gegen erfolgte Entscheidung die zulässigen Rechtsmittel einlegt, ferner von demjenigen, der auf Vermessung und Bonitirung besteht, wenn dieselbe nach dem Vorschlage der Commission zu vermeiden war, und von allen Theilnehmern der Gemeinheit, wenn jene zur Auseinandersetzung nicht zu umgehen ist, so wie endlich von dem Extrahenten der Auseinandersetzung, Kosten-Vorschüsse gefordert werden können, zu deren Bezahlung jedoch, so wie zur Verichtigung der Kosten selbst, erforderlichen Falls billige Zahlungs-Fristen ertheilt werden sollen.

Stendal, den 13. Junius 1826.

Königliche General-Commission der Provinz Sachsen.

P e r s o n a l - C h r o n i k.

Der bisherige Pfarrer zu Osmünde, erste Ephorie Halle, Johann Gottfried Freudel, ist am 12. d. M. gestorben.

Merseburg, den 19. Junius 1826.

Der Pfarrer zu Schillingsfeldt, Ephorie Heldrungen, Carl Christian Weisinger, ist am 17. d. M. in seinem 68 sten Lebensjahre gestorben.

Merseburg, den 22. Junius 1826.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

27. Stück.

Merseburg, den 8. Julius 1826.

Allgemeine Gesefsammlung.

Das 8te Stück der allgemeinen Gesefsammlung enthält unter

- Nr. 1007. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 5. Mai 1826, den Gerichtsstand der, nach drittehalbjähriger Dienstzeit im Herbst mit Urlaubspässen in die Heimath entlassenen, aber erst im Frühjahr zur Kriegereserve übergehenden Mannschaften betreffend.
- Nr. 1008. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 20. Mai 1826, über die gegenseitigen Vergünstigungen diesseitiger und großbritannischer Unterthanen für den Handel und die Schifffahrt.
- Nr. 1009. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 11. Junius 1826, wegen Anberaumung eines definitiven Präclusiv-Termins zur Anmeldung und Justification der Kriegsschulden in den Regierungs-Departements Posen und Bromberg.
- Nr. 1010. Bekanntmachung, betreffend die Zwangszahlung in Cassen-Anweisungen. Vom 21. Junius 1826.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Des Königs Majestät haben, mit Rücksicht auf die bedeutende Ausgabe, Nr. 95. welche seither durch die Bewilligung von Königlichen Pathe-Geschenken für Das Königl. Aeltern von sieben und mehr Söhnen veranlaßt worden ist, unter Aufhebung Patheger sämmtlicher, wegen dieser Angelegenheit früher Allerhöchsten Ords ergangener scheidt f. Aeltern von sieben und mehr Söhnen bar. Bestimmungen, mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 27. Mai d. J., näher festzusetzen geruht:

„daß das Königliche Pathe-Geschenk zwar ferner und allgemein mit 100 Thlr. gezahlt, jedoch die Bewilligung allein davon abhängig ge-

macht werden soll, daß die sieben in einer und derselben Ehe erzeugten Söhne bedürftiger Aeltern noch wirklich am Leben sein und sich in älterlicher Erziehung und Pflege befinden müssen, die Bewilligung für sieben in einer Ehe, ohne Dazwischenkunft von Töchtern, erzeugte Söhne aber dann ganz wegfalle, wenn solche nicht mehr sämmtlich am Leben und in der älterlichen Erziehung und Pflege, die Aeltern also hiernach zum Empfange der 100 Thlr. nicht berechtigt sind."

Indem wir diese Höheren Bestimmungen, in Gemäßheit eines Finanz-Ministerial-Rescripts vom 12. d. M., zur allgemeinen Kenntniß bringen, bemerken wir, daß, vom Tage der Bekanntmachung im Amtsblatte an, alle auf die früheren Allerhöchsten Anordnungen sich gründenden Anträge auf Bewilligung des bisherigen Paten-Geschenke von 50 Thlr. zurückgewiesen werden müssen.

Was den Bedürftigkeitspunkt der Aeltern und die Berechnung der sieben-Zahl der noch in älterlicher Pflege befindlichen Söhne betrifft, so hat es bei den diesbezüglich festgestellten Grundsätzen auch ferner sein Verwenden.

Merseburg, den 28. Junius 1826.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 96.

Die Ertheilung von Reisepässen an beurlaubte Landwehr-Mannschaften betr.

Nach einem Rescripte des Königl. Ministeriums des Innern und der Polizei, sind seither einige Bedenken wegen Ertheilung der Pässe an beurlaubte Landwehrmänner entstanden, und es sind deshalb von gedachtem Königl. Ministerium, im Einverständnisse mit dem Königl. Ministerium des Krieges, nachstehende Bestimmungen ergangen, welche sämmtlichen Herren Landräthen und den Polizeibehörden unsers Regierungs-Bezirks hierdurch zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht werden.

- 1) Die zum Ressort der competenten Civil-Behörde gehörige Ertheilung von Reisepässen an Landwehr-Mannschaften darf bei Reisen außer Landes, in entfernte Provinzen und auf länger als vier Monate, selbst wenn die Reisen in keine Periode einer großen Landwehr-Übung fallen, nicht ohne Weiteres, sondern immer erst dann erfolgen, wenn das den Reisepaß begehrende Individuum sich über die geschehene Meldung bei dem Militair-Vorgesetzten hinreichend ausgewiesen hat. Die Aushändigung der Reisepässe ist aber in solchen Fällen nur von dem Nachweise der stattgefundenen Meldung bei dem Militair-Vorgesetzten, nicht aber von der Zustimmung desselben, deren es nicht bedarf, abhängig.
- 2) Sobald inessen die Reise in die Periode einer großen Landwehr-Übung fällt, darf der Paß nur mit vorheriger Zustimmung der Militair-Vorgesetzten erteilt, letztere jedoch bloß dann versagt werden, wenn von

einer Reise während einer solchen Uebungs-Periode die Rede ist, an welcher die Landwehr-Mannschaften nach dem regelmäßigen Wechsel ihrer Einberufung Theil nehmen müssen.

- 3) Wenn in einzelnen Fällen, wo den eine Reise beabsichtigenden Landwehrmann die Theilnahme zur Theilnahme an der großen Uebung trifft, die Zustimmung der Militärbehörde, mithin nach dem bestehenden allgemeinen Princip versagt werden kann, besondere Verhältnisse aber die Bewilligung einer längern Reise-Erlaubniß und also eine Dispensation von der Uebung, welcher der Landwehrmann eigentlich beiwohnen müßte, erfordern möchten, so ist dieshalb an uns zur weitem Veranlassung Bericht zu erstatten.

Uebrigens versteht es sich von selbst, daß bei Ertheilung von Pässen an beurlaubte Landwehrmänner, außer obigen Grundsätzen, auch die über die Pasausfertigungen ergangenen allgemeinen Vorschriften fernerweit ihre Anwendung finden.

Merseburg, den 28. Junius 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g .

Nach dem an die mit Besorgung der Brandkassen-Angelegenheiten im Herzogthume Sachsen beauftragten local-Behörden jetzt hinausgegebenen Ausschreiben auf den diesjährigen Ostertermin, besteht der Bedarf der unterzeichneten Deputation, zu Deckung der in dem Zeitraume vom 1. October vorigen bis ult. März des laufenden Jahres vorgefallenen Ausgaben, in:

171,457	Thlr.	22	Sgr.	—	Pf.	Brandschädenvergütungen,
2,139	•	17	•	5	•	Feuengeräthschädenvergütungen,
675	•	—	•	—	•	Administrations-Kosten, und
71	•	27	•	6	•	Botenlöhnen in 29 landräthlichen Kreisen,

174,344 Thlr. 6 Sgr. 12 Pf. Summa,

wozu nach Abzug des in dem vorjährigen Michaelisterrmine verbliebenen Bestandes an 8,726 Thlr. 22 Sgr. 8 Pf.

165,617 Thlr. 14 Sgr. 3 Pf.

von dem überhaupt

62,172,035 Thlr. — Sgr. — Pf.

betragenden Hauptversicherungs-Quant, nach 2 Sgr. von 25 Thlr., aufzubringen sind.

In dem obgedachten Zeitraume haben sich 70 Brände ereignet, wovon

- 1 durch Gewitter,
- 6 „ Verwahrlosung,
- 17 „ muthmaßliche Brandstiftung,
- 1 „ vorsätzliche Brandstiftung, und
- 45 „ unermittelte Zufälle

entstanden, und wodurch

350 affectirten Grundbesitzern

212 Wohnhäuser	85	vergleich,
256 Stall- und Seitengebäude	35	„
159 Scheunen	14	„
17 Schuppen	2	„
4 Backhäuser	1	„
7 Brenn-, Brau- und Mälzhäuser	1	„
— Schmiede	1	„
1 Ziegelei	1	„
6 Mahlmühlen	—	„
3 Windmühlen	2	„
— Kirchen- und Thurmgebäude	2	„
total eingeschätzt,		aber nur partiell beschädigt

664 Summa

144 Summa

worden sind; welches, nach Vorschrift eines Hohen Ministerial-Rescripts d. d. 9. Junius 1825, hiermit bekannt gemacht wird.

Merseburg, den 25. Junius 1826.

Königl. Preuss. Feuer-Societäts-Directorial-Deputation
für das Herzogthum Sachsen.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

28. Stück.

Merseburg, den 15. Julius 1826.

B e k a n n t m a c h u n g.

Dem Königlichen Ober-Landes-Gericht wird, auf den Bericht vom 30. vorigen Monats:

betreffend die Competenz der Landgerichte in Strafverwandlungs-Sachen gegen Patrimonial-Gerichts-Untertanen, eröffnet, daß der Justiz-Minister mit der geäußerten Ansicht des Collegii: daß die Landgerichte auch gegen die Patrimonial-Gerichts-Untertanen in den vorkommenden Fällen die Strafverwandlungs-Resolute abzufassen und deren Publication und Vollstreckung durch die betreffenden Gerichtsämter zu bewirken haben, einverstanden ist.

Berlin, den 12. Junius 1826.

Der Justiz-Minister,
(gez.) Graf v. Dankelmann.

An
das Königl. Ober-Landes-Gericht
zu Naumburg.

Vorstehendes Rescript des Herrn Justiz-Ministers Excellenz, die Strafverwandlungs-Resolute in Zoll- und Steuer-Contraventions-Sachen betreffend, wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, und haben sich die Untergerichte unseres Departements in den zu ihrer Competenz nach der Höhe der Strafe geeigneten Fällen, danach zu achten.

Naumburg, den 23. Junius 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Nr. 97. Die Untergerichte unseres Departements werden hierdurch angewiesen, bei
Den Erb- allen Erbschaftsstempelfällen, wo mehr als ein Stempel zur Lösung kommt, die
schaftsstem- Totalsumme dieser Stempel in der letzten Colonne bei der Bemerkung, an wel-
pel betr. chem Tage und bei welcher Behörde der Stempel gelöst und an welchem fol-
cher zu den Acten gebracht worden, ausdrücklich und „mit Worten“ zu wie-
derholen.

Naumburg, den 23. Junius 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Zwei Todesfälle bei Erwachsenen durch Menschenblattern.
Zur Warnung.

Die Schutzblattern, von den Aerzten empfohlen und eifrig verbreitet, be-
wirkten, daß viele Erwachsene, welche sich ihrer als Schutzmittel gegen die Men-
schenblattern zu bedienen versäumten, lange der Gefahr einer Ansteckung durch
diese entgingen. Wie sehr sie sich aber einer trüglichen Sicherheit überlassen,
mögen sie aus zwei Fällen ersehen, die noch im vorigen Monate im Regierungs-
Bezirk sich ereigneten. Zu Collisch, Torgauer Kreises, starb eine Frau, zu
Halle ein Mann von 28 Jahren an den Menschenblattern. Wir bringen sie zur
allgemeinen Kenntniß, und wünschen, daß Erwachsene, welche der Schutzimpfung
nicht mehr zu bedürfen vermeynen, dadurch veranlaßt werden, sich bei der allge-
meinen Vaccination einer gleichen Gefahr baldigst zu entziehen.

Merseburg, den 8. Julius 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Der Superintendent Heller zu Mannsfeld hat, seines hohen Alters wegen, ge-
beten, ihn von den Ephoralgeschäften zu entbinden. Dieß ist geschehen und die
interimistische Verwaltung der Ephorie Mannsfeld dem Pfarrer Eschenhagen zu
Großhörner übertragen worden, an den sich, bis auf Weiteres, die weltlichen
Herren Colnspectoren, die Herren Patrone, Diöcesanen und sonstige Interes-

senten in den zum Ressort genannter Epphorie gehörigen Angelegenheiten zu wenden haben.

Merseburg, den 11. Julius 1826.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für das Kirchen-
und Schulwesen.

B e k a n n t m a c h u n g .

Es sind nunmehr die Haus- und Landtabellen, mit Ausschluß der Gemeinde-Besitzungen, von den hierher gehörigen Dörfern Schloß-Weichlingen, Altschillingen, Burgwenden, Erbden und Batgendorf, vollendet. Diejenigen also, welche ein Interesse dabei haben, können solche bis zum 20. September d. J. an Gerichtsstelle alhier, Vormittags, einsehen und ihre etwaigen Erinnerungen machen, unter der Warnung, daß sie nach Abfluß dieser Frist weiter nicht damit werden gehört werden.

Weichlingen, den 7. Julius 1826.

Freiherrlich Werthernsche Gerichte der Grafschaft
Weichlingen.

Hertel.

P e r s o n a l - E h r o n i k .

Dem Bau-Conducteur Dolsetus zu Wittenberg ist die einstweilige Verwaltung des dortigen Wege-Inspector-Postens übertragen worden.

Merseburg, den 27. Junius 1826.

Der hiesige Ober-landes-Gerichts-Auscultator, Julius Albert Rasch, ist unter dem 18. Mai c.; der Ober-landes-Gerichts-Auscultator, Carl Friedrich Schnellbwind hieselbst, ist unter dem 26. Mai c. zum Referendar ernannt.

Der Candidat der Rechte, Debo Hartmann von Goldacker, ist den 6. Junius c.; der Candidat der Rechte, Günther Friedrich Wilhelm von Werthern, den 13. Junius c. als Auscultator angestellt.

Raumburg, den 30. Junius 1826.

N a m e n s e i f u n g

der

im Monate Juni 1826

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestanden.
 den Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse, ingleichen der Rauch-Jourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e .								H ü l s e n f r ü c h t e .						R a u c h f u t t e r .														
	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer		Hirse		Erbfen		Linsen		Kartoffeln		Heu		Stroh										
	der Preussische Eshel								der Preussische Eshel						Edfl.		à Cent.		à Schoe										
	℥	℥	℥	℥	℥	℥	℥	℥	℥	℥	℥	℥	℥	℥	℥	℥	℥	℥	℥	℥	℥	℥							
1	Merseburg	1	4	10	—	20	6	—	15	10	—	12	8	—	—	—	25	—	1	—	—	25	—	2	15	—			
2	Halle	1	3	—	—	21	—	—	15	8	—	14	—	4	12	—	1	5	—	1	20	—	15	—	20	—	5	—	
3	Naumburg	1	2	—	—	19	3	—	15	9	—	12	4	5	—	—	1	10	—	2	8	—	26	—	21	8	5	25	10
4	Torgau	1	5	9	—	25	9	—	17	6	—	15	9	5	—	—	1	10	—	4	—	—	10	—	18	9	3	—	—
5	Wittenberg	1	5	8	—	24	5	—	20	4	—	15	11	—	—	—	1	20	—	2	20	—	17	6	—	—	4	9	5
6	Cisleben	1	2	4	—	20	8	—	16	5	—	14	9	4	—	—	1	10	—	1	10	—	15	—	23	9	5	18	2
7	Zeitz	1	6	5	—	22	—	—	15	—	—	12	6	2	25	—	1	6	3	1	6	3	15	—	17	6	5	—	—
8	Quersfurth	1	2	6	—	20	—	—	17	6	—	12	6	3	20	—	1	2	6	1	2	6	15	—	20	—	2	15	—

Merseburg, den 4. Julius 1826.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

29. Stück.

Merseburg, den 22. Julius 1826.

Allgemeine Gesefsammlung.

Das 9te Stück der allgemeinen Gesefsammlung enthält unter

- Nr. 1011. Extract aus der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 10. Mai 1826, wegen Beschleunigung des Geschäftsganges beim Geheimen Ober-Tribunal.
- Nr. 1012. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 23. Mai 1826, betreffend die Beschlagnahme von Besoldungen und Pensionen der Staatsbeamten in den Landestheilen, in welchen das Allgemeine Landrecht und die Allgemeine Gerichtsordnung noch nicht gesetzliche Kraft haben.
- Nr. 1013. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 17. Juni 1826, über die Erledigung einiger Zweifel, die bei der Anwendung der Bestimmungen in den §§. III. und VII. der Verordnung vom 17. Januar 1820, bezüglich auf die Veräußerung von Domainen und Staatsgütern in einigen bisher vorgekommenen Fällen, erregt worden sind.

Verordnung des Königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Nach einer in Folge eines Einverständnisses mit dem Königl. Finanz-Ministerio und der Königl. Ober-Rechnungs-Kammer und zugegangenen Bestimmung des Herrn Justiz-Ministers vom 19. Mai c., soll wegen der Verrechnung der ad fiscum fließenden Strafen vom 1. Januar dieses Jahres ab, folgendes Verfahren Statt finden:

Nr. 98.
Verfahren bei
Verrechnung
der ad fiscum
fließenden
Strafen betr.

Jedes Gericht sendet am Schluß des Jahres eine Nachweisung der im Laufe desselben bei ihm erkannten, ad fiscum fließenden Geldstrafen, oder eine Vacat-Anzeige an diejenige Königl. Regierung, in deren Bezirk dasselbe seinen Sitz hat, in der Art zeitig ab, daß diese Nachweisung oder Vacat-Anzeige bei einer, ein- für allemal comminirten Strafe von 2 Thlr. vor dem 15. Januar daselbst eintrifft, und übermacht zugleich in einer Hauptsumme den Betrag der wirklich eingegangenen Strafen der Regierungs-Haupt-Casse.

Die Nachweisung muß enthalten:

- 1) die fortlaufende Nummer;
- 2) die Benennung der Sache;
- 3) Datum der Festsetzung;
- 4) Debent;
- 5) Soll-Einkommen;
- 6) ist rückständig;
- 7) ist nicht belzutreiben;

und in eine Colonne „Bemerkungen“ werden die Gründe für die Niederschlagung und die erfolgte Vollstreckung der eventuell erkannten Freiheitsstrafe aufgenommen.

Die Nachweisung ist mit einem Attest der Richtigkeit von Seiten des Gerichts zu versehen; und werden die in Rest verbliebenen Strafen in die Nachweisung des nächsten Jahres in besondern Abschnitten für jedes einzelne Jahr übernommen, und bei solchen ältern als einjährigen Resten zugleich die Gründe der noch nicht bewirkten Einziehung angegeben. Wegen Einziehung und Verrechnung der Zoll- und Steuer-Strafen hat es bei den bisherigen Vorschriften sein Bewenden.

Indem wir den sämmtlichen, sowohl Königl. als Patrimonial-Gerichten des uns anvertrauten Departements die Befolgung dieser Anweisung zur Pflicht machen und die frühern, auf die Verrechnung der ad fiscum fließenden Strafen erlassenen Bekanntmachungen aufheben, wiederholen wir nur, daß alle Ordnungs- und Sportel-Strafen, und alle sonstige, im Gesetz nicht ausdrücklich als fiscalisch bezeichnete Strafen, bis 5 Thlr. einschließlic, Früchte der Jurisdiction sind, und mithin nicht zu denen gehören, die der Regierungs-Haupt-Casse zufallen.

Raumburg, den 1. Julius 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

B e k a n n t m a c h u n g.

Durch die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 19. Februar und das darnach ergangene Rescript des Königl.ichen Hohen Ministerii des Innern vom 7. April d. J., sind wir veranlaßt, Folgendes zur öffentlichen Kenntniß zu bringen:

Es sollen von jetzt ab, mit Aufhebung der im §. 4. des Kosten-Reglements vom 20. Junius 1817 getroffenen Bestimmungen — gleichviel, ob die Auseinandersetzungen bereits anhängig sind und in welcher Instanz sie schweben, oder ob sie erst eingeleitet werden sollen — in folgenden Fällen Kostenvorschüsse — die zwar nicht über den mutmaßlichen Betrag derjenigen Kosten, welche den Vorschußpflichtigen im gewöhnlichen Gange des Geschäftes treffen können, hinausgehen, doch aber auch hinter diesem Betrage nicht zurückbleiben dürfen, und wenn sich im Verfolg des Geschäftes ergibt, daß mit den ursprünglich angelegten Summen nicht auszureichen ist, auch Nachschüsse gefordert werden können — von den Partheien einzugezogen werden:

- a) von den Extrahenten der Auseinandersetzung;
- b) wegen der Vermessungen und Bonitrirungen und zwar in den Fällen, wo nach dem Befinden der Commission die Vermessung und Bonitrirung der, zum Umsatz kommenden Grundstücke entbehrlich ist, von denjenigen, welche solche dennoch begehren; da aber, wo Vermessungen und Bonitrirungen nöthig werden, von sämmtlichen Interessenten nach Verhältniß ihrer Theilnehmungsrechte;
- c) bei entstehenden Streitigkeiten von demjenigen, welcher ein streitiges Recht behauptet;
- d) von demjenigen, welcher dem von dem Commissarius vorgelegten Auseinandersetzungs-Plane oder Auseinandersetzungs-Receßse widersprochen, und
- e) nach erfolgter Entscheidung von denjenigen, welche die dagegen zugelassenen Rechtsmittel einlegen.

In Rücksicht der Kostenrückstände ist es der Allerhöchste Wille Sr. Majestät des Königs, daß solche von denjenigen, welche des Vermögens sind, zu zahlen, mit Ernst und Nachdruck beigetrieben werden, wogegen in Absicht derjenigen, welche zu ihrer Erleichterung der Nachsicht erweislich bedürfen, dem verschuldeten Kostenbetrage der noch auslaufende Kosten-Anteil des Restanten zugesetzt und Seitens der landrätlichen Ämter unter unserer Genehmigung in Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse des Restanten und der Erheblichkeit der Kosten, zu dem Werthe des Grundstücks, Terminal-Zahlungen auf bestimmte Jahre bewilligt, auch die hiernach jährlich zu zahlenden Kostenbeträge in den zur Erhebung der Grundsteuern bestehenden Terminen in gleichen Theilbeträgen durch die Steuer-Ämter mit den Grundsteuern zugleich erhoben und an unsere Cassa abgeführt werden sollen.

Indem wir diese Bestimmungen hiermit zur allgemeinen Kenntniß des betreffenden Publicums in unserm Geschäftsbezirk bringen, fordern wir zugleich sämmtliche, in unserm Ressort arbeitende Oeconomie- und Kreis-Justiz-Commissarien hierdurch auf, in allen Sachen, deren Leitung ihnen übertragen ist, oder noch übertragen werden wird, ungesäumt und in allen neuen Sachen unmittelbar nach der Einleitung uns den Betrag, welcher vorläufig als Vorschuß einzufordern und diejenigen Partheien, von denen, so wie, wenn es deren mehrere sind, zugleich auch das Beitrags-Verhältniß, nach welchem derselbe von ihnen einzufordern sein würde, anzuzeigen.

Berlin, den 28. Junius 1826.

Königliche General-Commission für die Mark Brandenburg
und für Sachsen.

B e k a n n t m a c h u n g.

Von sämmtlichen Grundbesitzungen des Dorfs Lenzfeld und dessen Flur sind die, alle drei Rubriken in sich fassenden Hypothekenbuchs-Tabellen fertig, und liegen selbige in dem Zeitraume vom 1. August bis ult. September d. J. in der Expedition des unterzeichneten Justitiars zu Naumburg zur Einsicht und Monirung der Interessenten bereit.

Wir machen dieß vorschriftsmäßig hierdurch öffentlich bekannt, und bemerken, daß nach Ablauf jener Frist keine Erinnerungen mehr beachtet werden können.

Kreipitzsch, den 15. Julius 1826.

Das von Schönberg'sche Patrimonial-Gericht daselbst
und zu Rudelsburg.

Rothland.

P e r s o n a l - C h r o n i k.

Der Ober-landes-Gerichts-Referendarius Johann Friedrich Wilhelm Bockel ist unter dem 2. Junius c. zum Gerichtsamtman in Schleubitz, an des pensionirten Gerichtsamtmanns Fischer Stelle; der hiesige Ober-landes-Gerichts-Assessor Gustav Heinrich Albert Schmaling ist unter dem 30. Mai c. zum Ober-landes-Gerichts-Rath hieselbst ernannt worden.

Naumburg, den 30. Junius 1826.

Extra-Blatt

zum

Neun und Zwanzigsten Stück des Amtsblatts der Königlichen Regierung.

Merseburg, den 26. Julius 1856.

Bekanntmachung,

das Beitrags-Ausschreiben zur Magdeburger Städte-Feuer-Societät betreffend.

Der nach dem vorigen Ausschreiben vom 6. März d. J. gebildete Fonds der Magdeburger Städte-Feuer-Societät ist, laut beiliegender Nachweisung, wegen der für die häufigen Brände statt gefundenen Vergütungen nicht nur wieder verwendet, sondern es müssen zu den dringendsten Ausgaben schon Vorschüsse geleistet werden. Es ist daher ein neues Ausschreiben auf die Interessenten dieser Societät mit 5 Silbergroschen von Hundert Thälern des Einsaß-Capitals beschlossen worden.

Die Magistrate sämmtlicher bei der gedachten Societät interessirten Städte erhalten hiermit die Anweisung, nach der anliegenden Haupt-Repartition die gewöhnliche Subrepartition der Beiträge schleunigst zu veranlassen, demnächst aber die letzten von den Interessenten einzuziehen und binnen längstens 4 Wochen, von den Städten des Merseburger Regierungs-Bezirks aber binnen 8 Wochen, bei Vermeidung mit Kosten verknüpfter Verfügungen, unter der vorschriftsmäßigen portofreien Rubrik, an die Hauptcasse der Magdeburger Städte-Feuer-Societät unter der Adresse des Königl. Provinzial-Steuer-Rendanten Ribbeck einzusenden.

Die betreffenden Herren Landräthe haben auf die Befolgung dieser den Magistraten Ihrer Kreise vorstehend und früher schon ertheilten Vorschriften genau zu halten.

Magdeburg, den 12. Junius 1856.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

A.
N a c h w e i s u n g
d e r

vom 15. Februar bis 8. Junius 1826 bei der Magdeburger
Städte-Feuer-Societäts-Kasse vorgekommenen Einnahmen
und Ausgaben.

Einnahme.	Betrag.		
	Thlr.	Gr.	Pf.
Bestand vom 15. Februar 1826	—	—	—
Auf das Ausschreiben vom 26. März 1824 war Rest	—	16	11
Hierauf ist eingekommen	—	16	11
Auf das Ausschreiben vom 17. Mai 1817 ist Rest	50	6	1
Hierauf ist eingegangen	—	—	—
Bleibt Rest	50	6	1
Auf das Ausschreiben vom 19. October 1824 war Rest	—	15	9
Hierauf ist eingekommen	—	15	9
Auf das Ausschreiben vom 17. Februar 1825 war Rest	34	7	6
Hierauf ist eingegangen	33	27	6
Bleibt Rest	—	10	—
Auf das Ausschreiben vom 3. October 1825 war Rest	130	20	—
Hierauf ist eingegangen	130	12	6
Bleibt Rest	—	7	6
Auf das Ausschreiben vom 6. März 1826 soll einkommen nach Abrechnung des Ausfalls	2849	29	11
Hierauf ist eingegangen	27509	12	4
Bleibt Rest	982	17	7
An extraordinären Einnahmen	—	—	—
Die ganze Einnahme besteht mithin	—	—	—

Der Anweisung			Ausgabe.	Betrag.		
Nr.	Dat.	Nr.		Thlr.	Sg.	Pf.
			Die hiervon bestrittenen Ausgaben sind folgende: Der Vorschuß aus der Nachweisung vom 16ten Februar beträgt	1066	10	6
			Tit. I. An Brandentschädigungen, Prä- mien, Exarations- und Revisionsge- bühren.			
1	3f ₂ 26 16f ₂ 26	71f ₂ 51f ₂	Wegen des am 9. December 1825 hieselbst aus- gebrochenen Feuers	461	4	3
2	21f ₂ 26	71f ₂ 13	Wegen des am 15. October 1825 hieselbst aus- gebrochenen Feuers	158	21	3
3	2f ₂ 25	162f ₂	Wegen des am 10. October 1825 in Stendal statt gehabten Feuers	11	13	9
4	12f ₂ 26 17f ₂ 26	564f ₂ 370f ₂ 808f ₂	Wegen des zu Bentzin am 25. September 1824 ausgebrochenen Feuers	2748	5	—
5	20f ₂ 26 26f ₂ 26	1070f ₂ 1439f ₂	Wegen des am 7. November 1825 in den Scheu- nen bei Osterburg ausgebrochenen Feuers	1076	—	8
6	27f ₂ 26 15f ₂ 26	1435f ₂ 7f ₂	Wegen des am 25. October 1825 in Burg ausge- brochenen Feuers	6315	16	1
7	21f ₂ 26	1198f ₂	Wegen des am 29. Mai 1825 hier ausgebroche- nen Feuers	3508	26	7
8	18f ₂ 26	571f ₂	Wegen des am 23. December 1825 in der Nei- stadt ausgebrochenen Feuers	229	—	8
9	26f ₂ 26 17f ₂ 26	1582f ₂ 8f ₂	Wegen des am 21. September 1825 zu Burg ausgebrochenen Feuers	2554	21	1
10	17f ₂ 26 30f ₂ 26	1630f ₂ 144f ₂	Wegen des am 29. September 1825 in Calbe a. M. ausgebrochenen Feuers	96	8	—
11	11f ₂ 26	604f ₂	Wegen des am 19. August 1825 in Burg aus- gebrochenen Feuers	2755	—	11
12	2f ₂ 26 12f ₂ 26	265f ₂ 1421f ₂	Wegen des am 7. Februar 1826 in Frohse aus- gebrochenen Feuers	719	5	3
Latus				21480	14	—

Nr.	Der Anweisung		Ausgabe.	Betrag.		
	Dat.	Nr.		Thlr.	Er.	Pr.
			Transport	21480	14	—
13	16 ¹ / ₂ 26	679 ¹ / ₄	Wegen des am 28. März 1826 in Salzwedel ausgebrochenen Feuers	273	15	—
14	7 ¹ / ₂ 26	877 ¹ / ₂	Wegen des am 25. October 1824 in Gentſin ausgebrochenen Feuers	7 ¹ / ₂	18	8
15	17 ¹ / ₂ 26	701 ¹ / ₂	Wegen des am 9. Juli 1825 zu Burg ausgebrochenen Feuers	410	15	—
16	26 ¹ / ₂ 26	824 ¹ / ₂	Wegen des am 3. März 1825 zu Burg ausgebrochenen Feuers	1191	8	6
17	14 ¹ / ₂ 25	363 ¹ / ₁₀	Wegen des am 14. August 1825 im Neuendorfer Hirtenhauſe bei Eisleben ausgebrochenen Feuers	18	28	1
18	20 ¹ / ₂ 26	974 ¹ / ₂	Wegen des am 26. März 1825 zu Burg ausgebrochenen Feuers	777	17	—
19	5 ¹ / ₂ 26	128 ¹ / ₂	Wegen des am 14. August 1825 zu Burg ausgebrochenen Feuers	29	19	6
20	16 ¹ / ₂ 26	607 ¹ / ₂	Wegen des am 8. August 1825 zu Burg ausgebrochenen Feuers	78	15	6
21	—	—	Wegen der abgebrannten Mehlſerschen Schiffmühle zu Schönebeck	1305	18	6
22	16 ¹ / ₂ 26	137 ¹ / ₂	Nachträgliche Entſchädigungsgelder wegen des am 13. Januar 1824 zu Schönebeck auf dem Heeger ſtattgehabten Feuers	167	22	2
23	26 ¹ / ₂ 26	472 ¹ / ₂	Reviſionsgebühren wegen des am 10. August 1825 zu Gardelegen ſtattgehabten Feuers	5	5	—
24	5 ¹ / ₂ 26	1586 ¹ / ₅	Wegen des am 22. December 1825 hierſelbſt ausgebrochenen Feuers	7	9	7
25	18 ¹ / ₂ 26	468 ¹ / ₅	Wegen des am 15. März 1825 zu Burg ausgebrochenen Feuers	480	11	8
26	1 ¹ / ₂ 26	836 ¹ / ₄	Wegen des am 24. Mai 1825 zu Burg ausgebrochenen Feuers	526	26	—
27	22 ¹ / ₂ 26	1257 ¹ / ₄	Nebenkosten wegen des am 15. December 1825 zu Stendal ausgebrochenen Feuers	41	19	—
Latus				26869	23	2

Nr.	Der Anweisung		A u s g a b e.	Betrag.		
	Dat.	Nr.		Thlr.	Eg.	Pf.
			Transport	2686g	23	2
28	3/5 26 und 1465/4	852/3	Nebenkosten wegen des am 4. Juni 1825 in Ziefar ausgebrochenen Feuers	14	25	—
29	6/5 26	525/5	Wegen des am 4. December 1824 zu See- hausen a. d. M. ausgebrochenen Feuers	45	6	10
30	6/5 26	324/5	Wegen des am 12. December 1824 daselbst ausgebrochenen Feuers	274	10	4
31	8/5 26	325/5	Wegen des am 24. November 1824 daselbst ausgebrochenen Feuers	613	27	3
Summa Tit. I.				27818	2	7
Tit. II. An Verpflegungskosten . . .				56	20	—
„ III. An Erhebungsgebühren der Ortsbe- hörden und Verwaltungskosten				754	9	10
Summa der Ausgabe .				28629	2	5
hiermit verglichen die Einnahme . . .				27679	15	—
ergiebt sich ein Vorschuß von .				949	17	5

Magdeburg, den 8. Junius 1826.

Haupt-Casse der Magdeburger Städte-Feuer-Societät.

B.

N a m e n

der

Brandversicherungs-Summen von den zur Magdeburger Städte-
Feuer-Societät associirten Städten und wie viel der zu leistende
Beitrag von $\frac{1}{6}$ pC. des Einsaß-Capitals zum Ausschreiben vom
12. Junius 1826 beträgt.

Nr.	N a m e n der associirten Städte und Gebäude.	Assicura- tionsbetrag. Thlr.	Zu leistender Beitrag à 5 Sgr. von 100 Thlr. Einsatz-Capital. Thlr. Sg. Pf.			Summa der Beiträge. Thlr. Sg. Pf.	
			Thlr.	Sg.	Pf.	Thlr.	Sg. Pf.
	1. Im Bezirk der Königl. Re- gierung zu Magdeburg.						
1	Magdeburg mit Friedrichsstadt	8742092	14570	4	7		
2	Die Neustadt	860650	1454	12	6		
3	„ Sudenburg . . .	164050	275	12	6		
4	Aken . . .	207950	546	17	6		
5	Arneburg . . .	122900	204	25	—		
6	Arendsee . . .	151225	252	1	5		
7	Burg . . .	1979275	5298	23	9		
8	Bismark . . .	93575	155	18	9		
9	Kalbe a. d. Saale . . .	552275	920	13	9		
10	Kalbe a. d. Milde . . .	85775	142	28	9		
11	Egeln mit Altemarkt . . .	177475	295	23	9		
12	Frohse . . .	95840	159	22	—		
13	Gardelegen . . .	665615	1109	10	9		
14	Görzke . . .	95925	156	16	5		
15	Genthin . . .	586175	643	18	9		
16	Hadmersleben . . .	119670	199	15	6		
17	Jerichow . . .	118200	197	—	—		
18	Loburg . . .	180515	300	25	9		
19	Möckern . . .	153250	255	12	6		
20	Neuhaldensleben . . .	467645	779	12	3		
21	Osterburg . . .	188125	315	16	5		
22	Debitzfelde . . .	166975	278	8	9		
23	Salzwedel . . .	1004325	1675	26	5		
	Latus	16777502	27962	5	1		

Nr.	N a m e n der afficiirten Städte und Gebäude.	Assicura- tionsbetrag. Thlr.	Zu leistender Beitrag à 5 gr. von 100 Thlr. Einsatz-Capital. Thlr. Sg. Pf.			Summa der Beiträge. Thlr. Sg. Pf.
			Thlr.	Sg.	Pf.	
	Transport	16777302	27962	5	1	
24	Sandau . . .	196750	527	27	6	
25	Groß-Salze . . .	198705	551	5	3	
26	Seehausen am Aland . . .	507700	512	25	—	
27	Seehausen bei Wanzleben . . .	242400	404	—	—	
28	Schönebeck, incl. Saline . . .	554770	924	18	6	
29	Colonie bei Schönebeck, Salze und Frohse . . .	78905	151	15	3	
30	Staßfurt . . .	152500	254	5	—	
31	Stendal . . .	668175	1115	18	9	
32	Tangermünde . . .	455200	725	10	—	
33	Wanzleben . . .	216700	561	5	—	
34	Wolmirstedt . . .	411205	685	10	3	
35	Werben . . .	165200	275	10	—	
36	Ziesar . . .	245525	408	26	3	
	Summa	20650857	54118	1	10	
II. Im Bezirk der Königl. Re- gierung zu Merseburg.						
1	Alsleben . . .	72250	120	12	6	
2	Cönnern . . .	57720	96	6	—	
3	Eisleben . . .	225225	572	1	3	
4	Gerbstedt . . .	95150	158	17	6	
5	Hertzstedt . . .	125025	205	1	3	
6	Leimbach . . .	39175	65	8	9	
7	Löbejün . . .	66075	110	3	9	
8	Mannsfeld . . .	96050	160	2	6	
9	Schraplau . . .	67545	112	17	3	
10	Wettin mit dazu gehörigen Marken und den reformirten Pfarr- und Schulgebäuden daselbst . . .	105795	176	9	9	
		1900	3	5	—	
11	Halle, incl. Neumarkt und Glaucha	1569710	2284	25	6	
	Summa	2317620	5862	21	—	

Nr.	Wiederholung.	Assurancionsbetrag.	Zu leistender Beitrag à 5 Sgr. von 100 Thlr. Einlage-Capital.			Summa der Beiträge.		
		Thlr.	Thlr.	Sg.	Pf.	Thlr.	Sg.	Pf.
I.	Im Bezirk der Königl. Regierung zu Magdeburg .	20650837	34418	1	10	34418	1	10
II.	Im Bezirk der Königl. Regierung zu Merseburg .	2317620	3862	21	—	3862	21	—
	Summa	22968457	38280	22	10	38280	22	10

Magdeburg, den 12. Junius 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Personal-Chronik.

Der bisherige Candidat des Predigtamts, M. Moriz Gottlieb Eckenberg, ist als Pfarrer zu Nieder- und Oberglauchä (Ephorie Eilenburg);

der bisherige Pfarrsubstitut zu Spören, Franz Carl Ferdinand Martius, als Pfarrer zu Eursdorf und Diaconus in Schleuditz (Ephorie Merseburg);

der bisherige Candidat des Predigtamts, Johann Christian Müller, als Pfarrer zu Bergwitz (Ephorie Kemberg);

der bisherige Mathematicus am Dom-Gymnasio hieselbst und Candidat des Predigtamts, Johann August Döring, als Pfarrer zu Splöndorf (II. Ephorie Halle), und

der bisherige Candidat des Predigtamts, Herrmann Matthäus Wohlfarth, als Pfarrer zu Batgendorf (Ephorie Sangerhausen) angestellt.

Der Pfarrsubstitut zu Meuro, Carl August Gerlach, wurde als Pfarrsubstitut nach Hohenbucko (Ephorie Schlieben) versetzt.

Der bisherige Candidat des Predigtamts, Christoph Ottomar Harnisch, ist als Adjunctus ministerii an der hiesigen Schloß- und Domkirche angestellt.

Merseburg, den 12. Julius 1826.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

30. Stück.

Merseburg, den 29. Julius 1826.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nachdem zwischen der Königlich Preussischen und Herzoglich Anhalt-Bernburgischen Regierung, hinsichtlich der gegenseitigen Erbzins-Verhältnisse, ein Uebereinkommen dahin getroffen worden, daß die Rechte der Erbzinsherren in den beiderseitigen Staaten wieder so in Kraft treten sollen, wie sie vor der Zeit des Rheinbundes gewesen, mit der Maaßgabe jedoch, daß von den Erbzinsleuten, welche inzwischen schon von Anhalt-Bernburg neue Erbzins-Briefe erhalten, eine Lösung anderweiter Briefe diesseits nicht gefordert werden mag; bringen wir diese Vereinbarung hiermit zur öffentlichen Kenntniß und machen besonders die diesseitigen Verpflichteten darauf aufmerksam, daß sie sich in den eintretenden Veränderungsfällen, bei Vermeidung der gesetzlichen Nachtheile, wegen Auslösung der neuen Briefe an die jenseitigen Berechtigten zu wenden haben.

Nr. 99.
Die Erbzins-
Verhältnisse
zwischen der
Kgl. Preuss. u.
Anh. Bernb.
Regier. betr.

Merseburg, den 25. Junius 1826.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Eine eingetretene Veränderung in der Verwaltung des hiesigen Cautions-Depotariums macht es nothwendig, daß alle diejenigen Personen, welche Cautionen in au porteur lautenden Papieren zurückzuempfangen, oder Zins-Coupons abzuheben haben, solche entweder selbst oder durch gehörig Bevollmächtigte am hiesigen Orte in Empfang nehmen, wogegen alle Correspondenz in dieser Angelegenheit mit der Regierungshaupt-Casse hieselbst von jetzt ab wegfallen muß. Nur die Pächter Königlicher Domainen können den Betrag der Coupons von ihren hier deponirten Staatspapieren, sobald sie fällig sind, mittelst bloßer Einsendung ihrer Quittung über die zurückgewährten Coupons, auf Pacht-Gefälle anrechnen; —

Nr. 100.
Empfang-
nahme von
Cautionen u.
Abhebung v.
Zins-Cou-
pons betr.

wobei im Allgemeinen bemerkt wird, daß es lediglich Sache jedes Eigenthümers von verpfändeten Staatspapieren bleibt, für die Einziehung der Zinsen davon vor der etwaigen Verfallzeit der Coupons zu sorgen, oder ausgelosete Staatspapiere zu realisiren.

Indem wir obige Anordnung zur Kenntniß sämmtlicher Interessenten bringen, machen wir zugleich bekannt, daß in jeder Woche ein Deposital-Tag abgehalten werden wird, wozu wir für jetzt

den Montag

bestimmen, an welchem Tage, in den Stunden von Elf Uhr Vormittags bis Ein Uhr Nachmittags, auch die Ausgaben aus dem Cautions-Depositorium bewirkt werden sollen, und die betreffenden Empfänger sich daher, und zwar im locale der hiesigen Regierungs-Haupt-Casse, melden können.

Merseburg, den 20. Julius 1826.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 101. Dem Publico wird zur Nachachtung hiermit bekannt gemacht, daß die über die Luppe führende, auf dem sogenannten Fürstenwege zwischen Merseburg und Burgliebenau gelegene Brücke, über welche ohnehin kein schweres Fuhrwerk fahren darf, ihrer großen Schadhaftheit wegen wiederhergestellt werden soll, und daher vorläufig und bis zur anderweiten Benachrichtigung durch dieses Blatt, obgedachte Brücke durchaus nicht passirt werden kann. Die Passage geht unterdeß über Wallendorf auf die Chaussee.

Merseburg, den 25. Julius 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g .

Die nachstehenden Staatsschuldschein-Prämien von der am 1. Julius v. J. angefangenen Neunten Ziehung, nämlich:

zu 140 Rthlr.

1	64,174	2	146,423	3	192,078	4	260,083
---	--------	---	---------	---	---------	---	---------

zu 20 Rthlr.

1	2,908	17	24,608	53	80,703	49	154,994	65	220,764
2	2,923	18	25,564	54	80,784	50	157,896	66	221,303
5	7,362	19	26,571	55	80,802	51	158,596	67	221,551
4	8,495	20	26,579	56	81,420	52	140,401	68	223,855
5	12,921	21	34,769	57	83,548	53	140,838	69	223,857
6	13,670	22	43,285	58	92,581	54	141,761	70	228,177
7	14,807	23	44,445	59	95,050	55	156,517	71	228,492
8	14,808	24	50,161	40	95,576	56	162,598	72	235,524
9	14,986	25	50,365	41	95,579	57	184,515	73	235,330
10	17,006	26	56,879	42	96,572	58	199,001	74	274,615
11	17,426	27	57,912	43	97,065	59	199,121	75	280,701
12	18,253	28	57,937	44	99,460	60	199,462	76	282,814
15	18,564	29	64,454	45	111,775	61	214,460	77	282,899
14	20,057	30	64,541	46	124,478	62	215,764	78	290,208
15	22,184	31	69,042	47	125,501	63	217,466	79	290,704
16	22,542	52	79,163	48	126,575	64	219,551		

sind in der bestimmten Frist bei der Staatsschuldchein-Prämien-Vertheilungs-Casse weder erhoben, noch zur Erhebung angemeldet, mithin, der Bekanntmachung vom 24. August 1820 und dem sich hierauf beziehenden Inhalte der Prämien-scheine gemäß, präcludirt, und der Gesamtbetrag derselben von 2,140 Rthlr. nach Abzug des Courswerths der dem Prämienfonds von der 4 Prämien zu 140 Rthlr. zustehenden 400 Rthlr. Staatsschuld-scheine von $82\frac{3}{4}$ pro Cent und der Zinsen von diesen Staats-schuld-scheinen vom 1. Julius 1825 bis 1. Julius 1826, zu-

347 Rthlr.

mit 1,793 Rthlr.
zu wohlthätigen Zwecken bestimmte worden; welches den Inhabern der betref-fenden Prämien-scheine hierdurch bekannt gemacht wird.

Berlin, den 6. Julius 1826.

Königl. Immediat-Commission zur Vertheilung von Prämien
auf Staatsschuld-scheine.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

Auf den Antrag des Herrn Landstallmeisters Zirkel, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Besitzer der von Königl. Landbeschlüssen erzeugten und in diesem Jahre gebornen Füllen, solche auf den Stationsorten, wo die Mutterstuten gedeckt worden sind, und zwar:

die der Station	Oberböblingen,	den 19. August,	Worm.	9 Uhr,	in Oberböblingen,
„ „ „	Merseburg,	„ 21. „	„ „ „	„ „	Merseburg,
„ „ „	Gradiß,	„ 25. „	„ „ „	„ „	Gradiß,
„ „ „	Döhlen,	„ 25. „	„ „ „	„ „	Döhlen,
„ „ „	Repiß,	„ 25. „	Nachm. 3	„ „	Repiß,
„ „ „	Coßdorf,	„ 26. „	Worm. 9	„ „	Coßdorf,
„ „ „	Eyda,	„ 25. Sept.	„ „ „	„ „	Eyda,
„ „ „	Schweinitz,	„ 25. „	„ „ „	„ „	Schweinitz,
„ „ „	Elöden,	„ 26. „	„ „ „	„ „	Elöden,
„ „ „	Preßsch,	„ 27. „	„ „ „	„ „	Preßsch,
„ „ „	Rackitz,	„ 28. „	„ „ „	„ „	Rackitz,
„ „ „	Bleesern,	„ 29. „	„ „ „	„ „	Bleesern,
„ „ „	Düben,	„ 30. „	„ „ „	„ „	Düben,

mit dem Königl. Landgestüts-Brande versehen lassen können, und daß der Königl. Landgestüts-Stallmeister Meißner zu der angegebenen Zeit auf den verschiedenen Stations-Orten eintreffen wird, um das Brennen vorschriftsmäßig zu bewerkstelligen.

Merseburg, den 19. Julius 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Ein großer Theil der von uns ausgestellten, von der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden beglaubigten, über die in den Jahren 1823, 1824 und 1825 eingezahlten Domainen-Veräußerungs- und Ablösungs-Gelder sprechenden Quittungen, ist immer noch nicht von den Interessenten eingetauscht worden; daher wir letztere wiederholentlich beziehungsweise ersuchen und auffordern, die betreffenden, von uns ertheilten Interims-Bescheinigungen schleunigst einzusenden, wogegen die erwähnten vorschriftsmäßigen Quittungen sofort ausgetauscht werden sollen.

Merseburg, den 17. Julius 1826.

Königliche Regierungs-Haupt-Casse.

A m t s - B l a t t
der
Königlichen Regierung zu Merseburg.
31. Stück.

Merseburg, den 5. August 1826.

B e k a n n t m a c h u n g.

Die früher dem verstorbenen Regierungs-Medicinal-Rath D. Koloff übertragen gewesenen Geschäfte eines Censors der, mit Ausnahme von Halle, in der Provinz Sachsen herauskommenden medicinischen Schriften sind dem Herrn Regierungs-Medicinalrath D. Trüstedt in Magdeburg übertragen, und ist zu dessen Stellvertreter bei der Censur dieser Schriften der Herr Medicinalrath D. Frigze bestimmt worden.

In gleicher Art ist, statt des verstorbenen Professors D. Vater, dem Herrn Professor D. Weber in Halle die Stellvertretung des Herrn Ober-Consistorialraths und Kanzlers D. Niemeyer bei der Censur der in Halle erscheinenden theologischen Schriften übertragen worden.

Magdeburg, den 17. Julius 1826.

Der Geheime Staats-Minister
v. Klemig.

In dessen Abwesenheit und Auftrag:
der Geheime Ober-Regierungs-Rath
Seydewitz.

B e k a n n t m a c h u n g.

Der ehemals Sächsishe, jetzt Preussische verloosbare, im Leipziger Neu-jahrs-Märkte des Jahres 1764 ausgestellte, mit Litt. A. und Nr. 8872. bezeichnete, auf die Summe von Eintausend Thalern Conventions-Geld, so wie auf jeden Inhaber lautende, und der Gasthofbesitzerin Rosina verwitwete Mat-

thes zu Zwethau bei Torgau angehörige Steuer-Credit-Cassen-Schein, ist im Monat Februar d. J., nebst dazu gehörigem Talon pro Michael 1825 und zwei Coupons pro Ostern und Michael 1826, auf unbekannte Weise abhanden gekommen, und soll nunmehr auf Antrag der Inhaberin, Behufs der Amortisation, öffentlich aufgeboten werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche aus irgend einem rechtlichen Grunde auf vorbeschriebenen Steuer-Credit-Cassen-Schein einen Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich mit diesem Ansprüche, während der 6 Zinstermine von Michael 1826 bis mit Ostern 1829, bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, am 19. Julius 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

Verordnung der Königl. Regierung.

Nr. 102.
Maafregeln
bei Verbrechen
gegen jugendliche
Personen
etc.

Durch das Königl. Ministerium der Geistlichen-, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten sind wir angewiesen worden, unsere besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten, ob bei Verbrechen von Personen im jugendlichen Alter (Allg. Landrecht Th. 1. Tit. 1. §. 25.) begangen, den Aeltern, Pflegeältern, Dienstherrschaften, Lehrern, Schulvorständen, Geistlichen und sonstigen verpflichteten Personen und Behörden nicht etwa eine Vernachlässigung ihrer Schuldigkeit zur Last falle, damit, wenn dergleichen sich ergeben sollte, die Schuldigen zur strengsten Verantwortung gezogen werden können. Die Herren Landräthe unsers Regierungs-Bereichs werden daher hierdurch veranlaßt:

hierauf in obgedachten Fällen genau zu achten, darüber sich die nöthige Gewißheit zu verschaffen, besonders sich deshalb mit den Schul-Inspectionen zu vernehmen, und in den zur Einreichung bereits angeordneten Quartal-Nachweisungen das Nöthige zu bemerken.

Die Nachforschung muß besonders darauf gerichtet werden:

- 1) ob Aeltern, Pflegeältern und Dienstherrschaften die Kinder gehörig zur Schule schicken und in die Kirche gehen lassen, oder sie davon abhalten;
- 2) ob selbige wohl gar den im jugendlichen Alter befindlichen Personen zu dem Verbrechen Anleitung gegeben, Antheil daran genommen, oder einen Vortheil für sich daraus haben beziehen wollen oder wirklich bezogen;

- 5) ob dieselben durch ihr eigenes Betragen und durch ihre Lebensart mit auf die Neigung der Personen im jugendlichen Alter, Verbrechen zu begehen, nachtheilig eingewirkt haben;
- 6) ob die Lehrer, Schulvorstände und Geistlichen, wenn sie bemerken oder erfahren, daß eine Person im jugendlichen Alter Hang zu Verbrechen zeige, den Aeltern, Pflegeältern, Dienstherrschaften und der verpflichteten Behörde Anzeige davon gemacht, oder es daran und an den nöthigen Ermahnungen haben fehlen lassen;
- 7) ob und was die Aeltern, Pflegeältern, Dienstherrschaften, sonst verpflichtete Personen und Behörden auf dergleichen Anzeigen, und wenn sie sonst Kenntniß davon erhalten, zur Vesserung des jugendlichen Verbrechers gethan haben?

Merseburg, den 22. Julius 1826.

Königlich Preussische Regierung.

Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Der Mechanicus Carl Wilhelm Kummer in Berlin, Dorotheenstraße Nr. 8., hat mittelst einer eigenen Papiermasse, welche von ihm als sehr fein und leicht, dennoch aber als unzerbrechlich beschrieben wird, mehrere Erd-Globen (Relief-Erdkugeln), Landkarten, auch Himmels-Globen und Planetarien gebildet, welche, den bekannten Globen von Zeune ähnlich, bei dem Unterrichte in der Erd- und Himmelskunde mit Vortheil gebraucht werden können.

Eine genauere Beschreibung hiervon ist auf einem gedruckten Quartblatte: Nachricht von den Relief-Erdkugeln, Landkarten u. s. w., wahrscheinlich durch Buchhandlungen zu bekommen. Die Preise sind:

für die Globen, von 2 1/2 bis 26 Zoll Durchmesser . . . 1 bis 60 Thaler,

für die Karten von Deutschland, Rügen, dem Mont-

blanc u. a. 7 bis 40 Thaler,

ohne Kiste, Emballage und resp. Gestelle. Bei Bestellungen wird portofreie Ein- sendung oder Anweisung der Gelder erbeten. Mehrere Globen und Karten (z. B. von Frankreich, vom Harzgebirge) sind noch in Arbeit.

Auf Veranlassung des Königl. hohen Ministerii der Geistlichen-, Unter- richts- und Medicinal-Angelegenheiten, bringen wir diese verdienstlichen Unterneh- mungen und Arbeiten des 2c. Kummer hierdurch zur allgemeinen Kunde, und

empfehlen den öffentlichen Lehranstalten, welche die erforderlichen Mittel dazu besitzen, den allmählichen Ankauf derselben.

Merseburg, den 26. Julius 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen-
und Schulwesen.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Der Pfarrer zu Kayna, Ephorie Zeitz, Carl Gottlob Flemming, desgl. der Pfarrer zu Zorban, Ephorie Freiburg, Johann Gottlieb Cramer, sind am 27sten Junius d. J. gestorben.

Der Pfarrer zu Obermöllern, Ephorie Eckartsberga, Johann Gottlob Schleußner, ist am 5. Julius d. J. gestorben.

Merseburg, den 1. August 1826.

Der Gerichts-Amts-Actuarius, Salomon Heinrich Lebrecht Dauthendey zu Eisleben, ist in gleicher Eigenschaft zum Gerichtsamte Ermsleben unter dem 16. Junius c. versetzt.

Raumburg, den 30. Junius 1826.

Der Justiz-Commissarius, Christian Friedrich Löbner, ist auf sein Ansuchen als Justiz-Commissarius im Bezirke des Landgerichts zu Torgau entlassen worden.

Raumburg, den 11. Julius 1826.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

32. Stück.

Merseburg, den 12. August 1826.

Allgemeine Gesefsammlung.

Das 10te Stück der allgemeinen Gesefsammlung enthält unter

- Nr. 1014. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 11. Junius 1826, betreffend die nähern Bestimmungen in Beziehung auf die §§. 3. und 5. des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 30. Mai 1820, wegen der Gewerbesteuer vom Handel, imgleichen wegen Modification der §§. 21—24. des Regulativs vom 28. April 1824, über den Gewerbebetrieb im Umherziehen.
- Nr. 1015. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 23. Junius 1826, wegen der Kriegeslasten in Neuvorpommern.
- Nr. 1016. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 20. Julius 1826, betreffend die Verlängerung der, in dem Publications-Patente vom 21. Junius 1825 festgesetzten, Frist zur Anmeldung der Real-Ansprüche der älteren Hypotheken-Gläubiger im Herzogthum Westphalen, Fürstenthum Siegen 1c. bis zum 1. September 1827.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Es sind kürzlich mehrere Fälle vorgekommen, daß Polizei-Behörden, wenn Nr. 103. in ihrem Bezirke Vagabonden aufgegriffen und solche demnächst in die Correc- Die durch tions-Anstalt zu Zeit abgeliefert worden sind, sämmtliche während der von ih- aufgefgriffene nen geführten Untersuchung und der dadurch nöthig gewordenen Verhaftung im Vagabonden Polizei-Gefängnisse entstandene Bekanntmachungs-, Unterhaltungs- und sonstige Gefängnissen Kosten, mit den Transport-Kosten, für Rechnung der vorgedachten Anstalt sich entziehenden haben wieder ersatten lassen. Ein solches Verfahren ist jedoch ganz unzulässig, Kosten betr.

Indem in allen dergleichen Fällen der Casse gedachter Anstalt ausschließlich nur diejenigen Kosten zur Last fallen können, welche während des Transports eines solchen Individui nach der Corrections-Anstalt zu Bzß entstanden sind, alle vorher erwachsene Kosten aber, insofern sie nicht aus dem Vermögen des Aufgegriffenen, der dazu verpflichteten Angehörigen oder von der Commune, der solcher angehört, wieder erlangt werden können, bei uns besonders zur liquidation gebracht, in den vormalig Sächsischen Landestheilen aber, in Gemäßheit unserer Bekanntmachung vom 20. August v. J. (vorjähriges Amtsblatt pag. 363), von den Inhabern der Polizei-Gerichtsbarkeiten übernommen werden müssen.

Sämmtlichen Polizei-Behörden unseres Verwaltungs-Begrits machen wir daher solches zur genauesten Beachtung bekannt.

Merseburg, den 4. August 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 104. Mit Bezug auf die unterm 16. December 1824 durch das Amtsblatt erlassene Bekanntmachung (Amtsblatt de 1824 Stück 51. Nr. 166), die Anlegung des Officier-Porte-épées zur Civil-Uniform betreffend, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß und Nachachtung, wie des Königs Majestät gegenwärtig zu bestimmen geruhet haben, daß das Officier-Porte-épées und die Huth-Cordons nur dann zur Civil-Uniform angelegt werden können, wenn der Beamte entweder landwehr-Officier ist, oder bei seinem Austritt aus dem Militair die Erlaubniß zur Tragung der Armee-Uniform erhalten hat.

Merseburg, den 4. August 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Der Herr Amtsrath Dieze in Warby, ingleichen der Dorfsrichter Heinrich zu Pannigkau, haben sich um die an den Landstraßen befindlichen öffentlichen Anpflanzungen, welche den Wittenberger Landrätlichen Kreis verschönern, besonders verdient gemacht. Es wird dieß von uns dankend anerkannt.

Merseburg, den 2. August 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g .

Den in unserm Auftrage beschäftigten Special-Commissarien wird die von dem Herrn General-Postmeister an die Postämter erlassene Verfügung, wegen Einführung von Conto-Büchern für portopflichtige Gegenstände und viertel-jährlicher Abrechnung des Porto u. s. w., vom 26ten v. M., zur Nachricht und Achtung nachstehend bekannt gemacht.

C i r c u l a r e

an die Post-Ämter in den östlichen Provinzen und in Westphalen.

Auf den Antrag des 1c. Ministerii des Innern ist bereits früher nachgegeben worden, daß über die portopflichtigen Sendungen der General-Commissionen in Regulirungs- und Auseinandersehungssachen bei den Post-Ämtern besondere Conto-Bücher geführt werden, worin das Porto, Befußs vierteljährlicher Abrechnung mit den Cassen der betreffenden Commissarien, notirt wird. Auf die erneuerte Verwendung des gedachten 1c. Ministerii wird genehmigt, daß diese Porto-Conto-Führung auch für die Special-Commissarien statt finden kann.

Die Commissarien sind angewiesen, ihrer Seits bei den Orts-Post-Anstalten diese Conto-Führung schriftlich in Antrag zu bringen. Dem Post-Amte zu N. N. wird solches zu seiner Nachricht und Achtung hierdurch bekannt gemacht, und demselben zugleich ein Schema zu solchem Conto im Anschluß zugefertigt, mit dem Bemerken, daß diese Conto-Führung für diese amtliche Correspondenz unentgeltlich zu besorgen ist.

Die dem N. N. Post-Amte in N. N. untergeordneten Post-Anstalten sind hiernach ebenmäßig anzuweisen.

Frankfurt am Main, den 26. Junius 1826.

Der General-Postmeister
(gez.) v. Nagler.

An
das N. N. Post-Amte
in
N. N.

C o n t o

des

Königlichen Post-Amtes in N. N. über das, der Königlichen
Commission creditirte Porto.

Nr.	Datum des Eingangs.	Bezeichnung der Sendungen.	Ort, woher?	Porto-Betrag.			Bemerkungen.
				Thlr.	Sh.	Pf.	
	1825						
1.	1. August	1 Schreiben, 4 Loth	Berlin	—	24	—	
		1 Paket Acten, 5 Pfund . . .	Breslau	1	—	—	
		1 Beutel mit 400 Thlr. . . u. f. w.	Liegnitz	5	—	—	
			Summa				
		Hierauf sind den —ten — — 18— bezahlt worden					
			bleibe Rest				

Nota. Hinter diesem Abschlusse werden dann die ferner eingehenden porto-
pflichtigen Sendungen wie oben eingetragen.

Berlin, den 22. Julius 1826.

Königliche General-Commission für die Kurmark Brandenburg
und für Sachsen.

B e k a n n t m a c h u n g

wegen des nächsten Termins zur Prüfung der sich zum einjährigen Militair-Dienst gemeldeten Freiwilligen.

Da die Militair-Mitglieder der unterzeichneten Commission in den ersten Wochen des künftigen Monats, wegen des dießjährigen Herbst-Manövers, aus ihren Garnisonen abwesend sein werden, so kann die nächste Prüfung der sich zum einjährigen Militair-Dienst hier gemeldeten Freiwilligen nicht an dem ersten Montage künftigen Monats, sondern erst am 25. September c. Statt finden; welches, mit Bezug auf die in dem dießjährigen hiesigen Regierungs-Amtsblatte pag. 154. enthaltene Bekanntmachung, hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Merseburg, den 4. August 1826.

Die Departements-Commission zur Prüfung der Freiwilligen
zum einjährigen Militair-Dienst.

Der Major und Commandeur des Füßli-
ers Bataillons 32. Infanterie-Regiments,
von Rastmer.

Der Regierungs- und Militair-
Departements-Rath,
Schulz.

B e k a n n t m a c h u n g

Edictal-Citation ausgetretener Cantonisten betreffend.

Auf den Antrag der Königl. Regierung zu Merseburg, werden nachbenannte Cantonisten:

- 1) Johann Carl Ernst Räuber aus Brücken, geb. den 28. Julius 1800;
- 2) Gottlob George aus Elsterwerda, geb. den 30. März 1798;
- 3) Gottlieb George ebendaser, geb. den 12. October 1803;
- 4) Johann Gottlieb Pfennig aus Hirschfeld, geb. den 23. Januar 1803;
- 5) Carl Gottlob Knappe aus Rödchen, geb. den 30. November 1801;
- 6) Gottfried Schmidt aus Klemhna, geb. im Februar 1803;
- 7) Christoph Dyne aus Klepzig, geb. den 31. Januar 1799;
- 8) August Saalbach aus Klein-Wolkau, geb. den 6. Mai 1800;
- 9) Friedrich Ilse aus Gordenitz, geb. den 16. December 1800;
- 10) Friedrich Traugott Hobe aus Eilenburg, geb. den 20. Mai 1802;
- 11) Gottlob Adolph Clemens aus Eilenburg, geb. den 16. December 1801;

- 12) Friedrich Wagner aus Eilenburg, geb. den 30. Mai 1800;
- 13) Eduard Friedrich Röhr daher, geb. den 11. April 1801;
- 14) Friedrich Windsail daher, geb. den 3. April 1800;
- 15) Carl Gottlob Richter aus Battaune, geb. den 18. Januar 1800;
- 16) August Klingner aus Döbernitz, geb. den 15. Junius 1802;
- 17) Johann Samuel Straubel aus Alterode, geb. den 10. Februar 1799;
- 18) Johann Christian Sanftleben aus Esmannsdorf, geb. den 3. November 1798;
- 19) Johann Gottfried Hbrigt aus Großosterhausen, geb. den 22. September 1799;
- 20) Johann Heinrich König aus Mückeln, geb. den 12. Februar 1803;
- 21) Christian Lüttich aus Wolferstädt, geb. den 3. November 1801;
- 22) Gottlob Heinrich Jäger aus Nebra, geb. den 1. Januar 1802;
- 23) Johann Christian Machetanz aus Obhausen-Petri, geb. den 14. Januar 1801;
- 24) Johann Gottfried Voigt aus Laucha, geb. den 29. März 1802;
- 25) Johann Christian Friedrich Pfister aus Quersurth, geb. den 20. April 1800;
- 26) Johann Christian August Schrader aus Quersurth, geb. den 17. November 1800;
- 27) Michael Joseph Voigt daher, geb. den 13. Junius 1800;
- 28) Heinrich Anton Dannhauer daher, geb. den 22. März 1801;
- 29) Friedrich Joseph Helm daher, geb. den 5. August 1802;
- 30) Johann Friedrich Gottlob Meyer daher, geb. den 28. October 1802;
- 31) Gottlieb Lieberoth daher, geb. den 15. December 1802;
- 32) Friedrich Samuel Schrader daher, geb. den 21. Januar 1803;
- 33) Johann Christian Mählhorn aus Roßbach, geb. den 7. Julius 1803;

welche ihre Heimath verlassen und von ihrem gegenwärtigen Aufenthaltsorte keine Nachricht gegeben haben, zur ungesäumten Rückkehr in hiesige Lande hierdurch aufgefodert, und geladen, in dem im hiesigen Ober-Landes-Gerichts-locale vor dem Deputirten, Ober-Landes-Gerichts-Kieserend Richter, auf

den 27. November 1826,

Vormittags um 9 Uhr, angesetzten Termine zu erscheinen, und sich wegen ihres Austritts zu verantworten, unter der Verwarnung, daß sonst nach Ablauf des Termins sie ihres gesammten jetzigen Vermögens, ingleichen aller etwaigen künftigen Vermögensanfalle werden für verlustig erklärt und dasselbe dem Königl. Fiscus wird zuerkannt werden.

Urkundlich unter des Königl. Ober-landes-Gerichts größerm Siegel und gewöhnlicher Unterschrift.

Raumburg, den 18. Julius 1826.

Königl. Preuss. Ober-landes-Gericht.

B e k a n n t m a c h u n g.

Die Hypothekentabellen über das Dorf Meyßen, im Weissenfeller Polizeikreise, welche alle drei Rubriken in sich fassen, sind nunmehr vollendet.

Diejenigen also, welche ein Interesse dabel haben, können solche bis zum 20. October c. in der Expedition des unterzeichneten Justitiars zu Raumburg einsehen und ihre etwaigen Erinnerungen machen, unter der Verwarnung, daß sie nach Ablauf dieser Frist weiter nicht damit werden gehört werden.

Meyßen, den 2. August 1826.

Das von Niesemeuschelsche Patrimonial-Gericht.

Paßke.

P e r s o n a l - C h r o n i k.

Zu Ober-landes-Gerichts-Referendarien sind ernannt:

der Ober-landes-Gerichts-Auscultator Ehrenfried Wilhelm Ernst Fausé, den 22. Junius c.;

der Ober-landes-Gerichts-Auscultator Franz Adolph Wigél, den 7. Julius c.;

der Ober-landes-Gerichts-Auscultator Johann Gottlob Tollert, ebenfalls den 7. Julius c.;

der Auscultator und Gerichts-Amtes-Actuar zu Cönnern, Franz Hasper, den 8. Julius c.;

der Gerichts-Amtes-Actuar Gottlob Leberecht Zeiske zu Prettin, den 14. Julius c.;

der Gerichts-Amtes-Actuar Gottlieb Friedrich Haubold zu Remberg, den 14. Julius c., und

der Auscultator Friedrich August Christian Esbach, den 14. Julius c.;

der Ober-landes-Gerichts-Referendar Gustav Ischig hat die erbetene Entlassung, mit Beibehaltung des Titels eines Ober-landes-Gerichts-Referendars, am 4. Julius c. erhalten;

der Candidat der Rechte, Johann Adolph Gottlieb Ansin, ist den 21. Julius c. zum Auscultator angenommen;

der bei dem Landgerichte zu Erfurt angestellte Justiz-Commissär Christian Theodor Zimmermann, ist in gleicher Eigenschaft unter dem 3. Julius c. an das Kammergericht versetzt;

der invalide Unterofficier Friedrich Beeth ist als interimistischer Ober-Landes-Gerichts-Vote und Executor in Wittenberg angestellt.

Naumburg, den 31. Julius 1826.

A m t s : B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

33. Stück.

Merseburg, den 19. Augst 1826.

Allgemeine Gesefsammlung.

Der Anhang zur Gesefsammlung für die Königlich Preussischen Staaten enthält:

Convention zu Vollziehung der zwischen Sr. Majestät dem Könige von Preußen und Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog zu Sachsen-Weimar-Eisenach abgeschlossenen Staatsverträge d. d. Wien, am 1. Junius 1815, und Paris, am 22. September 1815, und zu näherer Bestimmung der hierdurch veranlaßten Auseinandersetzungen und Ausgleichungen in Beziehung auf die vormals Königl. Sächsischen Gebietsheile. D. d. Berlin, am 1. Mai 1826.

Das 11te Stück der allgemeinen Gesefsammlung enthält unter

Nr. 1017. Vertrag zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen und Seiner ältestregierenden Herzoglichen Durchlaucht zu Anhalt-Bernburg, wegen Anschließung des unteren Herzogthums Bernburg an das Preussische indirecte Steuersystem. Vom 17. Junius 1826.

Nr. 1018. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 21. Julius 1826, die Dienstvergehungen der Gerichtschreiber und Gerichtsvollzieher in den Rheinprovinzen betreffend.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Des Königs Majestät haben, mittelst Allernädigster Cabinets-Ordre vom 18. Junius d. J., zum Wiederaufbau der im Jahre 1824 abgebrannten evangelischen Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäude zu Kupferberg in Schlesien, Befehl gegeben.

Nr. 105.
Allgemeine
Haus- und
Kirchen-Verf.

leete bei den evangelischen Glaubensgenossen betr. einer Unterstützung der sehr armen Gemelne, welche bei diesem Brande viel gelitten hat, indem außer diesen Gebäuden auch das Armenhaus und 68 Bürgerhäuser ein Raub der Flammen geworden sind, eine allgemeine Haus- und Kirchen-Collecte bei den evangelischen Glaubensgenossen in Allerhöchsteren Staaten zu bewilligen geruhet. Die Herren Prediger werden angewiesen, die Kirchencollecte an einem passenden Sonntage in der gewöhnlichen Art anzustellen, das Eingegangene an ihre vorgesetzten Herren Superintendenten einzusenden, und haben letztere, unter Angabe des Zwecks der Collecte, die gesammelten Gelder, mittelst specieller Verzeichnisse und doppelter Lieferscheine, wovon der eine an uns, der andere an die Haupt-Instituten-Casse hieselbst, zu richten ist, an diese Casse einzuschicken.

Die Hauscollecte ist in den Städten von einer Rathsdeputation und einigen angesehenen Bürgern, in den Dörfern aber von dem Richter oder Schulzen und Schöppen zu veranstalten und sind die gesammelten Gelder von den Behörden der Städte an die hiesige Haupt-Instituten-Casse mittelst Lieferscheins einzusenden; die auf den Dörfern gesammelten Beiträge aber von den Ortsvorstehern an die vorgesetzten Obrigkeiten abzugeben und von diesen an die Herren Landräthe des Kreises abzuliefern, welche sie sodann aus dem ganzen Kreise an die gedachte Casse mittelst specieller Nachweisungen und Lieferscheine einzusenden und ein Duplicat des Lieferscheins, gleich den Stadträthen, an uns einzureichen haben.

Wo keine Beiträge eingegangen sind, da ist ein Vacatschein auszustellen, and von den Ortsvorstehern an die vorgesetzten Behörden und von diesen an die Herren Landräthe, endlich von diesen und den Stadträthen an die Haupt-Instituten-Casse einzusenden, an uns aber gleichfalls das Duplicat einzureichen.

Mit dem 1. October d. J. wird die Kirchen- und Haus-Collecte für geschlossen erachtet.

Merseburg, den 2. August 1826.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 106:

Die allg. meine Gültigkeit der Gewerbscheine solcher reisenden Kaufleute, welche auf Waarenbestellungen suchen, betr.

Durch die in dem zehnten Stück der diesjährigen Gesefsammlung abgedruckte Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 11. Junius d. J. ist festgesetzt, daß die Gewerbscheine solcher umherreisenden Kaufleute, auch Handlungsdiener und Gehülfen, welche nur Waarenbestellungen suchen oder Waaren, zum Behuf des Wiederverkaufs, erstehen, selbige jedoch nicht bei sich führen, sondern frachtwise befördern lassen, von jezt an für den ganzen Umfang der Monarchie gültig sein sollen, ohne daß die Ausbehnung eines solchen Gewerbscheins auf den Bezirk jeder einzelnen Regierung nachgesucht zu werden braucht; ingleichen ist darin festgesetzt, daß die Aposteler, ohne Unterschied: ob sie, außer den Arzneimitteln,

noch mit andern Waaren handeln oder nicht; so wie, daß die Pfandleiher, und die nicht bei der Kaufmannschaft angestellten Mäkler, Agenten und Commissionäre, die aus der Vermittlung und Unterhandlung nicht kaufmännischer Geschäfte ein Gewerbe machen, insgesamt der Gewerbesteuer unterworfen sein sollen. Indem wir nun die Poligel- und Gewerbesteuer-Aufnahme-Behörden von obiger Allerhöchsten Bestimmung hierdurch besonders in Kenntniß setzen, fordern wir die Letztern zugleich auf: noch für das laufende Jahr diejenigen Gewerbetreibenden ihres Orts und Bezirks, welche nach vorgedachter Bestimmung für gewerbesteuerpflichtig erklärt, bisher aber zu der Gewerbesteuer-Abgabe noch nicht heran-gezogen worden sind, mit den geeigneten Säßen besonders in Zugang zu bringen und deshalb das Erforderliche schleunigst zu veranlassen.

Merseburg, den 10. August 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung der Finanzen.

B e k a n n t m a c h u n g .

Von sämmtlichen Grundbesitzungen des Dorfs Gröbitz und dessen Flur sind die alle drei Rubriken in sich fassenden Hypothekenbuchs-Tabellen fertig und liegen selbige, in dem Zeitraume vom 18. August bis zum 18. October d. J., in der Expedition des unterzeichneten Justitiars zu Naumburg zur Einsicht der Interessenten, Behufs etwa dagegen vorzubringender Erinnerungen, bereit.

Vorschriftsmäßig wird dieß hierdurch öffentlich bekannt gemacht, und dabei bemerkt, daß nach Ablauf jener Frist keine Erinnerungen mehr beachtet werden können.

Gröbitz, den 7. August 1826.

Das von Helldorffsche Patrimonial-Gericht daselbst.
Geyßarth.

Berichtigung. Im 3ten Stück des Amtsblatts, pag. 253, sub Nr. 103, 3. 5. v. u., lese man: Bewachungs-, statt: Bekanntmachungs-Kosten.

M a c h w e i f u n g

der

im Monate Julius 1826

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestan-
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürf-
nisse, ingleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e.				H ü l f e n f r ü c h t e.			R a u c h f u t t e r.		
	Weizen	Koggen	Gerste	Hafer	Hirse	Erbsen	Linsen	Kartof- feln	Heu	Stroh
	der preussische Scheffel				der preussische Scheffel			Essl.	à Cent.	à Scheff.
	℥/s. d.	℥/s. d.	℥/s. d.	℥/s. d.	℥/s. d.	℥/s. d.	℥/s. d.	℥/s. d.	℥/s. d.	℥/s. d.
1 Merseburg	1 2 6	— 20 —	— 16 5 —	— 13 2 —	— — —	— 25 —	1 10 —	2 — —	— 25 —	2 20 —
2 Halle	1 2 9	— 21 3 —	— 16 5 —	— 16 — —	4 15 —	1 5 —	1 15 —	1 — —	— 18 —	5 12 —
3 Naumburg	1 5 4	— 20 4 —	— 15 3 —	— 14 2 —	5 — —	1 14 —	2 10 —	1 3 —	— 25 10 —	5 23 4
4 Torgau	1 5 9	— 25 9 —	— 17 6 —	— 15 — —	5 — —	1 10 —	4 — —	— 10 —	— 17 6 —	5 — —
5 Wittenberg	1 5 5	— 22 3 —	— 21 5 —	— 13 5 —	— — —	1 20 —	2 20 —	— — —	— — —	4 9 —
6 Eisleben	1 — —	— 20 3 —	— 15 6 —	— 14 10 —	4 — —	1 10 —	1 10 —	— — —	— 23 9 —	5 25 —
7 Zeitz	1 6 3	— 22 — —	— 16 5 —	— 15 9 —	2 25 —	1 6 3	1 6 5	— 15 —	— 20 —	5 — —
8 Querfurt	1 2 6	— 20 — —	— 17 6 —	— 15 9 —	3 20 —	1 2 6	1 2 6	— — —	— 20 —	2 15 —

Merseburg, den 4. August 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

34. Stüd.

Merseburg, den 26. August 1826.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Zum Wiederaufbau der im Jahre 1822 durch einen Blitzstrahl angezündeten und gänzlich eingeäscherten Kirche in liegnitz, ist Höhern Orts, zur Unterstützung der Kirchen-Gemeine, eine evangelische Kirchen-Collecte in der ganzen Monarchie bewilligt worden. Nr. 107. Evangelische Kirchen-Collecte für den Wiederaufbau der Marienkirche in Liegnitz betr.

Die evangelischen Herren Prediger unsers Bezirks haben an einem passenden Sonntage, in hergebrachter Art, die Kirchen-Collecte zu obigem Behuf zu veranstalten, und die Beiträge an die Herren Superintenden ten einzufenden. Letztere aber haben, unter Angabe des Zwecks, mittelst Special-Nachweisung das Eingegangene an die Haupt-Instituten-Casse hier abzuliefern und an uns das Dupplicat des Lieferscheins einzureichen; auch, im Fall keine Beiträge eingegangen sein sollten, einen Vacatschein, und zwar einen an uns, und einen an die genannte Casse, einzufenden.

Mit dem 1. December c. wird diese Kirchen-Collecte als geschlossen betrachtet.

Merseburg, den 9. August 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Da zur Kenntniß des Königl. Ministerli der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten gekommen ist, daß nicht alle Prediger gehörige Pfarr-Registranden, welche den wesentlichen Inhalt der ihnen von den vorgesetzten Behörden mitgetheilten Verfügungen enthalten, führen, wodurch insbesondere die nicht durch die Amtsblätter oder die Gesefssammlung bekannt gemachten Verordnungen der Befahr ausgefetzt werden, durch die Anstellung eines neuen Pfarrers Die Regi- stranden und Archivs der Pfarren betr.

in Vergessenheit zu gerathen: so ist uns durch Hofes Rescript vom 10. Junius d. J. aufgegeben worden, die nöthigen Anweisungen deshalb zu geben und darauf zu halten, daß dieselben genau befolgt werden.

Dem gemäß wird hierdurch angeordnet:

- 1) Jeder der Herren Prediger unsers Bezirkes hat auf Kosten des Kirchen-Aerars, wo dieß noch nicht geschehen ist, ein Buch von unbeschriebnem Papier anzuschaffen.
- 2) In dieses Buch werden unter fortlaufenden Nummern nicht nur die durch besondere Missiven, sondern auch die durch das Amtsblatt bekannt gemachten Verfügungen, das Kirchen- und Schulwesen betreffend, nach ihrem wesentlichen Inhalte und mit Bemerkung der Behörde, von welcher dieselbe gegeben ist, und des Datum und der Jahrzahl eingetragen.
- 3) Zum leichtern Auffinden der einzelnen Verfügungen wird an der Seite eines jeden Blattes ein leerer Raum gelassen, auf welchen nicht nur die fortlaufende Nummer, sondern auch der kurze Inhalt der Verfügung zu schreiben ist. Zu demselben Zweck ist am Ende des Buchs ein Register anzulegen, in dessen Haupt-Kubriken die dahin gehörigen Verfügungen bloß mit ihren Nummern angegeben werden.

Es würde für eine gefällige Führung des Amtes sehr ersprießlich sein, wenn auch frühere Verfügungen, zu deren Kenntniß ein Prediger gelangt, in diese Registrande aufgenommen werden.

Von gleicher Wichtigkeit sind alle zum Pfarr-Archive gehörige Papiere, welche in einem besondern, mit Fächern versehenen, Schranke aufzubewahren und nach den Hauptgegenständen: Kirche, Pfarre und Schule, zu ordnen sind. Die Unterabtheilungen über jeden Hauptgegenstand ergeben sich von selbst.

Die Herren Prediger werden verpflichtet, die obigen Bestimmungen genau zu befolgen, und die Herren Superintendenten haben nicht nur auf die genaue Befolgung zu halten, sondern bei den Kirchen-Visitationen in den Protocollen besonders zu bemerken, in welchem Zustande sie Pfarr-Registrande und Archive gefunden haben.

Merseburg, den 12. August 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 109.

Die Natur
und Behand-
lung d. Milz-
brandes betr.

Der jetzige anhaltend heiße Sommer ließ fürchten, daß in den Gegenden, welche zugleich seine Entwicklung begünstigen, der Milzbrand heftiger, als gewöhnlich, während desselben und nach Eintritt des Herbstes ausbrechen werde, und leider hat er schon in einer nicht sehr zahlreichen Heerde binnen einigen Wo-

chen dreißig Rindviehstücke getödtet. Die polizeilichen Maaßregeln, welche bei dem Ausbruch dieser Krankheit getroffen werden müssen, schreibt Patent und Instruction wegen Abwendung der Viehseuchen vom 2. April 1803 im 4ten Capitel genauer vor und wir verweisen nur in dieser Hinsicht noch auf die Allerhöchste Verordnung vom 28. Junius v. J., nach der gegen §. 135. dieses Patents (Gesetz. Nr. 14. v. J. 1825) das am Milzbrand gefallene Vieh unabgelebert vergraben werden soll. Da indeß ein in den Beilagen des gedachten Patents angegebenes Curverfahren bei dem Milzbrande theils noch ganz unbeachtet geblieben zu sein scheint, theils nicht pünktlich, wie es solches verdient, zur Ausführung kommt; so bringen wir es wörtlich in Erinnerung:

„Auch hat sich das kalte Wasser bei demselben (dem Milzbrande) sehr heilsam bewiesen. Man begießt entweder das kranke Vieh damit häufig, oder läßt es schwämmen, oder, welches bei weitem vorzuziehen ist, man breitet über den Rücken desselben Decken, die in kaltes Wasser eingetaucht und wieder ausgedrückt worden sind. Doch versteht es sich von selbst, daß dieses so oft wiederholt werden muß, als sie warm zu werden anfangen.“

Dieß Mittel ist in der gekrönten Preisschrift von Kauch über den Milzbrand des Rindviehes, welche 1805 erschienen und für 4 Sgr. in den Buchläden zu haben ist, zuerst vorzüglich empfohlen, worauf wir zugleich aufmerksam machen. Wir können zugleich nicht unterlassen, auf Nr. 59. des Amtsbl. vom Jahre 1819 und Nr. 170. v. J. nochmals hinzuweisen, und die größte Vorsicht bei dem Abledern des milzkranken Viehes zu empfehlen, da schon dieses Jahr im Regierungsbezirke zwei Personen an dem durch Ansteckung entstandenen Milzbrand-Cardunkel gestorben sind.

Merseburg, den 17. August 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Das Königliche Ministerium des Innern hat in Uebereinstimmung mit dem Königlichen Justiz-Ministerium hinsichtlich der Competenz zur Entscheidung bei Wege-Contraventionen unter dem 6. Mai d. J. festgesetzt:

- 1) daß den Verwaltungs-Beamten in diesen Contraventions-Angelegenheiten keine Jurisdiction zusteht, sondern darin lediglich die Gerichte competent sind;
- 2) daß die in dem Anhang zu dem Allerhöchst vollzogenen Tarif von dem 29. Mai 1822 enthaltenen Vorschriften, mit Ausnahme der §§. 10. bis 14. einschließlic, auf alle gebaute Straßen anwendbar sind, und die diebställigen Contraventionen zur Erkenntniß der bezüglichen Gerichtsstellen gehören sollen.

Nr. 110.
Competenz
der Entschei-
dung in We-
ge-Contraventions-
sachen betr.

Indem wir diese Höhere Bestimmung hiermit zur allgemeinen Kunde bringen, bemerken wir, daß unter den gebauten Straßen nunmehr zwar auch die wirklich ausgebauten Gemeindewege und städtischen Pflasterstraßen begriffen sind; jedoch der nachstehende Inhalt des §. 15. des Anhangs I. zu dem bezogenen Tarif vom 29. Mai 1822:

„Wer sich weigert, den Chaussee-Beamten, die ihn anhalten oder pfänden wollen, zu willfahren, oder die gesetzliche Strafe an der nächsten Hebestelle gegen Empfangschein zu deponiren, soll, wenn er nicht gekannt oder unsicher ist, festgehalten und an die zuständige Behörde abgeliefert werden.“

durch die bezogene Höhere Bestimmung keineswegs aufgehoben oder beschränkt ist.

Sämmtliche Wege- und Polizei-Beamten, Chausseegeldeinnehmer und Gendarmen haben sich hiernach zu achten, und die zur Untersuchung kommenden Straffälle in dem gewöhnlichen Wege bei den zuständigen Gerichts-Behörden zur Untersuchung zu bringen.

Merseburg, den 15. August 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

Nr. 111.

Die Königl. Ober-Rechnungs-Kammer hat mittelst Verfügung vom

Die Stempel-
Straf-Listen;
kerr..

Julius c. bestimmt:

daß die Gerichte, Polizei- und andere Behörden, welche nach §. 30. des Stempelgesetzes vom 7. März 1822 befugt sind, bei Stempel-Steuer-Contraventions-Strafen festzusetzen, und welche nach §. 32. dieses Gesetzes und nach meiner, durch das Amtsblatt bekannt gemachten Verordnung vom 23. Mai 1825. vierteljährig einen Auszug aus der Stempel-Straf-Liste an das Haupt-Zoll- oder Haupt-Steuer-Amt abzuliefern haben, in dessen Bezirke die Behörde ihren Sitz hat, auf diesen Auszügen aus den Stempel-Straf-Listen jederzeit bescheinigen sollen,

daß die darin enthaltenen Straf-Antheile den Denunzianten richtig ausgezahlt worden sind;

oder: im Fall die Straf-Antheile den Denunzianten nicht verabreicht, sondern zu einem andern Zweck verwendet werden dürfen, unter den Auszügen aus den Stempel-Straf-Listen bescheinigen sollen,

daß die darin enthaltenen Straf-Antheile zu dem betreffenden Fonds abgeliefert worden sind.

Die Eingangs gedachten Behörden werden ersucht und resp. veranlaßt, nach dieser Anordnung zu verfahren.

Magdeburg, den 17. August 1826.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director,

Sach.

Des Königs Majestät haben die Anstellung eines zweiten Stempel-Fiskals Nr. 112. für die Provinz Sachsen zu bestimmen und dazu dem bisherigen Land- und Stadt-Gerichts-Assessor Schenk zu Mühlhausen zu ernennen und seine Bestallung als Regierungs-Rath zu vollziehen geruhet. Die Stempel-Fiskalats-Geschäfte der Provinz sind in der Art vertheilt, daß der Bezirk des Königlichen Oberlandes-Gerichtes zu Naumburg und außerdem noch die 3 Eichsfelder und der Hohensteinsche Kreis dem Regierungs-Rath und Stempel-Fiskal Schenk, welcher in Mühlhausen seinen Wohnsitz behält, beigelegt worden, wogegen die Stempel-Fiskalats-Geschäfte des übrigen Theils der Provinz Sachsen dem Stempel-Fiskalats hieselbst nach wie vor verbleiben.

Ich bringe dieß zur Kenntniß und Achtung aller Behörden, Beamten und des Publicums.

Magdeburg, den 16. August 1826.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director,

Sach.

Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Der Pastor und Superintendent zu Quersfurt, Joachim Georg Siegmund Fischer, ist am 11. d. M. in seinem 73. Lebens- und 48. Amtsjahre verstorben. Die Besorgung der Ephoral-Geschäfte ist, bis zum Antritt des neuen Superintendenten, dem Pfarrer Klebskind in Ebersleben von uns übertragen worden; welches hierdurch zur Nachricht bekannt gemacht wird.

Merseburg, den 15. August 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Das Königliche Ober-Landes-Gericht von Sachsen bringt hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß hinsichtlich der, in dem nachstehenden Verzeichnisse benannten, emptyen Güter, das Hypothekenbuch vollendet, und der Erwerb neuer Hypothekenrechte, in Gemäßheit des §. 14. des Hypotheken-Patents vom 16. Julius 1820, nunmehr lediglich nach den Vorschriften des allgemeinen Landrechts, der allgemeinen Gerichtsordnung und der Hypothekenordnung zu bestimmen ist.

Raumburg, den 11. August 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

V e r z e i c h n i s s.

Bitterfelder Kreis:

Weiernsdorf; Burg- und Neu-Chernitz; Cossa; Röckern, vormals das Hoffmannsche Gut; Möst; Mößlig; Pösig; Petersroda; Kenneritz; Rösä; das Neustädtische Gütlein in Zörbig; die Zinsen, Lehnen und Erbgüter des Stadtraths und der Stadtgemeinde zu Zörbig; die in den Dörfern Görtitz, Hinsdorf und Ostrau vom Stadtrathe zu Zörbig zu erwerbenden Lehnen und Zinsen.

Delitzscher Kreis:

Döbernitz; Gocha und Cossen; Vertitz und Welfzigmark; Grebeshna; Klein-Wölka; Laue; Zschölkau.

Eckartsbergaer Kreis:

Braunsroda; Wurgholzhausen; Gorsleben, der schwarze Hof oder das Echterhaus; Gorsleben, der blaue Hof; Gorsleben, das vormals Clemmische Gut; Marienthal; Reinsdorf, das vormals Bergsche und Dunkelische Gut genannt; die 5 Güter zu Reinsdorf; Tauchard.

Langensalzaer Kreis:

Die Heingesche Hufe zu Flarchheim; Grofengottern, das Hornhardsche Gut genannt; Marolderode; Merzleben; Sundhausen, das Kaisersche Gut; Sundhausen, das Mörslebsche Gut; Sundhausen, das vormals Zöpfersche Gut.

Liebenwerdaer Kreis:

Wiederau; Merzdorf.

Merseburger Kreis:

Borßfeld; die Lehnen und Zinsen zu Burgstaden; die Borßfeld- und

Bscheptligschen Zinsen; Wenkendorf und Döllig am Berge; Döhlen; Döllig am Berge; die Gräfendorfer Zinsen; Kölsen; Klein-Corbertha; Riken; Klein-Liebenau, der Oberhof; Klein-Liebenau, der Unterhof; Köpzig; die Schloß- und Klostergüter des Stadtraths zu Merseburg; Meuchen; Naundorf; Neutkirchen; Neischkau; Ostrau mit Reuschberg; Degligsch; Oberthau, der Oberhof, nebst den Wiedemarschen Zinsen; Oberthau, der Unterhof; Ober- und Nieder-Kunstebitz; Passendorf; Reinsdorf; Raschwitz; die Schaafstädter Getreidezinsen; Schaafstädte, Sattelhof; die Güter zu Schaafstädte; Starsiedel, Sattelhof; Starsiedel, Dorf; Starsiedel, Ober- und Unterhof; Schkeuditz, das Lessingsche Gut; Schkeuditz, das von Wolfersdorfsche Gut; Teubitz; Wörschensdorf; Wegwitz; Wehlitz, das Mühlengut; Zischken, das Dorf; Zöschken.

Raumburger Stadt-Kreis:

Die Moritz- und Marschaller Güter zu Raumburg; Stenndorf.

Sangerhäuser Kreis:

Auleben; Artern, das vormal's Hellsdorfsche Gut; Artern, der Oberhof; Artern, der Unterhof; Bornstede, das Freigut; Verbisleben; die Mühle zwischen Görsbach und Auleben; Oberroßlingen; die Mühle zu Voigtstede; 4 Hufen Freilandes in Wallhäuser Flur; 15 Acker Wiesen in Wallhäuser Flur.

Schweinitzer Kreis:

Jessen.

Torgauer Kreis:

Das Stück Holz, der Appelbruch oder die Folge genannt; das Freitagsland, Benzelschen Anteil; Großwitz; Mahlschen; Obermagla; Otteritz; Plothä; der Rahnesfeldsche Weinberg bei Belgern; 7 Acker Viehweide, der See, die Fischerei im schwarzen Wasser, und der vierte Theil des Dorfes Weinwitz.

Untereichsfelder Kreis:

Zaunröden.

Quersurser Kreis:

Branderode; Gosset; Gatterstädt, die Grauenhorffschen Güter; Gatterstädt, das Overwegsche Gut; Grossjena; Größt; Leimbach; Lodersleben, das Freigut; Markröhlitz; die Frauendorffschen Frucht- und Getreidegehnten, auch Erbsinsen zu Neumarkt; Oberschmon; Oberwündsch; Pefkendorf; der Gutbiersche Weinberg bei Roszbach; Weiskütz; Weidenthal, das freie Gehöfte; das vormal's Wiedenbachsche Rittergut zu Weidenthal bei Quersurt.

Weissenfeer Kreis:

Bangloffsdömmern, der Krakenhof; Groß-Ballhausen, der rothe Hof; die Posch-Selmnitzschen Zinsen bei der Mühle zu Kindelbrück; Stödtten; Schönstedt.

Wittenberger Kreis:

Dabrun; Leka; die Wüstungen Püßnitz und Olbiß; Rakitz; Reinharz; die Güter des Wittenberger Stadt-Raths zu Seegrehna; die freie Länderei zu Bodemar; das Dorf Diesem.

Weissenfelfer Kreis:

Böfau; Donau; Burgwerben; Draschwiß; Domsen; Goldschau; Gröbß; Jaucha; Klein-Helmsdorf; Kreischau; Ldbiß; Naundorf; Näthern; Obernessa; Preßsch; Reußen; Stortleben; Schleinitz; Teuchern; Trebnitz; Zaucha'sche Zinsen; Uichteritz; Untergreißau; der Weinberg bei Weissenfels, der Denhard genannt; Wiedebach; Wildschütz, Sternsteinschen Antheils; Wildschütz, Helldorfschen Antheils; Wählig; Wengelsdorf; Zembtschen.

Zeitzer Kreis:

Crossen; Minkwitz; Neumühle bei Sauzsch; Prebel; die Quezniger Erbzinsen; Reuden; der große Reutling; der kleine Reutling; Surdorf; Etaschwiß; Salsitz; die Lehnenschaften zu Traupitz; Traupitz; Wadewitz; Würchwiß; Wildenborn.

Ziegenrüder Kreis:

Altenbeuthen; Bahren; Gräfsendorf; die Schenke zu Liebschütz; Liebschütz, untern Theils; der Erbzinsbauer zu Podelwitz; Rottendorf; Ranis, das Vorwerk; Wöhlisdorf; die Grasschaft Stolberg-Stolberg.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Die bisherigen Protocollführer: Acharb, Karl, Moldenhauer und Rahn, sind zu Geschäfts-Gehülfsen der Deconomie-Commissarien unsers Departements ernannt worden.

Berlin, den 29. Julius 1826.

Königliche General-Commission für die Kurmark Brandenburg
und für Sachsen.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

35. Stück.

Merseburg, den 2. September 1826.

Allgemeine Gesefsammlung.

Das 12te Stück der allgemeinen Gesefsammlung enthält unter

- Nr. 1019. Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 24. Julius 1826, betreffend die öffentliche Gültigkeit der ausschließlich durch die Amtsblätter bekannt gemachten Gesetze.
- Nr. 1020. Tarif zur Erhebung eines Pflastergeldes für die Stadt Lieberose. Vom 25. Julius 1826.
- Nr. 1021. Publikandum des dem Buch- und Musikhändler Adolph Martin Schlesinger in Berlin ertheilten Privilegiums. Vom 29. Julius 1826.
- Nr. 1022. Publikandum des dem Großherzoglich Sächsischen Kapellmeister J. M. Hummel zu Weimar ertheilten Privilegiums. Vom 29. Julius 1826.
- Nr. 1023. Bekanntmachung, wegen Aufhebung des Abschusses mit den Königreichen Schweden und Norwegen. Vom 31. Julius 1826.
- Nr. 1024. Dießseitige Ministerial-Erklärung vom 15. August 1826, betreffend die zur Verhütung der Forstfrevel in den Grenz-Waldungen zwischen der Königlich Preussischen und der landgräflich Hessen-Homburgischen Regierung verabredeten Maaßregeln.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Des Königs Majestät haben, aus Allerhöchsteigener Bewegung, zum Wiederaufbau der abgebrannten Pfarr- und Schulgebäude in dem Dorfe Griesstädt, welches bis auf 8 Häuser ein Raub der Flammen geworden ist, eine allgemeine Kirchen-Collecte in der ganzen Monarchie huldreichst zu bewilligen geruht.

Nr. 113.
Evangelische
Kirchen-Col-
lecte z. Wiederaufbau der

abgebrannten
Pfarr- und
Schulgebäu-
de in dem
Dorfe Kreis-
Rade betr.

Wir fordern die Herren Geistlichen unsers Verwaltungs-Bezirks auf, an einem geeigneten Sonntage eine Kirchen-Collecte zu obigem Zweck zu veranstalten und das Eingegangene an die Herren Superintendenden in hergebrachter Art einzusenden. Letztere aber haben die Beträge mittelst Verzeichnisses oder eintretenden Falls einen Vacatschein an die Haupt-Institut-Casse hier einzusenden, an uns aber das Duplicat des letzere oder Vacatscheines einzurichten. Mit dem Schlusse dieses Jahres wird die Collecte als geschlossen betrachtet werden.

Merseburg, den 16. August 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 114.

Die Bestim-
mungen betr.
welche Baus-
herren und
Baumeister
bei vorzuneh-
menden Bau-
ten zu beob-
achten haben.

Das Allgemeine landr. Th. 1. Tit. 8. §. 66. u. folg. bestimmt, was bei vorzunehmenden Bauten von den Bauherren und Baumeistern zu beobachten ist, und ist auf den Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen unter dem 25. August 1817 (Amtsbl. Jahrg. 1817. S. 494.)

das nähere Verfahren von uns vorgeschrieben worden. Es sind indessen mehrere Fälle zu unserer Kenntniß gekommen, wo bei Bauten, wobei ein baupolizeiliches, besonders feuerpolizeiliches Interesse statt hat, nach diesen Bestimmungen nicht verfahren worden ist; auch hat sich ergeben, daß häufig nach bewirktem Bau keine Untersuchung statt gefunden hat, in wie fern nach dem Bau-Plane wirklich der Bau ausgeführt worden ist.

Wir bringen deshalb obgedachte Bestimmungen hiedurch in Erinnerung und weisen die Herren Landräthe und Orts-Polizeibehörden dahin an, genau darauf zu sehen, daß keinem Bauherren und Baumeister ein Bau, wobei ein allgemeines baupolizeiliches oder insbesondere ein feuerpolizeiliches Interesse eintritt, eher gestattet werde, als bis er den gesetzlichen Anordnungen Folge geleistet hat. Eben so ist nach Beendigung dergleichen Bauten von den betreffenden Polizeibehörden zu untersuchen, ob auch dem Bau-Plane gemäß der Bau wirklich ausgeführt worden.

Bauherren und Baumeister, welche dem zuwider handeln, müssen von den Polizeibehörden zur Untersuchung und Bestrafung gezogen, und die Vorschriften des Allgemeinen landr. Th. 1. Tit. 8. §. 70. bis 72. auf selbige angewendet werden.

Wir machen die Herren Landräthe und Orts-Polizeibehörden für die Befolgung dieser Vorschriften verantwortlich.

Merseburg, den 21. August 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Höherer Anordnung zu Folge, wird hiermit die Vorschrift im Paragraph Nr. 115. 10. des Regulativs vom 28. April 1824, wonach Personen, welche ein Gewerbe im Umherziehen fortbauend betreiben, die Erneuerung ihrer Gewerbscheine für das nächstfolgende Jahr, wenigstens drei Monate vor Ablauf des Jahres, bei der Polizei-Behörde ihres Wohnorts nachsuchen sollen, ausdrücklich in Erinnerung gebracht. Gleichzeitig werden die Gewerbesteuer-Aufnahme-Behörden angewiesen, die Rollen über die für das Jahr 1827 eines Gewerbscheins bedürftenden Gewerbetreibenden frühzeitig genug hier einzureichen, damit wir die Höhere Genehmigung dazu, noch im Laufe dieses Jahres, auswirken und ihnen auch zufertigen können; auch werden die Behörden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß hinsichtlich derjenigen nachzufuchenden Gewerbscheine, für welche sie eine Ermäßigung der gesetzlichen Steuer bevorworten zu müssen glauben, nur solche Fälle in Antrag gebracht werden dürfen, welche bisher bereits, in ähnlichen Fällen, die Höhere Genehmigung erhalten haben. Uebrigens haben diejenigen, welche ihr Gesuch um Erlangung eines Gewerbscheins verspäten, sich es selbst beizumessen, wenn sie, da über dergleichen verspätete Gesuche nur monatliche Nachweisungen zur Genehmigung eingereicht werden dürfen, die Gewerbscheine erst später im Laufe des künftigen Jahres erhalten, und doch auf diese verspätete Aushändigung, bei Festsetzung des Steuersatzes, keine Rücksicht genommen ist. Schließlich wird noch bemerkt, daß bei den resp. Ermäßigungs-Vorschlägen jedesmal auch der vorjährige Steuersatz mit aufgeführt werden muß.

Merseburg, den 26. August 1826.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung der Finanzen.

Verordnung des Königlichen Consistorii der Provinz Sachsen.

Mittheilung Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 4. v. M., ist zwar gestattet Nr. 116. worden, daß ausländische junge Theologen, die sich durch vorchriftsmäßige Zeugnisse ausweisen, zu den Candidaten-Prüfungen im Preussischen zugelassen werden können; ein Wahlfähigkeits-Zeugniß darf ihnen aber nur dann ertheilt werden, wenn sie in der Prüfung die Censur „vorzüglich“ oder „sehr gut“ erhalten; welches wir hiermit zur allgemeinen Kenntniß bringen.

Magdeburg, den 9. August 1826.

Königl. Consistorium und Provinzial-Schul-Collegium.

Die zeitige Nachsuchung der Gewerbscheine betr.

Die bedingte Zulässigkeit ausländischer junger Theologen zu Candidaten-Prüfungen betr.

Bekanntmachung des Königl. Consistorii der Provinz Sachsen.

Der Director des Gymnasii zu Nordhausen, Kraft, hat unter dem Titel:

„Selectae M. Antonii Mureti epistolae praefationes et orationes, quibus additum est Tiberii Hemsterhusii elogium auctore Davide Ruhnkemio, ad emendatissima exempla exactae et annotatione instructae“

eine recht zweckmäßige, und mit lehrreichen Anmerkungen versehene Auswahl aus Mureti's Schriften, nebst der Lobrede auf Tiberius Hemsterhuis, von Ruhnkem, abdrucken lassen, wovon ein Exemplar 18 Gr. Cour. oder 22 Sgr. 6 Pf. bei dem Verleger, Buchhändler Landgraf in Nordhausen, kostet.

In Folge einer ministeriellen Bestimmung vom 8. d. M. wird dieses für die Schüler in den obern Classen der Gymnasien brauchbare Buch der Aufmerksamkeit der Directoren und Lehrer der gelehrten Schul-Anstalten in der Provinz Sachsen empfohlen.

Magdeburg, den 28. Julius 1826.

Königl. Consistorium und Provinzial-Schul-Collegium.

B e k a n n t m a c h u n g .

Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Hypothekentabellen über sämtliche geschlossene Güter und walgende Grundstücke in den hiesigen Gerichtsbörsen Glesien, Nockwiz, Schweiditz und Köße, so wie in den unter hiesiges Gericht gehörigen Theilen der Dörfer Ennewitz, Siedersdorf, Sultitz, Werligsch und Wiedemar, gefertigt sind und in den beiden Monaten September und October d. J. Jedem, der dabei ein Interesse hat, in dem Geschäftslocal des unterzeichneten Justitiars zu Delitzsch zur Einsicht vorgelegt werden können; wobei zugleich bemerkt wird, daß nach Ablauf des Monats October Erinnerungen dagegen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Delitzsch, den 15. August 1826.

Das Patrimonial-Gericht Glesien mit Köße.

A. W. Schulze.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

36. Stüd.

Merseburg, den 9. September 1826.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Es ist uns angezeigt worden, daß nicht selten Grünspan eingekauft wird, um damit den eingemachten Gurken eine schöne grüne Farbe zu geben und zu erhalten. Da nun nicht allein dieser Zusatz der Gesundheit sehr nachtheilig werden kann, sondern auch das Kochen der Essiggurken in kupfernen Gefäßen; so warnen wir hierdurch mit Bezug auf Th. II. Tit. 20. des allgemeinen Landrechts §. 722. vor dem Verkauf und Gebrauch von Gurken, welchen man absichtlich mit jenem schädlichen metallischen Färbematerial oder durch das Kochen in kupfernen Gefäßen eine anlockende Farbe zu geben, kein Bedenken gehabt hat.

Mr. 117.
Die schädli-
che Färbung
der Gurken
mit Grün-
span betr.

Merseburg, den 31. August 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

In unserer Verfügung vom 23. October 1821 (Amtesblatt 1821, S. 411. Nr. 118. Nr. 185.) ist das Publicum bereits darauf aufmerksam gemacht worden, daß nach der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 21. Mai 1820 dem Denuncianten die Hälfte der für Maaß- und Gewicht-Vergehungen festgesetzten Geldstrafen gebühren; jezt bringen wir zur Kenntniß desselben, daß zu Folge dießfalliger Ministerial-Rescripte die andere Hälfte zu den Polizei-Strafen fließen und als solche von den betreffenden Behörden beachtet werden muß. Alle Behörden, denen die Ausführung der Allerhöchsten Maaß- und Gewichts-Ordnung vom 16. Mai 1816 obliegt, haben sich vorkommenden Falls nach den vorstehenden Bestimmungen zu achten.

Die Verwen-
dung der
Strafgelder
bei Maaß-
und Geo-
wichts-Con-
traventionen
betr.

Merseburg, den 31. August 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 119. Die Herren Landräthe in den der Salzverbrauchs-Controle unterworfenen Kreisen, so wie alle andere darin fungirende Polizei-Behörden, werden hierdurch ausdrücklich aufgefodert, zweckmäßige Einleitung und thätige Fürsorge dahin zu treffen, daß bei den ihnen untergebenen Communen und Individuen keine Salzreste aufschwellen, vielmehr jeder Verpflichtete das ihm zugetheilte Salzquantum zu rechter Zeit bezieht, damit es demnächst der temporären Ablösung der betreffenden Zwangsverbindlichkeit in baarem Gelde, ohne den Werth in Salz dafür zu erhalten, so wie der, auf den Fall der Nichtbefolgung, deshalb zu verhängenden executivischen Veltreibung, überall nicht bedürfen möge.

Merseburg, den 1. September 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung der Finanzen.

Nr. 120. Es sind noch mehrere Fälle vorgekommen, wo das Ausstehen von zum Theil Steuer-Reste veralteten Resten damit erläutert werden will, daß die Grundstücke, auf denen von in Concurs besangene neue Gütern betr.

Obwohl nun bereits in unserm Amtsblatte vom Jahre 1824 im 40. Stücke auf die hierunter geltenden Vorschriften aufmerksam gemacht worden ist, so wird doch, zu mehrerer Vervollständigung jener Bekanntmachung vom 20. September 1824 und zur Vermeidung der aus deren Nichtbeachtung für die Outherrn, deren Steuer-Receptoren, die Communen, Ortseinnehmer, Königl. Rendanten und Cassen-Curatoren entstehenden Vertretungen, über das Verfahren, welches gesetzlich zu beobachten ist, um Concurs-Reste zu verhüten, oder unvermeidliche Concurs-Reste baldigt aufzuräumen, denselben, auf den Grund einer Verfü- gung des Königl. Finanz-Ministeriums vom 4. Mai d. J., noch Folgendes zur Nachachtung eröffnet:

Es kann sich nämlich dabei handeln

- 1) um solche Steuern, welche erst während der Dauer des Concurses fällig werden.

Hierüber geben die §§. 270. und 271, verglichen mit §. 496. Th. 1: Tit. 50. der Allg. Gerichts-Ordnung, so bestimmte und jedes Rückbleiben dieser Steuerbeträge möglichst beseitigende Vorschriften, daß wir die Königl. Rendanten und Cassen-Curatoren hierauf verweisen und für die Fälle, wo diesen Vorschriften von dem Gericht, welches den Concurs leitet, nicht nachgelebet werden möchte, zur substantiirten Beschwerde- führung bei uns veranlassen, worauf wir bei dem betreffenden Ober-Gericht die nöthigen Anträge machen werden.

- 2) Bei denjenigen Steuern, welche zwar vor eröffnetem Concurs, aber innerhalb der zweijährigen Frist vor dessen Eröffnung fällig geworden sind,

geben die Vorschriften der §§. 500. und 526. Th. 1. Tit. 50. der Allg. Gerichts-Ordnung die Mittel an die Hand, um zu einer baldigen Berichtigung desfalliger Forderungen der Königl. Cassen zu gelangen, indem nach §. 500. der Richter zu beurtheilen hat, ob bei obwaltenden erheblichen Willigkeitsgründen einem oder dem andern Gläubiger der 2ten Classe, als wohin diese Reste gehören, die Zahlung aus den currenten Einkünften der Masse geleistet werden solle, und nach §. 526. die privilegiirten Rückstände der öffentlichen und gemeinen Lasten, sofern in der Immobilial-Masse kein bereiter Fonds zu deren Berichtigung vorhanden ist, ihre Vorzugs- und Vorschußweise Befriedigung aus der Gemein-Masse zu fordern berechtigt sind.

Gestützt auf diese Vorschriften, haben daher die Einnehmer, bei welchen solche Reste ausstehen, deren jederzeit baldigste Berichtigung aus der Concur.-Masse bei dem betreffenden Gerichte zu urgiren.

Sollten einzelne Gerichte unnöthigerweise Schwierigkeiten finden, auf dergleichen Anträge der Einnehmer einzugehen, so ist auch hier wie zu 1. zu verfahren.

- 3) Bei Resten endlich, welche schon länger als zwei Jahre vor Ausbruch des Concursees fällig waren, muß zwar in Bezug auf den Anspruch an die Masse die gänzliche Ausschüttung der letztern abgewartet werden: allein es besagt der §. 396. Th. 1. Tit. 50. der Allgemeinen Gerichts-Ordnung noch ausdrücklich, daß in diesem Falle dem Fiscus der Regreß an den säumigen Einnehmer verbleibe und letzterer, den Umständen nach, zu sofortiger Einzahlung eines solchen Rückstandes angehalten, und mit dessen Erfaß lediglich an den Austrag der Masse verwiesen werden kann.

Von dieser Vorschrift nach aller Strenge Gebrauch zu machen, ist um so nöthiger, als in der That ein solches Aufschwellen der Reste nicht ohne erhebliche Nachlässigkeit der Einnehmer möglich ist. Es ist daher in jedem Falle, wo der Zustand eines Steuer-Restes durch dessen Verwicklung in einen Concur. gerechtfertigt werden will, sogleich durch den Curator der Cassé festzustellen, wie weit der Zustand in die privilegiirte zweijährige Frist vor Ausbruch des Concursees, und wie weit er in eine frühere Vorzeit trifft, worauf denn der Rendant sogleich zu vernehmen: ob und was er des ältern Restes halber zu seiner Rechtfertigung anzuführen habe, und bei nicht völlig genügendem Ausfall dieser Rechtfertigung ist der Rest sofort als eigene Verschuldung des Cassenführers dem Cassen-Bestande zuzusetzen, auch dessen Abführung zur vorgelegten Cassé ohne Verzug zu bewirken.

Auf die genaue Befolgung dieser Vorschriften haben die Königl. Landräthe, als Cassen-Curatoren, bei ihren Cassen-Revisionen, so wie die Gutsherren und

Orts-Behörden, als Curatoren der Guts herrlichen und Orts-Steuer-Recepturen, stets genau zu halten, auch darauf zu sehen, daß von den Guts herrlichen und Orts-Behörden dem nachgegangen werde, indem sie sich bei Verabsäumung der im Vorstehenden zu 3. gegebenen Bestimmungen eben so wie diese und die Guts-, Orts- und Königl. Steuer-Einnehmer Negreßpflichtig machen werden.

Merseburg, den 30. August 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung der Finanzen.

Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Nachstehende Belehrung wird, auf Anordnung des Herrn Geheimen Staats-Ministers von Klemm Excellenz vom 31. v. M., hierdurch, mit Bezugnahme auf die Verfügungen des hiesigen Amtsbl. Nr. 59. vom Jahr 1819, Nr. 170. vom v. J. und Nr. 109. von d. J., zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 5. September 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e l e h r u n g

für das Publicum über die durch Uebertragung des Milzbrand-
giftes entstehende schwarze Blatter.

Es ist seit einigen Jahren in mehreren Gegenden, namentlich auch in hiesiger Provinz, unter den Menschen häufig eine früher weniger beobachtete Krankheit vorgekommen, welche von ihrer Entstehung mit einer schwarzen Brandblase den Namen der schwarzen Blatter führt. Die Krankheit ist der sorgfältigsten Beachtung werth, indem sie in Folge ihres zerstörenden Umsichgreifens Verunstaltungen, den Verlust einzelner Theile des Körpers, z. B. des Auges, ja, den darüber gesammelten Erfahrungen zufolge, selbst den Tod herbeiführen kann. Da die seither Statt gefundenen Witterungs-Einflüsse der Entstehung dieser Krankheit besonders günstig gewesen sind, so nehmen wir die Gelegenheit wahr, das Publicum darauf aufmerksam zu machen, und damit zugleich hierüber folgende Belehrung für dasselbe zu verbinden.

Die Krankheit ist die Folge der Uebertragung des Milzbrandgiftes auf den menschlichen Körper; sie entsteht daher, wenn letzterer mit dem Geisse, Blut, Eiter, Lympher, Fleisch, Koth, Haare, Wolle, Häuten u. eines von Milzbrand befallenen lebenden oder todtten Thieres auf irgend eine Weise in Berührung gebracht wird; ja, es sind Beispiele vorhanden, welche es höchst glaubwürdig

machen, daß das in Rede stehende Gift selbst durch Insecten, namentlich Fliegen, auf den menschlichen Körper übertragen werden kann. Es wird daher die sorgfältigste Vermeidung jeder möglichen Ansteckung, unter Verweisung auf die von der hiesigen Königl. Regierung im Amtsblatte Jahrg. 1822, Seite 354. bis 358. dieserhalb erlassenen polizeilichen Verordnungen, hiermit auf das dringendste anempfohlen. Bleibe die einmal entstandene Krankheit sich selbst überlassen, oder wird der Zeitpunkt, wo die Kunst des Arztes noch Hülfe zu leisten vermag, verabsäumt, so ist der Kranke rettungslos verloren. Dagegen berechtigt die nicht unbedeutende Zahl der, namentlich auch im Departement der hiesigen Königl. Regierung, durch die Hülfe geschickter Aerzte und Wundärzte vollkommen wiederum geheilten Kranken zu der Hoffnung auf glückliche Wiederherstellung, wenn die Hülfe eines geschickten und erfahrenen Sachverständigen zur rechten Zeit in Anspruch genommen wird. Damit nun das Publicum nicht durch die Furcht vor bedeutungslosen Insectenstichen beunruhigt, zugleich aber in den Stand gesetzt werde, den Zeitpunkt wahrzunehmen, der, bei wirklich erfolgter Ansteckung durch das Milzbrandgift auf die eine oder die andere Art, die schnelle Herbeiholung ärztlicher Hülfe erheischt, lassen wir hier eine kurze, die wesentlichen Symptome umfassende, Schilderung der Entstehung und Entwicklung der sogenannten schwarzen Blatter nachfolgen.

An irgend einer Stelle des Körpers zeigt sich, ohne eine anderweitig nachzuweisende Veranlassung, eine kleine Pustel oder Blase, etwa von der Größe eines Hirsekorns, verbunden mit einem Jucken und Prideln, welches zum Kratzen und Reiben reizt. Diese Pustel nimmt schneller oder langsamer, zuweilen fast zusehends an Umfange zu, erreicht die Größe einer Linse und darüber, erhebt sich mehr oder weniger über die Umgebung und breitet auf gleiche Weise, mehr oder weniger tief in die Haut und darunter liegende Zellgewebe eindringend, sich aus. Characteristisch ist die ursprüngliche Härte und Uempfindlichkeit dieser Pustel, wodurch sie einem Brandfleck ähnlich erscheint. Die Farbe einer solchen Pustel ist gewöhnlich dunkelroth, blau, schwarz, zuweilen glänzend, der Rand oder Kranz ist blau, gelblich, wird weiter entfernt bleich, und verschmilzt endlich mit der Farbe der Haut. Anfangs umgiebt die Pustel eine unbedeutende, weiche Geschwulst, von der Farbe einer sogenannten rosenartigen Entzündung.

Bald aber wird die Rötze dunkeler, die Geschwulst nimmt zu, wird zugleich auch härter, zuweilen, besonders in der nächsten Umgebung der Pustel, so hart, daß auch ein starker Druck keine Grube zurückläßt. Rings um die Pustel erhebt sich das Oberhäutchen in Blasen von verschiedener Größe und Farbe, welche die ursprüngliche Pustel wie ein Kranz umgeben. Der Inhalt der Blasen ist eine bläuliche, schwärzliche, klare oder schmutzige Lymphe, welche, wenn sie frei wird, die Haut durch ihre Schärfe reizt. Diese Blasenbildung beschränkt sich nicht auf die nächste, sondern verbreitet sich unter günstigen Bedingungen auch über die entferntere Umgebung.

Die Erscheinung einer solchen eben beschriebenen Pustel ist es also, wodurch das Dasein der in Rede stehenden Krankheit sich kund thut; dieß auch der Moment, wo Pflicht der Selbsterhaltung die ungeäumte Herbeisohlung ärztlicher Hülfe erheischt.

Sämmtliche Herren Landräthe und Ortsvorsteher werden hiermit veranlaßt, Sorge dafür zu tragen, daß obige Bekanntmachung bald möglichst zur allgemeinen Kenntniß des Publicums gebracht werde.

Magdeburg, den 28. August 1826.

Königl. Medicinal-Collegium der Provinz Sachsen.

Bekanntmachung des Königl. Land-Gerichts zu Naumburg.

Von den in dem nachstehenden Verzeichnisse aufgeführten Immobilien-Besitzungen unseres Bezirks, sind die Hypotheken-Tabellen, welche sämmtliche drei Rubriken in sich fassen, fertig geworden.

Dieß machen wir in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 5. April 1824 (Gesetzsammlung d. a. 1824 pag. 78.) den Interessenten bekannt, und fordern sie auf, diese Tabellen vom 1. October dieses Jahres ab, bis ult. December c., binnen welcher Zeit dieselben in unserer Registratur bereit liegen, einzusehn, und ihre etwaigen Erinnerungen dagegen anzubringen; unter der Verwarnung, daß nach Ablauf dieses Termins keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Naumburg, den 30. August 1826.

Königl. Preuss. Land-Gericht.

V e r z e i c h n i ß.

- A. Sämmtliche Häuser, Scheunen und Gärten innerhalb und außerhalb der Ringmauern der Stadt Naumburg, insofern die Besitzer beim hiesigen Land-Gerichte über den Besitztitel vernommen worden sind, mit Ausnahme folgender Nummern:

Nr. 402. das Haus der Kochschen Schwestern, Nr. 486. das der Demoiselle Dresde, Nr. 680. die Fichtmannsche Scheune, Nr. 718. das Wocksche Haus, Nr. 750. das Wattfackische Haus, Nr. 754. das Wolfische Haus, Nr. 804. und 5. das Kuppelsche Haus, Nr. 913.

das Dießsche Haus, Nr. 985. das Drenßigacker'sche Haus, Nr. 1042. den Menzelschen Garten, Nr. 1174. das Treßsche Haus, und Nr. 1255. das Treßsche Haus betreffend; im Bezirke des Gerichtsamtes für den Stadtbezirk Raumburg in dem Raumburger Polizei-Kreise.

B. Sämmtliche Häuser, Gärten und Scheunen der Stadt Quersurth innerhalb der Ringmauern, insofern die Besitzer vom Königl. land-Verichte über ihre Besitztitel vernommen worden, mit Ausnahme folgender Nummern:

a) Häuser. Nr. 4. das Friedrich'sche Haus, Nr. 15. das Rauchschesche Haus, Nr. 31. das Haus der Fuchseschen Erben, Nr. 125. das Brand'sche Haus, Nr. 139. das Jönsche Haus, Nr. 172. und 73. das Kopsche Haus, Nr. 182. das Salzmann'sche Haus, Nr. 231. das Hb'sche Haus, Nr. 245. das Opelsche Haus, Nr. 249. das Sieglingsche Haus, Nr. 253. das Scheib'sche Haus, Nr. 301. das Fuchsesche Haus und Nr. 66.^b die Meiskerei betreffend;

b) Gärten. Nr. 16.^b den Knauth'schen Garten, Nr. 23.^b und 109.^b den Fuchseschen Garten, Nr. 42.^b den Rauchscheschen Garten, Nr. 47.^b den Knauth'schen Garten, Nr. 55.^b den Ottoschen Garten, Nr. 74.^b den Schulzeschen Garten, Nr. 101.^b den Jönschen Garten, Nr. 107.^b den Nürnbergerschen Garten, Nr. 31.^b den Friedrich'schen Garten, und Nr. 35.^b den Haserburg'schen Garten betreffend;

alles im Gerichtsamts-Bezirke und Polizei-Kreise Quersurth.

C. Sämmtliche Häuser, Scheunen und Gärten der Stadt Freiburg, insofern die Besitzer beim Königl. land-Verichte über die Besitztitel vernommen worden, mit Ausnahme folgender Nummern:

Nr. 4. das Königsche Haus, Nr. 28. das Seyffarth'sche Haus, Nr. 54. das Gähler'sche Haus, Nr. 138. das Weined'sche Haus, Nr. 144. das Brohmersche Haus, Nr. 145. das Kunigsche Haus, Nr. 195. das Kunigsche Haus, Nr. 226. das Kupp'sche Haus, Nr. 227. das Kunigsche Haus, Nr. 242.^b das Kramersche Haus, Nr. 287. das Eberhart'sche Haus, Nr. 301. das Sachmann'sche Haus, Nr. 27. die Brohmersche Scheune, Nr. 57. die Brohmersche Scheune, Nr. 310. die Kunigsche Scheune und die Kunigschen und Seydelschen beiden Gärten betreffend;

im Gerichtsamts-Bezirke Freiburg und Quersurth'scher Polizei-Kreise.

D. Sämmtliche Häuser und geschlossene Güter des Dorfs Neumark, innerhalb der Bäume und Dorfgräben, mit Einschluß derjenigen Pertinenzien, wovon die Besitzer beim Königl. landgericht vernommen worden; im Gerichtsamts-Bezirke Müheln und Quersurth'scher Polizei-Kreise.

E. Sämmtliche Häuser der Stadt Hohenmölsen, mit Inbegriff der in der Ringmauer befindlichen Gärten; im Gerichtsamts-Bezirk Hohenmölsen und Weissenfeller Polizei-Kreise.

F. Sämmtliche Häuser der Stadt Etzdorf, mit Inbegriff derjenigen Gärten, wovon die Besitzer beim Königl. Landgerichte über ihre Besitztitel vernommen worden, mit Ausnahme folgender Nummern:

Nr. 29. das Fürstliche Haus, Nr. 75. das Windausche Haus, Nr. 111. das Weismantelsche Haus, Nr. 119. das Straußesche Haus, und Nr. 121. das Dreische Haus betreffend;

im Gerichtsamts-Bezirk für den Landbezirk Naumburg und dem Weissenfeller Polizei-Kreise.

G. Sämmtliche Häuser, Scheunen und Gärten der Stadt Eßleda, insofern die Besitzer vom Königl. Landgerichte über ihre Besitztitel vernommen worden, mit Ausnahme folgender Nummern:

Nr. 24. das Helbigche Haus, Nr. 37. das Schäfersche Haus, Nr. 88. das Willandsche Haus, Nr. 108. das Büchnersche Haus und Nr. 153. das Seyffarth'sche Haus betreffend;

Im Gerichtsamts-Bezirk und Polizei-Kreise Eßleda.

H. Die nun fertig gewordenen Hypotheken-Tabellen über diejenigen sechs Häuser und Gärten in Mertendorf, Breiten und Langenroda, welche in unserer Bekanntmachung vom 11. November 1825 im 45. Stücke des Regierungs-Amtesblattes de anno 1825 als noch nicht fertig bezeichnet sind, als:

- 1) das Gabriel Knoffsche Haus Nr. 11., 2) das Christoph Bergmannsche Haus Nr. 6. und 3) den Pölnig'schen Garten Nr. 29.^b, alle zu Mertendorf, 4) das Haus der Marie Christine Böselin zu Breiten sub Nr. 15., 5) das Carl Wapmannsche Haus sub Nr. 1. zu Langenroda und 6) das Schmidtsche Haus sub Nr. 9. daselbst betreffend.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Der vormalige Geheime Calculator Tamanti ist zum Controleur und Ober-Buchhalter; der zeitliche Hilfs-Buchhalter Weiling zum Cassenschreiber, bei der Regierungs-Haupt-Casse hieselbst ernannt worden.

Merseburg, den 26. August 1826.

A m t s , B l a t t

der
Königlichen Regierung zu Merseburg.

37. Stuck.

Merseburg, den 16. September 1826.

B e k a n n t m a c h u n g .

Die Zahlung der Zinsen von Königl. Preuß. Central-Steuer-Obligationen, so wie der Capitalen von dergleichen ausgelooften Scheinen, wird im bevorstehenden Michaelstermine von dem Handlungshause Herrn Frege und Comp. zu Leipzig geschehen, auch von demselben weiterhin so lange, bis nicht darüber etwas anderes festgesetzt wird, bewirkt, und stets in Conventions-Gelde geleistet werden.

Dagegen wird die Zahlung der Zinsen von Königl. Preuß. Steuer- und Kammer-Credit-Cassen-Scheinen, und der Capitalen von dergleichen ausgelooften Scheinen, von der hiesigen Haupt-Instituten- und Communal-Casse, ebenfalls in Conventions-Gelde, geleistet werden, und es haben sich daher die Inhaber der Central-Steuer-Obligationen an das Handlungshaus Herrn Frege und Comp. zu Leipzig, die Inhaber der Steuer- und Kammer-Credit-Cassen-Scheine aber, an die Haupt-Instituten- und Communal-Casse hier zu Merseburg zu wenden.

Merseburg, den 11. September 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Frelherr v. Brenn.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nr. 121. Der in dem Chaussee-Geld-Tarif vom 15. August 1824 gebrauchte Ausdruck „Frachtwagen“ ist von dem Königl. Ministerium des Innern, mittelst Rescripts vom 22. Julius d. J., dahin erläutert worden, daß darunter nur solche Wagen verstanden werden dürfen, die ihrem Bau nach zum weiten Transport von Güterfrachten bestimmt und eingerichtet sind. Nur auf diese Wagen findet der Tariffatz Nr. I. Anwendung; alle übrige Wagen aber, wenn sie nicht zum Fortschaffen von Personen bestimmt sind, unterliegen nur dem Tariffatz Nr. III. Sämmtliche Chaussee-Geld-Erheber haben sich hiernach gemessenst zu achten.

Merseburg, den 9. September 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 122. Nach einer so eben bei u. eingegangenen officiellen Anzeige, bringen wir hiermit zur Kenntniß des Publicums: daß in England die Einfuhr des Roggens und Hafers und der Bohnen bis Ende December d. J. gestattet worden ist.

Merseburg, den 10. September 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 123. Wie bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß in Stelle der interimslichen Poststraße von Langenhagen über Hohnstädt nach Eisleben, vom 15. d. M. ab, die neue Chaussee von Langenhagen über Seeburg, Helsta bis Eisleben, dagegen die neue Chaussee von Eisleben bis Emseloh und vom Rosberge bis zum Rossmannsbache vor Nordhausen, schon von jetzt an mit Fuhrwerken aller Art befahren werden kann.

Vom 1. d. M. ab wird das tarifmäßige Chaussee-Geld von den neuen Chaussee-Strecken bei den neuerrichteten Barrieren zu Helsta, Wimmelburg, Verga und Bielen, erhoben werden und die öffentliche Bekanntmachung, für welche Entfernungen bei jeder Barriere das Chaussee-Geld erhoben wird, nachträglich erfolgen.

Bei dieser Gelegenheit bringen wir dem Publicum die Bestimmungen des Allerhöchst vollzogenen Anhangs zum Chaussee-Geld-Tarif d. d. Berlin, den 29. Mai 1822, besonders aber den §. 5. desselben hierdurch in Erinnerung, nach welchem letztern das Reiten, Fahren und Treiben von Vieh auf den Ban-

quets, oder Fußsteigen, oder in den Gräben, so wie das Auseinanderwerfen der Materialienhaufen bei einem Thaler Strafe verboten ist.

Merseburg, den 8. September 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Nach einer Bestimmung der Königl. Ministerien der Justiz und Finanzen, soll in solchen Processen, wo zwar die Verhandlungen einen nach Geldschätzungen Gegenstand betreffen, es aber unter den Parteien weder streitig ist, wie viel derselbe beträgt, noch wenn er zugehört, sondern nur rechtliche Hülfe wegen Verwirkung der Leistung, oder wegen Sicherstellung dabel, oder wegen Befristung für dieselbe nachgesucht wird und wo nach dem Stempelzettel der für Prozesse über nicht nach Geld zu schätzende Gegenstände vorgeschriebene Stempelfag von 5 Thlr. bis 20 Thlr. angeordnet ist, dieser Satz doch erst dann eintreten können, wenn der Gegenstand über 500 Thlr. beträgt.

Nr. 124.
Den Stempelzettel bei Processen über nicht nach Geld zu schätzende Gegenstände betreffend.

Diese Bestimmung wird den Untergerichten unsers Departements zur Nachricht und Nachsicht bekannt gemacht.

Raumburg, den 12. August 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

B e k a n n t m a c h u n g .

Die General-Direction der Königl. Preussischen allgemeinen Wittwen-Versorgungs-Anstalt macht hierdurch bekannt, daß die General-Wittwen-Casse im bevorstehenden Zahlungs-Termine folgende Zahlungen leisten wird:

- 1) die sämmtlichen Antrittsgelder an alle bis zum 1. October d. J. ausgeschriebene (nicht excludirte) Interessenten, gegen Zurückgabe der von den vollständig legitimirten Empfängern gerichtlich quittirten Original-Receptions-Scheine;
- 2) die den 1. October 1826 pränumerando fällig werdenden halbjährigen Pensionen, gegen die vorschriftsmäßigen, nicht früher als den 1. October d. J. auszustellenden Quittungen, welche mit der Wittwen-Nummer zu bezeichnen, gerichtlich zu beglaubigen und mit dem gesetz-

lichen Werthstempel zu versehen sind; auch muß die Summe mit Buchstaben ausgeschrieven und der Wohnort der Wittwe angegeben werden;

- 3) sämmtliche noch unerhobene rückständige Pensionen, wegen deren wir auf unsere früheren Bekanntmachungen Bezug nehmen.

Die Zahlung der currenten Pensionen nimmt mit dem 4. October, die der Rest-Pensionen und der Antrittsgelder mit dem 18. October d. J. auf der General-Wittwen-Casse (Mollenmarkt Nr. 3.) ihren Anfang; jedoch wird hierbei ganz ausdrücklich bemerkt, daß mit der Zahlung durchaus nicht länger, als bis Ende October und zwar täglich, Sonnabends ausgenommen, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, fortgefahen werden kann, und werden Alle, welche sich später melden, ab- und auf den nächsten Termin verwiesen werden.

Die Absendung der Pensionen mit der Post kann, in Gemäßheit unserer Bekanntmachung vom 27. Julius 1819, nicht ferner statt finden und bleibt es den Wittwen außerhalb Berlin, welche ihre Pension nicht durch die Haupt-Instituten oder die dieselben vertretenden Cassen beziehen, überlassen, solche entweder durch den ihnen zunächst wohnenden Commissarius, oder einen in Berlin selbst gewählten Mandatarius, oder auch durch einen der beiden hiesigen Agenten der Anstalt — Hofrath Behrendt, in der Oberwallstraße Nr. 3., und General-Landschafts-Agenten Reichert, Französische Straße Nr. 30. wohnhaft — erheben zu lassen.

Eben so werden die Interessenten, welche nicht berechtigt sind, ihre Beiträge an die Instituten-Cassen zu zahlen, wohlthun, selbige auf einem dieser Wege an die General-Wittwen-Casse abzuführen.

Uebrigens müssen sämmtliche Beiträge unausbleiblich im Laufe dieses Monats hier eingehen, und ist die General-Wittwen-Casse angewiesen, nach dem 1. October c. keine Beiträge ohne die geordnete Strafe des Dupli, welche unter keinem Vorwande erlassen werden kann, weiter anzunehmen.

Berlin, den 1. September 1826.

General-Direction der Königl. Preuß. allgemeinen Wittwen-
Verpflegungs-Anstalt.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

38. Stück.

Merseburg, den 23. September 1826.

Allgemeine Gesefssammlung.

Das 13te Stück der allgemeinen Gesefssammlung enthält unter

Nr. 2025. Allerhöchste Kabinettsorder vom 28. Junius 1826, die Grundsätze für die öffentlichen städtischen Leih-Anstalten betreffend.

B e k a n n t m a c h u n g,

die öffentliche Gültigkeit der ausschließlich durch die Amtsblätter bekannt gemachten Gesetze betreffend.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 28. vorigen Monats, über die öffentliche Gültigkeit der durch die Amtsblätter bekannt gemachten Gesetze, gebe Ich demselben zu erkennen: daß nach den deutlichen Bestimmungen der Gesetze vom 27. October 1810, 28. März 1811 und 14. Januar 1815, ein durch das Amtsblatt bekannt gemachtes Gesetz, wenn es auch nicht in die Gesefssammlung aufgenommen ist, für die Eingeseffenen des Regierungsbezirks, in dessen Amtsblatt es erscheint, verbindliche Kraft hat, ohne Unterschied, ob es eine allgemeine, auf sämtliche Unterthanen der Monarchie gerichtete Vorschrift, oder eine, nur die Eingeseffenen des einzelnen Regierungsbezirks verpflichtende, Anordnung enthält, woraus von selbst folgt, daß eine in die sämtlichen Amtsblätter der Monarchie aufgenommene gesetzliche Bestimmung, wenn sie auch nicht der Gesefssammlung einverleibt wird, für alle Unterthanen der Monarchie verbindend und gültig ist. Daß ein allgemein verpflichtendes Gesetz ausschließlich nur durch die Bekanntmachung in der Gesefssammlung öffentliche Gültigkeit erlange, ist so wenig vorgeschrieben, daß vielmehr die Amtsblätter als das Organ bezeichnet sind, durch welches der Wille des Gesefsgewaltigen den Unterthanen be-

kannt werden soll, weil ein in der Geseßsammlung abgedrucktes Geseß nicht eher für publicirt geachtet werden kann, als bis dessen Erscheinung nach Titel, Datum und Nummer in den Amtsblättern angezeigt ist. Um so weniger kann es dem geringsten Zweifel unterliegen, daß es für eine völlig hinreichende Publication des Geseßes gelten müsse, wenn es seinem vollständigen Inhalte nach in die Amtsblätter aufgenommen wird. Nur die Rücksichten, theils auf den Kosten-Aufwand, theils auf den leichtern und bequemern Gebrauch für die gerichtlichen und verwaltenden Behörden, haben der Bekanntmachung allgemeiner Geseße, durch eine einzige Sammlung, den Vorzug vor der Bekanntmachung durch die verschiedenen Amtsblätter der einzelnen Regierungsbezirke verschafft, wobei es als Regel auch dergestalt sein Wenden haben soll, daß die Geseßsammlung die allgemeinen Geseße enthalten, und das Amtsblatt vorzüglich nur zur Aufnahme administrativer Verfügungen bestimmt bleiben muß, ohne daß die verbindliche Kraft des Geseßes bezweifelt werden darf, wenn aus besondern Gründen gut gefunden wird, es nicht durch die Geseßsammlung, sondern durch die Amtsblätter, bekannt machen zu lassen. Hiernach berichtigt sich die irrthümliche Ansicht des Ober-Landesgerichtes zu Breslau, in Beziehung auf die gesetzliche Anwendbarkeit Meiner Order vom 20. Januar 1824, durch welche ich das Regulativ des Finanz-Ministeriums vom 12. December 1820, wegen der Maisch-Steuer, genehmigt habe.

Ich beauftrage das Staats-Ministerium, diese Order sowohl durch die Geseßsammlung, als durch die einzelnen Amtsblätter, bekannt machen zu lassen.

Teplig, den 24. Juli 1826.

An
das Staats-Ministerium.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

Vorstehende Allerhöchste Cabinets-Order wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 19. September 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Verordnung der Königl. Regierung.

Nr. 125.
Die Trauung
der Ausländer.
den betr.

Das Herzoglich Anhaltische Consistorium in Dessau hat sich darüber Bescheid, daß jenseitige Militairpflichtige, welche ein Jahr sich in den Königl. Preussischen Landen aufgehalten haben, von diesseitigen Predigern getraut worden sind.

Es wird daher die Befolgung des Geseßes, daß von Auswärtigen das Zeugniß mit der Bescheinigung, daß an dem Orte der Geburt kein Ehe-

hinderniß bekannt, dem betreffenden Pfarrer vor dem Aufgebot und der Trauung vorgelegt werden muß, hierdurch nochmals eingeschärft. Treten besondere Fälle ein, wo dieß nicht möglich ist, so haben die Herren Superintendenzen uns diese zur Entscheidung anzuzeigen.

Merseburg, den 22. August 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Durch unsere Bekanntmachung vom 15. Januar d. J. in dem diesjährigen Nr. 156. Amtsblatte Nr. 4. pag. 26, ist das Rescript des Herrn Justiz-Ministers Excellenz vom 23. December v. J., wornach die land-Gerichte die Hypotheken-Regulirungs-Geschäfte der mit ihnen in Einem Orte befindlichen Gerichts-Ämtern übernehmen sollen, den Königl. land-Gerichten und Gerichts-Ämtern zur Kenntniß gekommen. Diese Vorschrift ist jedoch, in Betracht der mit der Ausführung verbundenen Schwierigkeiten, mittelst Rescripts vom 11. August c., von des Herrn Justiz-Ministers Excellenz wieder aufgehoben, und dagegen ausdrücklich genehmigt worden: „daß es in Absicht des Geschäfts der Einrichtung des Hypothekenwesens der wohnenden Grundstücke bei der bisherigen Einrichtung, wornach solches den Gerichts-Ämtern obliegt, ohne Ausnahme verbleiben soll.“

Solches wird den land-Gerichten und Gerichts-Ämtern unsers Bezirks hierdurch zur Nachachtung bekannt gemacht.

Raumburg, den 26. August 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

Verordnung des Königl. Consistorii der Provinz Sachsen.

Die öftere Vernachlässigung unserer, durch die Amtsblätter bekannt gemachten Verfügung vom 14. September 1819, nach welcher kein Candidat, der nicht ein Wahsfähigkeits-Zeugniß aufzuweisen hat, zu einer Pfarrstelle präsentirt werden darf, hat zur Folge gehabt, daß wir mit Gesuchen bald um Berücksichtigung der Prüfungen, bald um Zusammenziehung der ersten und zweiten oder Abkürzung der gesetzlichen Frist zwischen beiden, ungebührlich und bei sichtbarer Unmöglichkeit der Gewährung, belästigt worden sind, inzwischen aber

nicht selten die Pfarrstellen über die Vacanzzeit hinaus haben unbesezt bleiben müssen. Durch diese Unregelmäßigkeiten sehen wir uns genöthiget, auf den Grund der vorgedachten Verfügung, und unter ausdrücklicher Erneuerung ihres ganzen Inhaltes, hiermit wiederholt zu erklären, daß bei Wiederbesetzung erledigter Pfarrstellen nur solche Candidaten, welche nach wohlbestandener zweiten Prüfung ein Wahlfähigkeits-Zeugniß von uns erlangt, und außerdem mit Vollendung des fünf und zwanzigsten Lebensjahres das canonische Alter erreicht haben, von Privat-Patronen präsentirt, oder von Magisträten, Kirchen-Collegien und Gemeinden zur Wahl aufgestellt und zu Gastpredigten zugelassen werden dürfen, indem nach den vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen auf keine Präsentation, bei welcher diese Requisite außer Acht gelassen sind, Rücksicht genommen werden kann. Den Patronen und Wahlbehörden selbst muß daran liegen, nur tüchtig befundene und gesezte Männer in die von ihnen zu verleihenden geistlichen Aemter zu berufen; Candidaten aber, die das vorbemerkte Ziel noch nicht erreicht haben, müssen sich scheiden, daß sie auf Beförderung noch keinen Anspruch haben, und die Zeit zu desto sorgfältigerer Vorbereitung benutzen.

Die Herren Superintendenden wollen diese gesetzlichen Bestimmungen bei vorkommenden Fällen in Erinnerung bringen, und dadurch uns, wie den Interessenten selbst, unnöthige Weitläufigkeiten ersparen.

Magdeburg, den 9. August 1826.

Königl. Consistorium und Provinzial-Schul-Collegium.

Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Die zeither von dem Bauconducteur Dolscius interimistisch verwaltete Wegbahnconducteurstelle zu Wittenberg ist, vom 1. October d. J. ab, dem Bauconducteur Krahmer definitiv übertragen worden.

Merseburg, den 11. September 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Personal-Chronik.

Am 9. d. M. ist der Pfarrer zu Obernassa, Ephorie Weißenfels, Johann Carl Michael Junghans, in seinem neun und vierzigsten Lebensjahre gestorben.

Merseburg, den 13. September 1826.

Extra-Blatt

zum

Acht und Dreißigsten Stück des Amtsblatts

der

Königlichen Regierung.

Merseburg, den 25. September 1826.

Bekanntmachung.

In Folge der zwischen dem Großherzogthume Sachsen-Weimar-Eisenach und der Krone Preußen am 1. Mai d. J. zu Berlin abgeschlossenen Convention, hat das Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach, wegen der von der Krone Preußen an dasselbe abgetretenen vormaligen Königl. Sächsischen Gebietstheile, auch einen Theil der früher darauf haftenden Königl. Sächsischen Briefschulden zur Vertretung übernommen, und dieselben der ältern, von den Landständen garantirten Landesschuld einverleibt.

Indem mittelst nachstehender Designationen die Serien und Nummern solcher hierher überwiesenen Papiere hiermit öffentlich bekannt gemacht werden, eröffnet man zugleich den resp. Gläubigern:

- 1) daß die jedesmal zu Ostern und Michaelis eintretende Verzinsung der vormalig Königl. Sächsischen Steuer-Credit- und Kammer-Credit-Scheine, so wie die Rückzahlung der im vorletzten Termine regelmäßig zur Auslösung gekommenen und durch öffentliche Bekanntmachung bereits namhaft gemachten Scheine, bei der Großherzoglichen Landesschulden-Zilgungscasse zu Weimar nach dem verbrieften Münzfuße erfolgen wird;
- 2) daß hingegen die Verzinsung der gleichfalls auf diesseitige Räte gefallen vormalig Königl. Sächsischen Centralsteuer-Obligationen, ingleichen die Zurückzahlung der zu Ostern dieses Jahres ausgelooften Nummern dieser Schuldgattung, so wie zeitlich, bei dem Handelshaus Frege und Comp. zu Leipzig bewirkt werden wird, wo auch die Höchsten Orts anbefohlene, zu Ostern 1827, nach Maßgabe einer deshalb besonders zu erlassenden Bekanntmachung, eintretende Zurückzahlung der ganzen Schuld erfolgen soll;

3) daß zu Vermeidung von Weislaufigkeiten, den Gläubigern der Steuer-Credit- und Kammer-Credit-Schuld, die bereits in Händen habenden Talons und Coupons zwar belassen, solche aber bei vorbelegter Zahlungsstelle in Weimar eingelöst werden sollen;

4) daß nach Ablauf der Coupons, welcher bei den Steuer-Credit-Scheinen bereits zur Michaelis d. J. eintritt, die desfalligen Talons bei der hiesigen Großherzoglichen Landesschulden-Zilgungscasse zu produciren sind, um dagegen die neuen Talons und Coupons in Empfang zu nehmen.

Weimar, den 6. September 1826.

Großherzoglich Sächsisches Landschafts-Collegium das.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 18. September 1826.

Der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

V e r z e i c h n i s s

der auf das Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach übergehenden
Kammer-Credit-Cassen-Scheine.

1) Scheine 1ster Classe mit Einem Buchstaben.

100400 Thlr. — gr. — pf. an unausgeloosten Scheinen die ganze Classe sub
Lit. C. à 100 Thlr. — gr. — pf. zu 5 pCt. unter
folgenden Nummern:

2.	5.	8.	12.	15.	17.	22.	32.	33.	36.	37.	41.	46.	47.	58.	61.	64.	65.	72.
73.	75.	76.	79.	81.	90.	93.	94.	95.	100.	102.	106.	109.	112.	115.	116.			
119.	122.	123.	126.	128.	131.	133.	134.	137.	138.	140.	144.	148.	157.					
163.	169.	174.	175.	189.	190.	192.	194.	204.	205.	211.	213.	215.	217.					
227.	228.	234.	238.	240.	243.	251.	252.	253.	258.	261.	264.	269.	273.					
274.	275.	278.	279.	283.	285.	289.	294.	295.	297.	298.	300.	302.	303.					
306.	309.	314.	318.	325.	328.	331.	332.	334.	338.	339.	340.	342.	343.					
344.	347.	351.	352.	359.	361.	362.	364.	369.	371.	374.	375.	376.	381.					
385.	387.	388.	393.	395.	396.	397.	399.	400.	405.	414.	416.	418.	423.					
424.	427.	432.	434.	435.	439.	441.	444.	445.	447.	450.	452.	453.	456.					

457.	458.	462.	472.	474.	475.	476.	477.	482.	483.	485.	486.	487.	493.
497.	498.	499.	500.	502.	503.	507.	512.	513.	518.	519.	524.	528.	530.
535.	537.	544.	546.	548.	549.	558.	559.	564.	565.	567.	569.	572.	576.
577.	578.	579.	582.	583.	586.	588.	589.	590.	591.	600.	601.	604.	607.
618.	620.	623.	624.	626.	627.	631.	632.	635.	636.	639.	641.	646.	649.
652.	654.	657.	659.	666.	667.	668.	675.	676.	678.	679.	680.	682.	685.
687.	691.	696.	701.	706.	709.	710.	715.	720.	721.	727.	728.	730.	738.
742.	744.	745.	754.	760.	762.	765.	771.	778.	783.	786.	788.	791.	792.
793.	794.	800.	801.	807.	810.	812.	818.	824.	829.	830.	831.	834.	835.
844.	847.	848.	854.	856.	860.	869.	873.	876.	878.	882.	883.	884.	886.
888.	891.	897.	902.	903.	904.	910.	913.	917.	919.	924.	925.	926.	932.
935.	940.	949.	950.	959.	963.	968.	969.	972.	978.	981.	984.	988.	992.
997.	1001.	1003.	1009.	1014.	1017.	1019.	1029.	1033.	1035.	1039.	1040.	1040.	1040.
1042.	1052.	1055.	1062.	1063.	1075.	1076.	1080.	1082.	1083.	1088.	1089.	1089.	1089.
1090.	1095.	1097.	1098.	1102.	1109.	1110.	1114.	1116.	1118.	1127.	1129.	1129.	1129.
1137.	1141.	1143.	1150.	1154.	1157.	1159.	1160.	1161.	1164.	1165.	1171.	1171.	1171.
1179.	1182.	1188.	1195.	1198.	1199.	1202.	1208.	1215.	1218.	1220.	1221.	1221.	1221.
1223.	1224.	1227.	1230.	1231.	1250.	1251.	1256.	1258.	1262.	1267.	1270.	1270.	1270.
1271.	1277.	1283.	1289.	1290.	1303.	1304.	1305.	1308.	1313.	1314.	1318.	1318.	1318.
1319.	1323.	1325.	1326.	1330.	1333.	1335.	1340.	1348.	1349.	1354.	1362.	1362.	1362.
1366.	1368.	1371.	1374.	1377.	1378.	1379.	1380.	1387.	1389.	1391.	1392.	1392.	1392.
1397.	1400.	1401.	1402.	1403.	1410.	1414.	1417.	1418.	1428.	1432.	1434.	1434.	1434.
1435.	1440.	1442.	1448.	1450.	1453.	1462.	1476.	1489.	1492.	1493.	1497.	1497.	1497.
1499.	1504.	1505.	1516.	1527.	1536.	1537.	1538.	1544.	1545.	1548.	1551.	1551.	1551.
1558.	1559.	1564.	1565.	1567.	1571.	1575.	1578.	1581.	1587.	1588.	1589.	1589.	1589.
1593.	1594.	1596.	1599.	1602.	1603.	1614.	1616.	1618.	1619.	1622.	1625.	1625.	1625.
1627.	1628.	1629.	1638.	1649.	1651.	1652.	1661.	1670.	1671.	1672.	1673.	1673.	1673.
1677.	1678.	1684.	1685.	1686.	1693.	1695.	1702.	1711.	1719.	1720.	1724.	1724.	1724.
1726.	1733.	1737.	1738.	1742.	1744.	1746.	1753.	1755.	1756.	1764.	1766.	1766.	1766.
1769.	1770.	1779.	1780.	1781.	1782.	1783.	1785.	1786.	1787.	1788.	1791.	1791.	1791.
1792.	1795.	1797.	1798.	1803.	1809.	1813.	1818.	1819.	1822.	1825.	1828.	1828.	1828.
1834.	1835.	1836.	1838.	1844.	1845.	1857.	1858.	1859.	1861.	1862.	1864.	1864.	1864.
1865.	1866.	1869.	1873.	1874.	1876.	1883.	1885.	1892.	1893.	1896.	1897.	1897.	1897.
1900.	1902.	1904.	1906.	1908.	1910.	1919.	1920.	1924.	1925.	1926.	1928.	1928.	1928.
1929.	1937.	1938.	1947.	1950.	1964.	1965.	1967.	1969.	1971.	1973.	1975.	1975.	1975.
1979.	1985.	1986.	1989.	1997.	1998.	1999.	2006.	2007.	2008.	2011.	2012.	2012.	2012.

2018.	2020.	2033.	2037.	2038.	2049.	2052.	2054.	2058.	2060.	2067.	2070.
2074.	2077.	2084.	2090.	2091.	2092.	2094.	2095.	2096.	2099.	2100.	2103.
2106.	2109.	2114.	2117.	2123.	2128.	2129.	2130.	2134.	2135.	2137.	2143.
2157.	2161.	2164.	2167.	2169.	2171.	2173.	2174.	2176.	2177.	2178.	2179.
2181.	2182.	2184.	2186.	2190.	2196.	2199.	2206.	2207.	2210.	2217.	2218.
2221.	2223.	2227.	2229.	2233.	2235.	2237.	2239.	2242.	2245.	2247.	2250.
2251.	2257.	2258.	2269.	2267.	2274.	2278.	2281.	2282.	2290.	2291.	2295.
2297.	2298.	2300.	2302.	2305.	2307.	2311.	2318.	2322.	2326.	2327.	2328.
2329.	2331.	2345.	2349.	2352.	2355.	2358.	2360.	2363.	2365.	2368.	2371.
2375.	2376.	2378.	2379.	2380.	2381.	2382.	2384.	2386.	2389.	2393.	2400.
2401.	2404.	2407.	2409.	2411.	2412.	2421.	2422.	2428.	2431.	2439.	2440.
2441.	2446.	2451.	2453.	2455.	2456.	2457.	2458.	2460.	2462.	2465.	2473.
2476.	2484.	2490.	2495.	2497.	2499.	2503.	2510.	2514.	2517.	2520.	2522.
2543.	2544.	2545.	2551.	2555.	2560.	2565.	2570.	2571.	2576.	2581.	2584.
2585.	2591.	2596.	2599.	2600.	2616.	2617.	2619.	2622.	2624.	2626.	2631.
2632.	2633.	2635.	2636.	2638.	2641.	2656.	2657.	2659.	2662.	2665.	2666.
2670.	2673.	2679.	2682.	2683.	2686.	2687.	2695.	2700.	2710.	2714.	2718.
2721.	2727.	2733.	2741.	2742.	2743.	2747.	2750.	2751.	2754.	2757.	2758.
2759.	2760.	2767.	2768.	2771.	2775.	2776.	2777.	2785.	2791.	2793.	2798.
2802.	2804.	2805.	2807.	2811.	2818.	2823.	2824.	2832.	2837.	2842.	2843.
2845.	2846.	2848.	2857.	2860.	2863.	2864.	2869.	2871.	2874.	2880.	2882.
2883.	2885.	2886.	2890.	2891.	2901.	2905.	2915.	2917.	2918.	2920.	2925.
2930.	2933.	2934.	2937.	2938.	2943.	2945.	2946.	2947.	2949.	2951.	2954.
2964.	2965.	2974.	2975.	2976.	2978.	2986.	2988.	2991.	2993.	2994.	3001.
3002.	3003.	3009.	3014.	3017.	3024.	3026.	3034.	3036.	3037.	3039.	3046.
3051.	3052.	3053.	3064.	3065.	3069.	3070.	3072.	3074.	3075.	3082.	3083.
3086.	3088.	3089.	3090.	3095.	3100.	3105.	3109.	3111.	3114.	3117.	3125.
3129.	3130.	3132.	3134.	3137.	3145.	3147.	3149.	3152.	3157.	3158.	3162.
3165.	3174.	3181.	3184.	3188.	3194.	3195.	3197.	3198.	3199.	3201.	3202.
3207.	3216.	3219.	3221.	3223.	3224.	3225.	3226.	3236.	3240.	3241.	3243.
3244.	3246.	3250.	3256.	3259.	3264.	3270.	3272.	3277.	3281.	3283.	3284.
3286.	3291.	3294.	3303.	3306.	3307.	3314.	3315.	3317.	3318.	3325.	3330.
3333.	3341.	3344.	3349.	3351.	3362.	3374.	3375.	3380.	3383.	3384.	3386.
3391.	3392.	3401.	3403.	3406.							

1000 Thlr. — gr. — pf. an ausgelooſeten Scheinen, worüber die Documente verloren gegangen, nämlich:

300 Thlr. — gr. — pf. an 3 Obligationen mit dem Buchſtaben C. Nr. 1209. 2195. und 2989.
à 100 Thlr. — gr. — pf.;
200 „ — „ — „ an 2 dergl. Obligationen sub Nr. 3236.
und 3341.;
500 „ — „ — „ an 5 dergl. sub Nr. 3254. 3255. 3257.
3340. und 3342.

uts.

2) Scheine 2ter Claſſe mit zwei Buchſtaben.

19000 Thlr. — gr. — pf. unausgelooſete Scheine zu 2 pCt. sub Lit. Aa. zu 1000 Thlr., zuſammen 19 Stück unter folgenden Nummern:

3243. 3252. 3258. 3260. 3261. 3262. 3268. 3269. 3271. 3273. 3277. 3282.
3286. 3287. 3288. 3290. 3293. 3297. 3298.

4824 Thlr. — gr. — pf. unzinſbare Scheine unter 50 Thlr. — gr. — pf. Lit. E., ſo nicht zur Zahlung ausgeſetzt geweſen ſind, zuſammen 154 Stück à 36 Thlr. — gr. — pf. unter folgenden Nummern:

6805. 6844. 6854. 6859. 6946. 7023. 7143. 7163. 7178. 7197. 7198.
7199. 7200. 7201. 7202. 7205. 7625. 7626. 7627. 7628. 7629. 7630. 7631.
8066. 8095. 8098. 8125. 8155. 8158. 8162. 8210. 8292. 8293. 8294. 8295.
8296. 8297. 8466. 8486. 8502. 8530. 8532. 8581. 8621. 8629. 8762. 8882.
8883. 8884. 8885. 9070. 9088. 9181. 9234. 9249. 9284. 9341. 9344. 9414.
9481. 9850. 9851. 9852. 9853. 9854. 9855. 9856. 9857. 9858. 9859. 10095.
10113. 10154. 10256. 10272. 10297. 10592. 10627. 10694. 10746. 10979. 11040.
11196. 11374. 11406. 11424. 11538. 11713. 11714. 11802. 11817. 11818. 11854.
12252. 12253. 12267. 12307. 12374. 12475. 12608. 12670. 12722. 12809. 12828.
12845. 12896. 13192. 13326. 13435. 13450. 13497. 13516. 13522. 13531. 13667.
13724. 13732. 13766. 14526. 14562. 14566. 14567. 14582. 14593. 14650. 14667.
14686. 14715. 14745. 14769. 14877. 15045. 15068.

Hauptbetrag.

125224 Thlr. — gr. — pf.

und zwar:

| | | |
|--------|-------------------|--|
| 100400 | Thlr. — gr. — pf. | von unausgelooften Scheinen die ganze Classe sub Lit. C. à 100 Thlr. — gr. — pf. zu 5 pCt.; |
| 1000 | „ — „ — „ | an ausgelooften Scheinen, worüber die Documente verloren gegangen; |
| 19000 | „ — „ — „ | unausgelooftete Scheine zu 2 pCt. sub Lit. Aa. zu 1000 Thlr. — gr. — pf., zusammen 19 Stück; |
| 4824 | „ — „ — „ | unzinsbare Scheine unter 50 Thlr. — gr. — pf. Lit. E., so nicht zur Zahlung ausgesetzt gewesen sind, zusammen 154 Stück à 36 Thlr. — gr. — pf. |

V e r z e i c h n i s

der auf das Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach übergehenden Steuer-Credit-Cassen-Scheine.

1) An alten unverwechselten Steuerscheinen à 5 pCt.

60900 Thlr. — gr. — pf. als Betrag der aus der Verwilligung von 1746 herührenden Classe mit dem Buchstaben A. (ausschließlich der Scheine sub Nr. 51. 52. und 96.) unter folgenden Nummern und Beträgen:

| 500 Thlr. — gr. — pf. sub Nr. | 6. | 1000 Thlr. — gr. — pf. sub Nr. | 168. |
|-------------------------------|------------------|--------------------------------|------------------|
| 500 | „ — „ — „ „ 7. | 600 | „ — „ — „ „ 172. |
| 200 | „ — „ — „ „ 86. | 600 | „ — „ — „ „ 173. |
| 100 | „ — „ — „ „ 211. | 200 | „ — „ — „ „ 181. |
| 1000 | „ — „ — „ „ 17. | 1000 | „ — „ — „ „ 2. |
| 1000 | „ — „ — „ „ 18. | 300 | „ — „ — „ „ 26. |
| 200 | „ — „ — „ „ 40. | 100 | „ — „ — „ „ 62. |
| 200 | „ — „ — „ „ 81. | 200 | „ — „ — „ „ 70. |
| 200 | „ — „ — „ „ 89. | 200 | „ — „ — „ „ 125. |
| 200 | „ — „ — „ „ 90. | 500 | „ — „ — „ „ 130. |
| 200 | „ — „ — „ „ 94. | 400 | „ — „ — „ „ 151. |
| 200 | „ — „ — „ „ 133. | 3200 | „ — „ — „ „ 178. |
| 200 | „ — „ — „ „ 149. | 4000 | „ — „ — „ „ 179. |

| 4000 Thlr. — gr. — pf. sub Nr. 180. |
|-------------------------------------|
| 4000 " — " — " " " 181. |
| 5000 " — " — " " " 182. |
| 5000 " — " — " " " 183. |
| 5000 " — " — " " " 184. |
| 5000 " — " — " " " 185. |
| 6000 " — " — " " " 186. |
| 5000 " — " — " " " 187. |
| 400 " — " — " " " 60. |
| 100 " — " — " " " 67. |
| 700 " — " — " " " 35. |
| 500 " — " — " " " 16. |

| 1000 Thlr. — gr. — pf. sub Nr. 24. |
|------------------------------------|
| 290 " — " — " " " 33. |
| 260 " — " — " " " 36. |
| 400 " — " — " " " 14. |
| 250 " — " — " " " 49. |
| 150 " — " — " " " 56. |
| 250 " — " — " " " 63. |
| 250 " — " — " " " 64. |
| 250 " — " — " " " 67. |
| 100 " — " — " " " 73. |
| 1000 " — " — " " " 3. |

9355 Thlr. 9 gr. 10 pf. Land-Transitsteuer-Cassen-Scheine, und zwar:

| 437 Thlr. 3 gr. — pf. sub Lit. E. Nr. 142. |
|--|
| 875 " — " — " " " H. " 228. |
| 559 " 22 " 10 " " " I. " 251. |
| 416 " 16 " — " " " L. " 297. |
| 416 " 16 " — " " " L. " 298. |
| 1750 " — " — " " " L. " 299. |
| 2500 " — " — " " " L. " 307. |
| 2400 " — " — " " " L. " 309. |

a) An verlosbaren Obligationen zu 5 pCt.

422600 Thlr. — gr. — pf. Betrag aus der Classe der Obligationen Lit. C.
à 200 Thlr. — gr. — pf. unter folgenden Nummern:

| | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|-----|-----|-----|
| 8. | 11. | 14. | 27. | 30. | 45. | 49. | 53. | 59. | 60. | 62. | 66. | 67. | 68. | 71. | 73. | 76. | 80. |
| 87. | 88. | 89. | 96. | 99. | 103. | 105. | 108. | 111. | 118. | 119. | 120. | 123. | 126. | 129. | | | |
| 132. | 136. | 140. | 143. | 148. | 165. | 167. | 171. | 178. | 181. | 184. | 186. | 200. | 209. | | | | |
| 243. | 217. | 220. | 229. | 234. | 245. | 251. | 252. | 253. | 254. | 258. | 261. | 263. | 272. | | | | |
| 280. | 283. | 285. | 292. | 294. | 297. | 298. | 305. | 306. | 316. | 319. | 320. | 322. | 323. | | | | |
| 326. | 328. | 330. | 333. | 337. | 338. | 339. | 341. | 349. | 352. | 354. | 367. | 371. | 374. | | | | |
| 376. | 377. | 388. | 391. | 393. | 395. | 400. | 402. | 414. | 420. | 421. | 428. | 435. | 438. | | | | |
| 440. | 451. | 454. | 463. | 467. | 468. | 469. | 471. | 475. | 476. | 489. | 490. | 492. | 506. | | | | |
| 507. | 509. | 512. | 513. | 515. | 522. | 523. | 526. | 528. | 531. | 539. | 544. | 550. | 552. | | | | |
| 553. | 554. | 557. | 563. | 566. | 571. | 574. | 577. | 582. | 583. | 586. | 588. | 590. | 608. | | | | |
| 612. | 615. | 619. | 620. | 626. | 628. | 633. | 636. | 637. | 639. | 640. | 644. | 650. | 652. | | | | |

| | | | | | | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------|
| 653. | 661. | 662. | 668. | 669. | 671. | 676. | 677. | 683. | 684. | 686. | 688. | 693. | 695. |
| 699. | 705. | 713. | 723. | 724. | 725. | 727. | 734. | 735. | 739. | 741. | 755. | 757. | 761. |
| 762. | 763. | 765. | 769. | 770. | 774. | 777. | 782. | 783. | 786. | 793. | 796. | 798. | 800. |
| 805. | 812. | 818. | 821. | 828. | 829. | 833. | 834. | 838. | 840. | 844. | 846. | 848. | 850. |
| 860. | 864. | 872. | 874. | 879. | 880. | 882. | 884. | 885. | 891. | 894. | 900. | 906. | 912. |
| 917. | 922. | 923. | 924. | 926. | 930. | 935. | 936. | 944. | 947. | 948. | 955. | 959. | 962. |
| 969. | 970. | 973. | 975. | 978. | 981. | 987. | 995. | 1001. | 1004. | 1006. | 1008. | 1012. | |
| 1017. | 1018. | 1019. | 1027. | 1035. | 1040. | 1041. | 1045. | 1046. | 1060. | 1061. | 1062. | | |
| 1064. | 1065. | 1070. | 1078. | 1092. | 1097. | 1110. | 1113. | 1115. | 1119. | 1121. | 1125. | | |
| 1126. | 1133. | 1137. | 1141. | 1142. | 1148. | 1149. | 1156. | 1157. | 1158. | 1161. | 1164. | | |
| 1168. | 1171. | 1173. | 1180. | 1189. | 1194. | 1195. | 1196. | 1199. | 1209. | 1211. | 1214. | | |
| 1224. | 1230. | 1232. | 1254. | 1256. | 1265. | 1283. | 1285. | 1300. | 1305. | 1307. | 1311. | | |
| 1339. | 1340. | 1341. | 1349. | 1351. | 1362. | 1363. | 1364. | 1369. | 1378. | 1385. | 1389. | | |
| 1391. | 1398. | 1402. | 1406. | 1407. | 1409. | 1414. | 1415. | 1419. | 1420. | 1432. | 1433. | | |
| 1443. | 1445. | 1446. | 1449. | 1452. | 1460. | 1461. | 1472. | 1473. | 1485. | 1490. | 1491. | | |
| 1501. | 1504. | 1506. | 1509. | 1515. | 1518. | 1519. | 1531. | 1533. | 1539. | 1542. | 1546. | | |
| 1548. | 1551. | 1552. | 1554. | 1564. | 1565. | 1573. | 1578. | 1580. | 1582. | 1588. | 1589. | | |
| 1594. | 1596. | 1597. | 1606. | 1609. | 1613. | 1614. | 1619. | 1620. | 1633. | 1635. | 1636. | | |
| 1646. | 1647. | 1649. | 1660. | 1663. | 1668. | 1674. | 1676. | 1681. | 1682. | 1684. | 1685. | | |
| 1689. | 1690. | 1691. | 1696. | 1698. | 1702. | 1704. | 1707. | 1710. | 1713. | 1716. | 1727. | | |
| 1734. | 1741. | 1743. | 1744. | 1747. | 1753. | 1758. | 1765. | 1766. | 1773. | 1775. | 1776. | | |
| 1779. | 1780. | 1782. | 1796. | 1798. | 1801. | 1804. | 1809. | 1814. | 1821. | 1824. | 1825. | | |
| 1832. | 1833. | 1835. | 1838. | 1840. | 1842. | 1843. | 1847. | 1848. | 1849. | 1850. | 1855. | | |
| 1858. | 1865. | 1874. | 1878. | 1879. | 1880. | 1882. | 1884. | 1885. | 1891. | 1894. | 1895. | | |
| 1898. | 1901. | 1902. | 1907. | 1911. | 1914. | 1916. | 1917. | 1919. | 1920. | 1921. | 1925. | | |
| 1941. | 1943. | 1956. | 1959. | 1962. | 1963. | 1965. | 1968. | 1970. | 1974. | 1973. | 1974. | | |
| 1982. | 1990. | 2002. | 2008. | 2010. | 2011. | 2019. | 2020. | 2028. | 2041. | 2043. | 2044. | | |
| 2047. | 2049. | 2055. | 2059. | 2060. | 2068. | 2074. | 2077. | 2080. | 2082. | 2084. | 2086. | | |
| 2087. | 2090. | 2094. | 2105. | 2107. | 2122. | 2129. | 2131. | 2147. | 2148. | 2155. | 2156. | | |
| 2157. | 2160. | 2168. | 2183. | 2187. | 2189. | 2190. | 2195. | 2198. | 2199. | 2206. | 2208. | | |
| 2211. | 2216. | 2219. | 2221. | 2232. | 2241. | 2242. | 2243. | 2245. | 2257. | 2265. | 2268. | | |
| 2275. | 2286. | 2287. | 2295. | 2298. | 2302. | 2305. | 2309. | 2313. | 2319. | 2322. | 2328. | | |
| 2329. | 2331. | 2335. | 2337. | 2339. | 2343. | 2350. | 2358. | 2367. | 2368. | 2375. | 2376. | | |
| 2380. | 2392. | 2397. | 2400. | 2402. | 2409. | 2410. | 2411. | 2414. | 2415. | 2420. | 2421. | | |
| 2425. | 2426. | 2430. | 2434. | 2438. | 2455. | 2466. | 2467. | 2469. | 2472. | 2474. | 2477. | | |
| 2478. | 2490. | 2491. | 2493. | 2507. | 2508. | 2511. | 2514. | 2517. | 2523. | 2527. | 2529. | | |

| | | | | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 2530. | 2531. | 2532. | 2536. | 2543. | 2546. | 2549. | 2551. | 2553. | 2559. | 2560. | 2561. |
| 2567. | 2573. | 2576. | 2577. | 2583. | 2584. | 2586. | 2587. | 2588. | 2591. | 2593. | 2600. |
| 2602. | 2606. | 2609. | 2610. | 2613. | 2621. | 2622. | 2623. | 2626. | 2633. | 2634. | 2636. |
| 2640. | 2641. | 2649. | 2656. | 2661. | 2663. | 2664. | 2667. | 2669. | 2671. | 2679. | 2681. |
| 2686. | 2689. | 2690. | 2703. | 2706. | 2713. | 2718. | 2723. | 2728. | 2730. | 2745. | 2759. |
| 2768. | 2769. | 2773. | 2780. | 2782. | 2791. | 2793. | 2796. | 2801. | 2802. | 2806. | 2811. |
| 2819. | 2821. | 2823. | 2832. | 2833. | 2834. | 2836. | 2844. | 2846. | 2850. | 2855. | 2858. |
| 2862. | 2864. | 2868. | 2869. | 2879. | 2880. | 2881. | 2890. | 2891. | 2892. | 2897. | 2905. |
| 2908. | 2915. | 2919. | 2920. | 2922. | 2926. | 2929. | 2931. | 2936. | 2943. | 2950. | 2953. |
| 2956. | 2963. | 2969. | 2984. | 2987. | 2989. | 2994. | 3010. | 3012. | 3013. | 3020. | 3021. |
| 3026. | 3043. | 3046. | 3054. | 3056. | 3059. | 3060. | 3064. | 3067. | 3076. | 3082. | 3083. |
| 3089. | 3092. | 3103. | 3105. | 3108. | 3115. | 3117. | 3120. | 3121. | 3122. | 3131. | 3132. |
| 3134. | 3148. | 3151. | 3154. | 3157. | 3160. | 3163. | 3170. | 3174. | 3175. | 3177. | 3184. |
| 3187. | 3192. | 3201. | 3205. | 3206. | 3209. | 3211. | 3212. | 3226. | 3231. | 3233. | 3241. |
| 3245. | 3248. | 3250. | 3260. | 3261. | 3265. | 3266. | 3267. | 3270. | 3271. | 3272. | 3282. |
| 3283. | 3285. | 3288. | 3292. | 3293. | 3296. | 3302. | 3311. | 3314. | 3318. | 3320. | 3332. |
| 3335. | 3338. | 3339. | 3340. | 3341. | 3344. | 3350. | 3356. | 3360. | 3361. | 3364. | 3367. |
| 3368. | 3372. | 3376. | 3377. | 3378. | 3387. | 3388. | 3401. | 3408. | 3409. | 3411. | 3415. |
| 3417. | 3420. | 3425. | 3428. | 3429. | 3430. | 3433. | 3438. | 3439. | 3440. | 3446. | 3447. |
| 3451. | 3456. | 3459. | 3462. | 3465. | 3466. | 3475. | 3491. | 3500. | 3507. | 3508. | 3511. |
| 3513. | 3516. | 3520. | 3527. | 3528. | 3531. | 3535. | 3537. | 3544. | 3550. | 3552. | 3561. |
| 3565. | 3568. | 3576. | 3594. | 3598. | 3600. | 3601. | 3602. | 3603. | 3606. | 3622. | 3626. |
| 3629. | 3632. | 3641. | 3643. | 3648. | 3649. | 3654. | 3665. | 3686. | 3693. | 3702. | 3704. |
| 3705. | 3707. | 3711. | 3715. | 3721. | 3733. | 3740. | 3742. | 3747. | 3758. | 3762. | 3764. |
| 3770. | 3775. | 3777. | 3779. | 3783. | 3795. | 3804. | 3818. | 3819. | 3820. | 3823. | 3824. |
| 3825. | 3854. | 3855. | 3858. | 3860. | 3862. | 3870. | 3875. | 3879. | 3883. | 3885. | 3886. |
| 3890. | 3903. | 3911. | 3916. | 3927. | 3932. | 3940. | 3950. | 3953. | 3954. | 3957. | 3967. |
| 3969. | 3970. | 3972. | 3984. | 3987. | 3999. | 4004. | 4007. | 4011. | 4016. | 4028. | 4036. |
| 4038. | 4040. | 4042. | 4043. | 4045. | 4046. | 4050. | 4055. | 4056. | 4059. | 4072. | 4075. |
| 4080. | 4084. | 4087. | 4093. | 4096. | 4103. | 4104. | 4106. | 4108. | 4111. | 4114. | 4117. |
| 4120. | 4130. | 4131. | 4133. | 4135. | 4139. | 4142. | 4143. | 4157. | 4160. | 4163. | 4166. |
| 4168. | 4177. | 4178. | 4179. | 4181. | 4182. | 4185. | 4190. | 4202. | 4206. | 4213. | 4214. |
| 4216. | 4218. | 4221. | 4226. | 4240. | 4241. | 4260. | 4262. | 4265. | 4278. | 4280. | 4288. |
| 4291. | 4292. | 4293. | 4299. | 4303. | 4305. | 4309. | 4314. | 4315. | 4317. | 4330. | 4339. |
| 4344. | 4346. | 4350. | 4361. | 4362. | 4367. | 4369. | 4372. | 4376. | 4377. | 4393. | 4395. |
| 4398. | 4404. | 4406. | 4408. | 4409. | 4422. | 4424. | 4425. | 4427. | 4428. | 4438. | 4439. |

| | | | | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 4443. | 4461. | 4463. | 4464. | 4466. | 4467. | 4469. | 4470. | 4472. | 4474. | 4479. | 4486. |
| 4489. | 4491. | 4493. | 4499. | 4503. | 4505. | 4507. | 4508. | 4522. | 4524. | 4527. | 4531. |
| 4534. | 4535. | 4540. | 4541. | 4554. | 4561. | 4568. | 4571. | 4572. | 4573. | 4574. | 4578. |
| 4580. | 4583. | 4590. | 4595. | 4596. | 4602. | 4608. | 4609. | 4610. | 4611. | 4614. | 4618. |
| 4622. | 4633. | 4639. | 4645. | 4646. | 4648. | 4650. | 4651. | 4660. | 4664. | 4666. | 4678. |
| 4685. | 4686. | 4689. | 4690. | 4693. | 4701. | 4707. | 4723. | 4724. | 4731. | 4734. | 4735. |
| 4746. | 4752. | 4759. | 4762. | 4773. | 4776. | 4777. | 4780. | 4781. | 4783. | 4786. | 4788. |
| 4792. | 4794. | 4803. | 4812. | 4813. | 4817. | 4822. | 4825. | 4831. | 4838. | 4839. | 4846. |
| 4849. | 4851. | 4858. | 4859. | 4867. | 4869. | 4876. | 4877. | 4883. | 4887. | 4888. | 4891. |
| 4893. | 4903. | 4904. | 4906. | 4911. | 4914. | 4916. | 4917. | 4927. | 4931. | 4936. | 4937. |
| 4938. | 4941. | 4944. | 4950. | 4952. | 4955. | 4956. | 4957. | 4963. | 4967. | 4979. | 4990. |
| 4993. | 4996. | 5002. | 5003. | 5005. | 5011. | 5012. | 5019. | 5020. | 5025. | 5030. | 5034. |
| 5036. | 5037. | 5039. | 5041. | 5046. | 5054. | 5056. | 5057. | 5058. | 5063. | 5065. | 5072. |
| 5077. | 5084. | 5086. | 5091. | 5099. | 5101. | 5102. | 5105. | 5107. | 5115. | 5122. | 5124. |
| 5125. | 5126. | 5135. | 5136. | 5137. | 5141. | 5146. | 5147. | 5155. | 5156. | 5157. | 5159. |
| 5161. | 5164. | 5165. | 5166. | 5167. | 5170. | 5172. | 5176. | 5183. | 5184. | 5186. | 5190. |
| 5191. | 5195. | 5198. | 5214. | 5218. | 5219. | 5222. | 5225. | 5237. | 5244. | 5251. | 5252. |
| 5254. | 5255. | 5256. | 5267. | 5268. | 5270. | 5271. | 5276. | 5280. | 5284. | 5285. | 5288. |
| 5290. | 5292. | 5295. | 5307. | 5309. | 5313. | 5317. | 5320. | 5322. | 5324. | 5327. | 5328. |
| 5334. | 5336. | 5338. | 5346. | 5347. | 5348. | 5353. | 5359. | 5360. | 5361. | 5363. | 5364. |
| 5367. | 5369. | 5373. | 5378. | 5380. | 5381. | 5382. | 5385. | 5389. | 5396. | 5408. | 5418. |
| 5419. | 5420. | 5423. | 5425. | 5430. | 5432. | 5433. | 5435. | 5438. | 5444. | 5445. | 5446. |
| 5447. | 5448. | 5450. | 5453. | 5458. | 5462. | 5466. | 5468. | 5470. | 5471. | 5473. | 5475. |
| 5480. | 5482. | 5483. | 5485. | 5490. | 5496. | 5501. | 5504. | 5508. | 5520. | 5524. | 5525. |
| 5529. | 5532. | 5541. | 5544. | 5546. | 5547. | 5548. | 5550. | 5551. | 5552. | 5555. | 5556. |
| 5561. | 5566. | 5575. | 5588. | 5592. | 5593. | 5595. | 5597. | 5600. | 5620. | 5621. | 5624. |
| 5625. | 5627. | 5628. | 5634. | 5637. | 5654. | 5655. | 5656. | 5658. | 5661. | 5669. | 5675. |
| 5683. | 5686. | 5695. | 5703. | 5705. | 5706. | 5708. | 5709. | 5710. | 5714. | 5718. | 5719. |
| 5722. | 5723. | 5729. | 5738. | 5740. | 5742. | 5743. | 5746. | 5757. | 5760. | 5767. | 5768. |
| 5769. | 5776. | 5780. | 5792. | 5794. | 5798. | 5803. | 5807. | 5808. | 5809. | 5819. | 5823. |
| 5824. | 5826. | 5827. | 5828. | 5829. | 5831. | 5836. | 5838. | 5839. | 5842. | 5843. | 5848. |
| 5853. | 5862. | 5863. | 5865. | 5877. | 5888. | 5893. | 5899. | 5904. | 5906. | 5907. | 5910. |
| 5912. | 5915. | 5919. | 5923. | 5925. | 5927. | 5932. | 5933. | 5935. | 5938. | 5944. | 5947. |
| 5955. | 5956. | 5957. | 5962. | 5967. | 5968. | 5970. | 5974. | 5982. | 5990. | 5995. | 6000. |
| 6003. | 6004. | 6005. | 6006. | 6007. | 6017. | 6021. | 6027. | 6028. | 6031. | 6032. | 6044. |
| 6046. | 6049. | 6060. | 6067. | 6081. | 6083. | 6085. | 6086. | 6092. | 6108. | 6110. | 6111. |

| | | | | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 6123. | 6125. | 6129. | 6130. | 6132. | 6137. | 6141. | 6145. | 6149. | 6154. | 6161. | 6162. |
| 6164. | 6165. | 6166. | 6178. | 6184. | 6183. | 6185. | 6187. | 6188. | 6192. | 6194. | 6198. |
| 6202. | 6204. | 6206. | 6208. | 6213. | 6225. | 6234. | 6235. | 6238. | 6239. | 6241. | 6244. |
| 6246. | 6248. | 6249. | 6251. | 6252. | 6255. | 6262. | 6267. | 6271. | 6273. | 6288. | 6292. |
| 6293. | 6296. | 6300. | 6301. | 6317. | 6322. | 6330. | 6349. | 6350. | 6351. | 6352. | 6354. |
| 6356. | 6361. | 6364. | 6372. | 6381. | 6384. | 6387. | 6389. | 6391. | 6394. | 6395. | 6396. |
| 6417. | 6420. | 6423. | 6424. | 6436. | 6437. | 6438. | 6439. | 6450. | 6452. | 6469. | 6471. |
| 6473. | 6476. | 6480. | 6481. | 6492. | 6499. | 6500. | 6501. | 6506. | 6510. | 6511. | 6513. |
| 6514. | 6518. | 6523. | 6527. | 6531. | 6540. | 6543. | 6546. | 6547. | 6556. | 6562. | 6564. |
| 6565. | 6569. | 6573. | 6579. | 6581. | 6582. | 6584. | 6588. | 6589. | 6591. | 6593. | 6594. |
| 6596. | 6599. | 6604. | 6606. | 6611. | 6614. | 6617. | 6621. | 6626. | 6628. | 6634. | 6636. |
| 6644. | 6645. | 6652. | 6655. | 6658. | 6659. | 6663. | 6669. | 6670. | 6672. | 6679. | 6689. |
| 6691. | 6708. | 6709. | 6711. | 6721. | 6723. | 6728. | 6730. | 6733. | 6735. | 6739. | 6746. |
| 6749. | 6749. | 6753. | 6756. | 6758. | 6761. | 6763. | 6764. | 6769. | 6777. | 6778. | 6782. |
| 6783. | 6790. | 6792. | 6794. | 6797. | 6800. | 6805. | 6808. | 6814. | 6815. | 6821. | 6827. |
| 6828. | 6833. | 6840. | 6839. | 6860. | 6866. | 6867. | 6869. | 6882. | 6887. | 6888. | 6893. |
| 6896. | 6907. | 6908. | 6909. | 6910. | 6914. | 6916. | 6924. | 6930. | 6938. | 6944. | 6948. |
| 6951. | 6958. | 6959. | 6961. | 6964. | 6968. | 6972. | 6978. | 6983. | 6988. | 6991. | 6992. |
| 6998. | 6999. | 7005. | 7007. | 7008. | 7011. | 7014. | 7018. | 7020. | 7027. | 7029. | 7031. |
| 7035. | 7037. | 7046. | 7052. | 7054. | 7057. | 7059. | 7064. | 7068. | 7079. | 7081. | 7083. |
| 7085. | 7086. | 7093. | 7099. | 7103. | 7129. | 7131. | 7135. | 7137. | 7139. | 7140. | 7142. |
| 7145. | 7150. | 7153. | 7154. | 7156. | 7166. | 7168. | 7172. | 7178. | 7179. | 7181. | 7188. |
| 7184. | 7188. | 7190. | 7191. | 7195. | 7197. | 7199. | 7200. | 7202. | 7204. | 7210. | 7216. |
| 7219. | 7224. | 7235. | 7240. | 7241. | 7242. | 7246. | 7247. | 7252. | 7261. | 7262. | 7263. |
| 7274. | 7277. | 7284. | 7290. | 7301. | 7304. | 7306. | 7312. | 7317. | 7322. | 7324. | 7326. |
| 7327. | 7331. | 7333. | 7334. | 7337. | 7338. | 7342. | 7345. | 7346. | 7349. | 7366. | 7367. |
| 7369. | 7376. | 7378. | 7382. | 7383. | 7385. | 7388. | 7391. | 7395. | 7396. | 7398. | 7399. |
| 7407. | 7409. | 7410. | 7416. | 7424. | 7433. | 7436. | 7439. | 7441. | 7443. | 7451. | 7455. |
| 7456. | 7460. | 7461. | 7467. | 7470. | 7480. | 7481. | 7486. | 7487. | 7490. | 7491. | 7497. |
| 7506. | 7507. | 7511. | 7513. | 7524. | 7527. | 7532. | 7533. | 7534. | 7537. | 7544. | 7548. |
| 7551. | 7553. | 7562. | 7563. | 7564. | 7578. | 7580. | 7582. | 7590. | 7591. | 7592. | 7593. |
| 7604. | 7611. | 7616. | 7621. | 7622. | 7624. | 7625. | 7642. | 7643. | 7647. | 7658. | 7659. |
| 7662. | 7670. | 7677. | 7679. | 7680. | 7685. | 7689. | 7696. | 7697. | 7699. | 7701. | 7702. |
| 7705. | 7706. | 7707. | 7716. | 7718. | 7729. | 7733. | 7734. | 7736. | 7738. | 7747. | 7749. |
| 7753. | 7754. | 7755. | 7760. | 7762. | 7764. | 7765. | 7768. | 7773. | 7774. | 7781. | 7793. |
| 7803. | 7812. | 7819. | 7820. | 7822. | 7823. | 7824. | 7825. | 7833. | 7837. | 7838. | 7842. |

| | | | | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 7844. | 7848. | 7851. | 7852. | 7855. | 7859. | 7868. | 7870. | 7872. | 7877. | 7886. | 7887. |
| 7888. | 7890. | 7892. | 7893. | 7896. | 7897. | 7898. | 7901. | 7903. | 7907. | 7908. | 7914. |
| 7916. | 7923. | 7926. | 7929. | 7930. | 7932. | 7934. | 7937. | 7947. | 7948. | 7950. | 7953. |
| 7958. | 7963. | 7965. | 7967. | 7968. | 7969. | 7976. | 7977. | 7988. | 7991. | 7997. | 8001. |
| 8002. | 8006. | 8010. | 8011. | 8017. | 8020. | 8021. | 8022. | 8024. | 8027. | 8037. | 8046. |
| 8048. | 8049. | 8058. | 8061. | 8062. | 8064. | 8074. | 8075. | 8076. | 8077. | 8087. | 8094. |
| 8095. | 8098. | 8106. | 8114. | 8115. | 8116. | 8117. | 8118. | 8120. | 8124. | 8125. | 8132. |
| 8135. | 8139. | 8143. | 8146. | 8149. | 8153. | 8169. | 8174. | 8175. | 8180. | 8183. | 8184. |
| 8187. | 8197. | 8201. | 8209. | 8212. | 8213. | 8214. | 8218. | 8222. | 8225. | 8233. | 8234. |
| 8242. | 8244. | 8254. | 8263. | 8272. | 8274. | 8285. | 8290. | 8318. | 8325. | 8326. | 8327. |
| 8330. | 8333. | 8336. | 8338. | 8340. | 8351. | 8360. | 8363. | 8364. | 8366. | 8367. | 8372. |
| 8373. | 8385. | 8387. | 8394. | 8399. | 8400. | 8403. | 8406. | 8412. | 8417. | 8420. | 8421. |
| 8424. | 8426. | 8428. | 8429. | 8435. | 8437. | 8449. | 8453. | 8455. | 8462. | 8463. | 8477. |
| 8482. | 8486. | 8488. | 8495. | 8498. | 8499. | 8502. | 8503. | 8505. | 8513. | 8522. | 8523. |
| 8524. | 8528. | 8531. | 8536. | 8538. | 8540. | 8545. | 8546. | 8550. | 8552. | 8554. | 8555. |
| 8561. | 8566. | 8568. | 8576. | 8578. | 8582. | 8584. | 8586. | 8590. | 8596. | 8598. | 8599. |
| 8601. | 8603. | 8605. | 8607. | 8615. | 8622. | 8629. | 8630. | 8631. | 8632. | 8634. | 8636. |
| 8641. | 8649. | 8657. | 8660. | 8665. | 8671. | 8674. | 8676. | 8680. | 8684. | 8685. | 8686. |
| 8688. | 8695. | 8698. | 8701. | 8704. | 8706. | 8715. | 8722. | 8727. | 8735. | 8739. | 8740. |
| 8743. | 8745. | 8746. | 8750. | 8755. | 8761. | 8769. | 8773. | 8775. | 8777. | 8782. | 8787. |
| 8788. | 8791. | 8792. | 8794. | 8795. | 8796. | 8807. | 8817. | 8822. | 8826. | 8828. | 8831. |
| 8834. | 8835. | 8837. | 8839. | 8843. | 8847. | 8848. | 8853. | 8854. | 8856. | 8863. | 8869. |
| 8870. | 8879. | 8880. | 8887. | 8888. | 8895. | 8898. | 8900. | 8902. | 8903. | 8905. | 8906. |
| 8908. | 8921. | 8922. | 8923. | 8924. | 8926. | 8929. | 8936. | 8940. | 8941. | 8948. | 8951. |
| 8952. | 8953. | 8955. | 8958. | 8960. | 8962. | 8963. | 8966. | 8970. | 8971. | 8972. | 8973. |
| 8977. | 8978. | 8982. | 8995. | 8997. | 9004. | 9007. | 9012. | 9019. | 9020. | 9028. | 9037. |
| 9040. | | | | | | | | | | | |

3) An bereits ausgelooften Obligationen, worüber die Documente verloren gegangen.

| | | | | | | | | | |
|-----|-------|---|-----|---|-----|---|------------|-------------|-------|
| 200 | Thlr. | — | gr. | — | pf. | 1 | Obligation | Lit. C. Nr. | 449. |
| 200 | „ | — | „ | — | „ | 1 | „ | „ | 990. |
| 200 | „ | — | „ | — | „ | 1 | „ | „ | 3281. |
| 200 | „ | — | „ | — | „ | 1 | „ | „ | 5355. |
| 200 | „ | — | „ | — | „ | 1 | „ | „ | 8295. |

Hauptbetrag.

513855 Thlr. 9 gr. 10 pf.

und zwar:

- 70255 Thlr. 9 gr. 10 pf. 1) an alten unverwechselten Scheinen;
 442600 „ — „ — „ 2) an verlosbaren Obligationen à 3 pCt.;
 1000 „ — „ — „ 3) an dergl., worüber die Documente verloren ge-
 gangen.

uts.

V e r z e i c h n i s s

der auf das Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach übergehenden
 Central-Steuer-Scheine.

32 Stück zu 1000 Thlr. — gr. — pf. aus Lit. C. in folgenden Nummern:

428. 431. 433. 436. 438. 439. 440. 441. 442. 444. 445. 448. 449.
 450. 453. 455. 456. 458. 459. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467.
 468. 470. 471. 475. 478. 480.

78 Stück zu 500 Thlr. — gr. — pf. aus Lit. D. in folgenden Nummern:

1033. 1034. 1035. 1037. 1038. 1039. 1045. 1046. 1047. 1050. 1052.
 1053. 1056. 1057. 1058. 1059. 1061. 1062. 1063. 1064. 1065. 1067.
 1068. 1071. 1072. 1073. 1074. 1075. 1076. 1077. 1078. 1079. 1080.
 1083. 1085. 1088. 1089. 1091. 1092. 1093. 1094. 1096. 1097. 1098.
 1100. 1102. 1103. 1104. 1105. 1106. 1107. 1108. 1109. 1110. 1112.
 1114. 1115. 1116. 1117. 1119. 1121. 1122. 1123. 1124. 1125. 1126.
 1127. 1129. 1131. 1133. 1135. 1139. 1140. 1141. 1145. 1146. 1147.
 1150.

284 Stück zu 200 Thlr. — gr. — pf. aus Lit. E. in folgenden Nummern:

3721. 3722. 3725. 3726. 3729. 3730. 3732. 3735. 3736. 3737. 3738.
 3739. 3740. 3741. 3742. 3743. 3744. 3748. 3749. 3751. 3753. 3755.
 3757. 3758. 3760. 3761. 3762. 3763. 3764. 3765. 3767. 3768. 3769.
 3771. 3772. 3773. 3774. 3775. 3778. 3779. 3780. 3781. 3784. 3787.
 3788. 3789. 3791. 3795. 3796. 3798. 3799. 3800. 3803. 3806. 3807.
 3808. 3810. 3813. 3814. 3815. 3816. 3818. 3821. 3822. 3824. 3826.
 3827. 3828. 3829. 3830. 3832. 3832. 3834. 3836. 3838. 3839. 3842.

3843. 3844. 3846. 3848. 3850. 3853. 3855. 3856. 3859. 3861. 3862.
 3864. 3865. 3867. 3869. 3871. 3872. 3874. 3876. 3878. 3879. 3880.
 3881. 3884. 3885. 3888. 3889. 3890. 3891. 3893. 3896. 3897. 3898.
 3901. 3902. 3904. 3907. 3908. 3909. 3911. 3913. 3914. 3917. 3918.
 3922. 3923. 3924. 3925. 3927. 3928. 3930. 3931. 3932. 3934. 3935.
 3937. 3938. 3939. 3940. 3941. 3942. 3943. 3944. 3948. 3950. 3952.
 3953. 3957. 3959. 3960. 3961. 3963. 3964. 3965. 3966. 3970. 3971.
 3972. 3973. 3974. 3975. 3976. 3977. 3978. 3981. 3983. 3984. 3985.
 3986. 3987. 3988. 3989. 3990. 3991. 3992. 3993. 3994. 3995. 3999.
 4000. 4001. 4004. 4005. 4007. 4009. 4010. 4011. 4013. 4014. 4015.
 4016. 4018. 4019. 4020. 4022. 4023. 4024. 4025. 4026. 4028. 4029.
 4031. 4033. 4034. 4035. 4036. 4037. 4038. 4039. 4040. 4041. 4045.
 4046. 4047. 4049. 4055. 4056. 4059. 4064. 4065. 4066. 4067. 4068.
 4070. 4071. 4072. 4074. 4075. 4076. 4078. 4079. 4081. 4083. 4084.
 4085. 4087. 4088. 4089. 4090. 4091. 4092. 4094. 4095. 4096. 4098.
 4103. 4106. 4109. 4110. 4111. 4113. 4114. 4115. 4117. 4118. 4120.
 4122. 4124. 4125. 4126. 4129. 4130. 4131. 4132. 4133. 4134. 4139.
 4142. 4144. 4146. 4147. 4148. 4151. 4154. 4155. 4156. 4157. 4159.
 4160. 4161. 4162. 4163. 4167. 4169. 4170. 4171. 4172.

502 Stück zu 100 Thlr. — gr. — pf. aus Lit. F. in folgenden Nummern:

3957. 3958. 3959. 3960. 3961. 3962. 3964. 3965. 3966. 3967. 3969.
 3970. 3971. 3973. 3975. 3977. 3978. 3979. 3980. 3984. 3985. 3986.
 3987. 3988. 3989. 3991. 3993. 3995. 3997. 3998. 3999. 4000. 4001.
 4003. 4006. 4007. 4009. 4011. 4012. 4013. 4017. 4019. 4020. 4024.
 4022. 4023. 4024. 4029. 4031. 4032. 4035. 4038. 4039. 4042. 4043.
 4044. 4046. 4047. 4049. 4050. 4053. 4054. 4060. 4061. 4062. 4064.
 4065. 4066. 4068. 4070. 4072. 4077. 4080. 4081. 4083. 4085. 4086.
 4087. 4088. 4089. 4091. 4092. 4094. 4095. 4096. 4097. 4098. 4099.
 4102. 4105. 4106. 4108. 4109. 4110. 4112. 4114. 4115. 4116. 4118.
 4119. 4121. 4123. 4124. 4125. 4126. 4128. 4131. 4132. 4133. 4135.
 4137. 4138. 4140. 4141. 4142. 4143. 4145. 4146. 4147. 4149. 4151.
 4152. 4153. 4154. 4156. 4157. 4159. 4160. 4161. 4162. 4163. 4166.
 4167. 4168. 4169. 4170. 4173. 4174. 4177. 4179. 4181. 4182. 4183.
 4184. 4185. 4186. 4188. 4189. 4190. 4191. 4192. 4193. 4195. 4199.
 4200. 4201. 4202. 4203. 4204. 4206. 4213. 4214. 4215. 4216. 4219.

| | | | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 4220. | 4221. | 4223. | 4224. | 4227. | 4228. | 4229. | 4230. | 4232. | 4237. | 4243. |
| 4244. | 4251. | 4254. | 4255. | 4258. | 4260. | 4261. | 4266. | 4267. | 4268. | 4269. |
| 4270. | 4272. | 4274. | 4275. | 4276. | 4277. | 4278. | 4279. | 4281. | 4282. | 4283. |
| 4285. | 4286. | 4290. | 4292. | 4293. | 4295. | 4296. | 4297. | 4299. | 4300. | 4302. |
| 4303. | 4304. | 4305. | 4306. | 4307. | 4309. | 4310. | 4312. | 4313. | 4314. | 4317. |
| 4318. | 4319. | 4320. | 4321. | 4322. | 4324. | 4325. | 4326. | 4329. | 4330. | 4331. |
| 4332. | 4333. | 4334. | 4335. | 4337. | 4339. | 4341. | 4343. | 4344. | 4346. | 4347. |
| 4348. | 4349. | 4350. | 4351. | 4354. | 4356. | 4357. | 4358. | 4360. | 4361. | 4363. |
| 4364. | 4365. | 4367. | 4369. | 4370. | 4372. | 4373. | 4374. | 4375. | 4376. | 4377. |
| 4378. | 4379. | 4382. | 4383. | 4385. | 4389. | 4390. | 4391. | 4393. | 4394. | 4396. |
| 4397. | 4398. | 4400. | 4402. | 4403. | 4404. | 4405. | 4408. | 4409. | 4412. | 4413. |
| 4414. | 4416. | 4418. | 4419. | 4420. | 4421. | 4423. | 4424. | 4425. | 4426. | 4427. |
| 4428. | 4429. | 4432. | 4433. | 4434. | | | | | | |

Hauptbetrag.

158000 Thaler — gr. — pf.

und zwar:

| | | | | |
|--------------|-------|-------|-----------|-------------|
| 32000 Thaler | — gr. | — pf. | | sub Lit. C. |
| 39000 „ | — „ | — „ | | „ „ D. |
| 56800 „ | — „ | — „ | | „ „ E. |
| 32200 „ | — „ | — „ | | „ „ F. |

uts.

Von der, dem Großherzogthume Sachsen-Weimar-Eisenach, in Folge der mit der Krone Preußen am 1. Mai d. J. abgeschlossenen Ausgleichungs-Convention, zugefallenen Räte von den auf das Herzogthum Sachsen übergegangenen Königl. Sächs. Steuer- und Kammer-Credit-Cassen, auch Central-Steuer-Schulden, sind 158000 Thaler d. J. die nachverzeichneten Scheine und Obligationen herausgeloset und somit zur Rückzahlung bestimmt worden.

Den dermaligen Inhabern der betreffenden Schulddocumente wird selches daher mit der Aufforderung bekannt gemacht, gegen Zurückgabe dieser letztern und der noch übrigen, in ihren Händen befindlichen Zinscoupons nebst Talens, die ihnen zustehenden Capitalposten mit Michaelis d. J. und zwar, was die Steuer- und Kammer-Credit-Cassen-Scheine anlangt, bei der Großherzogth. Landesschulden-Eilungscasse hier, in Ansehung der Central-Steuer-Obli-

gationen aber, bei dem mit der Zahlung beauftragten Handelshause Frege und Comp. zu Leipzig, in Empfang zu nehmen.

Weimar, am 8. September 1826.

Großherzoglich Sächsisches Landscbafte-Collegium.

N a c h w e i s u n g

derjenigen, auf das Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach zur Vertretung übergegangenen, sonst Königlich Sächsischen Landesschulden-Obligationen, welche im Oster-Termine 1826 durch Verloosung herausgekommen und Michaelis 1826 zu realisiren sind.

I. Steuer-Credit-Cassen-Scheine.

Lit. C. à 200 Thlr. — gr. — pf.

No. 298. 1062. 1339. 2074. 2517. 3054. 4104. 4937. 5115. 6859. und 8837.
zusammen 11 Stück.

II. Kammer-Credit-Cassen-Scheine.

Lit. C. à 100 Thlr. — gr. — pf.

No. 140. 388. 439. 576. 1157. 1325. 1448. 2267. 2329. 2439. 2682. 2733.
2864. 2974. und 3195.
zusammen 15 Stück.

III. Central-Steuer-Obligationen.

Lit. C. 1 Stück sub No. 456.

„ D. 6 „ „ „ 1059. 1078. 1083. 1104. 1124. und 1127.

„ E. 13 „ „ „ 3737. 3824. 3855. 3890. 3908. 3922. 3924. 3943. 4025.
4120. 4133. 4146. und 4156.

„ F. 13 „ „ „ 3959. 3997. 4039. 4043. 4063. 4105. 4201. 4266. 4314.
4326. 4398. 4403. und 4416.

Summa 33 Stück.

Da von dem unterzeichneten Großherzogl. Landschafts-Collegium, unter Zustimmung und Genehmigung der Höchsten Behörde, beschlossen worden ist, die Abzahlung und Tilgung des, zu Folge der mit der Krone Preußen unterm 1. Mai d. J. abgeschlossenen Ausgleichungs-Convention, auf das Großherzogthum Weimar übergegangenen, in 158,000 Thlr. bestehenden Theils von der Central-Steuer-Schuld des Herzogthums Sachsen — wie ihn die Bekanntmachung vom 6. d. M. näher specificirt — eintreten zu lassen, so wird solches den Inhabern der unter diesem Schuldanteile begriffenen Obligationen nicht nur zur Nachricht andurch bekannt gemacht, sondern es werden auch denselben die ihnen zustehenden Capitalpfeile zugleich mit der Aufforderung aufgefunden, deren Betrag mit Ostern 1827, gegen Zurückgabe der in ihren Händen befindlichen Schulddocumente, bei dem mit der dießfalligen Zahlung beauftragten Handelshause Frege und Comp. in Leipzig, zu erheben und baar in Empfang zu nehmen.

Sollten übrigens Gläubiger gesonnen sein, statt der Rückzahlung ihrer Capitalien, anderweite Großherzogl. Weimarische unkündbare und au porteur lautende vierprocentige Obligationen anzunehmen, so werden ihnen dergleichen Obligationen mit dem gleichzeitigen weitem Bemerken angeboten:

- 1) daß sie sich diesershalb bis zum 15. Januar k. J. bei dem Handelshause Frege und Comp. zu erklären haben;
- 2) daß jährlich Ein und ein halb Procent der Summe der auf solche Weise umgewandelten, bisherigen Central-Steuer-Schuld, durch Verloosung successiv getilgt und heimgezahlt werden soll;
- 3) daß denjenigen, welche das fragliche Anerbieten annehmen und davon Gebrauch machen, noch auf Ein Jahr der Genuß des zeitlich bezogenen fünften Zinstalers zugesichert wird; endlich
- 4) daß jedoch vorbehalten bleiben muß, auch — worüber bis zum 1. Februar k. J. weitere Bekanntmachung alsdann zu erwarten steht — diejenigen Capitalien, hinsichtlich deren die Gläubiger sich zur Annahme neuer vierprocentiger Obligationen bereit erklärten, Ostern 1827 mit zurückzahlen, wenn etwa die Summe dieser zur Umwandlung angemeldeten Capitalien nur von geringem Belang sein sollte.

Weimar, am 8. September 1826.

Großherzoglich Sächsisches Landschafts-Collegium.

B e k a n n t m a c h u n g

wegen Ausreichung neuer Zinscoupons, Series II., zu Kurmärkschen
ständischen Obligationen.

Bei der am 1. November d. J. wieder eintretenden Zahlung halbjähriger Zinsen von Kurmärkschen ständischen Obligationen auf den dazu gehörenden letzten Coupon, Series I. No. 8., werden zugleich die neuen Zinscoupons Series II. No. 1—8., welche die Zinsen vom 1. November 1826 bis letzten October 1830 umfassen, ausgereicht.

Es geschieht dieß bei der Controle der Staats-Papiere, Nr. 30. Taubenstraße, vom 1. November d. J. ab, täglich des Vormittags, Sonn- und Festtage und die drei letzten Tage im Monate ausgenommen, in den gewöhnlichen Geschäftsstunden, gegen Vorlegung der Original-Obligationen, indem darauf die neuen Zinscoupons abgestempelt werden müssen; wer Coupons von mehreren Obligationen zu empfangen hat, specifizirt dieselben nach Littera, Nummer, Betrag und Münzsorte und bedient sich dabei eines Formulars, welches die Controle der Staats-Papiere schon jetzt und unentgeltlich verabreicht.

Da die Beamten der Casse oder Controle nicht im Stande sind, sich über ihre Amtsverrichtungen mit dem Publicum in Briefwechsel einzulassen, oder gar mit Uebersendung der neuen Zinscoupons zu befassen, so haben sie die Anweisung erhalten, alle dergleichen Anträge abzulehnen und die ihnen dabei etwa zukommenden Papiere zurückzusenden, welches gleichmäßig verfügt werden muß, wenn dergleichen Gesuche an die unterzeichnete Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden selbst gerichtet werden sollten.

Berlin, den 2. September 1826.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Bekanntmachung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Der Justiz-Commissarius Georg Adam Brunner zu Torgau ist, auf sein Ansuchen, von dem Amte als Justiz-Commissarius bei dem Land-Gerichte zu Torgau und Notarius im Bezirke des hiesigen Ober-Landes-Gerichts, entlassen worden.

Naumburg, den 1. September 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Personal-Chronik.

Der Pfarrsubstitut zu Katharinenrieth, Ernst lebrecht, Weiske, ist als Pfarrer nach Sachsenburg, Ephorie Heldrungen, und

der Pfarrer zu Pröckau, Adolph Schieferdecker, als Pfarrer nach Kressschau, Ephorie Zeitz, versetzt.

Der Rector an der Stadtschule zu Elsterwerda und Candidat des Predigtamts, Gotthilf Naumann, ist als Diaconus an der Stadtkirche in Dreßna, Ephorie Bitterfeld;

der Candidat des Predigtamts, Johann Adolph Thiesius, als Pfarrer zu Wolferoda, Ephorie Mansfeld;

der Candidat des Predigtamts, Friedrich August Heine, als Pfarrer zu Oberrißdorf, Ephorie Gerbstädt, und

der Candidat des Predigtamts, Franz Ludwig Art, als Diaconus zu Herzberg, angestellt.

Merseburg, den 5. September 1826.

Der Ober-landes-Gerichts-Auscultator, Emanuel Heinrich August Knorr, ist unter dem 18. Julius c. zum Ober-landes-Gerichts-Referendar ernannt.

Der Ober-landes-Gerichts-Rath Carl von Grobdeck zu Magdeburg, ist unter dem 30. Junius c. zum Director des landgerichts zu Halle, an die Stelle des pensionirten land-Gerichts-Directors Schwarz, ernannt.

Der Patrimonial-Richter Hilbrandt zu Delitzsch, ist für die Haupt-Zoll-Aemter zu Gordenitz und Schladitz;

der Kreis-Richter Casar in Halle, für die Haupt-Zoll-Aemter zu Halle und Schkeuditz, und

der Ober-landes-Gerichts-Referendar Richter, für die Haupt-Zoll-Aemter zu Naumburg und Eckartsberga, als Justiciar und Untersuchungs-Richter unter dem 16. Julius c. angestellt.

Der Ober-landes-Gerichts-Referendar, Johann Gottlob Tollert, ist den 18. August c. zum Gerichts-Amts-Actuar in Eisleben ernannt.

Der Kammer-Gerichts-Referendar, Carl Gustav Knauf, ist unter dem 21. August c. zum Ober-landes-Gericht zu Naumburg versetzt.

Naumburg, den 1. September 1826.

N a c h r i c h t u n g d e r

im Monate August 1826

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks be-
stehenden Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürf-
nisse, ingleichen der Rauch-Fourage.

| Namen
der
Marktplätze. | G e t r e i d e. | | | | H ü l s e n f r ü c h t e. | | | Kartof-
feln | Rauchfutter. | | |
|------------------------------|-------------------------|----------|----------|----------|----------------------------|----------|----------|-----------------|--------------|----------|--------|
| | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Hirse | Erbſen | Linſen | | Heu | Stroh | |
| | der Preußiſche Scheffel | | | | der Preußiſche Scheffel | | | | à Cent. | à Schock | |
| | ℥/ſh./d. | ℥/ſh./d. | ℥/ſh./d. | ℥/ſh./d. | ℥/ſh./d. | ℥/ſh./d. | ℥/ſh./d. | | ℥/ſh./d. | ℥/ſh./d. | |
| 1 | Merſeburg | 1 4 7 | — 22 11 | — 16 10 | — 16 — | — — — | — 25 — | 1 20 — | 1 11 — | — 20 — | 2 15 — |
| 2 | Halle | 1 5 9 | — 26 5 | — 18 9 | — 18 — | 4 20 — | 1 10 — | 1 20 — | — 25 — | — 20 — | 6 10 — |
| 3 | Naumburg | 1 4 5 | — 25 1 | — 16 5 | — 14 10 | 5 4 — | 1 18 — | 2 12 — | 1 8 — | — 24 6 | 5 25 — |
| 4 | Torgau | 1 5 — | — 26 5 | — 18 9 | — 16 5 | 5 — — | 1 10 — | 4 — — | — 10 — | — 17 6 | 3 — — |
| 5 | Wittenberg | 1 4 9 | — 25 — | — 20 5 | — 17 6 | — — — | 1 20 — | 2 20 — | — 18 9 | — — — | 4 7 5 |
| 6 | Eisleben | 1 5 6 | — 25 10 | — 19 11 | — 20 — | 4 — — | 1 10 — | 1 10 — | — — — | — 22 9 | 5 21 8 |
| 7 | Zeitz | 1 6 3 | — 22 — | — 16 5 | — 15 9 | 2 25 — | 1 6 3 | 1 6 5 | — 15 — | — 20 — | 5 — — |
| 8 | Quersurth | 1 5 9 | — 25 — | — 20 — | — 17 6 | 5 20 — | 1 5 9 | 1 5 9 | — 20 — | — 20 — | 3 10 — |

Merseburg, den 4. September 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

39. Stück.

Merseburg, den 7. October 1826.

N a c h w e i s u n g

der, bei der, am 26. September 1826 stattgehabten 17. Ziehung
der Central-Steuer-Obligationen gezogenen Nummern.

Litt. A. à 3000 Thlr.

Nr. 26. 65. 94. 98. und 160.

Litt. B. à 2000 Thlr.

Nr. 8. 71. 77. 109. 168. 182. und 192.

Litt. C. à 1000 Thlr.

Nr. 9. 11. 67. 70. 91. 150. 158. 159. 211. 216. 216. 284. und 427.

Litt. D. à 500 Thlr.

Nr. 29. 69. 82. 124. 128. 149. 161. 181. 269. 310. 405. 496. 523. 546.
567. 573. 576. 584. 593. 616. 648. 655. 681. 762. 767. 784. 785.
804. 820. 938. 955. und 1023.

Litt. E. à 200 Thlr.

Nr. 28. 126. 151. 203. 263. 281. 354. 378. 393. 429. 483. 525. 542. 584.
623. 682. 711. 799. 815. 834. 880. 924. 988. 1013. 1047. 1101.
1109. 1135. 1151. 1160. 1182. 1183. 1224. 1244. 1248. 1262. 1278.
1309. 1311. 1317. 1337. 1354. 1414. 1434. 1491. 1499. 1539. 1601.
1686. 1691. 1717. 1752. 1760. 1792. 1795. 1838. 1840. 1938. 1956.
2011. 2024. 2056. 2089. 2092. 2107. 2157. 2180. 2202. 2276. 2310.
2437. 2451. 2484. 2523. 2542. 2557. 2558. 2582. 2606. 2619. 2646.

2714. 2741. 2760. 2789. 2807. 2821. 2858. 2847. 2867. 2925. 2974.
3013. 3045. 3082. 3125. 3155. 3142. 3156. 3234. 3284. 3297. 3519.
3540. 3565. 3585. 3589. 3460. 3484. 3559. 3629. 3667. 3677. und
3704.

Litt. F. à 100 Tblr.

Nr. 10. 27. 31. 113. 177. 185. 202. 225. 228. 264. 372. 400. 460. 545.
562. 559. 625. 665. 714. 745. 804. 838. 876. 907. 908. 1054.
1066. 1070. 1153. 1212. 1215. 1218. 1224. 1227. 1253. 1265. 1278.
1350. 1370. 1402. 1506. 1551. 1567. 1606. 1671. 1713. 1718. 1722.
1742. 1819. 1991. 1959. 2040. 2041. 2044. 2064. 2085. 2086. 2100.
2180. 2212. 2226. 2289. 2318. 2346. 2591. 2419. 2422. 2446. 2447.
2469. 2550. 2564. 2685. 2687. 2732. 2745. 2791. 2850. 2853. 2868.
2872. 2879. 2894. 2987. 3005. 3020. 3114. 3160. 3249. 3258. 3260.
3343. 3558. 3579. 3591. 3420. 3444. 3490. 3511. 3515. 3529. 3537.
3575. 3585. 3592. 3594. 3606. 3628. 3664. 3686. 3722. 3758. 3747.
3780. 3800. 3802. 3816. 3838. 3890. und 3912.

Vorstehende Nummern werden Oftern 1827 durch das Handlungshaus Frege und Comp. zu Leipzig, gegen Rückgabe der dießfälligen Obligationen nebst da- zugehörigen Talons und Coupons, realisirt werden.

Merseburg, den 26. September 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

B e k a n n t m a c h u n g.

Durch die mit dem Königreiche Sachsen wegen mehrerer milden Stiftungen und Institute unterm 4. April 1825 abgeschlossene Convention ist dem Herzogthume Sachsen ein Antheil an dem Vermögen des Königl. Sächsischen Jagd-Wittwen- und Waisen-Fonds zugefallen. Da dieser aber schon vor dessen Auslieferung, theils zu jährlicher Befriedigung der gnußberechtigten Wittwen und Waisen der im Bereiche des Herzogthums Sachsen angestellt gewesenenen Königl. Forstbedienten, theils zu Verichtigung der am 5. Junius 1815 im Herzogthume Sachsen unberichtigt ausgestandenen Bezüge, verwendet worden ist;

so sind die auf jenen Fonds gewiesenen Unterstützungs-Gelder an 6 und resp. 12 Thaler jährlich, Behufs der künftigen Zahlung aus Staats-Cassen, auf den Staats-Pensions-Etat übernommen worden, und es werden die betreffenden Wittwen und Waisen mit dem Schlusse dieses Jahres benachrichtigt werden, auf welche Casen ihre Befriedigung sowohl für das Jahr 1826, als für die Zukunft gewiesen worden ist. Demnächst sollen auch alle Ansprüche, welche Wittwen und Waisen ehemaliger, im Bereiche des Herzogthums Sachsen angestellte gewesener Forstbedienten, wegen unberichtigt gebliebener Unterstützungs- und Begräbnißgelder, aus dem Zeitraume sowohl vor als nach dem 5. Junius 1815 etwa noch zustehen sollten und bis jetzt noch nicht angemeldet worden sind, sofort berichtet werden, und es werden daher diejenigen, welche zu dergleichen Ansprüchen berechtigt sein dürften, hiermit aufgefordert, sich spätestens bis zum

Ein und Dreißigsten Januar 1827

bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden, über die Ansprüche liquidationen einzureichen und denselben die erforderlichen Beweismittel beizufügen. Alle, nach Ablauf vorstehenden Termins, nicht angemeldete Ansprüche, werden nicht weiter berücksichtigt, sondern für präcluidirt erachtet werden.

Merseburg, am 28. September 1826.

Im Höchsten Auftrage:
der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

Verordnungen der Königl. Regierung.

In Folge eines Rescripts des Königl. Hohen Finanz-Ministerii vom Nr. 128. 28. August d. J., wird hiermit denjenigen Behörden, welche mit Ausnahme der Gewerbesteuerlisten beauftragt sind, ausdrücklich zur Pflicht gemacht, in An- Den von auswärtigen Hausfremden zu ersordernden Nachweis über ihren Klassensteuer- Beitrag betr. setzung solcher, um einen Gewerbschein bei ihnen nachsuchender Hausfremder, welche zwar Inländer, aber in einem andern Kreise wohnhaft sind, vor der Aufnahme in die betreffende Gewerbesteuerliste, sich den Nachweis liefern zu lassen, daß und wo sie anderwärts die Klassensteuer gezahlt haben, damit dieselben sich nicht etwa dieser Abgabe ganz entziehen.

Merseburg, den 21. September 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung der Finanzen.

Nr. 129.
Nachsuchung
wegen Erhe-
bung eines
Wegegeldes
betr.

Es ist der Fall vorgekommen, daß Seitens eines Kreises, eine Straße chausseemäßig gebauet und hinterher von demselben die Berechtigung zur Erhebung eines Wegegeldes nachgesucht worden ist.

Des Königs Majestät haben dießfalls zu bestimmen geruhet, daß, wenn auch der chausseemäßige Bau der Nebenstraßen die möglichste Beförderung verdient, doch die betreffenden Behörden nicht nach eigener Willkühr einen solchen Bau leiten sollen, vielmehr, wenn der Kreis den Kostenersaß in Anspruch nehmen will, die erforderliche Genehmigung zuvor auszuwirken sei.

Diese Bestimmung wird hierdurch zur Kenntniß der Behörden unseres Departements mit dem Bemerken gebracht, daß hiernach künftig nachträgliche Gesuche, wegen Bewilligung von Erhebungsberechtigungen für Straßen-Anlagen, die nicht zuvor von dem Königl. Ministerium genehmiget worden sind, unbedingt werden zurückgewiesen werden.

Merseburg, den 25. September 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g .

Nr. 130.
Waaren-
Versendun-
gen nach dem
Großherzog-
thum Posen
betr.

Nach einer Benachrichtigung des Herrn Provinzial-Steuer-Directors zu Posen werden die Waaren-Niederlagen bei den Haupt-Zoll-Ämtern Strzów, Pogorzelle, Droszew (künftig Skalmierzyce) und Podzamcze mit dem 30. November c. geschlossen und nur noch bis Ende October c. Waaren zur Niederlage dort angenommen. Indem ich das handelnde Publicum hiervon benachrichtige, weise ich die Haupt-Ämter der Provinz Sachsen zugleich an, sich mit der Begleitschein-Ausfertigung hiernach zu achten.

Magdeburg, den 27. September 1826.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director,
Sach.

Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Dem Bau-Conducteur lange ist der Bau-Inspector-Posten zu Cölln, an die Stelle des eine anderweitige Bestimmung bei der in Naumburg errichteten Gewerbeschule erhaltenen interimistischen Bau-Inspectors Hertel, vom 1. October d. J. ab, provisorisch übertragen worden.

Merseburg, den 24. September 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Extra-Blatt

zum

Neun und Dreißigsten Stück des Amtsblatts
der
Königlichen Regierung.

Merseburg, den 7. October 1826.

Bekanntmachung.

Bei der am heutigen Tage hier in Merseburg stattgehabten 10ten Verlosung der auf die Krone Preußen übergegangenen Königl. Sächsischen Kammer-Credit-Cassenscheine sind folgende Nummern gezogen worden, als:

von Litt. B. à 500 Thlr. Nr. 614.;

von Litt. D. à 50 Thlr. Nr. 218. 230. 264. 268. 278. 336. 378. 535. und 685.;

von Litt. Aa. à 1000 Thlr. Nr. 115. 312. 479. 650. 983. 1214. 1761. 1876. 2245. 2582. 2674. 2886. und 3212.;

und wird die Zahlung der Capitalien zu Ostern 1827 bei der hiesigen Haupt-Instituten- und Communal-Casse erfolgen.

Außerdem sollen im gedachten Ostertermine, von den, bis jetzt noch nicht zur Zahlung ausgesetzten unzinbaren Kammer-Credit-Cassenscheinen Litt. E. à 25 Thlr. die Scheine von Nr. 5457 bis mit 6145 bei der obgenannten Casse durch Baarzahlung eingelöst werden.

Die Inhaber der angegebenen verloofeten und resp. zur Zahlung ausgesetzten Scheine haben sich daher bei Eintritt des gedachten Zahlungs-Termins bei besagter hiesiger Königl. Casse zu melden und die Capitalien gegen Zurückgabe der betreffenden Scheine und der dazu gehörigen Talons und Coupons in Empfang zu nehmen.

Merseburg, den 27. September 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

Mit Beziehung auf unsere Bekanntmachung vom 8. September, im 57sten Stücke des diesjährigen Amtsblattes, wird folgende

N a c h w e i s u n g

über die Art und Weise, wie auf der alten und neuen Chaussée von Halle über Langenbogen, Eisleben, Sangerhausen, Rossla und Nordhausen, das Chausséegeld theils schon erhoben wird, theils künftig zu erheben ist.

hierdurch zur Kenntniß des Publicums gebracht.

Vom Anfange der Langenbogener Chaussée, von Halle bis vor Nordhausen, ist die alte und neue Chaussée zusammen, lang 22,982 Ruthen, davon geht das Pflaster durch die Stadt Eisleben, wovon der dortige Stadtrath Pflastergeleite erhebt, ab, mit . . . 355 Ruthen,

und es bleiben 22,627 Ruthen, oder 11 $\frac{3}{10}$ Meilen,

wovon aber nur das Chausséegeld auf überhaupt Elf Meilen erhoben wird.

| Laufende Nr. | Barriere | | Erhebung
für die Strecken | | Ob post-
oder
praenu-
merando
erhoben
wird. | Zwi-
schen:
Streck-
en.
Mei-
len. | Ganze
Streck-
en. | Bemerkungen. |
|-------------------------------|--------------------------------|--|--|--|--|--|-------------------------|--|
| | bei | von | bis | | | | | |
| I. Von Halle nach Nordhausen. | | | | | | | | |
| 1 | Halle | Halle | Nietleben | praenu-
merando | $\frac{1}{2}$ | 2 | | |
| 2 | Nietleben | Nietleben | Bennstädt | desgl. | 1 | | | |
| 3 | Bennstädt | Bennstädt | Langenbo-
gen | desgl. | $\frac{1}{2}$ | | | |
| 4 | Helfta
(neue Bar-
riere) | a) Langen-
bogen
b) Kollsb-
dorf
c) Seeburg
d) Aseleben | Eisleben
Eisleben
Eisleben
Eisleben | postnu-
merando
desgl.
desgl.
desgl. | 2
$1\frac{1}{2}$
$1\frac{1}{2}$
2 | 2 | | Weil die Barriere bei Langenbogen verpachtet ist, so muß das Chausséegeld f. d. Chausséestrecken zwischen Langenbogen und Eisleben überall für jetzt postnumerando erhoben werden. |
| | | | | Latus | — | 4 | | |

| Laufende Nr. | Barriere
bei | Erhebung
für die Strecke | | Ob post-
oder
praenu-
merando
erhoben
wird. | Zwi-
schen-
Stret-
ke.
Mei-
len. | Ganze
Stret-
ke. | Bemerkungen. |
|--------------|---|-------------------------------------|---|--|---|------------------------|---|
| | | von | bis | | | | |
| | | | | Transp. | — | 4 | |
| | | e) Lüttchen-
dorf | Eisleben | postnu-
merando | 1 | | |
| | | f) Helfta | Eisleben u.
wieder zu-
rück bis
Helfta | prae- und
postnu-
merando | 1/2 | | |
| 5 | Wimmel-
burg
(neue Bar-
riere) | a) Eisleben | Wimmel-
burg u. wie-
der zurück
bis Eisleben | post- und
praenu-
merando | 1/2 | | |
| | | b) Eisleben | Blanken-
hain | desgl. | 1 | | |
| | | c) Eisleben | Emseloh | desgl. | 1 1/2 | | |
| | | d) Eisleben | Rießstädt | desgl. | 2 | | |
| | | e) Eisleben | Sanger-
hausen | desgl. | 1 | 1 | Wiewohl von Eisleben
nach Sangerhausen 2 1/2
Meile sind, so wird in
Wimmelburg doch nur 1
Meile Chauffeegeld erho-
ben, weil die Barriere bei
Sangerhausen verpachtet
ist, woselbst 1 1/2 Meile
postnumerando auf die
Tour von Eisleben nach
Sangerh. erhoben wird. |
| 6 | Sanger-
hausen
(alte Bar-
riere) | a) Eisleben | Sanger-
hausen | postnu-
merando | 1 1/2 | 1 1/2 | |
| | | b) Blanken-
hain oder
Emseloh | Sanger-
hausen | desgl. | 1 | | |
| | | c) Rießstädt | Sanger-
hausen | desgl. | 1/2 | | |
| 7 | Wallhausen
(alte Bar-
riere) | a) Sanger-
hausen | Wallhausen | desgl. | 1 | | |
| | | | | Latus | — | 6 1/2 | |

| laufende Nr. | Barriere
bei | Erhebung
für die Strecke | | Ob post-
oder
praenu-
merando
erhoben
wird. | Zwi-
schen-
Streck-
te.
Mei-
len. | Ganze
Streck-
te. | Bemerkungen. |
|--------------|-------------------------------|-----------------------------|--------------------------|--|--|-------------------------|--------------|
| | | von | bis | | | | |
| 8 | Kosla
(alte Bar-
riere) | b) Oberröb-
lingen | Wallhausen | Transp. | — | 6 1/2 | |
| | | c) Wall-
hausen | Bennungen
oder Kelbra | postnu-
merando | 1/2 | | |
| | | d) Wall-
hausen | Kosla | praenu-
merando | 1/2 | | |
| | | e) Sanger-
hausen | Hofstadt | desgl. | 1 | | |
| | | f) Sanger-
hausen | Hofstadt | post- und
praenu-
merando | 1 | | |
| | | g) Sanger-
hausen | Bennungen
oder Kelbra | desgl. | 1 1/2 | | |
| | | h) Oberröb-
lingen | Kosla | desgl. | 2 | 2 | |
| | | i) Oberröb-
lingen | Hofstadt | desgl. | 1/2 | | |
| | | j) Oberröb-
lingen | Bennungen | desgl. | 1 | | |
| | | k) Oberröb-
lingen | Kosla | desgl. | 1 1/2 | | |
| | | a) Hofst-
stadt | Kosla | desgl. | 1 | | |
| | | b) Bennun-
gen | Kosla | postnu-
merando | 1/2 | | |
| | | c) Kosla | Berga oder
Stolberg | desgl. | 1/2 | 1/2 | |
| | | d) Hofst-
stadt | Berga oder
Stolberg | post- und
praenu-
merando | 1 1/2 | | |
| | | e) Bennun-
gen | Berga oder
Stolberg | post- und
praenu-
merando | 1 | | |
| | | | | Latus | — | 9 | |

| Laufende Nr. | Barriere
bei | Erhebung
für die Strecke | | Ob post-
oder
praenu-
merando
erhoben
wird. | Zwi-
schen-
Streck-
te.
Mei-
len | Ganze
Streck-
te. | Bemerkungen. |
|--------------------------------|--------------------------------|-----------------------------|------------------|--|---|-------------------------|--|
| | | von | bis | | | | |
| 9 | Berga
(neue Bar-
riere) | a) Berga | Görsbach | Transp. | — | 9 | |
| | | b) Berga | Winde-
hausen | desgl. | $\frac{1}{2}$ | | |
| 10 | Bielen
(neue Bar-
riere) | c) Berga | Bielen | desgl. | $1\frac{1}{2}$ | $1\frac{1}{2}$ | |
| | | a) Bielen | Nordhau-
sen | praenu-
merando | $\frac{1}{2}$ | $\frac{1}{2}$ | |
| | | b) Görs-
bach | Nordhau-
sen | post- und
praenu-
merando | $1\frac{1}{2}$ | | |
| | | c) Berga | Nordhau-
sen | desgl. | 2 | — | Dieser Satz wird von den-
jenigen Fuhrwerken erhe-
ben, welche im Deric Ber-
ga auf die Chaussee kom-
men, also die dortige Bar-
riere nicht berührt haben. |
| | | | | Summa | — | 11 | Meilen. |
| II. Von Nordhausen nach Halle. | | | | | | | |
| 1 | Bielen | a) Nord-
hausen | Bielen | postnu-
merando | $\frac{1}{2}$ | $\frac{1}{2}$ | |
| | | b) Bielen | Görsbach | praenu-
merando | 1 | | |
| | | c) Bielen | Berga | desgl. | $1\frac{1}{2}$ | $1\frac{1}{2}$ | |
| | | d) Nord-
hausen | Görsbach | post- und
praenu-
merando | $1\frac{1}{2}$ | | |
| | | e) Nord-
hausen | Berga | desgl. | 2 | | |
| | | | | Latus | — | 2 | |

| Laufende Nr. | Barriere
bei | Erhebung
für die Strecke | | Ob post-
oder
praenu-
merando
erheben
wird. | Zwischen-
Strecken-
Meilen. | Ganze
Strecken-
Meilen. | Bemerkungen. |
|--------------|-----------------|-----------------------------|--------------------|--|-----------------------------------|-------------------------------|--|
| | | von | bis | | | | |
| | | | | Transp. | — | 2 | |
| 2 | Berga | a) Bieten | Berga | postnu-
merando | 1 1/2 | | Dieser Satz wird von den-
jenigen Fuhrwerken erho-
ben, welche im Dorfe Bie-
ten auf die Chaussee kom-
men, also die dortige Wä-
gerei nicht berührt haben. |
| | | b) Winder-
hausen | Berga | desgl. | 1 | | |
| | | c) Görs-
bach | Berga | desgl. | 1/2 | | |
| | | d) Berga | Kosfla | praenu-
merando | 1/2 | 1/2 | |
| 5 | Kosfla | a) Stolberg | Kosfla | postnu-
merando | 1/2 | | |
| | | b) Kosfla | Bennungen | praenu-
merando | 1/2 | | |
| | | c) Kosfla | Hohlstädt | desgl. | 1 | | |
| | | d) Kosfla | Wallhausen | desgl. | 1 | 1 | |
| 4 | Wallhausen | a) Bennun-
gen | Wallhausen | postnu-
merando | 1/2 | | |
| | | b) Bennun-
gen | Obermöblin-
gen | post- und
praenu-
merando | 1 | | |
| | | c) Bennun-
gen | Sanger-
hausen | desgl. | 1 1/2 | | |
| | | d) Hehl-
städt | Obermöblin-
gen | desgl. | 1/2 | | |
| | | e) Hohl-
städt | Sanger-
hausen | desgl. | 1 | | |
| | | f) Wall-
hausen | Obermöblin-
gen | praenu-
merando | 1/2 | | |
| | | | | Latus | — | 3 1/2 | |

| laufende Nr. | Barriere
bei | Erhebung
für die Strecke | | Ob post-
oder
praenu-
merando
erhoben
wird. | Zwi-
schen-
Stret-
ke.
Mei-
len. | Ganze
Stret-
ke. | Bemerkungen. |
|--------------|-------------------|-----------------------------|--|--|---|------------------------|--|
| | | von | bis | | | | |
| 5 | Sanger-
hausen | g) Wall-
hausen | Sanger-
hausen | Transp. | — | 3 1/2 | |
| | | a) Sanger-
hausen | Niestädte | praenu-
merando | 1 | 1 | |
| | | b) Sanger-
hausen | Emseloh
oder Blan-
kenhayn | desgl. | 1/2 | | |
| | | c) Sanger-
hausen | Eisleben | desgl. | 1 | | |
| 6 | Wimmel-
burg | | | | 1 1/2 | 1 1/2 | Von Sangerhausen bis
Eisleben sind zwar 2 1/2
Meilen, da aber bei der
Barriere bei Sangerhaus-
sen nur 1 1/2 Meil. verpach-
tet sind, so wird hier nicht
mehr erhoben, sondern die
noch fehlende Meile wird
bei der Barriere Wimmel-
burg entrichtet. |
| | | a) Sanger-
hausen | Eisleben | postnu-
merando | 1 | 1 | |
| | | b) Niestädte | Eisleben | desgl. | 2 | | |
| | | c) Emseloh | Eisleben | desgl. | 1 1/2 | | |
| | | d) Blan-
kenhayn | Eisleben | desgl. | 1 | | |
| 7 | Helfsta | e) Wim-
melburg | Eisleben
und wieder
zurück bis
Wimmelb. | prae- und
postnu-
merando | 1/2 | | Hier wird aus vorstehen-
den Gründen für 1 Meile
erhoben. |
| | | a) Eisleben | Helfsta und
wieder zu-
rück nach
Eisleben | desgl. | 1/2 | | |
| Latus | | | | — | 7 | | |

| Laufende Nr. | Barriere
bei | Erhebung
für die Strecke | | Ob post-
oder
praenum-
merando
erhoben
wird. | Zwi-
schen-
Streck-
te.
Mei-
len. | Ganze
Streck-
te. | Bemerkungen. |
|--------------|-----------------|-----------------------------|------------------|---|--|-------------------------|--------------|
| | | von | bis | | | | |
| | | b) Eisleben | Lütchen-
dorf | Transp.
praenum-
merando | — | 7 | |
| | | c) Eisleben | Aseleben | desgl. | 1 | | |
| | | d) Eisleben | Seeburg | desgl. | 1 1/2 | | |
| | | e) Eisleben | Kollsdorf | desgl. | 1 1/2 | | |
| | | f) Eisleben | Langenbo-
gen | desgl. | 2 | 2 | |
| 8 | Dennstädt | Langenbo-
gen | Halle | desgl. | 2 | 2 | |
| 9 | Nietleben | | | desgl. | 2 | 2 | |
| 10 | Halle | | | Summa | — | 11 | Meilen. |

Merseburg, den 2. October 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g .

Es sind die, nach Vorschrift des Allerhöchsten Gesetzes vom 16. Junius 1820, wegen Einrichtung des Hypothekenwesens im Herzogthume Sachsen und der hohen Ministerial-Instruction vom 12. August 1820, anzulegenden Hypothekentabellen über sämtliche Wiesen im Burgstall fertig und liegen vom 1. November bis letzten December d. J. im Geschäftslocale des unterzeichneten Gerichts zur Einsicht bereit.

Nach Ablauf dieser Frist sind Erinnerungen dagegen nicht mehr zulässig.
Wittenberg, den 28. September 1826.

Königl. Gerichts-Amt für den Landbezirk allda.

A m t s - B l a t t

der
Königlichen Regierung zu Merseburg.

40. Stück.

Merseburg, den 14. October 1826.

B e k a n n t m a c h u n g.

Bei der am heutigen Tage, unter Concurrenz der zur biesseitigen Steuer-Credit-Casse verordneten ständischen Herren Deputirten, in Merseburg Statt gehaltenen 10ten Verloosung der vormals Königlich Sächsischen, auf die Krone Preußen übergegangenen Steuer-Credit-Cassen-Scheine, sind folgende Nummern gezogen worden, als

1) von Litt. A. à 1000 Thalern:

Nr. 391. 901. 947. 996. 5365. 4073. 4446. 5841. 5939. 6864. 9260.
9307. 10666. 10745. 10769. 11205. 11866. 12557. und 13186.;

2) von Litt. B. à 500 Thalern:

Nr. 302. 1772. 5358. 4288. 4316. 5807. 6179. und 7827.;

3) von Litt. D. à 100 Thalern:

Nr. 411. 1503. 1397. 1698. 1761. 2654. und 3249.,

und wird die Zahlung dieser Capitalbeträge zu Ostern 1827 bei der hiesigen Königlichen Haupt-Instituten- und Communal-Casse erfolgen.

Die Inhaber der, unter obigen Nummern ausgelooften Steuer-Credit-Cassen-Scheine haben sich daher bei Eintritt des gedachten Zahlungs-Termins bei der genannten Casse hier zu melden und die Baarzahung der dießfalligen Capital-Beträge, gegen Rückgabe der betreffenden Scheine nebst dazu gehörigen Talons und Coupons, zu gewärtigen.

Merseburg, am 3. October 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierung: Präsident
Freiherr v. Brenn.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nr. 131.

Die Kosten
der aus dem
Zuchthause
Entlassenen
und über die
Grenze zu
Transporti-
renden betr.

Es ist darüber Zweifel entstanden: ob die Kosten des Transports eines durch ein Erkenntniß nach abgebüßter Zuchthaus- oder Gefängniß-Estrafe, zum Transport über die Grenze verurtheilten Verbrechers, auf den Criminal-Fonds oder auf polizeiliche Fonds übernommen werden müssen, und von den Königl. Ministerien des Innern und der Polizei und der Justiz dahin entschieden worden, daß dergleichen Kosten der Criminal-Fonds zu tragen habe.

Wenn daher, in Folge eines Criminal-Erkenntnisses nach der General-Instruction für den Transport der Verbrecher und Wagabonden vom 16. September 1816, §. 2, Amtsbl. Jahrg. 1817, Extrablatt Stück 2, Seite 49, den Polizei-Behörden unsers Regierungs-Bezirks ein Verbrecher nach Ablauf der ihm zuerkannten Zuchthaus- oder Gefängniß-Estrafe zum Transport über die Grenze übergeben wird, so ist jedesmal von ihr, als der ersten Polizei-Behörde, in dem Transport-Zettel das Königl. Inquisitoriat zu bemerken, welches die Transport-Kosten auf seinen Criminal-Fonds zu übernehmen hat, und bei diesem ist alsdann von der letztern Stations-Behörde die Erstattung der Transport-Kosten unter Beifügung des Transport-Zettels nachzusuchen.

In Betreff der Wagabonden, welche nur in Folge einer polizeilichen Anordnung ausgewiesen werden, verbleibt es dabei, daß der Polizei-Fonds die Transport-Kosten zu tragen hat, und sind diejenigen, welche sich zur Erstattung aus diesem Fonds eignen, bei uns, wie bisher, zur liquidation zu bringen.

Die Herren Landräthe, die Direction der Straf-Anstalt zu Lichtenburg und sämmtliche Polizei-Behörden unsers Regierungs-Bezirks haben sich dar- nach in vorkommenden Fällen genau zu achten.

Merseburg, den 5. October 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 152.

Getreide-Zin-
sen betr.

Den Bestimmungen Er. Excellenz des Herrn Finanz-Ministers gemäß, soll von den eingehenden oder im Bestande vorhandenen Getreide-Zinsen an Roggen, Gerste und Hafer bis auf weitere Anweisung nichts verkauft, dagegen auf prompte Ablieferung der verfassungsmäßig in natura einzuziehenden Naturalien streng gehalten werden.

Sämmtliche Königl. Rentämter unseres Verwaltungs-Bezirks erhalten daher die Anweisung, diese Bestimmungen genau zu beachten.

Merseburg, den 11. October 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung der Finanzen.

B e k a n n t m a c h u n g .

Durch die wiederholentlich zur Sprache gekommenen Zweifel über die Anwendung mehrerer Punkte des Servis-Regulativs vom 17. März 1810, haben Sich des Herrn Kriegs-Ministers Excellenz veranlaßt gefunden, hierüber die Allerhöchste Entscheidung einzuholen, welche unter'm 26. Mai d. J. erfolgt ist. Insoweit die resp. Quartiergeber hierbei theilhaftig sind, um die reglementsmäßigen Vergütungen für in natura gewährten Quartier-Bedürfnisse durch die Königlichen landrätshlichen Behörden und resp. Magisträte bei uns liquidirt werden, theilen wir den Inhalt der betreffenden Allerhöchsten Cabinets-Ordre auszugeweise nachstehend wörtlich mit:

- 6) In Betreff derjenigen Militärpersonen, vom Feldwebel abwärts, welche in den Friedensgarnisonen Anspruch auf Natural-Quartier haben, genehmige Ich: daß den Quartiergebern für Commandirte, Arretirte und Kranke, der Servis ohne Unterbrechung fortgezahlt werden kann, wenn das Quartier für den Abwesenden reservirt bleibt, und die Rückkehr desselben im Laufe des zweiten Monats erfolgt.

Ein Gleiches findet auch für die Dauer der Abwesenheit zum Manöver für einzelne Chargen, und in Rücksicht der Privat- und Communal-Pferdeställe während der Manövers und vorübergehenden Commando's Anwendung, insofern durch ein Attest des Commandeurs dargethan ist, daß die Stellungen nur zum ausschließlichen Gebrauche der Garnison bestimmt, und während der Abwesenheit nicht anderweit benutzt worden sind.

- 8) Der Grundsatz, wonach im Frieden ein blos Stägiger Quartiergenuß, als zur Kategorie der Durchmärsche gehörig, unvergütet bleibt, ist in allen Fällen aufrecht zu erhalten. Dagegen bestimme Ich, daß in denjenigen Fällen, wo die Einquartierung den 4ten Tag erreicht hat, für die ganze Dauer derselben die Servis-Competenz nach dem Satze von $\frac{1}{3}$ berechnet werden kann.

- 10) Den General-Commando's empfehle Ich, zu den Dislocations-Veränderungen möglichst die gewöhnlichen Mierhsquartale zu wählen, und die etwanigen Dislocationen vorher bekannt zu machen, damit doppelte Serviszahlungen vermieden werden.

Erläuterungsweise ist diesen Allerhöchsten Verordnungen, Seitens des Herrn Kriegs-Ministers Excellenz unterm 26. Mai d. J., Folgendes hinzugefügt worden:

- ad 6) Haben die Truppen und Behörden für ein zeitgemäßes Aufgeben der Natural-Quartiere zu sorgen, wenn der Fall einer längern Abwesenheit vorauszu sehen ist, um die Fortzahlung des Servises zu vermeiden.

Wenn die Truppen zu den Uebungen abwesend sind, pflegt die durch das Servis-Regulativ nachgegebene Umquartierung vorgenommen zu werden, daher für diese Abwesenheit für die Natural-Quartiere, mit Ausnahme einzelner Chargen, der Servis nicht fortgezahlt werden kann; was diese Ausnahme betrifft, so beziehen sich selbige zunächst auf Feldwebel, Wachmeister u. Quartiere, hinsichtlich deren in kleinern Städten wegen Mangels an Quartieren der Art, kein Wechsel Statt zu finden pflegt, und deshalb ist die ausnahmsweise Zahlung des Servises nachgegeben worden. Die Intendanturen sind jedoch verpflichtet, dem Militair-Deconomie-Departement, rücksichtlich einer jeden Garnisonstadt, wo Fälle der Art vorkommen, ein für alle Mal motivirte Anzeige zu machen.

Der Fortzählung des Servises für Privat- und Communal-Pferdeställe liegt die Idee zum Grunde, der Garnison gute Pferdeställe, die innerhalb der effectiven Stärke nöthig sind, zu conserviren, daher die Commandeure der Ertheilung der Atteste jedesmal eine genaue Prüfung vorangehen lassen müssen. Der Stall-Servis-Etat darf übrigens durch diese Bewilligung niemals überschritten werden.

ad 8) Es wird wegen Vergütung des Servises bei Cantonnements-Manövers und in allen andern Fällen, wo im Frieden eine solche Vergütung Statt findet, aber einzelne Monatsheile zur liquidation kommen, ein auf den Satz von 7^{ten} des monatlichen regulativmäßigen Servises sich gründender Tarif zur Anwendung vom 1. Julius d. J. ab, ausgearbeitet und den Intendanturen zugesteltigt werden, um für alle Fälle, wo die Einquartierung den 4ten Tag erreicht hat, für die ganze ununterbrochene Dauer derselben die Servis-Competenz danach berechnen zu lassen.

ad 10) Beziehe ich mich auf das Circulaire vom 25. November 1816, wonach die Dislocations-Veränderungen möglichst an bestimmte Zeiten zu knüpfen, und dazu gewöhnlich die Miethsquartale zu wählen sind, damit sowohl dabei, als bei Versetzungen und Commando's so wenig als möglich Doppel-Servis-Zahlungen vorkommen und dadurch die durch die vorgedachten Bewährungen entstehenden Mehrausgaben möglichst wieder auszugleichen.

Indem wir die vorstehenden, seit dem 1. Julius d. J. bereits Anwendung findenden Grundsätze hiermit zur allgemeinen Kenntniß der theilhaftigen Behörden und resp. Quartiergeber bringen, bemerken wir zugleich, daß den Königl. Landrätlichen Behörden der sub 8 erwähnte Tarif durch die betreffende Königl. Regierung zugesteltigt werden wird.

Magdeburg, den 12. September 1826.

Königl. Intendantur des IV. Armee-Corps.

Extra-Blatt

zum

Vierzigsten Stück des Amtsblatts der Königlichen Regierung.

Merseburg, den 14. October 1826.

Bekanntmachung.

Da der Fonds der Magdeburger Städte-Feuer-Societät, welcher nach dem Ausschreiben vom 12. Junius d. J. gebildet worden, zur Befriedigung der Abgebrannten wieder gänzlich verwendet ist, und darauf nach beifolgender Nachweisung A. schon ein Vorschuß von 13,022 Thlr. hat geleistet werden müssen; so ist ein neues Ausschreiben auf die Interessenten dieser Societät unerlässlich und der Beitrag derselben auf 10 Sgr. für Hundert Thaler des Einlag-Capitals in 2 Terminen zahlbar, wovon der erste Termin in 4 Wochen, für die im Merseburger Regierungs-Bezirk wohnhaften Interessenten in 8 Wochen, der zweite aber erst den 15. Januar k. J., wenn sonst keine außerordentlichen Ausgaben nöthig werden, fällig ist, bestimmt worden.

Die Magisträte sämmtlicher bei der gedachten Societät interessirten Städte werden daher hiermit angewiesen, nach der anliegenden Haupt-Repartition die gewöhnliche Subrepartition der Beiträge schleunigst zu veranlassen, demnächst aber die letzten und zwar die erste Hälfte von den Interessenten einzuziehen und binnen längstens 4 Wochen bei Vermeidung mit Kosten verknüpfter Verfügung, unter der vorschriftsmäßigen portofreien Rubrik, an die Hauptcasse der Magdeburger-Städte-Feuer-Societät, unter der Adresse des Königl. Provinzial-Steuer-Cassen-Rendanten Ribbeck, einzusenden. In Hinsicht der andern Hälfte dieser Beiträge tritt diese Verfügung erst mit dem 15. Januar k. J. in Kraft und sind solche alsdann in gleicher Art einzuziehen, insofern bis dahin keine anderweiten Bestimmungen ergehen.

Die betreffenden Herren Landräthe werden darauf sehen, daß diese den Magisträten ihrer Kreise jezt und früher schon gegebenen Vorschriften genau befolgt werden.

Magdeburg, den 15. September 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

A.

R a c h w e i s u n g

der

vom 8. Junius bis 10. September 1826 bei der Magdeburger
Städte-Feuer-Societäts-Casse vorgekommenen Einnahmen und
Ausgaben.

| E i n n a h m e. | | | | Betrag. | | |
|--|-------|-----|-----|---------|-----|-----|
| | Thlr. | Sg. | Pf. | Thlr. | Sg. | Pf. |
| Bestand vom 8. Junius 1826 | — | — | — | | | |
| Auf das Ausschreiben vom 17. Mai 1817 war
Rest | 50 | 6 | 1 | | | |
| Hierauf ist eingegangen | — | — | — | | | |
| Auf das Ausschreiben vom 17. Februar 1825
war Rest | — | 10 | — | | | |
| Hierauf ist eingegangen | — | — | — | | | |
| Auf das Ausschreiben vom 3. October 1825
war Rest | — | 7 | 6 | | | |
| Hierauf ist eingegangen | — | — | — | | | |
| Auf das Ausschreiben vom 6. März 1826 war
Rest | 982 | 17 | 7 | | | |
| Hierauf ist eingegangen | 970 | 15 | 7 | 970 | 15 | 7 |
| Rest | 12 | 2 | — | | | |
| Davon Ausfall | 5 | 5 | 9 | | | |
| Bleibt Rest | 6 | 26 | 3 | | | |
| Auf das Ausschreiben vom 12. Junius 1826
soll einkommen | 38280 | 22 | 10 | | | |
| Hierauf ist eingegangen | 35873 | 20 | 10 | 35873 | 20 | 10 |
| Bleibt Rest | 2407 | 2 | — | | | |
| An extraordinairer Einnahme | — | — | — | | | |
| Die ganze Einnahme beträgt mithin | — | — | — | 36844 | 6 | 5 |

| Nr. | Der Anweisung | | A u s g a b e. | Betrag. | | |
|-------|-----------------------------------|----------------------------------|---|---------|-----|-----|
| | Dat. | Nr. | | Thlr. | Sh. | Pf. |
| | | | Die hiervon bestrittenen Ausgaben sind folgende:
Der Vorschuß aus der Nachweisung vom 8. Junius 1826 beträgt | 949 | 17 | 5 |
| | | | Tit. I. An Brandentschädigungen, Prämien, Taxations- und Revisionsgebühren. | | | |
| 1 | 27 ⁶ / ₆ 26 | 1112 ⁶ / ₆ | Wegen des am 7. Februar 1826 in Frohse bei Müller ausgebrochenen Feuers | 1896 | 23 | 9 |
| 2 | 25 ⁶ / ₆ 26 | 1231 ⁶ / ₆ | Wegen des am 6. März 1826 in der Neustadt ausgebrochenen Feuers | 627 | 17 | 9 |
| 3 | 25 ⁶ / ₆ 26 | 1361 ⁶ / ₆ | Wegen des bei Conrad zu Burg am 19. August 1825 ausgebrochenen Feuers | 2593 | 17 | 6 |
| 4 | 24 ⁶ / ₆ 26 | 1261 ⁶ / ₆ | Wegen des daselbst am 3. März 1826 bei Zabel ausgebrochenen Feuers | 261 | 5 | 11 |
| 5 | 19 ⁶ / ₆ 26 | 772 ⁶ / ₆ | Wegen des am 30. April 1826 bei Wildberg zu Aken ausgebrochenen Feuers | 200 | — | — |
| 6 | 23 ⁶ / ₆ 26 | 644 ⁶ / ₆ | Wegen des am 30. September 1825 zu Egeln ausgebrochenen Feuers | 1185 | 26 | 5 |
| 7 | 22 ⁶ / ₆ 26 | 1484 ⁶ / ₆ | Wegen des am 30. März 1826 zu Gardelegen bei Ragofky ausgebrochenen Feuers | 9989 | 27 | 9 |
| 8 | 27 ⁶ / ₆ 26 | 872 ⁶ / ₆ | Wegen des am 12. Julius 1825 zu Seehausen in der Altmark stattgehabten Brandes | 791 | 1 | 10 |
| 9 | 27 ⁶ / ₆ 26 | 873 ⁶ / ₆ | Wegen des daselbst am 16. October 1825 stattgehabten Brandes | 1083 | — | 6 |
| 10 | 17 ⁶ / ₆ 26 | 1071 ⁶ / ₆ | Wegen des am 22. März 1826 bei Bartels ausgebrochenen Feuers | 291 | 21 | — |
| 11 | 27 ⁶ / ₆ 26 | 1114 ⁶ / ₆ | Wegen des am 15. October 1825 bei Etamel hier selbst ausgebrochenen Feuers | 7774 | 26 | 3 |
| 12 | 19 ⁶ / ₆ 26 | 787 ⁶ / ₆ | Wegen des am 25. September 1824 bei Sandmann in Wenthin ausgebrochenen Feuers | 1609 | 16 | — |
| 13 | 18 ⁶ / ₆ 26 | 651 ⁶ / ₆ | Wegen des am 9. December 1825 hier bei Fischer ausgebrochenen Feuers | 845 | 28 | 1 |
| 14 | 18 ⁶ / ₆ 26 | 654 ⁶ / ₆ | Wegen des am 10. Februar 1826 bei Neumann hier ausgebrochenen Feuers | 703 | 17 | 9 |
| Latus | | | | 50807 | 7 | 11 |

| Nr. | Der Anweisung | | A u s g a b e. | Betrag. | | |
|-------|-----------------------------------|----------------------------------|--|---------|-----|-----|
| | Dat. | Nr. | | Thlr. | Gr. | Pf. |
| | | | Transport | 30807 | 7 | 11 |
| 15 | 23 ⁷ / ₈ 26 | 275 ⁶ / ₈ | Wegen des am 4. März 1826 zu Burg bei Hendel ausgebrochenen Feuers | 764 | 18 | — |
| 16 | 26 ⁷ / ₈ 26 | 498 ⁷ / ₈ | Wegen des am 29. April 1826 in der Sudenburg bei Märters ausgebrochenen Feuers | 873 | 21 | 2 |
| 17 | 26 ⁷ / ₈ 26 | 1254 ⁷ / ₈ | Wegen des daselbst am 9. Februar 1826 bei Dankworth ausgebrochenen Feuers | 536 | 5 | 9 |
| 18 | 3 ⁷ / ₈ 26 | 40 ⁷ / ₈ | Wegen des am 20. März 1826 bei Pape zu Salzwedel ausgebrochenen Feuers | 272 | 20 | — |
| 19 | 10 ⁸ / ₈ 26 | 203 ⁸ / ₈ | Wegen des am 26. Junius 1826 bei Ebeling in der Neustadt ausgebrochenen Feuers | 5 | 15 | — |
| 20 | 23 ⁷ / ₈ 26 | 582 ⁷ / ₈ | Wegen des am 23. Mai 1826 bei Kobbrecht in Debisfelde ausgebrochenen Feuers | 2 | 21 | 6 |
| 21 | 11 ⁸ / ₈ 26 | 204 ⁸ / ₈ | Wegen des am 27. Mai 1826 bei Mahrenholz in der Neustadt ausgebrochenen Feuers | 49 | 16 | 9 |
| 22 | 7 ⁸ / ₈ 26 | 1465 ⁷ / ₈ | Wegen des am 7. November 1825 zu Osterburg stattgehabten Brandes | 522 | 2 | — |
| 23 | 17 ⁸ / ₈ 26 | 725 ⁸ / ₈ | Wegen des am 20. Februar 1826 bei Röwe zu Burg ausgebrochenen Feuers | 1256 | 15 | — |
| 24 | 25 ¹ / ₈ 26 | 676 ¹ / ₈ | Stadtbaumeister Harde, Revisionsgebühren wegen des bei Vorchert und Wlke hieselbst stattgehabten Brandes | 4 | — | — |
| 25 | — | — | Dem Bauinspector Treplin in Genthin dergleichen für mehrere Brandschäden | 26 | 22 | 6 |
| 26 | — | — | Dem Bauinspector Münnick in der Neustadt dergleichen wegen des Wapenhauschen Feuerschadens daselbst | 4 | 20 | — |
| 27 | — | — | Dem Bauinspector Gödicke zu Salzwedel dergleichen wegen des Schütteschen Feuerschadens daselbst | 7 | 27 | 6 |
| 28 | 16 ⁴ / ₈ 26 | 373 ⁴ / ₈ | Wegen des am 16. Januar 1825 auf dem Herrmannschen Gehöfte zu Schönebeck ausgebrochenen Feuers | 957 | 20 | 5 |
| 29 | 30 ⁵ / ₈ 26 | 1642 ⁵ / ₈ | Dem Buchdrucker Jrynta für die Feuer-Kataster-Formulare | 37 | 12 | — |
| Latus | | | | 56129 | 5 | 4 |

| Nr. | Der Anweisung | | A u s g a b e. | Betrag. | | |
|--|-----------------------------------|--------------------|---|---------|-----|-----|
| | Dat. | Nr. | | Thlr. | Eg. | Nf. |
| | | | Transport | 56129 | 5 | 4 |
| 30 | 1 ⁴ /f ₆ 26 | 217f ₆ | Dem Zimmermeister Döbler in der Neustadt wegen des Rahnschen Schiffmühlen-Brandes | 267 | 6 | 8 |
| 31 | 26f ₆ 26 | 502f ₆ | Wegen des am 1. Mai 1826 bei Hennige hier selbst ausgebrochenen Feuers | 56 | 12 | 2 |
| 50 | 27f ₆ 26 | 1122f ₆ | Wegen der am 10. October 1825 beim Fischer zu Stendal abgebrannten Windmühle | 275 | 8 | 6 |
| 35 | 10f ₁₂ 24 | 829f ₁₁ | Wegen des am 4. October 1824 bei Bernharbi in Seehausen bei Wangleben stattgehabten Brandes | 4 | 6 | 3 |
| 34 | 7f ₇ 26 | 140f ₇ | Wegen des am 13. Januar 1824 zu Schönebeck auf dem Heiger ausgebrochenen Feuers | 2840 | 25 | 9 |
| 35 | 28f ₇ 26 | 1263f ₇ | Wegen des am 25. October 1825 auf dem Schönfeldschen Gehöfte zu Seehausen bei Wangleben ausgebrochenen Feuers | 77 | 29 | 6 |
| 36 | 7f ₈ 26 | 581f ₇ | Wegen des am 17. Mai 1826 bei Schrader zu Debisfelde ausgebrochenen Feuers | 2975 | 20 | 6 |
| 57 | 4f ₉ 26 | 165f ₈ | Hiesigem Magistrat wegen des am 5 ⁶ /f ₆ Junius 1826 hier stattgehabten Brandschadens | 5964 | 10 | 1 |
| Summa Tit. I. | | | | 48571 | 4 | 9 |
| Tit. II. An Verpflegungskosten | | | | 86 | 23 | 9 |
| „ III. An Erhebungsgebühren der Ortsbehörden und Verwaltungskosten | | | | 1208 | 17 | 9 |
| Hierzu: | | | | | | |
| Tit. I. An Brandentschädigungen | | | | 48571 | 4 | 9 |
| | | | | 49866 | 16 | 5 |
| hiermit verglichen die Einnahme. | | | | 36844 | 6 | 5 |
| ergiebt sich ein Vorschuß von | | | | 15022 | 9 | 10 |

Magdeburg, den 20. September 1826.

Haupt-Casse der Magdeburger Städte-Feuer-Societät.

B.

N a m e n

der

**Brandversicherungs-Summen von den zur Magdeburger Städte-
Feuer-Societät associirten Städten und wie viel der zu bestim-
mende Beitrag von $\frac{1}{3}$ pC. des Einsch. Capitals zum Ausschrei-
ben vom 15. September 1826 beträgt.**

| Nr. | N a m e n
der
associirten Städte und Gebäude. | Assicura-
tionsbetrag.

Thlr. | Zu leistender
Beitrag à 10 Sgr.
von 100 Thlr.
Einsch. Capital.
Thlr. Sg. Pf. | | | Summa
der
Beiträge. | |
|-----|---|--|--|----------|----------|---------------------------|---------|
| | | | Thlr. | Sg. | Pf. | Thlr. | Sg. Pf. |
| | I. Im Bezirk der Königl. Re-
gierung zu Magdeburg. | | | | | | |
| 1 | Magdeburg mit Friedrichsstadt . | 8788217 | 29294 | 1 | 8 | | |
| 2 | Die Neustadt | 864575 | 2881 | 27 | 6 | | |
| 5 | " Eudenburg | 164580 | 548 | 18 | — | | |
| 4 | Aken | 213750 | 712 | 15 | — | | |
| 5 | Arneburg | 122900 | 409 | 20 | — | | |
| 6 | Arendsee | 153225 | 510 | 22 | 6 | | |
| 7 | Burg | 2011675 | 6705 | 17 | 6 | | |
| 8 | Bismark | 98325 | 327 | 22 | 6 | | |
| 9 | Calbe a. d. Saale | 551975 | 1859 | 27 | 6 | | |
| 10 | Calbe a. d. Milde | 85775 | 285 | 27 | 6 | | |
| 11 | Egeln mit Altmark | 177475 | 591 | 17 | 6 | | |
| 12 | Frohse | 95840 | 319 | 14 | — | | |
| 13 | Gardelegen | 680465 | 2268 | 6 | 6 | | |
| 14 | Görzke | 95925 | 313 | 2 | 6 | | |
| 15 | Genthin | 594200 | 1314 | — | — | | |
| 16 | Hadmersleben | 119670 | 398 | 27 | — | | |
| 17 | Jerichow | 127150 | 425 | 25 | — | | |
| 18 | Lehburg | 180515 | 601 | 21 | 6 | | |
| 19 | Möckern | 157825 | 526 | 2 | 6 | | |
| 20 | Neuhaldensleben | 409595 | 1564 | 19 | 6 | | |
| 21 | Osterburg | 191850 | 639 | 15 | — | | |
| 22 | Orbisfelde | 166975 | 556 | 17 | 6 | | |
| | Latus | 15910282 | 53054 | 8 | 2 | | |

| Nr. | N a m e n
der
afficiirten Städte und Gebäude. | Assicura-
tionsbetrag.
Thlr. | Zu leistender
Beitrag à 10 Sgr.
von 100 Thlr.
Einsatz-Capital.
Thlr. Sg. Pf. | | | Summa
der
Beiträge.
Thlr. Sg. Pf. | | |
|--|---|------------------------------------|--|----|---|--|----|---|
| | | | | | | | | |
| | Transport | 15910282 | 53054 | 8 | 2 | | | |
| 23 | Salzwedel | 1017900 | 3395 | — | — | | | |
| 24 | Sandau | 196750 | 655 | 25 | — | | | |
| 25 | Groß-Salze | 198703 | 662 | 10 | 6 | | | |
| 26 | Seehausen am Aand | 331500 | 1105 | — | — | | | |
| 27 | Seehausen bei Wanzleben | 246675 | 822 | 7 | 6 | | | |
| 28 | Schönebeck, incl. Saline | 570470 | 1901 | 17 | — | | | |
| 29. | Colonie bei Schönebeck, Salze und
Frohse | 79455 | 264 | 25 | 6 | | | |
| 30 | Staßfurt | 152500 | 508 | 10 | — | | | |
| 31 | Stendal | 672425 | 2241 | 12 | 6 | | | |
| 32 | Tangermünde | 440000 | 1466 | 20 | — | | | |
| 33 | Wanzleben | 216145 | 720 | 14 | 6 | | | |
| 34 | Wollmirstedt | 416480 | 1388 | 8 | — | | | |
| 35 | Werben | 165200 | 550 | 20 | — | | | |
| 36 | Ziesar | 245325 | 817 | 22 | 6 | | | |
| | Summa | 20859812 | 69532 | 21 | 2 | 69532 | 21 | 2 |
| II. Im Bezirk der Königl. Re-
gierung zu Merseburg. | | | | | | | | |
| 1 | Altleben | 72250 | 240 | 25 | — | | | |
| 2 | Cönnern | 57720 | 192 | 12 | — | | | |
| 3 | Eisleben | 233825 | 779 | 12 | 6 | | | |
| 4 | Gerbstedt | 95150 | 317 | 5 | — | | | |
| 5 | Hertsfeldt | 123025 | 410 | 2 | 6 | | | |
| 6 | Leimbach | 38550 | 128 | 15 | — | | | |
| 7 | Löbejün | 66075 | 220 | 7 | 6 | | | |
| 8 | Mansfeld | 96050 | 320 | 5 | — | | | |
| 9 | Schraplau | 67545 | 225 | 4 | 6 | | | |
| 10 | Wertin mit dazu gehörigen Marken
und den reformirten Pfarr- und
Schulgebäuden | 105795 | 352 | 19 | 6 | | | |
| 11 | Halle, incl. Neumarkt und Glaucha | 1900 | 6 | 10 | — | | | |
| | Summa | 2327595 | 7758 | 19 | 6 | 7758 | 19 | 6 |

| Nr. | Wiederholung. | Affecura-
tionsbetrag. | Zu leistender
Beitrag à 10 gr.
von 100 Thlr.
Einfahz-Capital. | | | Summa
der
Beiträge. | | |
|-----|---|---------------------------|--|-----|-----|---------------------------|-----|-----|
| | | Thlr. | Thlr. | Gr. | Pf. | Thlr. | Gr. | Pf. |
| I. | Im Bezirk der Königl. Regierung
zu Magdeburg | 20859812 | 69532 | 21 | 2 | 69532 | 21 | 2 |
| II. | Im Bezirk der Königl. Regierung
zu Merseburg | 2327595 | 7758 | 19 | 6 | 7758 | 19 | 6 |
| | Summa | 23187407 | 77291 | 10 | 8 | 77291 | 10 | 8 |

Magdeburg, den 15. September 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

P e r s o n a l . C h r o n i k .

- 1) Der bisherige Calculator und Cassen-Assistent bei dem Landgerichte zu Halle, Gustav Adolph Heinrich Leithold, ist unter dem 3. Julius c. zum ersten Calculator bei dem Oberlandes-Gericht hieselbst ernannt;
- 2) der bisherige Ober-Landes-Gerichts-Referendar, Anton Carl Welster, ist zum Ober-Landes-Gerichts-Assessor hieselbst am 25. August c. ernannt;
- 3) der invalide Unterofficier, Peter Lackenmacher, ist den 25. August c. als Wote und Executor bei dem Gerichtsamte des ersten Stadtbezirks zu Erfurt angestellt;
- 4) der Gerichtsamtsbote und Executor, Johann Adam Krippendorf, ist in gleicher Eigenschaft zum Gerichtsamte lauchstedt, in die Stelle des pensionirten Gerichtsamtsboten Diesner, den 28. August c. versetzt, und der invalide Kürschmibr, Carl August Wötcher, ist, an des Krippendorf Stelle, zum Gerichtsamtsboten und Executor in Schaafstedt den 28. August c. bestellt;
- 5) der invalide Unterofficier, Franz West, ist unterm 4. September c. zum Woten und Executor bei dem Gerichtsamte des Bezirks Neumarkt vor Halle bestellt;
- 6) der Gerichtsamtsbote Gottlieb Böhme zu Kühndorf, ist, nach dem Tode des Landgerichtsboten Ripperger und dem Aufrücken des Schneiderietz, zum 3. Woten und Executor bei der Landgerichts-Deputation zu Schleusingen, und der Invalide Friedrich Gäßler, zum Gerichtsamtsboten und Executor in Kühndorf, beide unter dem 8. September bestellt;
- 7) der Candidat der Rechte, Johann Christian Uthe, ist den 22. September c. zum Aufscultator angenommen.

Raumburg, den 3. October 1826.

A m t s , B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

41. Stück.

Merseburg, den 21. October, 1826.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

Der ehemals Sächsische, jetzt Preussische verloosbare, im leipziger Neujaarsmarkte des Jahres 1764 ausgestellte, mit Litt. A. und Nr. 120. bezeichnete, auf die Summe von Eintausend Thalern Conventionsgeld, so wie auf jeden Inhaber lautende und Marien Sophien Brand zu Niedertrebra bei Eckartsberga angehörig gewesene, jetzt auf deren Erben übergegangene Steuer-Credit-Cassen-Schein soll, nebst dem Talon pro Michael 1811 und den beiden Coupons pro Ostern und Michael 1814, im Monat October 1815 durch fremdes Militair geraubt worden sein, und nunmehr auf Antrag der Inhaber, Behufs der Amortisation, öffentlich aufgeboden werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche aus irgend einem rechtlichen Grunde auf den vorbeschriebenen Steuerschein, so wie auf den dazu gehörigen Talon und auf die verlorenen beiden Coupons Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich mit diesem Ansprüche in dem Zeitraume von jetzt bis mit Michael 1829 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, am 15. October 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

Nachstehende, ehemals Sächsische, jetzt Preussische verloosbare, im leipziger Neujahrsmarkte des Jahres 1764 ausgestellte, auf jeden Inhaber lautende, und den Kirchen der, im Königreiche Sachsen gelegenen Dörfern, Störmitzthal, Dreiskau und Kleinpetschau, angehörige Steuer-Eredit-Cassen Scheine:

Litt. A. Nr. 1195. 2487. 5560. 7666. und 12811, jeder auf Eintausend Thaler Conventions-Geld;

Litt. B. Nr. 1188, auf Fünfhundert Thaler Conventions-Geld, und

Litt. D. Nr. 864. 865. 866. und 871, jeder auf Einhundert Thaler Conventions-Geld lautend,

sollen, und zwar jeder

mit dem Talon pro Michael 1811 und den Coupons von und mit Ostern 1813 bis mit Michael 1814,

im Monat October 1813 durch fremdes Militair geraubt worden sein, und nunmehr auf Antrag der Kirchen-Inspection, Behufs der Amortisation, öffentlich aufgeboten werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche sowohl auf die bezeichneten Steuerscheine, als auf die dazu gehörigen Talons und Coupons, aus irgend einem Grunde Anspruch zu haben vermeynen, aufgefordert, sich mit diesem Ansprüche in dem Zeitraume von jetzt bis mit Michael 1829 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Uebrigens wird bemerkt, daß von dem Scheine Litt. D. Nr. 866. späterhin der Talon mit Coupons wieder erlangt worden ist.

Merseburg, am 5. October 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

Verordnung des Königlichen Consistorii der Provinz Sachsen.

Nr. 133.

Anzeige des
Aufenthaltes
orts der Pre-
dicatorien

Die vorschriftsmäßige Aufsicht, welche die Herren Superintendenten in ihrem Verwaltungskreise zu führen und auf deren Grund sie die jährlichen Conduitenlisten einzureichen haben, macht es notwendig, daß sie auch von den Candidaten, welche in ihrer Diöces sich aufhalten, genaue Kenntniß erlangen. Wir

geben daher sämmtlichen Candidaten der Theologie in der Provinz Sach-
 sen hiermit auf, bei dem Superintendenten der Diöces, in welcher
 sie ihren Wohnort nehmen, innerhalb der ersten 5 Monate sich
 mündlich oder schriftlich zu melden und unter Vorzeigung ihrer aca-
 demischen Atteste, so wie der Zeugnisse über die von ihnen bestandenen theolo-
 gischen Prüfungen, sich auszuweisen. Die Herren Superintendenten hingegen wer-
 den nicht nur ein genaues Verzeichniß solcher Candidaten führen, sondern auch
 denselben mit ihrem Rathe entgegenkommen und zu ihrer weitem Uebung und
 Ausbildung willfährig an die Hand gehen.

Candidaten an
 die Superin-
 tendenten der
 Diöces.

Magdeburg, den 26. September 1826.

Königl. Consistorium und Provinzial-Schul-Collegium.

Bekanntmachung.

Zur möglichst schnellen Abfertigung des zur bevorstehenden Naumburger
 Wintermesse über das Haupt-Zoll-Amt zu Lützen eingehenden Meßfuhrwerks
 soll auch diesmal in solchen Fällen, wo keine specielle Revision der Ladung in
 Lützen selbst verlangt wird, die Begleitung durch Beamte, von dort bis nach
 Naumburg, an den Tagen des 20., 22., 24., 26. und 28. Novembers c. Statt finden.
 Die Transporte müssen jedesmal am Tage vorher bis 6 Uhr Abends in Lützen
 eintreffen, und in der Eingangs-Declaration muß die Zahl der Collis, ihr In-
 halt, wie ihr Gewicht, vollständig angemeldet werden.

Nr. 154.
 Die Naum-
 burger Win-
 termesse betr.

Die Revision der Waaren zu Naumburg nimmt am 24. und der Groß-
 und Klein-Handel am 27. November c. seinen Anfang. Der Steuer-Rabat
 auf ausländische, zur Messe kommende Waaren beträgt wieder, wie sonst,
 33½ Procent.

Magdeburg, den 10. October 1826.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director,
 Sack.

Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Mit Allerhöchster Genehmigung ist dem Planstecher Kolbe in Berlin auf
 die nächstfolgenden fünf und zwanzig Jahre das Recht erteilt worden, daß
 die Kundpläne der Hauptstädte, welche er gefertigt hat und herausgibt, inner-
 halb sämmtlicher Königlich Preussischen Staaten während des gedachten Zeit-
 raums weder in gleichem, noch in abgeändertem Formate nachgebildet, und eben

so wenig der Verkauf eines etwa auswärts unternommenen Nachschicks gestattet sein soll. Dieß wird hiermit zur Kenntnißnahme des Publicums gebracht.

Merseburg, den 3. October 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g,

das Ausscheiden aus der Magdeburger Städte-Feuer-Societät betreffend.

Diejenigen Interessenten der Magdeburger Städte-Feuer-Societät, welche mit Ablauf des jehigen Quinquenniums aus der Societät auszuschcheiden beabsichtigen, haben ihre beßfallsigen Anträge bis

zum 1. künftigen Monats

bei den betreffenden Magisträtsräten zu machen, widrigenfalls angenommen werden wird, daß die jehigen Versicherungen auch für das nächste Quinquennium fort-dauern sollen.

Magdeburg, den 7. October 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g.

Von den Obligationen der Salzberggewerkschaft bei Teuditz und Kößschau sind am 10. dieses Monats folgende Nummern:

Litt. A. Nr. 118, 201, 363, 388, 503, 523, 551. und 554;

Litt. B. Nr. 59, 70, 82, 257, 355, 393, 558, 780, 920, 988, 1084, 1141, 1158, 1218, 1332, und 1339,

zur Auszahlung ausgelooft worden und werden, vom 2. Januar 1827 ab, von dem Handelshause der Herren Frege und Comp. zu Leipzig realisiert werden, daher sich die Inhaber derselben allda zu melden haben.

Zugleich sind die bei dießjähriger Ostermesse ausgelooften Obligationen:

Litt. A. Nr. 9, 10, 334, 375, 378, 471, 498. und 728;

Litt. B. Nr. 209, 361, 363, 482, 492, 557, 551, 659, 661, 797, 871, 995, 1162, 1264, 1342, und 1406,

außer Cours gesetzt.

Halle und Leipzig, am 14. October 1826.

Die Schuldentilgungs-Commission.

B e k a n n t m a c h u n g.

Die Herren Curatoren und Vormünder in unserm Gerichts-Bezirke werden auf die im Amtsblatte der Königl. Regierung zu Merseburg 1826, Nr. 58. Extrablatt, erlassenen Bekanntmachungen des Großherzogth. Sächsl. landchafts. Collegii in Weimar, vom 8. September c., auf die im 235ten Stücke der dießjährigen leipziger Zeitung, von dem Königl. Regierungs-Präsidenten, Herrn Freih. v. Brenn, am 26. September c. bekannt gemachte Nachweisung der in der 17ten Ziehung der Central-Steuer-Obligationen gezogenen Nummern und auf die im 254ten Stücke der leipziger Zeitung enthaltenen Bekanntmachungen über die Verlosung der auf die Krone Preußen übergegangenen Königl. Sächsl. Kammer-Credit-Cassen-Scheine und der drei- und vierprocentigen landchaftl. Obligationen des Jahres 1821, unter der Aufforderung verwiesen, wegen Einziehung der Capitalien und Zinsen von dergleichen ihren Curanden etwa zugehörigen Papieren und wegen Herausgabe der betreffenden Documente aus dem Depositorio die nöthigen Anträge zu machen.

Halle, den 10. October 1826.

K ö n i g l. P r e u ß. l a n d . G e r i c h t.

B e k a n n t m a c h u n g.

Von den vollständig aufgestellten und nach allen drei Rubriken des Hypothekenbuchs abgeschlossenen Hypotheken-Tabellen sind nun folgende wiederum speciel revidirt:

- I. über sämmtliche Häuser der Stadt Prettsh, mit Ausnahme der Kirchen- und Schulgebäude;
- II. über sämmtliche Häuser der Stadt Gräfenhainichen, mit Ausnahme
 - a) der Kirchen- und Schulgebäude, so wie des Rathhauses,
 - b) des Wachthauses sub Nr. 173,
 - c) der in Erbpacht ausgethanen Ziegelscheune sub Nr. 157,
 - d) des Sparigischen Hauses Nr. 21,
 - e) des Feuerlauffchen Nr. 71,
 - f) des Apeltchen Nr. 112,
 - g) des Waltherchen Nr. 121,
 - h) des Müller-Hienzleschen Nr. 125,
 - i) des Schieringschen Nr. 145, und
 - k) des Märzchen Nr. 6. in der Vorstadt, das alte Schloß genannt;
- III. über sämmtliche geschlossene Güter des Dorfes Holzweißig, Königl. Antheils, im Gerichtsamts-Bezirke Bitterfeld;

IV. über sämtliche geschlossene Güter des Dorfes Roßsch, Königl. Antheils, desselben Gerichtsamts-Bezirks, mit Ausnahme des Menzelschen Nr. 30;

V. über sämtliche geschlossene Besitzungen des Dorfes Greppin, desselben Amtsbezirks, mit Ausnahme des Wlkeschen Nr. 6.

Wir machen solches mit dem Beifügen bekannt, daß die Tabellen, in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 5. April 1824, Gesefsammlung 1824 pag 78, in dem Zeitraume vom 1. November bis letzten December dieses Jahres in unserer Hypotheken-Registratur eingesehen und gegründete Einwendungen dagegen vorgebracht werden können, später verglichen aber nicht mehr Statt finden.

Damit verbinden wir zugleich die Anzeige, daß von folgenden Ortschaften:

- | | |
|------------------------------------|------------------------------------|
| 1) Nlemed, | } Gerichtsamts-Bezirks Bitterfeld, |
| 2) Beyersdorf, | |
| 3) Böckig, | |
| 4) Hochhofig, | } Gerichtsamts-Bezirks Delitzsch, |
| 5) Schladiß bei Kömß, | |
| 6) Kleinerbßt, | } Gerichtsamts-Bezirks Preßsch, |
| 7) Thieffen, | |
| 8) Kleinwittenberg bei Wittenberg, | |

das Hypothekenbuch vollendet und daher, nach §. 14. des Hypotheken-Patents vom 16. Junius 1820, hinsichtlich ihrer, der Erwerb neuer Hypothekenrechte von jetzt an lediglich nach Vorschrift des allgemeinen Landrechts, der allgemeinen Gerichts-Ordnung und der Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist.

Wittenberg, den 10. October 1826.

K ö n i g l. P r e u ß. L a n d - G e r i c h t.

B e k a n n t m a c h u n g.

Die angefertigten Hypotheken-Eintragungs-Tabellen, als Grundlagen der künftigen Hypothekenbücher über die in folgenden Dörfern:

- | | |
|--|--|
| 1) in Löberig, Größ und Köbgen, | 4) in Möst; |
| Herzogl. Anhalt-Deßauschen Antheils; | 5) in Priorau; |
| 2) in Salsfurth, Thalheim und Capelle; | 6) in Groß-Möhlau; |
| 3) in Schierau; | 7) in Aufesniß, nebst der Kunze-schen-Schenke in Roßsch; |
| | 8) in Burgfenniß; |

- | | |
|---------------------------------|-------------------------------------|
| 9) in Neu-Pouch und Gofa; | 13) in Reuden; |
| 10) in Miemck, von Seydewißchen | 14) in Roißsch, von Hoyerischen An- |
| Antheils; | theils; |
| 11) in Ramsien; | 15) in Wolsen, und |
| 12) in Rennerig; | 16) in Zichepfau, |

belegenen Rüstical-Besitzungen mit Pertinenzien, so wie die Landungs-Tabellen über

- A. die walgenden Grundstücke in der Altenmark, unterm Gericht Salzfurth;
- B. die walgenden Grundstücke unterm Gericht Neu-Pouch;
- C. die walgenden Grundstücke in Gräfen- und Hungersdorf-Mark, unterm Gericht Ramsien, und
- D. die walgenden Grundstücke unterm Gericht Roißsch, von Hoyerischen Theils,

liegen zur Ansicht und Anbringung etwaniger Erinnerungen, Seiten der Interessenten, während der beiden Monate November und December d. J., in des unterschriebenen Justitiaril Gerichts-Expedition zu Bitterfeld, Vormittags von 8 bis 12 und Nachmittags von 2 bis 6 Uhr, bereit. Nach Ablauf des Decembermonats können jedoch Erinnerungen nicht weiter berücksichtigt werden, daher die betreffenden Interessenten jene Frist zu beachten haben.

Bitterfeld, am 9. October 1826.

Der Justitiar der Gerichte über vorgenannte Dörfer,
Koppe.

Personal-Chronik.

Daß der Gerichtsambote und Executor, Johann Adam Krippendorf zu Schaafstädt, in gleicher Eigenschaft zum Gerichtsamte lauchstädt versetzt und dagegen der Rurshmied, Carl August Döttcher in Naumburg, zum Gerichtsamboten und Executor in Schaafstädt ernannt worden ist, wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Naumburg, den 14. September 1826.

M a c h w e i f u n g

der

im Monate September 1826

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestan-
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürf-
nisse, ingleichen der Rauch-Fourrage.

| Namen
der
Marktplätze. | G e t r e i d e. | | | | H ü l s e n f r ü c h t e. | | | R a u c h f u t t e r. | | |
|------------------------------|--------------------------|----------|----------|----------|----------------------------|----------|----------|------------------------|----------|----------|
| | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Hirse | Erbſen | Linſen | Kartof-
ſeln | Heu | Stroh |
| | der Preussische Scheffel | | | | der Preussische Scheffel | | | Schfl. | à Cent. | à Schock |
| | ℥/ſs./d. | ℥/ſs./d. | ℥/ſs./d. | ℥/ſs./d. | ℥/ſs./d. | ℥/ſs./d. | ℥/ſs./d. | ℥/ſs./d. | ℥/ſs./d. | ℥/ſs./d. |
| 1 Merseburg | 1 5 11 | — 26 6 | — 18 1 | — 16 5 | — | — 20 — | — | 1 — | — 25 — | 5 — |
| 2 Halle | 1 7 6 | 1 1 5 | — 24 — | — 22 6 | 4 15 — | 1 15 — | 1 25 — | — 15 — | — 24 — | 5 — |
| 3 Naumburg | 1 6 1 | — 27 6 | — 19 5 | — 14 3 | 3 — | 1 12 — | 2 12 — | — 20 — | — 29 4 | 5 15 |
| 4 Torgau | 1 6 5 | 1 — | — 20 — | — 17 6 | 5 — | 1 10 — | 4 — | — 15 — | — 20 — | 5 — |
| 5 Wittenberg | 1 9 6 | 1 — | — 26 5 | — 25 9 | — | 1 20 — | 2 20 — | — 20 — | — 22 6 | 4 — |
| 6 Cisleben | 1 6 2 | 1 5 4 | — 25 11 | — 20 2 | 4 — | 1 10 — | 1 10 — | — | — 21 11 | 3 12 6 |
| 7 Zeitz | 1 8 9 | — 27 6 | — 16 5 | — 16 5 | 2 15 — | 1 — | 1 15 — | — 15 — | — 22 6 | 4 — |
| 8 Querfurth | 1 5 — | — 27 6 | — 22 6 | — 18 9 | 5 20 — | 1 5 — | 1 5 — | — 20 — | — 20 — | 5 10 — |

Merseburg, den 4. October 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

42. Stück.

Merseburg, den 28. October 1826.

B e k a n n t m a c h u n g.

Des Königs Majestät haben zu befehlen geruht, daß im Jahre 1827 eine Ausstellung vaterländischer Fabrikate, nach den, durch die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 7. Junius 1821 ertheilten Vorschriften Statt finden soll. In Gemäßheit dieses Allerhöchsten Befehls wird jene Cabinets-Ordre hienit wiederholt zur öffentlichen Kenntniß gebracht, so wie dasjenige, was heute an sämtliche Regierungen, zur Ausführung derselben verfügt worden,

„Auf Ihren Antrag vom 23. März c. will Ich über die öffentliche Ausstellung inländischer Fabrikate, und die für die ausgezeichnetesten derselben anzuordnende Preis-Austheilung, Folgendes hienit festsetzen:

- 1) Vom 1. September 1822 an, findet in Berlin die Ausstellung solcher vaterländischen Fabrikate sechs Wochen hindurch Statt.
- 2) Das Recht, zu dieser Ausstellung zugelassen zu werden, hat jedes Fabrikat, auch das grösste, wenn dessen Gebrauch allgemein verbreitet, und es im Verhältniß zum Preise gut gearbeitet ist.
- 3) Die Gewerbetreibenden, welche an der Ausstellung Theil nehmen wollen, sind gehalten, sich bei ihrer landrätshlichen Behörde zu melden, welche die Nachweisungen den Regierungen einreichen.
- 4) Die Regierungen ernennen eine Commission zur Prüfung, ob die Gegenstände von der Beschaffenheit sind, daß sie zur National-Ausstellung zugelassen werden können.

Die Commission besteht aus Sechs Fabrikanten unter dem Vorfige des Gewerbe-Raths der Regierung.

- 5) Es findet eine Preisvertheilung für die ausgezeichnetesten Fabrikate, in goldenen, silbernen und ehernen Denkmünzen bestehend, Statt; auch

beauftrage Ich Sie, Mir demnächst diejenigen Gewerbetreibenden zu höheren Auszeichnungen namhaft zu machen, welche durch wesentliche Verbesserungen in der Fabrikation und ausgezeichneten Betrieb ihres Gewerbes einen bedeutenden Einfluß auf das Wohl der Provinz und den Absatz an Fabrikaten geübt haben.

- 6) Die Preis-Vertheilung geschieht auf den Ausspruch einer Commission von Funfzehn Mitgliedern, welche hier in Berlin zusammentritt, und deren Ernennung Ich Ihnen überlasse. Auch bestimmt diese Commission, welche Fabrikate eine ehrenvolle Erwähnung verdienen.

Der Ausspruch dieser Commission wird öffentlich bekannt gemacht.

- 7) Für alle Gegenstände, welche für preiswürdig, oder einer ehrenvollen Erwähnung werth erkannt worden sind, werden die Transportkosten ersetzt.
- 8) Von allen Gegenständen, wofür ein Preis erteilt worden, wird eine Probe in die Waarenammlung der technischen Deputation des Handels-Ministeriums niedergelegt, mit einer Bezeichnung, welche den Namen des Fabrikanten, seinen Wohnort, die bewilligte Auszeichnung und den Preis der Waare enthält.

Berlin, den 7. Junius 1821.

(Geg.) Friedrich Wilhelm.

Am

dem Staats-Minister Grafen v. Bülow.⁴¹

Eine Ausstellung vaterländischer Fabrikate, wie sie von des Königs Majestät, durch die, in der Gesessammlung vom Jahre 1821 abgedruckte Cabinets-Ordre vom 7. Junius angeordnet worden, soll, einem Allerhöchsten Befehle zufolge, im Jahre 1827 wiederum in Berlin Statt finden.

Zur Ausführung dieses Befehls ist Folgendes bestimmt:

Zu 1. Die Ausstellung der Gegenstände wird im Akademie-Gebäude unter den Linden Statt finden. Deren Einsendung muß bis zum 1. August des künftigen Jahres, und unter der Adresse der Königlichen technischen Deputation für Gewerbe geschehen.

Zu 2. Die letzte Ausstellung hat den Beweis geliefert, daß der Gewerbestand den Zweck derselben in einer entgegengesetzten Art, mißverstanden hat, indem Manche der Meinung waren, es komme dabei hauptsächlich auf einzelne, mit besonderer Sorgfalt gefertigte Stücke an, Andre aber, ein jedes Fabrikat, zu dessen Verschönerung die schönen Künste beitragen hätten, sei ein Kunstwerk, und als solches, nicht für die Ausstellung geeignet.

Der Zweck der Ausstellung ist aber, Waaren darzulegen, wie sie für den Verbrauch von ihren Verfertigern in Quantitäten geliefert werden oder geliefert werden können, und bei diesen ist neben der innern Lückigkeit, der gewöhnliche Fabrikpreis, zu welchem sie aus der ersten Hand geliefert werden, ein Gegenstand der größten Wichtigkeit.

Die gewöhnlichen Hauptfabrikate einer Provinz sind vorzugsweise für die Ausstellung geeignet.

Gegenstände des Luxus, oder Fabrikate, bei welchen, weil sie in das Kunstgebiet einschlagen, der Preis der Arbeit den Fabrikpreis so weit erhöht, daß ein gemeiner Gebrauch derselben nicht Statt finden kann, sind von der Ausstellung keinesweges ausgeschlossen; vielmehr verdient das Bestreben der Fabrikanten und Handwerker, ihren Arbeiten eine Vollkommenheit zu geben, welche sie dem Kunstwerke nähert, Anerkennung von Seiten des Staats.

Zu 3. Die von den Landräthen, oder den, die Gewerbepolizei in den größeren Städten bearbeitenden Behörden, einzusendenden Nachweisungen, sollen mit einer laufenden Nummer versehen sein, den Namen des Fabrikanten, die Benennung des Fabrikats enthalten, und zugleich ausführliche Auskunft über die Ausdehnung des Gewerbes, Arbeiterzahl, Abisorte, Ursprung und Preis des rohen Materials oder Halbfabrikats, welches verarbeitet wird, den gewöhnlichen unzweifelhaften Verkaufspreis des Fabrikats aus der ersten Hand. Die auswärtigen Gewerbetreibenden werden übrigens, insofern sie mit hiesigen Handlungshäusern bekannt sind, diejenigen namhaft machen, welchen die Waaren, nach beendeter Ausstellung, zur Ersparung des Rücktransports überliefert werden können, oder welche deren Verkauf zu den bemerkten Preisen oder mit einem Aufschlage von bestimmten Verkaufsprozenten übernehmen.

Zu 4. Die Regierungen werden dahin sehen, daß sich in der zu ernennenden Commission wenigstens ein Sachverständiger für jeden der Hauptfabrikationszweige der Provinz finde. Von denjenigen Gegenständen, welche sie für die National-Ausstellung geeignet halten, fertigen selbstige ein Verzeichniß, nach Anleitung der Ihnen zu 5 überwiesenen Materialien, geben den Nachweisungen die möglichste Vollständigkeit und begleiten sie mit ihrem Gutachten.

Besondere Aufmerksamkeit ist auf die Angaben der Preise zu richten, damit nicht durch ungeprüfte und einseitige Versicherungen der Gewerbetreibenden, diese sich ein Verdienst der Wohlfeilheit ihrer Waaren anzueignen suchen, welches notorisch nicht in der Wahrheit gegründet ist. Es versteht sich, daß

vergleichen Bedenken, deren Vortrag in dem oben gedachten Gutachten erwartet wird, ohne Fiscalität gelöst werden müssen.

Berlin, den 29. September 1826.

Der Minister des Innern,
(gez.) von Schuckmann.

An
sämmliche Königliche Regierungen.

Vorstehende Allerhöchste Cabinets-Ordre wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 23. October 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g .

Nach dem Antrage des Staats-Ministeriums und in Berücksichtigung des Besuchs der Sächsischen Provinzialstände, setze Ich hierdurch fest: daß in den evangelischen Kirchen sämmtlicher, vormals Sächsischer Landestheile, unter Anwendung der für die ältern Provinzen ergangenen gesetzlichen Bestimmung, die kirchliche Feier des dritten Tages an den drei hohen Festen: Weihnachten, Ostern und Pfingsten, fernerhin nicht Statt finden soll. Was das Johannis- und Michaelisfest, so wie die Marien- und Aposteltage betrifft, so soll an jedem Orte, woselbst sie bisher kirchlich gefeiert worden, der öffentliche Gottesdienst nur Einmal, es sei Vor- oder Nachmittags, je nachdem es die local-Verhältnisse gestatten, verrichtet, und die Enthaltung von der Berufs-Arbeit an solchen Tagen jedem Mitgliede der Gemelne überlassen werden. Die zu Naturaldiensten verpflichteten Gutseingefessenen bleiben von deren Leistung an allen bis jetzt gefeierten Tagen nach wie vor entbunden. Ich beauftrage das Staats-Ministerium, wegen Aufnahme dieser Bestimmung in den landtags-Abschied und demnächst wegen deren öffentlichen Bekanntmachung das Erforderliche zu veranlassen.

Berlin, den 28. Junius 1826.

(gez.) Friedrich Wilhelm.
An
das Staats-Ministerium.

Vorstehende Allerhöchste Cabinets-Ordre, welche von dem Königl. Hohen Staats-Ministerio mittelst Rescriptes vom 22. Julius d. J. uns zugegangen ist, wird

hiermit, zur Nachachtung der Behörden und Eingeseffenen des hiesigen Regierungs-Bezirks, zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Mersburg, den 18. October 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

B e k a n n t m a c h u n g .

Nachstehendes Rescript des Herrn Justiz-Ministers Excellenz:

„Auf den Antrag des Herrn Finanz-Ministers wird das Königl. Oberlandesgericht angewiesen, die Untergerichte seines Bezirks im Allgemeinen zu beauftragen, sich der Untersuchung wegen Gewerbesteuer-Contravention gegen solche ausländische Hausirer, deren persönliche Verhaftung von der Königl. Verwaltungsbehörde für nöthig erachtet wird, sofort, als ihnen die Acten überliefert werden, auch dann zu unterziehen, wenn die Strafe incl. des Werthes der confiscirten Sachen auch die Höhe von 50 Thlr. überschreitet, in welchem letztern Falle jedoch die Acten zur Abfassung des Erkenntnisses an das Königl. Oberlandesgericht einzuschicken sind.

Berlin, den 18. September 1826.

Der Justiz-Minister,

(gez.) Graf v. Darnheim.

An

das Königl. Ober-Landes-Gericht
zu Naumburg.“

wird hierdurch sämmtlichen Untergerichten unsers Departements zur Nachricht und Nachachtung mit der Anweisung bekannt gemacht, dem Königl. Oberlandesgerichte von der erfolgten Einleitung einer solchen Untersuchung jedesmal Anzeige zu erstatten.

Naumburg, den 6. October 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

B e k a n n t m a c h u n g .

Nach der Allerhöchsten Cabinets-Ordnung vom 28. December 1824 (S. 3. der Gesessammlung) dürfen einheimische Buchhändler, welche zugleich im Aus-

lande Buchhandlungen besitzen, zwar die Verlags-Artikel der letzteren nur der dortigen Censur unterwerfen, der Absatz solcher Artikel aber in den diesseitigen Staaten kann nicht anders gestattet werden, als wenn zuvor auch den Vorschriften des diesseitigen Censur-Gesetzes ein Genüge geschehen ist. Diese Allerhöchste Vorschrift ist unterm 15. April v. J. bei Gelegenheit eines besonderen Falles dahin erläutert worden, daß die einheimischen Buchhändler von der in ihrer ausländischen Buchhandlung herausgegebenen Schrift nur ein gedrucktes Exemplar der inländischen Censur-Behörde zu übergeben gehalten sein, die Censoren aber angewiesen werden sollen, keine Abänderungen zu verlangen, sondern entweder den Debit- des Werks, so wie es vorliegt, zu gestatten, oder unter Anführung der Gründe ganz zu untersagen. Der inländische Buchhändler entgeht dadurch der Gefahr eines für ihn im Falle entstehenden Verlustes, wenn eine solche unter fremder Censur von ihm herausgegebene Schrift in der Folge, wie es bei jedem Verlage geschehen kann, nach diesseitigen Gesetzen verboten würde.

In Gemäßheit obiger Bestimmungen haben die Buchhändler der Provinz Sachsen, welche zugleich ausländische Buchhandlungen besitzen, in Ansehung des inländischen Debits der unter ausländischer Censur gedruckten Schriften sich zu verhalten, und nicht nur die vorgeschriebenen Gebühren dem inländischen Censor zu entrichten, sondern auch von dergleichen Schriften ein dem Censor zu übergebendes und ihm verbleibendes Exemplar unentgeltlich einzusenden.

Sämmtliche Buchhändler der Provinz aber dürfen die Schrift, welche ein inländischer Buchhändler in seiner ausländischen Buchhandlung herausgiebt, nicht eher verkaufen, als bis in einer Berliner Zeitung, oder in einer Zeitung derjenigen Provinz, worin der Verleger wohnt, die Erlaubniß zum Debit dieser Schrift officiell bekannt gemacht worden ist.

Magdeburg, den 29. September 1826.

Der Geheime Staats-Minister

v. Klemig.

In dessen Abwesenheit und Auftrage:

der Geheime Ober-Regierungs-Rath

v. Seydewitz.

Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Der Stellvertreter des Feuerpolizei-Commissarius im VI. Feuerpolizei-Bezirk des Bitterfelder Kreises, Herr Amtmann Lütbecke in Salsfurth, ist

wegen Kränklichkeit von dieser Function entbunden und solche dem Herrn von Ludwig der jüngern zu Reuden anderweit übertragen worden.

Merseburg, den 23. October 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistorii der Provinz Sachsen.

Im Verlage des Buchhändlers Braun zu Carlsruhe erscheint die 2te verbesserte Auflage des „Schulwörterbuchs der lateinischen Sprache in etymologischer Ordnung“ vom Professor Kärcher.

Wir machen die Herren Directoren und Rectoren der gelehrten Schulen der Provinz Sachsen auf dieses anerkannt brauchbare Werk, in Folge des an uns unterm 2. d. M. ergangenen Höchsten Auftrages, aufmerksam und empfehlen dessen Einführung bei dem genannten Sprach-Unterrichte.

Magdeburg, den 25. September 1826.

Königl. Consistorium und Provinzial-Schul-Collegium.

In Folge einer an uns ergangenen ministeriellen Verfügung vom 16. v. M., werden die Herren Directoren, Rectoren oder Inspectoren der gelehrten und andern Schulen in der Provinz Sachsen, auf die sehr gründliche, klare und gehaltreiche Schrift des Predigers und Schul-Inspectors Bessert zu Klenen im Tecklenburgischen, „über den Begriff und die Wichtigkeit der Schulzucht (Münster bei Friedrich Regensberg 1826),“ aufmerksam gemacht und ihre allgemeinere Verbreitung empfohlen.

Magdeburg, den 2. October 1826.

Königl. Consistorium und Provinzial-Schul-Collegium.

B e k a n n t m a c h u n g .

Auf den Antrag des Stellmachermeisters Gottlieb Koch zu Brandis bei Herzberg, im Herzogthume Sachsen, wird, nach Vorschrift der Allerhöchsten Verordnung, vom 16. Junius 1819 §. 6, hiermit bekannt gemacht:

daß demselben die Staatsschuldsscheine

| | | | | | |
|-----|---------|---------|------|-----|-------|
| Nr. | 49,612 | Litt. X | über | 25 | Thlr. |
| " | 70,229 | " | F | 100 | " |
| " | 121,698 | " | F | 25 | " |
| " | 132,841 | " | H | 25 | " |

angeblich durch Einbruch abhanden gekommen sind.

Es werden daher diejenigen, welche in den Besitz dieser Staatsschuldsscheine gekommen sein möchten, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Controlle, oder dem genannten 1c. Nooth anzuzeigen, widrigenfalls die gerichtliche Amortisation der besagten Documente eingeleitet werden wird.

Berlin, den 18. October 1826.

Königliche Controlle der Staats-Papiere.

B e k a n n t m a c h u n g .

Ueber sämtliche geschlossene Güter des Dorfes Genthä, Schweinitzer Po-
ltzel-Kreises, sind die Hypotheken-Tabellen nach allen drei Rubriken fertig.

Den Interessenten wird dieß mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß diese Tabellen in dem Zeitraume vom 1. November bis letzten December d. J. in der Expedition des unterzeichneten Justitiarius hier in Wittenberg, Schloßgasse Nr. 11, zur Anzeige gegründeter Erinnerungen eingesehen werden können, spä-
terhin aber vergleichen nicht mehr Statt finden.

Wittenberg, den 18. October 1826.

Das Gießbachsche Patrimonial-Gericht über Genthä.

Golz.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

43. Stück.

Merseburg, den 4. November 1826.

Allgemeine Gesessammlung.

Das 14te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält unter

- Nr. 1026. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 22. September 1826, über die Nicht-Anwendung der wegen des Mühlenwesens ergangenen Verordnung vom 28. October 1810 und deren Declarationen auf die dem Edict vom 29. März 1808 unterliegenden landestheile der Provinz Preußen.
- Nr. 1027. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 24. September 1826, betreffend das Verfahren bei unfreiwilliger Dienstentlassung der bei der Militärverwaltung angestellten Beamten.
- Nr. 1028. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 3. October 1826, über die Regulirung der Steuern in den vom Zollverbande ausgeschlossenen landestheilen; nebst der Erhebungsrolle für die Stadt Erfurt.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Es ist die interimistische Verwaltung der Wege-Bau-Conducteur-Stelle in Sangerhausen, dem Bau-Conducteur Jagemann, vom 1. November dieses Jahres an, übertragen worden.

Merseburg, den 24. October 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Im Verlage des Buchhändlers E. A. Rummel in Halle an der Saale, erscheint vom Jahre 1827 ab ein „Gemeinnütziger Volks-Kalender,“ dessen ersten Jahrgang wir, nach näherer Prüfung, um so mehr empfehlen können, als der Inhalt dem Titel entspricht, und hauptsächlich für die Bewohner des hiesigen Regierungsbezirks und der angrenzenden Gegenden bestimmt ist.

Merseburg, den 27. October 1826.

Rönlgl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g .

In Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinets-Ordnung vom 5. April 1824, O. G. pag. 78, wird hiermit bekannt gemacht, daß die fertigen Hypotheken-Tabellen über folgende, dem Kommerzien-Rathe Kaufmann Christian Adolph Albrecht zu Zitz zugehörige, daselbst belegene Grundstücke, als:

- 1) die sub Nr. 658. catastrirte Fabrikanstalt und Zubehör;
- 2) das auf dem sogenannten Ziegenviertel belegene, sub Nr. 622. catastrirte Wohnhaus und Zubehör;
- 3) das vor dem Badstübenthore belegene, sub Nr. 650. und 651. catastrirte Wohnhaus und Zubehör,

vom 8. November bis zum 8. Januar 1827 zur Einsicht und Formirung etwaniger Erinnerungen in unserer Registratur bereit liegen, nach Ablauf dieser Frist aber keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Raumburg, den 25. October 1826.

R a n t l. g. l. P r e u ß . L a n d . G e r i c h t .

B e k a n n t m a c h u n g .

Von den im nachstehenden Verzeichniß aufgeführten geschlossenen Grundstücken unsers Bezirks sind die Hypotheken-Tabellen, welche sämmtlich drei Rubriken in sich fassen, fertig geworden. Dieß machen wir, in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinets-Ordnung vom 5. April 1824,

Gesetz-Sammlung d. a. 1824, pag. 78,

den Interessenten mit der Aufforderung bekannt, gedachte Tabellen vom 15. November c. bis 15. Januar 1827 in unserer Hypotheken-Registratur einzusehen, und ihre etwanigen Erinnerungen dagegen anzubringen, unter der Warnung,

daß nach Ablauf dieses Termins keine Erinnerungen angebracht werden können.
Torgau, den 20. October 1826.

Königl. Preuss. Land-Gericht.

V e r z e i c h n i s s.

Die geschlossenen Grundstücke, mit Ausnahme der Gemeindegüterstücke folgender im Gerichts-Amts-Bezirke Elsterwerda, Liebenwerdaer Polizei-Kreises, gelegenen Ortschaften:

- | | |
|---------------------------------|------------------------------------|
| 1) der Stadt Elsterwerda; | des Nr. 42, des v. d. Pfortischen |
| 2) des Dorfes Kraupa; | Gartenguts Nr. 45; |
| 3) des Dorfes Rahlä; | 7) des Dorfes Biehla, mit Ausnahme |
| 4) des Dorfes Krauschütz; | der Schulgrundstücke; |
| 5) des Dorfes Pleßä; | 8) des Dorfes Drestla; |
| 6) des Dorfes Gröden, mit Aus- | 9) des Dorfes Rößschla. |
| nahme des Streblischen Wohnhau- | |

B e k a n n t m a c h u n g.

Von den vollständig aufgestellten und nach allen drei Rubriken des Hypothekenbuchs abgeschlossenen Hypotheken-Tabellen sind nun folgende wiederum species revidirt:

- I. über sämtliche Häuser der Stadt Pörsch, mit Ausnahme der Kirchen- und Schulgebäude;
- II. über sämtliche Häuser der Stadt Gräfenhaynichen, mit Ausnahme
 - a) der Kirchen- und Schulgebäude, so wie des Rathhauses,
 - b) des Wachthauses sub Nr. 173,
 - c) der in Erbpacht ausgethanen Ziegelscheune sub Nr. 157,
 - d) des Sparigischen Hauses Nr. 21,
 - e) des Theuerkauffischen Nr. 71,
 - f) des Apeltischen Nr. 112,
 - g) des Waltherischen Nr. 121,
 - h) des Müller-Hienzschischen Nr. 125,
 - i) des Schieringschen Nr. 145, und
 - k) des Märzischen Nr. 6. in der Vorstadt, das alte Schloß genannt;
- III. über sämtliche geschlossene Güter des Dorfes Holzweißig, Königl. Antheils, im Gerichtsamts-Bezirke Bitterfeld;

IV. über sämmtliche geschlossene Güter des Dorfes Koltsch, Königl. Antheils, desselben Gerichtsamts-Bezirks, mit Ausnahme des Wenzelschen Nr. 30;

V. über sämmtliche geschlossene Besitzungen des Dorfes Greppin, desselben Amtsbezirks, mit Ausnahme des Wilseschen Nr. 6.

Wir machen solches mit dem Beifügen bekannt, daß die Tabellen, in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 5. April 1824, Gesefsammlung 1824 pag. 78, in dem Zeitraume vom 1. November bis letzten December dieses Jahres in unserer Hypotheken-Registratur eingesehen und gegründete Einwendungen dagegen vorgebracht werden können, später dergleichen aber nicht mehr Statt finden.

Damit verbinden wir zugleich die Anzeige, daß von folgenden Ortschaften:

- | | |
|---|-------------------------------------|
| 1) Niemed, | } Gerichtsamts-Bezirks Bittersfeld, |
| 2) Beyersdorf, | |
| 3) Böckig, | |
| 4) Hochstüg, | } Gerichtsamts-Bezirks Dellisch, |
| 5) Schladiß bei Kömliß, | |
| 6) Kleinzersbß, Gerichtsamts-Bezirks Preßsch, | |
| 7) Thießen, Gerichtsamts für den hiesigen Landbezirk, und | |
| 8) Kleinwittenberg bei Wittenberg, | |

das Hypothekenbuch vollendet und daher, nach §. 14. des Hypotheken-Patents vom 16. Junius 1820, hinsichtlich ihrer, der Erwerb neuer Hypothekenrechte von jetzt an lediglich nach Vorschrift des allgemeinen Landrechts, der allgemeinen Gerichts-Ordnung und der Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist.

Wittenberg, den 10. October 1826.

Königl. Preuß. Land-Vericht.

Personal-Chronik.

Von der Königl. Regierung zu Marienwerder wurden der Regierungs- und Forst-Rath Hr. Grotian, in gleicher Eigenschaft, und von der Königl. Provinzial-Steuer-Direction zu Magdeburg der Regierungs-Rath Hr. Brüggemann, als Regierungs-Rath und Justitiar, zur Königl. Regierung hieselbst versetzt.

Merseburg, den 26. October 1826.

Extra-Blatt

zum

Drei und Vierzigsten Stück des Amtsblatts
der
Königlichen Regierung.

Merseburg, den 11. November 1826.

Bekanntmachung.

Des Königs Majestät haben mittelst nachstehender, bereits im 14. Stück der Gesessammlung abgedruckten Allerhöchsten Cabinets-Ordre nebst dazu gehörigem Tarif vom 3. d. M., welche wörtlich folgendermaßen lauten:

„Auf Ihren Bericht über die Regulirung der im §. 12. des allgemeinen Abgabengesetzes vom 30sten Mai 1820 vorbehaltenen Steuern in den außerhalb der Zoll-Linien gelegenen Kreisen der Regierungsbezirke Erfurt und Coblenz, genehmige Ich:

I. daß in den nachbenannten Landestheilen erhoben werden:

1) in der Stadt Erfurt:

- a) die Steuer vom inländischen Branntwein und Braumalz, nach dem Gesetz vom 8. Februar 1819, und den dazu ergangenen Deklarationen;
- b) eine Eingangs- und Durchgangsabgabe, nach der beigefügten, von Mir besonders vollzogenen Erhebungsrulle, mit der Maafgabe, daß die nach Erfurt bestimmten, dort von dieser Eingangsabgabe zu betreffenden Gegenstände, welche zuvor das geschlossene Land berühren, von der gesetzlichen Durchgangsabgabe in demselben befreit bleiben;

2) in den Städten Schleusingen und Euhl, des Kreises Schleusingen, eine Braumalzsteuer mit fünfzehn Silbergroschen vom Zentner, deren Hebung jedoch gegen eine zu regulirende Fixation den dortigen Stadtbehörden überlassen werden kann;

3) in den übrigen Ortschaften des Kreises Schleusingen, in dem ganzen Kreise Ziegenrück, im Landkreise Erfurt, in der im Kreise Nordhausen gelegenen Stadt Bennedenstein und Hüttenborfer Sorge, so wie in den zum Kreise Mühlhausen gehörigen Ortschaften Groß-Burschla und Schnellmannshausen:

- a) ein Klassensteuerezuschlag, nach Maaßgabe der Thierselbst zu bestimmenden Leistungsfähigkeit der einzelnen Ortschaften mit 16 $\frac{1}{2}$ bis zu 50 Procent von den, zu den verschiedenen Klassen eingeschätzten Steuerpflichtigen;
- b) ein Gewerbesteuerzuschlag von den Brauereien und Schankwirthschaften, nach Maaßgabe des Ertrages der einzelnen Anlagen bis zu 50 Procent über die Steuersätze, welche das Gesetz vom 30. Mai 1820 enthält;
- 4) in dem ganzen Umfange der Kreise Schleusingen und Ziegenrück, also einschließlich der Städte Schleusingen und Suhl, die Salzabgabe nach dem Gesetz vom 17. Januar 1820, welche in den übrigen Kreisen des Regierungsbezirks Erfurt bereits eingeführt ist und dort fort dauert, jedoch, unter Fixation des Salzverbrauchs zu 12 Pfund für jede Person und mit Festsetzung des Faktoreipreises zu 10 Rthlr. für eine Tonne Salz von 400 Pfund;
- 5) in der Stadt Wehlar:
 - a) die Branntwein- und Braumalzsteuer nach dem Gesetz und der Steuerordnung vom 8. Februar 1819 und den späterhin ergangenen Bestimmungen, jedoch mit Festsetzung der Steuer zu 1 Sgr. von 20 Quart Maischraum bei jeder Einmalshung;
 - b) die Salzabgabe nach dem Gesetz vom 17. Januar 1820, jedoch mit Bestimmung des Faktoreipreises von 10 Thlr. für die Tonne von 400 Pf. Salz;
 - c) eine Eingangsabgabe von fremdem Branntwein aller Art für den Elmer mit 3 Thlr.; von Bier und Essig für die Tonne mit 1 Thlr.; von baumwollenen, wollenen, seidenen Stuhl- und gestrickten Waaren mit 1 Thlr. für den Zentner; von Wein mit 20 Sgr. für den Elmer; von Zucker, Kaffee, Reis, Taback mit 15 Sgr. für den Zentner, desgleichen von Eisenblech, Eisenwaaren, von Kupfer und Messing und daraus gefertigten Sachen, von kurzen Waaren, gegerbtem Leder, Del, Porzellan und Steingut mit 10 Sgr. für den Zentner; und von Eisengußwaaren, geschmiedetem Eisen und Stahl mit 5 Sgr. für den Zentner nach den Vorschriften, welche für die Hebung und Beaufsichtigung der Abgaben, so wie für die Bestrafung der Kontraventionen in der Zollordnung vom 26. Mai 1818 und in der Verordnung vom 19. November 1824 gegeben worden, deren Anwendung auf den Steuerbezirk Wehlar in einem Regulativ durch Sie näher bestimmt werden muß;
- 6) in den Kreisen Wehlar und Braunfels, ausschließlich der Stadt Wehlar:
 - a) ein Klassensteuer-Zuschlag von allen Steuerpflichtigen;
 - b) ein Gewerbesteuer-Zuschlag von den Brauereien und Schankwirthschaften, nach den unter 3. für die ausgeschlossenen Kreise des Regierungsbezirks Erfurt vorgeschriebenen Maaßstäben, und

- c) die Salzabgabe nach dem Gesetz vom 17. Januar 1820, mit Bestimmung des Faktoreipreises von 10 Thlr. für die Tonne von 400 Pfund Salz.

II. Gegen Entrichtung der vorstehend festgesetzten Steuern hören folgende, bisher in den genannten Kreisen und Ortschaften nach vormaligen Landesverfassungen erhobene, landesherrliche Abgaben auf:

- 1) in der Stadt Erfurt, die nach dem Interimistischen Steuertarife vom 4. Februar 1816 erhobene Eingangs- und Durchgangsabgabe, so wie der ehemals Kurmainzische Stadtzoll;
- 2) im Kreise Schleusingen, die Accise von Häuten, von Taback, von Bier und Wein die Ohmgelder und die Zölle;
- 3) im Kreise Ziegenrück, die General-Accise, die land-Accise, die Franksteuer, die Brantweinschroot-Steuer und die Geleite, mit Ausschluß der bisherigen Durchgangsabgabe in Gessell, die mit dem dortigen Weggelde vereinigt werden kann;
- 4) im Landkreise Erfurt, die Abgabe von verkauften Pferden, der Impost von anderem verkauften Vieh, die Franksteuer, das Ohmgeld, so wie jede andere spiritre oder unspiritre Abgabe, vom Brauen oder Braumalz und vom Brantwein oder Brantweindrennen das Steuerfixum des Fleckens Wandersleben und der Impost in Klingleben;
- 5) in Benneckenstein und Sorge, die westphälische Eingangsabgabe und Braumalzsteuer;
- 6) in Groß-Burschla und Schnellmannshausen, die bisherigen Steuerfixa;
- 7) in der Stadt Wehlar, die Accise-, Rent-, Niederlage- und Ausfuhrgebühren, so wie das Waagegeld, ferner das Standgeld von fremden Krämern auf den Jahrmärkten, das Jahrmärkts-Hausirgeld und die Personensteuer;
- 8) in den Kreisen Wehlar und Braunfels, die Accisen von Inländischem und ausländischem Wein, von Obstwein, von Bier, von Brantwein, von Del und Thran, von Fleisch, von Wolle, von Vieh und von Zeugen, unter welchem Namen sie immer erhoben sein mögen, ferner das Kesselgeld, das Einzugegeld, das Schankwirthsgeld und der Landzoll;
- 9) endlich jede andere zu den landesherrlichen Kassen gestossene Personal- oder Gewerbsabgabe oder indirekte Steuer, die nicht durch das Abgabengesetz vom 30. Mai 1820 erhalten oder angeordnet worden.

III. Den durch gegenwärtige Verfügung oder nach Meiner Bestimmung vom 25. Mai 1822 besteuerten, außerhalb der Zoll-Linien gelegenen Ortschaften, soll gestattet sein, ihre rohen Erzeugnisse des Landes und der Viehzucht, so wie die aus dort erzeugten Stoffen gefertigten Waaren, ganz abgabefrei über die Zoll-Linie einzuführen, die Fabrikate aber, welche ganz oder zum Theil

aus fremden Stoffen dort gefertigt werden, gegen Entrichtung der Eingangs-Abgabe, welche nach der allgemeinen Erhebungstolle auf den fremden Stoffen, die zur Fabrikation benutzt werden, ruhet.

Ausgenommen bleiben jedoch die in den Gesetzen vom 8. Februar 1819 wegen Besteuerung des Brauntweins, und vom 30. Mai 1820 wegen der Mahl- und Schlachtsteuer begriffenen Gegenstände der Besteuerung, in sofern an den Orten, woher sie kommen, nicht dieselben Abgaben auf solchen Gegenständen ruhen, als diese Gesetze auferlegen.

Nach Maassgabe der Bestimmungen in der allgemeinen Zoll- und Steuer-Ordnung werden Sie die Kontrollformen vorschreiben lassen, welchen dieser Verkehr unterliegen soll.

IV. In allen, mit Ersasssteuern belegten landestheilen, ist der Verkehr mit ausländischen Waaren denjenigen Aufsichtsmaassregeln unterworfen, welche, nach der Lage derselben, zur Sicherung der Abgaben von ausländischen Gegenständen im geschlossenen Lande und in den, mit einer Eingangsabgabe belegten Städten Erfurt und Wehlar, für erforderlich zu halten, und innerhalb der Vorschriften der Zollordnung vom 26. Mai 1818 und der Verordnung vom 29. November 1824, anzuordnen sind.

Insbefondere sollen dort unversteuerte Waarenniederlagen nicht geduldet werden.

Die Krämer in den ausgeschlossenen Ortschaften des Regierungsbezirks Minden und in den Kreisen Erfurt, Wehlar und Braunfels und anderwärts sind deshalb an die Vorschriften der gedachten Gesetze gebunden und namentlich gehalten, nur Waaren aus versteuerten Waarenlagern der Städte eben desselben landestheiles zu beziehen, in welchem sie sich niedergelassen haben.

Diese Bestimmungen sollen mit dem ersten Januar 1827 in Kraft treten, und zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden.

Berlin, den 3. October 1826.

(Geg.) Friedrich Wilhelm.

In
den Staats- und Finanz-Minister
von Mos.

Erhebungs-Rolle

der

Abgaben, welche von Gegenständen zu entrichten sind, die entweder vom Auslande in die Stadt Erfurt eingeführt oder dort durchgeführt werden.

Vom 5ten-October 1826.

Erste Abtheilung.

Gegenstände, welche gar keiner Abgabe unterworfen sind.

- 1) Bäume, zum Verpflanzen, und Reben;
- 2) Dienestöcke mit lebenden Bienen;
- 3) Branntweinspülisch;
- 4) Dünger (thierischer), ingleichen andere Düngungsmittel, als: ausgelaugte Asche, Kalkasche, Düngersalz, Hornspäne, Abfälle von der Fabrication der Pottasche;
- 5) Eier;
- 6) Erden und Erze, die nicht mit einer Abgabe namentlich betroffen sind, als: Bolus, Wismuthstein, Gips, Sand, Lehm, Mergel, Schmirgel, gewöhnlicher Töpferthon und Pfeisenerde, Walkenerde u. a.;
- 7) Erzeugnisse des Ackerbaues, wie sie vom Felde kommen, als: Getreide, Hülsenfrüchte und Delförner, in Garben und Hälften, Flachs und Hanf, in Stangen oder ungehefelt;
- 8) Fische und Krebse (frische);
- 9) Gartengemüse (frische), als: Gemüse und Krautarten, Eichorien (ungetrocknete), Kartoffeln und Rüben, eßbare Wurzeln, auch Blumen ic.;
- 10) Gras, Futterkräuter und Heu;
- 11) Geflügel und kleines Wildpret aller Art;
- 12) Glasur und Hafnererz (Alquifoux);
- 13) Gold und Silber, gemünzt, in Barren und Bruch;
- 14) Hefen oder Därme, mit Ausnahme von trockenen oder Presshefen;
- 15) Hausgeräthe und sonstige Sachen von Anziehenden, welche gebraucht sind, zur eigenen Benutzung;
- 16) Holz (Brenn- und Nuthholz), Reifig und Besen daraus, Flechtweiden;
- 17) Kleidungsstücke der Reisenden und deren Reisegefährte, und Vistualien zum Reiseverbrauch, auch Kleidungsstücke der Fuhrleute;
- 18) Lohfuchen (ausgelaugte Loh als Brennmaterial);
- 19) Milch;
- 20) Obst (frisches);

- 21) Papierspäne (Abfälle), und beschriebenes Papler (Ästen);
- 22) Schachtelhalm, Schilf und Dachrohr;
- 23) Scheerwolle (Abfälle beim Tuchsheeren);
- 24) Etelne (alle behauene und unbehauene), Bruch-, Kalk-, Schiefer-, Ziegel- und Mauersteine;
- 25) Stroh, Spreu und Häckerling;
- 26) Thiere (alle lebende), für welche nicht namentlich ein Tariffatz festgesetzt ist;
- 27) Torf und Braunkohlen;
- 28) Trebern, Trestern.

Zweite Abtheilung.

Gegenstände, welche bei der Einfuhr einer Abgabe unterworfen sind.

Fünfzehn Silbergroschen oder ein halber Thaler vom Preussischen Zentner wird, in der Regel bei dem Eingange, in Erfurt und auch dann erhoben, wenn eine Waare wieder ausgeführt werden sollte.

Ausnahmen treten bei allen Gegenständen ein, welche entweder nach dem Vorhergehenden ganz frei, oder nach dem Folgenden einer geringern oder höhern Eingangsabgabe, als ein halber Thaler vom Zentner, unterworfen sind.

Es sind folgende Gegenstände, von welchen die beigefetzten Gefälle erhoben werden:

| Benennung der Gegenstände. | | Gewicht,
Maass, oder
Anzahl | Abgaben-
Sätze |
|----------------------------|--|-----------------------------------|-------------------|
| | | | Zolltar. |
| 1 | Abfälle:
von Glashütten, desgleichen Glascherben und Bruch,
von der Fabrikation der Salpetersäure, von Seifensie-
bereien die Mutterlauge, von Gerbereien das Leimle-
der, desgleichen Thierfleichen, Hörner, Hornspitzen,
Klauen, ganze oder zerkleinerte Knochen, Lumpen von
Leinwand, Baumwolle oder Wolle, auch alte Fische-
nege | 1 Zentn. | 5 |
| 2 | Baumwolle und baumwollene Waaren. | | |
| | a) rohe Baumwolle | 1 dito | 5 |
| | b) baumwollenes gefärbtes Garn | 1 dito. | 1 |
| | c) baumwollene Stuhl- und gestrickte Waaren | 1 dito. | 2 |

| Benennung der Gegenstände. | Gewicht,
Maß, oder
Anzahl | Ab-
gaben-
Sätze
Zbl. far. |
|--|---------------------------------|-------------------------------------|
| 3 Blei.
a) in Blöcken und altes
b) feine Bleiwaaren; siehe kurze Waaren. | 1 Zentn. | — 5 |
| 4 Bürstenbinder- und Siebmacherwaaren.
a) grobe, zahlen die allgemeine Eingangs-Abgabe;
b) feine; siehe kurze Waaren. | | |
| 5 Droguerie- und Apotheker-, auch Farbewaaren.
a) Chemische Fabrikate für den Medicinal- und Gewerbs-
Gebrauch, und Präparate, als: ätherische auch andere
Oele, Säuren, Salze, eingedickte Säfte, desgleichen
Maler- u. Waschfarben, überhaupt die unter Apothe-
ker-, Droguerie- und Farbewaaren gemeinlich be-
griffenen Gegenstände, sofern sie nicht besonders aus-
genommen sind
Ausnahmen treten folgende ein, und zahlen weniger:
b) Eisen-Vitriol (grüner), gelbe, grüne, rothe, Farbe-
Erde, Braunroth, Kreide, Ocker, Korkstein; Umbra,
Todtenkopf (caput mortuum), Ekerdoppeln, Knop-
pern, Krapp, Kreuzbeeren, Kurfume, Quersitronen,
Safflor, Sumach und Walb, Farbehölzer in Blöcken
oder geraspelt, Korkholz, Pockholz und Buchsbaum,
Holzasche (rohe), Pottasche und Waidasche, auch un-
gereinigte Soda, Mineral-Wasser in Flaschen oder
Krügen, Salpeter (gereinigter und ungereinigter),
Salzsäure und Schwefelsäure, Schwefel, so wie alle
sonstige rohe Erzeugnisse des Mineral-, Thier- und
Pflanzenreichs zum Gewerbe- und Medicinal-Ge-
brauch, die nicht besonders höher oder niedriger tari-
firt sind, außer-europäische Tischlerhölzer | 1 dito. | 1 — |
| 6 Eisen und Stahl.
a) Gußeisen in Güssen und Masseln, Roheisen und Roh-
Stahleisen, Stahlkuchen, altes Brucheisen, Eisenseile,
Hammerschlag; ferner, geschmiedetes Eisen, als: Stab-
oder Stangen-, Reisen-, Schlosser-, Red-, Kneip-,
Band-, Zain-, Kraus-, Bolzen-, Welleisen, Rohstahl, | 1 dito. | — 5 |

| Benennung der Gegenstände. | | Gewicht,
Maß, oder
Anzahl | Ab-
gaben-
Sätze | Zbl. far. |
|----------------------------|--|---------------------------------|------------------------|-----------|
| | Guß- und raffinirter Stahl, desgleichen grobe Guß-
Waaren in Defen, Platten, Gittern 2c. | 1 Zentn. | — | 5 |
| | b) grobe Eisenwaaren zahlen die allgemeine Eingangsab-
gabe; | | | |
| | c) feine Eisenwaaren; siehe kurze Waaren. | | | |
| 7 | Erze, nämlich:
Eisen- und Stahlstein, Stufen, Braunkstein, Reiß-
und Wasserblei, Graphit, Galmei, Kobalt | 1 dito. | — | 5 |
| 8 | Glas, Berg, Hanf, Heede | 1 dito. | — | 5 |
| 9 | Getreide, Hülsenfrüchte, Sämereien, auch
Beeren. | | | |
| | a) Getreide, Hülsenfrüchte und Delsaat | 1 Schffl. | — | 1 |
| | b) Kleesat, Anis, Wachholderbeeren, und alle nicht na-
mentlich im Tarif genannte Sämereien | 1 dito. | — | 5 |
| | Anmerkung. Die unter 9. genannten Gegenstände sind
ganz frei, wenn die eingehende Quantität so gering ist, daß
sie von den unter a. gestellten 2 Scheffel, und von den unter
b. benannten 1 Scheffel nicht übersteigt. | | | |
| 10 | Glas. | | | |
| | a) grünes Hohlglas (Glasgeschirr) | 1 Zentn. | — | 10 |
| | Anmerkung. Bei loser Verpackung werden 5 ½ Kubit-
fuß zu einem Zentner veranschlagt. | | | |
| | b) weißes Hohlglas aller Art, geschliffenes, geschnittenes,
vergoldetes, gemaltes, desgleichen alles massive und
gegossene Glas, Behänge zu Kronleuchtern von Glas,
Glasndöpfe, belegtes oder unbelegtes Spiegelglas, in-
gleichem Tafelglas, ohne Unterschied der Farbe | 1 dito. | — | 1 |
| 11 | Häute und Felle,
rohe, grüne und trockene, desgleichen rohe Haare | 1 dito. | — | 5 |
| 12 | Holz und Holzwaaren. | | | |
| | a) Holzbörte und Holzspöhlen | 1 Pferdes-
ladung | — | 5 |
| | b) hölzerne Hausgeräthe (Meubles) und andere Holzwa-
aren, welche gebeizt, lackirt oder polirt sind | 1 Zentn. | — | 1 |
| | c) ganz feine Holzwaaren; siehe kurze Waaren; | | | |
| | d) gepolsterte Meubles, wie Sattlerwaaren; | | | |

| Benennung der Gegenstände. | | Gewicht,
Maass, oder
Anzahl | Ab-
gaben-
Sätze
Zhl. fr. |
|----------------------------|---|-----------------------------------|------------------------------------|
| 13 | e) grobe Wörtcher- und Drechsler-, Korbflechter-, Tischler- und alle rohe oder blos gehobelte Holzwaaren, Wag-
ner-Arbeiten und Maschinen von Holz | 1 Zentn. | 5 |
| | Instrumente, musikalische, mechanische, mathematische,
optische, astronomische, chirurgische. | 1 dito. | 2 |
| 14 | Kalender, werden nach dem Stempelgesetz vom 7. März
1822 behandelt. Bei der Durchfuhr werden vom
Zentner 5 Sgr. erhoben. | | |
| 15 | Kalk und Gips (gebrannter) | 4 Scheffel oder
1 Tonne. | 5 |
| 16 | Karden oder Weberdisteln | 1 Zentn. | 5 |
| 17 | Kleider (fertige neue), dergleichen getragene Kleider
und Wäsche, beides letztere, wenn dergleichen zum
Verlauf eingeht | 1 dito. | 2 |
| 18 | Kupfer und Messing. | | |
| | a) geschmiedetes, gewalztes, geschlagenes, gegossenes zu
Geschirren, Blech, Dachplatten, gewöhnlicher Drath,
derselben polirte, gewalzte auch plattirte Tafeln und
Bleche | 1 dito. | 1 |
| | b) Waaren: Kessel, Pfannen und dergleichen, auch alle
sonstige Waaren aus Kupfer und Messing | 1 dito. | 2 |
| 19 | Kurze Waaren,
gefertigt ganz oder theilweise aus Alabaster, Bernstein,
Elfenbein, Glas oder Kristall, Horn, Holz, Knochen,
Lack, Leder, Papier, Perlmutter, Marmor, Meer-
schaum, edlen oder unedlen Metallen, Porzellan, Schild-
patt, echten oder unechten Steinen, Stroh; als: Blei-
und Rothstifte, Brillen, feine Bürsten, Dosen, feine
Drechslerwaaren, feine Eisengusswaaren, Fingerhüte,
Glaschmelz, Kämme, Klavierdrath, Knöpfe, Messer,
Näh- und Stecknadeln, sogenannte Nürnberger Wa-
ren aller Art, Parfümerie-Waaren, Pastellfarben
und Tusche in Flasen, Gläsern, Kästchen oder Tä-
felchen, Pfeifenköpfe und Pfeifenröhre, Scheeren,
Schmallen, feine Seife, Siegellack, Spielzeug, ganz
feine Tischlerarbeit, Stroh- und Bastgeflechte und Hüte, | | |

| Benennung der Gegenstände: | Gewicht,
Maß, oder
Anzahl | Ab-
gaben-
Sätze
Zoll.fr. |
|---|---------------------------------|------------------------------------|
| <p>feine Werkzeuge, Etais, Taschenuhren, Stuh- und Penduluhrn, Kronleuchter, Goldfäden, Goldblatt, lakirte Waaren; ferner Männer- und Frauenpuß, gehäkelt, gestrickt, Bonnets, Fächer, Blumen, Schmuckfedern, Spitzen, Posamentier-Waaren, feine Schuhe, Handschuhe, Perückenmacher-Arbeit</p> | 1 Zentn. | 2 — |
| <p>20 Leder, und daraus gefertigte Waaren:
 a) gelochtes Fahlleder, Sohlleder, Kalbleder, Sattlerleder, Stiefelschäfte, desgleichen Fuchten; ferner: samischgahres, weißgahres oder halbgahres, Korduan, Marokin, Cassian, Pergament
 Ausnahme: Halbgahre Ziegenfelle für inländische Cassian-Fabrikanten werden unter Kontrolle für die allgemeine Eingangsabgabe eingelassen.
 b) Schuhmacher- und Sattlerwaaren, auch Wagen, woran Leder- oder Polsterarbeit</p> | 1 dito. | 1 — |
| <p>21 Leinen, Leinwand und andere leinen-Waaren.
 a) ungebleichtes Garn.
 b) graue Packleinwand und Segeltuch.
 c) gebleichte, gefärbte oder gedruckte Leinwand, neue Wäsche, Zwilling, Tischzeug, Bänder, Batist, Kammerluch, Linon, Gaze, Strumpfwaren</p> | 1 dito. | 5 — |
| <p>22 Lichte, (Tal-, Wachs-, Waltrauf-).</p> | 1 dito. | 2 — |
| <p>23 Material- und Spezerei-, auch Conditormwaaren und andere Consumtibilien.
 a) Bier aller Art, auch Most und gegohrene Getränke aus Obst.
 b) Brantwein aller Art, auch Arrak, Rum, Franzbrantwein und versetzte Brantweine</p> | 1 Zentn. | 3 — |
| <p>Ausnahme: Brantweine, welche von Kaufleuten in größeren Quantitäten unmittelbar bei der Einfuhr zum Packhofslager deklarirt werden, entrichten, wenn sie</p> | 1 Zentn. | 1 10 — |

| Benennung der Gegenstände. | Gewicht,
Maß, oder
Anzahl | Ab-
gaben-
Sätze
Zbl. Gr. |
|---|---------------------------------|------------------------------------|
| demnächst in Quantitäten von mindestens einem Zent-
ner wieder ausgeführt werden, nur die allgemeine
Eingangsabgabe. | | |
| c) Essig aller Art | 1 Tonne zu
100 Quart. | 1 10 |
| d) Wein und Most | 1 Zentn. | 1 10 |
| Ausnahme: Großhändler, welche ein beständiges Lager
von mindestens 150 Orkhöfen halten, entrichten für
den, wenigstens in der Menge von vier Orkhöfen ein-
geführten Wein, nur die allgemeine Eingangs-Ab-
gabe. | | |
| e) Bier, Brannwein, Essig, Del und Wein oder Most
in Flaschen eingehend | 1 dito. | 5 — |
| f) Fleisch, frisches, ausgeschlachtetes, gesalzenes, geräu-
chertes; auch ungeschmolzenes Fett, Schinken, Speck,
Würste, desgleichen großes Wild | 1 dito. | 1 10 |
| g) Früchte, (Südfrüchte), frische und getrocknete, als:
Apfelsinen, Zitronen, Limonen, Pomeranzen und Pom-
meranzenschalen, Granaten, Datteln, Feigen, italie-
nische Kastanien, Korinthen, Rosinen, Mandeln | 1 dito. | 1 — |
| h) Gewürze, nämlich: Sternanis, Galgant, Ingwer,
Kardemomen, Cassia, Kubeben, Kümmel, Lorbeer-
und Lorbeerblätter, Muskatennüsse und Blumen (Ma-
cis), Nelken, Pfeffer, Piemont, Saffran, Vanille,
Zimmt und Zimmtcassia | 1 dito.
1 dito.
1 dito. | 1 —
1 —
1 — |
| i) Kaffee, Kaffeesurrogate | 1 dito. | 1 — |
| k) Kakao | 1 dito. | 1 — |
| l) Konfitüren, Zuckerwerk, eingemachte Früchte und Ge-
würze, desgleichen Eshokolade, Kaviar, Oliven, Pa-
steten, Sago, Tafelbouillon | 1 dito. | 1 — |
| m) Mehl, geschrotete oder geschälte Körner, Graup-
ries, Grütze, Kraftmehl, Nudeln, Puder, Stärke,
Brod und Backwerk, wird nach den Bestimmungen
des Gesetzes vom 30. Mai 1820 wegen der Mahl-
steuer §. 15. Litt. c. versteuert. | | |

| Benennung der Gegenstände. | | Gewicht,
Maß, oder
Anzahl | Ab-
gaben-
Erfte
Zbl. fgr. |
|----------------------------|--|---------------------------------|-------------------------------------|
| n) | Kelf | 1 Zentn. | 1 — |
| o) | Muschel, oder Schaalthiere aus der See, als: Auster, Hummern, Muscheln, Schildkröten. | 1 dito. | 1 — |
| p) | Salz (Kochsalz, Steinsalz), ist zum Verbrauch einzuführen verboten; bei gestatteter Durchfuhr, wird die Abgabe besonders bestimmt. | | |
| q) | Sirup | 1 dito. | 1 — |
| r) | Tabak, fabrizirter, und bearbeitete Blätter. | 1 dito. | 2 — |
| s) | Thee | 1 dito. | 1 — |
| t) | Zucker aller Art | 1 dito. | 1 — |
| 24 | Matten von Bast | 1 dito. | 5 — |
| 25 | Papier (graues lösch. und Pack.) | 1 dito. | 5 — |
| 26 | Felzwerk, Kürschner-Arbeit | 1 dito. | 2 — |
| 27 | Schießpulver | 1 dito. | 1 — |
| 28 | Seide. | | |
| a) | gefärbte und weißgemachte | 1 dito. | 1 — |
| b) | seidene und halbseidene Zeuge aller Art, desgleichen Strumpf- und Bandwaaren und Perinet von Seide | 1 dito. | 2 — |
| 29 | Seife, gemeine harte, weiße oder von anderer Farbe | 1 dito. | 1 — |
| 30 | Spiellkarten werden nach dem Stempelgesetz vom 7. März 1822 behandelt. Beim Durchgange werden 5 Sgr. vom Zentner erhoben. | | |
| 31 | Steinkohlen | 1 Pferdes-
ladung. | 5 — |
| 32 | Falg (eingeschmolzenes Thierfett) | 1 Zentn. | 1 10 |
| 33 | Theer, Daggert, Pech | 1 dito. | 5 — |
| 34 | Köpperwaaren. | 1 dito. | 2 — |
| a) | gemeine, als: Flaschen, Schmelztiegel etc. | 1 dito. | 5 — |
| b) | Porzellan, Steingut oder Fayence, desgl. irdene Pfeifen | 1 dito. | 2 — |
| 35 | Wich. | | |
| a) | großes, nämlich Pferde, Maulesel, Maulthiere, Esel, Ochsen, Kühe und Kinder. | 1 Stüd | 10 — |

| Benennung der Gegenstände. | Gewicht,
Maß, oder
Anzahl | Ab-
gaben-
Sätze
Tbl. gr. |
|--|---------------------------------|------------------------------------|
| b) kleines, und zwar: Schweine, Hammel, Schaaf, Ziegen, Kälber, Spanferkel
(Säugendes Vieh, welches der Mutter folgt, geht frei ein.) | 1 Stück | — 1 |
| 36 Wollé und wollene Waaren. | | |
| a) rohe Schaafwolle | 1 Zentn. | — 5 |
| b) wollene Zeuge, desgl. Zeuge von Haaren, und Zeuge von Haaren und Wollé, Strümpfe, Bänder, Schnüre, Teppiche, auch Hutmacher-Arbeiten | 1 dito. | 2 — |

Dritte Abtheilung.

Von den Abgaben, welche zu entrichten sind, wenn Gegenstände zum Durchgange angemeldet werden.

- 1) Der Durchgang von Waaren ist im Erfurtschen Gebiete nur auf den, durch die Stadt Erfurt laufenden Zollstraßen erlaubt. Alle übrige Straßen und Wege sind Nebenwege, und als solche für den Waaren-Durchgang verboten.
- a) Die Abgabe von Waaren, welche nach der zweiten Abtheilung für den Eingang zu entrichten ist, muß auch in der Regel beim Durchgange gezahlt werden, jedoch ist für den unmittelbaren Durchgang (ohne Lagerung) nur die Abgabe von Fünf Silbergroschen vom Zentner zu erheben, wenn die Eingangsabgabe höher ist. Diese Abgabe kann auch nach Pferdeladungen von der obersten Verwaltungsbehörde bestimmt werden.
- 3) Von der Durchgangsabgabe bleiben frei:
 - a) die in der ersten Abtheilung benannten Gegenstände;
 - b) die in der zweiten Abtheilung benannten, welche erweislich aus dem freien Verkehr innerhalb der Zolllinie abstammen, und die Erzeugnisse des Erfurtschen Landgbiets;
 - c) alle Gegenstände, von welchen auf einer andern Straße des Preussischen Gebiets eine höhere oder eine gleich hohe Durchgangsabgabe bereits entrichtet worden.

- 6) Die geringere auf der Straße von Heiligenstadt oder Leisungen über Langensalza entrichtete Durchgangsabgabe wird bei dem fernern Durchgange über Erfurt in Anrechnung gebracht.
- 5) Die in Erfurt gezahlte Durchgangsabgabe wird bei dem fernern Durchgange durch das Preussische Gebiet angerechnet, und daher wird, wenn die gleich oder geringer belasteten Straßen
 - a) über Lützen und Eckartsberga,
 - b) über Langensalza; Heiligenstadt oder Leisungen
 mit befahren werden, eine anderweite Durchgangsabgabe nicht erhoben.

Vierte Abtheilung.

Allgemeine Bestimmungen.

- I. Die angeordneten Eingangs- und Durchgangsabgaben werden nach den in der Zollordnung vom 26. Mai 1818 gegebenen Vorschriften erhoben und beaufsichtigt, auch begangene Vergehen nach den darin gegebenen Strafbestimmungen geahndet.
- II. Die Zahlung wird in Silberkurant geleistet.
- III. Die Eingangsabgaben werden unmittelbar nach dem Eingange der Waaren entrichtet, und eine unversteuerte Niederlegung derselben ist nur bei Branntwein gestattet.
- IV. Die Eingangs- und Durchgangsabgabe von Gegenständen, die nach dem Gewicht tarificirt sind, wird nach dem Bruttogewicht erhoben.
- V. Werden Waaren unter Begleitscheinkontrolle versandt, oder bedarf es zum Waarenverschluss der Anlegung von Bleien und Siegeln, so wird erhoben:

| | |
|---|-----------------|
| für einen Begleitschein | 2 Egr. — Pf. |
| für ein angelegtes Blei bei Waarenballen über 1 Zentner | — |
| für ein angelegtes Blei bei Waarenballen geringern Gewicht und für ein Siegel | — 6 . |
- VI. Es bleiben bei der Abgaben-Erhebung alle Quantitäten außer Betracht, die so gering sind, daß die tarismäßige Abgabe davon überhaupt nicht einen vollen Silbergroschen beträgt; ein größerer Gefällebetrag wird nur bis auf Einen halben Silbergroschen genau, die übrige Zahl Pfennige aber nicht erhoben und berechnet.
- VII. Ausländische Waaren, die im allgemeinen Tarif mit mehr als 15 Egr. Eingangsabgabe für den Zentner besteuert sind, können von den Haupt-Zoll-

ämtern und aus den öffentlichen Waaren-Niederlagen innerhalb der Zolllinie mit Begleitschein nach Erfurt abgefertigt werden. Aus Erfurt sollen dagegen ausländische Waaren in andere Provinzen des Staats mit Begleitscheinen nicht versandt, sondern beim Uebergang in das zum Zollverbände gehörige Gebiet, wie solche behandelt werden, welche unmittelbar aus dem Auslande eingeht.

VIII. Alle Gegenstände, welche erweislich aus dem freien Verkehr der Innerhalb der Zolllinie gelegenen Landestheile abstammen, sofern sie nicht der Mahl- und Schlachtsteuer unterworfen sind; ferner diejenigen, welche auf dem Landgebiete Erfurts erzeugt worden, jedoch mit Ausschluß derjenigen, welche in den Geseßen vom 8. Februar 1819 wegen Besteuerung des Branntweins rc., und vom 30. Mai 1820 wegen der Mahl- und Schlachtsteuer begriffen sind, gehen abgabenfrei in Erfurt ein. Eben so ist den aus Erfurt abstammenden Mehl- und Fleischwaaren, dem dort fabrizierten Viere und Branntweine, und allen andern dort aus inländischen Stoffen gefertigten Waaren der abgabenfreie Uebergang in den Zollverband gestattet.

Waaren, welche aus ausländischen Stoffen in Erfurt erweislich gefertigt worden, entsprechen dagegen, bei ihrem Uebergange in das geschlossene Land, die Eingangsabgabe für die dazu verwendeten ausländischen Stoffe, nach der allgemeinen Erhebungsrolle.

Berlin, den 3. October 1826.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

v. Mos.

eine anderweite Steuerverfassung für die vom Zollverbände ausgeschlossenen Landestheile des Erfurter Regierungs-Bezirks festzusetzen geruht.

Im Auftrage des Herrn Finanz-Ministers Excellenz bringe ich diese Allerhöchsten Bestimmungen zur allgemeinen Kenntniß, damit Jeder vom 1. Januar 1827 ab, wo solche in Kraft treten, sich gebührend darnach achte.

Magdeburg, den 30. October 1826.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director,
Sach.

B e k a n n t m a c h u n g.

Dem Publicum wird hiermit bekannt gemacht, daß die von Nordhausen auf Roßla führende neue Chaussee nach höherem Beschlusse eine Zollstraße bilden soll, und daher als solche bezeichnet werden wird.

Magdeburg, den 28. October 1826.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director,
Sach.

P e r s o n a l - C h r o n i k.

Am 2. September c. starb der Pfarrer M. Bormann zu Elster, Ephorie Bahna, im 74sten Jahre, und am 21. September c. der Pfarrer M. Frießel zu Clossen, Ephorie Zeitz, im 61sten Jahre.

Der Candidat des Predigtamts, Wilhelm Franz Philipp, ist als Pfarresubstitut zu Katharinenrieth, Ephorie Artern, und der Candidat des Predigtamts, Carl Friedrich Wilhelm Wilke, als Hülfsprediger bei der Propstei Elbden angestellt.

Der Pfarrer zu Kleinleiningen in der Grafschaft Stolberg-Rossla, Friedrich August Göbe, ist als Pfarrer nach Ober- und Unterschmon, Ephorie Freiburg; der Pfarrer zu Blönsdorf, Johann Friedrich Janetz, als Pfarrer nach Dohna, Ephorie Seyda; der Pfarrer zu Zweimen, Johann George Krehsehel, als Pfarrer nach Kayna, Ephorie Zeitz, und der Pfarrer zu Möderling, Christian Gottlob Bauer, als Pfarrer nach Zorbau, Ephorie Freiburg, versetzt.

Dem interimistischen Verwalter der Hospitalpredigerstelle zu Halle, Diaconus an der St. Moritzkirche daselbst, Friedrich Hefesiel, ist die Predigerstelle an dem neuen Hospital und Stadt-Krankenhaus zu Halle, nun definitiv übertragen worden.

A m t s - B l a t t
der
Königlichen Regierung zu Merseburg.
44. Stück.

Merseburg, den 11. November 1826.

B e k a n n t m a c h u n g.

Nachstehendes Rescript des Herrn Justiz-Ministers:

„Die General-Prozeß-Tabellen, welche eingeführt sind, um den Umfang der Geschäfte der einzelnen Gerichte übersehen zu können, gewähren keine vollständige Uebersicht, weil sich aus denselben nicht entnehmen läßt:

- a) wie viel vollständig regulirte Hypothekenbücher von den Gerichten zu führen sind, und wie viel Hypothekenbücher noch angelegt werden müssen. Dieß ist jedoch nur anzuführen, wenn schon Notizen darüber beim Gerichte vorhanden sind;
- b) wie viel Actus der freiwilligen Gerichtsbarkeit bei denselben im Laufe des Jahres vorgekommen, und
- c) wie viel Nachlaß-Regulirungen, außer denen, welche in den Vormundschäfts-Acten besorgt worden, schwebend gewesen sind.

Das Königl. Ober-Landes-Gericht wird angewiesen, künftig in die General-Prozeß-Tabelle die erforderlichen Nachrichten über diese Gegenstände aufnehmen zu lassen, und die Unterbehörden anzuweisen, Denselben die hiernach umgearbeiteten Spezial-Prozeß-Tabellen einzureichen.

Die pro 1827 einzureichenden General-Prozeß-Tabellen sind hiernach einzurichten.

Berlin, den 29. September 1826.

Der Justiz-Minister,
(gez.) Graf v. Dankelmann.

An
das Königl. Ober-Landes-Gericht
zu Raumburg.“

wird hierdurch den Untergerichten unseres Departements zur Nachricht und genannten Befolgung bekannt gemacht.

Raumburg, den 27. October 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

B e k a n n t m a c h u n g.

Durch die mit dem Königreiche Sachsen wegen mehrerer milden Stiftungen und Institute unterm 4. April-1825 abgeschlossene Convection ist dem Herzogthume Sachsen ein Antheil an dem Vermögen des Königl. Sächsischen Jagd-Wittwen- und Waisen-Fonds zugefallen. Da dieser aber schon vor dessen Auslieferung, theils zu jährlicher Befriedigung der genußberechtigten Wittwen und Waisen der im Bereiche des Herzogthums Sachsen angestellt gewesenen Königl. Forstbedienten, theils zu Verichtung der am 5. Junius 1815 im Herzogthume Sachsen unberichtigt ausgestandenen Bezüge, verwendet worden ist; so sind die auf jenen Fonds gewiesenen Unterstützungs-Gelder an 6 und resp. 12 Thaler jährlich, Behufs der künftigen Zahlung aus Staats-Cassen, auf den Staats-Pensions-Etat übernommen worden, und es werden die betreffenden Wittwen und Waisen mit dem Schlusse dieses Jahres benachrichtigt werden, auf welche Cassen ihre Befriedigung sowohl für das Jahr 1826, als für die Zukunft gewiesen worden ist. Demnächst sollen auch alle Ansprüche, welche Wittwen und Waisen ehemaliger, im Bereiche des Herzogthums Sachsen angestellt gewesener Forstbedienten, wegen unberichtigt gebliebener Unterstützungs- und Begräbnißgelder, aus dem Zeitraume sowohl vor als nach dem 5. Junius 1815 etwa noch zustehen sollten und bis jetzt noch nicht angemeldet worden sind, sofort berichtet werden, und es werden daher diejenigen, welche zu dergleichen Ansprüchen berechtigt sein dürfen, hiermit aufgefordert, sich spätestens bis zum

Ein und Dreißigsten Januar 1827

bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden, über die Ansprüche Liquidationen einzureichen und denselben die erforderlichen Beweismittel beizufügen. Alle, nach Ablauf vorstehenden Termins, nicht angemeldete Ansprüche, werden nicht weiter berücksichtigt, sondern für präcluidirt erachtet werden.

Merseburg, am 28. September 1826.

Im Höhern Auftrage:
der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Frelherr v. Breun.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Durch eine Verfügung des Herrn Finanz-Ministers Excellenz, vom 5. d. M., Nr. 135.
 sind wir benachrichtigt worden: daß sämtliche Untergerichte von den ihnen vor- Die Unter-
suchung wider
die Gewerbe-
Acree-De-
fraudanten
durch die Un-
tergerichte
best.
 gefassten Königl. Obergerichten im Allgemeinen beantragt sind, sich der Unter-
 suchung wegen Gewerbesteuer-Contraventionen gegen solche ausländische Häufler,
 deren persönliche Verhaftung von der Königl. Verwaltungs-Behörde für nöthig
 erachtet wird, sofort, als ihnen die Acten überliefert werden, auch dann zu un-
 terziehen, wenn die Strafe, mit Einschluß des Werths der confiscirten Sachen,
 auch die Höhe von Hundszug Thalern überschreitet, in welchem letztern Falle
 jedoch die Acten zur Abfassung des Erkenntnisses an die Obergerichte einzuschicken sind,
 Wir bringen dieß hierdurch zur Kenntniß der Steuer-Erhebungs-Behörden
 unsers Departements, und weisen dieselben gleichzeitig an, vorkommenden Falls
 von dem hiernach zugesicherten gerichtlichen Beistande Gebrauch zu machen.

Merseburg, den 27. October 1816.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung der Finanzen.

Des Höchstseeligen Kaisers Alexander Majestät haben eine Medaille zum Nr. 136.
 Andenken an den ersten Einzug in Paris im Jahre 1814 zu stiften geruht, Medaille zum
Andenken an
den ersten
Einzug in
Paris betr.
 und das Recht, diese Medaille zu tragen, auf alle Militär-Elassen, sowohl
 in als außer der Front, ausgedehnt, welche unter den activen Truppen des
 Russischen Heeres im Jahre 1814 bis zum 12. März, sowohl bei den Russischen
 Armeen in Frankreich, als in den von jenen abgetheilt agirenden Corps bei
 der Polnischen Armee, unter dem Commando des General Grafen v. Bennigsen
 und in den zur Blockade verschiedener Festungen detachirten Corps, wirklich
 gedient haben.

Es sollen über die hiernach zur Tragung gedachter Medaillen berechtigten
 Individuen genaue Listen angefertigt werden, und wir fordern demnach alle Orts-
 behörden hiermit auf, nach geschäner Bekanntmachung in ihren Communen,
 diejenigen, welche sich nicht mehr im Militäirdienste befinden, und zum Empfang
 dieser Medaille einen Anspruch zu haben glauben, in eine, nach dem nachstehen-
 den Schema angelegte Liste einzutragen und solche bei dem Landrath des Krei-
 ses einzureichen, welcher eine daraus zusammengestellte Kreis-Liste unfehlbar
 binnen 4 Wochen, oder eine Vacat-Anzeige, bei uns einzureichen hat.

Die Herren Landräthe werden besonders auf genaue Angaben der Truppen-
 theile, bei denen die berechtigten Individuen in der Russischen Armee gedient
 haben, zu halten angewiesen. Uebrigens können auch diejenigen Personen, nur
 in einer besondern Abtheilung, in den Listen aufgenommen werden, die zu der
 angegebenen Zeit bei der Russisch-Deutschen Legion gedient haben.

Merseburg, den 28. October 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

| Nr. | Truppentheil,
in welchem sie zu-
setzt in der Königl.
Preuß. Armee ge-
dient haben. | (Jetzige)
Chargé
(in der Königl.
Preussischen
Armee.) | Vor- und Zu-
name. | Alter.

Jahr. | Vaterland | |
|-----|---|---|-----------------------|---------------------|-------------|----------|
| | | | | | Geburtsort. | Provinz. |
| | | | | | | |

| Charge,
in der sie zuletzt | Truppentheil,
in dem sie zuletzt | Bis wie lange sie
in der Kaiserlich
Russischen Armee
gedient haben. | Bemerkung. |
|---|--|---|-------------------|
| bei der Kaiserlich Russischen Armee
gedient haben. | | | |
| | | | |

Nr. 137.

Das Haus-
ten zur Jahr-
marktszeit
betr.

Es ist wahrzunehmen gewesen, daß man bisher den fremden Verkäufern, zur Jahrmarktszeit, ohne Unterschied nachgelassen hat, ihre Waaren durch Umhertragen in den Straßen und Häusern feil zu bieten, dieselben mochten mit einem Hausirgewerbschein versehen sein oder nicht. Dieß kann jedoch, nach den befalligen nähern Bestimmungen der Königl. Hohen Ministerien des Innern und der Finanzen, fernerhin nicht mehr statt finden, und es muß daher fremden, mit einem Hausirgewerbschein nicht versehenen Händlern, auch zur Jahrmarktszeit unterlagt bleiben, im Orte umher zu ziehen, und ihre Waaren in den Häusern anzubieten; wogegen es aber solchen fremden Händlern, nach wie vor, freisteht, auf den Jahrmarktplätzen selbst, ihre Waaren zum Verkauf zu stellen, und anzubieten; wie es ihnen gut dünkt. Wir bringen diese Vorschrift hiermit zur allgemeinen Kenntniß und weisen die Ortsbehörden an, über deren Befolgung genau zu halten, auch die, Behufs des Jahrmarktsbesuchs, sich bei ihnen anmeldenden Händler darauf ausdrücklich zu verweisen.

Merseburg, den 31. October 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung der Finanzen.

Nr. 138.

Die Berech-
nung der per-
sönlichen Zu-
lagen und ex-
traordinairen
Besoldungen
betr.

Nach einem neueren Beschlusse des Königl. Staats-Ministeriums sollen die Gehalts-Zuschüsse und extraordinären Besoldungen, welche in den Etats in der Colonne:

„zum Aussterbe-Etat“

auszuwerfen sind, nicht, wie man früher beabsichtigte, für Rechnung der General-Staats-Casse gezahlt und dieser ausgerechnet, sondern bei denjenigen Cassen und Verwaltungen selbst definitiv verausgabt werden, auf deren Etats dieselben gehören.

Indem wir diese Bestimmung hierdurch bekannt machen, bemerken wir, in Gemäßheit des dießfälligen Normativ-Rescripts Eines Hohen Finanz-Ministeriums vom 23. September d. J. I. 6735, zugleich, daß in den Cassen-Büchern, Extracten, Abschlüssen und Rechnungen die in Rede stehenden, fünfzig wegfallenden Besoldungen und Besoldungs-Zulagen gleichwohl in besondern Columnen nachgewiesen werden müssen, damit sich deren Betrag nach dem Soll, Ist und Rest, in gleichen die Ersparnisse, daraus übersehen lassen — wie des unterm 10. Mai d. J. im 20sten Stück des dießjährigen Regierungs-Amtsblatts sub Nr. 80. vorgeschriebene Rechnungs-Schema für den Besoldungs-Titel näher nachweist und dazu Anleitung giebt. Nur ändert sich die in dem erwähnten Schema enthaltene Bemerkung wegen der Aussterbe-Gehälter dahin ab, daß deren Betrag nicht von den Gesamt-Ausgaben in Abzug zu bringen, sondern unter der Colonne 10. des Schema's bei der Recapitulation der Ausgaben ganz zu übertragen und resp. von den Ueberschüssen abzurechnen ist; dergestalt,

daß nur die reinen Ueberschüsse, welche nach erfolgter Bestreitung aller, sowohl der fortdauernden, als der zum künftigen Wegfall bestimmten Verwaltungsausgaben, übrig bleiben, weiter abgeführt werden.

Besondere Aussterbe-Etats werden hiernach gar nicht gefertigt, und eben so versteht es sich von selbst, daß es besonderer Quittungen über die persönlichen Befoldungs-Zuschüsse, welche bisher auf den Pensions- und Wartegelder-Etats gestanden haben und nunmehr von diesen abgesetzt sind, wenn sie gleich auf d. betreffenden Special- und Verwaltungs-Etats noch nicht haben übernommen werden können und daher für das laufende Jahr oder bis sie etatsmäßig werden, in der Colonnie „zum Aussterbe-Etat“ außeretatsmäßig vorausgabt werden müssen, nicht weiter bedarf.

Merseburg, den 1. November 1826.

Königlich Preussische Regierung.

Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Für die Königl. Regierungen ist es von Wichtigkeit, gleich beim Eingange Nr. 139. der Sachen ersähen zu können, welcher der jetzt bestehenden vier Abtheilungen der Die Bemerkung der Unter-
Gegenstand angehört. Auf Antrag derselben werden daher sämtliche Unter-
Gerichte unser Departements hierdurch angewiesen, bei ihren Verichten an die tergerichte, welcher Ab-
Königl. Regierung über eingeleitete Todeserklärungen, oder wegen erbloser Verlas- theilung der
schaften, oder bei allen andern zur Sprache zu bringenden Gegenständen zum Königl. Re-
Zweck der Wahrnehmung der fiscalischen Rechte, jederzeit zu bemerken, ob das gierung solche
von dem Fiscus in Anspruch zu nehmende Vermögen einem Militair angehört, Gegenstände
oder ob anderweit ein Militair bei der Sache concurrirt, oder endlich, ob ein angehören,
Militair, der nicht im Preuss. Militairdienste stand, dabei interessirt ist, und in wobei die leg-
welchen Diensten derselbe gestanden. tere concu-
rirt.

Naumburg, den 17. October 1826.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht.

B e k a n n t m a c h u n g.

Die angefertigten Hypotheken-Eintragungs-Tabellen, als Grundlagen der künftigen Hypothekenbücher über die in folgenden Dörfern:

- | | |
|---|---|
| 1) in Lüberitz, Größ und Ködgen,
Herzogl. Anhalt-Deßauschen An-
theils; | 8) in Burgkennitz; |
| 2) in Salzfurth, Thalheim und Ea-
pelle; | 9) in Neu-Pouch und Gofa; |
| 3) in Schlerau; | 10) in Niemeck, von Seydewitzschen
Antheils; |
| 4) in Möst; | 11) in Rampsien; |
| 5) in Priorau; | 12) in Kenneritz; |
| 6) in Groß-Möhlau; | 13) in Reuden; |
| 7) in Altjesnitz, nebst der Kunze-
schen Schenke in Köitzsch; | 14) in Köitzsch, von Hoyerschen An-
theils; |
| | 15) in Wolsen, und |
| | 16) in Ischepkau, |

belegenen Rüstical-Besitzungen mit Pertinenzien, so wie die Landungs-Tabellen über

- A. die walgenden Grundstücke in der Altenmark, unterm Gericht Salzfurth;
- B. die walgenden Grundstücke unterm Gericht Neu-Pouch;
- C. die walgenden Grundstücke in Gräfen- und Hungersdorf-Mark unterm Gericht Rampsien, und
- D. die walgenden Grundstücke unterm Gericht Köitzsch, von Hoyerschen Theils,

liegen zur Ansicht und Anbringung etwaniger Erinnerungen, Seiten der Interessenten, während der beiden Monate November und December d. J., in des unterschriebenen Justitiarii Gerichtes-Expedition zu Bitterfeld, Vormittags von 8 bis 12 und Nachmittags von 2 bis 6 Uhr, bereit. Nach Ablauf des Decembermonats können jedoch Erinnerungen nicht weiter berücksichtigt werden, daher die betreffenden Interessenten jene Frist zu beachten haben.

Bitterfeld, am 9. October 1826.

Der Justitiar der Gerichte über vorgenannte Dörfer,
Koppe.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

45. Stück.

Merseburg, den 18. November 1826.

Allgemeine Gesefsammlung.

Das 15te Stück der allgemeinen Gesefsammlung enthält unter

- Nr. 1029. Vertrag zwischen Sr. Majestät dem Könige von Preußen und Sr. Durchlaucht dem Fürsten zur Lippe, wegen der Gefälle, welche an der äußern Grenze des Königlich Preussischen Gebiets von dem Verkehre der darin eingeschlossenen Fürstlich lippeschen souverainen Gebietscheile lipperode, Cappel und Grevenhagen erhoben werden. Vom $\frac{2}{17}$ ten Junius 1826.
- Nr. 1030. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 15. September 1826, betreffend die Aufhebung des Pfarrzwanges in der Niederlausiz.
- Nr. 1031. Bekanntmachung, betreffend die Unzulässigkeit der Anträge auf Subhastation zur Deckung der in Steuer-Defraudationen erkannten Geldbußen. Vom 8. October 1826.
- Nr. 1032. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 21. October 1826, wegen Erhebung der Kanalgefälle vom Flößholze bei den Bielawer, Gro-mader, der Bromberger Stadt- und den Bromberger Kanal-Schleusen.
- Nr. 1033. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 23. October 1826, durch welche der landespolizei-Behörde für diejenigen Provinzen, in welchen das Gesef vom 28. October 1810, wegen der Mühlenge-rechtigkeit, Anwendung findet, die Befugniß und Verpflichtung beigelegt wird, den Bau und die Veränderung einer auf fremde Mahlgäste berechneten Mühle zu versagen.

B e k a n n t m a c h u n g.

Des Königs Majestät haben, auf Ansuchen der Gewerkschaft der Mansfeld-schen Berg- und Hüttenwerke, mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 30. Mai d. J. zu genehmigen geruht, daß von einem Theile ihres gewonnenen Silbers, einem uralten Gebrauche gemäß, eine Quantität sogenannter Ausbeute-Thaler geprägt werden, in welchen die aufkommende Ausbeute bezahlt werden soll.

In Folge dieser Allerhöchsten Genehmigung sind in der hiesigen Königl. Münze und nach Vorschrift des Gesetzes über die Münzverfassung in den Königl. Preussischen Staaten vom 30. September 1821, dergleichen Ausbeute-Thaler geprägt worden, welche demnach weder im Feingehalte noch im Gewichte irgend einen Unterschied, auch sonst keine andere Abweichung von der Form gegen die übrigen nach dem allegirten Gesetze ausgeprägten Thaler haben, als daß auf dem Revers statt des Königl. Wappens die Worte:

Segen des
Mansfelder
Bergbaues

beschriftlich sind; diese werden von derselben Inschrift eingefasst: (Ein Thaler XIV Eine F. M.) welche bei den übrigen Preussischen Thalern das Königl. Wap-pen einschließt.

Da jene Ausbeute-Thaler gleich allen andern Preussischen Thalern überall in Circulation kommen können, so wird vorstehendes hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 15. October 1826.

Die Staats-Minister,
(gez.) von Schuckmann. von Lottum.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß des Publicums gebracht,

Merseburg, den 8. November 1826.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g.

Des Königs Majestät haben geruht, einige Abänderungen in den Bestimmungen der Heberolle vom 19. November 1824 erläuternd zu verordnen, welche, in Gemäßheit der Festsetzung §. 26. des Gesetzes vom 26. Mai 1818, hiermit bekannt gemacht werden und wonach vom 1. f. J. an zu verfahren ist.

- 1) Von Rotheisen, welches nach der zweiten Abtheilung Artikel 6. Litt. a der Ausgangs-Abgabe von 15 Sgr. für den Centner unterworfen

war, ist künftig in den östlichen Provinzen nur eine Ausgangs-Abgabe von

Sieben Sgr. 6 Pf. für den Centner zu entrichten.

- 2) Art. 33. Nr. 2. sind auch die in die westlichen Provinzen eingehenden Steinkohlen mit der Eingangs-Abgabe von Drei Sgr. für den Centner betroffen.

Ausnahmen hiervon treten auf der Grenzlinie von Grottenrath bei Weilenkirchen (Hauptamts-Bezirk Wassenberg) bis Twisteden bei Randsweiler (Hauptamts-Bezirk Kaldenkirchen) einschließlich der auf beide Orte führenden Zollstraßen ein, auf welcher Grenzstrecke die bisherigen Eingangs-Abgaben von Einem Sgr. für den Centner Steinkohlen ferner erhoben werden.

- 3) Der in der Heberolle Abschnitt VI. Nr. 2. auf 5 Sgr. für den Centner festgesetzte Zollsatz für die Waarendurchfuhr auf dem Straßenzuge über Lützen und Eckartsberga wird mit der in Erfurt zu erhebenden Durchgangs-Abgabe vereinigt und auf den Betrag von

Fünf Sgr. für den Centner festgesetzt.

Berlin, den 27. October 1826.

Der Finanz-Minister,
(843.) von M o s.

Vorstehende Bestimmungen Sr. Excellenz des Herrn Finanz-Ministers werden hierdurch zur Kenntniß des Publicums und der Hebestellen hiesiger Provinz gebracht, und haben letztere, so weit dieselben davon betroffen, vom 1. Januar 1827 ab, hiernach zu verfahren.

Magdeburg, den 6. November 1826.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director, —
E d.

A u f f o r d e r u n g.

Sämmtliche Polizei-Behörden und die Königliche Gendarmerie werden, auf Veranlassung des Königlichen Ministerii des Innern und der Polizei, hierdurch aufgefordert, auf die wegen demagogischer Umtriebe berüchtigten, und den hierunter befindlichen Signalements näher bezeichneten Advocaten,

Heinrich Carl Georg Hofmann
und
Georg Rühl,

aus Darmstadt, von welchen jener 31 und dieser 33 Jahr alt ist, ganz besonders aufmerksam zu sein, selbige, im Fall sie die diesseitige Provinz betreten sollten, anzuhalten, und unter sicherer Bedeckung an das Königliche Polizeipräsidium in Berlin abliefern zu lassen, die erfolgte Festhaltung aber zugleich dem genannten Königlichen Ministerio anzuzeigen.

Magdeburg, den 30. October 1826.

Der Geheime Staats-Minister
v. Klewiz.

Persons-Beschreibung des Advocaten Hofmann.

Größe: fünf Fuß, sechs Zoll.
Figur: schlank.
Haltung: gerade und gewandt.
Sprache: deutsch.
Stimme: sanft.
Gesicht: schmal.
Haare: kurz abgeschnitten.
Augen: mittel.
Nase: klein und spiz.
Zähne: weiß und vollständig.
Kinn: spiz.

Ansehen: kränklich.
Mundart: nähert sich dem süd-deutschen Dialect.
Gesichtsfarbe: etwas blaß.
Farbe der Haare: blond.
Farbe der Augen: blau.
Mund: klein.
Im Vordermunde: ist Alles vollständig.
Bart: röthlicher Backenbart, der bis unter den Hals geht.
Besondere Kennzeichen: keine.

Persons-Beschreibung des Advocaten Rühl.

Größe: fünf Fuß, acht Zoll.
Figur: schlank.
Haltung: gerade, doch neigt er den Kopf ein klein wenig nach vorn.
Sprache: deutsch.
Stimme: Tenor.
Gesicht: schmal, stark pothenarbig.
Haare: kurz abgeschnitten und anliegend.
Augen: bräunlich.
Nase: gewöhnlich und etwas spiz.

Zähne: vollständig und weiß.
Kinn: spiz.
Ansehen: finster.
Mundart: neigt sich zum süd-deutschen Dialect.
Gesichtsfarbe: schwarzbraun.
Farbe der Haare: schwärzlich.
Mund: gewöhnlich.
Im Vordermunde: vollständig.
Bart: fehlt.
Besondere Kennzeichen: keine.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Auf Befehl des Königl. Ministerii der Geistlichen-, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten und in Folge ergangener Circular-Rescripte vom 1. Junius d. J., wird, in Betreff der Wahlsfähigkeitsprüfungen und Anstellungen angehöriger Schullehrer, Nachstehendes hierdurch zur allgemeinen Kenntniß und Nachachtung bekannt gemacht.

Mr. 140.
Die Wahl-
fähigkeits-
Prüfungen u.
Anstellungen
angehöriger
Schullehrer
betr.

- 1) Die Wahlsfähigkeits-Prüfungen sowohl der Zöglinge der Schullehrer-Seminare, als auch derer, welche nicht in einem Seminare zum Schulstande vorbereitet worden sind, werden künftighin, wie bereits seit einigen Jahren geschehen, stets in dem Hauptseminare zu Weissenfels gehalten, und zuvor in diesen Blättern jedesmal angekündigt werden.
- 2) Diejenigen, welche, ohne in dem Hauptseminare vorbereitet zu sein, zu diesen Prüfungen zugelassen zu werden wünschen, haben sich deshalb bei der unterzeichneten Abtheilung der Königl. Regierung zu melden, und dabei:

- a) ihr Taufzeugniß;
 - b) ein ärztliches Zeugniß, daß sie die Blatternkrankheit überstanden haben, auch sonst gesund und nicht mit chronischen Uebeln befaßt seien;
 - c) Zeugnisse über den genossenen Schulunterricht und über ihre bisherige Vorbereitung zum Schulstande;
 - d) Zeugnisse der Ortsbehörde und des Pfarrers über bisherigen unbescholtenen Lebenswandel und über ihre moralische und religiöse Qualification zum Schulumte;
 - e) einen von ihnen selbst verfaßten Lebenslauf,
- einzureichen.

(Da noch unbestimmt ist, zu welcher Zeit die nächste Wahlsfähigkeits-Prüfung Solcher, die in keinem Seminare gebildet worden, Statt finden wird, so sind Anmeldungen dazu, in vorbemerkter Art, nicht eher einzureichen, als bis darüber eine besondere Bekanntmachung im Amtsblatte erschienen sein wird.)

- 3) In allen Fällen, wo bei Schulen Königl. Patronats oder bei unconfirmirten Schulstellen ein mit einem angemessenen Wahlsfähigkeitszeugnisse versehener Schulumte-Candidat zuerst angestellt wird, soll künftighin vorzugsweise auf die aus dem Hauptseminare entlassenen Zöglinge Rücksicht genommen, und so lange, als noch dergleichen für die zubesetzende Stelle in gleichem Maasse qualifisirte Individuen vorhanden

sind, kein auf andere Weise zum Schulamte vorbereitetes Subject dazu genommen werden.

- 4) Gleiche Verpflichtung sollen in der Regel diejenigen Gemeinden haben, welchen bei Besetzung von Schulstellen ein Wahl- oder Präsentations-Recht zusteht. Auch den Privat-Collatoren wird empfohlen, unter den Schulamts-Candidaten vorzugsweise Seminaristen zu vorziehen. Daß aber überhaupt Schulstellen nur solchen Bewerbern verliehen werden dürfen, welche, dafern sie nicht bereits seit längerer Zeit eine Schulstelle bekleidet haben, mit einem angemessenen Wahlfähigkeitszeugnisse versehen sind, ist bereits bekannt.
- 5) Alle erste Anstellungen wahlfähiger Schulamts-Candidaten sollen künftig nur provisorisch auf ein bis drei Jahre erfolgen, und sie sollen nach Ablauf dieser Frist eine definitive Anstellung nur alsdann zu gewärtigen haben, wenn von den ihnen vorgesetzten Schul-Inspectoren und Superintendenten ihre Amtstüchtigkeit bezeugt wird.
- 6) Nach Befinden und Ermessen der unterzeichneten Regierung, welche hierzu mit Instruction versehen ist, werden die sonach provisorisch Angestellten, nach Ablauf ihrer Probejahre, Behufs ihrer definitiven Anstellung, entweder zu einer abermaligen Prüfung an das Hauptseminar gewiesen, oder, dem Befinden nach, auch ohne dieselbe in ihrem Amte bestätigt werden.
- 7) Jeder für wahlfähig erklärte Schulamts-Candidat hat, so lange er noch nicht als Schullehrer angestellt ist, der unterzeichneten Regierung seinen Aufenthaltsort und dessen etwaige Veränderung anzuzeigen. Dieselbe Anzeige ist auch dem Superintendenten der Eparchie, in der er sich aufhält, zu machen. Die Herren Superintendenzen aber haben über solche Schulamts-Candidaten besondere Aufsicht zu führen, und über Beschäftigung, Fortbildung und Lebenswandel derselben im Monat Februar jeden Jahres Bericht an die unterzeichnete Abtheilung der Königl. Regierung nach Art der gewöhnlichen Conduiten-Listen zu erstatten.
- 8) Wer aus einem Seminare verwiesen ist, oder dasselbe von nun an eigenmächtig und ohne Abgangszeugniß verlassen hat, soll in keinem Falle zur Wahlfähigkeitsprüfung und also noch viel weniger zu einem Schulamte zugelassen werden.

Hienach haben Alle, welche es angeht, sich zu achten, und wir wiederholen hierbei nur noch die früher bereits gegebene Anweisung an diejenigen, welche sich bei uns um erste Anstellung in einem Schulamte melden, daß sie in ihren Writtschreiben das Jahr und Datum, unter welchen ihnen ihr Wahlfähigkeitszeugniß ausgestellt worden, jedesmal genau anzugeben, auch ein Zeugniß des

Superintendenten der Epchorie, in welcher sie sich aufhalten, über ihre Tüchtigkeit und ihr Verhalten beizufügen haben.

Merseburg, den 28. September 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Da noch immer nicht von allen Herren Pfarrern unsere im vorjährigen Nr. 141. Amtsblatt St. 39. erneuerte Verordnung wegen der Trauung minderjähriger Personen befolgt wird, so sehen wir uns genöthigt, die Bestimmungen derselben zur genauesten Beobachtung wiederholt einzuschärfen. Trauung minderjähriger Personen betr.

Ob schon es übrigens sich von selbst versteht, daß mit dem Aufgebot eines Brautpaares nicht eher der Anfang gemacht werden darf, als bis feststeht, daß gegen die Trauung irgend ein gesetzliches Hinderniß nicht vorhanden ist, weil außerdem Personen aufgeboden werden könnten, die zu ihrer Verheirathung keine Erlaubniß erhalten, so erinnern wir doch auch dieß und setzen fest, daß jeder Pfarrer, der dieser Bestimmung entgegen handelt und eine minderjährige Person aufbietet, bevor das obervormundschaftliche Gericht schriftlich seine Einwilligung zu deren Verheirathung ertheilt hat, eine Ordnungsstrafe von 5 Thlr. zu zahlen hat.

Merseburg, den 10. November 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Nach einem von dem Königlichen Justiz-Ministerio an uns erlassenen Rescripte soll in Fällen, wo ein zur Geld- und eventuell Freiheits-Strafe und in die Untersuchungskosten Verurtheilter die von ihm offerirte oder durch Execution beigetriebene Zahlung ausdrücklich auf die Geldstrafe leistet, dieselbe, namentlich alsdann, wenn der Verurtheilte unvermögend ist, die Geldstrafe und die Untersuchungskosten zusammen zu bezahlen, nicht auf die letzteren, sondern zuvörderst auf die Geldstrafe abgerechnet werden; welches dem Untergerichten und Inquisitionen unsers Departements zur Nachachtung hierdurch bekannt gemacht wird. Nr. 142. Verfahren bei Geldstrafen und Untersuchungskosten.

Raumburg, den 10. October 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht vom Sachsen.

B e k a n n t m a c h u n g,

die Anschließung des untern Herzogthums Vernburg an das
Preußische indirecte Steuer-System betreffend.

Die zur Ausführung des im 1ten Stück der Gesetz-Sammlung bereits publicirten Vertrages vom 17. Junius c., wegen Anschließung des untern Herzogthums Vernburg an das Preußische indirecte Steuer-System Höchsten Orts verfügten Anordnungen, werden in Folgendem zur Kenntniß des dabei interessirten Publici gebracht.

Wo die bisherige, an der Grenze des Calbeschen Kreises von Osten kommende Binnenlinie die von Magdeburg nach Halle führende Chaussee trifft, zieht sie sich an derselben bis bei Waldbau vor Vernburg fort, verläßt dann dieselbe und folgt dem Wege, welcher von Waldbau um die Ziegelscheune führt über den Anger vor dem Schießhause und der Brücke vor dem Nienburger Thor vorbei bis an die Saale, geht dann quer über diese weg den Berg hinauf bis an die Ecke der Kirchhofs-Mauer, längs dieser weiter auf dem Fußstege bis an die Dröbelsche Chaussee, an dieser hinauf bis zum Chaussee-Hause, wo sie sich wieder an die Chaussee anlegt und sich an der östlichen Seite derselben bis zur Preußischen Grenze bei Unter-Preißen hinauf und dann an der Landes-Grenze bis an die Saale und weiter an dieser hinauf bis an die Fähre bei Wettin und dann in der bisherigen Richtung auf Deutleben und weiter fortzieht.

Die bisher den Controll-Bezirk gegen das Amt Coswig begrenzte Binnenlinie fällt mit jenem weg und tritt an deren Stelle diejenige, welche sich vom rechten Elb-Ufer an der Landes-Grenze zwischen dem Preußischen Gebiete und dem Amte Coswig bis auf den Punkt fortzieht, wo ohnweit des Dorfes Strachwitz die von Wittenberg kommende Chaussee die Landesgrenze durchschneidet und geht dann weiter auf der Chaussee über Groß-Margehns, Ruden, Belgig und weiter mit der Binnenlinie im Potsdamer Regierungs-Bezirk fort.

Zu Dröbel, wie auch zu Coswig, ist ein Neben-Zoll-Amt 1ster Classe errichtet, mit unbeschränkten Hebe- und Abfertigungs-Befugnissen, Hinsichts der zu Wasser eingehenden Gegenstände, für den Landtransport aber mit den gewöhnlichen Befugnissen, nach Vorschrift der Verordnung vom 19. November 1821, pag. 14. pos. 6a.

Die von diesen Ämtern gedeckten Zoll-Straßen sind allein

- a) für Dröbel die Straße nach Vernburg;
- b) für Coswig die Straße über Klieken, wo ein Anlageposten befindlich ist, und die Straße von der Coswiger Fähre, beide nach Coswig.

Für Reisende, ferner für Gegenstände, welche nach der Hebe-Kolle mit nicht mehr als 4 Thlr. pro Centner belegt sind, und für Vieh ohne Unterschied, bedarf es auf der von Magdeburg nach Halle führenden, den Controll-Bezirk

von Unter-Preißen an, durchschneidenden Chaussee und umgekehrt, keiner Be-
zettelung, höher besteuerte oder östlich von Bernburg in den Controll-Bezirk
gehende Gegenstände, erhalten resp. bei der Controll-Stelle zu Bernburg, wel-
che auch mit den Abfertigungen, Behufs der Waaren-Controlle im Innern,
beauftragt ist, und bei dem Haupt-Steuer-Amte zu Halle die nöthige Be-
zettelung.

Sollen Gegenstände in den westlichen Kontroll-Bezirk vor Queblinburg
und Halberstadt ic. geführt werden, so muß die Bezettelung bei dem Unter-
Steuer-Amt zu Aschersleben genommen werden.

Bei der Verschiedenheit der Abgabe von dem in beiderseitigen landestheil-
len fabrizirten Bier und Branntwein und gebaueten Taback wird, wenn der-
gleichen Bier aus dem Preussischen in das Bernburgsche Gebiet gebracht wird,
solches im ersten Bernburgschen Orte, den es passiert, bei der Ortsbehörde an-
gemeldet, und davon eine Nachsteuer von Funfzehn Silbergroschen pro Tonne
von 100 Berliner Quart, gegen Quittung, die als legitimisation für den etwa-
nigen weitem Transport dient, entrichtet.

Wenn dagegen verglichen Branntwein aus dem Bernburgschen in das
Preussische, mit obrigkeitlichen Ursprungs-Bescheinigungen versehen, eingeführt
wird, so wird davon eine Nachsteuer pro Berliner Quart, je nachdem derselbe

- a) auf Herzoglich Bernburgschen Domainen,
- b) in städtischen Brennereien, oder
- c) in andern Brennereien

fabrizirt worden, im Falle

- zu a. von Zehn Silberpfennigen,
- zu b. von Einem Silbergroschen Einem Silberpfennig,
- zu c. von einem Silbergroschen Sechs Silberpfennigen

entrichtet.

Geht dagegen im Bernburgschen Gebiet gebaueter Taback in das Preussische
über, so wird davon eine Abgabe von Einem Thaler pro Zentner ent-
richtet.

Die Importation des Branntweins und Tabacks darf nur über die Hebe-
stellen zu Cönnern, Alsleben, Aschersleben und Staßfurt, aus dem Amte Cos-
wig aber nur in der Art geschehen, daß die Zahlung der Nachsteuer bei dem
Zoll-Amte zu Coswig vor der Importation erfolgt.

Geht Bier, Branntwein und Taback aus den enklavirten Aemtern San-
dersleben und Warmisdorf ein, so wird davon für die Tonne (100 Berliner
Quart) Bier Zwanzig Silbergroschen, für das Quart Branntwein Ein Sil-

bergroschen Sechs Pfennige und für den Zentner Taback Ein Thaler an Steuer erhoben.

Auf Brantwein, welcher aus dem diesseitigen Gebiet in das Bernburgsche und die vorgedachten Enklaven versandt wird, wird keine Gefälle-Bonifikation ertheilt.

Als Folge dieser Anordnungen sind aufgehoben

- 1) die Kontroll-Ämter und Ansage-Posten in der Barriere Nr. IV. der von Magdeburg nach Halle führenden Chaussee, zu Cochstedt, Ermsleben, Hertzstädt, Eiersleben, Groß-Schierstädt und Paradies;
- 2) die Neben-Zoll-Ämter II. als solche zu Staßfurt, Ober-Wiederstädt und Unter-Peißen;
- 3) die Neben-Zoll-Ämter I. als solche zu Neugattersleben, Aschersleben, Altleben, Cönnern und Klein-Wittenberg, und gehen die Geschäfte dieses letztern, mit Ausnahme der Elb-Zoll-Erhebung, welche dem Haupt-Zoll-Amte Mühlberg übertragen ist, an das Neben-Zoll-Amt I. zu Coswig über.

Die Verwaltung der Grenz-Zoll-Angelegenheiten im Amte Coswig, ist dem Haupt-Zoll-Amte Wittenberg und im übrigen Theile des untern Herzogthums Bernburg, dem Haupt-Zoll-Amte Warby beigelegt worden.

Magdeburg, den 28. October 1826.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director,
Sack.

B e k a n n t m a c h u n g .

Es erfolgen von Zeit zu Zeit nicht nur von Königlichen, sondern auch von Patrimonial-Gerichten Bekanntmachungen in öffentlichen Blättern, daß Hypotheken-Tabellen über Grundstücke in ihren Registraturen, zur Einsicht der Interessenten und Anbringung etwaiger Erinnerungen dazegen, bereit liegen.

Von der Fürsorge der Vormünder und Curatoren unsers Bezirks gegen ihre Pflegebefohlene und Curanden können wir nun zwar erwarten, daß, wo diese mit hypothekarischen Forderungen oder andern Real-Rechten concurriren, sie von selbst durch Einsicht der betreffenden Tabellen das Interesse derselben wahrnehmen, und dabei besonders ihr Augenmerk auf den Platz richten werden, den jene Real-Ansprüche in den neuen Hypotheken-Büchern erhalten sollen; wir finden uns aber gleichwohl veranlaßt, sie im Allgemeinen an ihre dießfallige Obliegenheit zu erinnern, indem wir sie zugleich auf die Verantwortlichkeit aufmerksam machen,

welche sie sich zuziehen, wenn sie dabei, zum Nachtheil ihrer Pflegebefohlenen oder Curanten, etwas versäumen.

Wittenberg, den 7. November 1826.

Königl. Preuß. Land-Gericht.

B e k a n n t m a c h u n g.

Fabrikanten des Inlandes, welche Zeichnungen von Maschinen für ihren eigenen Gebrauch zu besigen wünschen, wovon sich die Originale oder Modelle in der Sammlung der Königlichen Gewerbe-Deputation befinden, können selbige in einem beliebigen Maaßstabe und in beliebiger Ausführung erhalten, wenn sie sich deshalb in portofreien Briefen an mich wenden und ein hiesiges Handlungshaus nachweisen, welches die Zeichnungen in Empfang nimmt und dem Zeichner seine von mir beglaubigte Kostenrechnung bezahlt.

Berlin, den 1. November 1826.

Deuth,

Geheimer Ober-Finanz-Rath.

B e k a n n t m a c h u n g.

Die bei Regulirung des Hypothekenwesens im Dorfe Eptingen anzufertigenden interimistischen Eintragungs-Tabellen sind sämmtlich angefertigt und können bis zum 1. Januar 1827 von Jedermann, der ein Interesse dabei hat, in dem Geschäfts-Local des unterzeichneten, zu Nebra wohnenden Justiciar eingesehen werden.

Eptingen, den 24. October 1826.

Herrlich Muckersches Patrimonial-Gericht.

H. G. Edenberg, Justiciar.

P e r s o n a l - C h r o n i k.

Am 17. October ist der Pfarrer zu Troßin, Ephorie Torgau, Justus Gottsfried Ehrenhaus, gestorben.

Merseburg, den 15. November 1826.

R a t h w e i s u n g

der

im Monate October 1826

auf den größten Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestan-
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürf-
nisse, ingleichen der Rauch-Fourage.

| Namen
der
Marktplätze. | G e t r e i d e. | | | | | | | | H ü l s e n f r ü c h t e. | | | | | | Rauchfutter. | | | | | | | | | | | | | | | |
|------------------------------|--------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|-------|--------|----------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|-----------------|--------|---------|--------|----------|--------|----|----|----|----|----|----|---|----|----|---|
| | Weizen | | Roggen | | Gerste | | Hafer | | Hirse | | Erbfen | | Linfen | | Kartof-
feln | | Heu | | Stroh | | | | | | | | | | | |
| | der Preussische Scheffel | | | | | | | | der Preussische Scheffel | | | | | | Schßl. | | à Cent. | | à Schock | | | | | | | | | | | |
| | ℥ | fa. 3. | ℥ | fa. 3. | ℥ | fa. 3. | ℥ | fa. 3. | ℥ | fa. 3. | ℥ | fa. 3. | ℥ | fa. 3. | ℥ | fa. 3. | ℥ | fa. 3. | ℥ | fa. 3. | | | | | | | | | | |
| 1 | Merseburg | 1 | 5 | 11 | 1 | 5 | 10 | — | 24 | 4 | — | 20 | 2 | — | — | — | 25 | — | 1 | 25 | — | 20 | — | 25 | — | 4 | — | | | |
| 2 | Halle | 1 | 15 | 1 | 1 | 6 | 5 | — | 28 | 1 | — | 26 | 3 | 4 | 10 | — | 1 | 15 | — | 2 | 5 | — | 15 | — | 20 | — | 5 | — | | |
| 3 | Naumburg | 1 | 7 | 1 | 1 | 5 | 7 | — | 22 | 11 | — | 18 | — | 2 | 15 | — | 1 | 12 | — | 2 | 15 | — | 1 | — | 1 | — | 2 | 4 | 5 | 4 |
| 4 | Torgau | 1 | 10 | — | 1 | 5 | 8 | — | 23 | 9 | — | 19 | 5 | 3 | 10 | — | 1 | 20 | — | 5 | 20 | — | 10 | — | 20 | — | 5 | — | | |
| 5 | Wittenberg | 1 | 12 | 6 | 1 | 6 | 3 | 1 | 5 | 2 | — | 25 | 11 | — | — | — | 1 | 18 | 9 | 2 | 20 | — | 18 | 9 | 22 | 6 | 5 | 7 | 6 | |
| 6 | Eisleben | 1 | 9 | 5 | 1 | 5 | 8 | — | 28 | 8 | — | 25 | 6 | 4 | — | — | 1 | 10 | — | 1 | 10 | — | 15 | — | 25 | — | 3 | 18 | 9 | |
| 7 | Zeitz | 1 | 9 | — | 1 | 11 | — | — | 20 | 9 | — | 16 | 9 | 2 | 20 | — | 1 | 5 | — | 1 | 20 | — | 15 | — | 22 | 6 | 4 | 20 | — | |
| 8 | Querfurt | 1 | 7 | 6 | 1 | 2 | 6 | — | 25 | — | — | 20 | — | 3 | 20 | — | 1 | 7 | 6 | 1 | 7 | 6 | — | 20 | — | 20 | — | 3 | 10 | — |

Merseburg, den 4. November 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

46. Stück.

Merseburg, den 25. November 1826.

B e k a n n t m a c h u n g.

Der ehemals Sächsische, jetzt Preussische verloosbare, im Leipziger Neujahresmarkte des Jahres 1764 ausgestellte, mit Litt. A. und Nr. 120. bezeichnete, auf die Summe von Eintausend Thalern Conventionsgeld, so wie auf jeden Inhaber lautende und den Erben der zu Niedertrebra im Großherzogthume Weimar verstorbenen Marie Sophie Brand gehörige Steuer - Credit - Cassen - Schein, soll nebst dem Talon d. d. Michael 1811 und den beiden Coupons pro Ostern und Michael 1814 im Jahre 1813 durch fremdes Militair geraubt worden sein und nunmehr auf Antrag der gedachten Erben, Befuß der Amortisation, öffentlich aufgeboten werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche sowohl auf gedachten Steuerschein, als auf den dazu gehörigen vorbemerkten Talon nebst Coupons, aus irgend einem Grunde, einen Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich in dem Zeitraume von jetzt bis mit Michael 1829 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, den 16. November 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident
Friedrich v. Brenn.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Das Königl. Ministerium des Innern hat mittelst Rescripts vom 22. v. Nr. 143. M. erklärt: daß die in unserer Bekanntmachung vom 15. August d. J. (Amts-Die Comp-blatt 1826, S. 267. Nr. 120.) angezogene Verfügung desselben vom 6. Mai tenz bel 26-

ge. Contraventions-Sachen betr.

b. J. lediglich das Chausseegeld. Contraventions-Verfahren in den Rhein-Provinzen zum Gegenstand habe. Hiernach ist rücksichtlich des hiesigen Regierungsbezirks die früher bestandene Einrichtung über die Competenz in Wege-Contraventions-Sachen unverändert wieder hergestellt; was hierdurch zur Kenntniß des Publicums und der betreffenden Behörden gebracht wird.

Merseburg, den 15. November 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 144.

Die Ertheilung schriftlicher Zeugnisse an abziehende Gefinde betr.

Nach der Gefindeordnung vom 8. November 1810, §. 171.

(Gesetz-Sammlung Jahrg. 1810, S. 119, und Amtsblatt Jahrg. 1817, Stück 5, Nr. 35, S. 82.)

ist jede Herrschaft schuldig, dem Gefinde ein schriftliches, der Wahrheit gemäßes Zeugniß über seine geleisteten Dienste, beim Abzuge zu ertheilen.

Das Königliche Ministerium des Innern und der Polizei hat sich gegenwärtig bewogen gefunden, diese Gesetzes-Stelle dahin zu declariren,

daß die Herrschaft nur verbunden ist, diesen schriftlichen Abschied dem Gefinde alsdann zu ertheilen, wenn es dessen Ausstellung verlangt, woraus denn folgt, daß das Gefinde auch den zu einem solchen Gefindescheine erforderlichen Stempel mit 5 Sgr. zu bezahlen habe.

Dies hebt nun aber die bestehende Verordnung der Gefindeordnung §. 9. u. §. 11. nicht auf, sondern es ist jedes Gefinde, welches schon vermiethet gewesen, schuldig, bei der neuen Vermietzung, derjenigen Herrschaft bei welcher es sich von neuem vermiethet, auf Verlangen nachzuweisen, daß die Verhältnisse zu der bisherigen Dienstherrschaft der anderweitigen Vermietzung nicht entgegen stehen, so wie die Herrschaft beim Antritt des neuen Dienstes eines schon vermiethet gewesenem Gefindes verbunden ist, sich den Abschied der letzten Herrschaft, bei Vermietzung der angeordneten Strafe von 1 bis 10 Thlr. zur Orts-Armen-Casse, vorzeigen zu lassen.

Wir haben dieses hierdurch zur allgemeinen Kenntniß bringen wollen.

Merseburg, den 16. November 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g.

Nr. 145.

Die Liquidirung kleiner

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster, von den Königl. Hohen Ministerien des Innern und der Finanzen mir. unter'm 20. v. M. mitgetheilten

Cabinettsordre vom 17. October c. zu genehmigen geruht, daß, obgleich jetzt die sonst bei Reisen mit der ordinairn Post üblich gewesenen Trinkgelder weggelassen, die zur Extrapost nicht berechtigten Officianten, welche in Dienstangelegenheiten mit der ordinairn Post reisen, zu anderen kleinen Nebenausgaben ferner, wie bisher, 5 Sgr. pro Station à 2 Meilen liquidiren dürfen.

Nebenausgaben & Dienstreisen v. Seiten des Officianten betr.

Den von dieser Bestimmung betroffenen Zoll- und Steuerbeamten der Provinz Sachsen wird solches bekannt gemacht, um vorkommenden Falles ihre Reklamationen demgemäß aufzustellen.

Magdeburg, den 15. November 1826.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director,
Sach.

B e k a n n t m a c h u n g.

Die Geseße verordnen, daß jedes Fuhrwerk den Posten und Extraposten auf den Ruf des Posthorns, bei Strafe von Fünf bis Fünfzig Thaleru, ausweichen soll.

Diese gesetzlichen Bestimmungen, welche nach eingegangenen Anzeigen in verschiedenen Oegenden nicht gehörig beachtet werden, werden hierdurch in Erinnerung gebracht. Di-jenigen, welche dawider handeln, haben die für sie daraus entstehenden nachtheiligen Folgen sich selbst zuzuschreiben.

Berlin, den 9. November 1826.

G e n e r a l - P o s t - A m t.
v. Nagler.

B e k a n n t m a c h u n g,

die bei der Feuerpolizei-Einrichtung vorgekommenen Personal-Veränderungen betreffend.

Im Torgauer Kreise sind nachstehende Veränderungen bei dem Personale der Feuerpolizei-Commissarien und deren Stellvertreter eingetreten:

1) Im 1sten Bezirke ist an die Stelle des verstorbenen Stellvertreters, Obrichters Köhler, der Rittergutsbesitzer, Herr Lieutenant Herrmann in Großwig, zum Stellvertreter bestellt worden.

2) Im 7ten Bezirke ist wegen des weiten Umfanges desselben in der Person des Rittergutsbesitzers, Herrn von Egidy in Köhnitz, ein 2ter Stellvertreter, so wie

3) im 13ten Bezirke, für den abgegangenen Commissarius, Herr Oberamtmann Sander zu Lichtenburg, der bisherige Stellvertreter desselben, der Land-Schulze Herr Schäfer in Großtreben, zum Commissarius, und der Richter Herr Thielemann in Arien zum Stellvertreter ernannt worden ist.

Merseburg, den 17. November 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g,

die Einrichtung des Hypotheken-Wesens in dem Königl.
Preuß. Herzogthume Sachsen betreffend.

Von den, in dem nachstehenden Verzeichnisse aufgeführten exemten Gütern in dem Königl. Preuß. Herzogthume Sachsen, sind die Hypotheken-Tabellen, welche sämtliche drei Rubriken in sich fassen, fertig geworden, und können während des Zeitraums vom 1. December d. J. bis 31. Januar k. J. in unserm Hypotheken-Archive von den Interessenten eingesehen werden:

Wir fordern dieselben, mit dem Bedeuten, dazu auf, daß, nach Ablauf des gedachten zweimonatlichen Zeitraums, keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Naumburg, den 17. November 1826.

Königl. Preuß. Ober-landes-Gericht von Sachsen.

V e r z e i c h n i s s.

Reichlicher Kreis:

Das Rittergut Burgwahl zu Kieburg; das Rittergut Storkwitz.

Eckartsbergaer Kreis:

Das Rittergut Bucha; das Rittergut Klosterhäsler; das Rittergut Oberhelbrungen.

Langensalzaer Kreis:

Das Rittergut Wenigen-Tennstädt; das Rittergut Ushoven.

Sangerhäuser Kreis:

Das vormalig Stiegleber-Wegsche Gut zu Sangerhausen; der Sattelhof zu Bornstedt; das Rittergut Agnesdorf.

Schweinitzer Kreis:

Das Rittergut Osterode.

Weissenfeer Kreis:

Das von Oldershausen'sche Rittergut zu Gebesee.

B e k a n n t m a c h u n g:

Das Königl. Ober-Landes-Gericht von Sachsen bringt hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß, hinsichtlich der, in dem nachstehenden Verzeichnisse benannten eremten Güter das Hypotheken-Buch vollendet und der Erwerb neuer Hypotheken-Rechte, in Gemäßheit des §. 14. des Hypotheken-Patents vom 16. Junius 1830, nunmehr lediglich nach den Vorschriften des allgemeinen Land-rechts, der allgemeinen Gerichts-Ordnung und der Hypotheken-Ordnung zu bestimmen ist.

Raumburg, den 17. November 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

V e r z e i c h n i s s.

Delitzscher Kreis:

Das Rittergut Queiß; das Rittergut Isehlitz; das Rittergut Rosenfeld; das Rittergut Tiefensee; das Rittergut Lemsel; das vormal's Müllersche Rittergut Berg vor Eilenburg.

Bitterfelder Kreis:

Das Rittergut Groß-Möhlau; das Rittergut Neupouch; die Domaine Greppin; das Rittergut Zscheppau; das Rittergut Schlöna; das Rittergut Eßeln mit den Dörfern Eßeln, Möst und Werderthau.

Wittenberger Kreis:

Das Rittergut Großwig; das Rittergut Segrehna sten Theils.

Raumburger Stadt-Kreis:

Das am Domplatze zu Raumburg gelegene, vormal's von Ponikauische Freihaus, Curia Martini genannt.

Zeitzer Kreis:

Die biesseitigen Lehnstücke des Majorats Meuselwitz; das Rittergut Braunschain; das Rittergut Hohenkirchen; das Rittergut Rayna.

Merseburger Kreis:

Die zu dem Rittergute Lochau gehörigen Stift-Merseburg'schen Lehnstücke; das Rittergut Niederbeuna; das Rittergut Unterfrankleben.

Weissenfeller Kreis:

Das Rittergut Posern mit dem Dorfe Söffen; das Rittergut Deuben; das Rittergut Großhelmsdorf.

Quersfurter Kreis:

Das Rittergut Stöbnitz; das Rittergut Leiba; das Rittergut Schalkendorf; das Rittergut St. Ulrich; das vormal's Bergersche Rittergut Möckerling; das Rittergut Möckerling, Taubenheim'schen Antheils; die Oberschäferei zu Iodersleben; das sonst Moitnersche Rittergut Geißelröhlitz; das sonst loosische Rittergut Geißelröhlitz; das von Breitenbausch'sche Rittergut Geißelröhlitz; das vormal's Rostig'sche Rittergut Obhausen-Johannis; das vormal's Dankelmann'sche Rittergut Obhausen-Johannis; die in Roszbacher Flur gelegene halbe Mannlehnshufe des Christian Carl Schröter; die in Roszbacher Flur gelegene halbe Mannlehnshufe des Joh. Gottfried Lütich; die in Roszbacher Flur gelegene halbe Erblehnshufe des Joh. Christian Wölter; die in Roszbacher Flur gelegene ganze Erblehnshufe der Geschwister Ebisch; die in Roszbacher Flur gelegene halbe Erblehnshufe der verehelichten Meißer, geb. Ungebauer; die in Roszbacher Flur gelegene halbe Mannlehnshufe des Christian Albrecht; die in Roszbacher Flur gelegene halbe Erblehnshufe der verehelichten Walter, geb. Jänisch; die in Roszbacher Flur gelegene halbe Mannlehnshufe des Joh. Tobias Meißer.

Edardsbergaer Kreis:

Das vormal's Germarsche Rittergut zu Gorsleben; das vormal's Hofmann'sche Rittergut zu Gorsleben; der Schieferhof zu Albeichtingen.

Langensalzaer Kreis:

Das Rittergut zu Thamsbrück, die Burg genannt.

Sangerhäuser Kreis:

Das vormal's Hoffmann'sche Rittergut zu Brücken; das Schloßgut zu Brücken; das Haack'sche Rittergut zu Brücken; das Salzaische Rittergut zu Brücken; die Salzische freie Hofstätte zu Brücken; das Brückensche oder Großwerthern'sche Rittergut zu Brücken; das Drosiengut in Kelbra; das Sandermann'sche Freigut in Kelbra; die Pistorius'sche Ritter-Mannlehnshufe in Kelbra; die in der Flur des Städtchens Brücken gelegenen 3 Zedderischen Ritterhufen; das Erblehn-Rittergut am Elbischen Thiere bei Berga; das Rittergut Verrungenhöfen; das Rittergut Thürungen; das Freigut in Berga; das Rittergut Zillda; die Wertherschen 5 Hufen Landes zu Ustrungen; die Jechaburg'schen Hufen zu Uchleben; der Ziegelhof zu Windehausen.

Ziegenröder Kreis:

Die Lehnspertinenzien zu Bertewitz, Bodelwitz, Eröspa und Schmorda;
das Gut oder Vorwerk Eßbach.

Schleußinger Kreis:

Das Rittergut Aschenhof; das Rittergut Keulroda.

Weissenfeer Kreis:

Das Rittergut zu Lützenfömmern, das Schloßchen genannt; das vermals Lünzelsche Rittergut zu Lünzenhausen; das vormals Meurerische Rittergut zu Lünzenhausen; die Selmnitzschen 5 Mannlehnhusen in der Flur des Dorfs Ottenhausen; der Siedelhof zu Ottenhausen; das Rittergut zu Ottenhausen; das Rittergut zu Ottenhausen, nebst den vormals Kugleb-Hausischen und Vorchfeldschen Erblehngütern daselbst; das Rittergut Obertoppstädt; die vormals Kugleb-Hahnischen Allobial-Rittergüter zu Niedertoppstädt; das Erblehngut zu Niedertoppstädt; das Mannlehnsgütlein zu Niedertoppstädt; zwei Hufen freie Erbländerei in Groß- und Kleinballhäuser Flur; das Rittergut Kleinballhausen; der Siedelhof zu Kindebrück; die zu den Gütern in Großfahern gehörigen 12 Acker Wiesen.

B e k a n n t m a c h u n g .

Wir machen, mit Bezugnahme auf §. 7. der Allerhöchsten Verordnung vom 16. Junius 1820, die Einrichtung des Hypothekensystems im Herzogthume Sachsen betreffend, und in Beziehung auf die Allerhöchsten Cabinets-Ordres vom 8. November 1822, 23. März 1823 und 5. April 1824, hierdurch bekannt, daß bei uns die vorgeschriebenen interimistischen Hypotheken-Tabellen von den sämtlichen, in den hiesigen beiden Vorstädten gelegenen, unserer Realgerichtsbarkeit unterworfenen Besitzungen nunmehr vollendet sind, und die in der Hypotheken-Ordnung aufgestellten drei Rubriken in sich fassen.

Wir fordern daher die beteiligten Interessenten auf, diese Tabellen während des Zeitraums vom 1. December 1826 bis ult. Januar 1827 in unserm Hypotheken-Archive einzusehen und ihre etwaigen Erinnerungen dagegen anzubringen, mit der Andeutung, daß nach Ablauf dieses Zeitraums keine Erinnerungen mehr angenommen werden können.

Wieshe, den 14. November 1826.

Freiherzlich Werthernisches Kreis-Vericht.

Köhlau.

Personal-Chronik.

Der invalide Unterofficier, Gottfried Hühne, ist, nach dem Tode des 1ten Criminal-Voten Balthasar und dem Aufrücken des 2ten Criminal-Voten Berbig in die erste Stelle, als 2ter Criminal-Vote bei dem Inquisitoriat zu Halle am 21. Julius d. J. angestellt.

Der Aufscultator, Carl Julius Alexander Mollard, ist den 1. September d. J. zum Ober-landes-Gerichts-Referendar hierseibst ernannt.

Der Aufscultator, Peter Friedrich Pape, ist den 15. September d. J. zum Actuar bei dem Gerichts-Amte des 1ten landbezirks Erfurt, an die Stelle des pensionirten Actuars Blas, ernannt.

Der bisherige interimistische Actuar zu Eilenburg, Schreck, ist zum Actuar bei dem Gerichts-Amte zu Schilbau, an des pensionirten Rosenstengel Stelle, und der Aufscultator, Carl Rödel, ist zum Gerichts-Amts-Actuar in Eilenburg, unter dem 18. September d. J. ernannt.

Der Ober-landes-Gerichts-Secretair Weiblich hierseibst, ist unter dem 19. September d. J. zum lehns-Archivar bei dem hiesigen Ober-landes-Gericht ernannt.

Der bisherige landgerichts-Assessor, Carl August Meißner zu Torgau, ist unter dem 22. September d. J. zum Ober-landes-Gerichts-Assessor hierseibst ernannt, bleibt jedoch an das landgericht Torgau deputirt; dem Criminal-Richter Petersen zu Quersfurt, ist durch die Allerhöchste vollzogene Bestallung vom 29. September d. J., der Charakter als Criminal-Rath verliehen worden.

Die Aufscultatoren, Carl Gustav Dieze und Carl Friedrich Heinrich Georg August Freiherr von Hanstein, sind den 5. October d. J. zu Ober-landes-Gerichts-Referendarien hierseibst befördert.

Der Aufscultator, Herrmann von Ziegeler, ist von dem Stadtgericht zu Berlin unter dem 6. October d. J. zum land-Gericht hierher versetzt.

Der Candidat der Rechte, Carl August Schlockwerder, ist den 13. October d. J., der Candidat der Rechte, Rittmeister Carl Eduard von Bode, ist den 24. October d. J., und der Candidat der Rechte, Stephan Otto Richter, ist den 27. October d. J. als Aufscultator angestellt.

Raumburg, den 3. November 1826.

Königl. Preuß. Ober-landes-Gericht von Sachsen.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

47. Stück.

Merseburg, den 9. December 1826.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

Des Königs Majestät haben geruhet, das nach der diesseitigen Bekanntmachung vom 10. Junius 1824, unterm 21. Mai desselben Jahres an sämtliche Königl. Unterthanen erlassene Verbot, auf der Universität Tübingen zu studiren, bei den gegenwärtig auf dieser Universität bestehenden Einrichtungen, durch die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 11. v. M. aufzuheben.

Magdeburg, den 5. November 1826.

Der Geheime Staats-Minister
v. Klewiz.

Der zum Bischof von Paderborn erwählte und bestätigte bisherige General-Vicar in Hildesheim und Dom-Capitular in Paderborn, Herr Freiherr von Ledebur, hat seine Würde nunmehr angetreten.

Magdeburg, den 19. November 1826.

Der Geheime Staats-Minister
v. Klewiz.

B e k a n n t m a c h u n g .

Der ehemals Sächsishe, jetzt Preussische verloosbare, im leipziger Neujahresmarkte des Jahres 1764 ausgestellte, mit Litt. D. und Nr. 5352 bezeichnete, auf vier Summe von Einhundert Thaler Conventionsgeld, so wie auf jeden Inhaber lautende, und den Erben der Rosine Elisabeth Winkler geborne Thiem zu Paschwitz im Merseburger Regierungs-Bezirk, gehörige Steuer-Credit-

Cassen-Schein soll angeblich im Jahre 1817 bei Gelegenheit, als die Wohnung der genannten Winkler in Flammen aufgegangen, vernichtet, davon jedoch der Salon mit Coupons gerettet worden sein, und nunmehr auf Antrag der Erben, Behufs der Amortisation, öffentlich ausgebaut werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht und werden diejenigen, welche auf gedachten verlorenen oder vernichteten Steuerscheinen aus irgend einem Grunde Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich in dem Zeitraume von jetzt bis mit Michael 1829 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, den 28. November 1826.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden,

der Königl. Preuß. Regierung, Präsident
Freiherr v. Brenn.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nr. 146.

Die Auffe-
bung der pers-
önlichen Erb-
unterthänig-
keits-Verhält-
nisse in den
vormals säch-
sischen Lan-
destheil, etc.

Als Ergänzung unserer Bekanntmachung vom 31. December 1824, Amts-
blatt von 1825, Nr. 2, bringen wir hierdurch zur Kenntniß des Publicums:

daß nach der erfolgten Declaration des §. 8. des Gesezes, die Aufhe-
bung der Erbunterthänigkeit in den vormals Königl. Sächsl. landes-
theilen betreffend, vom 18. Januar 1819, Nr. 512 der Gesezsam-
lung für das Jahr 1819, Seite 21, unsere Bestimmung zu 2 der obli-
gen Bekanntmachung dahin sich abändert, daß nicht blos von erst an-
ziehenden, sondern auch von bereits angezogenen und innewohnenden
Hausgenossen und Miethern, das in dem mehr erwähnten Geseze ange-
ordnete Schutzgeld, als Beihilfe zu den Lasten der Gerichtsbarkeit, ent-
richtet werden muß.

Hierbei bleibt es gleichwohl den Verpflichteten unbenommen, wenn sie sich
dazu nicht schuldig erachten, dieß im Wege Rechtsens geltend zu machen.

Merseburg, den 25. November 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 147.

Die Ausrei-
chung neuer
Zins-Coup.

Vom 2. Januar 1827 ab soll die Series V. der Zinscoupons zu den
Staatsschuldsscheinen ausgegeben werden.

Das dabei stattfindende Verfahren ist folgendes:

I

Die Ausreichung geschieht in Berlin bei der Controle der Staats-Papiere, Series V.
auf Staats-
schuldsscheine
bez.
Tanzenstraße Nr. 30, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, und zwar auf die Staats-
Schuldsscheine:

| Nr. | 1 bis | 15,000 vom | 2. bis | 6. Januar |
|------------------------|-----------|------------|------------|-----------|
| • 15,001 • | 30,000 • | 8. • | 13. • | |
| • 30,001 • | 45,000 • | 15. • | 20. • | |
| • 45,001 • | 60,000 • | 22. • | 25. • | |
| • 60,001 • | 75,000 • | 1. • | 3. Februar | |
| • 75,001 • | 90,000 • | 5. • | 10. • | |
| • 90,001 • | 105,000 • | 12. • | 17. • | |
| • 105,001 und drüber • | | 19. • | 24. • | |

Jeder, welcher Coupons zu erheben hat, specificirt seine Staats-Schuldsscheine nach Nummer, Litt. und Nennwerth, und zwar in der Ordnung, welche die Zahlenfolge der Nummern ergiebt. Er versieht diese Specification mit seiner Namens-Unterschrift, welcher Stand, Wohnung und Datum hinzuzufügen ist, und übergiebt sie mit den Original-Staats-Schuldsscheinen der Controle der Staatspapiere, bei welcher gedruckte Formulare zu jenen Specificationen unentgeltlich schon gegenwärtig verabreicht werden.

Die Beamten werden sich bemühen, einen Jeden, so weit es nur irgend möglich ist, sofort abzufertigen; wenn es die Menge der Arbeit aber nicht gestattet, den Tag bestimmen, an welchem diejenigen, die nicht abgefertigt werden können, sich mit ihren Staats-Schuldsscheinen anderweitig einzufinden haben. Erlauben es die Umstände, so wird auch ohne Rücksicht auf die bezeichnete Reihenfolge mit der Extrablition, jedoch in der Voraussetzung und in dem Vertrauen verfahren, daß durch diese blos zum Besten des Publicums abzweckende Einrichtung weder ein die Geschäfte störender Andrang, noch überhaupt unbillige Anforderungen veranlaßt werden, um so mehr, als das Ausreichungs-Geschäft mit dem 24. Februar 1827 keinesweges geschlossen, sondern für diejenigen, welche die Erhebung dieser neuen, so wie vielleicht einer ältern Coupon-Serie bis dahin zu bewirken verhindert waren, nach wie vor fortgesetzt wird.

Wir müssen auch hier die frühere Erinnerung wiederholen, daß weder die Controle der Staats-Papiere, noch die dabei angestellten Beamten, noch weniger aber die unterzeichnete Haupt-Verwaltung der Staatsschulden sich mit irgend Jemand über die Ausreichung der Zinscoupons in Briefwechsel einlassen können, weshalb im Voraus alle Gesuche dieser Art abgelehnt werden und unberücksichtigt bleiben müssen.

Was zur Erleichterung des Publicums hierunter geschehen kann, besteht darin, daß:

II.

Auswärtige, denen es hier in Berlin an Bekannthschaft fehlt, ihre Staats-schuldscheine zur Einlegung der Zinscoupons entweder an die nächste Regierungs-Haupt-Casse, oder an die ihnen zunächst gelegene Kreis-Casse einreichen können. Wer dazu geneigt ist, muß es aber ungesäumt und spätestens bis Ende Februar 1827 thun, auch seinen Staatsschuldscheinen zwei, in oben beschriebener Art eingerichtete Verzeichnisse derselben beifügen. Die genannten Cassen übersenden dann die Staatsschuldscheine unter portofreier Rubrik an die Controle der Staats-Papiere, welche auf denselben die Zinscoupons abstempelt und diese mit den Staats-schuldscheinen zur unentgeltlichen Extradition an die einsendende Casse zurück-schickt.

III.

Wer die neuen Zinscoupons, oder eine frühere Series derselben in Leipzig zu erheben wünscht, zigt solches baldigst, spätestens aber bis Ende Januar 1827 dem dortigen Handlungshause Frege und Comp. an, und giebt denselben dabei ein doppeltes Verzeichniß seiner Staatsschuldscheine, nach Nummer, Litt. und Nennwerth, wie es oben vorgeschrieben ist, worauf sodann die darnach verlangten Zinscoupons unentgeltlich verschrieben werden, und in der Zeit vom 15. bis letzten Februar 1827 bei unserm, im Comptoir des gedachten Handlungshauses zu Leipzig alsdann anwesenden Commissarius kostenfrei abzuheben sind, zu welchem Ende ihm aber sodann auch die Original-Staatsschuldscheine vorgelegt werden müssen, um die Coupons darauf abzustempeln.

Wer diese Gelegenheit nicht benutzet, oder die verschriebenen Coupons, während der so eben bezeichneten Zeit, in Leipzig nicht abhebt, kann dieselben nicht mehr thun, sondern nur in Berlin bei der Controle der Staats-Papiere erhalten.

IV.

Schließlich bringen wir hierbei abermals in Erinnerung, daß von den, am 9. September 1824, am 1. März und am 31. August 1825 verloosten, und durch die Staats-Zeitung vom 11. September 1824, 1. März und 3. September 1825, so wie durch die übrigen Berliner Zeitungen und Intelligenz-Blätter vom 15. September 1824, 5. März und 3. September 1825, außerdem aber durch sämtliche Amtsblätter der Monarchie, nach ihren Nummern, Littera und Geld-Beträgen öffentlich bekannt gemachten Staatsschuldscheinen, unserer jedesmal vor dem Auszahlungs-Termine, und zuletzt noch unterm 12. April d. J. in den Berliner Zeitungen vom 24. desselben Monats, erlassenen besondern Aufforderung ungeachtet, noch immer eine sehr beträchtliche Anzahl, nämlich 2260 Stück über zusammen 525,900 Thlr. nicht zur Realisirung präsentirt worden sind. Da diese Staatsschuldscheine, den desfalligen früheren Bekanntmachungen gemäß, nicht weiter verzinst, sondern zum vollen Nominal-Wertthe baar ausgezahlt werden, so sind dieselben nicht mit unsern den übrigen, zu welchen Coupons

ausgereicht werden, sondern Behufs der Quittirung über ihren Capitalbetrag, abgesondert zu specificiren und bei der Controle der Staats-Papiere einzureichen.
Berlin, am 7. November 1826.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

In Gemäßheit vorstehender Bekanntmachung Einer Hochlöblichen Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden, Artikel II., werden die hiesige Regierungs-Haupt-Casse und sämtliche Kreis-Cassen unseres Verwaltungs-Bereichs hiermit angewiesen, die bei ihnen eingehenden Staats-Schuldscheine zu sammeln und dieselben, unter Zurückbehaltung der, nach dem im 50sten Stück Seite 401 unsers Amtsblatts pro 1822 vorgeschriebenen Muster gefertigten Specificationen und der Correspondenz, mit welcher sie ihnen übermacht worden, von acht zu acht Tagen bei der Königlich Controlle der Staats-Papiere zu Berlin mittelst Designation, aus welcher

- | | |
|---|-----------------------------|
| 1) Nummer | } der Staats-Schuldscheine, |
| 2) Littera | |
| 3) Valuta | |
| 4) Name und Stand der Präsentanten, und | |
| 5) Wohnung derselben, | |

hervorgeht, einzuschicken, auch mit der Einsendung der Staats-Schuldscheine nicht erst bis zum neuen Jahre zu warten, sondern damit schon gegenwärtig, sobald dergleichen eingeht, vorzuschreiten.

Diejenigen Inhaber von Staats-Schuldscheinen, welche von der nachgelassenen Einsendung ihrer Staats-Scheine an die Regierungs-Haupt-Casse oder eine ihnen zunächst belegene Kreis-Casse Gebrauch machen, erhalten einstweilen das eine Exemplar der von ihnen doppelt eingereichten Specification quittirt zurück. Eigenhändige, deutliche Namens-Unterschrift und genaue Angabe der Wohnung, wird den Einsendern jener Specificationen hierbei besonders empfohlen, damit alle Irrungen vermieden werden. Diese Duplicat-Specificationen werden demnächst nach Ablauf einer angemessenen Frist, etwa nach vier Wochen, der Regierungs-Haupt- oder Kreis-Casse, von dem Aussteller mit der Rückempfangs-Bescheinigung sowohl über die abgegebenen Staats-Schuldscheine, als über die neu ausgefertigten Zins-Coupons Series V. versehen, remittirt, worauf erst die Staats-Schuldscheine und Zins-Coupons den Eigenthümern ausgehändigt werden können.

Merseburg, den 29. November 1826.

Königlich Preussische Regierung, Cassen-Verwaltung.

Nr. 148.

Die Liquidirung eines Vorsumms für kleine Neben-Ausgaben bei Dienstreisen mit der ordinären Post.

Im Verfolg unserer Bekanntmachung vom 8. September 1824, unter Nr. 113, Stück 38, Seite 281 und 282 des Regierungs-Amtsblatts pro 1824, bein- gen wir hierdurch zur Kenntniß derjenigen Beamten, welche regulativmäßig bei Dienstreisen zur Extrapost nicht berechtigt sind, daß, nach einer durch die Höhen Ministerien des Innern und der Finanzen unterm 20. October d. J. und mitge- theilten Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 17. v. M., ohnerachtet die sonst bei Reisen mit der ordinären Post üblich gewesenenen Postillions- Trinkgelber wegfallen, dennoch zu andern kleinen Neben-Ausgaben bei dergleichen Reisen fünf Sgr. pro Station à 2 Meilen liquidirt werden dürfen.

Merseburg, den 2. December 1826.

Königlich Preussische Regierung, Cassen-Verwaltung.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Den Königl. Landrätthen und Superintendenten, den Stadträtthen und mehrern Schuldirectoren im hiesigen Regierungsbezirke ist, auf Befehl des Kö- niglichen Ministerii der Geistlichen-, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten mittelst Rescripts vom 28. October d. J., von uns eine gedruckte Ankündi- gung des Bildnisses Seiner Königl. Hoheit des Kronprin- zen zugesendet worden, welches, nach einer Zeichnung von Kirchhof, von Leh- mann in linien-Manier gestochen, zu dem Pränumerationspreise von 10 Sgr. (Abdruck vor der Schrift 20 Sgr.) im Magazin für Kunst, Geographie und Musik Berlin demnächst erscheinen wird.

Der Betrag der Pränumeration soll, indem die Verlagshandlung die Ko- sten des Kupferstichs, Papiers und Drucks aus eignen Mitteln tragen wird, dazu verwendet werden, die Schulen mit einigen Landcharten, nämlich einer Wandcharte der östlichen Halbkugel in 4 Blättern, der westlichen Halbkugel gleichfalls in 4 Blättern, ferner beider Hemisphären auf 1 Blatte, für Schü- ler, und der neuesten Charte des Preussischen Staats von Berghaus und Schmidt zu versehen, so daß diese Charten, dem Wunsche der Pränumeranten und dem Betrage der eingesendeten Pränumerationsgelder gemäß, zugleich mit den be- stellten Abdrücken des Bildnisses, unentgeltlich an die Interessenten abgeliefert werden sollen.

Wir machen dieß hierdurch öffentlich bekannt und veranlassen die liebha- ber, an den oben erwähnten Orten die gedruckte Ankündigung näher einzu- sehen. Diejenigen aber, welchen die Ankündigung unter einfacher Adresse und unfrem Amtsfiegel zugesendet worden, fordern wir hierdurch auf, das ge- meinnützige Unternehmen durch Annahme von Pränumeration zu befördern, und

nach drei Monaten, was bei ihnen eingegangen, auf der dazu scheinlich eingerichteten Ankündigung verzeichnet, nebst derselben anher einzureichen.

Merseburg, den 22. November 1826.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für das Kirchen-
und Schulwesen.

Die Gemeinde zu Schnabitz bei Düben hat zu Fixirung ihrer zeitlichen Wandelschule ein eigenes Schulhaus neu erbaut und zweckmäßig eingerichtet, theils auf eigne Kosten, theils mit namhafter Unterstützung des derzeitigen Besitzers des Ritterguts, Domherrn D. Littmann in Leipzig. Wir machen dies, zu Belobung gedachter Gemeinde und zur Nachahmung für andere, hierdurch bekannt.

Merseburg, den 24. November 1826.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für das Kirchen-
und Schulwesen.

B e r i c h t i g u n g.

In dem unlängst allhier erschienenen Amtskalender für Prediger und Schullehrer auf das Jahr 1827, ist bei Angabe des Turnus, nach welchem die allgemeinen tabellarischen Schulberichte von den Herren Superintendenten zu erstatten sind, die Benennung der Jahre irrthümlicher Weise verändert worden. Es verbleibt ganz bei der Angabe im Amtskalender auf das Jahr 1826, und ist daher in dem neu erschienenen anstatt: 1826, 1829, 1832 u. s. w. zu lesen: 1825, 1828, 1831 u. s. w., wie im vierjährigen Amtskalender.

Hienach werden im Jahre 1827, und zwar in dessen erstem Viertel, die tabellarischen Schulberichte erwartet aus den Ephorien Artern, Cönnern, Eisleben &c., wie sie in beiden Jahrgängen des Amtskalenders richtig verzeichnet sind.

Merseburg, den 2. December 1826.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für das Kirchen-
und Schulwesen.

B e k a n n t m a c h u n g.

Von sämmtlichen Grundbesitzungen des Dorfs Wählig und dessen Flur sind die, alle drei Rubriken in sich fassenden Hypothekenbuchs-Tabellen fertig und liegen selbige in dem Zeitraume vom 1. December 1826 bis ult. Januar 1827 in der Expedition des unterzeichneten Patrimonial-Richters zu Weißenfels zur Einsicht und Erinnerung der Interessenten bereit.

Dies wird vorschristlich mit dem Bemerken, daß nach Ablauf jener Frist keine Erinnerungen weiter beachtet werden können, hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Wählig, den 27. November 1826.

Herzlich Hahnsches Patrimonial-Gericht.

Bunsch, Gd.

P e r s o n a l - C h r o n i k.

Die bisherigen Geschäfts-Gehülfen: Wilhelm Pochhammer zu Wittstock, Franz Anton Gern zu Berlin und Friedrich Ferdinand Wille zu Liebenwerda, sind nach bestandener Prüfung von uns zu Oekonomie-Commissarien befördert und ernannt worden.

Berlin, den 18. November 1826.

Königliche General-Commission für die Kurmark, Brandenburg und für Sachsen.

Berichtigung. In der Verordnung Nr. 109. v. J. ist S. 267 Z. 25 von oben statt „Ablebern“ „Lebersteden“ zu lesen.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

48. Stück.

Merseburg, den 16. December 1826.

B e k a n n t m a c h u n g .

Durch die mit dem Königreiche Sachsen wegen mehrerer milden Stiftungen und Institute unterm 4. April 1825 abgeschlossene Convention ist dem Herzogthume Sachsen ein Antheil an dem Vermögen des Königl. Sächsischen Jagd-Wittwen- und Waisen-Fonds zugetheilt. Da dieser aber schon vor dessen Auslieferung, theils zu jährlicher Befriedigung der genussberechtigten Wittwen und Waisen der im Bereiche des Herzogthums Sachsen angestellt gewesenen Königl. Forstbedienten, theils zu Verichtigung der am 5. Junius 1815 im Herzogthume Sachsen unberichtigt ausgestandenen Bezüge, verwendet worden ist; so sind die auf jenen Fonds gemessenen Unterstützungsgelder an 6 und resp. 12 Thaler jährlich, Bruchs der künftigen Zahlung aus Staats-Cassen, auf den Staats-Pensions-Etat übernommen worden; und es werden die betreffenden Wittwen und Waisen mit dem Schlusse dieses Jahres benachrichtigt werden, auf welche Cassen ihre Befriedigung sowohl für das Jahr 1826, als für die Zukunft gemessen worden ist. Demnächst sollen auch alle Ansprüche, welche Wittwen und Waisen ehemaliger, im Bereiche des Herzogthums Sachsen angestellt gewesener Forstbedienten, wegen unberichtigt gebliebener Unterstützungsgelder und Begräbnissgelder, aus dem Zeitraume sowohl vor als nach dem 5. Junius 1815 etwa noch zustehen sollten und bis jetzt noch nicht angemeldet worden sind, sofort berichtigt werden, und es werden daher diejenigen, welche zu vergleichen Ansprüchen berechtigt sein dürften, hiermit aufgefordert, sich spätestens bis zum

Ein und Dreißigsten Januar 1827

bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden, über die Ansprüche liquidationen einzureichen und denselben die erforderlichen Beweismittel beizufügen. Alle, nach Ablauf vorstehenden Termins, nicht angemeldete Ansprüche, werden

nicht weiter berücksichtigt, sondern für präcludirt erachtet werden. Merseburg, am 28. September 1826.

Im Höhern Auftrage:
der Königl. Preuss. Regierungs-Präsident
Freiherr v. Brenn.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nr. 149. Es kommen Fälle vor, wo die fehlerhafte, oder vernachlässigte Behandlung gemüthskranker Personen, oder das mangelhafte und verspätete Einschreiten der Polizeibehörden das Uebel vermehren, oder vielleicht gar unheilbar werden lassen. Zur möglichsten Vermeidung derartiger Versäumnisse, oder Mißgriffe, wird hiermit Folgendes zur allgemeinen Nachachtung bekannt gemacht:

Geisteszerrüttung ist als moralischer Tod nicht nur für das Individuum, welches darein verfällt, das größte Unglück, sie ist auch in Beziehung auf die ganze bürgerliche Gesellschaft durch das Unheil, welches ein Wahnsinniger anrichten kann, als ein gemeinschädliches Uebel zu betrachten, mithin in doppelter Hinsicht ein Ereigniß von der größten Erheblichkeit.

Der Fall, wo bei einem Menschen Geistesverwirrung eintritt, ist daher als ein beachtungswürdiger Vorfall sogleich zur Anzeige bei der Kreisbehörde zu bringen, und jede Ortsobrigkeit ist von Amtswegen schuldig, diese Anzeige sofort zu erstatten.

Die Herren Landräthe haben, wenn ein solcher sich ereignet, ohne weiteres, unter Zuziehung des Kreis-Physicus, das zweckmäßigste Verfahren mit vergleichenen Personen anzuordnen und demnächst unverweilt uns mit gehöriger Ausführlichkeit und Beifügung des sachverständigen Gutachtens des Kreis-Physicus Bericht zur Anordnung des weitem Verfahrens zu erstatten. Ist Gefahr im Verzuge, nämlich ist ein Gemüthskranker als so gefährlich für sich und andere zu erachten, daß er ohne Gefahr nicht aufbewahrt, oder seine Aufbewahrung nur durch solche Mittel gesichert werden kann, wodurch sein Zustand verschlimmert werden möchte, so ist in solchen Fällen, die jedoch nur selten eintreten werden, der Gemüthskranke sofort unter sicherer Begleitung und bei gleichzeitig an uns zu bewirkender motivirter Berichtserstattung in das Irren-Institut zu Halle, an die dortige Direction, abzuliefern.

Nach der Allerhöchsten Bestimmung vom 5. April 1804 und den gemeinschaftlichen Beschlüssen der Hohen Ministerien der Geistlichen-, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten und der Justiz, vom 25. November 1825 und 5. Januar d. J., können Gemüthskranke, ohne vorhergegangene gerichtliche Erörterung

ihres Zustandes und ergangene Erkenntniß darüber, in den Irrenanstalten provisorisch aufgenommen werden; jedoch soll nach der Aufnahme eines solchen Unglücklichen sofort dem betreffenden Gerichte Anzeige erstattet werden, und ist dieses gehalten, auf jene Anzeige von Amtswegen nach Vorschrift der Geseze zu verfahren. Die Gerichtsbehörden sind hiernach instruiert, und veranlassen wir die Herren Landräthe, überall nach diesen Bestimmungen, da, wo Gefahr im Verzuge ist, oder wo nur strenge Zwangsmittel den in Wahnsinn verfallenen Menschen unschädlich machen können, zu verfahren und bei der Ablieferung an das Irren-Institut in Halle stets schriftlich zu bemerken, ob die gerichtliche Untersuchung über den Zustand des Blödsinnigen schon angeordnet, oder erst noch anzuordnen sei. Die Direction des Irren-Instituts zu Halle aber weisen wir hierdurch an, wenn die letztere Benachrichtigung bei einer Ablieferung erfolgt, sofort davon dem competenten Gerichte (dem des bisherigen Wohnsitzes des Blödsinnigen) Anzeige zu machen und wie und wo bies geschehen, unverzüglich an uns zu berichten.

Die harte Behandlung der Gemüthskranken durch Anlegung derselben an der Kette, Aufbewahrung in dunkeln und ungesunden Gefängnissen, Mißhandlung durch Schläge, wird hiermit streng untersagt und den Herren Landräthen besonders zur Pflicht gemacht, nach Rücksprache mit dem Kreis-Physicus, für diese Unglücklichen eine zweckmäßige Behandlungsweise vorzuschreiben, wonach die Ortsbehörden pünktliche Folge zu leisten haben; so wie es den Lettern obliegt, dafür Sorge zu tragen, daß von den Communen, in Ermangelung des eignen Vermögens der Gemüthskranken, oder der dazu verpflichteten Angehörigen derselben, die erforderlichen Kosten zu den anzuwendenden Heil- und Sicherungsmitteln beschafft werden.

Merseburg, den 23. November 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Das Königliche Ministerium des Innern hat auf unsere Anfrage wegen Nr. 150. des Denuncianten-Antheils an Polizeistrafen dahin entschieden, daß da, wo Wegen des das Gesez dem Denuncianten nicht ausdrücklich einen Antheil an Polizeistrafen Denuncianten-Antheils zubilligt, solcher demselben auch nicht zugesprochen werden könne. bei Polizei-

Wir machen diese Höhere Entscheidung, zur Nachachtung in vorkommenden Fällen, hierdurch bekannt.

Merseburg, den 6. December 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Rt. 151.

Das Ver-
fahren bei Schul-
Vacanzen be-
trifft die

Die mehrmals gemachte Bemerkung, daß bei Erledigung von Communal-Schulstellen in Städten und auf dem Lande, und während der Dauer der Vacanz, nicht in allen Eparchien ein gleichmäßiges Verfahren beobachtet worden ist, veranlaßt uns, Nachstehendes hierüber zur Nachachtung bekannt zu machen:

Die Sorge der Schul-Inspection nach Erledigung einer Schulstelle erstreckt sich

- 1) auf den fortzusetzenden Unterricht;
- 2) auf die Verwaltung der Einkünfte.

In ersterer Beziehung wird von dem Ephorus sofort nach eingetretener Erledigung ein Schul-Vicar ernannt. Dieser ist, wo nicht mehrere Lehrer an derselben Schule angestellt und den Unterricht des abgegangenen Lehrers zu übernehmen im Stande sind, aus den Candidaten des Schulamtes zu wählen, so lange sich dergleichen noch in der Ephorie befinden, ohne durch andere bindende Verhältnisse, z. B. als Hauslehrer, behindert zu sein. Nur wenn der Ephorus einen solchen nicht zu erlangen weiß, mag ein noch nicht mit einem Wahlfähigkeitszeugnisse versehener Schulamts-Aspirant zum Vicar bestellt werden. Auf sittlich untadelhaftes Verhalten ist bei der Auswahl vorzüglich Rücksicht zu nehmen.

Die Verwaltung der Einkünfte der Schulstelle wird in folgender Art geordnet. Wo ein mit Tode abgegangener Schullehrer eine Wittve oder Kinder, welche Anspruch auf Gnadenzeit haben, hinterlassen hat, da gehören die Einkünfte ohne Ausnahme den Hinterlassenen, so lange die Gnadenzeit währt; diese bleiben im Besitze der Dienstwohnung, und haben dem Vicar die ihm unter Aufsicht der Schul-Inspection bedingene Remuneration zu verabreichen. Wo keine Gnadenzeit Statt findet, oder nach Ablauf derselben bis zur Einweisung des Nachfolgers im Amte, hat die Schul-Inspection die Verwaltung der Einkünfte einem dazu geeigneten Manne, etwa dem Rentanten des Kirchen-Arars oder, wo mehrere Lehrer sind, einem der übrigen, zu übertragen. Dieser berechnet die Einnahme, befriedigt davon den Schul-Vicar nach Maassgabe der mit diesem getroffenen Uebereinkunft, und stellt das Uebrige zur Disposition.

Die Hinterlassenen haben in der Regel, nach Ablauf der Gnadenzeit, die Dienstwohnung zu räumen. Machen Umstände es wünschenswert, denselben eine längere Frist hierzu zu gestatten, so hat die Schul-Inspection bei uns darum nachzusuchen. Jeden Falls aber muß die Vacanz-Zeit zu den bei der Schulwohnung nöthigen Reparaturen benutzt werden, soweit die Jahreszeit dazu passend ist.

Die nach Abzug der Remuneration des Schul-Vicars übrig bleibenden Einkünfte gehören in der Regel dem Schullehen. Sie werden bei diesem, oder wo der Schullehrer zugleich Kirchendiener ist, bei dem Kirchenvermögen, unter besondern Titel als Capital benutzt und berechnet, und der Nachfolger im Amte

genleßt die Zinsen davon. Ausnahmen hiervon, zu Gunsten der Hinterlassenen, dürfen ohne unsre besondre Genehmigung nicht gemacht werden.

Das bei jeder Schul-Vacanz hiernach beobachtete Verfahren gelange zu: unserer Kenntniß, ad 1) bei der Anzeige des Ephorus von eingetretener Erledigung der Stelle; ad 2) bei dem Berichte über die Auseinandersetzung zwischen dem Nachfolger im Amte und dessen Vorgänger oder den Hinterlassenen desselben, nach erfolgter Einweisung des Erstern.

Merseburg, den 9. December 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Um zu verhüten, daß weder Spielzeug für Kinder, noch Eßwaaren, mit Nr. 15a: Farben, deren Genuß der Gesundheit nachtheilig ist, bemalt oder angestrichen werden, bringen wir die dazu anwendbaren unschädlichen, so wie die nicht angewendenden schädlichen Farben hierdurch wiederholentlich zur allgemeinen Kenntniß.

I. Zur Verfertigung von Spielzeug.

Schädliche Farben:

Weiß. Bleiweiß, Kremsweiß, Schieferweiß, Schwerspath und Zinkoxyd. Gelb. Opermert oder Kauchgelb, Königsgelb, Kaffergelb, Neapelgelb, Bleigelb oder Rastkor, Englisch Gelb, Mineralgelb, Chromgelb oder Chromsaures Blei, Neugelb und Gummi guttae und gelbe Bronze. Grün. Grünspon, Braunschweiger Grün, Berggrün, Bremer Grün, Schwedisch oder Scheelsches Grün, Wiener Grün, Schweinsfurter Grün, Pariser Grün, Berliner Grün, Kirchberger Grün, Neu-Grün, Del-Grün und grüne Bronze. Blau. Bergblau, Mineralblau, Bremerblau, Königsblau, wie auch Smalte und Zink oder kupferhaltiges Berlinerblau. Roth. Maler-Zinnober, Mennige, Kupferroth und Kupferbronze.

Unschädliche Farben:

Weiß. Präparirte, gut ausgewaschene Kreide, oder mit Wasser angerührter, wieder getrockneter und gepulverter Gyps, dergleichen auch weiß gebranntes Hirschhorn, Elfenbein und dergleichen mehr. Gelb. Kurfume-Wurzel; Schüttgelb, Safran, Orleans, Ockergelb, gelber Lack, Saftgelb und eine Abkochung von Gelbholz mit dem vierten Theil Alaun und Gummi verfest. Grün. Saftgrün und alles Grün, was man sich selbst aus der mannichfaltigen Mischung der unschädlichen gelben und blauen Farben machen kann, wie z. B. eine Zusammensetzung aus reinem Berlinerblau und der gelben Farbe aus Gelbholz oder Kurfume-Wurzel, so wie die mit vier Theilen concentrirter Schwefelsäure bereitete und durch Natrum oder Kreide abgestumpfte Auflösung des Indigos in der

Die schädlichen Farben auf Spielzeug und Eßwaaren für Kinder berei-

Vermischung mit einer Abkochung von Korkums-Wurzel und etwas Alaun. Blau. Keines Berlinerblau, Dierbacher- und Pariserblau, Neublau, Sächsisches Blau, Indigo, Lachmus und Safftblau. Roth. Karmin, Berlinerroth, Kugellack, Florentinerlack, Krapplack, Rosenlack, Rosenkilla, Wienerlack, Tafelfenroth, Armenischer Dolus, rothes, jedoch nur aus Apotheken zu kaufendes Eisenoryd, oder caput mortuum und Fernambuck- oder Brasiliensholz-Abkochung mit Alaun und Gummi versetzt.

II. Für die Conditoren und Kuchenbäcker.

Schädliche Farben:

Roth. Maler-Zinnober, Mennige. Gelb. Aurum pigmentum oder Operment, so wie alle übrigen, oben bereits angegebene schädliche Substanzen. Blau. Vergblau, so wie alle übrigen, oben bereits angegebenen schädlichen Substanzen. Grün. Grünspan, Grünspanblumen, so wie alle übrigen, bereits oben angegebenen schädlichen Substanzen. Drangelb. Gemenge der oben aufgeführten schädlichen rothen und gelben Farben. Violet. Gemenge der oben angeführten rothen und blauen Farben. Gold- und Silberfarbig. Unächtes oder Schaumgold, unächtes oder Schaum Silber.

Unschädliche Farben:

Roth. Eine Abkochung von Fernambuckholz mit Alaun. Safftroth. Die Säfte rother Beeren, z. B. Verberigen, desgl. eine Abkochung von Cochenille mit etwas Weinslein und eine Infusion von rothen Katschrosen-Blättern mit Wasser bereitet. Gelb. Safftblau, Saffran, Saffor, Korkums-Wurzel und eine mit Wasser bereitete Infusion der Blätter der gelben Ringelblume Calendula officinalis. Blau. Keines Berliner Blau, Lachmus, Blautinktur, Indigo und besonders der oben angegebenen abgestumpften Auflösung des Indigo. Grün. Mehrere Abänderungen von Safftblau, als: Pistasche-Grün, apfelgrün, dunkelgrün ic. und eine Zusammensetzung von unschädlichem Blau und Gelb, z. B. eine Verbindung der abgestumpften Indigo-Auflösung mit der gelben Farbe aus Ringelblumen oder Korkums-Wurzel. Drangelb. Saffranquin oder ein Orleandekoft, mit einem geringen Zusatz von Soda bereitet. Violet. Safftblau, oder eine Cochenille-Infusion mit etwas Kaltwasser, Sodauflösung oder Salmiak-Spiritus und einer beliebigen Menge der abgestumpften Indigo-Auflösung vermischt. Gold- und Silberfarbig. Achtes Blattgold, achtes Blatt Silber.

Ein jeder, welcher dieser Bekanntmachung zuwider schädliche Farben zu einem der Eingangs bemerkten Zwecke erweislich gebraucht, hat unfehlbar die gesetzliche Strafe zu erwarten.

Die Kreis- und Stadtphysici haben besonders auf den Verkauf der bemalten Spielsachen für Kinder, und des gefärbten Zuckerwerks zu achten, und auf Confiscation der Handels-Artikel dieser Art, deren Schädlichkeit die Ge-

mische Untersuchung hinreichend nachweist, anzutragen, wo alsdann die inländischen Fabrikanten ohnfehlbar werden zur Untersuchung gezogen werden.

Merseburg, den 11. December 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Den Untergerichten unsers Departements wird hiermit bekannt gemacht, Nr. 155. daß nach einem Rescripte des Herrn Justiz-Ministers Excellenz vom 17. November d. J., die Verordnung des Königl. Sächs. Obersteuer-Collegii vom 24. August 1812 über das bei Veräußerung walgender Grundstücke zu beobachtende Dismembrations-Verfahren, wornach nämlich die Dismembration auf einen aliquoten Theil beschränkt, und solcher mit der Hausbesitzung consolidirt bleiben muß, noch als fortbestehend zu betrachten, und bei der Regulirung des Hypothekenwesens genau zu beachten ist.

Dismembra-
tionsverfah-
ren bei Ver-
äußerung
walgender
Grundstücke
betr.

Naumburg, den 1. December 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

P e r s o n a l - E h r o n i k .

Der Referendar, Karl Schmidt, ist von dem Landgericht zu Coblenz unter dem 28. August c.;

der Ober-Landes-Gerichts-Referendar, Emil Albert Heine, ist von dem Ober-Landes-Gericht in Halberstadt am 29. September c. zum hiesigen Ober-Landes-Gericht, und

der Aufscultator, Friedrich Karl Anton von Werthern, ist von dem Stadtgerichte in Potsdam unter dem 7. October c. zum Landgericht Erfurt versetzt;

der Ober-Landes-Gerichts-Aufscultator, Moriz Ludwig von Stieglitz, ist unter dem 28. October c.;

der Ober-Landes-Gerichts-Aufscultator, Maximilian Eugen Starcke, ist den 2. November c. zum Ober-Landes-Gerichts-Referendar hieselbst befördert.

Naumburg, den 1. December 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

N a c h w e i s u n g

der

im Monate November 1826

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs - Bezirks bestan-
denen Durchschnitts - Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürf-
nisse, ingleichen der Rauch - Fourage.

| Namen
der
Marktplätze. | G e t r e i d e. | | | | | | | | H ü l s e n f r ü c h t e. | | | | | | R a u c h f u t t e r. | | | | | | | | | | | | |
|------------------------------|--------------------------|----|--------|---|--------|----|-------|----|----------------------------|---|--------|---|--------|----|------------------------|-------|---------|---|---|----|----|----|----|----|----|----|----|
| | Weizen | | Koggen | | Gerste | | Hafer | | Hirse | | Erbſen | | Linsen | | Kartoffeln | Heu | Stroh | | | | | | | | | | |
| | der Preussische Scheffel | | | | | | | | der Preussische Scheffel | | | | | | Scheff. | Cent. | Scheff. | | | | | | | | | | |
| | ℥ | ſ | g | ℥ | ſ | g | ℥ | ſ | g | ℥ | ſ | g | ℥ | ſ | g | ℥ | ſ | g | | | | | | | | | |
| 1 Merseburg | 1 | 9 | 5 | 1 | 5 | 11 | — | 26 | 1 | — | 21 | 4 | — | — | 1 | — | 2 | — | — | 16 | — | 25 | — | 4 | — | | |
| 2 Halle | 1 | 15 | 9 | 1 | 8 | 9 | — | 29 | 4 | — | 25 | 7 | 4 | 10 | — | 1 | 22 | 6 | 3 | — | 20 | — | 20 | — | 6 | 12 | |
| 3 Naumburg | 1 | 7 | 3 | 1 | 5 | 7 | — | 25 | 4 | — | 19 | — | 2 | 28 | — | 1 | 18 | — | 2 | 20 | — | 1 | 8 | — | 28 | 4 | |
| 4 Torgau | 1 | 11 | 5 | 1 | 8 | 9 | 1 | — | — | — | 22 | 6 | 3 | 10 | — | 1 | 20 | — | 5 | 20 | — | 12 | 6 | — | 22 | 6 | |
| 5 Wittenberg | 1 | 15 | 9 | 1 | 10 | 6 | 1 | 5 | 6 | — | 26 | 9 | 4 | — | — | 1 | 19 | — | 3 | 3 | 4 | — | 17 | 6 | — | 22 | 6 |
| 6 Tietzen | 1 | 11 | 5 | 1 | 10 | 4 | — | 29 | 1 | — | 22 | 6 | 4 | — | — | 1 | 10 | — | 1 | 10 | — | 15 | — | 25 | — | 4 | — |
| 7 Bitt | 1 | 9 | — | 1 | 11 | — | — | 20 | 9 | — | 16 | 9 | 2 | 20 | — | 1 | 5 | — | 1 | 20 | — | 15 | — | 22 | 6 | 5 | — |
| 8 Quersdorf | 1 | 10 | — | 1 | 5 | — | — | 27 | 6 | — | 22 | 6 | 3 | 20 | — | 1 | 10 | — | 1 | 10 | — | 20 | — | 20 | — | 5 | 10 |

Merseburg, den 4. December 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Am t s . B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

49. Stück.

Merseburg, den 23. December 1826.

Allgemeine Gesessammlung.

Das 16te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält unter

- Nr. 1054. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 7. November 1826, wodurch der §. 35. Litt. o. des Allerhöchst genehmigten Plans der See-Assicuranz-Gesellschaft zu Stettin (Gesessammlung von 1825, Nr. 931.) declarirt wird.
- Nr. 1055. Allerhöchste Verordnung vom 18. November 1826, wegen der Abänderungen, welche in der seitherigen Verfassung der Kommunal- und Kreistage des Markgrafthums Niederlausitz, in Gemäßheit der Bestimmungen der §§. 57 und 58 des Gesetzes vom 1. Julius 1825, eintreten sollen.
- Nr. 1056. Allerhöchste Verordnung vom 18. November 1826, wegen Befähigung zur Wahl und Wählbarkeit als Provinzial-Landtags-Abgeordnete der Ritterschaft der Niederlausitz.
- Nr. 1057. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 25. November 1826, wegen wirksamerer Verbreitung der durch das Gesetz vom 30. September 1821 eingeführten neuen Scheidemünze in die westlichen Provinzen der Monarchie.

Verordnung der Königl. Regierung.

Nr. 154.

Nach einem Beschlusse des Königl. Staats-Ministerii, welcher uns durch ein Circular-Rescript der beiden Höfen Ministerien des Innern und der Finanzen vom 14. November d. J. mitgetheilt worden ist, sollen die Beiträge der Staatsdiener zum Pensions-Fonds künftig von dem Gehalte selbst, so lange das

Die Beiträge der Staatsdiener zum Pensions-Fonds betr.

selbe als zahlbar auf dem Etat belassen und nicht etwa als erspart ganz abgesetzt, oder zu andern Gehältern gelegt wird, entrichtet, mithin auch von dem vacanten Gehalt fortgezahlt und die etwaigen interimistischen Dispositionen über dieses Gehalt zur Stellvertretung, oder zu sonstigem Behuf, und auf den nach Abzug des Pensions-Beitrags bleibenden Gehaltstheil gerichtet werden.

Hiernach kann bei interimistischen Anstellungen und auf Probe, dem Anzustellenden nur die Besoldung nach Abzug des Pensions-Beitrags gezahlt werden, und eben so muß bei den Gnaden-Quartalen und Gnaden-Monaten der Pensions-Beitrag zurückbleiben. Die hinsichtlich der Gnaden-Quartals- oder Gnaden-Monats-Beträge verstorbener Beamten mittelst unserer Verfügung vom 24. August v. J., im 55. Stücke des Amtsblatts, unter Nr. 165, Seite 566, bekannt gemachte Bestimmung wird daher hiermit aufgehoben.

Merseburg, den 18. December 1826.

Königlich Preussische Regierung.

Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Nr. 155.

Die Wahrnehmung des Stempelinteresses betr.

Sämmtliche Untergerichte des uns anvertrauten Departements werden auf Veranlassung des Herrn Provinzial-Stempel-Fiscals zur gesetz. und ordnungsmäßigen Wahrnehmung des Stempel-Interesses angewiesen, und namentlich auf folgende Gegenstände aufmerksam gemacht:

- 1) den Werthstempel in Processen über Capital und Zinsen nach §. 11, Litt. A. des Stempelgesetzes vom 7. März 1822,
- 2) zu Adjudicationsbescheiden,
- 3) zu Pacht- und Mietheverträgen, ordnungsmäßig und richtig zu berechnen;
- 4) in Schwängerungsprocessen, wo Paternität und Erbrecht mit in Rede steht, den Werthstempel insofern nach dem Satz von 5 bis 20 Thlr., wegen der Alimente und Entschädigung der Geschwächten aber noch außerdem nach dem Geldebetrage zu bestimmen;
- 5) darauf zu halten, daß Pfarramtliche Atteste in Processen und andern Verhandlungen auf den vorschristsmäßigen Stempel von 15 Sgr. geschrieben werden, es sei denn, daß die erwiesene Armut des Produzenten die Stempelfreiheit mit sich führe;
- 6) bei Erbtheilungen und Nachlaßregulirungen in der Regel zu jeder einzelnen Verhandlung den gewöhnlichen Stempel und außerdem zu dem Erbreffe

über einen Nachlaß von 1000 Thlr. und drüber, welcher dem Erbschafts-
stempel nicht unterworfen ist, den im Tarif sub voce: „Erbrecess“ vorge-
schriebenen Stempel zu 2 Thlr. zum Actenexemplare, oder wenn Ausfer-
tigung erfolgt, zum Hauptexemplare (§. 13. l. c.) zu verwenden;

- 7) bei den Verhandlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu den vorberei-
tenden und Nebenverhandlungen den gewöhnlichen Stempel außer dem
zu den Hauptverhandlungen gehörenden Procentstempel anzuwenden, indem
der Grundsatz, wonach in Processen die während des Laufs derselben
aufgenommenen Verhandlungen stempelfrei sind, wenn der Erkenntnißstem-
pel eintritt, auf Handlungen freiwilliger Gerichtsbarkeit nicht analog an-
gewendet werden darf.

Raumburg, den 27. November 1826.

Königl. Preuß. Oberlandes-Gericht von Sachsen.

B e k a n n t m a c h u n g .

Zu Deckung des in dem Zeitraume vom 1. April bis ult. September 1826
erforderlichen Bedarfs der Feuer-Societät für das Herzogthum Sachsen müssen
von den Societäts-Genossen im dießjährigen Michaelisterrmine

196,545 Thlr. 27. Sgr. 2 Pf.

und zwar:

| | | | | | | |
|---------|-------|----|------|---|-----|--|
| 192,821 | Thlr. | 25 | Sgr. | 6 | Pf. | zu Vergütung der vorgefallenen Brandschäden, |
| 1,414 | " | 6 | " | 9 | " | zu Vergütung der Schäden an Feuergeräte, |
| 675 | " | — | " | — | " | zu den Administrationskosten, |
| 71 | " | 27 | " | 6 | " | zu Insinuationsgebühren, |
| 1,563 | " | 7 | " | 5 | " | zu Erstattung des Vorschusses im vorigen Ter-
mine, |

uls.

aufgebracht werden, und hat dazu jedes Hundert der versicherten Summen, welche
letztere gegenwärtig überhaupt

63,058,915 Thaler

betragen,

Neun Silbergroßen Acht Pfennige

beizutragen.

Den sämtlichen Societäts-Genossen wird daher solches zu ihrer Nachricht
und Nachachtung hiermit bekannt gemacht und dabel bemerkt, daß sich in dem

Zeitraum vom 1. April bis ult. September d. J. überhaupt 108 Brände ereignet haben, wovon

| | |
|----|-----------------------------------|
| 8 | durch Gewitter, |
| 7 | „ Verwahrlosung, |
| 22 | „ muthmaßliche Brandstiftung, |
| 1 | „ vorsätzliche Brandstiftung, und |
| 70 | „ unermittelte Zufälle, |

also

entstanden, und wodurch

427 affectirten Grundbesitzern

| | | |
|--|----|--------------|
| 250 Wohnhäuser | 77 | dergleichen, |
| 295 Seiten- und Stallgebäude | 37 | „ |
| 226 Scheunen | 51 | „ |
| 15 Schuppen | 1 | „ |
| 3 Backhäuser | 1 | „ |
| 7 Brau- und Brennhäuser | — | „ |
| 4 Schmieden | — | „ |
| 2 Ziegeleien | 4 | „ |
| 5 Mahlmühlen | — | „ |
| 2 Oelmühlen | — | „ |
| 1 Schneidemühle | — | „ |
| 3 Windmühlen | — | „ |
| — Kirchen- und Thurmgebäude | 2 | „ |

total eingestürzt,

partiell beschädigt worden sind.

813 Summa

153 Summa

Merseburg, den 9. December 1826.

Königl. Preuß. Feuer-Societäts-Directorial-Deputation
für das Herzogthum Sachsen.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

50. Stück.

Merseburg, den 30. December 1826.

Allgemeine Gesessammlung.

Das 17te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält unter

Nr. 1058. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 9. December 1826, wodurch die Tariffsätze in der Erhebungsrolle vom 19. November 1824 für die Gegenstände der zweiten Abtheilung bis zu Ende des Jahres 1827 für gültig erklärt werden.

B e k a n n m a c h u n g .

Durch die Circular-Verfügung vom 2. August 1824 (Jahrbücher B. 24, S. 165.) ist bestimmt worden, mit welchen Kleidungsstücken die an die Straf-Sectionen bei den Garnison-Compagnieen abzuliefernden Individuen der Landwehr- und Kriegsreserve versehen sein müssen, und es hat bei den dort erteilten Vorschriften, in Hinsicht aller derjenigen Individuen, welche diese Kleidungsstücke entweder schon besitzen, oder sich solche aus eigenen Mitteln zu beschaffen vermögen, ingleichen derjenigen zur Anschaffung der erforderlichen Kleidungsstücke unermögenden Sträflinge, die zu einer mehr als neunmonatlichen Einstellung in eine Straf-Section verurtheilt worden, auch ferner sein Bewenden. Dagegen ist es zur Sprache gekommen, daß es die Kosten der Criminal-Rechtspflege unnötig vermehrt, wenn unermögende Individuen, die nur auf einige Monate bei einer Straf-Section eingestekt werden, zu dem Ende vorschriftsmäßig bekleidet und mit diesen Kleidungsstücken hiernächst entlassen werden. Um diesem Uebelstande abzuhelpen, wird von dem Herrn Kriegs-Minister die Einrichtung getroffen werden, daß dergleichen nur zu neunmonatlicher, oder kürzerer Strafe verurtheilte Individuen für die Dauer der Strafe diese

nigen Kleidungsstücke, welche ihnen zur vorschriftsmäßigen Bekleidung fehlen, aus den Sträflings-Bekleidungs-Depots der Festungen verabreicht und dafür von den zur Tragung der Kosten verpflichteten Gerichtsobrigkeiten den Bekleidungs-Depots derjenige Geldbetrag baar vergütet wird, welcher für diese Bekleidungsgegenstände nach Verhältniß der Dauer der Strafe und der bestehen- den jährlichen Etatsätze zu berechnen ist. Diese Sätze sind folgende:

a) kleine Montirungsstücke:

| | |
|--|-----------------------|
| 2 Paar Schuhe à 1 Thlr. 7 1/2 Egr. | 2 Thlr. 15 Egr. — Pf. |
| 2 Paar Socken à 15 Egr. | 1 " — " — " |
| 2 Hemden à 20 Egr. | 1 " 10 " — " |

b) große Montirungsstücke:

| | |
|--|--------------------------|
| 1 tuchene Jacke | 3 Thlr. 5 Egr. 8 1/8 Pf. |
| 1 Paar tuchene Hosen | 1 " 21 " 10 1/2 " |
| 1 Mütze | — " 10 " 11 1/4 " |
| 1 Paar grauleinene Arbeits-hosen | — " 15 " 3 3/4 " |

Es sind daher künftig die zu neun Monat und weniger verurtheilten unvermögenden Sträflinge an die Straf-Sectionen mit den Kleidungsstücken, welche sie bereits besitzen und welche jedenfalls so beschaffen sein müssen, daß sie für den Transport zur Festung hinreichen, abzuliefern und dagegen der in obenerwähnter Art zu berechnende Geldbetrag für die an der vorgeschriebenen Bekleidung fehlenden Gegenstände, der königlichen Festungs-Commandantur mitzugeben, oder auf desfalls später ergehende Requisition derselben an sie zu berichtigen.

Hierauf sind die Gerichtsbehörden mit Anweisung zu versehen.

Berlin, den 24. November 1826.

Der Justiz-Minister,

(gez.) Graf v. Dankelmann.

An

das königliche Ober-Landes-Gericht
zu Raumburg.

Vorstehende Verordnung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht und haben sich sämmtliche Untergerichte unsers Departements, so wie die königlichen Inquisitoriate, danach zu richten.

Raumburg, den 15. December 1826.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Verordnung der Königl. Regierung.

Mit Höherer Genehmigung sind die Rentämter Naumburg und Eckartsberga combinirt worden und soll vom Jahre 1827 ab die Verwaltung von Eckartsberga aus, wohin der Rentbeamte seinen bisher zu Naumburg gehaltenen Wohnsitz verlegen wird, bewirkt werden.

Nr. 156.
Die Verlegung des Rentamtes Naumburg nach Eckartsberga betr.

Dadurch soll jedoch den, dem vormaligen Rentamte Naumburg lehn- und inspflichtigen Unterthanen ihr Verhältniß nicht erschwert werden, vielmehr wird jeder derselben, welcher Geschäfte mit dem Rentamte abzumachen hat, den Rentbeamten auch außer den zur Erhebung der Gefälle in Naumburg feststehenden Terminen, welche unverändert bleiben, an den nachstehend bestimmten Tagen in Naumburg anwesend finden. Zu diesen Expeditions-Tagen ist der letzte Montag und Dienstag eines jeden Monats bestimmt, wovon jedoch der Monat Februar, in welchem schon vom 6ten Tage an die Erhebung der Straßen-Bau-Dienst-Sucrogatgelber eintritt, ferner die Monate October, November und December, weil in diesen Monaten die Zinsen-Erhebungen zu bewirken sind, und endlich der Monat September eine Ausnahme machen und für den letzten die Tage des 17., 18. und 19. zu den Expeditions-Tagen bestimmt sind.

Merseburg, den 19. December 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung der Finanzen.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Der Amtmann, Herr Hellnig zu Schraplau, ist an die Stelle des Outsbeßers, Herrn Hoppeden zu Auerstedt, zum Feuerpolizei-Commissarius des 9. Bezirks im Mannsfelder Seekreise bestellt worden.

Merseburg, den 18. December 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Die Gemeinde zu Wiesenau, unter das Rörnersche Patrimonial-Gericht zu Quets gehörig und eingepfarrt nach Wiedemar im Delitzscher Kreise, hat aus eigenem Antriebe auf ihre alleinigen Kosten, zu Fixirung ihrer bisherigen Wandelschule, im Laufe dieses Jahres ein Schulhaus neu erbaut und zweckmäßig eingerichtet.

Dies wird zur Belobung gedachter Gemeinde hiermit bekannt gemacht.
Merseburg, den 22. December 1826.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Personal-Chronik.

Der Hauptmann außer Diensten, Herr Groschub, ist zum Cassirer bei der hiesigen Königl. Regierungs-Haupt-Casse, an die Stelle des in gleicher Eigenschaft nach Aachen versetzten Cassirer Gerst, ernannt worden.

Merseburg, den 18. December 1826.

Königlich Preussische Regierung, Cassen-Verwaltung.

Der Justiz-Commissair, Erdmann, zu Schleubitz, ist zugleich zum Notar im Departement des unterzeichneten Ober-Landes-Gerichts unter dem 20. October c. bestellt;

der bisherige hiesige Landgerichts-Registratur-Assistent, Andreas Meyer, ist unter dem 5. November c. zum Kanzlei-Inspector bei dem Landgericht zu Eisenstein, an des versetzten Zink Stelle, ernannt;

der invalide Sergeant, Christian Ludwig, ist als 3. Bote und Executor bei dem Landgericht zu Naumburg, an des verstorbenen Klotz Stelle, unter dem 8. November c. angestellt.

Naumburg, den 1. December 1826.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

Verichtigung. Amtsblatt Stück 49, Seite 418, Zeile 4, statt: „und auf“ ist zu lesen: „nur auf.“





